

*Die politische Rolle der Öffentlichkeit unter  
besonderer Berücksichtigung des Web 2.0*

*Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie  
an der Ludwig-Maximilians-Universität*

*München*

*vorgelegt*

*von*

*Ariane Windhorst*

*aus*

*Hannover*

*Universitätsbibliothek München, 2010*

Referent: Prof. Dr. Hans Martin Schönherr-Mann  
Korreferent: PD Dr. Christian Schwaabe

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Juni 2010

## Lebenslauf von Ariane Windhorst

1967	in Hannover geboren
1988	Allgemeine Hochschulreife
1989 - 1990	Volontariat
1991 - 1997	Studium der Kommunikationswissenschaft, politischen Wissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität, München. Abschluss: Diplom-Journalistin
1988 - 2005	Freie Journalistin
2000 + 2001	Leiterin der Unternehmenskommunikation der Westerwelle AG, Hamburg
2006	Leiterin der Unternehmenskommunikation des Spielfilmsenders „Tele 5“, München
2007 + 2008	Leiterin der Unternehmenskommunikation des Fernsehens der Süddeutschen Zeitung „SZTV“, München
seit 2001	Beraterin für Unternehmenskommunikation
2010	Promotion

## **Meinen Eltern**

Vorbemerkungen .....	14
Prolog: Demokratie schwindet, wenn Öffentlichkeit schwindet.....	17
1 TEIL: RECHT .....	23
1.1 Politische Öffentlichkeit und Gerechtigkeit.....	23
Die Polis – Das Forum der Freien .....	24
Arendts Idee von einer gemeinsamen Welt .....	26
Politisches Handeln im Spiegel .....	27
Die Halle des Volkes ist der öffentliche Raum .....	28
Politische Öffentlichkeit ohne Medien .....	29
Buchdruck – Flugblätter – Presse – Revolten.....	31
Die Sphären und das Recht auf Freiheit .....	33
Arendt vs. Habermas: politisches Handeln vs. kommunikatives Handeln? ..	34
Presse macht Druck .....	36
Wirtschaft und politisches Handeln.....	38
1.2 Öffentliche Meinung als Wahrnehmung.....	39
Öffentliche Meinung als „unscharfer Zustand“ .....	40
1.3 Wie viel öffentliche Freiheit ist rechtens? .....	42
Das Recht auf Freiheit in Staatsrechtsphilosophien .....	42
Machiavellis Fürst und die PR in Krisenzeiten .....	44
Hobbes Leviatan – ein öffentliches Monster .....	45
Montesquieu, Locke, Rousseau klären auf.....	46
Kants öffentliche Rechtslehre.....	47

	Hegels Öffentlichkeit und ihr Recht auf Freiheit.....	48
	Tocquevilles Presse im Zeitalter der Gleichheit.....	49
	Marx/Engels herrschende Gedanken .....	50
	Globale Gerechtigkeit – Weltbürgertum.....	52
	Massendemokratie .....	53
	Exkurs: Die Entstehung des Begriffs Demokratie nach Meier.....	57
	Utilitarismus, Kapitalismus, Liberalismus, Globalisierung.....	57
	Gerechtigkeit: Checks and Balances im Öffentlichen Raum.....	60
1.4	Strukturwandel der Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert .....	64
	Totalitarismus und Öffentlichkeit.....	64
	Öffentlichkeit im Nationalsozialismus .....	66
	Zensur, Geschichtsfälschung, Genozid.....	67
	Exkurs: Rote Khmer und öffentliche Vergangenheitsbewältigung .....	68
	Regression, Anomie, Weltlosigkeit und Gehorsam.....	69
	Strukturwandel der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit.....	70
	Aufbau nach dem „Nie wieder!“-Prinzip .....	70
	Wer muss vor wem geschützt werden? .....	71
	Die Bonner Medienrepublik – Mächte balancieren sich aus .....	72
	Neu-Demokraten integrieren die alten Garden .....	77
	Exkurs: Die Öffentlichkeit als Mitläufer .....	78
	Strukturelle Belastung: Spießer gegen Jugend.....	79
	Exkurs: „Spiegel-Urteil“ .....	80
	Politische Presse in der jungen Bundesrepublik .....	83

1960er: Eine Gegenöffentlichkeit entsteht: Counter-Culture .....	84
Die Öffentlichkeit spaltet sich: Junge Erwachsene scheren aus .....	84
Exkurs: Familie .....	84
Die Beat-Generation, Underground und Kontrakultur .....	85
„Mehr Demokratie wagen“ .....	86
1970er: Weitere Teilöffentlichkeiten entstehen.....	87
Der Bruch: Fressen ihre Kinder die Demokratie?.....	90
Rechts-Links-Polarisierung der Teilöffentlichkeiten .....	91
Verlangsamter Strukturwandel in den 1980ern: .....	94
Plurale Zivilgesellschaft ohne Sprengkraft .....	94
Atomgefahr atomisiert Widerstand.....	99
Die 90er unter Kohl: Das System bleibt stabil .....	102
Die neue Mitte: Alternativlosigkeit.....	104
1.5    Äußere und innere Feinde – Der Rechtsstaat garantiert „wehrhafte	
Demokratie“ .....	105
Aporie – das Recht, sich Rechte zu erkämpfen .....	105
Exkurs: La grande terreur .....	106
Exkurs: Herrschaftsbegrenzung statt Herrschaftsbegründung.....	107
Innere Feinde .....	110
Unerhörte erhalten politische Macht durch Öffentlichkeit.....	110
Öffentliche Moral contra Justitia .....	110
Reformer, Renegaten und Relegation.....	112
Zivilgesellschaft am Rande der Legalität – Antiautoritäre Autonome .....	116

	Exkurs: Lyotards Legitimierung der Legitimierung .....	118
1.6	Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert....	118
	Die Berliner Republik: Das Recht zum Widerstreit wird genutzt .....	119
	Öffentliche Kritik.....	119
	Bürokratie – Hegemonie der „Staatsdiener“ .....	121
	Licht ins Dunkel: Informationsfreiheit .....	123
	Exkurs: Amtsgeheimnisse .....	124
	Staatsräson in demokratischen Systemen der Moderne.....	125
	9-11-PATRIOT Act – USA seit neun Jahren im Notstand?.....	126
	Exkurs: Mc Carthys Hexenjagd .....	128
	Fazit Recht: Checks and Balances im Öffentlichen Raum .....	128
2	TEIL: MACHT.....	131
2.1	Exkurs: Die Poesie der systemtheoretischen Biophysik des Staates..	131
2.2	Politikmüdigkeit als Indikator für postdemokratische Tendenz?.....	134
2.3	Presse und Parlament als Ersatz für die Polis .....	135
2.4	Deliberativer Mediendiskurs.....	136
	Wählen – Macht und Ohnmacht der Öffentlichkeit .....	136
	Wahlen entscheiden über Macht und Ohnmacht der Politiker .....	136
	Nichtwählen als politisches Handeln? .....	139
	Das passive Staatsbürgertum .....	143
	Exkurs: Wie der Bremer Senat Nichtwähler einschätzt .....	145
	Europa: Kein Raum, keine Wahl, keine Macht .....	146



	Partizipation und Plebiszit – Macht gibt ungern Macht ab.....	148
	Vox Populi – die Weisheit der Vielen? .....	149
	Macht ohne Rechenschaft.....	151
	Die Macht der Mächtigen, mächtig zu bleiben.....	152
2.5	Kommunikationsforschung: Äpfel mit Birnen vergleichen .....	154
	Empirische Wahlforschung .....	156
	Einziges Erkenntnis: Viel hilft viel .....	157
	Öffentlichkeit ist unberechenbar – Probleme empirischer Kommunikationsforschung.....	159
	Prognostische Berechnungen und Messungen von Einstellungen unmöglich	159
	Reziproke Verstärkung einer seltsamen selbstreferenziellen Wahrnehmung	160
2.6	Kommunikationstheorien als praktische Lösung .....	161
	Einschaltquote: Der kleinste gemeinsame Nenner .....	162
	Wissenskluff-Hypothese .....	163
	Meinungsführer/Opinionleader.....	163
	Thematisierungsansatz /Agenda Setting Approach .....	164
	Gatekeeperforschung .....	164
	Zwei-Stufen-Modell/Two Step Flow of communication .....	164
	Theorie der Schweigespirale.....	164
	Bandwagon-Effekt .....	165
	Weitere Modelle .....	165
2.7	Die systemtheoretische Physik der Kräfte der Macht .....	171

	Axiom A: Politische Kommunikation ist mehrdimensional transaktional, wie das politische System selbst .....	171
	Axiom B: Kommunikative Mittel sind jedem Zweck heilig .....	171
	Axiom C: Öffentlicher Energieerhaltungssatz in chaotischen Systemen ....	172
2.8	Kommunikationspraxis: Gleichgewicht und Tausch? .....	175
	These und Antithese .....	176
	Ungleichgewicht durch PR und strukturelle Schwächen der Presse .....	176
	„Fürstliche Reformlüge“ .....	177
	Synthese? .....	178
2.9	Tausch und Täuschung.....	179
	Der Nachrichtenmarkt .....	179
	Kleinbürgerkrawall – Aufmerksamkeit – Macht .....	180
	Beachtung ist käuflich .....	181
	Verräter nützen der Presse .....	183
	Die Presse nützt Verrätern .....	184
	Reagibilität und Persuasion .....	185
	Lobbyismus: Manipulation der Öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung	186
	Guerilla Lobbying.....	188
	Exkurs: Erfolgreiche Pressekampagnen.....	189
2.10	Image.....	190
	Abgestufte Chancengleichheit .....	192
	Bild dir deine Meinungen .....	193
	Exkurs: Politiker-Images im Vergleich .....	195

	Attraktivität.....	197
	Image als Verstärker systemerhaltender Kraft.....	197
2.11	Politainment .....	198
	Sprache – Metaphern als Programmierung politischen Denkens .....	203
	Das Unaussprechliche und der Historikerstreit.....	208
	Symbole .....	209
	Leadership.....	212
2.12	Psychopathologische Öffentlichkeit.....	213
	Pathologische Erstarrung? .....	214
2.13	Der mündige autonome Bürger vs. Pressekonzentration und Monopolisierung.....	216
	De-Liberalisierung zugunsten von Deliberation? .....	217
	Fazit Macht: Checks and Balances im Öffentlichen Raum .....	218
3	TEIL: FREIHEIT .....	221
3.1	Internet – Das Chaotische System der postmodernen Öffentlichkeit?.....	221
	Liberté und Egalité.....	221
3.2	Neue Medien – neue Öffentlichkeiten .....	222
	Der Übergang ins Internetzeitalter ist postmodern .....	225
	Der aktuelle Strukturwandel der Öffentlichkeit.....	227
	Arbeitslosigkeit und Freizeitverhalten bleiben privat.....	229
	Fraternité? .....	231
	Informationsflut durch kleine Erzählungen .....	231

	Werden die neuen Medien der neuen Polis wieder die alten sein?.....	235
	Neue Leitmedien unter neuer Leitung für den Über-Überblick.....	237
3.3	Technische Modi: Medien erster und zweiter Ordnung.....	243
	Exkurs: Glossar.....	244
	Rückkopplung: Jeder Sender nun auch Empfänger!.....	246
	Segen und Fluch der technischen Reproduzierbarkeit.....	248
	Konstruktivismus.....	252
3.4	Web 2.0 als osmotisches Medium – Diffusion erwünscht.....	255
	Körperliche Macht vs. virtuelle Macht.....	256
	Exkurs: SIWOTI-Syndrom – ein Diskursphänomen im Web 2.0 .....	260
	Verschwörungstheorien und Säkularisierung.....	261
	E-Democracy vs. Massendemokratie .....	263
	„Obamania“ und „E-Bama“ .....	266
3.5	Arkanpolitik, Anonymität und Datenschutz .....	269
	Überwachung und Kontrolle öffentlicher Kommunikation.....	271
	Exkurs: SPD-Onliner gegen Zensur im Internet.....	277
	La plus grande terreur: Schreckensherrschaft durch Terrorbekämpfung? ...	278
	Web 3.0 – künstlich-ontologische Semantik im totalen Cyberspace?“ .....	281
	Open Source als 5. Gewalt?.....	286
3.6	Grenzen der Demokratie in der globalen Grenzenlosigkeit.....	288
	Globaler Umweltschutz fordert undemokratisches Durchgreifen .....	289

4	SCHLUSSBETRACHTUNG: DIE POLITISCHE ROLLE DER ÖFFENTLICHKEIT ALS GARANTIN DES GEMEINWOHLS .....	291
---	---	-----

### ***Vorbemerkungen***

Um den Stellenwert der politischen Rolle der Welt-Öffentlichkeit deutlich zu machen, eignet sich ein Beispiel der globalen Umweltpolitik: das Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz 2009. Trotz persönlicher Anwesenheit der wichtigsten Regierungschefs und ihres teilweise verbissenen Engagements auf der einen Seite und trotz massenweiser professioneller Protestaktionen für den Klimaschutz auf der anderen, trotz medialer Distribution in alle Welt und großer öffentlicher Aufmerksamkeit, plus – und das ist selten – grundsätzlicher Zustimmung zur Reduktion des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und damit für nicht weniger als die Rettung des Planeten, kam keine verbindliche Einigung der Entscheidungsträger zustande.

Wieso der enorme Druck der Welt-Öffentlichkeit in Kopenhagen keinen Erfolg zeigte, wird klarer, wenn man die Wirkungsmechanismen politischen Handelns unter den einschränkenden Sachzwängen gesellschaftlicher (Medien)-Kommunikation in Relation zu rechtlichen Gegebenheiten und Macht-Interessen setzt. Dies soll in der folgenden Arbeit geschehen.

Bei der Betrachtung dessen, was Öffentlichkeit genau ist, gingen sämtliche namhaften Theoretiker geschichtsphilosophisch vor und „Differenzen ergeben sich nicht nur in Beschreibung und Analyse (...), sondern auch in der Bestimmung des normativen Ideals. Die Diskrepanz zwischen einem deskriptiven und einem normativen Begriff von Öffentlichkeit ist allen untersuchten Theorien gemeinsam“, klagt Thomas Liesegang, der die Theorien von Kant, Wieland, Forster, Garve, Hegel, Welcker, Marx und natürlich Jürgen Habermas nach deren Auffassung von Öffentlichkeit und Öffentlicher Meinung untersucht hat.<sup>1</sup>

Diese Arbeit hat nicht das Ziel, das normative Ideal zu bestimmen, sondern die sich verändernde politische Rolle der Öffentlichkeit normativ wie deskriptiv zu untersuchen, um am Ende ihren heutigen Stellenwert besser einschätzen zu können. Und auch ohne nach einem Ideal zu streben, ist der methodische Weg, unterschiedliche Konzepte von Öffentlichkeit und deren Effekte historisch zu beleuchten, m. E. der eleganteste. Als Roter Faden dienen zunächst die verschiedenen Vertragstheorien, die sich damit auseinandersetzen, wie „das Volk“, im Sinne von Staatsangehörigen eines Völkerrechtssubjekts, zu behandeln sei. Denn die politische Rolle der Öffentlichkeit lässt sich, wie im Folgenden dargelegt wird, auf die Rolle als „Legitimierende von Herrschaft“ reduzieren. Es geht also um die Rechtsgrundlage von Macht, welche die Lebensader des politischen Körpers darstellt. Daher widmet sich Teil I der ausführlichen Betrachtung des Machtverhältnisses zwischen Regent und

---

<sup>1</sup> Liesegang (2004), Seite 239

Volk und zeigt auf, wie „Öffentliche Meinung“ darin auch unabhängig von Medien entstehen kann.

Wie sich möglicherweise die „Öffentliche Meinung“ von „Volkes Wille“ abhebt und welche Funktion die Medien bei der Erfüllung der politischen Rolle der Öffentlichkeit übernehmen, ist von entscheidender Bedeutung. Da nur in demokratischen Systemen Presse als zu beobachtendes wissenschaftlich untersuchbares Feld existiert, konzentriert sich die Betrachtung im Wesentlichen auf Systeme mit (vermeintlicher) Pressefreiheit, ohne die anderen Staatsformen dabei ganz außer Acht zu lassen, denn nicht nur überall dort, wo wahrnehmbare Öffentlichkeiten entstehen, haben sie eine politische Rolle – sondern erst recht dort, wo sie unterdrückt werden. Öffentlichkeit ist also nicht nur integrativer Bestandteil von Demokratie, sondern treibt auch in Diktaturen ein wichtiges Wechselspiel an: das von Aktion und Reaktion durch system-*verändernde* vs. system-*erhaltende* Kräfte. Nicht nur die ethisch-moralische Motivation und Rechtfertigung im Spiegel der Geschichte ist interessant, sondern hier vor allem deren rechtliche Grundlage, also die Rechtsstaatlichkeit.

Die Verantwortung der Presse unterliegt aber nicht nur dem Primat der „Bereitstellung von Informationen zur Politischen Willensbildung“, sondern Medienleute sind auch Unternehmer und Arbeitnehmer, die ein Interesse an wirtschaftlichem Wachstum haben. Welche der sich daraus ergebenden Sachzwänge möglicherweise system-*gefährdend* sind, soll ebenfalls eruiert werden.

Die Anzahl der Stimmen, die sich heute über ein wie auch immer geartetes „Verschwinden der Demokratie“ in westlichen Systemen beklagen, wächst analog zur Machfülle der Ministerialbürokratie, zur ökonomischen Sättigung des Wahlvolkes und umgekehrt proportional zur Wahlbeteiligung“,<sup>2</sup> also immer dann, wenn die Willensbekundung der Bürger und ihre Kritikfähigkeit, also ihre Einflussmöglichkeit auf die Regierung, von der Allgemeinheit als eingeschränkt wahrgenommen wird.

Ohne sie als Ideal bezeichnen zu wollen, ist die Demokratie also der am besten geeignete Rahmen, innerhalb dessen sich die politische Rolle der Öffentlichkeit untersuchen lässt, und die abendländische Geschichte seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. der beste Zeitraum. In Griechenland liegen ihre Wurzeln und mit der Renaissance setzt sich in England, Frankreich und den Niederlanden und später auch in Deutschland die Aufklärung in Gang, die in Frankreich zur Revolution führt und den republikanischen Gedanken auch nach Amerika trägt. In den USA – *Land of the Free* und selbsternanntes Mutterland des unternehmerischen Republikanismus – liegen die militärischen Wurzeln des Internets, das sich nun weltumspannend zu einem Werkzeug der Öffentlichkeit entweder im Dienste der Demokratie entwickelt – oder

---

<sup>2</sup> Schon 1949 beklagten sich die Politiker im Parlamentarischen Rat über die schlechte Wahlbeteiligung an den ersten demokratischen Landtagswahlen nach dem Krieg, bei denen die Wahlbeteiligung zwischen 70 und 80 Prozent lag.

zu ihrem Schaden. Denn nicht erst der „9/11-Schock“ nährt das Bedürfnis sich bedroht fühlender Herrscher-Systeme, sämtliche Bürger zu überwachen. Der Blick schweift aber auch in den Osten: China, getarnt als Republik, stellt ein Paradebeispiel für „Kontra-Öffentlichkeit“ dar.

Die Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des Web 2.0 verdient vor allem unter globalen Aspekten Aufmerksamkeit: Durch das Internet als grenzenloses, elektronisch verbindendes Element, das die Idee des „Weltbürgertums“ neu aufblühen lässt, wird diese Untersuchung im letzten Teil global ausgerichtet und es wird genauer betrachtet, was es mit der Weltöffentlichkeit und ihrer tatsächlichen politischen Macht auf sich hat.

Im Folgenden gilt: Wenn die männliche Bezeichnung für einen Berufsstand o. Ä. gewählt wurde, ist selbstverständlich die weibliche Form ebenso gemeint.



## *Prolog: Demokratie schwindet, wenn Öffentlichkeit schwindet*

1988 gibt Heinz Ludwig Arnold ein Bändchen heraus, in dem 24 Intellektuelle ihre Beiträge passend zum Titel „Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie“<sup>3</sup> verfassten. Mitten in der Ära Helmut Kohls beklagen die Autoren eine Erstarrung öffentlicher Diskurse und damit eine Gefährdung der Demokratie: „Demokratie ist nicht billig zu haben, aber leicht zu verspielen: durch die dumpfe Hinnahme von immer ein bisschen weniger Freiheit“.<sup>4</sup> Die in jenem Band deutlich dargestellte politische Methode, Ansätze journalistischer, d. h. öffentlicher, Fragestellung als Subversion zu behandeln und diese als Gangsterjournalismus, Kloakenjournalismus, linke Kampfpresse zu torpedieren oder „im Stile von Otto Graf Lambsdorff, dem während der Parteispendenaffäre das Wort von den ‚journalistischen Todesschwadronen‘ entfahren war,<sup>5</sup> also mit der Presse umzugehen wie mit Vaterlandsverrätern, Rufmördern oder subversiven Saboteuren, gar „Marodeuren“, fiel sogar in weiten Teilen der westdeutschen Medienlandschaft auf fruchtbaren Boden.

Wie die Autoren dieses Bandes herausstellen, haben zahlreiche Presseorgane den aufdeckenden Vertretern des investigativen Journalismus im Rahmen der großen Skandale dieser Zeit (Barschel, Flick, Neue Heimat etc.) die Rückendeckung nicht nur verwehrt, sondern ihnen sogar auf breiter Front Nestbeschmutzung vorgeworfen. Es galt tatsächlich auch für viele Presseleute als demokratiegefährdend, den Staat zu kritisieren.<sup>6</sup> Der Hintergrund dieser Sichtweise: Durch Kritik an der westlichen Politik würde man den Gegnern des westdeutschen politischen Systems in die Hände spielen. Zwar ist der Kalte Krieg beendet und der politische Gegner eingemeindet, aber das heißt nicht, dass Staatsräson und Arkanpolitik damit ad acta gelegt wurden.

Der erste Teil des Buchtitels spiegelt die Kritik an Politikern wieder: „Vom Verlust der Scham“ bezieht sich auf Barschel, Strauß, Stoltenberg, Lambsdorff und andere, die sich in jenen Jahren erwischen ließen. Dass dies passiv ausgedrückt wird, als ob die Scham irgendwie aus Versehen abhanden gekommen sei, ist wichtig, denn die Autoren kritisieren zwar die Unverschämtheit der Politiker, aber auch die Taten- oder Sorglosigkeit der Bürger und der Mainstreampresse, die es den Politikern ermöglichte, schleichend Kontrolleure, Verhinderer und „Sich-ihnen-in-den-Weg-Steller“ zu entmachten. Der zweite Teil des Buchtitels diagnostiziert die Konsequenz: „Das allmähliche Verschwinden der Demokratie.“

---

<sup>3</sup> Arnold and Amery (1988)

<sup>4</sup> Arnold and Amery (1988), Seite 7

<sup>5</sup> Bölsche, Jochen; Kilz, Hans Werner „Rufschädigung im demokratischen Auftrag“, in: Arnold and Amery (1988), Seite 136. Hans Werner Kilz wurde kurz darauf von 1989 bis 1994 Chefredakteur des *Spiegel* und ist bis heute Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*.

<sup>6</sup> Bölsche, Jochen; Kilz, Hans Werner „Rufschädigung im demokratischen Auftrag“, in: Arnold and Amery (1988), Seite 139

### **Erste These: Jede Form von staatlicher Geheimhaltung ist undemokratisch**

Je schamloser Politik agiert, umso gefährdeter ist die Demokratie. Dazwischen befindet sich die Öffentlichkeit als „Korrektiv“, welches das Verhältnis zwischen Schamlosigkeit und Gefährdung im Gleichgewicht hält bzw. halten soll. Dabei sind nicht nur einzelne Politiker gemeint, die sich und ihrer Partei durch ungesetzliches oder unangemessenes Handeln Vorteile verschaffen wollen, sondern Politik in ihrer Ganzheit, also sowohl Polity als auch Policy und Politics.

Also nicht allein die aktive Machtausdehnung von Politikern ist das Problem, das bei der Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit im Mittelpunkt steht, auch nicht die bewusste oder unbewusste „Machtabgabe“ der Normalbürger, sondern die Aufgabe der politischen Öffentlichkeit, das kommunikative Handeln beider Seiten unter dem Primat des Gemeinwohls unter Kontrolle zu behalten und darauf Acht zu geben, dass der kritische Dialog niemals verstummt.

### **Zweite These: Das Internet könnte die Demokratie gefährden**

Mehrere Entwicklungen machen der Öffentlichkeit diese Aufgabe schwer. Unter anderem suggerieren die aktuellen technischen Innovationen des Internets und ihrer Nutzung, dass in Bezug auf Informationsfreiheit bzw. das Recht auf freie Meinungsäußerung, also den Grundfesten der Demokratie, goldene Zeiten angebrochen seien. Es könnte auch das genaue Gegenteil der Fall sein: Die zweite These lautet, dass die vermeintliche Informationsvielfalt durch das Internet und, genauer, durch die dialogistische Anmutung der aktuellen Strukturen des Internets, Web 2.0 genannt, auch bekannt als „Social Web“, der Verschleierung von nicht dem Allgemeinwohl dienenden und damit undemokratischen Aktivitäten von Politikern und Ministerialbürokraten Vorschub leistet. Die damit zusammenhängende Konsequenz für die Öffentlichkeit besteht darin, sich durch die Möglichkeiten, die das Internet bietet, nicht dazu verleiten zu lassen, weniger kritisch zu agieren, sondern, im Gegenteil, viel genauer hinzuschauen und sich von der Informationsflut nicht ablenken zu lassen.

Ein anderer Blickwinkel auf den „Verlust der Scham“, den jene Autoren des erwähnten Buches nicht einnehmen konnten, ergibt sich ebenfalls aus der Entwicklung des Internets: Mit der wachsenden Dialogfähigkeit dieses Mediums wächst auch der Exhibitionismus der vormals zum Publikum versammelten Privatleute. Man beobachtet, wie dieses private, disperse Publikum seine Privatheit mit einer erstaunlichen *Schamlosigkeit* öffentlich macht, dass es sich lohnt, dieses Phänomen bei der Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des Web 2.0 genau zu betrachten.

In einer repräsentativen Demokratie, in der die Volksvertreter als Abgeordnete des Volkes, ihres Souveräns,<sup>7</sup> die Gesetzgebung gestalten, ist Arkanpolitik also

---

<sup>7</sup> „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, Art. 20 GG

Geheimhaltung legislativer Entscheidungen, also „Unterlassung“ von Kommunikation per se als nicht-demokratisches Handeln zu betrachten. Es ist die Vorstufe zur „Unterbindung“ von Kommunikation, bzw. Zensur.<sup>8</sup> Zensur ist ein klares Indiz autoritärer Bestrebungen. Interessanterweise verbrämen Zensoren ihre Unterdrückungsversuche von Kommunikation oft als Schutzmaßnahme und meinen, die Demokratie<sup>9</sup> dadurch zu schützen, was den Kern des Konfliktes und gegenseitigen Misstrauens darstellt. Doch schon die aktuell in westlichen Systemen zu beobachtende Unterlassung von Kommunikation,<sup>10</sup> egal ob aktiv durch die Volksvertreter und andere Beamte (Staats-„Diener“) oder passiv durch das Volk (z. B. durch Nicht-wählen) bzw. die Medien (die z. B. nicht kritisch recherchieren und berichten), führt ebenfalls nicht gerade zu einem „Mehr“ an Demokratie, im Sinne Willy Brandts.<sup>11</sup>

Carlo Schmid, SPD, sagte am 08.09.1948 vor der verfassungsgebenden Versammlung bzw. dem Parlamentarischen Rat: „Gewaltenteilung bedeutet, daß die drei Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung<sup>12</sup> in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen, und zwar deswegen in den Händen verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organes nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird ...“<sup>13</sup> Ähnlich hat es auch Kant in der Rechtslehre der Metaphysik der Sitten formuliert: „Es ist nicht etwa die Erfahrung, durch die wir von der Maxime der Gewalttätigkeit der Menschen belehrt werden und ihrer Bössartigkeit, sich, ehe eine äußere machthabende Gesetzgebung erscheint, einander zu befehden, sondern (...) vereinzelte Menschen, Völker und Staaten niemals vor Gewalttätigkeit gegeneinander sicher sein können, zu tun, was ihm recht und gut dünkt, und hierin von der Meinung des anderen nicht abzuhängen.“<sup>14</sup> Die theoretische Rolle der klassischen Medien, als derjenigen, die sich stellvertretend für die Bürger, bzw. die Rolle der klassischen Journalisten, die sich hauptberuflich darum kümmern, „den Mächtigen auf die Finger zu schauen“, also als

---

<sup>8</sup> Zensur war die „Hauptschlagader“ des Nationalsozialismus und aller anderen nicht-demokratischen Systeme – bis heute.

<sup>9</sup> Oder ihrer jeweiligen wie auch immer genannten Staatsform

<sup>10</sup> Ein aktueller Skandal ist die Vertuschung eklatanter Fehleinschätzungen von Offizieren bei einem Angriff auf zwei Tanklaster 2008 in Afghanistan, die zum Tod vieler Zivilisten führten, was auch bei „kriegsähnlichen Einsätzen“ verboten ist. Die Vertuschung als Akt der kommunikativen Unterlassung erfolgte durch den seinerzeit verantwortlichen Verteidigungsminister Franz Josef Jung, in seinen Augen sicher zum Schutz der Bundeswehr und ihrer Offiziere, die bei staatlich verordneten Auslandseinsätzen ihr Leben riskieren. Jung, inzwischen Arbeitsminister, zog die „politischen Konsequenzen“ und trat zurück. Der eigentliche Skandal besteht darin, dass er sein Amt erst zurückgab, nachdem die Aktion entlarvt wurde, und nicht schon darauf verzichtete, nachdem er die Untragbarkeit der Vertuschung selbst als solche erkannt hatte.

<sup>11</sup> Vgl. Regierungserklärung vom Willy Brandt 1969 und Abschnitt „Mehr Demokratie wagen“

<sup>12</sup> Legislative, Judikative, Exekutive

<sup>13</sup> Quelle: <http://www.gewaltenteilung.de/demokratieprinzip.htm> (20.01.10)

<sup>14</sup> Kant (1990), Seite 168

„Vierte Gewalt im Staate“,<sup>15</sup> ist deshalb ebenfalls Gegenstand dieser Untersuchung, weil man die Vertreter der Presse als (nicht-gewählte) Vertreter der Öffentlichkeit verstehen kann. Zu untersuchen, wie dies in der Praxis vonstattengeht, ist unerlässlich, denn als Kontrollinstanz zu fungieren, ist aktuell – jedenfalls vorerst – durch das Internet aus ökonomischen Gründen essentiell gefährdet. Medien sind nicht nur Mittler zwischen Sender und Empfänger, sondern auch betriebswirtschaftlich ausgerichtete Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht: Sie erhalten sich nicht nur aus dem Entgelt, das der Kunde bereit ist, für die Nutzung zu bezahlen, sondern auch aus Werbeerlösen. Bereits seit der ersten Medienkrise dieses Jahrtausends, dem „Zusammenbruch der New Economy“ 2001, haben sich durch zurückgehende Werbeeinnahmen<sup>16</sup> die Gehälter der Journalisten nicht weiterentwickelt, die Honorare freier Journalisten sind massiv eingebrochen und durch Stellenabbau müssen die verbliebenen Journalisten mehr arbeiten für weniger Geld. Wie viel Zeit und Energie bei derart ökonomischem Druck für tiefere Recherchen bleibt, kann sich auch ein Laie ausrechnen. Wie viel Zeit und Energie bleibt, tiefer zu recherchieren und kritischer zu berichten, wenn möglicherweise auch noch politischer Druck auf Redaktionen ausgeübt wird, kann man sich ebenfalls mit dem gesunden Menschenverstand ausmalen. Und dass die Wächterfunktion von Online-Redaktionen (vorerst unter diesen Umständen) nicht erfüllt werden kann, liegt in der Natur des aktuellen Nachrichtenmarktes und der Rolle, die Online-Redaktionen darin eingenommen haben: Aufgrund der Schnelligkeit des Mediums ist ein Wettlauf unter den Nachrichtenanbietern entbrannt, der allein auf Tempo ausgerichtet ist.<sup>17</sup> Die Rolle der Presse im Zusammenhang mit den Entwicklungen des Internets ist bei der Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit nicht möglich, ohne die ökonomischen Zusammenhänge und ihre praktischen Auswirkungen darzustellen.

Im Folgenden wird Journalismus häufig als „Presse“ bezeichnet, auch wenn die Verbreitung seiner Inhalte nicht mehr auf Drucktechnik basiert. Wie in Teil III genauer erläutert, muss man zwar bei den Begriffen „Internet“, „Medien“ und „Presse“ unterscheiden zwischen den Inhalten und deren technischem Verbreitungsmittel, doch in der Vergangenheit, als noch alle journalistischen Inhalte automatisch gleichzeitig Presse- bzw. Druckerzeugnisse waren, hat sich eingebürgert, beides unter „Medien“ oder „Presse“ zu subsumieren, und dieser Sprachgebrauch wird hier beibehalten.

---

<sup>15</sup> Allgemein zwar additiv zur offiziellen Gewaltenteilung als unverzichtbar geltend, aber nicht offiziell konstituiert

<sup>16</sup> Auf die grassierende Unart, Wirtschafts- bzw. Finanzkrisen als „höhere Gewalt“ und unpopuläre Entscheidungen wie Sparmaßnahmen als deren unausweichliche, schicksalhafte Folgen darzustellen, um dadurch von strukturellen Schwächen und Managementfehlern im Vorfeld und den drohenden Konsequenzen für Manager der betreffenden Unternehmen abzulenken, wird in dieser Arbeit im Abschnitt „Macht ohne Rechenschaft“ eingegangen, jedoch weniger unter ökonomischen als politischen Aspekten.

<sup>17</sup> Wer als Erster „rauskommt“, hat gewonnen, egal, ob das Publikum das überhaupt wahrnimmt: Denn Leser/User vergleichen üblicherweise nicht mehrere Medien gleicher Art und können daher nicht erkennen, ob z. B. eine andere Zeitung als die, die sie gerade lesen, die entsprechende Nachricht schon früher veröffentlicht hat.

### **Dritte These: Die Presse bleibt als „Vierte Gewalt“ unverzichtbar**

Ein anderer Blickwinkel ist bei dieser Betrachtung ebenfalls wichtig: Obwohl das Internet eine direkte Kommunikation der Gesetzgebenden Gewalt mit dem Volk ermöglicht, ohne den Umweg über die „Presse“ oder die „Medien“, heißt das nicht, dass man die Medien (bzw. die journalistische „Presse“) nicht mehr braucht, denn nicht nur ihre Wächteraufgabe ist weiterhin gefragt, sondern auch ihre Kompetenz, Wichtiges herauszufiltern. Unter dem Gesichtspunkt der Informationsflut im Internet drohen wichtige Strömungen ins Inoffizielle abzudriften, die Öffentlichkeit droht damit zu verschwinden (eine neue Qualität des bereits zitierten „allmählichen Schwindens der Demokratie“). Um dies zu verhindern und Öffentlichkeit herzustellen bzw. zu erhalten, braucht das pluralistische Publikum Schaltstellen (Gatekeeper), die Wichtiges von Unwichtigem trennen. Hier liegt die klassische Kompetenz professioneller Redakteure. Auch wenn Eminenz und Exzellenz relative Größen sind, bleiben Leitmedien notwendig, die bei der politischen Willensbildung Orientierung verschaffen.

Und auch wenn durch die Struktur des Internets Konzepte wie E-Democracy, also partizipatorische Abstimmungsverfahren, technisch flächendeckend möglich werden und Freunde der Idee plebiszitäre Morgenluft wittern, ist Optimismus möglicherweise nicht angebracht: Dagegen steht vor allem die Verkrustung bisheriger Machtstrukturen praktischer bundesrepublikanischer Politik, die Globalisierung und das vorher erwähnte Misstrauen der Politiker in die Klugheit ziviler Willensbildung.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, also vor weniger als drei Jahrzehnten, erlebte der Begriff des „Zivilen Ungehorsams“ in Deutschland eine Renaissance: 1982 standen sich zwei sonderbare Gegner gegenüber. Der eine war absurderweise die Friedensbewegung, die massenweise gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf westdeutschem Boden protestierte, und der andere war der Staat, die politische Klasse, die konsequent zu einer unpopulären, aber damals buchstäblich überlebensnotwendig erachteten Entscheidung stand und manche Protestaktion als militant einstufte. Politik und Presse reagierten auf die Proteste wie auf einen inneren Feind, fast schon ähnlich beunruhigt wie auf die RAF in den 1970ern. Wenn die Öffentlichkeit als Korrektiv nicht funktioniert, tritt das Modell des „Zivilen Ungehorsams“ auf den Plan: Zivilgesellschaften, die im Untergrund oder zumindest auf Graswurzelebene agieren. Eine blühende Zivilgesellschaft ist also eher ein Armutszeugnis für die jeweilige politische Öffentlichkeit.

Genauso wenig, wie die Friedensbewegung und ihre Sympathisanten Atomraketen verhindern konnte, obwohl diese, nicht nur historisch gesehen, Irrsinn waren, konnte die Öffentlichkeit 2009 trotz Internets und globaler Solidarität die entscheidenden Politiker des Klimagipfels in Kopenhagen nicht dazu bewegen, eine ihrem Sinne „vernünftige“ Entscheidung zu treffen und sich auf Regeln zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu einigen. Und diesmal hatte die Öffentlichkeit die breite Unterstützung der Weltpresse. Daher lautet die Frage: Ist die Öffentlichkeit ein zahnloser Tiger? Haben die normative

Kraft sowohl der faktischen Politik als auch des faktischen Journalismus bereits das Konzept „Öffentlichkeit als korrigierende Macht“ ausgehebelt? Die dritte These lautet also, dass trotz deliberativer Schubkraft durch die Internettechnologie die politische Rolle der Öffentlichkeit auf die bündelnde, filternde und mobilisierende Kraft einer Presse im klassischen Sinn angewiesen ist.

Öffentlichkeit bewegt sich anscheinend in einer Art „magischem Dreieck“ zwischen den Punkten „Recht“, „Macht“ und „Freiheit“. Diese Arbeit ist in drei entsprechende Teile kategorisiert, die auch die Blickwinkel der jeweiligen Betrachtungsweise darstellen. Ziel ist es, zu untersuchen, inwieweit im Allgemeinen bei der Bestimmung der politischen Rolle der Öffentlichkeit kommunikative Unterlassung und/oder Verhinderung von Kommunikation mit einem Verschwinden der Öffentlichkeit verbunden ist und damit einem Verschwinden des demokratisch eruierten Gemeinwohls Vorschub geleistet wird. Und im Besonderen soll verdeutlicht werden, dass das Internet wie Beton ist: Es kommt immer darauf an, was man daraus macht.

## 1 TEIL: RECHT

### 1.1 Politische Öffentlichkeit und Gerechtigkeit

Wer die politische Kraft der „Öffentlichen Meinung“ ermessen will, muss die Veränderungen dessen, was „Öffentlichkeit“ in unterschiedlichen Epochen und unterschiedlichen Regimes ausmacht(e), berücksichtigen. Jürgen Habermas' Schilderung „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ kann man sowohl als mehrere gesellschaftlich und/oder technisch induzierte Wandlungen sehen als auch als einen ständig fortschreitenden Wandel politischer Kommunikation, denn Öffentlichkeit ist immer politisch, wie im Folgenden erläutert wird. In welchem Maße jedoch, das hängt davon ab, wie sehr staatliche Reaktion, d. h. Gesetzgebung, wiederum beeinflusst wird.

Politik und Öffentlichkeit beginnen mit der bürgerlichen Gesellschaft und auch wenn Immanuel Kant der Meinung war, „man kann zum Zeitpunkt des Anfangs der bürgerlichen Gesellschaft nicht herauslangen“<sup>18</sup>, ist man sich heute über den „Ursprung der politischen Öffentlichkeit“ weitgehend einig. Sieht man bei der Annäherung an die Begriffe „Öffentlichkeit“ und „Öffentliche Meinung“ einmal davon ab, dass es natürlich niemals eine homogene Masse mit einer einheitlichen Meinung gegeben hat, wird der „Geburtsort“ dessen, was wir als „die Öffentlichkeit“ verstehen, im antiken Griechenland lokalisiert.

„Was die Griechen taten und litten, das taten und litten sie frei und anders als alle früheren Völker. Sie erscheinen original und spontan und bewußt da, wo bei allen anderen ein mehr oder weniger dumpfes Müssen herrscht. [...] In allem Geistigen haben sie Grenzen erreicht, hinter welchen die Menschheit wenigstens in der Anerkennung und Aneignung nicht zurückbleiben darf ...“, schreibt der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhard.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Kant (1990), Seite 202

<sup>19</sup> Zitiert nach Meier (1970), Seite 153

## **Die Polis – Das Forum der Freien**

In Athen versammeln sich die freien Bürger auf der Agora (vgl. Forum Romanum) und diskutieren über allgemeine Angelegenheiten ihrer Gemeinschaft (Polis). Ihre Gespräche und Reaktionen bilden den Resonanzkörper, an dem erst ersichtlich wird, welche Entscheidungen, Handlungen, Gesetze außerhalb der häuslichen Sphäre der Privatheit relevant sind. Alles Handeln, das im Licht der Öffentlichkeit stattfindet, ist nach Hannah Arendt politisches Handeln, wie im Folgenden dargelegt wird. Öffentlichkeit und bürgerliche Freiheit sind also symbiotische Wesen aus demselben Ei, oder, wenn man so will, aus derselben Kugel: Möglicherweise jenem Globus der Himmelsphären, dem sich die sieben bärtigen Herren auf der folgenden Seite widmen.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> Ein Abbild des Philosophenmosaiks befindet sich als Stich auch in: Peter Sloterdijk „Sphären II: Globen“ (1999). Genauer werden die *gesellschaftlichen* Sphären im Abschnitt „Die Sphären und das Recht auf Freiheit“ beleuchtet.



Abbildung „Philosophenmosaik“ (Nationalmuseum Neapel):<sup>21</sup>



---

<sup>21</sup> Wahrscheinlich handelt es sich bei dem Bild nicht um eine Momentaufnahme Platons auf der Agora, sondern, wie viele Quellen vermuten, in der Akademie. Das Nationalmuseum Neapel gibt den offiziellen Titel an mit: „Antikes Theater: Platon und die Akademie von Athen“ (Mosaik, Pompeji, um 50 AD) und in der Bildunterschrift heißt es: „Wahrscheinlich Platon deutet mit einem Stab auf einen drehbaren Himmelsglobus am Boden. Im Hintergrund die Stadtmauer von Athen. An der Säule eine Sonnenuhr und links vier Öllampen zur abendlichen Beleuchtung. Der Rahmen des Mosaiks ist besonders relevant zum Verständnis der Darstellung. Es handelt sich bei den Köpfen um typische antike Theatermasken mit offenem Mund zur besseren Hörbarkeit der Schauspieler. Das Mosaik ist daher **nicht der Akademie selbst** gewidmet, sondern einem unbekanntem Theaterstück über die Akademie“, Quelle: Wikipedia unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Bibhisor/%C3%9Cberlieferungsgeschichte\\_der\\_Wissenschaften](http://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Bibhisor/%C3%9Cberlieferungsgeschichte_der_Wissenschaften) (26.02.10)

In allen Stadtstaaten des attischen Seebundes war die Teilnahme an einer solchen beratenden Bürgergemeinde unfreien Bürgern allerdings vorenthalten<sup>22</sup>. Es konnten nur die in diese Sphäre der Öffentlichkeit übergehen, die nicht von privaten Verpflichtungen, wie dem Ernähren der Familie oder weisungsgebundener Arbeit, daran gehindert werden, unabhängige Entscheidungen zu treffen.<sup>23</sup>

Erstens haben wir, anders als heute, nicht die Unterscheidung in „privat“ und „beruflich“ sowie „frei“ und „gefangen“, sondern zwei Dualismen, die einerseits die Sphäre der „privat – und im Sinne des Häuslichen handelnden – Unfreien“<sup>24</sup> bilden und andererseits die der „bürgerlich – und im Sinne des politisch öffentlich Handelnden – Freien“<sup>25</sup>. Und zweitens gilt Freiheit hier nicht als die totale Ungebundenheit an Pflichten, sondern als höhere Entwicklungsstufe, entstanden aus der Emanzipation von privaten Obliegenheiten<sup>26</sup> und ist Voraussetzung für politisches Handeln, sie ist also in der Konsequenz der Verantwortung, die daraus entsteht, eine Art „Gebundenheit an Rechte.“<sup>27</sup>

### **Arendts Idee von einer gemeinsamen Welt**

Mit der Struktur der Polis entstand das Bild eines demokratischen Ideals, das von Hannah Arendt im 20. Jahrhundert, nach dem Zweiten Weltkrieg, als zukünftige Leitlinie politischen Handelns schlechthin eingefordert wird, nämlich *eine gemeinsame Welt* aufzubauen. Über ihre Auffassung vom Zusammenhang zwischen Freiheit, Öffentlichkeit und politischem Handeln schreibt Hans-Martin Schönherr-Mann: „Freiheit heißt vielmehr, mit anderen gemeinsam eine Welt aufzubauen, dazu politisch die entsprechenden Rechte wie Möglichkeiten zu haben, die öffentliche Kommunikation und gemeinsames Handeln erlauben.“<sup>28</sup> Kommunikation ist, wie Schönherr-Mann ebenfalls feststellt, nicht „jegliches Gerede“, sondern es seien diejenigen Gespräche gemeint, die der Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten gewidmet sind.

---

<sup>22</sup> Zwar gab es die Polis als Versammlungsort schon lange vorher, doch der Begriff „Demokratie“ entsteht erst im frühen 6. Jahrhundert v. Chr., nachdem Kleisthenes die Polis nach demokratischen Prinzipien neu geordnet hat.

<sup>23</sup> U.a. Platon, Aristoteles, Kant, Arendt, Habermas et al. geben unterschiedliche Begründungen dafür an, auf die in den Abschnitten „Massendemokratie“ und „Deliberativer Mediendiskurs“ teilweise näher eingegangen wird.

<sup>24</sup> Die Rollen der unfreien Metöken, die Kriegsdienst leisteten, und der adligen Bürger – beides je keine Contradictiones in adiecto – müssen hier aber unbeachtet bleiben.

<sup>25</sup> Eine Sicht, die dem aktuellen Lebensgefühl „moderner“ Staatsbürger, die sich in ihrer privaten Freizeit von bürgerlichen Zwängen des Geschäftslebens befreien, entgegengesetzt zu sein scheint.

<sup>26</sup> Die häusliche Sphäre („Oikos“) ist die Privatsphäre

<sup>27</sup> Hannah Arendt bezeichnet das Staatsbürgerrecht als „das Recht, Rechte zu haben“.

<sup>28</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 17

## Politisches Handeln im Spiegel

Was auf der Agora nicht besprochen wird, bleibt im Dunkeln, und wird es nicht durch Dichter oder Philosophen dokumentiert, ist es, als habe es niemals stattgefunden. „Letztendlich verleihen die Beobachter, die mehr als der Handelnde sehen, dem Handeln den gemeinsamen Sinn, der *eine* Welt entstehen läßt“, resümiert Schönherr-Mann.<sup>29</sup> Denn „nicht erst heute sorgen sich Politiker um ihren Platz in den Geschichtsbüchern, da allein der Zuschauer den Schlüssel zum Sinn der Ereignisse und Taten besitzt.“<sup>30</sup> Hannah Arendt beschreibt eine Art Abwandlung des platonischen Höhlengleichnisses: Erst, wenn über die vergänglich flackernden Schatten der Handlungen erzählt werde, manifestiere sich ihre Sinnhaftigkeit, erst durch die Geschichte<sup>31</sup> „scheint es, als wären die Menschen (...) von einem Leitfaden der Vernunft geführt worden.“<sup>32</sup> Und: „Im öffentlichen Raum befinden sich die Handelnden im Entborenen, werden sie beobachtet, man spricht über sie, ihre Geschichte wird überliefert“.<sup>33</sup> Politisches Handeln zieht aber nicht nur seinen Sinn aus der Reflexion, sondern erhält möglicherweise überhaupt erst durch sie eine Existenzbestätigung. Demzufolge sollte der politisch Handelnde nicht nur (nach Descartes) „cogito ergo sum“ sicherstellen, sondern: „man redet über mich, also bin ich.“<sup>34</sup> In der politisch-medialen Praxis wurde und wird dieses Credo indes fleißig umgesetzt und führte zu Niklas Luhmanns „Spiegeltheorie“: Nicht das, was Menschen wirklich denken, spiegelt sich für Politiker in der Öffentlichkeit, sie sehen nur sich selbst und andere Politiker, die sich vor dem Spiegel bewegen.<sup>35</sup> Öffentliche Reflexion ist die sogenannte Kernkompetenz des Journalismus bzw. der Presse, also der professionellen Informationsaufbereitung und -Verbreitung.<sup>36</sup> Und mit dem „Entborenen“ ist auch „Kontrolle“ verbunden, ein Hinweis auf die Kontrollfunktion

---

<sup>29</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 126

<sup>30</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 127

<sup>31</sup> Vgl. „Narration“: „Die narrative *Psychologie* geht davon aus, daß wir unser ganzes Leben und unsere Beziehung zur Welt als Narrationen gestalten (Mancuso, 1986; Hevern, 1997), daß wir aber auch die alltägliche Interaktion und die Organisation von Erlebtem narrativ betreiben. ‚Wir träumen narrativ, tagträumen narrativ, erinnern, antizipieren, hoffen, verzweifeln, glauben, zweifeln, planen, revidieren, kritisieren, konstruieren, klatschen, hassen und lieben in narrativer Form‘ (Hardy, 1968, S. 5)“, schreibt der Münchner Psychologe Wolfgang Kraus, unter <http://web.fu-berlin.de/postmoderne-psych/berichte3/kraus.htm> (26.01.10). Vergleiche aber auch: „Historismus“-Diskussion allgemein.

<sup>32</sup> Zitiert nach Schönherr-Mann (2006), Seite 127

<sup>33</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 127

<sup>34</sup> Während eine Regel beim Skat besagt: „Wer schreibt, bleibt“ könnte man, auf die Politik übertragen, sagen: „Wer redet, bleibt“ bzw. wer redet und reflektiert wird, bleibt. Dass es egal ist, welcher Qualität das Geredete ist, wird im Kapitel Mediendiskurs vs. Politikdiskurs besonders beim Thema „Medienwirkungsforschung“ noch deutlicher.

<sup>35</sup> Auch dazu mehr im Kapitel „Kommunikationstheorie“. Die Spiegeltheorie selbst wird beschrieben als: „Die Beobachtung der Beobachter im politischen System“, in: Zur Theorie der Öffentlichen Meinung, Luhmann, Niklaus (1992) in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Öffentliche Meinung, Theorie, Methoden, Befunde, Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann, Freiburg, Seite 77-86.

<sup>36</sup> Schulz (2008)

der Öffentlichkeit<sup>37</sup> und der Presse<sup>38</sup> als „Herstellerin von Öffentlichkeit“ und „Vierte Gewalt“, auf die in dieser Arbeit ebenfalls mehrfach hingewiesen wird. Die grundsätzliche Problematik der „Subjekt-Objekt-Spaltung der Welt“ wurde in der Philosophiegeschichte bereits von Clemens Brentano („Psychologismus“) und Edmund Husserl („Phänomenologie“) genau untersucht. Auf diese Spaltung wird im Rahmen der Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit und des kritisch rasonierenden Publikums noch des Öfteren eingegangen.

### **Die Halle des Volkes ist der öffentliche Raum**

Da die Polis es erforderte, dass alle Beteiligten und damit alle freien Bürger möglichst vollständig physisch auf der Agora zusammenkamen, um so direkt wie möglich zu beraten, waren die Anwesenden die Öffentlichkeit.

Einigung, Vereinheitlichung, (Wieder-)Vereinigung können nicht erfolgen, wenn es keine Verbindung zwischen den Antagonisten gibt, kein Forum, keinen gemeinsamen Ort. 2009 formuliert Gabor Steingart in seinen Visionen einer vitalisierten bundesdeutschen Demokratie genau das Bild, nach dem wir uns allgemein das Treiben auf der Agora vorstellen: „In diesem Öffentlichen Raum herrscht eine Atmosphäre reich an Erwartungen, Sehnsüchte werden hier geäußert, Versprechungen gemacht, es wird gestritten und Streit geschlichtet, Konflikt und Konsens lösen einander ab. In diesem Raum, wir könnten ihn auch die Halle des Volkes nennen, treffen ‚die‘ und ‚wir‘ aufeinander.“<sup>39</sup> Und wie Schönherr-Mann es beschreibt, hat Hannah Arendt ungefähr die gleiche Vision: „Freiheit und Pluralität realisieren sich in der Kommunikation, in der Begegnung der Bürger im öffentlichen Raum.“<sup>40</sup>

An den Bezeichnungen für die Plenarsäle der Regierenden erkennt man, dass das gemeinsame, persönliche Beraten und „Gesprächeführen“ dort Hauptanliegen ist: Parlament kommt vom französischen „parler“ = „reden“. „Der Rat“ sind „die sich Beratenden“, der „Tag“ ist der Tagungsort, die Tagesordnung ordnet nicht den Tag, sondern die Tagung. Viele Parlamente sind in zwei „Kammern“ – wieder ein Hinweis auf Räumlichkeit – eingeteilt: Redeparlament und Arbeitsparlament; die Parlamente der meisten Staaten stellen eine Mischform aus beiden dar. Der „Kongress“ ist der

---

<sup>37</sup> Durch ihr „Entborgensein“ genießen m. E. auch große Marken mehr Vertrauen als unbekannte Produkte: Nach der Annahme, dass Schmutz im Licht der Öffentlichkeit deutlich zu sehen ist, ist es denkbar, dass Markenprodukte, die stark beworben werden, also „im Entborgenen“ gehandelt werden, das Gefühl vermitteln, dass sie „reiner“ seien als unbekannte Markenartikel, die weniger beworben werden oder gar „unterm Ladentisch gehandelt werden – und umgekehrt: dass diese aufgrund ihrer mangelnden Güte weniger erfolgreich sind, also nicht genügend Umsätze für teure Werbung generieren. Da sie aber von vielen konsumiert werden, würde es auch längst bekannt geworden sein, wenn sie schädliche Inhaltsstoffe hätten, oder da sie „wichtig“ sind, hätte die Presse schon längst darüber berichtet, wenn ihre Waren durch unredliche Produktionsmethoden entstehen (Kinderarbeit bei Zulieferern von H&M) oder mit unredlichen Handelsmethoden (Mitarbeiterbespitzelung, Lohndumping bei Lidl, Schlecker) vertrieben werden.

<sup>38</sup> Ob Rudolf Augstein das von ihm 1947 in Hannover herausgegebene Nachrichtenmagazin vor diesem Hintergrund „Der Spiegel“ nannte, ist unbekannt.

<sup>39</sup> Steingart (2009), Seite 154

<sup>40</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 129

vielsagende Name für das nordamerikanische Arbeitsparlament und das britische Unterhaus ist ein Beispiel für ein typisches Redeparlament, in dem sich die Parteien gegenüber sitzen und sich traditionell heftig miteinander *auseinandersetzen*.<sup>41</sup>

Philip Manow findet: „Die Definition [Carl Schmitts], nach der Repräsentation bedeutet, ‚ein unsichtbares Sein durch ein öffentlich anwesendes Sein sichtbar zu machen und zu vergegenwärtigen‘, ist dann insofern zutreffend, als die Nation durch ihr parlamentarisches Abbild nicht nur überhaupt erst real in die Welt kommt, sondern sich dadurch auch dieses In-die-Welt-Kommens bewusst wird.“<sup>42</sup> Jean Philipp Heurtin hat Manows Meinung nach eine weitere passende Erklärung: „Es ist genau durch diesen Vorgang der parlamentarischen Repräsentation, daß die Nation Abstand von sich selbst gewinnt und sich erst als vollständige Nation konstituiert.“<sup>43</sup>

Im Unterschied zur öffentlichen, transparenten Redekultur, die ein „Parlament“ schon dem Namen nach vermittelt, verweist denn auch der Begriff „Kabinetts“<sup>44</sup> auf die nach außen hin relativ verschwiegene Natur der Meinungs- und Willensbildung der regierenden Minister unter sich hin.

### **Politische Öffentlichkeit ohne Medien**

Staat und bürgerliche Gesellschaft sind ein Ganzes und die (freien) Bürger als politisch Handelnde darin halbwegs homogen integriert. Doch ist es nicht so, dass eine Handvoll Dorfbewohner ihre Geschicke auf einem traditionellen Marktplatz zwischen Oliven- und Tomatenständen lenkt: Die athenische Agora ist ein großer, zentral gelegener Verwaltungsdistrikt und die rationalistische Strukturierung der Bürgerschaft und ihrer Funktionsträger entspringt der Notwendigkeit, das riesige attische Territorium von dort aus zu regieren. „Dies bedeutete, daß der Regionalismus und die partikularen wirtschaftlichen Tendenzen der Küstenbewohner, Städter und binnenländischen Bauern (...) bekämpft werden mußte“, wie Georg Paulsen vermerkt, „aber die wirtschaftlichen Vorbedingungen erschwerten hier die Ansammlung augenfälliger Reichtümer, so daß im perikleischen Athen die tragende Schicht alles andere als eine Wohlstandsgesellschaft, eher von kleinbürgerlichem Zuschnitt war, Bauern, Handwerker, Seeleute.“<sup>45</sup> Mit der Einführung der Diäten durch Perikles wurde es für viele dieser Bürger angenehmer, an der Polis teilzunehmen.<sup>46</sup> „Man kann die athenischen Bürger mit Recht als eine Gesellschaft von politischen Funktionären bezeichnen, die zum großen Teil innerhalb der Polis dauernd in Staatsgeschäften unterwegs, auch in ihrem Denken und Reden von Amt, Volksversammlung, Gericht erfüllt war (...) Die Gemeinschaft dieser Bürger, in der Besitz und Herkunft immer

---

<sup>41</sup> Mehr zur Symbolik der parlamentarischen Sitzordnung im Kapitel „Symbole“ in Teil II.

<sup>42</sup> Manow (2008), Seite 71

<sup>43</sup> Heurtin, Jean Philippe, zitiert nach: Manow (2008), Seite 71

<sup>44</sup> „In Deutschland kommt das Wort *Kabinetts* im Grundgesetz nicht vor“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Kabinetts\\_%28Politik%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Kabinetts_%28Politik%29), 23.02.2010)

<sup>45</sup> Paulsen, Georg, in: Boeckhoff (1963), Seite 25ff

<sup>46</sup> Meier (1970), Seite 36 ff

weniger, Kunst und Kraft der Rede immer mehr war, schloss sich durch Wehrfähigkeit und der athenischen Herkunft streng ab.“<sup>47</sup>

Diese Abschottung geschah durch die scharfe Grenze der Unterscheidung derer, die „frei“ sein durften. Diese damalige Konstitution entsprang dem griechischen Denken, die Macht einerseits nicht zu sehr zu streuen und trotzdem andererseits einigermaßen „gerecht“ zu sein. Auch wenn Schönherr-Mann spätere Epochen gemeint hat, galt auch damals schon: „Der Totalitarismus und natürlich auch gewisse Tendenzen der modernen technischen Welt bedrohen diese Form einer pluralistischen Öffentlichkeit, in der sich die Bürger miteinander austauschen.“<sup>48</sup> Weil die Beteiligten gelernt haben, miteinander zu leben<sup>49</sup> und miteinander zu reden,<sup>50</sup> geben das gemeinsame Betrachten und Bewerten von Geschehnissen und die gemeinschaftlichen Beschlüsse der Polis Substanz und Macht gegen jene Kräfte, die die alte oligarchische oder monarchistische Herrschaftsordnung wieder herstellen wollen.<sup>51</sup> Und auch gegen andere Feinde, denn die Hegemonie Athens im attischen Seebund, einem Verteidigungsbündnis vieler Poleis, ist bedroht, von außen durch Sparta und auch innerhalb strebten viele der vermeintlich Verbündeten nach Unabhängigkeit.

Beschlüsse wurden zwar dokumentiert<sup>52</sup> und kolportiert, doch wie bei den Schriften der Dichtung handelte es sich dabei noch nicht um „Massen-Medien“.<sup>53</sup> Denn diese Union aus Kommunizierenden könnte man sehr wohl als Masse betrachten: Die Athener Polis hatte viele Zigtausend Mitglieder, die Volksversammlung immer noch Tausende und im unter Kleisthenes im sechsten Jahrhundert v. Chr. eingeführten „Rat der 500“ tagten, wie der Name schon sagt, immer noch sehr viele. Solange die anwesenden freien Bürger unter sich diskutierten – und die vielen anderen „Mitbewohner“ (Metöken), die zwar dort lebten, aber nicht mitreden durften, weil sie nicht in Athen geboren waren,<sup>54</sup> – war Kommunikation eine rein verbale Sache. Der Historiker Christian Meier offenbart, dass es keine schriftlichen Aufzeichnungen gibt: „Wie die gegen Ende des 6. Jahrhunderts einsetzenden Versuche breiterer Schichten, eine – um es ganz vorsichtig zu sagen – irgendwie bestimmende Stellung im

---

<sup>47</sup> Paulsen, Georg, in: Boeckhoff (1963), Seite 25ff

<sup>48</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 129

<sup>49</sup> Vgl. Schönherr-Mann, Hans-Martin „Miteinander leben lernen“ in: Göttermann (2008)

<sup>50</sup> Was persönliches miteinander Reden bzw. Kommunizieren bedeuten kann, erschließt sich auch in den Werken von Schulz Thun (1998) und Watzlawick (2006).

<sup>51</sup> Meier (1970), Seite 36ff

<sup>52</sup> Auf Papyrus aus Ägypten, vgl. Boeckhoff and Winzer (1963), Seite 30

<sup>53</sup> Der Begriff „disperses Publikum“ geht auf Gerhard Maletzke, der in den 1960er Jahren eine bis vor Kurzem allgemein akzeptierte Definition von Massenmedien formulierte: „Unter Massenkommunikation verstehen wir jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig an ein disperses Publikum vermittelt werden“, die aber seit dem Internet nicht mehr gilt. Vgl. Pürer (1990)

<sup>54</sup> Und alle anderen Frauen und Sklaven ebenso wenig mitreden durften

Gemeinwesen zu gewinnen, sich verstanden, artikulierten, ist uns direkt nicht überliefert“, schreibt er 1970.<sup>55</sup>

Generell muss festgestellt werden, dass Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ in Athen nicht realisiert war, sondern nur die Herrschaft der Bürger, so sprachen die „Mitbewohner“, die sich ihrer Gleichheit mit den anderen bewusst waren und Mitbestimmung erreichen wollten, auch noch nicht von Demokratie, sondern von „Isonomie“<sup>56</sup> (ohne genau zu sagen, wann sie aufkam). Der ihr zugrunde liegende Gedanke der (staats-)bürgerlichen Gleichheit hat fraglos bei den Kämpfen um 500 und insbesondere bei den Reformen des Kleisthenes in Athen eine bedeutende Rolle gespielt. Diese Gleichheit konnte nur praktisch werden, wenn sie sich in der Beteiligung breiterer Schichten an der Politik, in deren Mitreden, Mitbestimmen, Kontrollieren ausdrückte.<sup>57</sup>

Es kann also festgehalten werden, dass das Streben nach gleichen Rechten der Demokratie voranging. „Die Schwächeren, die nach Aristoteles die sind, die immer nach Gerechtigkeit und Gleichheit streben, waren gerade so mächtig, daß man sie respektieren mußte“, hält Meier für die Zeit, bevor man zum Begriff „Demokratie“ fand, fest.<sup>58</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Die Entstehung des Begriffs Demokratie nach Meier“.

### **Buchdruck – Flugblätter – Presse – Revolten**

Nachdem die Agora schon quasi „aus allen Nähten platzte“ und die „aufstrebenden Schichten“<sup>59</sup> auch noch Zugang begehrten, war der physische, öffentliche „Raum“, in dem Menschen durch Rede und Gegenrede ihre Meinungs- und Willensbildung betrieben und in dem letztendlich nach dem Mehrheitsprinzip Beschlüssen gefasst wurden, kaum mehr möglich. Zwar hätten Medien die vielen „Gespräche“<sup>60</sup> und Beschlüsse der Bürger an ein disperses Publikum übermitteln und helfen können, einen nicht-physischen Öffentlichen Raum zu erschaffen, in dem räumlich und zeitlich voneinander verschiedene Standpunkte erstens gebündelt würden und zweitens zur Diskussion hätten gestellt werden können. Zuvor beendete jedoch der Peloponnesische Krieg (431 bis 404 gegen Sparta) die attische Demokratie. Sparta führte im besiegten Athen eine Oligarchie ein.

---

<sup>55</sup> Meier (1970), Seite 36f

<sup>56</sup> „Nach einer Formulierung Hans Schäfers ist in ‚Isonomie‘ das Streben nach Gleichberechtigung gleichsam in den Nomos hineinprojiziert“, schreibt Christian Meier a.a.O.

<sup>57</sup> Meier (1970), Seite 37

<sup>58</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Massendemokratie“ im Kapitel „Das Recht auf Freiheit in Staatsrechtsphilosophien“ und im Exkurs „Die Entstehung des Begriffes Demokratie nach Meier“

<sup>59</sup> Meier (1970), Seite 36 ff

<sup>60</sup> In Anlehnung an Arendts politisches Kommunikationsverständnis

Demokratische Strukturen überlebten das Mittelalter nur in kleinen Stadtrepubliken mit Bürgerrechten<sup>61</sup> und der Hauch einer demokratischen Ahnung wehte erst wieder in der Renaissance mit dem Buchdruck und der Verbreitung reformatorischer Schriften, wie beispielsweise Luthers *sola scriptura*, durch die Geschichte Europas. Diese Schrift soll die aufständischen Bauern im Bauernkrieg 1525 zu ihren „12 Artikeln“<sup>62</sup> inspiriert haben,<sup>63</sup> die als „erste Menschenrechtserklärung der Welt“ gelten soll.<sup>64</sup> Auch die „Bundesordnung“ jener Bauern, ein Modell für eine kommunale, föderative Gesellschaftsordnung, soll hohe Auflagen erreicht haben, heißt es.<sup>65</sup>

In der Zwischenzeit, also zwischen der Antike und der Renaissance, gab es keine „Öffentlichkeit“ im Sinne einer beschlussfähigen Menge von Menschen, die die eigenen Angelegenheiten durch Rede und Gegenrede regelt. Alle Versammlungen waren auf kleine, physisch erfassbare Größenordnungen beschränkt. Durch hierarchische Befehls- und Kommunikationsstrukturen konnten einzeln gefasste Entscheidungen auf die Bevölkerung wirken. Eine politische Öffentlichkeit außerhalb überschaubarer aristokratischer oder klerikaler Kreise gab es nicht.

Als Ur-Massenmedium vortechnischer Art in Frage käme die Bibel: Sie war relativ weit verbreitet, doch nicht weit genug. Und Rezeption, Exegese und Hermeneutik blieben Adel, Klerus und Gelehrten vorbehalten. Für die christliche Bevölkerung relevante politische Ereignisse fanden in keinem öffentlichen Raum statt, sondern weitgehend geheim. So fand die Bevölkerung sich lange mit dem sonntäglichen Gottesdienst als einziger halbwegs öffentlichen Veranstaltung ab, auch wenn Gespräche erst nach der Kirche auf dem Marktplatz (!) oder im Wirtshaus möglich waren. In der Zeit bis zur Renaissance gelten einige als „dunkle“ Jahrhunderte, weil die unzureichende Quellenlage kaum historische Bewertungen ermöglicht – auch ein Hinweis auf das „Verborgene“, das eingangs im Gegensatz zum „Entborgenen“ geschildert wurde, das „im Lichte der Öffentlichkeit“ bewertet werden kann. Und noch heute spricht man häufig abwertend vom „finsternen“ Mittelalter, um entweder auszudrücken, wie wenig aufgeklärt das allgemeine Welt- und Menschenbild damals war, oder um zu betonen, wie wenig man heute über bestimmte Abschnitte dieser Zeit weiß.<sup>66</sup>

Mit dem Ende des späten Mittelalters beginnt die Renaissance der antiken Klassik. Oder andersherum gesagt: Indem sich die Ideale griechisch-römischer Kultur ihren Weg (zurück) in die Köpfe der Menschen bahnen, ist das Ende der mittelalterlichen

---

<sup>61</sup> Und Teilen der Schweiz

<sup>62</sup> Abschrift des Originals unter: <http://stadtarchiv.memmingen.de/918.html> ( 31.01.10)

<sup>63</sup> Von denen er sich zuerst moderat und später rigoros distanzierte.

<sup>64</sup> Quelle: Wikipedia unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Zw%C3%B6lf\\_Artikel](http://de.wikipedia.org/wiki/Zw%C3%B6lf_Artikel)

<sup>65</sup> Quelle: Wikipedia unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Zw%C3%B6lf\\_Artikel](http://de.wikipedia.org/wiki/Zw%C3%B6lf_Artikel)

<sup>66</sup> Manche Vorgänge lagen derart im Dunkeln, dass Mutmaßungen sprießen, in der Zeitrechnung seien Jahre hinzuerfunden oder gekürzt worden, siehe auch: <http://de.wikipedia.org/wiki/Chronologiekritik>



Herrschaftsformen besiegelt. Mit der Verbreitung philosophischer und naturwissenschaftlicher Ideen,<sup>67</sup> dem Erstarren der Wissenschaft, der technischen Erfindung des Buchdrucks (Mediatisierung), der Reformation und der Aufklärung breiter Schichten sowie der damit einhergehenden Säkularisation und der fortschreitenden mentalen Säkularisierung liegt der Schluss nahe, dass Medien, Aufklärung und der Wunsch der Bevölkerung, nicht länger „unmündig“ und „unerhört“ zu bleiben, sondern aktiv an Politik teilzunehmen, eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig bestärken.

### **Strukturwandel der Öffentlichkeit nach Habermas**

Im Mittelalter ist „öffentlich“ nur das, was Klerus und Adel offiziell verkünden. Das Offizielle, die „repräsentative Öffentlichkeit“, ist also das von den Herrschern Verlautbarte und fließt sozusagen aus der Sphäre der Obrigkeit herab auf das Fußvolk.

Auch Jürgen Habermas liefert in seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ zahlreiche historische Belege für den Zusammenhang zwischen Mediatisierung und Reduktion autoritärer Macht.

Schon eine Weile vor Beginn der Renaissance, seit dem 13. Jahrhundert, erodiert das Bollwerk Arkanpolitik durch die Kommunikation der Kaufleute: „Mit dem frühen Finanzkapitalismus, der (...) an den Kreuzungen der Fernhandelswege die großen Messen entstehen läßt, bilden sich Elemente einer neuen Gesellschaftsordnung; sie werden allerdings zunächst von der alten Herrschaftsordnung noch mühelos integriert“, schreibt Habermas in seinem Kapitel „Zur Genese der bürgerlichen Öffentlichkeit.“<sup>68</sup> Und weiter: „... dieser Kapitalismus stabilisiert einerseits die ständischen Herrschaftsverhältnisse und setzt andererseits diejenigen Elemente frei, in denen jene einst sich auflösen werden. Wir meinen die Elemente des neuen Verkehrszusammenhangs; den Waren- und Nachrichtenverkehr, den der frühkapitalistische Fernhandel schafft“<sup>69</sup>. Langsam sickert die Öffentliche Gewalt in untere Schichten: „Die Reduktion der repräsentativen Öffentlichkeit, die mit der Mediatisierung (sic!) der ständischen Autoritäten durch die Landesherrn einhergeht, gibt einer anderen Sphäre Raum, die mit dem Namen der Öffentlichkeit im modernen Sinne verknüpft ist: der Sphäre der öffentlichen Gewalt.“<sup>70</sup>

### **Die Sphären und das Recht auf Freiheit**

Habermas macht in der Geschichte die Trennung von Staat und Gesellschaft erst in der Aufklärung aus: Nachdem sich das Verständnis von „politischer Öffentlichkeit“ gedreht hatte, von der repräsentativen Öffentlichkeit der kirchlichen und feudalen

---

<sup>67</sup> Und dem Reiz, den die antiken Künste auf die Eliten des Spätmittelalters ausübten

<sup>68</sup> Habermas (1990), Seite 69 ff

<sup>69</sup> Habermas (1990), Seite 69 ff

<sup>70</sup> Habermas (1990), Seite 69 ff

Höfe, die das Volk willkürlich mit Informationen versorgen, spaltete sich, ähnlich einer Zellteilung, ein „Publikum rasonierender Privatleute“ mehr und mehr ab, bis es quasi genügend Distanz erreicht hat, um den Blick auf den Staat zu richten und sich über das, was es sieht, untereinander auszutauschen. Vorangegangen war eine Polarisierung, die innerhalb der Gesamtheit der bürgerlichen Gesellschaft „als Erweiterung und Ergänzung“ die „Sphäre kleinfamiliärer Intimität“ bildete.<sup>71</sup> Sie ist Voraussetzung für Subjektivität, und daher eine für Habermas unverzichtbare Etappe auf dem Entstehungsweg zu einer politisch rasonierenden Öffentlichkeit. Die zum Publikum versammelten „Privatleute“ sind für ihn die Quelle, aus der sich Öffentlichkeit speist. Privatsphäre als Grundvoraussetzung für Öffentlichkeit – dies ist jedoch kein wirklicher Widerspruch zu Hannah Arendts Standpunkt, denn auch sie sieht den politisch Handelnden als jemanden, der aus dem Dunkel der häuslichen Sphäre *befreit* ist, um „in der Helle der Öffentlichkeit“<sup>72</sup> an einer gemeinsamen Welt zu arbeiten.

### **Arendt vs. Habermas: politisches Handeln vs. kommunikatives Handeln?**

Der Unterschied besteht erstes in der Annahme, welcher Sphäre die andere entspringt: Entsteht die Öffentlichkeit aus den aus der privaten Sphäre sich Lösenden (Arendt) oder entsteht die Privatsphäre „als Erweiterung“ aus den sich aus der bürgerlichen Gesellschaft Zurückziehenden, die gleichsam im Familienkabinett ihrer subjektiven Befindlichkeiten rasonieren (Habermas)? Und zweitens ist Rasonnement zwar kommunikatives Handeln,<sup>73</sup> jedoch anders als das Arendtsche „Gesprächeführen“ zunächst einmal nicht politisch. Für Habermas ist kommunikatives Handeln zuerst privat-sozial: Die mit „Plattformen der Diskussion“ ausgestattete literarische<sup>74</sup> Öffentlichkeit vermittelt ihren „Erfahrungszusammenhang der publikumsbezogenen Privatheit auch in die politische Öffentlichkeit.“ Hier liegt der entscheidende Unterschied im Denken der politischen Theoretikerin und des Soziologen: „Humanität hat hier [in der privatisierten Sphäre] ihren genuinen Ort, und nicht, wie es ihrem griechischen Vorbild entspräche, in der Öffentlichkeit selbst.“ Habermas schlussfolgert: „Die politische Aufgabe der Öffentlichkeit ist die Regelung der Zivilsozietät (im Unterschied zur *res publica*).“<sup>75</sup>

Der wirkliche und eigentlich wichtigste Unterschied zwischen *res publica* und Zivilsozietät macht auch den Unterschied zwischen Arendtschem und Habermasschem Denken aus und bedeutet zunächst, dass hier möglicherweise Äpfel mit Birnen verglichen werden, denn der vermeintliche Unterschied besteht im Marktwirtschaftlichen, das Arendt scheinbar vernachlässigt, Habermas jedoch

---

<sup>71</sup> Habermas (1990), Seite 115

<sup>72</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 124

<sup>73</sup> Vgl. Habermas (1995), Habermas (1990), sowie Habermas (2001) oder Habermas and Luhmann (1971)

<sup>74</sup> Habermas (1990), Seite 116f. Also die mediatisierte Öffentlichkeit, um das nebenbei weiterhin in Erinnerung zu behalten.

<sup>75</sup> Habermas (1990), Seite 116f

konkretisiert: „Mit der Entstehung einer Sphäre des Sozialen, um deren Regelung die öffentliche Meinung mit der öffentlichen Gewalt streitet, hat sich das Thema der modernen Öffentlichkeit, im Vergleich zur antiken, von den eigentlich politischen Aufgaben der gemeinsam agierenden Bürgerschaft (Rechtsprechung im Inneren, Selbstbehauptung nach außen) zu den eher zivilen Aufgaben einer öffentlich rasonierenden Gesellschaft (der Sicherung des Warenverkehrs) verschoben.“<sup>76</sup> Für Habermas hat das private, zivile, soziale Leben Vorrang vor dem politischen. Er sieht das politische Handeln als Mittel zum sozialen Zweck: Menschen geht es nur gut, wenn es ihnen wirtschaftlich gut geht, daher muss die Sicherung des Warenverkehrs zu ihren Gunsten erfolgen und die Politik hat das sicherzustellen. Arendt sieht dagegen nur den politischen Zweck: Ihrer Meinung nach geht es den Menschen nur gut, wenn sie frei sind, daher muss die Rechtsprechung zu ihren Gunsten erfolgen und die Politik hat das sicherzustellen.

Die eine will eine gemeinsame Welt durch politisches Handeln erreichen, dazu bedarf es der Freiheit, am öffentlichen Diskurs teilnehmen zu können. Der andere sieht eine (glückliche?) Zivilgesellschaft nur durch soziales Handeln erreichbar, dazu bedarf es ebenfalls der Freiheit, am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Beide meinen im Grunde ungefähr das Gleiche, beschreiten nur unterschiedliche Wege auf dem Weg zum Ziel.

Das Soziale besteht für Arendt in Arbeiten und Herstellen und dient dem Überleben, sei jedoch nicht an Freiheit gebunden. Sie klammert diesen Bereich der Öffentlichen Gewalt aus.<sup>77</sup> Handeln ist für sie eine fundamentale menschliche Eigenschaft, der Mensch müsse interaktiv mit anderen Menschen handeln, denn er sei ein „zoon politikon“,<sup>78</sup> also sei jedes soziale Handeln politisch. Da die zwischenmenschliche Kommunikation bereits Handeln ist und damit ebenfalls immer politisch, wie sie in ihrem Hauptwerk „Vita activa – oder vom täglichen Leben“<sup>79</sup> ausführt, ist die Freiheit in ihrem Denken scheinbar Selbstzweck, doch sie meint damit das Recht, öffentlich zu kommunizieren, also politisch handeln zu dürfen. Wenn sie die Polis als idealen Ort dafür lokalisiert, meint sie mit Freiheit das philosophische Ideal, ungehindert mitreden und gestalten zu dürfen – sie meint nicht die historischen Gesetze selbst, nach denen Freie von Unfreien unterschieden wurden.

---

<sup>76</sup> Habermas (1990), Seite 116

<sup>77</sup> Der Grund dafür liegt in der für sie negativen Konnotation der Begriffe Macht und Gewalt.

<sup>78</sup> Vgl. auch Karl Marx (Grundrisse, *MEW* 42: 6. (MEW = Marx-Engels-Werke. Es handelt sich dabei um 43 Bände (in 45 Büchern), die von 1956 bis 1990 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Bde. 1-42) bzw. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Bd. 43) im Dietz Verlag, Berlin (Ost)/DDR herausgegeben wurden und seit 1989 von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.* weiterhin im Dietz Verlag Berlin herausgegeben werden. Zuerst wird der Band und dann die Seite angegeben), siehe auch: <http://dhcm.inkrit.org/wp-content/data/mew42.pdf> (24.01.10)

<sup>79</sup> Arendt (2002)

Wie oben schon erörtert, bedurfte das politische Handeln der griechischen Bürger keiner Freiheit als Freiheitlichkeit, sondern nur eines durch herrschaftliche Gesetze festgelegten Status des Besonderen, wie auch Habermas feststellt: „Der private Status des Hausherrn, von dem sein politischer als Bürger abhängt, beruht auf Herrschaft ohne irgendeinen durch Innerlichkeit vermittelten Schein der Freiheit.“

Also liegt der Schluss nahe, dass Freiheit für beide bedeutet, das Recht auf Kommunikation zu besitzen. Und aus dem Recht zu kommunizieren ergibt sich die Pflicht, dieses Recht, d. h. die Kommunikation, so zu benutzen, dass sie dem Gemeinwohl dient. Während Arendt alle Menschen meint, meint Habermas die privaten Individuen und damit meinen beide letztlich dasselbe.<sup>80</sup>

## **Presse macht Druck**

***Die Sprache ist eine Waffe, haltet sie scharf!***  
***Kurt Tucholsky***

Im 18. Jahrhundert entwickelt sich nach Habermas aus der privaten Sphäre, über die halböffentlichen, in Salons und Kaffeehäusern über Literatur reflektierenden Eliten mit dem Aufkommen der Presse eine kritische politische Öffentlichkeit der Bürger: „Die politische Öffentlichkeit geht aus der literarischen hervor,<sup>81</sup> sie vermittelt durch öffentliche Meinung den Staat mit Bedürfnissen der Gesellschaft.“<sup>82</sup> Und sie benutzt das Instrument der Veröffentlichung als Waffe gegen die Herrschenden: „Die apologetische Literatur der Staatsarkana bringt die Mittel zur Sprache, mit deren Hilfe der Fürst seine Souveränität, die *jura imperii*, allein behaupten kann – eben die *arcana imperii*, jener ganze durch Machiavelli<sup>83</sup> inaugurierte Katalog geheimer Praktiken, die die Erhaltung der Herrschaft über das unmündige Volk sichern sollen. Der

---

<sup>80</sup> Deutlicher als Arendt steht für Habermas die Lebenswelt im Vordergrund: „Der Grundbegriff des kommunikativen Handelns erschließt den Zugang zu drei Themenkomplexen, die miteinander verschränkt sind: zum Begriff der kommunikativen Rationalität, zu einem zweistufigen, die Paradigmen von Handlung und System verknüpfenden Gesellschaftskonzept und zu einem theoretischen Ansatz, der die Paradoxien der Moderne mit Hilfe einer Unterordnung der kommunikativ strukturierten Lebenswelt unter die imperativen selbstständigen, formal organisierten Handlungssysteme erklärt.“ in: Habermas (1995), Klappentext

<sup>81</sup> „Als Steele und Addison 1709 die erste Nummer des ‚Tatler‘ herausbrachten, waren die Kaffeehäuser bereits so zahlreich, die Kreise der Kaffeehausbesucher schon so weit gezogen, daß der Zusammenhang dieser tausendfachen Zirkel nur noch durch eine Zeitung gewahrt werden konnte“, so Habermas in: Habermas (1995), Seite 105

<sup>82</sup> Habermas (1990), Seite 90 – besser verständlich, wenn man „vermittelt“ mit „versorgt mit Informationen“ ersetzt

<sup>83</sup> Mehr zu Niccolò Machiavelli, siehe Abschnitt „Wie viel öffentliche Freiheit ist rechtens?“

Arkanpraxis wird später das Prinzip der Publizität entgegengehalten.<sup>84</sup> Wieder steht für Habermas nicht das Ziel politischer Freiheit der Bürger im Vordergrund, sondern sie ist nur das Mittel zum sozialen Zweck: „Mit den Erfahrungen einer intimisierten Privatsphäre gleichsam im Rücken, bietet sie [die Öffentlichkeit] der etablierten monarchistischen Autorität die Stirn; in diesem Sinne hat sie von Anbeginn privaten und polemischen Charakter zugleich.“<sup>85</sup>

„Strukturwandel der Öffentlichkeit“ erschien erstmals 1962<sup>86</sup>, Habermas bemerkte das entscheidende Manko der damaligen Massenmedien, das auch schon Günther Anders 1957 als „Antiquiertheit“<sup>87</sup> identifizierte: Ihnen fehlte für vernünftige politische Kommunikation der notwendige Rückkanal. Die Massenmedien „ziehen das Publikum als Hörende und Sehende in ihren Bann, nehmen ihm aber zugleich die Distanz der ‚Mündigkeit‘, die Chance nämlich, sprechen und widersprechen zu können.“<sup>88</sup> Dies entspricht der „Brechtischen Radiotheorie“, nach der der Augsburger Literat schon Ende der 1920er forderte, „der Rundfunk müßte (...) aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren.“<sup>89</sup> Später vervollständigte auch Hans Magnus Enzensberger dieses Konzept in seinem „Medienbaukasten“.<sup>90</sup> Die Frage nach dem „Rückkanal“ stellte in den 1970ern nicht nur er, sondern u. a. auch der Zukunftsforscher und spätere Preisträger des „Alternativen Nobelpreises“<sup>91</sup>, Robert Jungk, dieser forderte ebenfalls 1970: „Äther für alle!“<sup>92</sup> Im Abschnitt „Jeder Sender nun auch Empfänger“ wird auf diesen entscheidenden Rückkanal näher eingegangen.

Die sich aus den Änderungen sozialer und technologischer Wirklichkeit ergebenden zahlreichen Strukturwandel reichen bei Habermas bis zu den durch ihren kommerziellen Hang zum Entertainment als politische Medien unbrauchbar gewordenen Massenmedien, die ein ebenfalls politisch unbrauchbar gewordenes Publikum generieren: „Die durch Massenmedien erzeugte Welt ist Öffentlichkeit nur noch dem Scheine nach“.<sup>93</sup> Eine pessimistische Sichtweise, die beispielsweise Hans Magnus Enzensberger 1970 nicht teilt, er sieht auch positive Aspekte: „Die neuen Medien sind ihrer Struktur nach egalitär.“<sup>94</sup> Und, wie weiter unten deutlich wird, ist „Gleichheit“ ein entscheidender Faktor, wenn es um die gleichen Rechte für alle geht, also vor allem das Recht zur Kommunikation. Wohlgedenkt, die Rede ist 1970 von Fernsehen und Radio und Enzensberger kommt zu dem Schluss, dass die egalitäre

---

<sup>84</sup> Habermas (1990), Seite 117

<sup>85</sup> Habermas (1990), Seite 117

<sup>86</sup> Ein Jahr nach der Gründung des Zweiten Deutschen Fernsehens

<sup>87</sup> Mehr dazu im Kapitel „Segen und Fluch der technischen Reproduzierbarkeit“

<sup>88</sup> Habermas (1990), Seite 261

<sup>89</sup> Brecht (1971), Seite 21

<sup>90</sup> Enzensberger, Hans-Magnus, In: *Kursbuch 20/1970: Seite 160*

<sup>91</sup> 1986

<sup>92</sup> Jungk (1970)

<sup>93</sup> Habermas (1990), Seite 261

<sup>94</sup> Enzensberger (1970), Seite 167

Struktur der Medien eine mobilisierende Kraft beinhaltet. Er sieht sehr wohl eine Wechselwirkung zwischen Sender und Empfänger. Dadurch entstehe ein dynamischer, demokratischer Prozess und für Enzensberger ist klar, dass die „Bewußtseinsindustrie“ zum Schrittmacher der „sozio-ökonomischen Entwicklung“ werde.

### **Wirtschaft und politisches Handeln**

Obwohl die Frage des Rechts auf Freiheit und die Bestimmung der politischen Rolle der Öffentlichkeit soweit geklärt ist, soll der Faktor Wirtschaftlichkeit an dieser Stelle noch einmal etwas genauer betrachtet werden. Wenn man Habermas' Primat der Sphäre des Sozialen folgt und die daran gekoppelte Bedingung der „Sicherung des Warenverkehrs“ weiterdenkt, besteht, sobald der Warenverkehr gesichert ist, also die zivilen Bedürfnisse geregelt sind, kein politischer Handlungsbedarf und die politische Aufgabe der bürgerlichen Öffentlichkeit ist erledigt.

Arendt betrachtet die Obliegenheiten des Oikos als Hinderungsgrund für Handeln und damit als Unfreiheit und erst, wenn der Mensch diesem nicht mehr unterworfen ist, dann ist er frei, um politisch zu handeln.

Auch dies ist kein Widerspruch: Wir sehen beide Auffassungen im realen Leben bestätigt, wenn wir feststellen, dass ökonomische Sicherheit mit geringer politischer Unruhe einhergeht. Und wenn wir feststellen, dass die privaten Obliegenheiten den Menschen daran hindern, an der politischen Gestaltung seiner Gemeinde, seines Landes, seines Staates mitzuwirken.

Die Einstellung, dass die Verfolgung ökonomischer Interessen als Antriebsfeder für politisches Handeln wirkt, ist, wenn man sie auf Individuen der Privatsphäre oder Menschen allgemein anwendet, ethisch neutral. Wenn politisches Handeln allein auf die Verfolgung rein ökonomischer Ziele ausgerichtet ist, sieht die Bewertungslage schon anders aus. Trotzdem werden wirtschaftspolitische Phänomene im Folgenden so weit wie möglich ausgeklammert, um den Fokus auf den kommunikativen Aspekten der politischen Rolle der Öffentlichkeit zu behalten.

Doch auch wenn im Folgenden nicht explizit darauf eingegangen wird, sollte in weiten Teilen berücksichtigt werden, dass mit Freiheit auch das Recht auf Güter und die Macht zur Verteilung von Gütern gemeint ist.

## 1.2 Öffentliche Meinung als Wahrnehmung

---

***Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig.***

***Kurt Tucholsky<sup>95</sup>***

Wenn wir Hannah Arendts Auffassung folgen, dann findet politisches Handeln im Öffentlichen Raum statt, also auch die Legitimation von Herrschaft. Öffentlichkeit ist der Austragungsort im Überzeugungskampf der unterschiedlichen Meinungen und Diskurse um Zustimmung. Und da mobilisierte Mehrheiten entscheiden, wer herrschen darf und wer nicht, werden diese mobilisierbaren Mehrheiten oft mit „der Öffentlichkeit“ verwechselt. Denn der Austragungsort beherbergt ausdrücklich auch Minderheiten, doch da diese keine Macht über Herrschaft haben, werden sie im Sprachgebrauch mit Öffentlichkeit, also Mehrheit, gleichgesetzt und wenn „man“ schon einmal bei Mehrheiten ist, ist man sofort bei den Massen und beim Volk und schnell wird „des Volkes Wille“ mit „der Öffentlichen Meinung“ gleichgesetzt. Die kognitive Vermengung der Begriffe von Volkswillen, Gemeinwillen, Gemeinwohl, Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung birgt theoretische Verständnisprobleme,<sup>96</sup> doch praktisch hat sich ein „pankulturelles“<sup>97</sup> Verständnis entwickelt, mit dem jeder gut zurechtkommt. Man kann hier also Intersubjektivität voraussetzen.

Nachdem Habermas' Darstellung von „Öffentlichkeit“ in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ als einer einheitlichen Größe heftig kritisiert worden war, schlug er 1992 eine weniger Protest auslösende Definition vor, in der der ihr innewohnenden Pluralität deutlicher Rechnung getragen wird: „Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben.“<sup>98</sup> Während der Begriff Öffentlichkeit zwar unterschiedlich, doch jeweils relativ klar umrissen wird, kommt es bei der Begriffsbestimmung der „Öffentlichen Meinung“ jedoch zu keinem eindeutigen Ergebnis. Es gibt unüberschaubar viele Definitionen, wie, um nur ein Beispiel zu nennen, ein durch die Demoskopie ermitteltes „Aggregat der Bevölkerungsmeinungen“ oder eine andere, die besagt, die Öffentliche Meinung sei der „Output politischer Öffentlichkeit“.<sup>99</sup> Habermas selbst bezeichnet sie als „nicht als reale Größe identifizierbare institutionalisierte Fiktion.“<sup>100</sup>

---

<sup>95</sup> Tucholsky, Kurt: Rezension zu Hans Falladas Roman „Bauern, Bonzen und Bomben“ (Berlin, Rowohlt 1931), in: Die Weltbühne, 7. März 1931, Nr. 14, S. 500 (Quelle: Wikiquote, unter: [http://de.wikiquote.org/wiki/Kurt\\_Tucholsky#Zitate\\_mit\\_Bezug\\_auf\\_Kurt\\_Tucholsk](http://de.wikiquote.org/wiki/Kurt_Tucholsky#Zitate_mit_Bezug_auf_Kurt_Tucholsk), 28.02.2010)

<sup>96</sup> Vgl. Begriffsdefinition „Kontingenz“ bei Niklas Luhmann

<sup>97</sup> Davis, Phillips, zitiert nach Noelle-Neumann, Elisabeth in: Noelle-Neumann (1996), Seite 366

<sup>98</sup> Habermas (1992), Seite 436

<sup>99</sup> (Vgl. Schulz 2008: 119, Noelle-Neumann 1996, 366ff)

<sup>100</sup> Habermas (1990), Seite 344

Offenbar ist „Öffentliche Meinung“ immer das, was jeder subjektiv dafür hält. Insofern kommt Georg Wilhelm Friedrich Hegels Auffassung von ihr einer allgemeingültigen Definition möglicherweise bereits sehr nahe: Die „Öffentliche Meinung hat die Form des gesunden Menschenverstandes, ist in der Art von Vorurteilen im Volke verbreitet, spiegelt allerdings noch in dieser Trübung ‚die wahrhaften Bedürfnisse und richtigen Tendenzen der Wirklichkeit‘.“<sup>101</sup> Habermas stimmt diesem aus soziologischer Sicht zu: „Die Beziehung zur Herrschaft wächst ihr [der Öffentlichen Meinung] sozusagen hinterrücks zu: die ‚privaten‘ Wünsche nach Autos und Kühlschränken fallen unter die Kategorie ‚Öffentliche Meinung‘ ebenso wie alle übrigen Verhaltensweisen beliebiger Gruppen, wenn sie nur für die Ausübung sozialstaatlicher Herrschafts- und Verwaltungsfunktionen relevant sind.“<sup>102</sup>

Hierin findet sich sowohl der Hinweis darauf, dass vermeintlich Unpolitisches politisch sein kann, wenn es nur irgendwie die Obrigkeit tangiert, als auch eine sehr schöne Bestätigung der eingangs von Schönherr-Mann beleuchteten Arendtschen Auffassung von politischem Handeln: Seine Existenzberechtigung daraus abzuleiten, zumindest aber Existenzbestätigung darin zu erfahren, für andere relevant zu sein. Und diese „Indirektheit“ wird durch die Qualität des jeweilig erzeugten Rasonnements, der Reflexion und Resonanz – wie hier im Habermasschen Beispiel – nachweisbar oder durch Reagibilität und Responsivität als politische Effekte.

### **Öffentliche Meinung als „unscharfer Zustand“**

Auf der Suche nach einer Definition für Öffentliche Meinung (nicht: öffentliche Meinungen!) analytisch vorzugehen, scheint m. E. falsch. Es handelt sich bei ihr um ein synthetisches Produkt aus veröffentlichten Meinungen und den Ergebnissen ihrer kognitiven Verarbeitung in Form latenter Haltungen, die auf eine kollektive Stimmung, einen gemeinsamen „Geist“ oder „Spirit“ hinauslaufen. Doch ist sie immer noch wesentlich konkreter als der Begriff „Zeitgeist“, um die Stimmungslage einer Nation oder Generation zu beschreiben – und sie spiegelt die kollektive Tendenz Richtung Zustimmung oder Ablehnung. Alexis de Tocqueville beispielsweise spricht von ihr als einer „unsichtbaren Macht.“<sup>103</sup> Trotz ihres oberflächlichen Charakters ist sie ein Aggregat tief wirkender Strömungen.

Man könnte bei dem Versuch, zu erfassen, was Öffentliche Meinung genau sein soll, auch von einem „verwischten“ oder „unscharfen“ Zustand sprechen, wie dies bei der Betrachtung von Elementarteilchen in der Physik geschieht (vgl. „Heisenbergsche

---

<sup>101</sup> Habermas (1990), Seite 198

<sup>102</sup> Habermas (1990), Seite 352

<sup>103</sup> Deichsel et al. (2002), Seite 457 – was wiederum korrespondiert mit Machiavellis und Erasmus von Rotterdams Einschätzung, dass sich keine Regierung ohne (öffentliche) Zustimmung an der Macht halten kann.



Unschärferelation<sup>104</sup>). Es scheint ähnlich beschaffen zu sein wie „Dunkle Materie“, die nur deshalb indirekt existiert, weil sie anhand von unmissverständlichen mathematischen Effekten existieren muss, während man sie selbst noch nicht konkret nachweisen konnte. Vergleichbar auch mit dem Wunsch, dass es doch einen Äther geben müsse, dessen Existenz bisher ebenfalls misslang, der jedoch als Hilfsgröße große Dienste leistet(e).<sup>105</sup> Die cartesianische Trennung in Beobachter und Beobachtetes (Reduktionismus) funktioniert zur Beobachtung der Öffentlichen Meinung nicht. In seinem Aufsatz *Der Gedanke* bezeichnet Gottlob Frege den Bereich der Realität, in dem die objektiven Gedanken angesiedelt sind, mit dem Begriff „drittes Reich“ und argumentiert ähnlich: Die Gedanken seien weder Dinge der Außenwelt noch Vorstellungen. „Ein drittes Reich muß anerkannt werden. Was zu diesem gehört, stimmt mit den Vorstellungen darin überein, daß es nicht mit den Sinnen wahrgenommen werden kann, mit den Dingen aber darin, daß es keines Trägers bedarf, zu dessen Bewußtseinsinhalt es gehört. So ist z. B. der Gedanke, den wir im pythagoreischen Lehrsatz aussprachen, zeitlos wahr, unabhängig davon, ob irgendjemand ihn für wahr hält. Er bedarf keines Trägers. Er ist wahr nicht erst, seitdem er entdeckt worden ist, wie ein Planet, schon bevor jemand ihn gesehen hat, mit andern Planeten in Wechselwirkung gewesen ist.“<sup>106</sup>

Vor dem Hintergrund, dass es Intersubjektivität geben muss, postuliert Frege neben dem Reich der subjektiven Vorstellungen und dem der „objektiv-wirklichen“ physischen Gegenstände noch ein „drittes Reich“: das der „objektiv-nichtwirklichen“ Gedanken. Obwohl sie vom Bewusstsein nicht generiert werden können, sei es in der Lage, sie dennoch richtig zu erfassen. Ein Ei ohne Henne gewissermaßen.<sup>107</sup>

Die Drei-Welten-Lehre<sup>108</sup> selbst ist indes viel eher mit dem Namen Karl Popper verbunden. Für seine „Welt 3“<sup>109</sup> gilt die gleiche Entsprechung: Dass die objektiven geistigen Gehalte zwar Produkte menschlichen Denkens seien, nach ihrer Erschaffung aber eine eigene Existenz besäßen. Zwischen physikalischer und geistiger Welt vermittele das Bewusstsein und dementsprechend sei Öffentliche Meinung ein

---

<sup>104</sup> Heisenberg (2002)

<sup>105</sup> Nach dem umstrittenen Memetik-Konzept des Biologen Richard Dawkins ist sie möglicherweise so etwas wie ein „Mem“. Meme sind Gedankeneinheiten, Ideenkomplexe, die sich durch Kommunikation fortpflanzen und weiterentwickeln, wie Gene in der Evolution, ohne den Wesenskern ihrer Information einzubüßen, daher auch die Ähnlichkeiten zum französischen Begriff „mème“ oder lateinischen „memoria“. Meme sind vergleichbar mit Images, nur mit dem Unterschied, dass Images sich grundlegend wandeln können. Vgl.: Möller (2006)

<sup>106</sup> Gottlob Frege: „Der Gedanke. Eine logische Untersuchung“, in: *Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus*“ (1918/19), S. 58–77; hier S. 69.

In: <http://www.gavagai.de/HHP32FN.htm#fn5>, zuletzt zugegriffen: 23.01.10

<sup>107</sup> Auch Jürgen Habermas bedient sich einer Weltentheorie, doch entwickelt er in Abgrenzung zu Popper eine „Vier-Welten-Theorie“.

<sup>108</sup> Vgl. auch „Zwei-Welten-Lehre“ Platons oder „Viele-Welten-Theorie“ in der Physik des Hugh Everett.

<sup>109</sup> Die Begriffe sind nicht mit den späteren Bezeichnungen für die Zeit des Nationalsozialismus („Drittes Reich“) und dem Überbegriff für Entwicklungsländer („Dritte Welt“) zu verwechseln.

intersubjektives Verstandesprodukt. Auf Popper kommen wir im Abschnitt „Totalitarismus und Öffentlichkeit“ noch einmal zurück.

Für Jürgen Habermas verständigen kommunikativ handelnde Individuen sich „stets im Horizont einer Lebenswelt. Ihre Lebenswelt baut sich aus mehr oder weniger diffusen, stets unproblematischen Hintergrundüberzeugungen auf.“<sup>110</sup> Lebenswelt ist der Gegenbegriff zu dem des kommunikativen Handelns, wie es Habermas versteht. „Die Lebenswelt ist gleichsam der transzendente Ort, an dem sich Sprecher und Hörer begegnen.“<sup>111</sup>

Bei der Suche nach der Bedeutung von Öffentlichkeit und Öffentlicher Meinung besteht die Gefahr, zwischen historischem Materialismus und erkenntnistheoretischem Idealismus bzw. Positivismus aufgerieben zu werden, wie sich im Folgenden gelegentlich noch deutlicher erweisen wird.

In Teil III wird detailliert auf die Unterscheidung zwischen realer und virtueller Welt eingegangen.

---

### ***1.3 Wie viel öffentliche Freiheit ist rechtens?***

***„Zwischen dem Schwachen und dem Starken  
ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit“***

***Jean Jaques Rousseau***

Politische Denker ringen zwar weiter um ein einheitliches Bild der unscharfen Größe „Öffentliche Meinung“, doch haben sie alle eine relativ klare Vorstellung davon, was „das Volk“ ist – und was gut für es ist. Staatsphilosophen, die sich mit der Frage der staatlichen Konstitution auseinandersetzen, liefern gleichzeitig auch Gerechtigkeitstheorien für die bürgerliche Gesellschaft und Hinweise zur Legitimation von Herrschaft. Diese Vertragstheorien eignen sich, um die Rolle der Öffentlichkeit im Dienste der Gerechtigkeit zu beleuchten.

#### **Das Recht auf Freiheit in Staatsrechtsphilosophien**

Platon behandelte das Problem der Gerechtigkeit eingehend<sup>112</sup> und legte die Konzeption für einen möglichst gerechten Idealstaat vor. Dessen vernunftgeleitete Regenten sind Bestandteil des Gemeinwesens (vgl. öffentliche Angelegenheit „res publica“), doch sind sie selbst nicht von eigenen Interessen gesteuert: die

---

<sup>110</sup> Habermas (1995), Bd. I, Seite 107 – mehr dazu im Abschnitt „Gerechtigkeit – Checks and Balances im Öffentlichen Raum“

<sup>111</sup> Habermas (1995), Bd. II, Seite 192

<sup>112</sup> In der „Politeia“, verfasst um ca. 370 v. Chr.: Sokrates' Dialog mit Glaukon und anderen über die Gerechtigkeit.

Philosophenkönige. Er zitiert Sokrates mit den Worten „Wenn nicht entweder die Philosophen Könige werden [...] oder die, die man heute Könige nennt, echte und gründliche Philosophen werden, und wenn dies nicht in eines zusammenfällt: die Macht in der Stadt und die Philosophie und all die vielen Naturen, die heute ausschließlich nach dem einen oder anderen streben, gewaltsam davon ausgeschlossen werden, so wird es, mein lieber Glaukon, mit dem Elend kein Ende haben, nicht für die Städte und auch nicht, meine ich, für das menschliche Geschlecht. [...] ich [...] sehe, wie sehr meine Worte dem allgemeinen Verständnis zuwiderlaufen. Denn es ist schwer einzusehen, dass nur in einer solchen Stadt das Glück für den einzelnen und die Gesamtheit zu finden sein sollte.“<sup>113</sup>

Innerhalb dieses Gerüsts von Macht, Elend, Glück und Stadt (Staat) bauen alle anderen Theoretiker ihre Staatsrechtsphilosophie auf. Doch, wie Platon/Sokrates selbst bemerkt, liefen schon damals diese Gedanken „dem allgemeinen Verständnis zuwider“ und bis heute ist diese Vorstellung vom Idealstaat nicht konsensfähig.

Dass Macht und Stadt „in eines zusammenfällt“, hatte Athen bereits erreicht. Offenbar fehlt es Sokrates/Platon an der philosophischen, d. h. klugen, Komponente. Und dass jene, die nur „nach dem einen oder anderen streben, gewaltsam davon ausgeschlossen werden“, also entweder gesetzlich daran gehindert, indem man solche entweder gar nicht erst in ihren Genuss kommen lässt, oder aus dem Wirkungsbereich dieser Trinität verbannt werden, sollten sie den Versuch gewagt haben, nur nach dem einen oder anderen zu streben, ist ein Problem, dem Sokrates selbst zum Opfer fallen sollte und auf das wir später noch genauer eingehen: Wie schützt sich eine Demokratie vor inneren Feinden?<sup>114</sup>

Einer der wichtigsten Theoretiker des entscheidenden Begriffs „res publica“, aus dem sich das Wort „Republik“ ableitet, war der römische Politiker und Schriftsteller Cicero (106 bis 43 v. Chr.), der das griechische Denken der römischen Welt vermittelte. Demokratie „steht und fällt mit der Fähigkeit der Gemeinschaft der Bürger zur Kontrolle des Staatsapparats – unabhängig von der Regierungsform.“<sup>115</sup> Wie bereits festgestellt, korrelieren und korrespondieren Freiheit und Öffentlichkeit – mehr noch: die eine bedingt die andere. Daher werden folgende Theorien vor allem nach den Freiheitsgraden abgeklopft, die sie dem Volk rechtlich einräumen. Gleichzeitig mit den Freiheitsgraden als Maßeinheit ergibt sich das Recht auf die Freiheit des Volkes zu kommunizieren, respektive politisch zu handeln. Freiheit, Öffentlichkeit und Publizität sind also verschränkt.

---

<sup>113</sup> Quelle: Platon, Gesamtwerk, 473d, gemäß Stephanus-Paginierung. Hier zitiert nach (2005), Seite 34

<sup>114</sup> Auf die Aporie, dass der Staat sich rechtlich nicht davor schützen kann, von seinen Gegnern auf rechtlich legaler Basis angegriffen zu werden und dass die Angreifer sich nicht davor schützen können, auf derselben Basis als im Unrecht sich Befindende behandelt, also verfolgt und bestraft zu werden, wird im Abschnitt „Zivilgesellschaften am Rande der Legalität“ im Kapitel „Äußere und innere Feinde“ dediziert eingegangen.

<sup>115</sup> Schuster (2004), Seite 175

### **Machiavellis Fürst und die PR in Krisenzeiten**

Um 1520 ist Florenz eine der wenigen Stadtstaaten, in denen sich die Republik als Staatsform erhalten hatte. Der Geschichtsschreiber und spätere Diplomat und Politiker Niccolò Machiavelli beobachtet, dass sich die Gesellschaft in Zyklen entwickelt: „Die Länder pflegen zumeist bei ihrer Veränderung von der Ordnung zur Unordnung zu kommen und dann von neuem von der Unordnung zur Ordnung überzugehen. Es ist von der Natur dem Menschen nicht gestattet, still zu stehen. Wie sie daher ihre höchste Vollkommenheit erreicht haben und nicht mehr steigern können, müssen sie sinken. Ebenso, wenn sie gesunken sind, durch die Unordnungen zur tiefsten Niedrigkeit herabgekommen, und also nicht mehr sinken können, müssen sie notwendigerweise steigen. So sinkt man stets vom Guten zum Übel und steigt vom Übel zum Guten.“<sup>116</sup> Der, laut Herfried Münkler, überzeugte Republikaner<sup>117</sup> hielt sich mit Ratschlägen für politisches Handeln in guten Zeiten nicht auf. In seinem berühmtesten Werk „Der Fürst“ und den zeitgleich entstandenen „Discorsi“ geht er detailliert darauf ein, was ein Herrscher beachten sollte, wenn die Republik bedroht ist. Denn nur für diesen Ausnahmefall formulierte er seine bis heute verfeimten Anleitungen zum Erhalt von Macht und Ordnung. Alleinherrschaft ist für ihn ausschließlich im Krisenfall legitim, doch auch nur die eines „uomo virtuoso“, die sofort wieder endet, wenn der Normalzustand eintritt, für den in Machiavellis Augen die Republik tatsächlich die optimale Staatsform darstellt. Geheimpolitik<sup>118</sup> gehört für ihn zum Instrumentarium eines Fürsten. Als bedeutendster Verfechter der Idee der Staatsräson<sup>119</sup>-Strategie zum Zwecke der Herrschaftserhaltung, „Der Kampf um die Macht entscheidet um die Zweckmäßigkeit der Mittel.“<sup>120</sup> Für Machiavelli waren Menschen „verworfen“, wie es Thomas Schneider ausdrückt: „Sie streben allesamt nach persönlichem Gewinn, ihre Schranken sind Furcht und Haß“<sup>121</sup> und dementsprechend war für ihn angemessen: „Wer politisch handelt, muss auch Böses tun.“<sup>122</sup>

Dass wiederum der gute Ruf in der Öffentlichkeit für einen Herrscher wichtig ist, sah Machiavelli schon sehr deutlich, und dass es vorteilhaft ist, wenn sich der Herrscher nicht scheut, dafür listenreich vorzugehen. Herfried Münkler liefert einen Hinweis auf

---

<sup>116</sup> Zitiert nach: Machiavelli et al. (1991), Seite 318

<sup>117</sup> Bleek and Lietzmann (2005), Seite 51ff

<sup>118</sup> Jene „Arcana imperii“, wie oben bereits von Habermas zitiert.

<sup>119</sup> Machiavelli bediente „sich der nicht ganz eindeutigen Begriffskonstruktion „mantenere lo stato“ – also von der Aufrechterhaltung des Staates. Demgegenüber ist sein Landsmann Giovanni Botero rund 60 Jahre nach Machiavellis Tod als geistiger Urheber des Begriffes der Staatsräson in die Geschichtsbücher eingegangen. In seiner epochalen Schrift „Della Ragion di Stato“ 1589 hat Botero als Erster den Versuch unternommen zu definieren, was unter Staatsräson im Sinne der zeitgenössischen *ragion di stato* zu verstehen ist. Botero bezeichnet den Staat als eine „auf Dauer gestellte Herrschaft über ein Volk“ und die Staatsräson als „Kenntnis der Mittel, die zur Gründung, Erhaltung und Erweiterung dieser Herrschaft vonnöten sind.“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsr%C3%A4son>, 19.02.2010)

<sup>120</sup> Schneider, Thomas „Machiavelli, Nicolo“, in: Metzler (1995), Seite 550

<sup>121</sup> Schneider, Thomas „Machiavelli, Nicolo“, in: Metzler (1995), Seite 550

<sup>122</sup> Zitiert nach Schneider, Thomas „Machiavelli, Nicolo“, in: Metzler (1995), Seite 549

Machiavellistische Öffentlichkeitsarbeit: „In seinen zentralen Passagen liest sich der Principe wie eine Absage an die klassischen Fürstenspiegel<sup>123</sup>, in deren Mittelpunkt die Verpflichtung des Herrschers auf die vier Kardinaltugenden Weisheit, Gerechtigkeit, Mut und Besonnenheit stand. Ein Herrscher, so Machiavellis Ratschlag, müsse diese Tugenden nicht wirklich besitzen, aber er solle darauf achten, daß er in deren Ruf stehe, weil ihm dies die Anhänglichkeit des Volkes erhalte.“<sup>124</sup> Ohne Zustimmung kann sich seiner Meinung nach keine Regierung an der Macht halten.<sup>125</sup>

### **Hobbes Leviatan – ein öffentliches Monster**

Für Thomas Hobbes ist 1651 ebenfalls das Volk das politische Maß aller Dinge, doch dessen Wille müsse sich in dem des Monarchen vereinen: „Rex est populus – weil sich durch den einzigen Willen des Königs das Volk als Einheit manifestiert“<sup>126</sup>. Für ihn ist die Öffentlichkeit/das Volk im Normalfall nur handlungsfähig in einer Art „Kompositkörper“<sup>127</sup>, dem Leviathan, einem allmächtigen monströsen Wesen, das als übergeordnete Instanz Frieden erzwingt: der absolutistisch regierte Staat. Nur der Herrscher kann gewährleisten, dass sich die Menschen nicht gegenseitig zerstören, wie sie es in ihrem Naturzustand tun würden, wie Hobbes glaubt. Zwingende Voraussetzung für Frieden ist, dass Individuen zum Wohle des Staates auf ihre Freiheit verzichten, die sie sowieso nur dafür nutzen würden, dem Staat und damit sich selbst zu schaden. „Verbindungen von Bürgern untereinander sind für ihn Ausdruck von Verschwörungen, die von der politischen Einheit bekämpft und unterdrückt werden müssen“, so Marcus Llanque.<sup>128</sup> Dem Argument, dass dieses Konzept der Tyrannei Tür und Tor öffnet, entgegnet Thomas Hobbes, dass ein guter Herrscher seine Macht nicht ausnutze, sondern – im Gegenteil – nur dieses Gewaltmonopol ihn befähige, ein guter Herrscher zu sein und zu bleiben. Mit anderen Worten, es gibt keine (kontroverse) Öffentlichkeit, da der Leviathan sonst nicht existierte: „aus einer Menge ist ein Volk geworden, das immer herrscht, auch in einer Monarchie.“<sup>129</sup> Staatsräson hält dieses Volk, das sich im Leviathan manifestiert, am Leben.<sup>130</sup>

So seltsam dieses Konzept heutzutage auch klingen mag, Tatsache ist, dass es so oder so ähnlich von mindestens 38 Prozent aller Regierungen auf der Erde favorisiert

---

<sup>123</sup> Z. B: Thomas von Aquins „Über die Herrschaft der Fürsten“

<sup>124</sup> Münckler, Herfried „Niccolò Machiavelli“ in: Bleek and Lietzmann (2005), Seite 57

<sup>125</sup> Vgl. auch: Noelle (1996), Seite 386

<sup>126</sup> Duso, Giacomo, zitiert nach: Manow (2008), Seite 7

<sup>127</sup> Manow (2008), Seite 41

<sup>128</sup> Llanque (2008), Seite 216

<sup>129</sup> Llanque (2008), Seite 216

<sup>130</sup> Vgl. auch: Talcott Parsons systemerhaltende Handlungstheorie im Kapitel „Kommunikationstheorien als praktische Lösung“

wird.<sup>131</sup> Sie bauen nicht auf das Volk als Souverän. Und auch demokratische Staaten verwandeln sich schlagartig in ein leviathanisches Gebilde, nach Hobbeschem Gusto, sobald sie sich im „Ausnahmestand“ angesichts eines Krieges befinden – genau das, was Hobbes mit seinem Konstrukt zu verhindern sucht, nämlich dass sich Menschen gegenseitig töten.

### **Montesquieu, Locke, Rousseau klären auf**

Allen Konzepten gemeinsam ist das Ziel des „Gemeinwohls“, doch während Hobbes dies nur durch einen alleinigen, klugen Herrscher gewährleistet sieht, wird das Wohl des Volkes nach republikanischen Ideen (wieder) in seine eigenen Hände gelegt. Mit der „Aufklärung“ verbreiten sich die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Vernunft in Europa und auch in der „neuen Welt“, den USA. Ein von willkürlicher Staatsmacht<sup>132</sup> befreites Volk, das selbst Einfluss auf die Politik nimmt, benötigt eine völlig neue Rechtsgrundlage: Im 18. Jahrhundert etabliert Jean-Jacques Rousseau den Begriff der Volkssouveränität in der Staatstheorie. Demnach dürfe der gesellschaftliche Wille kein anderer sein als der des natürlich freien Menschen. Das Ziel einer idealen Gesellschaft sei die Vereinigung von Einzelinteressen und dem Interesse der Allgemeinheit (*volonté générale*). Im „Gesellschaftsvertrag“ (1762) schließen sich die Menschen in freier Übereinkunft zusammen, um der Unsicherheit zu entgehen und um Freiheit und Gleichheit zu sichern. Dadurch müsse der Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten (Volk) aufgehoben werden: Das Volk soll über sich selbst herrschen. John Locke und Charles de Montesquieu definierten den Terminus „Gewaltenteilung“. Durch sie soll sichergestellt sein, dass, auch wenn das Volk sich selbst regiert, seine Macht nirgends so sehr dominiert, dass sie sich schädlich auswirken kann, sondern im Gleichgewicht bleibe und die Aufteilung dieser Macht in drei Gewalten, Legislative, Judikative und Exekutive, bewirke, dass sie sich gegenseitig kontrollieren. Beide Begriffe, Volkssouveränität und Gewaltenteilung, gelten als elementare Bestandteile eines demokratischen Rechtsstaates. Die aufklärerischen Vorarbeiten, das Vorbild des englischen Parlamentarismus sowie die irokesische Verfassung („Das große Gesetz des Friedens“) gehörten zu den wichtigsten Grundlagen, nach denen vornehmlich Thomas Jefferson die „Bill of Rights“ entwickelte, den Grundrechtekatalog, auf den sich die Verfassung des USA 1787 beruft. Der erste moderne demokratische Staat sind also die USA. Diese Entwicklung blieb auch für die Französische Revolution nicht folgenlos.

---

<sup>131</sup> Im Jahr 2008 gab es nach Angaben der Nicht-Regierungsorganisation Freedom House 119 parlamentarische Demokratien. Das entsprach knapp 62 Prozent aller Staaten weltweit. Der bisherige Höchstwert wurde in den Jahren 2005 und 2006 mit 123 parlamentarischen Demokratien bzw. einem Anteil von 64 Prozent erreicht.

<sup>132</sup> Und von Kirchenmacht

## Kants öffentliche Rechtslehre

Kant geht in seiner Metaphysik der Sitten direkt auf Hobbes und indirekt auf Hegel allgemein ein. „Was die Vertröstung, womit sich das Volk befriedigen soll, betrifft: daß nämlich die Monarchie (eigentlich hier: Autokratie) die beste Staatsverfassung sei, w e n n d e r M o n a r c h g u t i s t (d. i. nicht bloß den Willen, sondern auch die Einsicht dazu hat), gehört zu den tautologischen Weisheitssprüchen und sagt nichts mehr als: die beste Verfassung die ist, d u r c h w e l c h e der Staatsverwalter zum besten Regenten gemacht wird, d. i. diejenige, welche die beste ist“ (MdS, 202) – und für Kant ist das offensichtlich „die demokratische, aber die allerzusammengesetzteste, nämlich den Willen aller zuerst zu vereinigen, um daraus ein Volk (zu bilden), dann den der Staatsbürger, um ein gemeines Wesen zu bilden und dann diesem gemeinen Wesen den Souverän, der dieser vereinigte Wille selbst ist, vorzusetzen“ (MdS, 202). Dieses Konzept ist die sachliche (vernünftige) Konsequenz seines 1785 veröffentlichten Staatsrechts, ein Unterkapitel seiner öffentlichen Rechtslehre, zwischen den Paragraphen 43 und 52, die den Bauplan der Demokratie darstellt. In seinem Entwurf einer Art optimalen Staates sind Montesquieus Vorschlag zur Gewaltenteilung sowie John Lockes „Gesellschaftsvertrag“, die sich gegen Machtkonzentration und Willkür im Absolutismus richten, integriert und weiterentwickelt, ebenso wie Rousseaus „volonté générale.“<sup>133</sup> Wir finden Platons/Sokrates o. g. rudimentäre Ursprungsgedanken in all diesen Konzepten wieder.

Zwar ist auch Kant der Meinung, dass sich das Volk einem „vereinigenden Willen“ unterwerfen muss, doch nicht dem eines Herrschers, sondern einer gemeinsamen Verfassung, denn „ein Staat (civitas), ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen“<sup>134</sup> (MdS, 169) und um in den Genuss der Rechtsstaatlichkeit zu kommen, müssen diese Menschen dessen Bürger werden. In seiner Rechtslehre legt er dar, dass nur der allgemein vereinigte Volkswille gesetzgebend sein kann. Und als Staatsbürger müssen sie bereit sein, auf ihre Freiheit zu verzichten. Doch stehe das nicht im Widerspruch zur bürgerlichen Freiheit der attischen Demokratie, sondern in Gegensatz zu Hobbes Verständnis von Freiheitsverzicht. Kant meint: „man kann nicht sagen, der Mensch habe einen Teil seiner Freiheit einem Zwecke aufgeopfert, sondern er hat die wilde, gesetzlose Freiheit gänzlich verlassen, um seine Freiheit überhaupt in einer gesetzlichen Abhängigkeit, d. i. in einem rechtlichen Zustande, unvermindert wieder zu finden; weil diese Abhängigkeit aus seinem eigenen gesetzgebenden Willen entspringt“ (MdS, 173).

---

<sup>133</sup> Nicht zu verwechseln mit „esprit général“ bei Montesquieu: *De l'esprit des lois/Vom Geist der Gesetze* (Genf 1748)

<sup>134</sup> Das hatte Cicero bereits vorweggenommen: „Der Staat [...] ist die Sache des Volkes; Volk aber ist nicht jede beliebig zusammengewürfelte Anhäufung von Menschen, sondern der Zusammenschluss einer größeren Zahl, die durch eine einheitliche Rechtsordnung und ein gemeinsames Staatsziel zu einer Gesellschaft wird.“ – *De re publica (Über das Gemeinwesen) I, 39* (Quelle: Wikipedia). Wenn man vergleicht, hat dies auch Sokrates laut Platon schon zu Glaukon gesagt, siehe oben.

Wie Kant darlegt, entstehen Gesetze also aus dem vereinigten Volkswillen, demokratische Rechtsstaatlichkeit setzt wiederum Gewaltenteilung voraus. Im Gegensatz zu Hobbes und auch Hegel<sup>135</sup> meint Kant: „Der Beherrscher des Volkes (der Gesetzgeber) kann also nicht zugleich der Regent sein, denn dieser steht unter dem Gesetz. Dieser Zustand, „welcher seiner Form wegen, als verbunden durch das gemeinsame Interesse aller, im rechtlichen Zustande zu sein, das gemeine Wesen (res publica latius sic dicta) genannt wird“<sup>136</sup> – Öffentlichkeit also als Gemeinwesen zum Wohle aller. Doch auch, wenn Kant unter dem Primat der Vernunft die Demokratie als „vernünftigste“ Staatsform präsentiert, die auf Basis eines von unten nach oben legitimierenden Staatsrechts das gemeinschaftliche und öffentliche Zusammenleben innen- und außenpolitisch theoretisch reibungslos regelt, funktioniert es praktisch, auch in jenen Staaten, die sich demokratisch nennen, nicht immer wie gedacht.

### **Hegels Öffentlichkeit und ihr Recht auf Freiheit**

Ganz im Sinne Hobbes hält Georg Friedrich Wilhelm Hegel am Monarchismus und der in ihr verwirklichten Vernunft in einer „vollkommen gerechten Ordnung“ fest, wie Jürgen Habermas über Hegels Auffassung schreibt. Trickreich verpflanzt Hegel die Öffentliche Meinung einfach direkt in den Staat, also in das Subjekt des Monarchen.<sup>137</sup> Publizität sei für Hegel „die Eröffnung dieser Gelegenheit von Kenntnissen [...], daß so die öffentliche Meinung erst zu wahrhaften Gedanken und zur Einsicht in den Zustand und Begriff des Staates und dessen Angelegenheiten und damit erst zu einer Fähigkeit, darüber vernünftiger zu urteilen, kommt; sodann auch die Geschäfte, die Talente, Tugenden und Geschicklichkeiten der Staatsbehörden und Beamten kennen und achten lernt.“<sup>138</sup> Ohne ordnende Herrschaft könne sich Hegels bürgerliche Öffentlichkeit sowieso nicht selbst organisieren: „Im Maße ihrer natürlichen Tendenz zur Desorganisation bedarf sie erst recht der Integration durch politische Gewalt“<sup>139</sup>, fasst Habermas Hegels Meinung von Öffentlichkeit und dem richtigen Umgang mit ihr zusammen.

---

<sup>135</sup> Wie schon angedeutet, kommen Hegel und Kant zu unterschiedlichen Auffassungen bei der Betrachtung ihrer Staatstheorie, was an den unterschiedlichen Dialektiken der beiden Philosophen liegt.

<sup>136</sup> Der Unterschied zwischen republikanischer und demokratischer Staatsform besteht im Wesentlichen darin, dass bei der Republik das Staatsoberhaupt durch das Volk legitimiert wird, bei der Demokratie aber zusätzlich die gesamte gesetzgebende Gewalt (Staatsgewalt) vom Volke ausgeht (vgl. Kant, MdS, 170). Es gibt verschiedene Kombinationen: Demokratie und Republik: Deutschland, Türkei, Frankreich, Italien, Schweiz, Österreich; Demokratie, aber nicht Republik: Japan, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Norwegen (parlamentarische Monarchien); keine Demokratie, aber Republik: Volksrepublik China, Syrien, Vietnam, Kuba (Parteidiktaturen); keine Demokratie und keine Republik: Saudi-Arabien, Brunei (Quelle: Wikipedia, Republik, 20.01.2010)

<sup>137</sup> Hegel selbst sieht das so: „Die Subjektivität (...) hat ihre wahrhafte Wirklichkeit in ihrem Gegenteile, der Subjektivität, als identisch mit dem substantiellen Willen, welche den Begriff der fürstlichen Gewalt ausmacht“<sup>137</sup>, zitiert nach: Habermas (1990), Seite 199

<sup>138</sup> Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Dritter Teil, Das Recht als Gesetz, § 315

<sup>139</sup> Habermas (1990), Seite 201



Das konstituierende Prinzip naturrechtlicher Normen ist nach Hegel der freie Wille: „Dies, daß ein Dasein überhaupt Dasein des freien Willens ist, ist das Recht. – Es ist somit überhaupt die Freiheit, als Idee.“<sup>140</sup> Das Recht ist seiner Meinung nach also identisch mit dem freien Willen,<sup>141</sup> weil dieses das darstellt, was eine Person zu einer Persönlichkeit macht.<sup>142</sup> Deshalb habe es Allgemeingültigkeit, weil es „im Vertrage von ihnen [den Personen] gemeinsam gesetzt“ ist. Und daher dient es nicht als Beschränkung der Freiheit, sondern ihrer Vollendung, weil es Willkür und Zufall einschränkt in Fällen, in denen der einzelne Wille von dem der Allgemeinheit (Gesetz) abweicht, also zum Unrecht wird. So sei das Recht in Wahrheit eine Befreiung. Hegel kritisiert in diesem Zusammenhang die Rechtsauffassung Kants und Rousseaus<sup>143</sup> scharf und macht diese für die „Fürchterlichkeit“ der Französischen Revolution<sup>144</sup> mitverantwortlich.<sup>145</sup>

Doch Gesetzgebung hält Hegel an anderer Stelle generell für unnütz, da Gedanken und Gewohnheiten, die „ins Leben übergegangen sind“, für ihn bereits als „Gewohnheitsrechte“ ausreichen und ein Gesetzbuch nutzlos sei, „weil es bloße Sammlung ist, durch seine Unförmigkeit, Unbestimmtheit und Lückenhaftigkeit auszeichnen wird“, wie er in den Grundlinien der Philosophie des Rechts schreibt, die 1829 erscheinen.<sup>146</sup>

### **Tocquevilles Presse im Zeitalter der Gleichheit**

Der zwar adelige, aber liberale französische Staatstheoretiker Alexis de Tocqueville fordert im 19. Jahrhundert eine neue Politikwissenschaft (*science politique nouvelle*). Er erkennt, dass die „Egalité des conditions“, die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen, nicht aufzuhalten ist, auch wenn sich Frankreich in seiner Zeit von der Monarchie nur mühsam befreit. Nach einer Amerikareise kehrt er 1832 mit dem neuen Konzept nach amerikanischem Vorbild zurück, in dem das Wohlstandstreben und die „gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion“<sup>147</sup> eine große Rolle spielen. Nur mit einigen melancholischen Reminiszenzen an die alte Welt schildert er in „*De la Démocratie en Amérique*“ die Struktur der amerikanischen Demokratie im Kontext der Zivilgesellschaft als vorbildlich: Die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen als Gerüst ermöglichen es dem Einzelnen, sich darin selbst zu verwirklichen. Instrumente dafür seien die Gründung und Pflege leistungsfähiger Bürgervereine, die Dezentralisierung der Verwaltung, durch Wahlen, bestimmte lokale Gremien und „ein intaktes freiheitsorientiertes religiöses Bewußtsein.“<sup>148</sup> Er wendet sich also nicht wie

---

<sup>140</sup> Hegel, § 29

<sup>141</sup> Vgl. Hegel, § 81

<sup>142</sup> Vgl. Hegel, § 34

<sup>143</sup> („*volonté générale*“)

<sup>144</sup> Hegel § 29 + § 75

<sup>145</sup> Siehe weiter unten: Exkurs „*La grande terreur*“

<sup>146</sup> Hegel, Dritter Teil, Das Recht als Gesetz, § 211

<sup>147</sup> Bleek and Lietzmann (2005), Seite 99

<sup>148</sup> Bleek and Lietzmann (2005), Seite 100

die Aufklärer ab von Religion und Glauben, sondern erkennt, wie man sie elegant in eine funktionierende Staatsform integrieren kann. Die Rolle der Presse in einer funktionierenden Demokratie identifiziert er als Schlüsselfunktion. Für ihn ist sie Garantin gegen die Zentralisation politischer Macht. „Die Presse“, schreibt Tocqueville, „ist im wahrsten Sinne das demokratische Werkzeug der Freiheit.“<sup>149</sup> Individuelle Freiheit solle durch die Zeitungen vor egalisierender Machtkonzentration geschützt werden: „Gleichheit trennt die Menschen voneinander und schwächt sie, die Presse aber stellt jedem eine sehr mächtige Waffe zur Seite, von der auch der Schwächste und der Einsamste Gebrauch machen kann.“<sup>150</sup> Walter Reese-Schäfer berichtet, dass Tocqueville allerdings nicht gerade von ganzem Herzen für die Pressefreiheit gewesen sei: „Ich gestehe, für die Pressefreiheit keineswegs die uneingeschränkte und unwillkürliche Liebe zu empfinden, die man für Dinge hegt, die ihrem Wesen nach unbestreitbar gut sind. Ich schätze sie weit mehr in Erwägung der Übel, die sie verhindert, als wegen des Guten, das sie leistet.“<sup>151</sup> Die Mängel, die Tocqueville beobachtet, werden auch heute noch als Mali verbucht, doch seine Einschätzung des Publikumsgeschmacks unterscheidet sich von der heutigen, wie Reese-Schäfer es schildert: „Er beklagt, dass der amerikanische Journalismus, um die Menschen zu packen, diese bis in ihr privates Leben hinein verfolgt und ihre Schwächen und Laster enthüllt. Dies ist ein Missbrauch des Geistes, der Sitten und Geschmack verdirbt, der aber mittelbar zur öffentlichen Ruhe (sic!) beiträgt, weil die Politiker die Zeitungen nicht für ihre Zwecke funktionalisieren könnten und die Öffentlichkeit die Journalisten nicht wirklich ernst nimmt und sich mehr für die Tatsachen als für die Leitartikel interessiert.“<sup>152</sup>

### **Marx/Engels herrschende Gedanken**

***Es rettet uns kein hö'hes Wesen,  
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.  
Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!  
Leeres Wort: des Armen Rechte!  
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!  
Unmündig nennt man uns und Knechte,  
duldet die Schmach nun länger nicht!“  
Refrain und 2. Strophe der „Internationale“ (1871/1888)***

Hegels Philosophie hatte maßgeblichen Einfluss auf Karl Marx, der jedoch das Staatstragende darin kritisierte. Jene positiven Fiktionen, auf die sich die Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit beruft – Freiheit, Gleichheit, Glück, Bildung, Besitz und dergleichen – akzeptierte Karl Marx als Grundlage für eine gerechte Gesellschaft nicht

---

<sup>149</sup> Tocqueville, Alexis de, in: Schuster (2004), Seite 175

<sup>150</sup> Tocqueville, Alexis de, zitiert nach: Schuster (2004), Seite 176

<sup>151</sup> Tocqueville, Alexis de, zitiert nach: Reese-Schäfer (2007), Seite 158

<sup>152</sup> Reese-Schäfer (2007), Seite 158

und dementsprechend akzeptierte er die „bürgerliche Gesellschaft“ nicht. Zwar sind einzelne Menschen, Individuen, im Denken Marx' durchaus politische Wesen, doch es zählt das Individuum und dessen Wünsche und Bedürfnisse: „die Epoche, die diesen Standpunkt erzeugt, den des vereinzelt einzelnen, ist gerade die der bisher entwickeltesten gesellschaftlichen (...) Verhältnisse. Der Mensch ist im wörtlichsten Sinn ein zoon politikon, nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann.“<sup>153</sup> Der „bürgerliche Rechtsstaat“ war für ihn reine Ideologie und die Öffentliche Meinung dementsprechend ein „falsches Bewusstsein: sie verheimlicht vor sich selbst ihren wahren Charakter als Maske des bürgerlichen Klasseninteresses“<sup>154</sup>. Karl Marx und Friedrich Engels drücken 1844 in ihrem unvollendet gebliebenen Werk „Die deutsche Ideologie“<sup>155</sup>, eine Schrift, die gegen Max Stirner gerichtet war, einen Schüler Hegels, die Unterschiedlichkeit zwischen dem Volk als Ganzem und der Öffentlichkeit beziehungsweise der Öffentlichen Meinung sehr plastisch aus: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. (...) Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse“<sup>156</sup>. Damit bringen sie einen sehr wichtigen Aspekt in die Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit: die Öffentliche Meinung ist nicht identisch mit der der Bürger, geschweige denn der des ganzen Volkes. Damit diagnostizieren sie eine geistig normierende Kraft der „herrschenden materiellen Verhältnisse“. Die Einschätzung, dass die Presse als integrativer Bestandteil von Eliten und als das Instrument der Herrschenden dazu dient, die bestehenden Verhältnisse zu stabilisieren, also herrschende Gedanken als das geistige Aggregat<sup>157</sup> elitärer Gruppen, die wiederum als systemstabilisierende „Meinungsführer“ fungieren, wird bis heute von vielen geteilt.

Die durch die Arbeiterbewegung vorangetriebenen Umwälzungen beflügelten letztendlich – m. E. ungewollt – die Gleichstellung von Frauen in der westlichen Gesellschaft, nicht durch die – völlig überraschend – im deutschen Grundgesetz schon 1949 festgeschriebene Gleichstellung, sondern vielmehr durch das qualitative und quantitative Aufstreben von Frauen in jene Eliten, die – wie bei Marx und Engels beschrieben – die Öffentliche Meinung manifestieren. Mehr dazu im Kapitel „Strukturwandel der Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert“

---

<sup>153</sup> Grundrisse, MEW 42: 6. (MEW = Marx-Engels-Werke, Es handelt sich dabei um 43 Bände (in 45 Büchern), die von 1956 bis 1990 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Bde. 1-42) bzw. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Bd. 43) im Dietz Verlag, Berlin (Ost)/DDR herausgegeben wurden und seit 1989 von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.* weiterhin im Dietz Verlag Berlin herausgegeben werden. Zuerst wird der Band und dann die Seite angegeben), siehe auch: <http://dhcm.inkrit.org/wp-content/data/mew42.pdf> (24.01.10)

<sup>154</sup> Habermas (1990), Seite 202

<sup>155</sup> Erschienen 1932

<sup>156</sup> Reese-Schäfer (2007), Seite 181

<sup>157</sup> Vgl. Kapitel „Öffentliche Meinung als Gedanke“

## **Globale Gerechtigkeit – Weltbürgertum**

John Rawls und Richard Rorty ließen die Gerechtigkeitstheorien im 20. Jahrhundert wieder aufleben und stützen sich auf deren Grundelemente. Der Widerstreit zwischen Demokratie und Solidarität, der sich aus den vorangegangenen Konzepten in der Geschichte als Hauptproblem erwies, war für sie kein Problem, sondern die Lösung.

Im Sinne Kants deutet Rawls in seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ 1971 Gerechtigkeit (Justice) als *Fairness*.<sup>158</sup> Die freie Entfaltung des Einzelnen steht für den Kommunitarismus im Mittelpunkt, solange sie sozial verträglich ist.<sup>159</sup> Im Liberalismus hingegen wird die freie Entfaltung des Individuums jedoch als höheres Rechtsgut favorisiert, die nur aus sehr wichtigen Gründen eingeschränkt werden dürfe. Das Problem ist, zu entscheiden, was ist sozial verträglich und welches sind „wichtige Gründe“?

Um Prinzipien für gerechtes Handeln aufzustellen, müsse man sich in den Urzustand des Menschen hineinversetzen, der mit seinen Mitmenschen kollektiv entscheiden soll, wie deren zukünftige Gesellschaft beschaffen sein sollte und sich dann nach den Individuen richten: „die in der Zukunft voraussichtlich am schlechtesten gestellt sein werden. Nur die Prinzipien, die diesen Fairnesstest bestehen können, verdienen es nach Rawls, gerecht genannt zu werden, und sollten im Zentrum der Grundstruktur einer ‚wohlgeordneten Gesellschaft‘ stehen“, schreibt Reiner Forst.<sup>160</sup> Dies ist Hannah Arendts Konzept von Pluralität im politischen Raum sehr ähnlich, demnach zwischen den Menschen potentielle Freiheit und Gleichheit in der Politik bestehe und es wichtig sei, im politischen Handeln auch die Perspektive des anderen einzunehmen.

Rawls argumentiert in späteren Werk *Politischer Liberalismus* (1993) für eine Gerechtigkeitskonzeption, die den politischen Liberalismus verstärkt und dem „Faktum des Pluralismus“ besser Rechnung trägt, in dem sie „allgemein zustimmungsfähige Grundsätze formuliert, die der Sicherung einer stabilen gesellschaftlichen Einheit dienen und den sozialen Frieden retten.“<sup>161</sup> Damit haben sie universellen Anspruch. Und sein Plädoyer *Gerechtigkeit als Fairness*, das als Weiterentwicklung seiner Ideen gilt, ist im Prinzip ein noch deutlicherer Rückgriff auf Kant und bestätigt wiederum Habermas, wie Forst weiter ausführt: „Die normativen Annahmen, von denen die Theorie ausgeht, müssen ebenso wie die Grundsätze der Gerechtigkeit unter freien und gleichen Bürgern zustimmungsfähig sein.“ Mit dieser Hervorhebung der öffentlichen Vernunft kommt Rawls einer Diskurstheorie im Sinne von Jürgen Habermas nahe, was für das methodische Verständnis der Rolle des „Urzustands“ wichtig ist.

---

<sup>158</sup> Kersting (1993), Seite 207

<sup>159</sup> Kants kategorischer Imperativ wird immer wieder gerne zwar nicht korrekt, aber indirekt treffend übersetzt mit der Volksweisheit: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“

<sup>160</sup> Forst (2003)

<sup>161</sup> Kersting (1993), Seite 223

Richard Rortys Gerechtigkeitskonzeption hat einen anderen Ansatz. „Die Themen Solidarität und Gerechtigkeit waren nur ein Teil seines [Rortys] weitverzweigten philosophischen Gebäudes“, schreibt Thomas Assheuer in seinem Nachruf „Der gute Amerikaner“ in der *Zeit*, „denn möge eine Gesellschaft noch so fair und tolerant sein – auf die existenziellen Fragen des Lebens müsse (und solle) sie die Antwort schuldig bleiben. Diese Antwort liege in den Händen der Einzelnen, in der Fähigkeit zur ‚Selbsterschaffung‘. ‚Ethik der Gesellschaft‘ und ‚Ästhetik des Privaten‘: Das war denn auch Rortys heftig diskutierte Zwei-Welten-Lehre, die er 1989 von seinem Buch *Kontingenz, Ironie und Solidarität* vorstellte, einem faszinierenden Versuch, Existenz- und Sozialphilosophie, Heidegger und Rawls zu versöhnen.“<sup>162</sup> Zusammenfassend endet Assheuer: „Das ideale Modell für die Koexistenz von privater Selbsterschaffung und sozialer Gerechtigkeit war für ihn die Demokratie, sie sollte Vorrang genießen vor philosophischen Wahrheiten, die in der Geschichte doch so oft mißbraucht worden seien.“

Jürgen Habermas u. a. stellen auch die Frage nach einer Weltinnenpolitik: „Erst eine Europäische Union, die außenpolitisch handlungsfähig würde, könnte auf den Kurs der Weltwirtschaftspolitik Einfluß nehmen. Sie könnte die globale Umweltpolitik vorantreiben und erste Schritte auf dem Wege zu einer Weltinnenpolitik machen.“<sup>163</sup> Otfried Höffe schwebt sogar in Anlehnung an Kant (*Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* (1784)), eine „Weltrepublik“ vor: der Vorschlag, auf supranationaler Ebene eine „föderale und subsidiäre“, „komplementäre Weltrepublik“ einzurichten, die kein globaler Leviathan ist, aber auch nicht eine labile, den zwischenstaatlichen Frieden nur ungenügend sichernde Konföderation von völkerrechtlich souverän gebliebenen Einzelstaaten.“<sup>164</sup> Konkurrierende Positionen betonen den Vorrang ökonomischer, sozialer und kultureller Gerechtigkeit. Eine gerechtere Weltordnung ist, darüber besteht ein weitgehender Konsens, nur im globalen Zusammenwirken erreichbar – auch dies ein Hinweis auf Arendts *eine Welt*.

## Massendemokratie

**„Das Elend der Utopien lässt sich in zwei Worte fassen:  
Terror und Langeweile“  
Jan Fleischhauer<sup>165</sup>**

Der eingangs beschriebene Dualismus von Staat und Gesellschaft bzw. von Staatsbürgern und -dienern, die dem Gemeinwohl (res publica durch *volonté générale*) dienen, egal ob als freie Bürger oder Staatsbeamte, ist zwar das Urkonzept der Demokratie und gilt auch aktuell unter westeuropäischen Demokraten noch nicht als

---

<sup>162</sup> Assheuer (2007)

<sup>163</sup> Habermas, Jürgen, Ausschnitte seiner Rede zur Verleihung des Staatspreises des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2006. In: Neue Rundschau unter <http://www.rundschau-hd.de/archives/277/>

<sup>164</sup> Kohler (1999), Seite 1

<sup>165</sup> Fleischhauer, Jan „Unter Linken“ (2009), Seite 75

überholt, auch wenn sie die Polarisation Staat/Gesellschaft längst manifestiert hat. Doch selbst als Ideal ist dieses Konzept des dualistischen Prinzips in der (Staatsrechts-)Geschichte nur eines von vielen: Die parlamentarische Demokratie als pragmatische Realisierung dieses Ideals sei nicht das allein seligmachende System, wie viele glauben. Schon Aristoteles schloss die Beteiligung vieler Schichten aus. Für ihn war der Begriff Demokratie negativ besetzt und bezeichnete schlicht die Herrschaft der Armen: Als entartete Staatsform verfolge sie nicht das Wohl der Allgemeinheit, sondern nur das Wohl eines Teils der Bevölkerung – eben der Armen. Allerdings lehnte er die Demokratie (in einer gemäßigten Form) nicht strikt ab, wie etwa noch sein Lehrer Platon. Aristoteles favorisierte eine Mischform zwischen Demokratie und Oligarchie – die „Politie“.

Auch Tocqueville befürchtete bei umfassender Demokratisierung die Gefahr des Minderheits- oder Mehrheitsdespotismus („Tyrannei der Mehrheit“). Er bemängelte in den USA die Neigung zu kurzfristiger Politik und – trotz Pressefreiheit – vor allem die geistige Erlahmung: „Er kenne kein Land, wo im allgemeinen weniger Unabhängigkeit des Geistes und echte Freiheit der Erörterung anzutreffen sei als in Amerika.“<sup>166</sup>

Auch heute halten viele plebiszitäre Mitbestimmung nicht nur für eine ideale Utopie, sondern für ein verhinderungswürdiges Konzept, da sie den einfachen Leuten die Fähigkeit, „Politik zu machen“ absprechen. Das Geschäft des Regierens sei eine elitäre Angelegenheit und zu viel Demokratie sei schädlich, weil die Mehrheit des Volkes nicht den erforderlichen „Überblick“ habe.

Der Begriff „Massendemokratie“ ist eine kritische Bezeichnung für als schädlich erachtete Ausformungen der heutigen, sich als demokratisch bezeichnenden Systeme und ihre Wirkungsweisen. Konservative Denker wie zum Beispiel Carl Schmitt sehen in der Massendemokratie die Herrschaft des Relativismus gesellschaftlicher Normen und Werte im Allgemeinen und eines Verfalls des Verantwortungsgedankens im Besonderen. Des Soziologen Karl Mannheimers Sorge 1941 im englischen Exil war eine „ungeplante Massengesellschaft“ und in seiner Planungssoziologie „kommt der Intelligenz als Teil der planenden Elite eine Schlüsselfunktion zu“, wie Marlis Krüger schreibt.<sup>167</sup> Auch liberale Denker, wie Friedrich August Hayek<sup>168</sup>, kritisieren die „Herrschaft der Massen“ in der modernen Demokratie. Mannheim und Hayek sind Zeitgenossen des Nationalsozialismus und haben die labile Ethik des Massenmenschen am Beispiel der Deutschen kennengelernt. Der spanische Philosoph Ortega y Gasset, der 1930 vor Beginn des Franquismus sein Essay „Der Aufstand der

---

<sup>166</sup> Deichsel et al. (2002), Seite 382

<sup>167</sup> Krüger, Marlis „Mannheim, Karl“ in: Metzler (1995)

<sup>168</sup> Er hielt Gesellschaftsplanung generell allerdings für unmöglich. Mehr zu Hayeks Denken im Abschnitt „Utilitarismus, Kapitalismus, Liberalismus, Globalisierung“

Massen“<sup>169</sup> veröffentlichte, diagnostiziert darin „in einer radikal aristokratischen Deutung der Geschichte (...) den Krankheitszustand der europäischen Kultur: das Fehlen einer Elite für die führungsunwilligen Massen und der krasse Individualismus in der entfremdeten Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht die historisch-soziologische Analyse der Masse, mit deren Herrschaft eine ‚Hebung des gesamten historischen Niveaus‘ einhergehen kann, falls es gelingt, die Barbarei des Spezialistentums und die Mißachtung der sittlichen Normen einzudämmen. Gesellschaft – Masse – Elite sind die zentralen Begriffe dieser seit 1930 vieldiskutierten Schrift.“<sup>170</sup>

Kern des Problems ist also die Sorge, dass der Massenmensch leicht manipulierbar, primitiv und irrational sei und die „Realisten“ im Gegensatz zu den Idealisten oder Romantikern meinen, dass darin eine Gefahr für das Gemeinwohl liege, der man nur mit Konzepten entgegenwirken könne, die die Macht des Einzelnen einschränken. Daher kommt das Konzept „Demokratie“ als Staatsform für sie nicht in Frage.

Demokratie zu verhindern, muss also kein Versuch machgieriger Oligarchien oder Usurpatoren sein, sondern kann der Sorge entspringen, dass der *demos* nicht weise genug sei, um über sich selbst zu herrschen (-kratie). Hier finden wir Platons/Sokrates’ Hinweis wieder, dass der Herrschende ein Philosoph sein müsse, um Elend vom Staat abzuwenden.<sup>171</sup>

In der Konsequenz läuft der Ruf nach elitärer Herrschaft auf die Oligarchie, die Herrschaft der Wenigen, hinaus – und möglicherweise zur Herrschaft der wenigen Reichen: Plutokratie.

Denn diese Reichen sind gebildeter als der Pöbel, wie schon in der Zeit des athenischen Wandels von der Isonomie zur Demokratie von Christian Meier festgestellt<sup>172</sup>, wenn er die „aufstrebenden Schichten“ dem regierenden Adel entgegenstellt: „Für viele Ämter dagegen kamen noch auf einige Zeit (...) nur Adlige in Frage. So groß und so schwer zu überbrücken war der Abstand, der sie [die Adligen] von fast allen anderen trennte. Ihre weiten Verbindungen, ihre Erfahrungen und vor allem ihre Erziehung nach ausgeprägten, in ganz Griechenland verbindlichen Normen gaben den Adligen eine Überlegenheit, die nicht leicht einzuholen war. Folglich blieb ihre Bildung (im umfassenden Sinne des Wortes) aristokratisch, durchweg leistungsfähig und nicht demokratisierbar.“ Ein Dilemma, das wir im Zeitalter des Internets berücksichtigen müssen, wenn wir die Idee von einer Weltdemokratie oder Weltrepublik wieder aufleben lassen und die vorhandenen

---

<sup>169</sup> Ortega y Gasset (1984)

<sup>170</sup> Klappentext, in: Ortega y Gasset (1984)

<sup>171</sup> Auch für Gottfried Wilhelm Leibniz galt die Gerechtigkeit als „caritas des Weisen“

<sup>172</sup> Vgl. Abschnitt „Politische Öffentlichkeit ohne Medien“

Bedenken gegen die Massenmenschen und gegen die Eliten dabei berücksichtigen wollen. Das geschieht in Teil III.<sup>173</sup>

---

<sup>173</sup> Dort wird auch näher darauf eingegangen, dass vermeintliche Politprofis selten Experten ihres Ressorts sind, (Stichwort: „Dilettanten“)



### **Exkurs: Die Entstehung des Begriffs Demokratie nach Meier**

Um zu zeigen, dass es durchaus nicht gerechtfertigt ist, den Begriff Demokratie mit „Herrschaft des Volkes“ oder „Herrschaft aller“ gleichzusetzen und dass eine Differenzierung zum Begriff „Massendemokratie“ nötig ist, hier mehr zur Entstehungsgeschichte der Bezeichnung Demokratie für eine bestimmte Staatsform, wie sie Christian Meier 1970 nachvollzog.

Obwohl jene aufstrebenden Schichten, von denen im vorigen Abschnitt die Rede war, „weder wirtschaftlich noch geistig stark waren“,<sup>174</sup> waren sie sich dennoch im Klaren, dass es ihnen kraft ihrer Gleichheit zustehe, als freie Bürger anerkannt zu werden, auch wenn ihnen ihr fachliches Manko bewusst war. Die Lösung bestand in einem Übergang im 5. Jhd. v. Chr., der eben noch längst nicht „Demokratie“, sondern erst „Isonomie“ hieß: „Nach einer Formulierung Hans Schaefers ist in ‚Isonomie‘ das Streben nach Gleichberechtigung gleichsam in den Nomos hineinprojiziert“.<sup>175</sup> Und mit dem Instrument der Rechenschaftspflicht hätten sich die „aufstrebenden Schichten“ schon zufriedengegeben: „Die Regierung sollte in den Händen besserer Adliger sein, rechenschaftspflichtig, und sich nach dem Willen aller richten.“<sup>176</sup> Meier erklärt die späte Verwendung des Begriffes Demokratie eben dadurch, dass nichts dafür spreche, „daß man sich im Gegensatz zum Adel überhaupt bewegt hätte.“<sup>177</sup> Das bedeutet, dass der „Demos“ („alle, das ganze Volk“) sich seiner Unfähigkeit, gut zu herrschen, bewusst gewesen sei und auf „kratos“ (Sieg, Überlegenheit, Macht) gar nicht aus war, sondern nur auf „archein“ (herrschen, im Sinne von „vorangehen“, „führen“) und eher eine gerechte Aristokratie oder Oligarchie forderte, die dem Gemeinwohl dienen solle. Warum es im Namen der Gerechtigkeit und Angemessenheit dennoch zur Bezeichnung „Demokratie“ kam, obwohl „das ganze Volk“ (Demos) nicht verlangte zu herrschen (kratein), anstatt der logischeren Zusammensetzung „Demarchia“, erklärt Meier in der erwähnten Abhandlung etymologisch ausführlich.<sup>178</sup> Festzuhalten bleibt für die Ergründung der politischen Rolle der Öffentlichkeit noch einmal, dass Volk und Öffentlichkeit auch in einer Demokratie nicht identisch sind und dass Demokratie als Volksherrschaft nicht im Sinne ihrer Erfinder war, sondern dass ursprünglich nur eine gerechte Führung durch Eliten angestrebt wurde, die sich nach dem Willen aller zu richten und sich dementsprechend zu rechtfertigen hatte.

### **Utilitarismus, Kapitalismus, Liberalismus, Globalisierung**

Jeremy Bentham (1748–1832) und John Stuart Mill (1806–1873) entwickelten einen systematischen Nutzen-Ansatz und wendeten ihn auf konkrete politische Fragen an. Bentham erläutert im ersten Kapitel seiner „Introduction to the Principles of Morals

---

<sup>174</sup> Meier (1970), Seite 39

<sup>175</sup> Meier (1970), Seite 39

<sup>176</sup> Meier (1970), Seite 39

<sup>177</sup> Meier (1970), Seite 39

<sup>178</sup> Meier (1970), Seite 45ff

and Legislation“, zuerst erschienen 1789, also zeitgleich mit dem Beginn der „Fürchterlichkeit der Französischen Revolution“ (Hegel) und 13 Jahre nach der amerikanischen Revolution,<sup>179</sup> den zentralen Begriff des Nutzens folgendermaßen: „Mit dem Prinzip des Nutzens ist das Prinzip gemeint, das jede beliebige Handlung gutheißt oder missbilligt entsprechend ihrer Tendenz, das Glück derjenigen Partei zu erhöhen oder zu vermindern, um deren Interessen es geht (...). Mit ‚Nutzen‘ ist diejenige Eigenschaft einer Sache gemeint, wodurch sie zur Schaffung von Wohlergehen, Vorteil, Freude, Gutem oder Glück tendiert.“<sup>180</sup>

Der Schwerpunkt auf dem individuellen Nutzen und der individuellen Freiheit innerhalb der für die Allgemeinheit geltenden Gerechtigkeit führte in der gesellschaftlich-historischen Entwicklung des US-republikanischen Selbstverständnisses und dem von ihm geprägten westdeutschen zur Formel „Glück durch individuellen Wohlstand“. Die wirtschaftspolitische Prämisse des klassischen Liberalismus, dass sich der Staat nicht einzumischen habe in die Ökonomie, blieb so lange weitgehend unangefochten, wie das Gemeinwohl parallel mit dem Wohlstand florierte. Durch eine spezielle Interpretation des US-Republikanismus entwickelte sich in den USA eine Kultur, nach der prosperierende Wirtschaftsbereiche einen Teil ihres Wohlstandes wie selbstverständlich an die Allgemeinheit zurückzuführen hatten. Der gleichzeitige Prestigeerwerb wurde als Gut positiv bilanziert.

In der Lebenswelt bestätigte sich das Primat des kapitalistisch-geprägten Gemeinwohls westlicher Couleur in den Anfängen des Industriezeitalters. Dieses Selbstverständnis wurde in dieser Epoche durch zunehmenden Wohlstand<sup>181</sup> angetrieben und entwickelte sich, sich selbst verstärkend: Ökonomische Freiheit wurde zum Synonym individueller Freiheit, im Abschwung des Liberalismus mit dem Niedergang des Industriezeitalters<sup>182</sup> zum Neo-Liberalismus. Dessen Ansatz zur Lösung sozio-ökonomischer Probleme bestand darin, jeden Akteur völlig ungehindert bzw. politisch ungeregelt nur nach den Regeln des Marktes am Wettbewerb teilnehmen zu lassen (freie Marktwirtschaft, Primat der Wirtschaft).

Auch der liberale Philosoph Friedrich August von Hayek hielt Gesellschaftsplanung für unmöglich. Dies sei „nicht nur eine kolossale Überschätzung unseres intellektuellen Vermögens, sondern auch eine gänzliche Fehleindeutung der Art von Welt in der wir leben“, eine Lösung sah er nur in „gewissen abstrakten Regeln“, also eher in einer Ordnungspolitik.<sup>183</sup> Hayek habe „die Entwicklung des deutschen Neo-

---

<sup>179</sup> Zahlreiche Quellen weisen auf einen Einfluss Benthams auf Robespierre hin bis hin zu Verschwörungstheorien, nach denen Bentham ein Agent des britischen Geheimdienstes gewesen sei, dessen Ziel es war, einen Erfolg der Französischen Revolution nach dem Vorbild der amerikanischen Revolution auf europäischem Boden zu verhindern.

<sup>180</sup> Wesche (2010), Kapitel Utilitarismus

<sup>181</sup> Selbstverständlich nicht kritiklos → Marxismus

<sup>182</sup> Vgl. „Kondratjew-Zyklen“

<sup>183</sup> Vanberg, Victor „Friedrich August Hayek“ in: Ballestrin and Ottmann (1990), Seite 49

oder Ordoliberalismus ebenso mitgeprägt wie die Entwicklung des Liberalismus der Chicagoer Schule“, schreibt Victor Vanberg.<sup>184</sup>

Deshalb gelten Utilitarismus, Liberalismus, Kapitalismus etc. zwar als Ideologien, doch nicht als Staatsformen im Sinne des Völkerstaatsrechts oder der Vertragstheorie – eben weil ihre Vertreter das Gemeinwohl in die Hände des sich nach seinen eigenen ungeschriebenen Gesetzen regulierenden Marktes legen wollen, der nur mit möglichst geringen staatlichen Eingriffen auskommen soll. Das betrifft auch die Öffentlichkeit und bestimmt ihre „politische“ Rolle. Die Öffentlichkeit wird in den Markt integriert. Der Marktplatz, die Agora, der Öffentliche Raum, wird vielmehr zu einer Börse, die den Wert des jeweiligen Gutes danach bestimmt, wer es haben will und wie viel er bereit ist, dafür zu geben. Das Resultat einer unbeeinflusst von sozial-politischen Reglementierungen agierenden Wirtschaft sollte Prosperität sein, nach dem Motto: Geht es den Unternehmen gut, geht es auch den Arbeitnehmern – und damit der Öffentlichkeit – gut. Praktisch wird der Bürger als Konsument betrachtet und der Staat als Markt, in dem die Nachfrage das Angebot bestimmt. Die freie Marktwirtschaft läuft auf eine Demokratie hinaus, in der die Bürger als Konsumenten mitbestimmen, was produziert wird. Erlaubt ist, was den meisten gefällt oder was wenige bereit sind, höchstbietend zu bezahlen. Damit wird sowohl dem Mehrheitsprinzip Entfaltung eingeräumt, in dem man billige Massenware anbietet, als auch, wenn eine Minderheit danach verlangt, der Möglichkeit, teure Nischenprodukte herzustellen, sofern sie bereit ist, den höheren Preis dafür zu aufzuwenden. Freiheit als das Recht, teures kaufen zu können. Und Freiheit als das Recht, seines individuellen „Glückes Schmied“ zu sein. Wer gut leben will, darf das, und wer das nicht möchte, darf das auch. Zu Beginn der 1930er Jahre kristallisiert sich aus dem Liberalismus der Libertarismus, heraus, der als politische Philosophie betont, dass jedes Individuum das Recht habe, mit seinem Leben und seinem Besitz zu tun, was immer es möchte, solange dadurch die Freiheit anderer Individuen nicht verletzt werde.

Der andere Ansatz besteht in der stärkeren Reglementierung der Marktwirtschaft durch die Politik: die soziale Marktwirtschaft. In der Bundesrepublik setzte man von Anfang an auf die staatliche soziale Aufgabe, weil man voraussetzte, dass das Streben nach Glück zwar in allen Menschen angelegt, aber die Befähigung zur Umsetzung nur den Stärkeren gegeben sei. Es galt also, den Schwächeren zu helfen, am Gemeinwohl teilzuhaben, auch wenn sie selbst nicht dazu beitragen können. In der Definition „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ wurde diese Aufgabe als Staatsziel festgelegt.<sup>185</sup> Ein dritter Weg zur Lösung sozialer

---

<sup>184</sup> Vanberg, Victor „Friedrich August Hayek“ in: Ballestrin and Ottmann (1990), Seite 58. Verschiedene „Schulen“ entwickelten verschiedene Lehren des ökonomischen Liberalismus bzw. Neo-Liberalismus.

<sup>185</sup> In Deutschland gehört das Sozialstaatsprinzip neben dem Rechtsstaats-, dem Bundesstaats- und dem Demokratieprinzip zur Grundlage der Verfassungsordnung. Das Grundgesetz (Art. 20 Absatz 1 GG) bestimmt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ In Artikel 28 Absatz 1 Satz 1 GG steht des Weiteren: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den

Probleme ist der des Wohlfahrtsstaates, doch darauf kann hier nicht näher eingegangen werden.

Durch die ökonomisch-technologische Weiterentwicklung weitete sich jedoch das Primat der Wirtschaftlichkeit global aus und führte zur Eroberung des Weltmarktes durch den Kapitalismus. Die Globalisierung nahm ihren Lauf.

### **Gerechtigkeit: Checks and Balances im Öffentlichen Raum**

***Regierung ist nicht der Ausdruck des Volkswillens,  
sondern der Ausdruck dessen, was ein Volk erträgt.***

*Kurt Tucholsky*

Ohne Zustimmung kann sich keine Regierung an der Macht halten, daher ist die politische Rolle der Öffentlichkeit die Legitimierung von Herrschaft. Das Ganze eines Staatsvolkes unterteilt sich in zwei Hemisphären, Staat und Volk, und jede Sphäre unterstellt der anderen Unwillen und Unfähigkeit, das *richtige* Gemeinwohl zu erkennen und zu erhalten. Das Misstrauen der Sphären gegeneinander ist geschichtlich gesehen berechtigt, da immer dann Chaos<sup>186</sup> entstand, wenn eine der beiden Sphären Übermacht gewann und die andere in ihren positiven Rechten, also ihren Freiheiten, allzu schmerzlich einschränkte. Der Preis für öffentliche Ordnung ist der Verzicht Einzelner auf individuelle Freiheiten, dadurch wird wiederum die gesamtögliche Freiheit aller vergrößert. Inwieweit sich Freiheiten ausdehnen dürfen, wird gesetzlich festgelegt. Zum Ausgleich und zur Kontrolle werden institutionelle Gegengewichte wie Gewaltenteilung eingerichtet.

Begutachtung der gegenseitigen Macht ereignet sich im Widerstreit der Diskurse<sup>187</sup> im Licht der Öffentlichkeit.

Wenn es nach Jürgen Habermas geht, sollten dies „herrschaftsfreie Diskurse“ sein: In einer „idealen Sprechsituation“ kann man zu einem Wahrheitskonsens gelangen, wenn folgende Regeln eingehalten werden: 1. Das Gespräch darf durch keine äußeren Zwänge behindert werden („äußere kontingente Einwirkungen“), 2. Das beste

---

*Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.*“ Das Sozialstaatsprinzip ist damit im Grundgesetz als Staatsziel verankert, das neben der Garantie der Menschenwürde und der Menschenrechte den Schutz der sogenannten Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG genießt. (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialstaat> – 16.02.2010)

<sup>186</sup> Bezüglich Kants *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* schreibt Lyotard: „Wenn man sich an die unmittelbare Anschauungsgegebenheit hält, ist die politische Geschichte ein Chaos. Sie erregt ‚Unwillen‘, da sie nahelegt, daß dies beklagenswerte Spektakel einer ‚zwecklos spielenden‘ Natur entspringt, so daß ‚das trostlose Ungefähr‘ an die Stelle des ‚Leitfadens der Vernunft‘ tritt. Lyotard (1989), Seite 270

<sup>187</sup> Die theoretische Diskursanalyse von Jean Foucault und Jean Lyotard kommt im Abschnitt „Sprache“ zur Sprache, soweit nicht anders angegeben, gilt als „Diskurs“ ein Gespräch, dessen Gesprächsführende von Intersubjektivität ausgehen.

Argument zählt („Der eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments“), 3. Jeder hat die gleiche Chance zur Beteiligung am Gespräch („symmetrische Verteilung der Chancen, Sprechakte zu wählen und auszuüben“), 4. Jeder muss zur transparenten, „ungekränkten Selbstdarstellung“ fähig sein, 5. Jeder muss die Grundentscheidungen seines Lebens thematisieren und kritisieren lassen („keine Vormeinung [bleibt] auf Dauer der Thematisierung und der Kritik entzogen“), 6. Keiner hat Vorrechte aufgrund von Alter, Erfahrung, Autorität usw. („Persönlichkeitsmerkmale idealer Sprecher“), 7. Jeder muss bereit sein, mit jedem die Verhaltenserwartungen zu tauschen und Rollentausch bereit sein („Austauschbarkeit der Dialogrollen“), 8. Diskutiert wird so lange, bis Konsens erreicht ist („Verständigung“, „wahrer Konsensus“). Ist die neue Wahrheit angenommen, bestimmt sie von da an das Verhalten der Teilnehmer, unabhängig davon, ob sie tatsächlich kognitiv angenommen wurde oder man nur „so tut, als ob“ („Kontrafaktische Unterstellung“, „transzendentaler Schein“).<sup>188</sup>

Zahlreiche Kritiker betrachteten dieses Regelwerk als utopisch, doch betont Habermas in diesem Text ständig, dass es sich dabei um ein Ideal handelt. Er hat also gar nicht den Anspruch, den idealen Sprechakt praktisch zu oktroyieren, sondern dies seien „sprachtheoretische Bestimmungen für das, was wir herkömmlicherweise mit den Ideen der Wahrheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit zu fassen suchen.“

Der herrschaftsfreie Diskurs entspricht in vielem der Schönherr-Mannschen Idee des *Miteinander-leben-Lernens*.<sup>189</sup> Er spricht vom Lernen, also dem Bemühen, sich in einer Kunst zu verbessern, und entzieht sich dadurch der Kritik, utopisch zu sein. Mit dem Lernen ist ein für jedermann praktikabler Ansatz geschaffen, im Hier und Jetzt daran zu arbeiten.

Durch die räumliche Trennung der politisch Handelnden ist die Presse als Massenmedium zunächst nur Transporteur von Meinungen und Kritik – entwickelt sich jedoch schnell zur politischen Mitspielerin auf der von ihr gleichzeitig zur Verfügung gestellten Bühne der Öffentlichkeit und verzerrt damit das Machtgefüge: Da in der Presse Produktionsmittel, elitäres Gedankengut und Distributionswege vereint sind, ist sie mächtig genug, um als „Vierte Gewalt“ die staatlichen Handlungen zu kontrollieren. Gleichzeitig bündelt sie vielfältige Meinungen beider Sphären zu einem Bild, das als die Öffentliche Meinung wahrgenommen wird. Andererseits verhilft sie wiederum Minderheitenmeinungen oder Mehrheitsmeinungen, die bisher nicht gehört wurden (Unerhörte), zu einem Platz im Öffentlichen Raum und beflügelt dadurch den deliberativen Diskurs. Je nachdem, wie austariert diese Gewichte sind, kann Presse als ausgleichende Gerechtigkeit oder verzerrendes Element in diesem System fungieren. Die Presse stellt also Aufmerksamkeit her.

---

<sup>188</sup> Habermas and Luhmann (1971)

<sup>189</sup> Vgl. Schönherr-Mann in: Göttermann (2008), Seite 151ff

In Demokratien gilt das Volk als gesetzgebender Souverän und legitime Herrschaft wird durch Wahlen ermöglicht und bestätigt. In Republiken steht jedoch, genau genommen, nicht dem Volk die gesetzgebende Kraft zu, sondern den durch Wahlen legitimierten Regierenden.

„Gerecht ist sicherlich, daß das ‚Volk‘ die Herrschaft über die Sätze übernimmt“<sup>190</sup>, resümiert Jean Francois Lyotard sprachphilosophisch, „wenn es stimmt, daß das ‚Volk‘ die Gesamtheit von Sendern, Empfängern und Referenten der Prosa ist, die weder eine Diskursart noch selbst eine Art von Sprache, sondern Masse von Sätzen aller Regelsysteme und Verkettungen aller Diskursarten (Dichtung inbegriffen) ist.“<sup>191</sup> Bis hierhin bestätigt Jean-Francois Lyotard den bisher entwickelten Ansatz des pluralistischen Publikums, das das Recht auf die Freiheit, am Diskurs (welchem auch immer) einfordert. Doch Lyotard bringt eine neue Komponente in die Betrachtung des morphologischen Gebrauchs dieser Freiheit: „Diese Regierungsform jedoch nennt man Demagogie, man kann beobachten, daß das Volk sich widerspricht, bekriegt und vernichtet, daß es leichtfertig ist und der Meinungsmache erliegt“<sup>192</sup>. Diese Betrachtungsweise begegnete uns bereits im Abschnitt „Massendemokratie“ und sie wird in dieser Arbeit noch an vielen Stellen anklingen.

Die vorgestellten Vertragstheorien sind für Lyotard „Legitimitätserzählungen“ (große Erzählungen),<sup>193</sup> die die Identität eines Volkes bestätigen sollen, indem sie sie legitimieren. Die Gefahr der Tautologie besteht: Wenn der ontologische Ursprung der Gerechtigkeit schon nicht legal ist, können darauf aufbauende Konzepte ebenso wenig legal sein: „Wo liegt die Quelle der Legitimität in der modernen Geschichte seit 1792?“<sup>194</sup> Man sagt beim Volk. Aber das Volk ist eine Idee, und man streitet sich man schlägt sich um die richtige Idee des Volkes und um deren Durchsetzung. Von daher die Ausbreitung der Bürgerkriege im 19. und 20. Jahrhundert und die Tatsache, daß selbst der moderne Krieg zwischen Nationen immer ein Bürgerkrieg ist: Ich, Regierung des Volkes, bestreite die Legitimität deiner Regierung.“<sup>195</sup>

Auf der Suche nach einer gerechten Ordnung stellt sich das Problem der gerechten Weltordnung, losgelöst von nationalen oder ideologischen Interessen. Dass es keinen „gerechten Krieg“ gibt, darüber ist man sich auch – und gerade – in Anbetracht diverser angeblich „heiliger Kriege“ weitgehend einig. Doch kann es demnach auch keinen gerechten (ewigen) Frieden geben, solange die Legitimierung einer jeden

---

<sup>190</sup> Lyotard (1989), Seite 262

<sup>191</sup> Lyotard (1989), Seite 262

<sup>192</sup> Lyotard (1989), Seite 262

<sup>193</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Informationsflut durch kleine Erzählungen“

<sup>194</sup> 1792 wurde Ludwig der XVI. abgesetzt. Der letzte König des *ancien regime* war zuvor während der Französischen Revolution als „legitimer Souverän“ einer konstitutionellen Monarchie („König der Franzosen“) von den Franzosen selbst eingesetzt worden. 1793 haben sie ihn geköpft. Mehr dazu in Teil II „Macht“, im Abschnitt „Symbole“.

<sup>195</sup> Lyotard, Jean-Francois „Randbemerkungen zu den Erzählungen“, in: Engelmann (1990), Seite 51

Regierung in Frage gestellt werden kann? Ist bei der Frage nach der Gerechtigkeit einer Herrschafts- oder Verwaltungsform das Recht überhaupt der richtige Maßstab? Im Folgenden wird deutlich, dass zwar die Moral der bessere Maßstab bei der Beurteilung dessen sein mag, was als gerecht empfunden wird. Da Moral allerdings eine allzu subjektive Größe ist, versucht man das Recht als halbwegs objektives Mittel dafür zu benutzen, moralische Gerechtigkeit herzustellen. Die darin implizierte Aporie der „Legitimation der Legitimation“ begegnet uns im Laufe dieser Arbeit des Öfteren und wird an verschiedenen Stellen genauer beleuchtet – und welche Rolle die politische Öffentlichkeit dabei spielt, ebenfalls.

Gerechtigkeit ist also politisch gesehen nicht das, was moralisch-ethisch das Beste zu sein scheint, sondern das, worauf man sich gesellschaftlich-pragmatisch einigen kann. Und in Demokratien kann es sein, dass die Mehrheit etwas für gerechtfertigt erachtet und beschließt, das Minderheiten als ungerecht empfinden. In repräsentativen Demokratien kann es sogar sein, dass die parlamentarische Minderheit etwas beschließt, das die Mehrheit der Bürger für ungerecht hält.

## 1.4 Strukturwandel der Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert

### **Von der Pressefreiheit hängt praktisch jede andere Freiheit ab** *Salvador de Madariaga y Rojo*

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit – noch weitestgehend unabhängig vom Internet – das politische Instrumentarium der Unterlassung und Unterbindung kommunikativen Handelns auch in der Moderne in verschiedenen Systemen dazu genutzt wurde, um Öffentlichkeit zu verhindern, d. h. den politischen Diskurs zu unterdrücken. Interessant ist vor allem, dass auch im vergangenen Jahrhundert die Verhinderer von Kommunikation ausdrücklich behaupteten, nur dadurch die Bürger schützen zu können, obwohl sie viel eher ihr jeweiliges System meinten.

Um die Funktionsweise und Wirkung des politischen Mechanismus Aktion/Reaktion in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, kann darauf verzichtet werden, auf jede interessante Strömung in der Weltgeschichte einzugehen. Es werden im Folgenden die gravierendsten vorgestellt und die entlang des historischen Fadens in Deutschland beleuchteten Phänomene sind exemplarisch für ähnliche Bewegungen in anderen Ländern zu verstehen. Die detaillierte Schilderung der Mechanismen soll aufzeigen, welchen Grundströmungen die politische Rolle der Öffentlichkeit unterliegt, um die Chancen und Gefahren für die Rolle der Öffentlichkeit im Zeitalter des Internets besser einzuschätzen zu können, die in Teil III behandelt werden. Da der Maßstab dafür, welches Ereignis als gravierend gilt, die kollektive Erinnerung im Spiegel der Presse ist, wird deutlich, wie eingangs bereits erläutert, dass es die Natur der Öffentlichen Meinung ist, oberflächlich zu bleiben.

#### **Totalitarismus und Öffentlichkeit**

Die Idee der klassenlosen Gesellschaft (Marxismus) brachte die kommunistische Bewegung als „die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl“, wie es im „Manifest der Kommunistischen Partei“ festgeschrieben wurde<sup>196</sup>, hervor. Sie führte über den Marxismus/Leninismus als Staatsphilosophie in der Sowjetunion zum „Stalinismus“, über den „Maoismus“ in China zu dem heute als „Steinzeitkommunismus“ bezeichneten Totalitarismus der Roten Khmer in Kambodscha Mitte der 1970er Jahre.

---

<sup>196</sup> MEW 4: 472, (MEW = Marx-Engels-Werke, Es handelt sich dabei um 43 Bände (in 45 Büchern), die von 1956 bis 1990 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Bde. 1–42) bzw. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Bd. 43) im Dietz Verlag, Berlin (Ost)/DDR herausgegeben wurden und seit 1989 von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.* weiterhin im Dietz Verlag Berlin herausgegeben werden. Zuerst wird der Band und dann die Seite angegeben) – hier zitiert nach Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Marx](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Marx) (10.03.2010)



In den 1930er und 1940er Jahren entwickelten sich in Deutschland der „Nationalsozialismus“ und in Italien der „Faschismus“. Der in Spanien zeitgleich vollzogene „Franquismus“ war eine Mischung aus allem: Militärjunta, Monarchie, Diktatur, Despotie, Nationalsozialismus und Faschismus. Er basierte weniger auf einer Ideologie, als auf einer kruden Staatsreligion, dem „Nacional-catolicismo“ und die in sie verflochtene sakrosankte Autorität des wenig charismatischen, dafür intrigant-geschickten Francisco Franco. Mit machiavellistischen Methoden gelang es ihm vierzig Jahre lang, wie eine Fürst zu regieren und dabei Staatspartei, Kirche, Königshaus und ein entmündigtes Volk in sein Staatsgebilde zu integrieren. Franco-Spanien war militärisch damit beschäftigt, sich innenpolitisch zu stabilisieren, so dass es keine territorialen Ansprüche auf andere Gebiete durchsetzte. Das Interesse für das weitgehend skandalfreie Franco-Spanien ist deshalb in der öffentlichen Wahrnehmung relativ gering.

Allen ideologiegetriebenen Staatsgebilden der 1930er Jahre ist gemeinsam, dass sie auch zu diktatorischen Staatsformen führten, die in sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse hinein wirkten, verbunden mit dem Anspruch, einen der jeweiligen Ideologie angepassten „neuen Menschen“ zu formen. Die „totalitäre Diktatur“ erzwingt von den Beherrschten eine möglichst „freiwillige“ aktive Beteiligung am Staatsleben sowie dessen (programmatische) Weiterentwicklung.<sup>197</sup> Die politische Rolle der Öffentlichkeit wurde in sämtlichen totalitären Regimes identisch behandelt: Sie wurde nivelliert und im Untergrund oder im Ausland entstehende Widerstandsbewegungen wurden kategorisch flächendeckend und rigoros als „staatsfeindlich“ bekämpft. Nirgends wird die Trennung, Teilung, Abkoppelung von Staat und Öffentlichkeit deutlicher als ausgerechnet in kommunistischen Regimes. Nirgends ist das Volk weniger „souverän“ als ausgerechnet in jenen Systemen, die sich Volksrepublik, sozialistisch, kommunistisch oder nationalsozialistisch nennen. Die totale Entfremdung und größtmögliche Entfernung von der idealistischen Utopie einer „gerechten Staatsform“ während der Versuche, diesen praktisch zu leben, ist die traurige Bilanz des seinerzeit real existierenden Sozialismus, weil das Streben der Menschen nach Freiheit, Wohlstand und Glück offenbar keinen gemeinsamen Nenner erlaubt, sondern die Freiheit zur Umsetzung pluralistischer Verwirklichungsstrategien verlangt. Der Faschismus<sup>198</sup> dagegen ist kein Produkt einer „gerechten Utopie“, sondern eines auf Überlegenheit von machtbesessenen Eliten basierenden Größenwahns, der eine Ideologie nur zur Tarnung dessen brauchte.<sup>199</sup> Zustimmung von Massen erhielt dieser, weil er indirekt Formen von Freiheit, Wohlstand und Glück als Folge des hegemonialen Anspruches versprach. Die Mittel dafür waren sozialistischer Natur, doch der Weg sollte nicht zu globaler Gerechtigkeit führen, sondern zu globaler Überlegenheit. Als dies unübersehbar war, forderte er die

---

<sup>197</sup> Während eine autoritäre Diktatur nur den politischen Status quo aufrechtzuerhalten sucht

<sup>198</sup> Hannah Arendt rechnet den italienischen Faschismus nicht zu den totalitären Regimes, weil dieser, wie andere „normale“ Diktaturen, keine Weltherrschaft anstrebte, ähnlich wie der Francismus in Spanien.

<sup>199</sup> Vgl. Lyotard, Stichwort „arischer Mythos“ im Abschnitt „Informationsflut durch kleine Erzählungen“

Gegenkräfte heraus, zuerst den inneren Widerstand, der völlig geschwächt nur mickrig ausfiel, dann den äußeren, wobei sich „die Weltöffentlichkeit“ zunächst nicht am rassistisch motivierten Verhalten der Nazis störte, sondern an ihren kriegerischen Angriffen und dem damit verbundenen Verlust von Einfluss und Macht über die betroffenen (verlorenen) Gebiete. Doch die moralische Fragwürdigkeit der Reaktion der Weltöffentlichkeit relativiert sich anhand der Informationslage, auf die sich die Meinungsbildung der Weltöffentlichkeit stützen konnte. Durch geschickte Propaganda gelang es den faschistischen Regimes lange, das Ausland zu blenden und zu täuschen.<sup>200</sup> Nachdem sich sämtliche Kräfte im Zweiten Weltkrieg entzündeten, schwenkte die Öffentlichkeit in Nachkriegsdeutschland und -Italien ernüchtert oder auch enttäuscht auf das vielversprechendere System um: Kapitalismus. Später und ohne Krieg wiederholte sich dieses Muster beim Zusammenbruch des Ostblocks.<sup>201</sup>

### **Öffentlichkeit im Nationalsozialismus**

Am Beispiel des „Nationalsozialismus“ in Europa wird die politische Rolle der Öffentlichkeit besonders deutlich. Das Volk der Dichter und Denker der Weimarer Republik wurde legal durch die gesetzlichen Schwächen der Weimarer Verfassung und die demokratische Zustimmung des Volkes zu einer Diktatur umgewandelt. Dies geschah in der Art, dass „top down“ zunächst eine totale „Gleichschaltung“<sup>202</sup> der Massen mithilfe struktureller und ideeller Normen vorgenommen wurde und später „bottom up“ die Erhaltung dieser Strukturen durch die aktiven Bürger<sup>203</sup> erfolgte bzw. durch die passive „schweigende Mehrheit“ zugelassen wurde – ein sozialpsychologisches Phänomen, das als „Schweigespирale“ später Einzug in die Kommunikationstheorie hielt.<sup>204</sup> Gleichzeitig wurde sukzessive der Rechtsstaat ausgehöhlt und matt gesetzt. Die totale Entrechtung und Entwürdigung der Juden und anderer Volksgruppen führte zum Holocaust. Es gab keine „ausgleichende Gerechtigkeit“ durch Informationsaustausch und ohne viele Gesetze zu ändern, mutierte der Rechtsstaat zum Erfüllungsgehilfen und die Exekutive zum Vollstrecker. Die Öffentlichkeit degenerierte zur repräsentativen Verlautbarungs-Öffentlichkeit des Mittelalters („repräsentative Öffentlichkeit“) und war als Wächter und Kontrolleur nicht nur machtlos, sondern schamlos, im erweiterten Sinne von Arnold und Amery<sup>205</sup> – die Presse pervertierte zum Propagandainstrument, ohne das die latenten Ideologien (Rassismus, Marxismus) der Massen nicht hätten erst zur Mobilisierung und dann zur

---

<sup>200</sup> Eine detaillierte Aufarbeitung der Weltpolitik unter dem Gesichtspunkt der Propaganda-Wechselwirkungen kann hier nicht erfolgen. Dazu sei auf andere Werke verwiesen, besonders auf das gesamte Oeuvre Hannah Arendts und Victor Klemperers.

<sup>201</sup> Vgl. Gabor Steingarts Analyse des DDR-„Mitläufers“ in: Steingart (2009)

<sup>202</sup> Dies ist selbst ein beliebter Terminus der Nazis, wie Victor Klemperer solche akribisch in seinen Tagebüchern aufzeichnete und später in seinem Werk „LTI“ analysiert.

<sup>203</sup> Arendt meint explizit „Spießler“. Sie rechnet den Mob als zeitweiligen Partner der Eliten diesen zu und nicht zu den Bürgern, vgl. Arendt (1986), S. 703ff

<sup>204</sup> Und später an mehreren Stellen noch deutlicher beleuchtet wird.

<sup>205</sup> Arnold and Amery (1988)

Einbindung in totalitäre Organisationen bewegen werden können.<sup>206</sup> Widerstand als Gegengewicht wurde im Keim erstickt und erlangte nicht die Kraft zur reaktionären Gegenbewegung. Selbst außerhalb Deutschlands verhinderten vielerorts vorseilender Gehorsam und Feigheit ein Erstarren des Widerstands.<sup>207</sup>

Selbstverständlich war es gesetzlich verboten, alternative Wege zu suchen, um an Informationen zu gelangen. Für das „Abhören von Feindsendern“, wie BBC London, wurde die Todesstrafe verhängt. Trotzdem hatte beispielsweise der Jugendliche Helmuth Hübener Radiosendungen der BBC abgetippt und als Flugblätter in Hamburg verteilt. Er wurde hingerichtet, wie viele andere auch, deren „Tat“ von Nachbarn an die Gestapo (Geheime [sic!] Staatspolizei)<sup>208</sup> verraten worden war.

Und das Reichspropagandaministerium sorgte in einer völlig unsubtilen Art für erfolgreiche Gehirnwäsche und Gedankenkontrolle. Mehr dazu im Abschnitt „Sprache“, in Teil II: „Macht“.

### **Zensur, Geschichtsfälschung, Genozid**

Wie Habermas bereits feststellt, wirkt Publizität als eine Art Waffe. Zur Erinnerung: „Der Arkanpraxis wird (...) das Prinzip der Publizität entgegengehalten“<sup>209</sup>. Und: „Mit den Erfahrungen einer intimisierten Privatsphäre gleichsam im Rücken, bietet sie [die Öffentlichkeit] der etablierten monarchistischen Autorität die Stirn; in diesem Sinne hat sie von Anbeginn privaten und polemischen Charakter zugleich.“<sup>210</sup>

Die entsprechende Reaktion auf dieses Prinzip ist eine Verstärkung der Arkanpolitik, Zensur wird als stärkeres Geschütz gegen Aufklärung aufgeföhren: „Eine Geschichte der Medien als Machtinstrument ist eine Geschichte der Zensur“, schreibt Eric Möller.<sup>211</sup> Wann auch immer ein System ins Wanken gerät, setzen deren Akteure Methoden zu dessen Re-Stabilisierung ein. Das beliebteste Mittel ist, die politische Rolle der Öffentlichkeit als Schauplatz für einen „Widerstreit der Diskurse“ zu

---

<sup>206</sup> Vgl. sämtliche Werke von Hanna Arendt

<sup>207</sup> Dass insgeheim die Antisemiten vieler Nationen abwarten wollten, wie Deutschland die „Judenfrage“ löste, ist ein Thema, das hier nicht behandelt werden kann, genauso wenig, wie die vielen Beispiele erfolgreicher Widerstandsaktionen adäquaten Niederschlag finden können.

<sup>208</sup> Die Geheime Staatspolizei, auch kurz Gestapo genannt, war ein kriminalpolizeilicher Behördenapparat und die politische Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945). Sie entstand 1933 nach Umformung der politischen Polizeiorgane der Weimarer Republik. 1939 wurde die Gestapo in das Reichssicherheitshauptamt (Amt IV) eingegliedert. Als Instrument des NS-Staates besaß sie weitreichende Machtbefugnisse bei der Bekämpfung politischer Gegner. In den Nürnberger Prozessen wurde sie zu einer verbrecherischen Organisation erklärt (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gestapo>, 20.02.2010)

<sup>209</sup> Habermas (1990), Seite 117

<sup>210</sup> Habermas (1990), Seite 117

<sup>211</sup> Vgl. Möller (2006)

verhindern: Öffentlichkeit wird unterbunden, um zu verschleiern, dass die Regierungsbeschlüsse keine Zustimmung genießen.

Berüchtigt ist Zensur nur aus demokratischer Sichtweise, denn die an der Erhaltung der Macht interessierten Herrscher sehen dies ganz nach Machiavelli als probates Mittel zum Zweck. Zuerst wird die Opposition mundtot gemacht und später jedes einzelne Widerstandspflänzchen möglichst im Keim erstickt. In der Geschichte ist *Geschichtsfälschung*, also das Umschreiben der Geschichtsbücher nach dem Gutdünken der Sieger so eine Art „Nachsorge“. So wurde beispielsweise das Konterfei des späteren Widersachers Stalins, Leo Trotzki, aus sämtlichen Fotos heraus retuschiert, auf denen er noch als Teilnehmer und Aktivist des Stalinismus abgelichtet worden war. Die deutsche Öffentlichkeit weiß dies heute, weil sie aktuell zu den Siegern gehört, die diese Episode zurück ans Licht der Öffentlichkeit befördern konnten – und wollten.

### **Exkurs: Rote Khmer und öffentliche Vergangenheitsbewältigung**

Traurige Berühmtheit in puncto Arkanpolitik erlangte die kommunistische Guerillabewegung der Roten Khmer, die in den 1970er Jahren die Macht in Kambodscha übernahm und das Land gewaltsam in einen Agrarkommunismus zwingen wollte. In der Konsequenz um das Wissen, was die Macht der Öffentlichkeit zu bewirken vermag, brauchten sie die Geschichte gar nicht zu fälschen, weil sie all jene folterten oder töteten, die System-destabilisierendes hätten erzählen können. Babies von Folteropfern waren staatlich verordnet umzubringen, damit diese „keine Rache“<sup>212</sup> nehmen können. Die Radikalität und Gewalttätigkeit der Roten Khmer löst derartige Angststarre und Lähmung bei Individuen aus, dass nicht nur aller innerer Widerstand gebrochen wurde, sondern geht so weit, dass es nicht nur den Betroffenen nach dreißig Jahren schwerfällt, davon zu berichten, sondern es sogar den Nicht-Betroffenen und außerhalb des Systems Befindlichen schwerfällt, von der Schreckensherrschaft zu berichten. Dadurch wird klar, warum die Chance auf Öffentlichkeit innerhalb des Systems erstarb. Die bekannt gewordenen Gräueltaten sind, wie die des Holocaust, dermaßen fürchterlich, dass viele nicht darüber sprechen können. Das Unmenschliche wird zum Unaussprechlichen<sup>213</sup> und so wieder zum Undenkbaren. So dräut dieser dunklen Phase der Geschichte Kambodschas das Schicksal, in Vergessenheit zu geraten oder im Nachhinein verharmlost zu werden, wie es mit anderen Schreckensepochen geschah, wenn diese innerliche „Sperr“ nicht überwunden wird und es nicht gelingt, die Taten im „Licht der Öffentlichkeit“ zu betrachten.

---

<sup>212</sup> Vgl. „Kambodscha – Rote Khmer erschlugen Babys an Bäumen“ in: Sueddeutsche.de am 08.06.2009 unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/907/471447/text/> (20.02.2010)

<sup>213</sup> Vgl. Stichwort „Schoah“ im Abschnitt „Sprache“

Ist jedoch Vergessen und Verdrängen der „schmerzvollen Erinnerung“<sup>214</sup> für ein Volk nicht vielleicht ein Rezept zur Gesundung? Mehr dazu im Abschnitt „Das Unausprechliche und der Historikerstreit“ im Kapitel „Sprache“. Die juristische Aufarbeitung<sup>215</sup> der Gräueltaten dauert bis heute an und viele Opfer erhoffen sich Gerechtigkeit durch den Prozess. Manche auch Rache.

Nach der Methode der Arkanpolitik verfiel Parteiführer Pol Pot<sup>216</sup> nicht in einen durch Eitelkeit getriebenen Personenkult, wie andere totalitäre Herrscher, sondern ins genaue Gegenteil: Er machte sich und seine Politik unangreifbar – nicht durch Pseudolegalisierung, sondern durch Unsichtbarkeit. Pots und die Rote Khmer versteckten sich innerhalb der Organisation „Angka“, die als ideologisches Gespenst die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte. Den ersten öffentlichen Auftritt absolvierte Pol Pot erst rund ein Jahr nach der Machtübernahme im März 1976 als „Arbeiter einer Kautschukplantage“. Er ließ keine Biografie von sich veröffentlichen, es gab keine Textsammlungen und nur wenige Fotos von ihm.<sup>217</sup>

### **Regression, Anomie, Weltlosigkeit und Gehorsam**

Karl Popper versuchte zu zeigen, dass sich unsere Zivilisation noch immer nicht von ihrem Geburtstrauma erholt habe: das Trauma des Übergangs aus der Stammes- oder „geschlossenen“ Gesellschaftsordnung, die magischen Kräften unterworfen war, zur „offenen“ Gesellschaftsordnung, die die kritischen Fähigkeiten des Menschen in Freiheit forderte. Die Erschütterung dieses Übergangs sei einer der Faktoren, die den Aufstieg jener reaktionären Bewegungen ermöglichten, die auf den Sturz der Zivilisation und auf die Rückkehr zur Stammesgebundenheit hingearbeitet haben und

---

<sup>214</sup> „Kambodschaner haben große Hoffnungen, dass das Tribunal für Gerechtigkeit sorgen wird. Trotzdem haben sie große Angst, die Vergangenheit Revue passieren zu lassen“, sagt Jeffrey Sonis, Autor einer entsprechenden Studie ([JAMA. 1993; 270\(5\):581](#)) und Assistenzprofessor an der Universität von North Carolina (Quelle: Baumgartner, Benedikt „Rote Khmer: Ambivalente Folgen des Tribunals“ in: science.ORF.at, am 06.08.2009 unter: <http://ecards.orf.at/news/156495.html>, 20.02.2010)

<sup>215</sup> „Im Jahr 2006 hat die kambodschanische Regierung in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die „Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“ (ECCC) eingerichtet. Ziel ist es, fast 30 Jahre nach Beendigung des Khmer Rouge-Regimes die überlebenden Hauptverantwortlichen für die Ermordung von mehr als 1,7 Millionen Menschen vor Gericht zu bringen. Das erste Hauptverfahren vor dem gemischt kambodschanisch-internationalen Tribunal gegen den ehemaligen Gefängnisleiter Duch wird voraussichtlich in den ersten Monaten 2010 enden.“ (Quelle: Deutscher Entwicklungsdienst, unter: [http://kambodscha.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,4437/ticket,g\\_u\\_e\\_s\\_t/~Ziviler\\_Friede ndienst.html](http://kambodscha.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,4437/ticket,g_u_e_s_t/~Ziviler_Friede ndienst.html), 20.02.2010)

<sup>216</sup> „Im Jahr 1975, an dem Tag, als sich amerikanische Truppen aus dem Vietnam zurückzogen, ließ Pol Pot die Hauptstadt Phnom Penh unter dem Vorwand evakuieren, ein Bombardement stünde bevor. In den darauffolgenden vier Jahren versuchte das Regime der ‚Khmer Rouge‘ einen Kommunismus steinzeitlicher Prägung einzuführen. Zwischen ein und zwei Millionen Menschen, ein Fünftel der damaligen Bevölkerung, starb an Hunger oder wurde in Arbeits- und Todeslagern gefoltert und hingerichtet. Traurige Beispiele dieser Massentötungen sind z. B. die ‚Killing Fields‘ oder das Lager Tuol Sleng (S-21) in der Hauptstadt.“ (Quelle: Baumgartner, Benedikt „Rote Khmer: Ambivalente Folgen des Tribunals“ in: science.ORF.at, 06.08.2009 unter: <http://ecards.orf.at/news/156495.html>, 20.02.2010)

<sup>217</sup> Viele Kambodschaner erfuhren erst nach seinem Sturz von der Identität ihres Regierungschefs. (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Rote\\_Khmer#Geheimhaltung](http://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Khmer#Geheimhaltung), 20.02.2010)

noch hinarbeiten. Damit will er erklären, dass die Ideen, die wir heute als „totalitär“ bezeichnen, einer Tradition angehören, die ebenso alt ist wie die Zivilisation selbst. Ähnlich kann man mit Emile Durkheims Begriff „Anomie“<sup>218</sup> argumentieren, mit dem er einen Zustand überwältigender Verwirrung beschreibt, der zu Devianz oder Delinquenz führen kann. Dem entspricht auch Martin Heideggers Ansatz, wie ihn Schönherr-Mann formuliert: Heidegger „betont dabei weniger, daß die zeitgenössischen Lebensumstände die Menschen brutalisieren, verdummen oder in Unbildung halten, als daß sie diese vielmehr entwurzeln und voneinander isolieren.“<sup>219</sup> In einem anderen Zusammenhang, aber hier passend, liefert Schönherr-Mann anhand der Autoritätsgläubigkeit des Kriegsverbrechers Adolf Eichmann eine Erklärung, die allgemein zumindest als Teil einer Begründung für das ethisch-moralische Versagen der Deutschen Öffentlichkeit gilt: „Das Prinzip, das seinem Leben Halt verlieh und das sehr viele Menschen in der militarisierten Gesellschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stabilisierte, ist die Tugend des Gehorsams, die eine lange Tradition im Abendland hat.“<sup>220</sup>

### **Strukturwandel der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit**

Ähnlich, wie Hobbes Ideen vom „Leviatan“ aus persönlicher Erfahrung mit den Schrecken des Krieges resultierten, sollten nach dem Zusammenbruch auch die deutschen Bürger für die Zukunft nach Auschwitz und dem Ende des „Dritten Reichs“ eine neue Staatsform erhalten, die nicht nur einen Krieg verhindert, sondern vor allem einen Holocaust. Tatsächlich erhielten sie *zwei*, von denen sich die eine sogar im Staatsnamen als „demokratische“ auswies, die jedoch 1989 in der anderen aufging, weil ihre Bürger sie nicht als demokratisch genug empfanden.<sup>221</sup> Als Gegenmodell zum Totalitarismus gilt heute der demokratische Rechtsstaat mit einer durch Grundrechte, Gewaltenteilung und Verfassung gewährleisteten Freiheit der Staatsbürger. Im Folgenden wird die politische Rolle der Öffentlichkeit beispielhaft im Spiegel der historischen Ereignisse (West-)Deutschlands analysiert. Wie sehr das Agenda Setting der Presse und die dadurch erzeugte kollektive Erinnerung gekoppelt sind, wird in der folgenden Tour d’Horizon der deutschen Nachkriegs- und Pressegeschichte deutlich.<sup>222</sup>

### **Aufbau nach dem „Nie wieder!“-Prinzip**

Nach der Erfahrung des Dritten Reiches werden die Strukturen der Bundesrepublik vor allem unter dem Gesichtspunkt des „Nie wieder“ gestaltet. Die „Väter und Mütter“ des Grundgesetzes verabschieden sich komplett von jeglichen Reminiszenzen an

---

<sup>218</sup> Schäfers (1990), 164

<sup>219</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 54

<sup>220</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 94

<sup>221</sup> Der Strukturwandel der DDR wird im Folgenden weitgehend ausgeklammert.

<sup>222</sup> Dessen Hintergründe werden genauer betrachtet in Teil III, im Abschnitt „Image“.

feudale oder oligarchische Interessen und übernehmen noch deutlicher als die Weimarer Verfassung, teilweise wörtlich, Immanuel Kants Staatsrechtsphilosophie der Metaphysik der Sitten, in der er die Staatsform „Demokratie“ unter dem Primat der Vernunft, vor dem Hintergrund des Gemeinwohls, mit dem Volk als Souverän, als die „allerzusammengesetzteste“ Staatsform als Ideal präsentiert. Im nachkriegsdeutschen Parlamentarismus werden nach dem Beispiel des US-amerikanischen Verfassungsprinzips „Checks and Balances“ Gegengewichte zur Regierung gestärkt, indem die Zersplitterung der Opposition vermieden (5 %-Hürde), die Macht der Länder gestärkt (Föderalismus) sowie die Grundrechte als Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat konstituiert werden.<sup>223</sup> Es gilt, zentralistische und monopolistische Macht-Strukturen zu vermeiden, um Gleichschaltung und Unterwerfung im Handstreich für immer zu unterbinden.

### **Wer muss vor wem geschützt werden?**

So differenziert die Väter und Mütter des Grundgesetzes ein „Nie wieder“ auch erreichen wollen, die normative Kraft des Faktischen führte in der Medien-Geschichte der Bundesrepublik zu Strukturen, die ein „Nie wieder“ nicht ausschließen können. Bereits kurz nach dem Krieg echauffieren sich u. a. Hannah Arendt und die „Frankfurter Schule“<sup>224</sup> über Tendenzen, die ihnen erheblichen Anlass zum Pessimismus gaben: Akteure des Naziregimes werden in den Wiederaufbau von Justiz, Militär, Hochschulen, Wirtschaft und Geheimdienste integriert und vollkommen in die neue Ordnung assimiliert.<sup>225</sup> Doch psychologische Verdrängung und der Wohlstand der Nachkriegsjahre<sup>226</sup> nivelliert das Interesse an Politik insgesamt. Später entstehen die Notstandsgesetze, die ein „Nie wieder“ garantieren wollen, aber ironischerweise sehr viel Ähnlichkeit mit dem Ermächtigungsgesetz haben.<sup>227</sup> Sämtliche SPD-Regierungsphasen sind von Unruhe geprägt und die CDU-dominierten Regierungsjahre zeichnen sich in der Rückschau nach Maßstäben des öffentlichen Lebensgefühls oder Zeitgeistes als Ägiden erstaunlicher Stabilität, aber auch des kollektiven Gefühls der „Ohnmächtigkeit“ bzw. Ohnmacht aus. Innen- wie außenpolitisch führen die Schutz- und Stabilisierungsversuche während des Kalten Krieges innerhalb des Weltordnungssystems „West-/Ostblock“ für die Öffentlichkeit nach dem Abflauen des Wirtschaftswundergefühls in eine Art Angststarre. Es entwickeln sich Zivilgesellschaften, die dagegen aufbegehren, doch der Staat reagiert

---

<sup>223</sup> „Die Grundrechte sind in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat; in den Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes verkörpert sich aber auch eine objektive Wertordnung, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Rechts gilt“, heißt es in der Begründung des Bundesverfassungsgerichtes zum „Lüth-Urteil“, 1958, siehe auch:

<http://www.servat.unibe.ch/law/dfr/bv007198.html> (31.01.10) und unten im Kapitel: „Zivilgesellschaften am Rande der Legalität“

<sup>224</sup> Vgl. Horkheimer and Adorno (2003)

<sup>225</sup> Vgl. Theodor Adorno: „Erziehung nach Auschwitz“, 1966, am Vorabend der Studentenrevolten.

<sup>226</sup> Und das Bedürfnis, die Schrecken zu verdrängen

<sup>227</sup> ..., das Hitler zur Macht verhalf. Siehe auch Kapitel „Innere und äußere Feinde“ und „Wer muss vor wem geschützt werden“

teilweise autoritär darauf. Wie die gesellschaftspolitische Entwicklung mit der der Medien korreliert bzw. korrespondiert, soll im Folgenden beleuchtet werden.

### **Die Bonner Medienrepublik – Mächte balancieren sich aus**

Durch die Besetzung Deutschlands und die sich abzeichnenden ideologischen Konflikte der Alliierten entwickelt sich der Kalte Krieg. Die Entwicklung der ostdeutschen Öffentlichkeit unter russischer Besatzung wird zum Paradebeispiel für Zensur nach totalitärem Muster, siehe oben. Die British Broadcasting Corporation (BBC), ein öffentlich-rechtlich organisierter Sender, der durch Rundfunkgebühren von der Bevölkerung finanziert wird, ist das Vorbild für den Aufbau eines vom Staat unabhängigen Rundfunksystems in Nachkriegsdeutschland. Der Missbrauch der Medien durch die Regierung soll zusätzlich durch dezentrale Organisation verhindert werden, so dass im Falle einer manipulierten Station alle anderen gegenwirken könnten. In der britischen Besatzungszone entsteht zunächst der Nordwestdeutsche Rundfunk in Hamburg (NWDR) mit einem weiteren Funkhaus in Köln, der mit dem Journalisten Hugh Greene anfangs auch einen britischen Intendanten hat. Sein wichtigstes Ziel, die Unabhängigkeit des Rundfunks von politischen Parteien, erreicht er nicht. Das Fundament sollte wie in der Tradition der BBC durch Unabhängigkeit, Unvoreingenommenheit und Toleranz gekennzeichnet sein. Der NWDR wird durch Greenes Einfluss zu einem Medium der politischen, kulturellen und hin zu einer liberalen demokratischen **Erziehung** mit Toleranz und Kompromissfähigkeit. Doch sobald die Parteien offiziell als Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen in den Aufsichtsgremien zugelassen sind, zerren und zanken sie sich um die Kontrolle, um ihre Interessen und Standpunkte via Rundfunk artikulieren zu können, mit dem Ziel, Wählerstimmen zu gewinnen. Greenes Vorstellung, die Deutschen sollten über Einstellungen, Werte und Ideale nachdenken, gerät jedoch nicht völlig in den Hintergrund. Der Erziehungs- und Bildungsauftrag wird ebenfalls in den Rundfunkstaatsverträgen gesichert.

Seit 1949 regiert die CDU weitgehend unangefochten bis in die späten 60er Jahre. Adenauer gelingt es, Bonn als Bundeshauptstadt zu installieren und die Politik der Bundesregierung sofort pro-amerikanisch zu dirigieren. Die Adhäsionskräfte sind zwar enorm, doch das Problem des geteilten Deutschlands sollte unbedingt entweder zugunsten einer neutralen Stellung oder einer NATO-Lösung erfolgen, darin wurde man sich nach heftigem Ringen letztendlich relativ rasch einig. Auf keinen Fall in Frage kam eine Annäherung an die zum „Reich des Bösen“ stilisierte kommunistische Sowjetunion. Die Abstoßungskräfte der sich entwickelnden Blöcke sind größer. Die gesplattene Nation gerät in Westdeutschland bei der Antwort auf die „deutschen Frage“ in einen Double Bind: Sollte man sich aus Solidarität zu den Brüdern und Schwestern in der sowjetbesetzten Zone nun verhandlungsbereit zeigen oder aus Solidarität zu den Westmächten in Territorial-Verhandlungen auf dem Status Quo beharren? Für viele ein unerträglicher Zustand.



„Wir haben kein Interesse an stiller Teilhaberschaft, wir wollen Partner sein. Darum halten wir es für notwendig, dass deutsche Kontingente für eine europäische Streitmacht gestellt werden, falls man uns als aktive und gleichberechtigte Partner hierbei ansieht.“<sup>228</sup> Christoph Graf Dönhoff ist nicht etwa ein Möchtegerngeneral, der sich an die Nato wendet, sondern ein Redakteur der *Zeit* und fünf Jahre nach dem Kriegsende formuliert er diese selbstbewusste Forderung zur Wiederbewaffnung der Bundeswehr als Journalist. Die *Zeit* bereitet der Politik Adenauers den Boden, schon Wochen bevor dieser selbst die Parole „Wiederbewaffnung“ ausgibt. Die Politikchefin des Blattes, Dönhoffs Schwester Marion Gräfin Dönhoff, begründet: „weil Verfassung und Regierung allein noch keinen Staat ausmachen.“

Aus dem „Nie wieder!“ wird ein „Nicht ohne uns!“ und weitere fünf Jahre später wird der Besatzungsstatus Westdeutschlands durch die Alliierten aufgehoben und die Bundesrepublik hat 1955 wieder eine Armee. Dass die Bundeswehr mit modernsten Waffen ausgestattet sein müsse, hielten die Redakteure der *Zeit* ebenfalls für im Interesse der USA und so hatte man bereits auch schon mit der Forderung nach bewaffneten Streitkräften versucht, die „Welle der Kriegsfurcht“ mit Artikeln, die Headlines wie „Gegen die Angst vor der Atombombe“ trugen, zu beruhigen. Schon 1953 waren laut *Zeit* bereits atombestückte Raketen auf deutschem Boden stationiert worden. Das Wettrüsten beginnt.

Deutschlands Presse und Rundfunk – und mit ihr die öffentlichen Meinungen – entwickeln sich unterschiedlich. Ein starkes Gewicht bildet sich im Bereich der seichten Unterhaltung. Die Zeitschrift *Quick*<sup>229</sup>, herausgegeben von den beiden Lizenznehmern Theodor Martens und Dietrich Kenneweg, erzielt Rekordauflagen als „neue deutsche aktuelle Illustrierte“ mit unterhaltsamen, „erquickenden“ Themen und gilt zusammen mit der im Kindler und Schiermeier Verlag erscheinenden *Revue* und der von Gustav Blankenagel herausgegebenen *Neue Illustrierte* (Köln) als Mütter der deutschen „Yellow Press“.<sup>230</sup> Aus einem Buchverlag mit sogenanntem Lesekreis entwickelt sich einer der bis heute größten Medienkonzerne, Bertelsmann,<sup>231</sup> der seine Expansion unter dem Lizenznehmer Johannes Mohn ebenfalls auf Unterhaltung gründet und nicht auf politischen Journalismus. Franz und Aenne Burda legen den Grundstein für das bis heute politisch unterhalb des Radars fliegende Burda-Imperium

---

<sup>228</sup> Zitiert nach Bald, Detlef „Nicht ohne uns!“ in: Haase and Schildt (2008), Seite 249

<sup>229</sup> Das Blatt wird 1992 mit immer noch einer Auflage von ca. 200.000 Exemplaren vom damaligen Herausgeber, dem Heinrich Bauer Spezialzeitschriftenverlag, wegen „Unwirtschaftlichkeit“ eingestellt, wie die Autorin selbst als Mitarbeiterin des Verlages miterlebte.

<sup>230</sup> Wobei Blangenagel mit seinem späteren Chefredakteur Werner Höfer auch politisch mitmischte, siehe: N.N. in: Der Spiegel 48/63 vom 27.11.1963, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46172886.html> (13.02.2010). Höfer nahm schon in seiner Sendung als „Gastgeber des seit 1953 im (WDR/ARD) deutschen Fernsehen ausgestrahlten „Der internationale Frühschoppen“ massiv Einfluss auf die politische Willens- und Meinungsbildung. Ganz besonders beschäftigte ihn das Thema der beiden deutschen Nationalflaggen, die sogenannte „Flaggenfrage“, siehe N.N. Der Spiegel 50/59 vom 09.12.1959, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42623494.html> (13.02.2010)

<sup>231</sup> Monkenbusch (1994)

in Offenburg und später auch in München (bis Sohn Hubert Burda dort das Nachrichtenmagazin Focus 1993 unter dem ehemaligen „Herz-für-Tiere“-Chefredakteur Helmut Markwort gründet). Vater Burda war zwar „belasteter Altverleger“, doch „die französischen Besatzungsbehörden brauchten einen wie ihn, der Schulbücher und Briefmarken drucken konnte, und piffen auf die Vereinbarungen der Alliierten zur Entnazifizierung. Während in der amerikanischen Zone die Altverleger sich bestenfalls damit begnügen mussten, die Blätter anderer zu drucken, durfte Franz Burda schon wieder eine eigene Zeitschrift machen; die spätere *Bunte*. Im Frühjahr 1948 hieß das Blatt noch *Das Ufer* und wollte ‚Zeitschrift junger Menschen‘ sein, schreibt Peter Köpf.<sup>232</sup>

In den Händen der ersten „unbelasteten“ Lizenznehmer Axel Springer (Hamburg), Henri Nannen (Hamburg) und Rudolf Augstein (Hannover, später Hamburg) steigen deren Publikationen sofort zu sogenannten Leitmedien auf, an denen sich nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch andere Presseorgane orientieren und reiben. *Bild*, *Stern*, *Zeit* und *Spiegel* berichten nicht neutral, sondern nehmen aktiv politische Stellung und Einfluss.<sup>233</sup> Axel Springers *Bild* steigert sich im Laufe der Zeit in ein Fanal gegen den Kommunismus und die deutsche Teilung hinein, Henri Nannen bleibt mit dem *Stern* halb unterhaltsam, halb kritisch-aufklärerisch, eine Mischung aus Nachrichtenmagazin und bunter Illustrierter.

In deren Fahrtwind entwickeln sich nach Aufhebung der Lizenzpflicht auch die ersten lizenzfreien Tageszeitungen zu überregional erscheinenden Leitmedien, die bis heute von „Entscheidungsträgern“ als die sie am meisten beeinflussenden Tageszeitungen genannt werden. Vorzugsweise die als erzkonservativ geltende *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Das, was in der FAZ steht, ist sozusagen öffentliche Meinung der Elite“, sagt der Dortmunder Medienwissenschaftler Horst Pöttker, wie der WDR anlässlich ihres 60-jährigen Jubiläums berichtet.<sup>234</sup> Ihr folgt in der Auflagen-Rangliste die in München erscheinende *Süddeutsche Zeitung*, die linke *Frankfurter Rundschau* (zum Teil im Besitz der SPD),<sup>235</sup> die *Welt*, früher als „konservativ geltendes Flaggschiff des

---

<sup>232</sup> Köpf, Peter „Der herrliche Franz“ in taz.de am 22.02.2003 unter:

<http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2003/02/22/a0228> (13.02.2010)

<sup>233</sup> Erwähnenswert ist auch, dass Peter Suhrkamp als Buchverleger politischen Einfluss nahm und es ihm gelang, wie Adorno in seinem Nachruf auf Suhrkamp sagte, „Unverkäufliches zu verkaufen“ (Quelle: Balke, Florian „Der Mann fürs Ungebärdige“ in FAZ.net a, 31.03.2009, unter:

<http://www.faz.net/s/RubFBF93A39DCA8403FB78B7625AD0646C5/Doc~E99F22E3DB26747FFA8E0DEE56EF8C0FE~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (13.02.2010)

<sup>234</sup> wdr.de „Zeitung für Deutschland“, in: Stichtag 1. November, unter:

[http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2009/11/01\\_jhtml.jsessionid=DP3MJH2DN3QFUCQKYRSUTI](http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2009/11/01_jhtml.jsessionid=DP3MJH2DN3QFUCQKYRSUTI) (13.02.2010)

<sup>235</sup> Die SDP hält über ihre DDVG (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH) Anteile an zahlreichen Medienunternehmen, z. B. auch am Hannoverschen Madsack Verlag, der neben der HAZ und der Neuen Presse u. a. auch viele Rundfunksender in Norddeutschland betreibt, und an TV-Produktionsfirmen. Die christlich-liberale Koalition stellt die Beteiligung von Parteien an Medienunternehmen grundsätzlich in

Springer Konzerns<sup>236</sup> und sich heute gemäßigt zur Mitte neigend, sowie das *Handelsblatt*.<sup>237</sup> Die *Zeit* taucht in diesem Ranking nicht auf, was jedoch an ihrer wöchentlichen Erscheinungsweise liegt.<sup>238</sup> Sie gilt dennoch als von Politikern und sogenannten Bildungsbürgern favorisiertes Blatt. Im Westen der Bundesrepublik gründet sich unter Erich Brost und Jacob Funke die WAZ-Gruppe (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, Essen) und entwickelt sich zu einem der größten Verlagshäuser Deutschlands und zur „größten Regionalzeitungsgruppe in Europa“, wie sie selbst anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens vermeldet.<sup>239</sup> Der gesamte Rest der wieder erblühenden Zeitungslandschaft packt seine Ausgaben 1933–1945 in den Giftschrank seiner Archive und versucht einen journalistischen Neuanfang. Die regionalen Tageszeitungen sind zusätzlich Prämissen unterworfen, die sich aus ihrer Provinzialität ergeben, wie Mentalitätsunterschiede und Abhängigkeiten von örtlichen Anzeigenkunden. Diese lassen zwar eine grundsätzlich eher konservative Grundeinstellung der Redaktion für wirtschaftlichen Erfolg geraten erscheinen, doch das allgemeine Image der „Presse“ in der Öffentlichen Meinung bleibt dagegen immer linkslastig. Grundsätzlich hat der Verleger das Recht, die Tendenz seiner Publikation zu bestimmen. Freiwillige Redaktionsstatute klären die politische Ausrichtung eines Mediums und sollen die „innere Pressefreiheit“ der Redakteure schützen, die dann im Konfliktfall arbeitsrechtlich bindend sind.<sup>240</sup>

1949 beschloss die Redaktion des *Spiegel* unter Rudolf Augstein: „Alle im *Spiegel* verarbeiteten und verzeichneten Nachrichten, Informationen, Tatsachen müssen unbedingt zutreffen. Jede Nachricht und jede Tatsache ist [...] peinlichst genau nachzuprüfen.“<sup>241</sup> Flächendeckende Bekanntheit erreichte das Magazin 1950 mit dem Vorwurf, Bonn sei nur durch Bestechung von Abgeordneten zur vorläufigen

---

Frage, siehe: [http://www.horizont.net/aktuell/medien/pages/protected/CDU-und-FDP-lassen-von-SPD-Medienholding-ab\\_88033.html](http://www.horizont.net/aktuell/medien/pages/protected/CDU-und-FDP-lassen-von-SPD-Medienholding-ab_88033.html) (14.02.2010)

<sup>236</sup> Fleischhauer (2009), Seite 15

<sup>237</sup> Schulz (2008), Seite 29f

<sup>238</sup> Weswegen sie in der Erhebung nicht abgefragt wurde

<sup>239</sup> Wels, Thomas „WAZ: Wir Arbeiten Zusammen“ am 02.04.2008 in: DerWesten.de unter:

<http://www.derwesten.de/waz/aktionen/60-jahre-waz/WAZ-Wir-Arbeiten-Zusammen-id1699655.html> (13.02.2010)

<sup>240</sup> Der Deutsche Journalisten Verband fordert eine gesetzmäßige Verpflichtung zur Verabschiedung solcher Regeln: „Redaktionsstatute dienen dazu, die Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit zu sichern, zum Beispiel dadurch, dass die Entscheidungskompetenzen zwischen Geschäftsführung und Redaktion klar abgegrenzt werden, damit Journalisten ihrer Verantwortung für journalistische Qualität nachkommen können. Sie brauchen die Sicherheit, in ihren Arbeiten der eigenen Gesinnung und Meinung folgen zu können etwa dadurch, dass sie Einfluss auf die personelle Auswahl des Chefredakteurs nehmen können. Sie müssen unabhängig von möglichen und tatsächlichen Anzeigenkunden arbeiten können. Ebenso wenig darf ihnen die Unternehmensleitung detailliert vorschreiben können, was sie zu berichten oder welche Meinung sie zu vertreten haben – auch wenn ihr Medium bei Eigentümerwechsel die Richtung ändert und die Linie der Unternehmensleitung nicht mehr mit der Meinung der Journalisten übereinstimmt.“, wie der Verband meldet. Unter: <http://www.djv.de/Redaktionsstatute.2887.0.html> (13.02.2010)

<sup>241</sup> Die sogenannte Becker-Bibel galt als Vademecum und wird häufig als „Spiegel Redaktionsstatut“ zitiert, was es formell allerdings nicht ist.

Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden statt Frankfurt/Main. Die Bundesrepublik hat ihren ersten Parteien-Skandal und „der Spiegel seine erste Polit-Affäre. Und schon damals prasselt die Kritik nicht auf die Täter, sondern auf die Enthüller von jener, laut FDP, nur halbwegs seriösen Zeitung, jenem ‚Revolverblatt‘ (CDU/CSU). Darüber tagt der erste [sic!] Parlamentarische Untersuchungsausschuss der jungen Republik, ‚Spiegel-Ausschuss‘ genannt, über 34 Wochen in 37 Sitzungen, protokolliert auf 2000 Seiten; am Ende steht freilich nur die gesicherte Erkenntnis, dass an Parlamentarier Geld für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten gezahlt wurde – offen bleibt, von wem, an wen, warum“, wie der *Spiegel* selbst berichtet.<sup>242</sup> Und über die Gründe: „Die Mehrheit des Gremiums hielt es nämlich für legitim, wenn Zeugen ‚über die Person eines Geldgebers die Aussage verweigern‘.“ Zwei Jahre später lässt Bundeskanzler Konrad Adenauer alle noch nicht gedruckten Hefte einer Ausgabe beschlagnahmen, in der er sich im Rahmen der Berichterstattung über die „Schmeißer Affäre“<sup>243</sup> verleumdet fühlt: „So weit sind wir schon gekommen; solche Dinge wie das, was im Spiegel steht – dieses Schmierblatt wird ja leider Gottes gelesen – das trägt zur Untergrabung der Autorität in ganz starkem Maße bei.“ Und er fährt fort: „Wer sich so benimmt, wie das der Spiegel tut – ich wünschte, es könnten noch drei bis vier Nummern hintereinander beschlagnahmt werden.“<sup>244</sup>

Augsteins *Spiegel* macht kaum Zugeständnisse an optische Lesefreundlichkeit: Ellenlange Bleiwüsten,<sup>245</sup> verschnörkelter, nebensatzreicher, feuilletonistischer Stil und nur wenige Schwarz/Weißfotos schrecken sein wachsendes Publikum jedoch nicht ab.<sup>246</sup> 1961 beträgt die Auflage beachtliche 437.000 Exemplare. Bis zur Gründung des (als rechts geltenden) *Focus*<sup>247</sup> bleibt er *das* (linke) deutsche Nachrichtenmagazin.

Gerd Bucerius bleibt mit der *Zeit* christlich-konservativ-elitär und seine Wochenzeitung entwickelt sich unter ihren jeweiligen Chefredakteuren zum Indikator der jeweiligen „herrschenden Gedanken“, also denen der Regierung. Nach dem Ende der Querelen um die politische Ausrichtung anhand der Teilungsfrage unter den ersten beiden Chefredakteuren bis 1957 resümiert Alexander Gallus bei seiner Aufarbeitung der zeitgeschichtlichen Rolle des Blattes: „Künftig sollte an der *Zeit* das Profil der

---

<sup>242</sup> N.N. Spiegel Online „Der Spiegel 1947 bis 1956“ unter:

<http://www.spiegel.de/extra/spiegel/0,1518,457792,00.html> (13.02.2010)

<sup>243</sup> Es ging um Behauptungen eines französischen Ex-Agenten, er habe Adenauers Intimus Blankenhorn Zuwendungen gewährt und dafür Informationen zur Weiterleitung nach Paris erhalten. (Quelle: ebenda)

<sup>244</sup> Zitiert nach: N.N. Spiegel Online „Der Spiegel 1947 bis 1956“ unter:

<http://www.spiegel.de/extra/spiegel/0,1518,457792,00.html> (13.02.2010)

<sup>245</sup> Fachbegriff für drucktechnisch wenig abwechslungsreich gesetzte Artikel

<sup>246</sup> Wie Karl Jaspers allerdings den Spiegel sah, schrieb er an Hannah Arendt im Dezember 1969, u. a. veröffentlicht in: Der Spiegel 46/2002 am 11.11.2002 unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25662239.html> (13.02.2010)

<sup>247</sup> 1994 im Münchener Burda Verlag

neuen Bundesrepublik besonders gut abzulesen sein.<sup>248</sup> Das verwundert nicht, da Herausgeber Bucerius selbst als Abgeordneter der CDU im Parlament sitzt und zweitens weist ein interessantes Detail auf andere als informatorische Mittel hin, mit denen die Regierung das Blatt unterstützte: „Anfang der fünfziger Jahre unterstützte das Bundespresseamt der Regierung genehme konservative Medien finanziell. So erhielt die Zeit im Jahr 1952 12.000 Mark und 1953 sogar 16.300 Mark – Geld, das die Zeitung in einer materiell überaus angespannten Situation gut gebrauchen konnte.“<sup>249</sup>

### **Neu-Demokraten integrieren die alten Garden**

Wie in sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens werden die „alten Garden“ auch in die Presse integriert. Nachdem zuerst nur unbelastete Verleger von den Alliierten das Recht auf eine Presselizenz erhalten haben,<sup>250</sup> bleibt es ihnen überlassen, wie sie ihr Personalproblem lösen. Fachleuten verzeiht man ihre Nazivergangenheit, wenn sie nur das Know-How mitbringen, den Staat wieder effizient aufzubauen. Gemäß Bucerius' Postulat vom Demokratie-Lernen, siehe unten, hofft man pragmatisch auf eine Art Learning by Doing ebenso im Journalismus.<sup>251</sup> Auch im Spiegel finden „Belastete“ Arbeit: Der Ex-HJ-Kameradschaftsführer und frühere Unteroffizier Hans Detlev Becker wird kurz nach der Gründung Redaktionsmanager. Er „organisiert den Laden perfekt.“<sup>252</sup> Die breite Öffentlichkeit lässt diese Vorgehensweise kalt – sofern sie sie überhaupt wahrnimmt, denn selbstverständlich liegt es in der Natur der Sache, dass die Presse ihre delikaten Personalien nicht publik macht. Und man muss annehmen, dass niemand „den ersten Stein werfen“ wollte, denn welcher erwachsene, deutsche Staatsbürger war nicht belastet. Wenn man davon ausgeht, dass die „schweigende Mehrheit“ das Nazi-Regime mitgetragen hatte, war im Prinzip jeder mündige Bürger schuldig, der es nicht aktiv bekämpfte oder geflohen war. Eine Unterstellung, mit der sich „Unbelastete“ nach dem Krieg, wie die verfolgte Hannoveranerin Hannah Arendt, nicht gerade beliebt machen. Sie lehnt den Begriff Kollektivschuld ab, denn wo alle schuldig seien, sei es keiner. Sie kritisiert zunächst zudem auch noch alle Juden, die versucht hatten, sich zu assimilieren und zu arrangieren – mildert ihre Kritik später jedoch ab.

Der „alte Geist“ ist verboten, aber ein „neuer Geist“ noch nicht flächendeckend in den Köpfen der Bundesrepublikaner etabliert. Einzelne Studenten-Proteste gegen den NS-belasteten Heinrich Lübke als Bundespräsident tangieren die Öffentlichkeit 1959

---

<sup>248</sup> Gallus, Alexander „Deutschlandpolitische Querdenker in einer konservativen ‚Zeit‘ – die ersten beiden Chefredakteure Samhaber und Tüngel“, in: Haase and Schildt (2008), Seite 244

<sup>249</sup> Derselbe in: Haase and Schildt (2008), Seite 240

<sup>250</sup> Viele Altverleger kamen über unbelastete Strohleute trotzdem rasch an eine Lizenz, wie Franz Burda.

<sup>251</sup> Das ist übrigens bis heute so, siehe Kapitel „Kommunikationspraxis“, daran ändern auch Journalistik-Studiengänge m. E. nichts

<sup>252</sup> N.N. Spiegel Online „Der Spiegel 1947 bis 1956“ unter:  
<http://www.spiegel.de/extra/spiegel/0,1518,457792,00.html> (13.02.2010)

nicht, weil die Presse sich nicht darum kümmert – oder andersherum. Nazivergangenheit ist für Otto Normalverbraucher kein „Thema“.<sup>253</sup> Gerd Bucerius schreibt später „Demokratie musste erst gelernt werden“<sup>254</sup> und die ersten Bundestags-Abgeordneten werden von der Bevölkerung in Bonn im Alltag mit verächtlicher Skepsis behandelt. Dennoch berichten die Medien über Politisches und erfreuen sich stetig wachsender Auflagen. Hier spaltet sich die Öffentlichkeit ein weiteres Mal: Das Ende dieser Phase des gesellschaftlichen Umschwungs, vom totalen Krieg über den Zusammenbruch, führte für einen Teil der Öffentlichkeit über die gelernten Handlungswege und den „Weg des geringsten Widerstands“ zur totalen Spießbürgerlichkeit.

### **Exkurs: Die Öffentlichkeit als Mitläufer**

Der Vergleich mit den seit der Wiedervereinigung Deutschlands demaskierten Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) der DDR sei an dieser Stelle eingeschoben. Anders als im Verhältnis der Nachkriegsbürger zu den Nazis gibt es sechzig Jahre später keinen Grund, nicht mit dem Finger auf die Verräter zu zeigen. Das rasonierende Publikum westlicher Alt-Bundesbürger und damaliger Bespitzelungs-Opfer kann nun, völlig abgetrennt von jener buchstäblichen Geheimgesellschaft, frei von jeglichem Verdacht, selbst betroffen zu sein, empört jene anspucken, die der Versuchung unterlagen, der Stasi zu dienen. Hier wird ein weiteres Mal deutlich, dass die Öffentlichkeit als „Raum“ oder Austragungsfläche dient, auf der Gegenmeinungen ans Licht befördert und diskutiert werden können und dass der Diskurs nur möglich ist, wenn überhaupt eine Gegnerschaft zweier oder mehrerer Positionen besteht, die einen Diskurs provozieren. Und dies ist weiterer Hinweis dafür, dass erstens Volk und Öffentlichkeit nicht identisch sind und zweitens Öffentlichkeit immer an einer Oberflächliche stattfindet: Ist ein ganzes Volk selbst Gegenstand einer Kontroverse, bedarf es eines übergeordneten (mindestens binationalen) Öffentlichen Raums, in dem wiederum die gegnerischen Positionen eingenommen werden können. Und ein weiterer Hinweis dafür, dass eine Presse als „Herstellerin von Öffentlichkeit“ diese Aufgabe nur dann wahrnimmt, wenn sie selbst nicht in Interessenkollision gerät. Wie vor Gericht nimmt sie immer dann das Recht wahr, zu schweigen bzw. den Öffentlichen Raum für einen bestimmten Diskurs nicht herzustellen, wenn sie sich dadurch selbst zur Diskussion bzw. Disposition stellen muss. Ihr höchstes Gut ist Glaubwürdigkeit und das kann sie in keine Waagschale werfen, wenn die Gefahr besteht, sie zu verlieren. Da es jedoch heute „die Presse“ so nicht mehr gibt, findet sich heute immer ein Konkurrent, der den Konterpart bereitwillig übernimmt. Nach dem Krieg konnten nur die „unbelasteten“ Presseorgane kritisch „ohne Rücksicht auf Verluste“ berichten und deshalb gehen sie als die

---

<sup>253</sup> Was nicht nur Hannah Arendt bitter zur Kenntnis nimmt

<sup>254</sup> Bucerius, Gerd „Wie Adenauer Bonn machte“ in: Die ZEIT 06.04.1979 unter: <http://www.zeit.de/1979/15/Wie-Adenauer-Bonn-machte?page=all> (04.02.10)

glaubwürdigsten aus der Geschichte hervor, ein Pfund, mit dem sie heute noch wuchern können, wie wir in Teil III noch sehen werden.

Die Nachfolge-Unternehmen der Nazi-Presse brauchten einen Abstand, einen Wendepunkt, einen Bruch, der es ihnen erlaubt, auf das Diskussionsobjekt von einer gegenüberliegenden Warte aus zu blicken. Dasselbe Problem haben die aufeinanderfolgenden SED-Nachfolgeparteien, die versuchten, mit identischem Personal und vor allem identischem Parteivermögen, einfach eine Kehrtwende in die entgegengesetzte Marschrichtung einzuschlagen. Dass man ihr nicht vertraut, weil ihren Mitgliedern die Glaubwürdigkeit fehlt und man sie für unwürdig hält, auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung am Diskurs teilzunehmen, ist das eine, das andere ist, dass die (westlichen) Alt-Parteien vierzig Jahre lang in der SED den perfekten „äußeren“ Feind hatten und es ihnen nun schwer fällt, deren Nachfolgeorganisation als innenpolitische Gegnerin nach den Spielregeln der Demokratie auf der selben Grundordnung mitdiskutieren zu lassen.

Eine Lösung dieses Problems ist der Generationswechsel. Die nächste Generation kann wieder ein glaubwürdiges, unbelastetes Gegenüber darstellen, das den Diskurs aufnimmt, denn sie ist durch die vielzitierte „Gnade der späten Geburt“ auch vom General-Verdacht erhaben, durch „schweigendes Dulden von Unrecht“ schuldig zu sein. Kritik ist ohne Distanz nicht möglich.

### **Strukturelle Belastung: Spießer gegen Jugend**

Die 1950er sind gekennzeichnet von patriarchaler Verkrustung der bürgerlichen Öffentlichkeit. Medien und Politik entwickeln sich in Nachkriegsdeutschland in einem zwar nicht harmonischen, so doch friedlichen Miteinander. In Bonn, immerhin Bundeshauptstadt, siedelt sich außer der *Welt* keine wichtige Redaktion an. Sämtliche Medienunternehmen begnügen sich mit Korrespondentenbüros und der Alltag zwischen Journalisten und Politikern folgt starren Ritualen mit erheblichen Geheimhaltungs-Spielräumen für die Abgeordneten und ihre Ministerialbürokraten. Trotz der Rolle des *Spiegels* als gutfunktionierendes linksintellektuelles Gegengewicht zur „Springer-Presse“ befindet sich die Medienöffentlichkeit nicht im Gleichgewicht. Es spaltet sich die politische Öffentlichkeit ein weiteres Mal. *Bravo* und der Sender der amerikanischen Besatzungstruppen, *AFN*, begeistern die Jugendlichen, die Beatles wühlen ihre Gefühle auf und neue, libertäre Ausdrucksformen in Mode, Musik und Zwischenmenschlichem stoßen bei der Elterngeneration auf strenge, teilweise autoritäre Reaktionen. Wie Jazz und Swing im dritten Reich verpönt waren, werden nun Beat und Rock 'n' Roll verteufelt.

Anfang der 1960er Jahre kommt durch den *Spiegel* wieder Schwung ins politisch-mediale System: Im Rahmen der Spiegel-Affäre gerät Augstein 1962 in Beugehaft und wird fortan als unbeugsamer Retter der Presse- und Informationsfreiheit sein Leben lang verehrt. Über die auslösende Affäre stolpert Verteidigungsminister Strauß und erholt sich davon nur auf landespolitischer Ebene in Bayern. Der *Spiegel* legt

Verfassungsbeschwerde gegen die damaligen Vorgänge ein. Zwar lehnt das Bundesverfassungsgericht 1966 (sic!) diese aus formaljuristischen Gründen ab, doch seine Urteilsbegründung wird als sensationeller Sieg der Pressefreiheit gegen Arkanpolitik und staatliche Reaktion gefeiert und manifestiert die Rolle der Presse als Organ der Öffentlichkeit und die Rolle der Öffentlichkeit selbst quasi als Inkorporation des deliberativen Diskurses als für die Demokratie systemerhaltend. Kurz: Das Gericht bestätigt die Aufgabe der Presse in ihrer Rolle als verfassungskonformes Gegengewicht zur „staatlichen Gewalt“. Weiterhin verbietet es explizit den Eingriff in die geistige und wirtschaftliche Konkurrenz der Medienunternehmen untereinander.

### **Exkurs: „Spiegel-Urteil“**

Der Originalwortlaut des sogenannten Spiegel-Urteils von 1966:

*„1. Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang; sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung. In ihr artikuliert sich die öffentliche Meinung; die Argumente klären sich in Rede und Gegenrede, gewinnen deutliche Konturen und erleichtern so dem Bürger Urteil und Entscheidung. In der repräsentativen Demokratie steht die Presse zugleich als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Sie faßt die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammen, stellt sie zur Erörterung und trägt sie an die politisch handelnden Staatsorgane heran, die auf diese Weise ihre Entscheidungen auch in Einzelfragen der Tagespolitik ständig am Maßstab der im Volk tatsächlich vertretenen Auffassungen messen können.*

*So wichtig die damit der Presse zufallende ‚öffentliche Aufgabe‘ ist, so wenig kann diese von der organisierten staatlichen Gewalt erfüllt werden. Presseunternehmen müssen sich im gesellschaftlichen Raum frei bilden können. Sie arbeiten nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen und in privatrechtlichen Organisationsformen. Sie stehen miteinander in geistiger und wirtschaftlicher Konkurrenz, in die die öffentliche Gewalt grundsätzlich nicht eingreifen darf.*

*2. Der Funktion der freien Presse im demokratischen Staat entspricht ihre Rechtsstellung nach der Verfassung. Das Grundgesetz gewährleistet in Art. 5 die Pressefreiheit. Wird damit zunächst – entsprechend der systematischen Stellung der Bestimmung und ihrem traditionellen Verständnis – ein subjektives Grundrecht für die im Pressewesen tätigen Personen und Unternehmen gewährt, das seinen Trägern Freiheit gegenüber staatlichem Zwang verbürgt und ihnen in gewissen Zusammenhängen eine bevorzugte Rechtsstellung sichert, so hat die Bestimmung*



*zugleich auch eine objektiv-rechtliche Seite. Sie garantiert das Institut ‚Freie Presse‘. Der Staat ist – unabhängig von subjektiven Berechtigungen Einzelner – verpflichtet, in seiner Rechtsordnung überall, wo der Geltungsbereich einer Norm die Presse berührt, dem Postulat ihrer Freiheit Rechnung zu tragen. Freie Gründung von Presseorganen, freier Zugang zu den Presseberufen, Auskunftspflichten der öffentlichen Behörden sind prinzipielle Folgerungen daraus; doch ließe sich etwa auch an eine Pflicht des Staates denken, Gefahren abzuwehren, die einem freien Pressewesen aus der Bildung von Meinungsmonopolen erwachsen könnten.*

*Die in Art. 5 GG gesicherte Eigenständigkeit der Presse reicht von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Nachrichten und Meinungen (BVerfGE 10, 118 [121]; 12, 205 [260]). Deshalb gehört zur Pressefreiheit auch ein gewisser Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Presse und privaten Informanten. Er ist unentbehrlich, da die Presse auf private Mitteilungen nicht verzichten kann, diese Informationsquelle aber nur dann ergiebig fließt, wenn sich der Informant grundsätzlich darauf verlassen kann, daß das ‚Redaktionsgeheimnis‘ gewahrt bleibt.*

*3. Die Pressefreiheit birgt die Möglichkeit in sich, mit anderen, vom Grundgesetz geschützten Werten in Konflikt zu geraten; es kann sich dabei um Rechte und Interessen Einzelner, der Verbände und Gruppen, aber auch der Gemeinschaft selbst handeln. Für die Regelung solcher Konflikte verweist das Grundgesetz auf die allgemeine Rechtsordnung, unter der auch die Presse steht. Rechtsgüter anderer, wie der Allgemeinheit, die der Pressefreiheit im Rang mindestens gleichkommen, müssen auch von ihr geachtet werden. Die in gewisser Hinsicht bevorzugte Stellung der Presseangehörigen ist ihnen um ihrer Aufgabe willen und nur im Rahmen dieser Aufgabe eingeräumt. Es handelt sich nicht um persönliche Privilegien; Befreiungen von allgemein geltenden Rechtsnormen müssen nach Art und Reichweite stets von der Sache her sich rechtfertigen lassen.“*

In der Bundesrepublik hat die Presse also nicht nur das Recht zu informieren, sondern auch die Pflicht (Informationsauftrag) und erhält für diese Aufgabe einen rechtlichen Sonderstatus. Dieses Urteil verhalf der Presse im westlichen Nachkriegsdeutschland also zu Rechtssicherheit in Fällen, bei denen die Recherche und Veröffentlichung von Akten der Arkanpolitik vom Regime als systemgefährdend eingestuft werden könnten, aber als bevorzugtes Rechtsgut zu behandeln seien<sup>255</sup>. Und es verleiht dem 1958 gefällten „Lüth-Urteil“<sup>256</sup> noch mehr Gewicht, das die Meinungsfreiheit und ihre Bedeutung als „Grundlage jeder Freiheit überhaupt“ (BVerfGE 7, 198, 208) hervorhob. Zudem konstituierte dieses eine „objektive Wertordnung“ als wiederum

---

<sup>255</sup> Gleichzeitig wurden möglicherweise illegale Beschaffungsmethoden bei der Recherche als „höheres Gut“ eingestuft, was z. B. am Beispiel der „Barschel-Affäre“ wichtig wurde, als die Reporter der Zeitschrift Stern unerlaubt in das Hotelzimmer von Uwe Barschel eindrangen, in dem er tot in der Badewanne lag. Ebenso kam der Stein dieser Affäre durch einen Informanten der CDU, Pfeiffer, zustande, der sich auf Informantenschutz berufen konnte. Dieses Ansinnen scheiterte allerdings im Rahmen der Untersuchung.

<sup>256</sup> Amtliche Fundstelle BVerfGE 7, 198: [http://www.servat.unibe.ch/law/dfv/dfv\\_bvbd01.html](http://www.servat.unibe.ch/law/dfv/dfv_bvbd01.html)  
Siehe auch: <http://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%BCth-Urteil> (30.01.10)

konstitutiven Bestandteil der deutschen Verfassung. Auf diese objektive Wertordnung kommen wir später noch einmal.

### **Politische Presse in der jungen Bundesrepublik**

Bundeskanzler Konrad Adenauer macht Anfang der 1960er Jahre keinen Hehl daraus, dass ihm die etablierten, föderalistisch organisierten Allgemeinen Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) zu kritisch berichten, und er erhofft sich durch die Gründung einer privaten TV-Gesellschaft,<sup>257</sup> die dem Bund untersteht,<sup>258</sup> eine gefälligere Berichterstattung. Doch das Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass Rundfunk Ländersache sei. Als Kompromiss entsteht eine zweite öffentlich-rechtliche Anstalt zentral in Mainz, die sich zusätzlich zu den Rundfunkgebühren auch durch Werbeeinnahmen finanzieren darf. Trotz ihrer zentralen Struktur ist sie jedoch auch nicht besser als Propagandainstrument zu nutzen als die föderativ strukturierten Allgemeinen deutschen Rundfunkanstalten. Das ZDF entwickelte sich deutlicher als die ARD mit ihren Länderprogrammen (Dritte) zum einem als eher unpolitisch wahrgenommenen Sender. Beide öffentlich-rechtlichen Anstalten werden von Aufsichtsgremien kontrolliert, in denen nach komplizierten Regeln neben anderen „gesellschaftlich-relevanten Gruppen“ (u. a. Kirchenvertreter, aber keine Juden) die Parteien vertreten sind. Praktisch legen diese sich gegenseitig so effizient lahm, dass keine auffällige Gewichtsverschiebung zu einer Seite eintritt. Es entwickelt sich beim ZDF ein programmatischer Schwerpunkt auf Sport und Musiksendungen, mit großem Anklang beim Publikum. Zu bestimmten Zeiten darf später dann bei beiden Anstalten Werbung gesendet werden, nach 20 Uhr sind auch Sponsorhinweise erlaubt, doch politische Sendungen und Nachrichten dürfen grundsätzlich nicht gesponsert werden.

---

<sup>257</sup> Dieses Unternehmen ging als „Adenauerfernsehen“ in die Mediengeschichte ein.

<sup>258</sup> Die Bundespost hatte die Kontrolle über die technischen Verbreitungswege (Fernsehfunk) bis zu ihrer Teil-Privatisierung 1992 (Telekom), Aufsichtsbehörde war das Bundesministerium für Post und Telekommunikation, später Bundesamt für Post und Telekommunikation, heute Bundesnetzagentur. Die Umbenennung von Behörden in „Agenturen“ wird von vielen Bürgern als euphemistisch empfunden (vgl. Arbeitsamt – Agentur für Arbeit) da sie Dienstleistungsmentalität suggerieren, aber im Alltag nicht beweisen.

## **1960er: Eine Gegenöffentlichkeit entsteht: Counter-Culture**

### **Die Öffentlichkeit spaltet sich: Junge Erwachsene scheren aus**

Die Antibabypille kommt 1961 auf den Markt und zunächst reagiert die bürgerliche Öffentlichkeit (nicht nur Männer!) empört.<sup>259</sup> Die Bild-Zeitung nennt sie nur „Die Pille“ und seither ist sie das Synonym für orale Empfängnisverhütung und die Diskussion um sie findet von vornherein nicht nur auf medizinischer Ebene, sondern auch auf gesellschaftspolitischer Ebene statt. Nicht die Pille ist das Thema, sondern die durch sie befürchtete Erosion gesellschaftlicher Ordnung.

### **Exkurs: Familie**

Im Nachhinein ist der Protest gegen „Sitte und Moralverfall“ durch die Pille aus Sicht aufgeklärter und gleichgestellter Männer und Frauen lächerlich, doch ein halbes Jahrhundert zuvor erkannten konservative Kreise sofort, dass die gesellschaftliche Institution „Familie“ durch sie gefährdet wird und damit das gesamte gesellschaftliche System, das darauf aufbaut. Zum Schutz der Gesellschaftsordnung mussten Konservative konsequenterweise die Pille verteufeln. Praktisch war es jungen Menschen in ihrer erwachenden Sexualität damals nur möglich, moralisch unbeanstandet Sex zu haben, wenn sie verheiratet waren. Dahinter steckt ein interessantes System, das die „Ehe“ als Schutz schwangerer Frauen ausweist: Frauen hörten mit der Ehe auf zu arbeiten und begaben sich als Hausfrau in die finanzielle Abhängigkeit ihrer Ehemänner. Andersherum gesehen, mussten Männer, die Sex haben wollten, jederzeit damit rechnen, dass ihre Partnerin schwanger wird. Schwangere nicht-verheiratete Frauen wurden diskriminiert. Frauen mussten also darauf achten, erst Sex zu haben, wenn sie ihre Kinder unter finanzieller Absicherung des Vaters empfangen können. Danach wurden die Pflichten nach dem Motto aufgeteilt: Jeder macht das, was er am besten kann, d. h. sie kümmert sich um Haushalt und Kinder, er erwirbt den Lebensunterhalt. Das gab beiden ein stabiles Selbstbewusstsein. Und die Pille brachte dieses System in Gefahr. Wenn Frauen selbst bestimmen, wann sie schwanger werden, können sie ihre uneheliche Phase und ihre erwerbstätige Zeit bis zum Ende ihrer biologischen Gebärfähigkeit und darüber hinaus ausdehnen. Es sollte noch bis Mitte der 1990er Jahre dauern, bis man diese Entwicklung als unumkehrbar erkannte. Bis dahin wurden ledige Mütter gesellschaftlich diskriminiert.

---

<sup>259</sup> „Die Antibabypille war im Nachkriegsdeutschland umstritten und kollidierte mit den damaligen Moralvorstellungen. Schering führte sie daher als „Mittel zur Behebung von Menstruationsstörungen“ ein. Sie wurde zunächst nur verheirateten Frauen verschrieben. Manche Religionsgemeinschaften, insbesondere die römisch-katholische Kirche, lehnen die Verwendung oraler Kontrazeptiva (und anderer Verhütungsmittel) bis heute aus moralischen Gründen ab, auch wenn diese Position nicht von allen ihren Mitgliedern geteilt wird“ (Quelle Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Antibabypille>, 21.02.2010)

## Die Beat-Generation, Underground und Kontrakultur

Als Reaktion auf elterliche Ignoranz oder Härte mucken Pubertierende adäquat auf. Und die Elterngeneration ist so mit Empörung über Haarschnitte und Rocklängen beschäftigt, dass sie sich weiterhin nicht um die Generation der jungen Erwachsenen kümmert, die direkt nach dem Krieg geboren wurde und jetzt mit Mitte Zwanzig auf der Suche nach ihrer Identität orientierungslos nach Leitlinien sucht. Die Zielgruppe des *Stern* ist zwar älter, doch hier erhalten auch diese jungen Erwachsenen gesellschaftspolitische Impulse und außer *Twen* (Springer), einer explizit auf diese Zielgruppe zugeschnittenen Zeitschrift mit internationalem, links-intellektuellem, teilweise romantischem, teilweise kritischem Ton, finden die Interessen junger Erwachsener weiter kein Echo in der Presse. Sie orientieren sich an den amerikanischen Autoren der „Beat-Genration“, wie Jack Kerouac, Allen Ginsberg und William S. Burroughs und an den französischen Existenzialisten, deren Werke seit den 1950er verstärkt rezipiert werden. Als literarische Initialzündung kann man den 1951 erschienene Roman „Catcher in the Rye“ von Jerome David Salinger<sup>260</sup> betrachten, in dem der 16-jährige Held sich einerseits gegen die Erwartungen der Erwachsenenwelt sträubt, andererseits gern von den Erwachsenen ernst genommen werden möchte.<sup>261</sup>

Und ähnlich wie Habermas' Beobachtung von den literarischen Zirkeln, aus denen „die Öffentlichkeit“ entsprang, bildet sich nun unterhalb des politisch-medialen Radars in diesen Kreisen eine neue literarisch geprägte Gegenöffentlichkeit in den Universitäten, die sich zunächst ohne die Unterstützung der Presse von Campus zu Campus verbreitet. Weiteren Antrieb verleiht ihr die „Kritische Theorie“ des Instituts für Sozialwissenschaften in Frankfurt („Frankfurter Schule“).

In den USA und England entwickelt sich die sogenannte Counter-Culture, die sich in zwei Hauptströmungen ausdrückt: Die eine fröhlich wild, die andere aggressiver (am deutlichsten repräsentiert von den „Beatles“ und den „Rolling Stones“). Beide vereint der Wunsch nach umwälzenden gesellschaftlichen Veränderungen. Die Briten nennen ihren Zweig bezeichnend „Underground“.

Über die post-nationalsozialistische Sprachlosigkeit der Eltern und Großeltern, deren vermeintliche Autorität und die verstaubte Ausdrucksform der Universitäten und, darüber hinaus, die als rassistisch, kapitalistisch und imperialistisch empfundene Politik der USA (1965 waren die USA in den Vietnamkrieg eingetreten) regt sich zunehmend Unmut. Viele Studenten, die die Amerikaner längst nicht mehr als Befreier ansehen und sich auch nicht an CARE-Pakete erinnern, beginnen stattdessen mit marxistischen Idealen zu liebäugeln. Gleichzeitig wehen die nordamerikanischen

---

<sup>260</sup> Bekannt als J.D. Salinger (\* 1. Januar 1919 in New York, † 27. Januar 2010)

<sup>261</sup> „Der auffällige Sprachduktus (Idiolekt) des Ich-Erzählers führte neben Begeisterung auch zu Kritik. Das Buch wurde in einigen angelsächsischen Ländern zunächst sogar verboten – es enthält in der Originalausgabe 255-mal den Ausdruck *goddam* sowie 44 *fucks*.“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Jerome\\_David\\_Salinger](http://de.wikipedia.org/wiki/Jerome_David_Salinger), 21.02.1020)

Ideen des Libertarismus bzw. Liberalismus nach West-Europa, die besagen, dass jedes Individuum das Recht habe, mit seinem Leben und seinem Besitz zu tun, was immer es möchte, solange dadurch die Freiheit anderer Individuen nicht verletzt wird. Es bedarf nur weniger Initialzündungen an verschiedenen Stellen, die die Studenten auf die Barrikaden bringen: Die Studenten*revolution* beginnt 1967 mit den Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs von Persien, der als Tyrann gilt und trotzdem von der Elterngeneration als Märchenkaiser angehimmelt wird. Massiv richtet sich die rasch wachsende Protestwelle gegen „die Springer-Presse“, die mit „dem alten System“ gleichgesetzt wird. Kanzler Georg Wilhelm Kiesinger fordert, die Demonstranten sollten hart bestraft werden und Willy Brandt schlägt in diese Kerbe: „Pöbel bleibt Pöbel, auch wenn junge Gesichter darunter sind. Intoleranz und Terror, ob sie von links kommen oder von rechts, dürfen die Freiheit nicht benutzen, um sie zu zerstören.“<sup>262</sup> Kritik wird als systemgefährdend eingestuft.

### „Mehr Demokratie wagen“

Längst vorbereitete Vorlagen für einen Katalog von Notstandsgesetzen, für die das Grundgesetz geändert werden musste, lassen sich in der aufgewühlten Atmosphäre mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der Großen Koalition unter Kiesinger (CDU) 1968 mühelos verabschieden. Nur die Außerparlamentarische Opposition,<sup>263</sup> die sich aus Mitgliedern der revoltierenden Studenten gebildet hatte, protestiert lautstark. Diese Gesetze, die ein „Nie wieder“ sichern sollten, also eine Aushöhlung des Grundgesetzes nach dem Muster von Weimar,<sup>264</sup> stellen für die APO und andere Besorgte selbst eine Aushöhlung der Verfassung dar. Zehntausende schlossen sich zu Demonstrationen zusammen, die wiederum das Establishment beunruhigten. Dem

---

<sup>262</sup> Quelle Wikipedia: unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Studentenbewegung\\_der\\_1960er-Jahre#cite\\_note-2](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Studentenbewegung_der_1960er-Jahre#cite_note-2) (19.02.2010)

<sup>263</sup> APO = Außerparlamentarische Opposition. „Eine außerparlamentarische Opposition kann sich in Deutschland vor allem auf die Grundrechte Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit berufen, um ihre Forderungen öffentlich darzustellen. Neue politische Strömungen beginnen ihre Arbeit meist erst außerhalb der Parlamente und kommen etwa über die Länderparlamente unter Umständen bis in den Deutschen Bundestag oder sogar bis in die Bundesregierung Deutschlands. Ein Beispiel für diesen Weg ist die Partei Bündnis '90/Die Grünen, die in dieser Form erst im Herbst 1989 entstand und später in einer Koalition mit der SPD von 1998 bis 2005 die Bundesregierung stellte. (...) In der Bundesrepublik Deutschland verstärkte sich mit der Studentenbewegung, die mit der APO oft synonym gesetzt wird, die bis dahin bedeutendste außerparlamentarische Opposition in Deutschland. Ihre besonders von den Universitätsstädten ausgehenden Aktivitäten erreichten in den Jahren 1967 und 1968 ihren Höhepunkt. Die häufig in Bezugnahme auf diese Zeit ihrer Hochphase auch 68er-Bewegung genannte studentische APO wurde im Wesentlichen getragen durch den SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund).“ (Quelle Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/APO#Au.C3.9Ferparlamentarische\\_Opposition\\_in\\_Deutschland\\_28APO.29](http://de.wikipedia.org/wiki/APO#Au.C3.9Ferparlamentarische_Opposition_in_Deutschland_28APO.29), 21.02.1020)

<sup>264</sup> In der Weimarer Republik konnte Hitler durch das „Ermächtigungsgesetz“, das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, seine Macht stabilisieren: „Es wurde von den Nationalsozialisten um Adolf Hitler beantragt und vom Zentrum und weiteren bürgerlichen Parteien unterstützt; letztere hofften, damit weitergehende Machtansprüche der Nationalsozialisten eindämmen zu können.“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Erm%C3%A4chtigungsgesetz>) 19.02.2010

Ansinnen, „die rechtstaatliche Ordnung zu schützen“, wurde mit einer schnellen Verabschiedung vor der Sommerpause Nachdruck verliehen. Die Regierung hatte also nun ein Instrument in der Hand, das sie gegen Bedrohungen der rechtstaatlichen Ordnung einzusetzen breit war. Diesem Thema ist später ein eigenes Kapitel gewidmet, um darzustellen, dass die Methoden der Regierung zur Erhaltung des Systems und zur Stabilisierung ihrer Macht undemokratische Tendenzen haben können und mithilfe dieser Gesetze in Deutschland – und ähnlicher in anderen Ländern – die Unterdrückung von Kritikern ermöglicht wird, ohne dass die Öffentlichkeit sich dagegen wehren kann. Die „wehrhafte Demokratie“ beginnt, sich gegen sich selbst zu richten. Mehr dazu im Kapitel „Innere und äußere Feinde“.

### **1970er: Weitere Teilöffentlichkeiten entstehen**

In Abkehr seiner wütenden Pöbel-Beschimpfungen schlägt der nächste Bundeskanzler, Willy Brand (SPD), versöhnliche Töne an. Das magische Schlagwort „Mehr Demokratie wagen“, das er in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969<sup>265</sup> proklamiert hatte, hallt noch viele Jahre lang nach. Und: „Willy Brand sprach von ‚compassion‘, von Mitgefühl, wo sein Vorgänger nach stählerner Härte verlangte. Er warb für mehr Demokratie und nicht, wie dieser Vorgänger für mehr Zucht und Ordnung“, fasst Gabor Steingart zusammen.<sup>266</sup> Gewiss ist es auch diesem Credo zu verdanken, dass die durch die Studentenbewegung aufgewühlte Öffentliche Meinung auch während seiner gesamten Amtszeit durch heftige Diskurse niemals wirklich in einen Zustand der Ruhe kommt, aber auch, dass sie nie wirklich eskaliert. Über seine Ost-Politik, seinen (laschen?) Führungsstil, die Spitzel-Affäre und sogar sein Privatleben – damals waren Sex-Affären für die Presse generell eigentlich tabu – beschäftigen die Gemüter. Sie werden in der privaten Sphäre leidenschaftlich diskutiert und in der politischen Öffentlichkeit heftig debattiert – sogar im Parlament. Die an Brandts Seite maßgeblich die politische Kommunikationskultur beeinflussende Figur dieser Zeit und darüber hinaus ist Herbert Wehner.

Die bundesdeutsche Zivilgesellschaft entfaltet sich. Basierend auf den Ideen der 68er-Bewegung bilden sich neue Milieus, die in unterschiedlichen Richtungen sozialpolitisch arbeiten – und mit ihnen neue Teilöffentlichkeiten. Die Frauenbewegung (Feministinnen), Künstler (Junge Wilde), Ökologie- und Umweltschutz-Bewegung, die Schwulenbewegung, Menschenrechtsbewegung (Amnesty International), pazifistische Gruppen, Lehrlingsbewegung, Hausbesetzer und auch die Alten („Graue Panther“) begehren politische Mitbestimmung. Bürgerinitiativen (z. B. Stadtteilgruppen) etablieren sich, JungdemokratInnen/Junge Linke, Jungsozialisten spalten sich von ihren Mutterparteien ab.<sup>267</sup> Ronald Inglehart

---

<sup>265</sup> Brand 1969

<sup>266</sup> Steingart (2009)

<sup>267</sup> Die Junge Union hatte sich bereits 1947 gegründet.

spricht von der „Silent Revolution“.<sup>268</sup> Leise, weil diese Umwälzungen relativ unspektakulär innerhalb der Öffentlichkeit unterhalb der Oberfläche vonstattengehen.

Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr führen zur Privat-Aktion „Roter Punkt“, bei der sich PKW-Fahrer mit diesem Zeichen am Auto dazu bereiterklären, Anhalter kostenlos mitzunehmen.

Aus den USA schwappt die Hippie-Bewegung nach Deutschland und entwickelt eine starke warme Strömung gegen das Lebensgefühl, das der Kalte Krieg in der Öffentlichkeit ausgelöst hatte. Die bunten Hippies gelten mit ihrem Credo „Love, Peace und Happiness“ als friedlich und dass diese Friedfertigkeit möglicherweise auch auf den reichlichen Konsum von Haschisch zurückzuführen ist, wirkt nicht besonders besorgniserregend. Zunächst sind friedliche Demonstrationen wie Sit-Ins geeignete Werkzeuge, um medienwirksam, aber trotzdem friedlich gegen den Krieg in Vietnam zu protestieren. Und John Lennons und Yoko Onos Amsterdamer „Bed-in“-Aktion, bei der sie 1969 vor laufenden Kameras und, stets von Journalisten umringt, eine Woche lang nach dem Motto: „Make love – not war!“ in ihrem Hotelbett verbringen, um für den Weltfrieden zu werben, löst als friedliches politisches Statement weitgehend Begeisterung aus.

Durch die Antibabypille können Frauen selbst entscheiden, ob sie schwanger werden wollen oder nicht, siehe oben. Es entsteht eine neue sexuelle Freizügigkeit, deren mediale Präsentation im Vergleich zur bisherigen Prüderie skandalös wirkt. Gefördert durch die als „Aufklärungsfilme“ (sic!) etikettierten Softpornos des Yellow-Press-Journalisten Oswald Kolle, die einerseits Empörung auslösen, andererseits Kassenschlager werden, wandert das Thema Sexualität und Schwangerschaft aus dem Tabubereich über die Presse in die Öffentlichkeit und wird dort leidenschaftlich diskutiert. Man spricht von der „sexuellen Revolution“. Während die Bewohner der *Kommune 1* in Berlin 1968 im *Stern* noch als Aktionisten des SDS nackt posierten und dies als politische Demonstration verstanden wissen wollen, durchdringt Nacktheit nun das öffentliche Leben. Dass Produkte mit nackten Frauen beworben werden, geht vielen jedoch zu weit. Feministinnen gründen mit *Emma* ihre eigene Zeitschrift und würzen die gesellschaftliche Tagesordnung regelmäßig mit Frauenthemen: Trotz Antibabypille für verheiratete Frauen lassen „an die 400.000 Frauen [...] jedes Jahr illegal abtreiben.“<sup>269</sup> Viele bringen sich dadurch in Lebensgefahr, mancher Schwangerschaftsabbruch verläuft tödlich.

„Am 6. Juni 1971 erklärten 374 Frauen im *Stern*: ‚Ich habe abgetrieben‘. Zu viele, als dass Staatsanwälte in der Lage gewesen wären, sie alle zu verfolgen. Keine einzige wurde verurteilt. Ihrem Mut ist es mit zu verdanken, dass das Gesetz 1974 geändert

---

<sup>268</sup> Vgl. Inglehard, Robert „The *Silent Revolution*: Changing Values and Political Styles among Western Publics“ (1971)

<sup>269</sup> Burger, Jörg „Wir haben abgetrieben“ am 14.03.2009 in: Zeit Online, unter: <http://www.zeit.de/2009/08/Abgetrieben-Paar-08?page=all> (21.02.2010)



wurde. Das Bundesverfassungsgericht setzte die neue Regelung zwar kurz darauf außer Kraft. Fünf Jahre nach der bis heute legendären Kampagne wurden Schwangerschaftsabbrüche dann aber doch straffrei<sup>270</sup>, schildert Jörg Burger<sup>270</sup> die Situation um den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches, nach dem ein Schwangerschaftsabbruch prinzipiell eine strafbare Handlung darstellt. Doch wieso der *Zeit*-Autor darauf kommt, dass die Staatsanwaltschaften nicht jede einzelne hätten verfolgen können, erscheint rätselhaft: Die bundesdeutsche Exekutive war zu jeder Zeit als äußerst gewissenhaft und effektiv berühmt. Nach den Erfahrungen mit ihrer Gründlichkeit im Dritten Reich ist nicht im Geringsten davon auszugehen, dass der Staatsapparat überfordert gewesen wäre mit 374 verdächtigen Frauen. Allerdings war die polizeiliche Personenfahndung technisch bisher auf Telefon, Funk und Fernschreiber angewiesen. Die Entwicklung elektronischer Überwachung befand sich noch in den Kinderschuhen. Vermutlich meint der Autor, dass dies, wie Strafrechtler es sehen, ein Hinweis darauf war, dass die soziologische Situation der Gesellschaft eher eine Anpassung der Gesetze erforderte, anstatt eine Anpassung der Gesellschaft an die Gesetze zu erzwingen. Diese vom Stern initiierte Kampagne brachte die Protagonistinnen definitiv in juristische Schwierigkeiten und ist als Paradebeispiel bundesdeutschen „Zivilen Ungehorsams“ zu betrachten. Mehr dazu im Kapitel „Innere und äußere Feinde“.

Die Öffentlichkeit in den USA wendet sich inzwischen gegen den Vietnamkrieg, weil die Trauer um die vielen Gefallenen, die Sorge um die aktiven Kämpfer und die soziale Situation der Veteranen<sup>271</sup> das Maß der Begeisterung für Kriegshelden übersteigt. In Deutschland dagegen regt man sich über den als imperialistisch empfundenen Einmarsch dort auf. Sowohl in den USA als auch in Westeuropa werden diese Proteste schärfer, je mehr Grauensvolles durch die Kriegsberichtersteller ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Das Foto der von Napalm verbrannten neunjährigen Kim Phuc gibt auch den politisch Desinteressiertesten den Rest. Und nachdem die „Pentagon-Papiere“ bekannt werden, welche die gezielte Irreführung der Bevölkerung durch die US-Regierung bezüglich ihrer Ziele in Vietnam offenbaren, schwenken auch die letzten Befürworter um. Die Öffentlichkeit fordert 1972, der Krieg sollte enden und immer mehr Individuen gehen für dieses Ziel auch auf die Straßen.

---

<sup>270</sup> Burger, Jörg „Wir haben abgetrieben“ am 14.03.2009 in: Zeit Online, unter: <http://www.zeit.de/2009/08/Abgetrieben-Paar-08?page=all> (21.02.2010)

<sup>271</sup> „Insgesamt verloren die Vereinigten Staaten nach Kriegsende durch Spätfolgen über 60.000 weitere ehemalige Soldaten durch traumatisch bedingte Selbstmorde. Das bedeutet mehr Tote als im Krieg selbst. Über 40.000 Veteranen wurden während ihrer Dienstzeit in Vietnam heroinsüchtig, 330.000 wurden einerseits wegen der Demobilisierung, andererseits wegen der politischen Lage und der psychischen Spätfolgen, arbeitslos. 1972 saßen über 300.000 Veteranen in Gefängnissen ein, weil sie aus den genannten Gründen straffällig geworden waren und es ihnen nicht gelungen war, wieder in das zivile Leben zurückzufinden“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Vietnamkrieg#Vereinigte\\_Staaten\\_und\\_ausl.C3.A4ndische\\_Verb.C3.BCndete](http://de.wikipedia.org/wiki/Vietnamkrieg#Vereinigte_Staaten_und_ausl.C3.A4ndische_Verb.C3.BCndete) (18.02.2010)

### **Der Bruch: Fressen ihre Kinder die Demokratie?**

Mit dem Ende der Studentenbewegung formiert sich die eine kleine Gruppe, die dieses Ende als peinliche Niederlage empfindet und sich zu linksextremistischen Terroristen (RAF) entwickelt, um für die ursprünglichen Ziele weiterzukämpfen. Eines davon ist die Beendigung des Vietnamkrieges. Da sie vor militanter Gewalt nicht zurückschrecken und auch Bomben in Kaufhäusern zünden, fühlen sich auch Normalbürger nach kurzer Zeit überall bedroht. Presse, Politik und die gesamte Bevölkerung reagieren hysterisch. Es kommt zur bisher schlimmsten Krise der Bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. Zwar beruhigt sich nach der Verhaftung der sog. Ersten Generation der RAF „das Establishment“ ein wenig. Doch als im „deutschen Herbst“<sup>272</sup> 1977 die nächste RAF-Generation härter denn je zuschlägt,<sup>273</sup> sieht sich die sozialliberale Regierung unter Brandts Nachfolger Helmut Schmidt gezwungen, in der Folge besondere Härte<sup>274</sup> zu zeigen: Der Verfolgungs- und Überwachungsapparat, der mit enormem Aufwand installiert wird, erscheint als logische Reaktion zum Schutz der Bürger. Die innenpolitischen Sicherheitsmaßnahmen führen, wie es der Katalog der Notstandsgesetze seit 1968 erlaubt, zur Ausweitung polizeilicher Instrumente zur Personenfahndung, wie „Ringfahndung“, „Schleppnetzfahndung“ und „Kontrollstellen“, also Straßensperren. Darüber hinaus wird das elektronische Verfahren zum Aufspüren der Terroristen perfektioniert und die sogenannte Öffentlichkeitsfahndung<sup>275</sup> ebenfalls.

Die Öffentlichkeit ist von den Ereignissen zutiefst erschüttert und daher im Allgemeinen hilfsbereit bei der Suche nach den Flüchtigen. Auf spätere Hinweise, dass die Angeklagten keinen fairen Prozess erhalten würden oder unter menschenrechtlich fragwürdigen Haftbedingungen litten, reagiert sie ungerührt, zumal das öffentliche<sup>276</sup> (und das später bekannt werdende nicht-öffentliche Auftreten der Akteure während der Haft) keinerlei Sympathie erzeugt, im Gegenteil: die RAF erntet

---

<sup>272</sup> Der Begriff „Deutscher Herbst“ leitet sich von dem Film „Deutschland im Herbst“ von 1978 ab, einer Collage von elf Regisseuren des „Neuen Deutschen Films“, die sich darin mit der Reaktion des Staates auf den Terrorismus auseinandersetzen.

<sup>273</sup> Alle Details finden sich in Aust (2008).

<sup>274</sup> Seine unnachgiebige Linie brachte ihm Kritik der Angehörigen der Todesopfer ein. Ein Beispiel für ein ähnliches Dilemma ist in der Forschung als „Straßenbahn-“ oder „Dicker-Mann-Experiment“ bekannt: Ist es moralisch gerechtfertigt, das Leben weniger zu opfern, um dadurch das Leben vieler zu retten? Es lebte wieder auf, als Verteidigungsminister Franz-Josef Jung dafür plädierte, ein Passagierflugzeug abzuschießen, wenn sich darin Selbstmordattentäter befinden, wie im Fall der 9-11-Anschläge

<sup>275</sup> „Die Öffentlichkeitsfahndung ist über Fahndungsplakate, Handzettel, Pressemitteilungen oder Fernsehsendungen möglich. Sie ist ein wichtiges Instrument der Personenfahndung (...) Hier werden insbesondere die Massenmedien eingeschaltet, um einen großen Personenkreis von Hinweisgebern zu erreichen. Ferner finden Fahndungsaufrufe per Steckbrief statt, oder es werden relevante Haushalte besucht“ (Quelle: Wikipedia unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Personenfahndung>, 16.02.1010)

<sup>276</sup> Die Gerichtsverhandlungen waren öffentlich und wurden von allen Beteiligten als „Schauprozess“ ad absurdum geführt.

den blanken Hass der Bevölkerung und Sympathisanten wenden sich nach und nach ab.<sup>277</sup>

### **Rechts-Links-Polarisierung der Teilöffentlichkeiten**

Anfang der 1970er beschäftigen die Öffentlichkeit vornehmlich die „Ölkrise“ und der spürbare Abschwung der Wirtschaft. Außerdem werden die ausländischen Gastarbeiter zu einem heftig diskutierten Problem, das sich auch in einem sprachlichen Wandel offenbart: Aus den Gastarbeitern, die während der Vollbeschäftigung willkommen waren, werden die Fremdarbeiter und später nur noch „Ausländer“, die auf dem enger werdenden Arbeitsmarkt zunehmend als Konkurrenten empfunden werden, und insgesamt macht sich eine „Das-Boot-ist-voll“-Mentalität breit.

Gleichzeitig aber erzeugt Helmut Schmidts internationale Sicherheits-Politik<sup>278</sup> auch starken innerparteilichen und öffentlichen Protest. Auch der *Zeit* und anderen bürgerlichen Presseorganen, die aktiv bei der politischen Meinungs- und Willensbildung mitmischen, gelingt es nicht, die Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss<sup>279</sup> mit Beschwichtigungen aufzuhalten, die sich mit der wachsenden Zahl von Umweltschützern und Pazifisten verbindet.<sup>280</sup>

Die linksliberale Regierung findet immer weniger Rückhalt unter linken und liberalen Stamm-Wählern: Bei den Atomgegnern verliert sie aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses Zustimmung und bei den Liberalen wegen der in ihren Augen misslungenen Wirtschaftspolitik.

Eines der herausragenden Medienspektakel ist die Geschichte „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ über das Leben von „Christiane F.“ als drogenabhängiges Kind in Berlin. Sie erschüttert nicht nur die deutsche Öffentlichkeit bis ins Mark und beschert der Zeitschrift *Traumaufgaben*. Die Autoren des *Stern* verarbeiten ihre Interviewprotokolle zu einem Buch, das sensationelle zwei Jahre lang die Bestseller-Listen anführt und sich mehrere Millionen Mal verkauft. Auch die Verfilmung wird ein Erfolg. „Christianes Bericht ist ein fester Bestandteil der Lehrpläne an den Schulen“, behauptet der *Stern*.<sup>281</sup> Doch im Gegensatz zum öffentlichen Interesse

---

<sup>277</sup> Aust (2008)

<sup>278</sup> Dass ein SPD-Politiker derartig militärisch, patriarchalisch und konservativ agiert, erstaunt viele bis heute.

<sup>279</sup> Schmidt wies im Jahr 1977 die Gefahren für das Rüstungsgleichgewicht durch die damals von der Sowjetunion in deren westlichen Gebieten installierten Mittelstreckenraketen hin: Er befürchtete, die Fähigkeit der Sowjetunion, Westdeutschland atomar anzugreifen zu können ohne dabei dessen Schutzmacht USA direkt in Mitleidenschaft zu ziehen, könnte zu einer Entkoppelung der amerikanischen von den europäischen Sicherheitsinteressen führen. Er drängte auf den sogenannten NATO-Doppelbeschluss, der die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa vorsah, dies aber mit einem Verhandlungsangebot an die Sowjetunion verband, beiderseits auf diese Waffensysteme zu verzichten. (Quelle: Wikipedia: unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut\\_Schmidt](http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Schmidt), 16.02.2010)

<sup>280</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Zivilgesellschaften am Rande der Legalität“

<sup>281</sup> <http://www.stern.de/tv/sterntv/wir-kinder-vom-bahnhof-zoo-wie-geht-es-christiane-f-heute-609926.html>

verläuft die politische Reaktion flach. Das Thema Drogenmissbrauch und Verwahrlosung führt zu Programmen zur Drogenbekämpfung, doch als Minderheitenproblem auf der einen Seite entwickelt es wenig politische Sprengkraft und auch auf seiner makroökonomischen Seite, der des weltweiten Drogenhandels, erzeugt es wenig breitenwirksames Interesse, so dass sich kaum öffentlicher Druck auf die Politik aufbaut.

Stärker rückt durch Christiane F. das Problem sozialer Verwahrlosung und Vereinsamung in den Städten in den Fokus der Politik, doch die Art des öffentlichen Diskurses bleibt lokal und erzeugt ebenfalls kaum Druck auf die nationale Politik. Langsam ersetzt ein neues Berufsfeld, das heute unter dem Sammelbegriff „Soziale Arbeit“ bekannt ist, das alte der „Fürsorge“. Es wird von der „**Öffentlichen Hand**“ finanziert: In seinem Rahmen werden die sozialen Bedürfnisse des Menschen erforscht und es wird versucht, durch aktive Hilfestellung zur Beseitigung von Missständen beizutragen oder diese zu mildern. Sozialschaffende haben ein dreifaches Mandat: Sie sind den Betroffenen, dem Staat und dem „Kodex der Sozialen Arbeit“ verpflichtet (vergleichbar mit internationalen Menschenrechtsabkommen), die ihre Rechte und Pflichten festlegen. Teilweise werden Bereiche wie Bewährungshilfe oder Altenpflege inzwischen privatisiert, wie der gesamte öffentliche Sektor immer weniger von der „öffentlichen Hand“ finanziert wird und sich ein Bereich nach dem anderen privat-, d. h. rein marktwirtschaftlich, organisiert und finanziert. Man hält es zunehmend für unnötig, dass Beamte oder öffentlich Bedienstete die jeweiligen Aufgaben, beispielsweise bei der Post, der Bahn, der kommunalen Müllabfuhr oder an Schulen, durchführen. Während früher jeder Briefträger einen Amtseid ablegen musste, dürfen heute privatwirtschaftliche Unternehmen systemrelevante Monopole halten.

In der Stadtplanung findet zwar bereits seit Anfang der 1970er ein Umdenken statt: Städtebauliche Maßnahmen müssen seither explizit im „**öffentlichen** Interesse“ liegen und für die Entwicklung der Stadt oder Gemeinde von besonderer Bedeutung sein. Dieses Dogma des Städtebaurechts wurde erstmals durch das „Städtebauförderungsgesetz“ vom 1971 in Deutschland eingeführt. Trotzdem gelten die seither entstandenen öffentlichen und öffentlich finanzierten „Sozial“-Bauten in ihrer Funktionalität und Ästhetik als Paradebeispiele für drastisch misslungene städtische Architektur, was sicherlich nicht im öffentlichen Interesse liegt.

Urbanität wird zum Synonym für das Auseinanderbrechen sozialer Strukturen und die Hässlichkeit des öffentlichen, städtischen Lebens. Die gleichzeitig in New York und Paris fortschreitende Kunstform des Graffitis als Ausdrucksform inspiriert Jean Baudrillard, dieses Phänomen in seiner Abhandlung über den „Aufstand der Zeichen“ näher zu betrachten. „Die Stadt, das Urbane, ist zugleich ein neutralisierter, homogenisierter Zeit-Raum, ein Zeit-Raum der Indifferenz und zunehmenden

Absonderung von Stadt-Ghettos, Aussonderung von Stadtvierteln, Rassen und bestimmten Altersklassen: zerstückelter Raum distinktiver Zeichen.“<sup>282</sup>

Zusammen mit Francois Lyotard, Michel Foucault und vielen anderen Philosophen dieser Zeit entwirft er eine sprachwissenschaftliche Philosophie, die in ihrem Pessimismus u. a. an die „Kritische Theorie“ der Frankfurter Schule, den Dekonstruktionsbegriff Heideggers und an den Strukturalismus eines Claude Levi Strauß anknüpft und so die philosophische Strömung des „Post-Strukturalismus“ verstärkt. Mehr dazu in Teil III „Freiheit“.

---

<sup>282</sup> Baudrillard (1978), Seite 19

### **Verlangsamter Strukturwandel in den 1980ern:**

Die bundesdeutsche Wirtschaft erholt sich nicht. Arbeitslosigkeit und allgemeine Trostlosigkeit beherrschen die Öffentliche Meinung. Nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition im September 1982 (es bestanden schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Wirtschaftspolitik)<sup>283</sup> beendet die FDP durch das erste erfolgreiche konstruktive Misstrauensvotum gegen den amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt die gemeinsame Regierungszeit und startet zusammen mit der Union am 01. Oktober 1982 unter dem CDU-Parteivorsitzenden Helmut Kohl als Kanzler neu. Die Öffentlichkeit ist verduzt. Der Koalitionswechsel gilt auch innerhalb der FDP als durchaus umstritten und da die FDP mit einer Koalitionsaussage zugunsten der SPD in den Wahlkampf 1980 gegangen war, wird fehlende materielle Legitimation reklamiert; formal ist der Schritt jedoch verfassungskonform. Dass Kohls Kanzlerschaft nicht aus normalen Bundestagswahlen hervorgegangen war, empfindet er persönlich als Makel und um diesen zu tilgen, führt er ein äußerst umstrittenes Verfahren durch: Er stellt im Bundestag die Vertrauensfrage, über die am 17. Dezember 1982 entschieden wird. Nachdem die Regierungskoalition am Tag zuvor mit breiter Mehrheit den Bundeshaushalt für 1983 verabschiedet hatte, enthält sich die Mehrzahl der Abgeordneten der Regierungskoalition vereinbarungsgemäß der Stimme, wodurch das gewünschte Ergebnis zustande kommt: Keine Mehrheit für den Bundeskanzler und damit die Möglichkeit, dem Bundespräsidenten die Auflösung des Parlamentes vorzuschlagen. Die Öffentlichkeit schüttelt den Kopf: Der Parlamentarismus erscheint absurd. Nach längerem Zögern entscheidet sich Bundespräsident Karl Carstens im Januar 1983 für die Auflösung des Bundestags und die Ausschreibung von vorgezogenen Neuwahlen für den 6. März 1983. Gegen diese Vorgehensweise klagen einige Abgeordnete vor dem Bundesverfassungsgericht. Dieses entscheidet jedoch, dass die Auflösung des Bundestages verfassungsgemäß erfolgt sei.<sup>284</sup> Dieser merkwürdige Ablauf beschäftigt die Öffentlichkeit intensiv und der Spruch „Die FDP bestimmt, wer regiert“ macht die Runde. Dennoch erhalten CDU/CSU und FDP von ihrem Souverän die gewünschte Legitimierung und Kohl kann im Kanzleramt bleiben. Hier finden wir das oben bereits erwähnte machiavellistische Prinzip „Keine Regierung ohne Zustimmung“ in aller Deutlichkeit wieder.

### **Plurale Zivilgesellschaft ohne Sprengkraft**

Zusätzlich zu den eingangs erwähnten Politskandalen, die die Bundesrepublik beschäftigen und die Amery et al. in den 1980ern dazu bewegt, „vom Verlust der

---

<sup>283</sup> „Anlass für den Bruch war u. a. ein Strategiepapier der FDP, das von Otto Graf Lambsdorff ausgearbeitet worden war und neoliberale Positionen zur Reform des Arbeitsmarkts enthielt“ (Quelle: Wikipedia, unter:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut\\_Kohl#Wahl\\_und\\_Aufl.C3.B6sung\\_des\\_Bundestages](http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Kohl#Wahl_und_Aufl.C3.B6sung_des_Bundestages) (21.02.1020)

<sup>284</sup> Quelle: wikipedia, unter:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut\\_Kohl#Wahl\\_und\\_Aufl.C3.B6sung\\_des\\_Bundestages](http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Kohl#Wahl_und_Aufl.C3.B6sung_des_Bundestages) (21.02.2010)

Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie“ zu sprechen, entwickelt sich während der Ära Helmut Kohls als Bundeskanzler von 1982 bis 1998 in 16 (sic!) ununterbrochenen Regierungsjahren wiederum ein Strukturwandel der Öffentlichkeit. Zeitgleich mit dem technisch-medialen Aufbau des „Dualen Rundfunksystems“, das privatwirtschaftlich finanzierten Rundfunk in Deutschland („Privatfunk“) neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ermöglicht, und der damit einhergehenden neuen Unterhaltsamkeit deutscher TV- und Radioprogramme kann man wiederum eine Polarisierung beobachten, denn zur Deliberation tragen die neuen Privatsender<sup>285</sup> nicht bei. Das offenbar von den Entscheidern völlig unterschätzte (zu) lange Entbehren von Pop-Musik<sup>286</sup> und leichter Kost im Rundfunk treibt einen großen Teil der Öffentlichkeit in das unpolitische Auffangbecken der prosperierenden Privatsender, bis die öffentlich-rechtlichen Anstalten langsam nachziehen und sich auf den Massengeschmack einstellen. Da die Macher in den elektronischen Medien keine Kritik an sich selbst wahrnehmen, sondern, ganz im Gegenteil, ihre Quotenerfolge als Bestätigung interpretieren, kanalisiert sich der kulturpessimistische Protest der Kritiker in den Feuilletons der Print-Presse. Die Programme der elektronischen Massenmedien werden von den Eliten als der Untergang des Abendlandes empfunden<sup>287</sup> und daran ändern auch jene Sendungen nichts, deren Redakteure den „Bildungs- und Informationsauftrag“ weiterhin wahrnehmen. Der journalistische Ruf des Rundfunks ist beschädigt.

Dieser Pessimismus begünstigt eine Diversifizierung der öffentlich-rechtlichen Sender auf weitere neue Sparten-sender. Sie erhalten viele Frequenzen innerhalb der begrenzten analogen Übertragungs-Kapazität. Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Vergabe der Ausstrahlungsfrequenzen. Sie wurde zur Deregulierung der Märkte für Post- und Telekommunikation errichtet und ist seit 2006 auch für weitere Netzmärkte zuständig. Somit ist sie eine branchenübergreifende Bundes-Regulierungsbehörde mit monopolistischen Befugnissen, die Monopolisierungen regulieren soll. **Die technische Verbreitung von Medien-Inhalten, auch der des Mobilfunks, über den ebenfalls Internetinhalte transportiert werden, wird also in Deutschland staatlich-monopolistisch geregelt, ein Punkt, der später im dritten Teil noch einmal wichtig wird.**

Die neue Unterhaltsamkeit der alternativen Medieninhalte führt also zu keiner bemerkenswerten Politisierung des inzwischen nicht mehr als „die *eine* Öffentlichkeit“

---

<sup>285</sup> Vielen exemplarisch in Erinnerung ist „TuttiFrutti“, eine nach italienischem Vorbild fabrizierte, faktisch inhaltsfreie Show, in der viele halbnackte Mädchen auftraten

<sup>286</sup> Anfang der 1980er brach sich die „Neue Deutsche Welle“ die Bahn in die Öffentlichkeit: Popmusik mit deutschen Texten, die in ihrer Belanglosigkeit sogar teilweise bewusst an den Dadaismus anknüpfen, erheitert die Republik, wirkten aber auf viele eher wie der „Tanz auf dem Vulkan“.

<sup>287</sup> Mehr dazu oben im Abschnitt „Die Presse macht Druck“

wahrnehmbaren Publikums. Jürgen Habermas spricht bereits 1985 von der „neuen Unübersichtlichkeit“.<sup>288</sup>

Andererseits findet eine „Egalisierung“ der Zugangschancen zu den Medien statt: Waren zuvor in der Praxis nur Akademiker als Journalisten zugelassen,<sup>289</sup> nehmen die Privatsender jeden, der den Eindruck erweckt, er könne die nächste anstehende Aufgabe halbwegs erfüllen, ob das der Wetterbericht ist oder ein Beitrag zum „langen Donnerstag“. Bis heute ist die Ausbildungssituation bei Privatsendern und Produktionsfirmen vom „Learning-by-Doing“-Prinzip geprägt und die Programmgestaltung verläuft nach dem Motto: Erlaubt ist, was gefällt. Mehr zur Programmgestaltung unter dem Stichwort „Massenmedien als kleinster gemeinsamer Nenner“ in Teil II.

Political Correctness (PC), ein Rezept, das ursprünglich den amerikanischen Unterprivilegierten zur Stärkung verschrieben wurde, findet auch in Deutschland zunehmend Befürworter. Das „Binnen-I“ wird in die offizielle Amtssprache eingeführt, um dem Recht nach paritätischer Gleichberechtigung der Frauen sprachlich besser Ausdruck verleihen zu können<sup>290</sup>, und man achtet generell besser darauf, Minderheiten möglichst nicht zu diskriminieren: Alte heißen beispielsweise seither Senioren. Doch nicht nur sprachlich findet eine Verbesserung der Lebensumstände für Senioren und Behinderte im Alltag statt: Überall werden Bauverordnungen erlassen, die in öffentlichen Gebäuden „Barrierefreiheit“ vorschreiben.<sup>291</sup>

Die Abneigung gegen Gastarbeiter überträgt sich auf Ausländer allgemein: Geschürt von der Berichterstattung über wachsende Asylanten-Zahlen entsteht Angst vor „Überfremdung“. Das Volk, das im Dritten Reich Millionen Emigranten ins Exil trieb, die nur überleben konnten, wenn ihnen im Ausland Schutz durch Asyl gewährt wurde, möchte in den 1980ern kein „Einwanderungsland“ mehr sein.

Die sozialpolitische Kultur der Öffentlichkeit dieser Zeit ist ambivalent, doch vorwiegend vom Pessimismus geprägt. Das Thema AIDS trägt seinen Teil dazu bei. Jedenfalls sind die Pessimisten in der politisch-medialen Öffentlichkeit in der Überzahl. Bemerkenswert ist die extrem pessimistische Punkbewegung („Macht kaputt, was euch kaputt macht“), die jedoch nicht den Anspruch erhebt, politisch zu sein, und die lustigere Parallelbewegung der politisch motivierten Spontis führt über die Bildung der Hausbesetzer-Szene und die „Alternative Szene“ zur Autonomen-Bewegung. Denn inzwischen entwickeln sich durch die weltpolitische Lage neue Lager, die starke öffentliche Aufmerksamkeit erregen und insgesamt wiederum der De-Politisierung durch die blühende Unterhaltungsindustrie entgegenwirken: In den

---

<sup>288</sup> Habermas (1985)

<sup>289</sup> Theoretisch ist es ein „freier“ Beruf, jeder kann sich so nennen.

<sup>290</sup> Dadurch, dass viele das für übertrieben hielten, entstanden satirische „Verhohnepiegelungen“ wie „Liebe Mitglieder und MitgliederInnen“ oder „liebe Mitglieder und Bürger ohne Glied“.

<sup>291</sup> Was auch Kinderwagenschiebern und -schieberInnen zugutekommt.



Ortschaften Mutlangen, Wackersorf und Gorleben entzündet sich der Protest der Anti-Atom-Bewegung, die einerseits Stellung gegen das „Wettrüsten“ einnimmt und andererseits auf die gesundheitliche Bedrohung durch Atomkraftwerke im Inland aufmerksam macht. Aus den zahlreichen Teil-Öffentlichkeiten wird eine Massenbewegung, die sich von der Friedensbewegung in die Umweltschutzbewegung wandelt und an ihren Rändern auch vermehrt Mitglieder aus den bürgerlichen Lagern aufnimmt.

Durch das Wettrüsten reicht die atomare Sprengkraft der waffenstarrten Gegner nicht nur dazu, sich gegenseitig auszulöschen, sondern die ganze Welt gleich mehrfach („Overkill“), und die **gestörte Kommunikation** zwischen beiden Blöcken scheint dermaßen labil, dass ein kleiner **Kommunikationsfehler** möglicherweise ausreichen würde, um eine unaufhaltsame Kettenreaktion zu starten und dadurch die Weltbevölkerung auszulöschen („nuklearer Holocaust“). Ilija Trojanow und Juli Zeh fassen das Lebensgefühl dieser Zeit zusammen: „Wir hatten Angst. Morgens wachten wir auf und dachten an den Eisernen Vorhang und fragten uns, was Böses gegen uns ausgeheckt werde.“<sup>292</sup> Diejenigen, die sich nicht aktiv protestierend gegen die Bedrohung aussprechen, finden andere Wege, um mit der psychischen Belastung umzugehen. Eine weiter unten genauer beschriebene Theorie besagt, dass in verwirrenden Situationen, in denen Unklarheit über soziale Normen herrscht, „Anomie“ eintritt, ein Zustand, der zu abweichendem bzw. kriminellen Verhalten führen kann und sogar zum Selbstmord.<sup>293</sup> Wie viele Menschen sich in dieser Zeit aus Hoffnungslosigkeit das Leben nehmen, ist unbekannt, und inwieweit der Drogenkonsum in diesem Zusammenhang in dieser Zeit steigt, ist nur zu ahnen. Die gefühlte Hilflosigkeit teilt also die Öffentlichkeit in fatalistisch Resignierende und in politisch Interessierte ein, die rückblickend wiederum in Hoffnungsvolle und in hoffnungslos Zornige kategorisierbar sind. Doch auch wenn viele die Hoffnung nicht aufgeben, Optimismus ist Mitte der 1980er ein Fremdwort.

Der Aktionismus der zumindest hoffnungsvollen Unpolitischen hat im Rückblick ebenfalls fatale Züge: „Wohlhabende Familien bauten die Keller ihrer Villen zu Bunkern um und verstauten dort Konservensuppen und Milchpulver.“<sup>294</sup> Immer mehr Menschen demonstrieren in Deutschland gegen Atomraketen und die regierende Union (CDU/CSU/FDP) sieht sich durch die Art und Weise, mit der dieser Protest erfolgt, mit dem Problem des „Zivilen Ungehorsams“ konfrontiert. Das Recht auf Widerstand (Artikel 20 GG) kollidiert mit sich selbst: Die Demonstranten berufen sich darauf, auch noch nachdem sie vom passiven Widerstand gegen die

---

<sup>292</sup> Trojanow and Zeh (2009), Seite 31

<sup>293</sup> Emile Durkheims Studie „Selbstmord“ Schäfers (2005), Seite 164. Sie bezog sich zwar auf Männer, die in privaten Krisen Selbstmord als Ausweg suchen, doch der Anomie-Begriff trifft die sozial-psychologische Situation zwischen Spannung und Lähmung vieler Bürger gegen Ende des Kalten Krieges m. E. relativ gut.

<sup>294</sup> Trojanow and Zeh (2009), Seite 31

Raketenstationierungen und für den Weltfrieden à la Gandhi langsam zum zivilen Ungehorsam à la Martin Luther King übergehen und Gesetze überschreiten. Mehr dazu im Abschnitt „Innere und äußere Feinde“.

Nach den bisher dargelegten Mechanismen von Aufmerksamkeit und Reagibilität (sowie Aktion/Reaktion) hätte der massive Protest zu Reaktionen in der Atompolitik führen müssen, doch das innenpolitische Problem Westdeutschlands hatte keine Auswirkungen auf die amerikanische Sicherheitsstrategie. Den Amerikanern konnte der Protest der deutschen Öffentlichkeit gleichgültig sein, da sich – nach Galtung und Habermas<sup>295</sup> – das deutsche System-Zentrum gegen seine eigene Peripherie wandte und sich mit Zentrum und Peripherie des politischen Systems der USA solidarisierte. Das deutsche System-Zentrum hatte jedoch gar keine andere Wahl, weil es keine Macht über die Entscheidung der Raketenstationierung hatte: Dies war hoheitlich (sic!) Sache der Besatzungsmacht. Praktisch konnte es den Alliierten ebenfalls gleichgültig sein, denn sie musste nicht durch das deutsche Wahlvolk legitimiert werden. Völkerrechtlich hatte alles seine Ordnung.

Die Anti-Atombewegung führt der Partei der Grünen immer mehr Mitglieder zu. Das Auftreten der „Ökos“ und „Bios“ wird von der Öffentlichkeit zwar belächelt, doch sie gewinnen mehr und mehr Zustimmung durch Wähler.

In Hessen kommt es 1985 zur Bildung der ersten rot-grünen Landesregierung und in diesem Kabinett wird Joschka Fischer Staatsminister für Umwelt und Energie. Die Vereidigung eines Grünen zum Minister sorgt per se für großes öffentliches Aufsehen,<sup>296</sup> dass Fischer an diesem Tag seinen Eid jedoch in Turnschuhen ablegt, schockiert die Presse außerordentlich und bewegt sogar die un-politische Öffentlichkeit nachhaltig.

---

<sup>295</sup> Das auch u. a. im Abschnitt „Weitere Modelle“ im Kapitel „Kommunikationstheorie“ näher vorgestellt wird. Es hat auffallende Ähnlichkeit mit Johan Galtungs Imperialismus-Theorie-Modell aus den 1970er Jahren, innerhalb dessen sich die Zentren der Peripherienationen gegen ihre eigene Peripherie wenden (können). Ein weiterer Bezug wird in Teil III (Kapitel „Informationsflut durch kleine Erzählungen“) hergestellt, wenn es um Gianni Vattimos Rückkopplungsbegriff geht.

<sup>296</sup> Unter anderem deshalb, weil der ihn vereidigende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) zuvor im Rahmen der eskalierenden Proteste gegen die Frankfurter Flughafen-Startbahn „West“, mit deren Akteuren Fischer solidarisiert war, erklärt hatte, wie er zu diesen stand. Legendär wurde Börners Zitat, wonach man Probleme wie die mit den Startbahngegnern „früher auf dem Bau mit der Dachlatte“ gelöst habe. Er ging in die Geschichte als „Dachlatten-Börner“ ein.



**Abbildung: „Fischers Turnschuhe“<sup>297</sup>**

Warum löste Fischers Schuhwerk damals öffentliche Empörung aus? Waren die Turnschuhe als sublimes Symbol zu betrachten? Symbolisierten sie die Infiltration des Offiziellen durch das Zivile? War Fischer als Ex-Sponti nun bei seinem „Marsch durch die Institutionen“ im Rahmen eines subversiven Entrismus am Ziel angelangt? War das Establishment deshalb so beunruhigt, weil dieser Triumph der Zivilgesellschaft „auf leisen Sohlen“ daherkam und in seiner Banalität keinen Anlass zu einem reaktionären Gegenschlag erlaubte? War das Banale des Zivilisten Fischer nach derselben Methode gedacht wie das Tröpfchen, das den Stein höhlt, etwa wie Hitlers Strategie, die Arendt als „Banalität des Bösen“ entlarvt hatte? War die Taktik der kleinen Schritte innerhalb des „Marsches durch die Institutionen“ nach demselben Muster verlaufen, wie die Nazi-Taktik der Bösartigkeit in lauter kleinen Schritten, die in ihrer Lächerlichkeit jeweils so unbedeutend waren, dass sie pro Drehung, die die Daumenschrauben angezogen wurden, in ihrer jeweiligen Schmerz-Intensität keine Gegenreaktion mobilisierten? Oder waren diese Turnschuhe vielmehr nur das Symbol des *Unordentlichen*, mit dem die deutsche Mentalität noch nie gut zurecht kam? Mehr dazu in Abschnitten „Symbole“ und „Politainment“.

### **Atomgefahr atomisiert Widerstand**

Als 1986 im ukrainischen Kernkraftwerk in Tschernobyl ein sogenannter Super-GAU geschieht, kommt es wieder in Abweichung vom Aktion/Reaktion-Schema zu keiner Anti-Atom-Revolution als Gegenbewegung. Arkanpolitik der Sowjetunion und die Desinformationspolitik der Bundesregierung verhindern dies. Die Atomgegner sind vor Schreck erstarrt und die potenziellen Kräfte, die flächendeckend und breitenwirksam zu einer Abkehr von allen politischen Atomplänen hätten mobilisieren

---

<sup>297</sup> Quelle: Focus.de unter: [http://www.focus.de/politik/deutschland/holger-boerner\\_aid\\_112946.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/holger-boerner_aid_112946.html) (10.03.2010)

können, werden durch Verwirrung, Falschinformation und vorauseilenden Gehorsam selbst buchstäblich atomisiert.<sup>298</sup>

Ob die „Methode Desinformation“ zur Zerstreuung von Widerstandsbewegungen<sup>299</sup> bewusst eingesetzt wurde oder tatsächlich aus Mangel an momentan hinreichendem Faktenwissen unbewusst einfach geschah, ist irrelevant. Sie wirkte. Die Privatsender, deren Personal plötzlich im Wetterbericht von Fallout sprechen musste, sind genauso überfordert wie die klassischen Journalisten, denn diese Nachrichtenlage ist neu: Erstens hat die Presse selbst keine Experten für die jetzt interessanten naturwissenschaftlichen Fragen, zweitens haben selbst die Naturwissenschaftler keine adäquaten Antworten, drittens ist die Bundesregierung nicht vorbereitet auf einen Super-GAU und viertens bekommen nicht einmal die Minister Informationen aus dem Sowjetreich. Fünftens informieren die Russen niemanden und schicken ihre eigenen Arbeiter bei der Beseitigung des Schadens in den Tod. Sechstens ist die Weltbevölkerung froh darüber, dass es ihnen dadurch gelingt, den schmelzenden Reaktor<sup>300</sup> in einen Betonsarkophag zu hüllen.

Die Erschütterung durch den Super-GAU ruft also keine adäquate Gegenreaktion der westlichen Zivilbevölkerung<sup>301</sup> hervor. Und selbst wenn: Dies wäre der Ausnahmezustand, wie ihn Machiavelli postuliert hatte: Das System wäre bedroht und selbst wenn es einen schlagkräftigen Aufstand der Massen gegeben hätte, hätten die Notstandsgesetze zur Anwendung kommen können. Doch das ist nicht nötig: Geradezu dankbar geht man zur Tagesordnung über, nachdem feststeht, dass der Wind den radioaktiven Fallout nicht über Westeuropa bringt. Die Radikalität des Super-GAU führt nicht zu einem Trauma, sondern, weil der Wind günstig weht, eben nur zu einem „Beinahe-Trauma“ und ganz wie ein unverletztes Unfallopfer zur Tagesordnung übergeht, ziehen es die Menschen, die nichts von der Katastrophe sehen, riechen, schmecken können, vor, in ihrem Leben weiterzumachen, als sei nichts geschehen.

Getrieben von der Sehnsucht nach Stabilität solidarisieren sich – wieder nach Galtung und Habermas – die Peripherien der Zentrumsnationen mit den Peripherien der Peripherienationen und den Zentren der Zentrums- und Peripherienationen kann dies nur Recht sein. Die Stabilität ihrer Macht bleibt erhalten. Man ist „mit dem Schrecken davongekommen“. Die internationalen Regierungen sehen keinen außerordentlichen Handlungsbedarf.

---

<sup>298</sup> Ein Treppenwitz der Geschichte, wenn es nicht so dramatisch gewesen wäre

<sup>299</sup> „Zersetzung“ durch Desinformation ist ein Instrument der militärischen Propaganda, besonders bekannt geworden durch den reaktionären Terminus „Wehrkraftzersetzung“ im Dritten Reich, für die beobachtete destabilisierende Wirkung von Informationen.

<sup>300</sup> Das Bild des schmelzenden Reaktors mit dem merklich abschmelzenden reaktionären Staat UdSSR zu vergleichen, bietet sich an.

<sup>301</sup> Die östliche wurde noch weniger informiert und dadurch, dass man die Nachricht außerhalb der Ukraine vermutlich nicht einmal durch Mundpropaganda weitertrug und im Alltag keine Einschränkungen wahrzunehmen waren, mobilisierten sich dort auch keine Massen.

Und dieses Gefühl setzt sich in seinen wahrnehmbaren Auswirkungen innerhalb der westlichen Öffentlichkeit fort. Generell dominiert zwar pessimistische Atmosphäre und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sowie die Abonnentenzeitschriften verfallen in staatstragende Trance, doch darüber hinaus – bzw. systemisch gesehen „darunter“, in der Sub-Kultur – erblüht die Mode der Politiker-Verulking, wie sie immer erblüht, wenn offene Kritik nur schwer möglich ist, und mit ihr die Kabarettszene: Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident werden zur bevorzugten Zielscheibe des Spotts. Hans-Dieter Hildebrandt sorgt mit seinem Satiremagazin „Scheibenwischer“ in der ARD für subversiven Wirbel, manchmal sogar für Skandale. Durch eine Nummer fühlt sich der Bayerische Rundfunk sogar genötigt, mitten in der Live-Ausstrahlung der ARD das Programm bayernweit abzuschalten.<sup>302</sup>

Denn auch wenn die politisch-mediale Öffentlichkeit sich relativ schnell vom Tschernobyl-Schock erholt: Der Impuls wirkt noch lange nach und breitet sich in Wellenform aus. Aus den Anti-Atomraketen-Protesten werden Anti-Atomkraft-Proteste, die Umweltschutzverbände verzeichnen wachsenden Zulauf und breite Sympathie. Kunden kaufen politisch korrekt umweltfreundlich ein, Jutetaschen ersetzen Plastiktüten. Es entsteht eine interessante Gegnerschaft zwischen Kunden und Industrie bzw. Wirtschaft: Umweltinteressen behindern Prosperität und bei den Arbeitsplätzen hört der Umweltschutz auf. Bis heute gilt der Erhalt von Arbeitsplätzen sowohl für den Staat als auch für die arbeitende Zivilbevölkerung als das höhere Gut, wenn Umweltschutz-Interessen mit wirtschaftlichen Interessen kollidieren. Die etablierte Presse ist „der lachende Dritte“ und macht weiterhin von Jahr zu Jahr größere Gewinne und expandiert. Konkurrierende Neugründungen scheitern regelmäßig an den unnachgiebig festgewachsenen Vertriebs-Strukturen, die die alteingesessenen Verlage sukzessive in ihrem Interesse ausbauen und festigen.

---

<sup>302</sup> 1986 ging der damals noch besonders CSU-nahe Bayerische Rundfunk soweit, sich für die Dauer der Ausstrahlung einer Folge aus dem gemeinsamen Fernsehprogramm der ARD auszublenden. „Am 22. Mai 1986, wenige Wochen nach der Katastrophe von Tschernobyl, nahm Helmut Oeller, damaliger Fernsehdirektor des BR, an einigen Passagen des Manuskriptes für die Sendung am nächsten Tag Anstoß – unter anderem an einer von Werner Koczwarra geschriebenen Nummer mit dem Titel *Der verstrahlte Großvater*, die von Lisa Fitz vorgetragen werden sollte. Da er kein Gehör für seine Forderung nach ARD-weiten Absetzung der Folge fand, kam es zu der denkwürdigen Entscheidung der Ausblendung, so dass dieser *Scheibenwischer* in Bayern nicht zu empfangen war (in den 1980ern war Satellitenempfang noch nicht allgemein verfügbar). Dies rief sowohl in Bayern als auch deutschlandweit Proteste hervor und wurde als Akt der Zensur gebrandmarkt. Teilweise wurde diese Folge des *Scheibenwischers* dann in SPD-Ortsvereinen und den Münchner Kammerspielen auf Video gezeigt. Die Münchner *Abendzeitung* druckte Auszüge aus dem Manuskript ab. (...) Als unter Franz Josef Strauß begonnen wurde, die zentralen Abschnitte des Rhein-Main-Donau-Kanals endgültig zu errichten, nahm Hildebrandt dies 1982 zum Anlass, die Ereignisse in der Sendung zu karikieren. Dabei bezog er sich explizit darauf, dass Millionen von Quadratmetern Naturschutzgebiet in Form von Feuchtwiesen dem Vorhaben zum Opfer fallen würden, während zugleich eine große Zahl bayerischer Regierungsmitglieder in der Chefetage der entsprechenden Betreibergesellschaften saßen. In einem Sketch dazu wedelte Gerhard Polt mit Geldscheinbündeln und Gisela Schneeberger verteilte Schecks an Politiker. Die bayerische Staatsregierung protestierte beim SFB wegen angeblicher Unterstellungen und eines „bayernfeindlichen Programms“ (Quelle Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Scheibenwischer\\_%28Kabarett%29#Politische\\_Skandale](http://de.wikipedia.org/wiki/Scheibenwischer_%28Kabarett%29#Politische_Skandale), 19.02.2010)

1989 zerbröckelt die Mauer, der Kalte Krieg endet und mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Untergang der Sowjetunion verlieren beide Blöcke ihre jeweiligen Feindbilder. Doch neue Feinde sind schnell gefunden. Die einen finden ihn im Zerstörer der Umwelt, also der Industrie und damit im Kapitalismus, die anderen zuerst im organisierten Verbrechen und später im internationalen Terrorismus. Dazu mehr im Kapitel „Strukturwandel der Öffentlichkeit im frühen 21. Jahrhundert“.

### **Die 90er unter Kohl: Das System bleibt stabil**

Die 1990er sind auch in ihrer ersten Hälfte geprägt von Helmut Kohls Desinteresse, die Öffentlichkeit über seine Entscheidungsfindung zu informieren, geschweige denn sie miteinzubeziehen. Er ist gewählt, er hat die Richtlinienkompetenz und er entscheidet weitgehend autokratisch über Innen- und Außenpolitik nach dem Prinzip der Staats- und Parteiräson und wie eingangs geschildert, folgt ihm die Mainstreampresse. Die Öffentlichkeit verliert nicht völlig das Interesse an Politik, doch da selbst der EU-Umbau praktisch hinter verschlossenen Türen stattfindet, widmet sie sich lieber Themen wie beispielsweise dem langen Donnerstag oder dem Grünen Punkt. Die Deutschen werden zu Weltmeistern im Mülltrennen.

Auch wenn es die Bürgerrechtsbewegung in der DDR war, die mit ihren leisen Montagsgebeten in Leipzig den Anstoß für die „größte friedliche Revolution in der Geschichte“ gab: Es darf sich Helmut Kohl „Kanzler der Einheit“ nennen und er wird dafür als Held verehrt. Fast im Alleingang<sup>303</sup> veranlasste er das Nötige, um die Wiedervereinigung rechtlich einwandfrei und machtpolitisch nach seinen Wünschen und Vorstellungen dessen, was richtig ist, zu gestalten. Abgesehen davon, dass er sich als Kanzler für befugt und befähigt hielt, die Entscheidungen zu treffen, hatte er tatsächlich, wenn man so will, genau in der entscheidenden Phase einfach keine Zeit, das Volk zu befragen, was es denn selber im Sinne des Gemeinwohls für richtig hielt. Die Öffentliche Meinung jedenfalls war ganz auf seiner Seite.

Da der Strukturwandel der wiedervereinigten Öffentlichkeit in der alten, bisher geschilderten westdeutschen Ordnung aufging, wird hier nicht näher darauf eingegangen. Erwähnenswert ist allerdings, dass die neuen Bundesländer ihre eigenen ARD-Anstalten erhielten<sup>304</sup> und der MDR interessanterweise Mitteldeutscher Rundfunk heißt, obwohl es östlich seines Ausstrahlungsgebietes keinen weiteren deutschen Rundfunk der ARD mehr gibt. Der Grund liegt darin, dass der MDR als Nachfolgeorganisation der 1924 gegründeten Mitteldeutschen Rundfunk AG

---

<sup>303</sup> In der kollektiven Erinnerung begleitet von seinem geradezu omnipräsenten Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP)

<sup>304</sup> Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) und Ostdeutscher Rundfunk (ORB). Der ORB fusionierte 2003 mit dem Sender Freies Berlin (sic!) zum Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB)

(MIRAG) gegründet wurde,<sup>305</sup> die unter Berücksichtigung der damals als „Ostdeutschland“ geltenden Gebiete in Schlesien (Breslau) und Ostmark (Königsberg), eben im damals noch mitteldeutschen Sendebezirk von Leipzig aus sendete.<sup>306</sup>

Der MDR und die auflagenstarke *Super Illu*<sup>307</sup> richten sich in ihrem Programm mit bestens ausgestatteten technischen Mitteln am Unterhaltungsbedürfnis der neuen Bundesbürger aus, die wiederum in ihrer Gesamtheit an politischer Berichterstattung nicht sonderlich interessiert sind und im Besonderen kein gesteigertes Interesse an westdeutschen Themen haben, die von den „alten“ bundesdeutschen Medien ausreichend geliefert werden. Eine Kategorisierung in ostdeutsche und westdeutsche Medienrezipienten nach der Wende ist auch heute noch gerechtfertigt. Darüber hinaus gilt das Programm des MDR aus westdeutscher Sicht als etwas „rückständig“, da es durch seinen starken Anteil an volkstümlicher Unterhaltung die Unterhaltungsbedürfnisse des westlichen Publikums während der 1970er widerzuspiegeln scheint, wie die zahlreichen Auftritte des im Westen als antiquiert geltenden Fernsehballetts zeigen.

Alte und neue Bundesländer sind damit beschäftigt, die Wiedervereinigung wirtschaftlich zu verkraften, und westdeutsche und ostdeutsche Bürger gewöhnen sich nur langsam aneinander, so dass sich die Freude nach dem Mauerfall buchstäblich in Grenzen hält. Angesichts der Tragweite der geschichtlichen Ereignisse findet keine angemessene entsprechende Resonanz in der Öffentlichkeit statt. Im Gegenteil: Es wird bemängelt, dass „Die Mauer im Kopf“ weiterbesteht und *Ossis* und *Wessis* nicht wirklich zusammenrücken, sondern lieber ihre gegenseitigen Ressentiments pflegen.

Peter Boenisch, Ex-Chefredakteur mehrerer Springer-Zeitungen und zwischenzeitlicher Regierungssprecher unter Helmut Kohl, sagt 1995: „Es tut keinem

---

<sup>305</sup> Quelle: Deutsches Rundfunkarchiv, unter:

[http://www.dra.de/rundfunkgeschichte/radiogeschichte/organisation/pdf/MIRAG\\_1924-1933.pdf](http://www.dra.de/rundfunkgeschichte/radiogeschichte/organisation/pdf/MIRAG_1924-1933.pdf)  
(21.02.2010)

<sup>306</sup> Quelle: Deutsches Fernsehmuseum Wiesbaden, unter: <http://www.fernsehmuseum.info/geschichte-des-rundfunks.html>, 21.02.2010

<sup>307</sup> „Die Zeitschrift wurde im Sommer 1990 in Ost-Berlin gegründet. Die erste Ausgabe erschien am 23. August 1990 in der DDR, sechs Wochen vor der deutschen Wiedervereinigung. Die zum Burda-Konzern gehörende wöchentliche Zeitschrift wird heute vor allem in Ostdeutschland gelesen und erreicht dort mit einer verkauften Auflage von ca. 494.000 Exemplaren pro Ausgabe (Jahresdurchschnitt 2007 nach IVW) mehr als 3,1 Millionen Leser. Superillu erreichte damit im Osten Deutschlands, nach eigenen Angaben, mehr Leser als *Der Spiegel*, *Focus*, *Stern* und *Bunte* zusammen. Nach der aktuellen Medienanalyse (MA), veröffentlicht im Januar 2008, erreicht Superillu 22,4 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung über 14 Jahren, bundesweit 5,1 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahren.“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Super\\_illu](http://de.wikipedia.org/wiki/Super_illu), 21.02.2010)

Land gut, wenn es zu lange von ein und derselben Partei regiert wird. Es bilden sich Verkrustungen und Filz – das schadet der Demokratie“.<sup>308</sup>

### **Die neue Mitte: Alternativlosigkeit**

Drei Jahre später wird Helmut Kohl als Regierungschef abgewählt. Gerhard Schröder (SPD) wird Bundeskanzler und Joschka Fischer (Die Grünen) sein Vizeminister und Außenminister. Beide gelten in ihren Parteien als Real-Politiker.<sup>309</sup> Erstaunlich ist, wie bis heute ihr Kleidungsstil die kollektive Erinnerung dominiert: Sie tragen noble Anzüge und Schröder präsentiert sich Cohiba-rauchend in elitärer Pose. Der Kontrast innerhalb des tradierten sozialdemokratischen Images bewegt die Öffentlichkeit. Nach anfänglicher Orientierungslosigkeit beginnt das Kabinett realpolitisch immer deutlicher aus der Position der Mitte heraus zu regieren. Viele Gesetze scheitern jedoch am Bundesrat, der weiterhin mehrheitlich von Christdemokraten dominiert wird, und die Öffentlichkeit erzürnt sich über die geringen Fortschritte, die diese Regierung macht. Mehr dazu im Abschnitt „Öffentliche Kritik“, weiter unten.

Die interessanteste Entwicklung der 1980er innerhalb des zähen Strukturwandels der Öffentlichkeit induzierte eine technische Innovation im Bereich des Mobilfunks. Seit 1950 gibt es in der Bundesrepublik öffentliche Mobilfunknetze, doch waren sie bisher nicht auf eine breite Vermarktung ausgelegt. Die einzelnen Netze mit ihren fortlaufenden Buchstaben blieben bis einschließlich des C-Netzes nur beschränkt öffentlich zugänglich und dies war durch analoge Verbreitungstechnik auch nicht anders möglich.<sup>310</sup>

Wirklich breitenwirksam wird erst das digitale D-Netz, das von der Telekom-Tochter auch privatwirtschaftlich vermarktet wird. Schnell springt der Industriegigant *Mannesmann* auf diese Entwicklung auf, erwirbt die Lizenz zum Aufbau und Betrieb des ersten privaten Mobilfunknetzes *D2* in Deutschland und erlebt mit seinem

---

<sup>308</sup> Zitiert aus dem Gedächtnis nach einem persönlichen Gespräch mit der Autorin im Sommer 1995 in München.

<sup>309</sup> „Realpolitik orientiert sich eng an den als real anerkannten Bedingungen und Möglichkeiten. Sie ist auf das rasche Treffen von Entscheidungen gerichtet und zielt auf eine breite Akzeptanz in der öffentlichen Meinung. Abzugrenzen ist sie von eher wertorientierten Ansätzen, die sich auch auf die politische Ideengeschichte beziehen. Ein wichtiges Wesensmerkmal der Realpolitik ist daher die Grundannahme, Werte und darauf basierende Mittel seien letztendlich immer verhandelbar und dispositiv, wenn ein bestimmtes Ziel erreicht werden soll. Seit dem 20. Jahrhundert korrespondiert realpolitisches Handeln mit dem Begriff der Verantwortungsethik, wie er von Max Weber in seinem Vortrag *Politik als Beruf* geprägt wurde.“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Realpolitik> (18.02.2010))

<sup>310</sup> „Das analoge C-Netz war ein zelluläres Mobilfunknetz der deutschen DeTeMobil (früher Deutsche Bundespost). Es war die dritte und gleichzeitig letzte analoge Generation des Mobilfunks in Deutschland mit ca. 850.000 Teilnehmern und vom 1. Mai 1986 bis zum 31. Dezember 2000 in Betrieb. Das erste digitale D-Netz in Deutschland wurde im Juli 1992 von der Telekom-Tochter DeTeMobil eingeführt.“ (Quelle: wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Mobilfunk#Geschichte\\_der\\_Mobiltelefonie\\_in\\_Deutschland](http://de.wikipedia.org/wiki/Mobilfunk#Geschichte_der_Mobiltelefonie_in_Deutschland), 21.02.2010)



privatwirtschaftlichen D2-Angebot in Konkurrenz zu dem der ehemals staatlichen Telekom einen anhaltenden Höhenflug. Der Erfolg ruft wiederum international zahlreiche Unternehmen für Netzentwicklungen und Hardware auf den globalen Plan. 2007 überschreitet die Anzahl weltweit verkaufter Mobiltelefone die Milliardengrenze. Das menschliche Bedürfnis, **miteinander räumlich ungebunden zu kommunizieren**, war bis dahin nicht erkannt und nicht erforscht worden. Anhand der prosperierenden Branche kann konstatiert werden: Es muss gigantisch sein. Selbst Konzerne wie *Mannesmann* sind überrascht vom Erfolg der neuen Telefonie. Politisch hat es allerdings keine Auswirkungen – außer einigen Verordnungen, wie dem Handy-Verbot am Steuer während der Fahrt oder der Rundfunkgebührenverordnung für internetfähige Handys. Darüber hinaus waltet die bereits genannte staatliche Regulierungsbehörde „Bundesnetzagentur“ ihres Amtes, worauf im Zusammenhang mit internetfähigen Handys in Teil III. noch einmal eingegangen wird.

### **1.5 Äußere und innere Feinde – Der Rechtsstaat garantiert „wehrhafte Demokratie“**

---

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion fehlt dem West-Block nun der politische Gegner und erstaunlich schnell findet sich ein Interims-Feind: Das organisierte Verbrechen. So irrsinnig der Kalte Krieg auch war, er gab sozialpsychologisch identifikatorische Stabilität, denn ein gemeinsamer Feind schweißt zusammen. Wie eingangs erwähnt, wurden kritische Journalisten als jene beschimpft, die das eigene System durch ihre offene Kritik an den politischen Gegner verraten. Öffentliche Kritik stellt stets Systeme in Frage: Glaubenssysteme, Ideologien, Normen. Herrschende empfinden Kritik häufig als Destabilisierungsversuche, daher scheint es gelegentlich, als hielten Regierende absichtlich einen äußeren Feind in petto, damit sich die Kritik gegen diesen wendet bzw. die öffentliche Aufmerksamkeit von innenpolitischen Problemen abgelenkt wird. Verstummt die innenpolitische Kritik nicht, wendet sich der Staat je nach Ausmaß seiner konservativen Disposition auch gegen Kritiker im eigenen Land, anstatt das System zu modifizieren. Wie in den drei Axiomen beschrieben, erwarten demnach Konservative, dass sich die Individuen dem System anzupassen haben, und Progressive erwarten, dass sich das System den Umständen anpasst.

#### **Aporie – das Recht, sich Rechte zu erkämpfen**

Nicht nur Minderheiten, sondern vor allem bisher ungehörte oder „unerhörte“ Mehrheiten<sup>311</sup> erhalten durch den historischen und den daran gekoppelten technologischen Strukturwandel in der Geschichte langsam Chancengleichheit auf öffentliche Aufmerksamkeit. Diese Aufmerksamkeitsarbeit ist direkt verbunden mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit und Informationsfreiheit bzw. zunächst einmal nur mit Versammlungen und Informationsaustausch. Das Recht dazu gab es in Deutschland bis zur Weimarer Republik nicht. Um also den Kampf um die

---

<sup>311</sup> Z. B. Arbeiter, Frauen, Pazifisten

Aufmerksamkeit der bisherigen (geistigen) und materiellen Eliten überhaupt erst richtig führen zu können, muss man (als bisher „Unerhörter“) sich vorher Freiheiten und Rechte erkämpfen, was wiederum als „Störungsakt“ an sich schon für Aufmerksamkeit sorgt und im Anschluss sogar zu guten Chancen auf Reformen zugunsten der Betroffenen führt. Das bedeutet, Unfreie/Rechtlose mussten sich erst das Recht erkämpfen, sich Rechte zu erkämpfen. Um diese Aporie zu überwinden oder nicht endlos auf freiwillige Reformen durch die Herrschenden zu warten, mussten sie sich über ihre Rechtlosigkeit hinwegsetzen – eine Logik, die im späten 18. Jahrhundert zu den ersten großen anti-monarchistischen Revolutionen und Konterrevolutionen führte<sup>312</sup>.

### **Exkurs: La grande terreur**

Die politische Rolle der Öffentlichkeit erlebte schon während der Französischen Revolution eine Terror-Episode: Nachdem der dritte Stand sich am 17. Juni 1789 zur „Nationalversammlung“ erklärte, also zu einer Art manifestierter Öffentlichkeit, kurz darauf König und Adel entmachtete, wandte sich das Misstrauen der Jakobiner sofort gegen alles und jeden, auch gegen sich selbst: Um die junge Republik zu schützen, wurde jeder, der auch nur in den Verdacht kam, an ihr zu zweifeln, als Staatsfeind und Konterrevolutionär (mund-)tot gemacht. Der Präsident des Jakobinerclubs galt in der Nationalversammlung als linksradikal, weil er die Abschaffung der Todesstrafe und der Sklaverei forderte. Maximilien de Robespierre bemühte sich, die aufklärerischen Ideale Rousseaus zu verwirklichen, wie er sie verstand: Die Mitglieder einer Gemeinschaft erzeugen in freiwilliger Übereinkunft einen Gemeinwillen. Der Gemeinwille orientiere sich am Gemeinwohl und habe dabei immer Recht. Er gelte absolut, auch wenn Einzelne ihn ablehnen. Er sei nicht einfach der Wille der Mehrheit, sondern derjenigen, die tugendhaft und im Besitz der Wahrheit seien. Jeder, der den Gemeinwillen angreife, stelle sich außerhalb der aufgeklärten Gemeinschaft.

Für Robespierre bedeutete dies, dass die Gegner der Republik nur die Wahl zwischen einer Änderung ihrer Überzeugungen und dem Tod haben durften. Je grausamer die Regierung gegenüber den Verrätern aufträte, desto wohltätiger sei sie gegenüber den Bürgern, ließ Robespierre 1793 verlauten. Die Terrorherrschaft war demzufolge ein notwendiges Übel, um das Volk für den von Rousseau empfohlenen Gesellschaftsvertrag bereitzumachen. Ohne Tugend, meinte Robespierre, sei Terror verhängnisvoll, ohne Terror die Tugend machtlos. Robespierre handelte also ganz nach Machiavelli wie ein Fürst in Notzeiten und diese Phase des „Terreur des Konvents“<sup>313</sup> ging später mit dem Schlagwort „Die Revolution frisst ihre Kinder“ in die Geschichte ein. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren in der ersten Stunde der Macht des dritten Standes schon pervertiert. Daher wurde die Französische

---

<sup>312</sup> Vor dem Hintergrund von Hitlers Aufstieg liest sich die vorangegangene Schilderung nicht ohne politisch korrekte Bauchschmerzen, sah auch er sich als Revolutionär bzw. als Anführer „der Bewegung“.

<sup>313</sup> Trojanow and Zeh (2009), Seite 33

Revolution, anders als die amerikanische, von vielen Zeitgenossen ganz und gar nicht als Fortschritt gesehen: Hegel sprach von ihr als einer „Fürchterlichkeit“<sup>314</sup> („La Grande Terreur“).

### **Exkurs: Herrschaftsbegrenzung statt Herrschaftsbegründung**

Nach Aufstieg und Fall Napoleons und der Phase der Restauration begannen Mitte des 19. Jahrhunderts die Revolutionen in den Staaten des Deutschen Bundes. Unter dem Gesichtspunkt der Staatstheorie sieht Staatsrechtler Christoph Möllers die Haltung der Juristen und Staatsrechtslehrer bis zum Nationalsozialismus in der Tradition der „Verrechtlichung monarchischer Herrschaft“: „Die Idee einer demokratischen Revolution spielte in der Staatsrechtswissenschaft in Deutschland vor und nach 1848 nur eine geringe Rolle. **Die deutsche Geschichte kennt keine jakobinische Staatsrechtswissenschaft.** Das Vorbild lag in England, aber bereits vor 1848 mit deutlich parlamentskritischer Ausrichtung. Nach 1848 ging es verfassungspolitisch nur noch um Herrschaftsbegrenzung<sup>315</sup> – nicht um Herrschaftsbegründung – durch Recht unter dem Stichwort des Aufbaus der Rechtsstaatlichkeit (...), also einer gerichtlich kontrollierten, aber nicht demokratisch legitimierten politischen Ordnung.“<sup>316</sup> Die auch heute noch weitreichende Auffassung der konzeptionellen Gegnerschaft von Staat und Gesellschaft konkretisiert Möllers folgendermaßen: „In fester Kontinuität zum Kaiserreich operierten wesentliche Teile der Weimarer Staatsrechtslehrer mit der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, die sich im politischen Gegeneinander von Exekutive und Parlament institutionalisierte.“<sup>317</sup>

Festzuhalten ist, dass unter dem Gesichtspunkt die Kriminalisierung von nicht-regierungsinduzierten politischen Handlungen ein Trend ist („nicht rechtens“) und dass nicht nur eine Sphärentrennung zwischen Regierten und Regierenden besteht, sondern sich auch die Grenze zwischen legal und illegal weiter verschiebt, zu Ungunsten der Nicht-Regierenden, da die Regierenden die Gesetze machen.<sup>318</sup>

In John Lockes Gesellschaftsvertrag ist eine einfache Gleichung erhalten, die im Streitfall Rechtssicherheit gibt und die als Rechtfertigung für zivilen Widerstand gilt: „Jeder, der in seiner Autorität über die ihm gesetzlich eingeräumte Macht hinausgeht (...) hört in dieser Beziehung auf, Obrigkeit zu sein; und da er ohne Autorität handelt, darf ihm Widerstand geleistet werden.“<sup>319</sup> Despotie begründet als illegitime Herrschaftsform nach Ansicht vieler Staatstheoretiker ein Widerstandsrecht, das in Deutschland in Artikel 20 grundgesetzlich garantiert ist. Der Parlamentarische Rat

---

<sup>314</sup> Vgl. Hegel § 29 + § 75

<sup>315</sup> Andere Beispiele von Grande Terreur sind die im Kapitel „Totalitarismus“ erwähnten.

<sup>315</sup> Auch hier wieder ein Hinweis auf die gegenseitige Kontrolle und „Austarierung“ von Mächten.

<sup>316</sup> Möllers (2008), Seite 15

<sup>317</sup> Möllers (2008), Seite 25

<sup>318</sup> Siehe unten

<sup>319</sup> Bergsträsser and Oberndörfer (1962), Seite 209, hier in: Wesche, Eberhard, Ethikwerkstatt, unter: [http://www.ethik-werkstatt.de/Klassische\\_Vertragstheorie.htm#Locke](http://www.ethik-werkstatt.de/Klassische_Vertragstheorie.htm#Locke) (30.01.10)

hatte bekannte Gründe, sich der Lockeschen Idee anzuschließen und so lautet der entsprechende Paragraph im Grundgesetz: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“<sup>320</sup> In der Festlegung auf die freiheitliche demokratische Grundordnung<sup>321</sup> verkörpert sich die Absage der verfassungsgebenden Versammlung an ein relativistisches Demokratieverständnis, wie es der Weimarer Verfassung zugrunde lag, und die Hinwendung zur wehrhaften, abwehrbereiten, zur sog. „streitbaren Demokratie“.

Diese Wehrhaftigkeit gilt nach innen und nach außen: Wenn innenpolitisch ein neues Verständnis von Demokratie aufkommt, kann die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch nichts außer Kraft gesetzt werden, selbst wenn man über eine 2/3-Mehrheit verfügte.

Dadurch, dass dieser Grundsatz als Gegenangriff (Reaktion) ausgelegt ist, entsteht grandiose Verwirrung, denn es beruft sich der Staat darauf, wenn er sich bedroht sieht, und es berufen sich die Bürger darauf, wenn sie sich durch den Staat (Despotie) bedroht fühlen. Welche Rolle spielt in diesem besonderen Theaterstück die Öffentlichkeit bzw. die Presse?

Wie man am Strukturwandel der Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert und um die Jahrtausendwende sehen kann, s. u., verwandelt sich, je nach Vorzeichen, die öffentliche Meinung in die offizielle Meinung.<sup>322</sup> Ist beispielsweise das System der Bunderepublik Deutschland durch strauchelnde Banken gefährdet, die als „systemrelevant“ gelten, hat die Öffentlichkeit keine Wahl: Gegen Rettungsmaßnahmen zu protestieren, hieße das System zu destabilisieren und damit sich selbst als Allgemeinheit und als Individuum zu destabilisieren. Gerade der Massenmensch geht dieses Risiko nicht gern ein.<sup>323</sup>

Ist der Staat von atombesessenen Islamisten bedroht, würde eine Kritik an Atomwaffen und Militarismus den innenpolitischen Rückhalt schwächen, Umfragen würden zeigen, dass derartige Politik keine Zustimmung findet, und das nützt dem mutmaßlichen „Feind“.

Es treten also mit jedem Wechsel der Blickrichtung immer die gleichen Vorzeichenwechsel bei der Bewertung des Gesehenen auf, wie wir an den Beispielen aus früheren Dekaden schon gesehen haben: Jede Regierung braucht Zustimmung oder

---

<sup>320</sup> [http://bundesrecht.juris.de/gg/art\\_20.html#Seitenanfang](http://bundesrecht.juris.de/gg/art_20.html#Seitenanfang)

<sup>321</sup> der Begriff wird an mehreren Stellen verwendet, u. a. in Art. 10 Abs. 2 Satz 2, 18, 21, 73 Nr. 10b, 87a Abs. 4, 91

<sup>322</sup> Und das betrifft später auch das Internet, wie wir noch sehen werden

<sup>323</sup> Vgl. Ortega y Gasset (1984)

Duldung und wenn sie diese nicht erhält, muss sie die Entwicklung von Protest unterdrücken, um ihr System zu erhalten.<sup>324</sup>

Komplizierter, aber auch interessanter wird diese Schlussfolgerung, wenn es im Zuge der Globalisierung und der fortschreitenden Fragmentierung der Gesellschaft keine Pole mehr gibt, zwischen denen die Blickrichtung und die Bewertung des Gesehenen wechseln kann; wenn es zu jedem Standpunkt über die immer fraktalere Öffentlichkeit auch einen Gegenstandspunkt gibt, der Protestkraft entwickelt, weil eine Eindämmung der Meinungs- und Willensbildung und eine Umwandlung von Wille in Tat unmöglich wird. Mehr dazu im dritten Teil: „Freiheit“.

Ganz im Sinne Machiavellis erfordern ungewöhnliche Situationen ungewöhnliche Maßnahmen und vor dem Hintergrund eines „äußeren Feindes“ gelingt es auch demokratischen Regierungen, auf parlamentarischem Wege gültige Gesetze zu verabschieden, die eine legale Einschränkung der Bürgerrechte ermöglichen, um zum Schutze des Landes/des Systems handlungsfähig zu bleiben. Im Falle eines Not- oder Ausnahmezustands<sup>325</sup> soll es erlaubt sein, beispielsweise Versammlungsfreiheit, Postgeheimnis oder Informations- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Dieser Maßnahmenkatalog ist unter dem Schlagwort „Wehrhafte Demokratie“ bekannt. Im Verteidigungsfall soll die Handlungsfähigkeit der Regierung gestärkt werden, in dem man (temporär) die demokratischen Mitbestimmungsgelegenheiten aussetzt.

Das Problem solcher Notstandsverordnungen ist, dass sie außerordentlich paradox sind: Um das Grundgesetz zu schützen, muss man es ggf. verändern. Und der Maßnahmenkatalog für den Ausnahmefall ist gesetzlich legal, auch wenn er gegen die eigenen Bürger (als innere Feinde des Systems identifizierte Individuen) eingesetzt wird.<sup>326</sup>

---

<sup>324</sup> Vgl. Machiavelli und Erasmus von Rotterdam bei Noelle (1990), Seite 387

<sup>325</sup> „Im Ausnahmezustand werden zeitweilig die Verfassung oder einzelne ihrer Bestimmungen außer Kraft gesetzt, wobei eine Kompetenzverlagerung von der Legislative auf die Exekutive und – in Bundesstaaten – von den Gliedstaaten auf den Bund stattfindet. Außerdem werden gewisse Grundrechte eingeschränkt oder vorübergehend außer Kraft gesetzt (z. B. Wirtschaftsfreiheit, Pressefreiheit, Postgeheimnis, Schutz der Wohnung). Ein weiteres Merkmal ist der Einsatz der Streitkräfte zur Gefahrenabwehr im Rahmen des Ausnahmezustands. Häufig wird auch eine Befugnis zu Erlassen oder Notverordnungen erteilt, die Gesetzeskraft haben. Einer der wesentlichen Züge des Ausnahmezustands ist somit die vorübergehende Aufhebung der Gewaltenteilung im Sinne einer effektiven Regierungspraxis. Die Beendigung des Ausnahmezustands erfolgt häufig auf dem Weg eines formellen Gesetzes, das auch die Rechtsfolgen der während des Ausnahmezustandes getroffenen Entscheidungen regelt.“ (Quelle: Wikipedia, 10.01.2010)

<sup>326</sup> Daran ändert auch ein „Primat der Politik“ nichts.

## **Innere Feinde**

Wenn ein Staat Notstandsgesetze zur Abwehr gegen seine eigenen Staatsbürger einsetzt, die fest davon überzeugt sind, sich auf dem Boden der jeweiligen Grundordnung zu bewegen, während sie mit dem Ziel, dem wahren Wert der Verfassung zur Geltung zu verhelfen, gleichzeitig staatliche Institutionen oder Politiker attackieren, wird es durchaus kompliziert. Wendet sich also der Staat zum Schutz des eigenen Systems nicht dann auch gegen sich selbst?

## **Unerhörte erhalten politische Macht durch Öffentlichkeit**

Was wir aus der Geschichte des stetigen Strukturwandels der Öffentlichkeit seit Perikles lernen, ist, dass stets bisher „Unerhörte“ einen harten Kampf gegen manifestierte Ideologien führen mussten, um sich Aufmerksamkeit, Gehör und schließlich Anerkennung ihrer Interessen zu verschaffen. Um Beachtung zu finden, mussten sie etwas Herausragendes<sup>327</sup> erbringen. Um eine Reaktion zu erzeugen, musste dieses Spektakuläre irgendwie das Gemeinwohl (positiv) beeinflussen. Um als positiv für das Gemeinwohl erkannt zu werden, mussten diese Aktionen in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Ob das Streben des Proletariats nach politischer Macht profane ökonomische Gründe hat oder einer politischen Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit<sup>328</sup> entspringt, ist irrelevant.<sup>329</sup> Die Frage nach der Moral stellt sich bei der Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit nicht. Wie oben erwähnt, sind die Interessen der Öffentlichkeit ernst zu nehmen, wie Habermas sagte, „wenn sie nur für die Ausübung sozialstaatlicher Herrschafts- und Verwaltungsfunktionen relevant sind“ (s. o.). Das können Verhaltensweisen Einzelner (Reformer, Revolutionäre, Renegaten, Sektierer, Spinner, Genies etc.) sein, die in den Fokus der Herrschenden oder Verwaltenden drängen – oder Massen. Je mehr Menschen mobilisiert werden, umso schneller geschehen Veränderungen, eben weil „die Ausübung von Herrschaft“ un-ignorierbar betroffen ist.

## **Öffentliche Moral contra Justitia**

Interessanter als die Frage nach der moralischen Grundlage jener Strukturwandel ist die nach der rechtlichen Grundlage. Wie eng Demokratie und Rechtsstaatlichkeit miteinander zusammenhängen, ist an der jeweiligen Größe des Spielraums abzulesen, den die Akteure haben: Denn dass diejenigen Individuen, die durch ihre Kritik andere

---

<sup>327</sup> Vgl. Suffragetten-Aktionen, Aktionen der Bürgerrechtsbewegung wie „Montgomery-Bus-Boycott“, viele sachbeschädigende Greenpeace-Aktionen etc.

<sup>328</sup> Wie bei den unfreien Griechen (Hoptiden, Mentöken usw.), die, ihrer eigentlichen „Gleichheit“ bewusst, darauf drängten, ebenfalls Mitsprache in der Polis zu erhalten (Meier 1970). Aristoteles war, obwohl selbst Metöke, dagegen.

<sup>329</sup> Skeptiker unterstellen beispielsweise den Bürgern der DDR, vorwiegend aus ökonomischen Gründen ihre Revolution gestartet zu haben, denn aus freiheitlichen Gründen.

inspirierten und über kurz oder lang tatsächlich wahrnehmbare Strukturwandel der gesamten Öffentlichkeit herbeiführten – und dadurch auch politische Veränderungen – ist klar. Dass sie sich dazu in der Geschichte moralisch meistens im Recht fühlten und glaubten, der Gerechtigkeit Genüge zu tun, ist ebenfalls unstrittig. Aber dass sie in den meisten Fällen kein Gesetz<sup>330</sup> auf ihrer Seite hatten, das es ihnen erlaubte, diese Strukturwandel ungestraft, geschweige denn ungehindert herbeizuführen, sie also den „Rechtsweg“ nicht beschreiten konnten, bedarf einer näheren Betrachtung.

Denn Demokratie ermöglicht nicht nur Rechtsstaatlichkeit, sie setzt Rechtsstaatlichkeit selbst voraus. Und genauso ermöglicht die Öffentlichkeit nicht nur den Rechtsstaat: Sondern, um sich zu manifestieren, zu existieren, zu artikulieren und zu überleben, bedarf sie rechtlicher Sicherung/Rechtssicherheit. Also sind wie auch immer herbeigeführte Strukturwandel der Öffentlichkeit meistens, bis der jeweils neuen Erscheinungsform eine gesetzliche Grundlage eingeräumt wird, illegal.<sup>331</sup> Die Öffentlichkeit wird unter rechtlichen Gesichtspunkten zum Synonym für Freiheit bzw. dem „Recht auf die Freiheit, kommunizieren zu dürfen“, wie oben bereits mehrfach festgestellt. Und wenn sich das Vorzeichen ändert, mag sich ein Umsturz im Nachhinein als legitim bezeichnen lassen, was aber von der Regierung eines Regimes in nicht- oder vordemokratischen Systemen stets als illegal bzw. verbrecherisch empfunden wird. Kurz: Wann auch immer ein Herrscher Kräfte registriert, die seine Macht einschränken, wird er sie vermutlich als illegal/illegitim einstufen und reaktionär handeln, wenn nicht ein wahrhaft demokratischer Geist sein Handeln bestimmt und er Kritik als Teil seines veränderbaren – also in seiner Struktur wandelbaren – Systems akzeptiert. Strukturwandel von Systemen sind Indikatoren für die Wirksamkeit des Rechts auf die Freiheit zur Kommunikation. Staatsrechtler Christoph Möllers hat für stets nachgeordnete juristische Legitimierung von sozialen Sachverhalten eine profane Begründung: „Während die Politik- und Sozialwissenschaften gesellschaftliche Entwicklungen beobachten und manchmal thesenhaft vorwegzunehmen scheinen, ist es für die Rechtswissenschaften wenig sinnvoll, sich mit Phänomenen auseinanderzusetzen, die nicht in irgendeiner Form – von Reaktionen des Gesetzgebers über die Verwaltungspraxis bis zu gerichtlichen Konflikten – im Rechtssystem angekommen sind. Recht fungiert insoweit selbst als ein reaktives gesellschaftliches Medium, und darauf hat die Rechtswissenschaft Rücksicht zu nehmen.“<sup>332</sup> Hier wurde Habermas Erklärung der sozialstaatlichen Wirkung der Öffentlichen Meinung gleichzeitig zu einem rechtfertigenden rechtstaatlichen Argument. Zur Erinnerung: „Die Beziehung zur Herrschaft wächst ihr [der Öffentlichen Meinung] sozusagen hinterrücks zu: die ‚privaten‘ Wünsche nach Autos und Kühlschränken fallen unter die Kategorie ‚Öffentliche Meinung‘ ebenso

---

<sup>330</sup> Oder das Gesetz nicht praktiziert wurde, wie das Recht auf Meinungsfreiheit in der DDR

<sup>331</sup> Wie zum Stichwort Herrschaftsbegründung von Staatsrechtler Christoph Möllers erklärt und weiter unten präzisiert.

<sup>332</sup> Möllers (2008), Seite 111

wie alle übrigen Verhaltensweisen beliebiger Gruppen, wenn sie nur für die Ausübung sozialstaatlicher Herrschafts- und Verwaltungsfunktionen relevant sind.<sup>333</sup>

Staatliche Reaktion auf Bewegungen innerhalb der Bevölkerung erfolgt nur, nachdem diese Bewegung insoweit mobilisiert wurde, dass ihre Kraft als Impuls für entsprechende sozialstaatliche bzw. rechtsstaatliche Maßnahmen (Reagibilität) ausreicht. Und, wie wir in Teil II genauer sehen werden, reagiert Politik nur, wenn sie um ihre Legitimierung fürchten muss.

Da Ausländer kein Wahlrecht haben, braucht die Politik nicht zu fürchten, dass die Unzufriedenheit dieser Mitmenschen sich im Wahlergebnis niederschlägt.<sup>334</sup> Wie bereits in Athen waren „Mitbewohner“ politisch unfrei, also nicht legalisiert, auf der Agora mitzudiskutieren und mitzuzuscheiden. Dieser Logik folgend, erfolgt beispielsweise die sukzessive Verschärfung des Asylrechts in Deutschland legal. Solange die Interessen der „Unfreien“ nicht ans Licht der Öffentlichkeit geraten, in unserer Zeit mithilfe der Presse, braucht die Politik keine Sorge zu haben, ihre Legitimierung zu verlieren – weil sie Zustimmung voraussetzen kann.

Unfreie und Unerhörte haben erst eine Chance auf politische Reagibilität, wenn die Politik keine Zustimmung mehr voraussetzen kann, also ihre Legitimität in Frage steht. Um eine staatliche Reaktion zu erreichen, muss der Druck der Öffentlichkeit in Form von Ablehnung, soll er nicht das System gefährden, ein Ventil finden: Geht die Handlungsbereitschaft der Politik in effektive Resultate über und wird die Gesetzgebung entsprechend geändert, sinkt der Druck, als wenn ein Schalter umgelegt wurde. Mit anderen Worten, die Öffentlichkeit besitzt die Androhung von Entzug der Legitimierung als Druckmittel.

### **Reformer, Renegaten und Relegation**

Warum bei der Betrachtung von Strukturwandel der Öffentlichkeit der Grat zwischen Reformern und Renegaten so schmal ist, soll im Folgenden erläutert werden. Wir werden sehen, inwieweit diese Grenze zwischen Recht und Unrecht ein Hauptproblem für jene Individuen ist, die die politische Rolle der Öffentlichkeit nutzen, um die Struktur eines Systems zu verändern. Als Problem werden offiziell (und im Zuge dessen auch öffentlich!) nicht so sehr Einschränkungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten durch den Staat (Legislative, Judikative und/oder Exekutive) empfunden, sondern die – und das ist das „Verrückte“ – Einschränkungen der Staatsmacht durch – sie als legitim empfindende – Zivilisten: Diese sind zunächst immer illegal – oder werden vom Staat als illegal/illegitim empfunden – und es sind Individuen, die inhaftiert werden, wie einst Rudolf Augstein und nicht „die Öffentlichkeit“ als

---

<sup>333</sup> Habermas (1990), Seite 352



Gruppe.<sup>335</sup> Oder es sind die „störenden“ Individuen, die ausgewiesen und ausgebürgert werden, wie Kurt Tucholsky, das Paradebeispiel des unbeugsamen, kritischen Journalisten. Auch in Athen und Rom wurden „unerhörte Subjekte“ ins Exil verbannt. Ihnen haftet im Zuge der Verbannung immer das Stigma des Unwürdigen an, wie schon Hannah Arendt bemerkte, der 1937 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde und die Staatsbürgerschaft ansah als das „Recht, Rechte zu haben.“<sup>336</sup> „Wen immer die Verfolger als Auswurf der Menschheit aus dem Lande jagten – Juden, Trotzkiten und so weiter –, wurde überall auch als Auswurf der Menschheit empfangen, und wen sie für unerwünscht und lästig erklärt hatten, wurde zum lästigen Ausländer, wo immer er hinkam.“<sup>337</sup>

Arendt forderte, eine Analyse der rechtlichen Situation der Flüchtlinge müsse die Grundlage einer neuen Theorie des politischen Handelns werden, denn dies würde in allen bisherigen vernachlässigt.<sup>338</sup>

Kern des Problems ist der Machterhaltungs- und erweiterungstrieb von Regierungen, die kaum pro aktiv die Rechte und Freiheiten der Bürger vergrößern. Postulate vom destruktiven oder feigen Naturzustand des Menschen, den es zu bändigen gilt durch den Staat (vgl. Machiavelli, Hobbes, Rousseau, Kant) oder dem des Staates, den es zu bändigen gilt, durch das Gesetz (Schmidt, u. v. m.) können von den Apologeten eines humanistischen, romantischen Weltbildes nicht wirklich überzeugend widerlegt werden.

Bleibt politische Ethik nach dem Aristotelischen Ideal vom „guten Leben“ eine Utopie? Sind die faktischen, destruktiven Impulse wie Machtgier, Habsucht, Feindseligkeit als politisch normierende Kräfte gegenüber dem zahnlosen kategorischen Imperativ vom vernünftigen Miteinander überlegen? Und welches sind die Konsequenzen daraus?

Während man es einerseits als Kritik am Parlamentarismus und damit an der Demokratie per se verstand, dass Carl Schmitt 1923 das parlamentarische System als demokratische Ausdrucksform für gescheitert erklärte, muss man unter dem Gesichtspunkt der politischen Rolle der Öffentlichkeit seine Kritik andererseits nicht vielmehr als Klage verstehen über das Scheitern eines unausgereiften Prototyps? Ist seine Kritik nicht eventuell die eines Reformers, auch wenn ihm durch seine opportunistische Haltung während der NS-Zeit im Nachhinein jegliche Glaubwürdigkeit fehlt. Henning Ottmann schildert Carl Schmitts umstrittene Position

---

<sup>335</sup> Sieht man einmal davon ab, dass sich große Teile der Bevölkerung der DDR inhaftiert fühlten.

<sup>336</sup> Vgl. Arendt, Hannah: *We Refugees*. Menorah Journal, 1943. Interessante Beiträge dazu auch im Gesamtwerk von Seyla Benhabib

<sup>337</sup> Arendt (2009), Seite 563

<sup>338</sup> Sie forderte im Aufbau einer jüdischen Zeitschrift – schon vor dem Erscheinen des Essays „We Refugees“ – eine jüdische Armee innerhalb der alliierten Truppen (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Wir\\_Fl%C3%BCchtlinge](http://de.wikipedia.org/wiki/Wir_Fl%C3%BCchtlinge), 16.02.2010)

als eine Art des Bedauerns: „Öffentlichkeit“ war die bürgerliche Forderung gewesen gegen die Arkanpolitik der Fürsten, „Diskussion“ das bürgerliche Prinzip der Hoffnung auf die überzeugende Kraft rationaler Verständigung. Beides war in den modernen Massendemokratien seines Sinns beraubt. An die Stelle freier Meinungskonkurrenz waren Propaganda und Techniken der Massenbeeinflussung getreten, an die Stelle rationaler Diskussion die auf Machtgewinn und Machterhalt gerichtete Parteipolitik, und die Öffentlichkeit politischer Diskussion war abgelöst worden von einer neuen Geheimpolitik der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Die Realität des Parlamentarismus entsprach seiner „Idee nicht mehr“, so Ottmann.<sup>339</sup> Vielleicht muss man Schmitt glauben, wenn er im Rahmen der Verhöre in Nürnberg angibt, er habe nur „eine Diagnose gestellt“<sup>340</sup>. So gesehen, ließe sich Schmitts merkwürdiges Verhalten auch als eine Provokation interpretieren, um Protest bzw. Reaktion bzw. Reformen zu bewirken, wie dies offensichtlich Gabor Steingart mit seinem Aufruf zum Nichtwählen (s. u.) eine Stärkung der Demokratie bewirken möchte und Schmitts spätere Haltung als eine Art „innere Emigration“.<sup>341</sup> Wie auch immer man Carl Schmitts Lebenswerk beurteilt, ist ihm immerhin eine treffende Vision des zehn Jahre später eintretenden praktizierten Nationalsozialismus sowie des achtzig Jahre später praktizierten Politik-Pessimismus gelungen.

Die Demokratie war schon bei den Griechen als Staatsform nicht unumstritten, gewährte sie beispielsweise den Bürgern das Recht, Mitbürger, die als Gefahr für die Demokratie angesehen wurden, in die Verbannung zu schicken (Ostrakismos, Scherbengericht) – eine Praxis, die recht häufig angewendet wurde.

Die Gefahr von Ausgrenzung ist für Individuen, die einen Strukturwandel erreichen wollen, das große Problem. Um innerhalb der bestehenden Ordnung einen Strukturwandel zu erreichen, müssen sie den Anschein vermeiden, illegal zu handeln, also dürfen sie keine kriminellen Aktionen durchführen, um zu erreichen, dass ihr Thema aus dem „Entborgenem“ heraustreten kann, um im Lichte der Öffentlichkeit betrachtet und diskutiert zu werden. Herausragende Beispiele dieser Methode sind Luther und Kant: „Kants System erregte bald nach dem Erscheinen der ersten Hauptwerke in allen Teilen Deutschlands sowie im Ausland das größte Aufsehen. In seinem Vaterland Preußen witterte man aber unter der Regierung Friedrich Wilhelms II., als der freisinnige Minister v. Zedlitz durch den vormaligen Prediger Wöllner (1788), den Urheber des Religionsedikts, ersetzt worden war, in K. einen gefährlichen Neuerer. Nach der Herausgabe seiner ‚Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft‘ erschien 1794 eine Kabinettsorder, die deren Verfasser wegen ‚Entstellung und Herabwürdigung des Christentums‘ einen Verweis erteilte und allen theologischen und philosophischen Dozenten der Königsberger Universität untersagte,

---

<sup>339</sup> Ottmann, Henning „Schmitt, Carl“ in: Ballestrem and Ottmann (1990), Seite 67

<sup>340</sup> Zitiert nach: Ottmann, Henning „Schmitt, Carl“ in: Ballestrem and Ottmann (1990), Seite 79

<sup>341</sup> Relativierende Argumente für Schmitts als Entgleisung empfundene Haltung werden von Betrachtern seines Oeuvres als nicht opportun eingestuft.

über jenes Werk Vorlesungen zu halten. In einem Verantwortungsschreiben erklärte K., sich aller öffentlichen Vorträge über Religion auf dem Katheder und in Schriften enthalten zu wollen. Nach dem Tode Friedrich Wilhelms II., dem er dies Versprechen gegeben, glaubte er sich wieder berechtigt zu Äußerungen über Religion<sup>342</sup>, schreiben die Autoren von Zeno.org über Kants Leben. Einer, der diese Methode nicht in Betracht zog, war Sokrates. Er musste sterben.

Denn werden Häretiker als „Kriminelle“ verfolgt, es bleibt ihnen nur die Flucht aus dem System heraus (Exil) oder der Weg in den Untergrund.

Die Gratwanderung, innerhalb eines für fragwürdig erachteten Systems zu agieren, ohne die Grenze zur Illegalität zu verletzen, ist Gegenstand der Konzepte des „passiven Widerstandes“ (Gandhi) und des „Zivilen Ungehorsams“ (Martin Luther King<sup>343</sup>).

Ziel des Zivilen Ungehorsams ist es, Unrecht zu beseitigen bzw. Gerechtigkeit (wieder) herzustellen. Der Weg dahin führt durch symbolische Verstöße zunächst über die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ans „Lichte der Öffentlichkeit“, damit hier das Thema diskutiert wird, in der Hoffnung, dass die öffentliche Meinungsbildung dazu führt, dass diese zugunsten der Ungehorsamen votiert. Der Ungehorsame nimmt bewusst in Kauf, auf Basis der geltenden Gesetze für seine Handlungen bestraft zu werden. In der Regel beansprucht er ein Recht auf Widerstand für sich, das sich jedoch von einem verfassungsgemäß gegebenen Widerstandsrecht<sup>344</sup> unterscheidet. Demjenigen, der *zivilen Ungehorsam* übt, geht es damit um die Durchsetzung von Bürger- und Menschenrechten innerhalb der bestehenden Ordnung, nicht um Widerstand, der auf die Ablösung einer bestehenden Herrschaftsstruktur gerichtet ist.

1959 reiste Martin Luther King nach Indien, um Gandhis Prinzip des „Satyagraha“<sup>345</sup>, des gewaltlosen Widerstandes, besser kennenzulernen. Passiver Widerstand ist nach den Prinzipien der Presse, wie sie in Teil II deutlicher erklärt werden, kein geeignetes Werkzeug, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Man dürfe Gandhi nur „auf eigene Gefahr“ ignorieren, teilte er mit, womit er die Bereitwilligkeit ausdrückte, aktiv zu werden, für den Fall, dass passiver Widerstand nicht ausreicht, um die Reagibilität der

---

<sup>342</sup> <http://www.zeno.org/Meyers-1905/A/Kant>

<sup>343</sup> Auch Henry David Thoreau gilt als „moderner Vater des Zivilen Ungehorsams“: er weigerte sich 1846, Steuern zu zahlen, um auszudrücken, dass sein Gewissen es ihm verbiete, die Sklaverei und den expansiven Mexiko-Krieg zu unterstützen, und kam dafür ins Gefängnis. Eine ähnliche Argumentation verfolgte die RAF in den Stammheimer Prozessen: Ihre Verteidiger führten das Recht auf Widerstand an, weil die Gruppe mit ihren Anschlägen auf Einrichtungen und Personen des US-Militärs verhindern wollte, dass diese Menschenrechtsverletzungen in Vietnam begehen.

<sup>344</sup> In Deutschland nach Artikel 20 GG geregelt, siehe oben.

<sup>345</sup> „Satyagraha (Sanskrit: सत्याग्रह satyāgraha) ist eine von Mahatma Gandhi entworfene politische Strategie, die im Kern darauf beruht, die Vernunft und das Gewissen des Gegners anzusprechen durch die eigene Gewaltlosigkeit und die Bereitschaft, Schmerz und Leiden auf sich zu nehmen (*soul force*)“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Satyagraha>, 10.03.2010)

Entscheidungsträger zugunsten GLEICHBERECHTIGUNG und der Gleichstellung zu beeinflussen. Und in der Tat, erst als die Black Panthers radikaler wurden und über ihre Aktionen flächendeckend in der Presse berichtet wurde, rückten die Belange der Farbigen ins öffentliche Bewusstsein und man diskutierte auch über die Hintergründe und dies wiederum beeinflusste den Gesetzgeber. Ein Mechanismus, der in der Geschichte ständig in Kraft tritt: Ungehorsam – öffentliche Aufmerksamkeit – Diskussion – Reaktion durch Gesetzesanpassung ersetzt das Reaktionsmuster despotischer Regierungen. Dieser Mechanismus wird durch die Presse als „Herstellerin von Öffentlichkeit“ gefördert und beeinflusst. Mehr dazu in Teil II.

### **Zivilgesellschaft am Rande der Legalität – Antiautoritäre Autonome**

Die lange Vorrede zeigt, dass die Gefahr eines Systems nicht allein von geistesgestörten Irren ausgehen muss, die ideologische Glaubenskriege mit dem Ziel einer neuen Weltordnung anzetteln, es reicht den Paranoiden allein der Verdacht, dass Andersdenkende IHRE Weltsicht bedrohen, als Impuls, um perverserweise die Strukturen des Systems zur Verhinderung dessen so zu verändern, dass diese selbst totalitäre Züge annehmen.

In seinem „Zentrum-Peripherie-Modell“<sup>346</sup> hat Habermas den Stellenwert zivilgesellschaftlicher Teilöffentlichkeiten und deren Austauschbeziehung mit der Regierung dargelegt<sup>347</sup>. Regierung und Verwaltung, Parteien, der parlamentarische Komplex sowie das Gerichtswesen bilden demnach also das Zentrum des politischen Systems. Dieses Zentrum grenzt sich durch formelle Entscheidungskompetenzen von der Peripherie ab. An der Peripherie befinden sich Assoziationen und Verbände, „die gegenüber Parlamenten und Verwaltung [...] gesellschaftliche Probleme zur Sprache bringen, politische Forderungen stellen, Interessen oder Bedürfnisse artikulieren und auf die Formulierung von Gesetzesvorhaben oder Politiken Einfluß nehmen.“<sup>348</sup> Die Öffentliche Meinung, wie sie Habermas in Strukturwandel der Öffentlichkeit beschreibt, s. o., entsteht also in der Peripherie. Die Peripherie umfasst dabei ein breites Spektrum von großen Interessenverbänden, Kirchen, karitativen Verbänden bis zu „public-interest-groups“ und lose assoziierten Gruppen etc.<sup>349</sup> „Diese meinungsbildenden, auf Themen und Beiträge, allgemein auf öffentlichen Einfluß spezialisierten Vereinigungen gehören zur zivilgesellschaftlichen Infrastruktur einer durch Massenmedien beherrschten Öffentlichkeit, die mit ihren informellen, vielfach

---

<sup>346</sup> Habermas (1992)

<sup>347</sup> Das auch u. a. im Abschnitt „Weitere Modelle“ im Kapitel „Kommunikationstheorie“ näher vorgestellt wird. Es hat auffällende Ähnlichkeit mit Johan Galtungs Imperialismus-Theorie-Modell aus den 1970er Jahren, innerhalb dessen sich die Zentren der Peripherienationen gegen ihre eigene Peripherie wenden (können). Ein weiterer Bezug wird in Teil III (Kapitel „Informationsflut durch kleine Erzählungen“) hergestellt, wenn es um Gianni Vattimos Rückkopplungsbegriff geht.

<sup>348</sup> Habermas (1992), Seite 430

<sup>349</sup> Vgl. Habermas (1992), Seite 430f

differenzierten und vernetzten Kommunikationsströmen den eigentlich peripheren Kontext bilden“.<sup>350</sup>

Die nicht-staatlichen wie nicht-ökonomischen Akteure der Zivilgesellschaft (oder: der „zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit“) als „(...) das Substrat jenes allgemeinen, aus der Privatsphäre gleichsam hervortretenden Publikums von Bürgern, die für ihre gesellschaftlichen Interessen und Erfahrungen öffentliche Interpretationen suchen und auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung Einfluß nehmen“ (Habermas 1992: 444), sollen diese Funktionen übernehmen.

Das Problem der sog. „vermachteten“ Öffentlichkeit, in der sich etwa finanzstarke Lobbygruppen wiederfinden, wird in Teil II „Macht“ im Kapitel „Kommunikationspraxis“ näher beleuchtet.

Hier geht es also um Zivilgesellschaften, die ihre Interessen durchsetzen und bereit sind, für dieses Ziel auf ihrem Weg an die Grenze der Legalität und darüber hinaus zu gehen.

Wie wir im Abschnitt „Selbstmord durch Verwirrung“ gelernt haben, verursacht Anomie delinquentes Verhalten, das in einer gewissen Ausprägung als Anarchismus bezeichnet wird.

Die historische Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit führt also zu einer Abspaltung der Peripherie vom Zentrum und erlangt dabei Autonomie, wie wir an den Nachfolgeorganisationen oder -assoziationen der APO über die Spontis über die Hausbesetzer-Szene hin zu den sogenannten Autonomen führte.

Betrachtet man die Entwicklung der Anti-Atom-Aktivisten hin zu den Umweltaktivisten, die als Abspaltung die aggressiven Gegner der Globalisierung hervorbrachten, die anlässlich diverser G8-Gipfel mittels polizeilicher Gewalt in ihre Schranken gewiesen werden müssen, taucht in der politisch-medialen Rezeption der Ereignisse wieder der Begriff Anarchismus auf.

Sind die radikalen Aktivisten, die zwar die Moral auf ihrer Seite haben, nicht aber das Recht, Anarchisten oder Partisanen? Diese Frage beschäftigt die politische Öffentlichkeit, seit es die Idee des Rechtsstaates gibt, und sie ist unlösbar, denn die, die das Recht auf ihrer Seite haben, haben nicht immer das Gesetz auf ihrer Seite.

Besondere Beachtung verdienen in diesem Kontext jene Individuen, die als Kritiker ihrer Regimes nur deshalb noch nicht verhaftet oder gar getötet worden sind, weil ihnen die internationale Öffentlichkeit Schutz bietet, wie dem Exil-Tibeter Tenzin Gyatsho, bekannt unter dem Namen Dalai Lama, die burmesische Oppositionspolitikerin Suu Kyi oder Zeng Jinyan, die Frau des seit Februar 2008

---

<sup>350</sup> Habermas (1992), Seite 431

inhaftierten chinesischen Bürgerrechtlers und Sacharow-Preisträgers Hu Jia. Doch oft genug kann auch eine aufmerksame und lauthals protestierende Weltöffentlichkeit nicht verhindern, dass sich Herrscher ihrer Regimekritiker entledigen. Ob der chinesische Dissident Gao Zhisheng noch lebt, ist unbekannt, seit er im Gefängnis „verschwunden“ ist, heißt es – genauer: „Die Polizei behauptet, er habe sich während eines Freigangs ‚verlaufen‘“, meldet die Süddeutsche Zeitung<sup>351</sup>. Mehr zum Thema Internet und Zensur in Teil III.

### **Exkurs: Lyotards Legitimierung der Legitimierung**

Jean-Francois Lyotards Gedanken zur Legitimierungserzählung sind im Abschnitt „Fazit: Gerechtigkeit“ bereits ausgeführt. Doch er erweitert die Erklärung zu seinem Verständnis von Legitimität und zeigt sprachphilosophisch in aller Deutlichkeit die Aporie, der wir bei der Frage nach der Legitimierung der Legitimierung ausgeliefert sind: „Man könnte das Subjekt eines des normativen Satzes Legitimationsinstanz nennen. Normativ nennt man einen Satz, der jedem präskriptiven Satz, den er zum Gegenstand hat, Gesetzeskraft verleiht. Nehmen wir die Präskription: *x ist verpflichtet, die Handlung a auszuführen*. Der normative Satz hieße dann: *y hat die Norm gesetzt, daß x verpflichtet ist, die Handlung a auszuführen*. Wenn er auf diese Weise formuliert wird, bezeichnet der präskriptive Satz, hier mit dem Namen y, die Instanz, welche die an x gerichtete Präskription legitimiert; y hat die legislative Macht inne. Es ist einfach, den Despotismus und Republikanismus Kants in diesen kleinen Komplex von Sätzen einzuordnen.

Fragt man sich nun, wer y sein kann, um diese legislative Autorität innehaben zu können, wird man schnell wieder auf die üblichen Aporien zurückverwiesen. Der *circulus vitiosus*: y hat Autorität über x, weil x y dazu autorisiert; die *petitio principii*: Die Autorisierung autorisiert die Autorität.“<sup>352</sup> Und dieses Prinzip kann der Demokratie ernsthaften Schaden zufügen.

---

## **1.6 Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert**

---

Spätestens seit den 1980ern kann man nicht mehr von „der Öffentlichkeit“ sprechen – zu viele Sub- und Teilöffentlichkeiten mischen bei der Bildung der Öffentlichen Meinung mit. Im Folgenden geht es um den Strukturwandel der *politischen* Öffentlichkeit und die damit einhergehenden Reaktionen der Regierung in der Berliner Republik, auch wenn dieses System bereits in sich auch schon der „neuen

---

<sup>351</sup> Bork, Hendrik „In der Haft verschwunden“, am 18.01.2010, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/282/500547/text/>

<sup>352</sup> Lyotard, Jean Francois „Memorandum über die Legitimität“, in: Engelmann (1990), Seite 55

Unübersichtlichkeit<sup>353</sup> im Sinne Habermas unterliegt und ein Überblick nicht leicht möglich ist.

### **Die Berliner Republik: Das Recht zum Widerstreit wird genutzt**

Zwischen der Informationspolitik der Kohl-Ära und der heutigen von Angela Merkel als CDU-Kanzlerin liegen sieben Jahre politischer Kultur unter Gerhard Schröder als SPD-Kanzler. Die Bonner Republik endet ein Jahr vor dem offiziellen Umzug nach Berlin 1998 mit der Wahl Gerhard Schröders. Und die „Berliner Republik“ beginnt für die Bürger zu allererst noch nicht wahrnehmbar mit der Auflösung der medialen Rituale, die sich in Bonn (z. B. im Rahmen der Bundespressekonferenz) zwischen Journalisten und Politikern eingraviert hatten. Diese sind schlagartig außer Kraft, in Berlin strömt eine neue Generation der Presseleute zusammen und mischt die Karten medialer Berichterstattung neu. Es geht rund, auf der Bühne der Öffentlichkeit wird auch politisch wieder getanzt und nicht länger geschunkelt. Eine völlig andere Atmosphäre, weniger provinziell, weniger spießig, dafür transparenter, hemdsärmeliger, ruppiger.

### **Öffentliche Kritik**

Parteispenden-Affären durchziehen Helmut Kohls Regierungszeit und er selbst stürzt über das von ihm einst mit initiierte Parteispendinggesetz: Er will die 1999 Spender vieler Millionen nicht bekanntgeben und obwohl die Öffentlichkeit nicht recht erbost ist über diese merkwürdige Art, sein Ehrenwort zu halten, auch wenn dadurch Gesetze gebrochen werden, bemerkt es, wie Kohls Macht nach einem letzten Aufbäumen zerbröckelt. Sein Protegé Angela Merkel gibt ihm in einem offenen Brief in der Süddeutschen Zeitung den Rest. Kohl tritt als Parteichef ab und nimmt das Geheimnis der Spender mit in den Ruhestand. Die Partei und ihre führende Garde ist hinter dem gestrauchelten Frontmann Kohl orientierungslos und der Blick auf sie ist durch die Affäre und den anstehenden öffentlichen Untersuchungsausschuss derart geschärft, dass es nicht verwundert, wie leicht sie Merkel den Schritt in die entstehende Lücke an der Spitze machen: Ohne von ihren Parteigenossen daran gehindert zu werden, wie es sonst in der Union<sup>354</sup> üblich, wenn jemand aus den hinteren Reihen sich anschickt, einen Chefposten zu besetzen, tritt sie nun ins Licht der Öffentlichkeit, in dem sie selbst jetzt nicht stehen möchten, und es hat den Anschein, als wäre Frau Merkel, die unscheinbare Pastorentochter aus dem Osten, gerade gut genug, um als Interimslösung die Angriffe auf die Partei als Frontfrau abzubekommen. Es hat ebenfalls den Anschein als hoffe man, dass sie darunter zerbreche, um später einen neuen, starken unbelasteten<sup>355</sup> Kandidaten zu küren.

---

<sup>353</sup> Vgl. Habermas (1985)

<sup>354</sup> Und auch in anderen Parteien

<sup>355</sup> (männlichen?)

Eine frische Bö ergreift mit dem Regierungswechsel und dem Umzug nach Berlin den gesamten Blätterwald und damit verändert sich die politische Atmosphäre bis tief in die Provinz. Die auflebende öffentliche Diskussion pfeift der Schröder-Administration jedoch sogleich als steife Brise kalt ins Gesicht. Was unter Kohl an Infragestellung, Kritik und Häme unmöglich erschien, wird nun voller Leidenschaft ausgiebig an Schröder vollzogen. Wenn Kritik möglich ist, wird viel intensiver kritisiert als gejubelt für die Vitalisierung dieser kommunikativen Freiheit, die, sobald sie da ist, als selbstverständlich gilt<sup>356</sup>. Zwischen 1998 und 2005 gibt es kaum Bedenken zur Überlebensfähigkeit der Demokratie, weil die Öffentlichkeit rege und kontrovers über die politische Kultur diskutiert. Nicht so sehr wie in den späten 1960ern und den 1970ern, dem Paradejahrzent politischer Streitkultur, aber es wird kräftig kritisiert.

Abgesehen davon hat es auch unter Schröder ein Machtzuwachs der Ministerialbürokratie gegeben, der jedoch dadurch, dass er der Öffentlichkeit verborgen bleibt, diese dementsprechend auch nicht störte – mehr dazu im Kapitel „Bürokratie – Hegemonie der ‚Staatsdiener‘“.

Nach außen hin präsentiert sich die rot-grüne Regierung Ende der Neunziger transparent, diskussionsfreudig, lebendig und außerordentlich fehlerhaft. Das Image von Gerhard Schröder und seinen Gefolgsleuten, allen voran Joschka Fischer, als „Toskanafraktion“ manifestiert sich. Sie gelten als Alt-68er, die, vom Marsch durch die Institutionen nun ermüdet, zu bürgerlichen Genussmenschen werden und ein Stück weit ihre ursprünglichen Ziele verraten. Schröders bourgeoise Attitüde bietet reichlich Angriffsfläche und er pariert diese mehr oder weniger elegant und humorvoll. Während Kohl als „Aussitzer“ jede kritische Nachfrage beleidigt und beleidigend („Was ist denn das für eine Frage?!“ oder „Mehr will und werde ich nicht dazu sagen.“) im Keim erstickte, kann Schröder nicht genug davon bekommen, im Mittelpunkt journalistischer Aufmerksamkeit zu stehen. Seine Person erweckt mehr Aufmerksamkeit als seine Politik. Bis heute sind seine Cohiba-Zigarren und Brioni-Anzüge stärker in Erinnerung als seine Politik, bis heute gilt er als der „Medienkanzler“<sup>357</sup>. Jedoch nicht als der die Informationsfreiheit wiederbelebende, sondern als der, der die Medieninszenierung beherrschte<sup>358</sup>. Immerhin erinnert man sich noch an die Absage Schröders an den US-Präsidenten George W. Bush, als Nato-

---

<sup>356</sup> Nur Karikaturisten waren ein wenig traurig, einen besonders gut karikierbaren Kanzler verloren zu haben, dafür freuten sich die Stimmenimitatoren, die dank des dualen Rundfunksystems nun viele Absatzkanäle für ihre Comedysows erhalten hatten.

<sup>357</sup> Mehr dazu im Kapitel „Image“.

<sup>358</sup> Übrigens verweist Kohl in späten Interviews immer wieder darauf, als Kanzler der Einheit und „Ehrenbürger Europas“ in Erinnerung behalten werden zu wollen und nicht für die Dinge, die schief gelaufen seien, siehe auch das erhellende TV-Portrait über Helmut Kohl von Stephan Lamby und Michael Rutz am 27.09.2010 im NDR.: [http://www3.ndr.de/programm/epghomepage100\\_sid-601603.html](http://www3.ndr.de/programm/epghomepage100_sid-601603.html), aber das stetige Beharren auf Wunschimages reicht nicht zur Legendenbildung.



Partner nach Afghanistan auch noch gemeinsam im Irak einzumarschieren<sup>359</sup>, was zwar eine gewisse diplomatische Eiszeit mit den USA nach sich zieht, aber Schröder die Wiederwahl sichert (wie man heute zu wissen glaubt). Andere innenpolitische Meinungsforschungs-Tiefs bügelt er mit medienwirksamen Aktionen aus, wie seinem tatkräftigen Erscheinen bei der Flutkatastrophe in Ostdeutschland und der (vorläufigen) Rettung des Holzmann-Konzerns und der damit verbundenen Sicherung der dortigen Arbeitsplätze. Er weiß: Medien brauchen starke Bilder. Der Schein ist wichtiger als das Sein, weil in der kollektiven Erinnerung nur die Momentaufnahme des einprägsamen äußeren Anscheins zählt. Um hier nicht zu sehr in die Realitäten des praktischen Journalismus abzugleiten, sei auf die entsprechenden Abschnitte in Teil II verwiesen. Festzuhalten bleibt, dass das Image einzelner Politiker, völlig unabhängig von ihren wirklichen Kompetenzen, über das Wohl und Wehe ihrer Partei bei Wahlen entscheiden kann.

Bis heute als Schröders Erbe unvergessen ist die von ihm quasi im Alleingang durchgepeitschte „Agenda 2010“ – ein von der Öffentlichkeit als nicht-sozialdemokratisch empfundener und in der Öffentlichkeit auch extrem unpopulärer Maßnahmenkatalog zur Reform des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems, für den ihm seine politische Gegnerin und Nachfolgerin Angela Merkel nach ihrer Wahl ausdrücklich dankte. Das katastrophale Abschneiden der SPD noch viel später bei der Bundestagswahl 2009 wird, Analysten zufolge, auch auf die inzwischen spürbaren Konsequenzen der „Agenda 2010“ zurückgeführt, die gerade die linke Öffentlichkeit der SPD nicht verzeihen möchte und die von ihrem Recht Gebrauch machte, ihren politischen Unwillen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 in Form ihrer Stimmabgabe für andere Parteien zu bekunden oder den Urnengang ganz wegzulassen. Der Souverän entschied 2009, dass die SPD mit nur noch 23 Prozent der Stimmen keine „Volkspartei“ mehr sei.

### **Bürokratie – Hegemonie der „Staatsdiener“**

Die Bürokratie wurde von Max Weber als der „reinste Typus legaler Herrschaft“ dargestellt: „Grundvorstellung ist: daß durch formal korrekt gewillkürte Satzung beliebiges Recht geschaffen und [bestehendes beliebig] abgeändert werden könne“.<sup>360</sup> Als idealtypische beamtliche Verwaltung intergiert sie in einem geradezu medizinisch klaren System die saubere Trennung zwischen Politik und Verwaltung in ihrem instrumentellen Verständnis des Staates und seiner Organe, die sich mit dem

---

<sup>359</sup> Die Zustimmung der GRÜNEN zum Eingreifen in den Jugoslawien-Krieg im Kosovo verzeihen ihnen bis heute dagegen viele nicht.

<sup>360</sup> Weber and Winckelmann (1972), Seite 475

Montesquieus Gewaltenteilung und der klassischen Parlamentarismustheorie in vollkommenem Einklang befindet.

Webers theoretische Betrachtung fand allerdings schon bei seinen Zeitgenossen wenig praktische Zustimmung: „Solche aufgeblähten Beamtenkörper abzuschaffen, die überflüssig sind, unfruchtbar, unproduktiv und fast immer reaktionär, ist auf dem Wege der Evolution unmöglich. Jeder Reformversuch muss ja von einem von ihnen gemacht werden; jeder Reformversuch endet gewöhnlich damit, dass der Dreck, statt herausgekehrt zu werden, von einer Ecke in die andre umgelegt wird; jeder Reformversuch belässt, wenn man es richtig ansieht, alles beim alten. Eine wirkliche Änderung? Dazu hat der liebe Gott die Revolutionen erfunden. Luftreinigungen, die von Zeit zu Zeit erfolgen müssen, wenn nicht alles ersticken will. Dann gehts wieder für eine Weile“,<sup>361</sup> meinte Kurt Tucholsky 1928.

Wie auch Staatsrechtler von Arnim in seiner Analyse „Das System“<sup>362</sup> 2001 schildert, hat sich das aktuelle real existierende Beamtentum der Bundesrepublik der Jahrtausendwende weit von der Weberschen Matrix entfernt und führt als eine Art Schattensystem ein Eigenleben, völlig abgekoppelt von öffentlicher Kontrolle. Und damit völlig abgekoppelt von öffentlicher Macht. Einen der skurrilsten Belege bundesrepublikanischen Beamtentums liefert Bernd Engelmann 1992 in seinem Buch „Die Beamten“<sup>363</sup> mit der exemplarischen Geschichte einer bürokratischen NS-Abteilung<sup>364</sup>, die zur Regulierung von Schäden eingerichtet wurde, die während der Olympischen Spiele 1936 entstanden waren und ohne diplomatische Verstimmungen auszulösen, abgewickelt werden sollten. Da ihre Aufgaben über den Zeitraum der Spiele hinaus andauerten und sich Gerichtsverfahren zur Klärung hinzogen, verfügte ihren Fortbestand der „Führer und Reichskanzler durch Erlaß vom 21. März 1937 (...) als nunmehr selbständige Reichsbehörde unter Dienstaufsicht des Reichs- und preußischen Ministers des Innern.“<sup>365</sup> Und weil Gerichtsprozesse und Nachkriegswirren die Erledigung verzögerten, bestand die Abteilung mit sämtlichen Mitarbeitern bei vollen Bezügen bis 1969, obwohl sie schlicht seit 1937 nichts weiter tat, als abzuwarten, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Abwicklung der Fälle geschaffen wurden. Nach diesem Prinzip „wäre es durchaus denkbar, dass Römisch dreizehn klein-b noch heute – und auch noch im nächsten Jahrtausend<sup>366</sup> – seinen Dienstgeschäften nachgehen könnte, ohne dass jemand wüßte, welchen Zwecken diese dienen, außer denen permanent getreuer und exakter Pflichterfüllung“, schreibt Engelmann 1992. Beide Autoren schildern das System der Ämterpatronage, bei dem Beamte auf Posten verschoben werden, die völlig abgekoppelt von jeglicher

---

<sup>361</sup> Tucholsky, Kurt in „Die Beamtenpest“ (1928) unter: <http://www.textlog.de/tucholsky-beamtenpest-ii.html> (28.02.2010)

<sup>362</sup> Arnim (2001)

<sup>363</sup> Engelmann (1992)

<sup>364</sup> Abwicklungsbehörde XIIIb, „Römisch dreizehn klein-b“ genannt

<sup>365</sup> Engelmann (1992), Seite 15

<sup>366</sup> Also unser jetziges, seit bereits zehn Jahren dauerndes 21. Jahrhundert, Engelmann behielt also Recht.

Legitimierung im Rahmen der Legitimität des bürokratischen Systems ihr durchaus politisches Eigenleben führen und Erlasse und Gesetze erarbeiten. Engelmann schildert in seinem Kapitel „Die Wundersame Vermehrung der Ministerialbürokratie“<sup>367</sup>, wie aus 119 Beamten unter Bismark im Laufe der Jahre Tausende werden konnten, die für die Verwaltung eines Gebietes, das wesentlich kleiner war und weniger Einwohner hatte als das damalige Preußen, zuständig waren und wie sich ihre Besoldung ebenfalls zulasten der Steuerzahler, also der Öffentlichkeit entwickelte. Selbstverständlich ebenfalls ohne jegliche Einflussnahme (Macht) der Öffentlichkeit. Die enorme politische Macht der Ministerialbürokratie befindet sich in der Bundesrepublik genauso wenig im Einflussbereich der Öffentlichkeit wie zu Bismarcks Zeiten und lässt sich auch durch das Instrument der Bundestagswahl nicht verändern, denn die bürokratischen Gegebenheiten bestehen weitgehend unabhängig von den Wahlergebnissen weiter<sup>368</sup>. Mehr dazu im Abschnitt „Wählen – Macht und Ohnmacht der Öffentlichkeit“. Festzuhalten bleibt, dass sich an der Bürokratie als Schattenmacht bis ins frühe 21. Jahrhundert nicht viel geändert hat. Die wenigen Transparenz- und Demokratisierungsmaßnahmen werden im Folgenden dargestellt.

### **Licht ins Dunkel: Informationsfreiheit**

Immerhin führt das parlamentarische System aus Regierungsparteien und Opposition und den der Opposition gegebenen Rechten dazu, dass Kontrollfunktionen instrumentalisiert werden. So wird immer dann ein Untersuchungsausschuss einberufen, wenn die Opposition Missstände bei der Regierungsarbeit vermutet und diese aufzuklären sucht. Am 05. September 2005 – also in den letzten Tagen der rot-grünen Koalition – wurde in der BRD das „Informationsfreiheitsgesetz“ nach US-amerikanischem Vorbild verabschiedet, das als „Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes“, zur Informationsfreiheit<sup>369</sup>, beitragen soll, indem es Ämter und Behörden verpflichtet, ihre Akten und Vorgänge zu veröffentlichen (Öffentlichkeitsprinzip) bzw. für Bürger zugänglich zu gestalten (Verwaltungs-transparenz) und zu diesem Zweck verbindliche Qualitätsstandards für den Zugang zu definieren. Ein solches Gesetz gewährt den Bürgern ein subjektives Recht auf Zugang

---

<sup>367</sup> Engelmann (1992), Seite 65ff

<sup>368</sup> Staatssekretäre werden als politische Beamte nach Wahlen obligatorisch in den einstweiligen Ruhestand versetzt, wenn durch Wahlen neue Konstellationen entstehen, weil ihre Arbeit politisch an ihre jeweiligen Minister gekoppelt ist, und neue Minister bringen ihre jeweiligen Staatssekretäre mit oder bestätigen (bei parlamentarischen Staatssekretären) die vorhandenen Amtsinhaber. Diese parteipolitischen Verschränkungen und die daran gekoppelten Posten ziehen sich bis in tiefere Ebenen der Ministerialbürokratie durch.

<sup>369</sup> „Das Recht auf Zugang zu Informationen wird inzwischen in über 65 Staaten durch **Informationsfreiheitsgesetze** (IFG) garantiert. Die Verbindung zur Rezipientenfreiheit wird insofern hergestellt, als durch die Bestimmungen des jeweiligen IFG die von ihm erfassten Informationsquellen dazu bestimmt werden, der Allgemeinheit Informationen zu verschaffen, und sie damit allgemein zugängliche Quellen darstellen“ (Quelle: Wikipedia, unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Informationsfreiheit>, 23.02.2010)

zu amtlichen Informationen, doch findet dieses Recht seine Grenze in zahlreichen Ausnahmetatbeständen, was dazu führt, dass Akteneinsicht immer wieder verwehrt wird und sogar Journalisten trotz ihres Sonderstatus (siehe „Spiegel-Urteil“) dieses Recht mit Verweis auf notwendige Geheimhaltungspflichten (Amtsgeheimnis) verwehrt wird.

### **Exkurs: Amtsgeheimnisse**

Die NGO „Transparency International“ liefert viele Beispiele, bei denen im Kampf um mehr Transparenz und Demokratie Bürger scheitern. Eines davon erschien im Rundbrief 37/2007 der Organisation: „Ein Journalist beantragte beim Kanzleramt Einsicht in die Akten zu Planung und Bau der Erdgas-Pipeline durch die Ostsee sowie zur Kreditbürgschaft des Bundes für das deutsch-russische Projekt. Die gewünschten Informationen wurden ihm verweigert, der Journalist zog vor Gericht, doch das Verwaltungsgericht Berlin wies die Klage zurück. Es handele sich hier nicht um amtliche Informationen, die im Zusammenhang mit öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben stehen, sondern um Unterlagen, die die Regierungstätigkeit von Bundeskanzlerin und Kanzleramt betreffen, so hieß es in der Urteilsbegründung. Das Auskunftsrecht gemäß Informationsfreiheitsgesetz beziehe sich aber nicht auf die Regierungstätigkeit, das heißt die ‚von der Regierung in Erfüllung ihrer politischen Funktion vorgenommenen Entscheidungen, die [...] für Bestand und Leben des Staates sorgen‘. Eine Berufung gegen dieses Urteil (VG 2 A 101.06) wurde zugelassen.“<sup>370</sup>

Das Recht darauf, zu erfahren, was die Regierung mit Steuergeldern anstellt, wurde u. a. auch 2009 im Rahmen der „Schweinegrippeimpfung“ von vornherein dadurch ausgehebelt, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Führung des Gesundheitsministeriums mit den Pharmakonzernen Geheimhaltung vereinbart hatte, wie auch die Haufe-Mediengruppe meldet: „Viele hätten diesen Vertrag gerne gesehen: Doch die Bundesregierung verteidigt die Geheimhaltung des Vertrages mit dem Impfstoffhersteller GlaxoSmithKline. Impfkritiker und Bürgerrechtler sind erbost: Die Bundesregierung mauert, wenn es um die Offenbarung des Vertragstextes mit dem Hersteller des umstrittenen – und nun kaum benötigten – Schweinegrippe-Impfstoffs Pandemrix geht. Die Kritiker wittern: Würde der Vertragstext veröffentlicht, so kämen vermutlich einige Details ans Licht, die das Zeug zum handfesten Polit- und Behörden-Skandal hätten. Nach Ansicht der Kritiker haben sich die zuständigen Stellen bei den Impfstoff-Vertragsverhandlungen von der Pharmaindustrie böse über den Tisch ziehen lassen – auf Kosten der Steuerzahler. Warum auch immer: Die Bundesregierung schweigt so beharrlich wie auch die zuständigen Stellen der Länder: Selbst in ihrer Antwort (17/365) auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/175) heißt es wörtlich: ‚Bund und Länder haben sich verpflichtet, sämtliche Informationen, die im Rahmen dieses Vertrages ausgetauscht werden, vertraulich zu behandeln.‘ Aus Sicht der

---

<sup>370</sup> Mayer (2007)

Regierung fällt die Veröffentlichung des Vertrages eindeutig unter diese Klausel (...). Den Angaben zufolge wurde der Vertrag von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit GlaxoSmithKline verhandelt, in der neben dem Bundesgesundheitsministerium die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen vertreten gewesen seien. Die erzielten Zwischenergebnisse seien jeweils in der Bund-Länder-Abteilungsleiter-Arbeitsgruppe Pandemie allen Ländern erläutert und von ihnen geprüft worden. ‚Externe Experten mussten nicht eingeschaltet werden‘, schreibt die Regierung (...) Presseberichte bringen weitere pikante Details ans Licht: Prof. Juhani Eskola aus Finnland, Mitglied des SAGE, einer Expertenkommission, die die WHO-Spitze in Impffragen berät, soll über 6 Millionen Euro vom PANDEMRIX-Hersteller GlaxoSmithKline (GSK) für sein Forschungsinstitut erhalten haben. Diese Kommission war maßgeblich an der Ausrufung der Schweinegrippe-Pandemie beteiligt.“<sup>371</sup>

Der letzte Absatz bringt eine weitere Problematik ans Licht, die die politische Rolle der Öffentlichkeit maßgeblich tangiert: Korruption. Auf deren Erörterung wird hier jedoch verzichtet.

### **Staatsräson in demokratischen Systemen der Moderne**

Das Prinzip der Staatsräson, wird, wie bereits erwähnt, auch in westlichen Systemen der Neuzeit angewandt – nicht erst mehr oder weniger subtil praktiziert von jenen eingangs geschilderten Reaktionären während der Ära Kohl, in der Kritiker als Verräter am eigenen (fehlerhaften) System angeprangert wurden, die dem politischen Feind in die Hände spielten, sondern offenbar stets in Zeiten, in denen die herrschenden Akteure eines Systems erkennen, dass ihr System als fehlerhaft kritisiert wird. Anstatt das System aber anzupassen, versucht man Kritik unter dem Vorwand des Staatsschutzes, also Systemschutzes, abzustellen.

Interessant ist, dass die Argumentation demokratischer Regierungen identisch ist mit denen von Diktaturen: Wieder wird Öffentlichkeit restriktiv beeinflusst zum angeblichen Schutz des Systems vor Feinden. Und wieder werden Gesetze gemacht, die Kritiker mundtot machen. „Eine Geschichte der Medien als Machtinstrument ist eine Geschichte der Zensur“, wie Eric Möller<sup>372</sup> schreibt.

Nach den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 erfolgt in den USA ein entscheidender Strukturwandel der demokratischen Öffentlichkeit. Wieder scheint es, als reagiere der Staat nach dem Actio-Reactio-Prinzip konservativ systemerhaltend, wie bisher in der Geschichte üblich, wenn er Bedrohungen wahrnimmt. Die US-Administration bedient sich nicht nur Zensur-Instrumente, um ihr System zu schützen:

---

<sup>371</sup> N.N. (Haufe Online Redaktion) (2010)

<sup>372</sup> Möller (2006)

Zensur wird grundsätzlich rechtsstaatlich legitimiert, indem man alle Bürgerrechte gesetzlich einschränkt.

### **9-11-PATRIOT Act – USA seit neun Jahren im Notstand?**

2001 bediente sich George W. Bush der drastischsten Form von Staatsräson. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September lag ein Gesetz vor, das die Bürgerrechte praktisch aufhob. Laut Stephan Büsching forderte John Ashcroft<sup>373</sup> die Absegnung des sogenannten PATRIOT Acts<sup>374</sup> im Kongress innerhalb von drei Tagen und behauptete, dass jede Verschleppungstaktik den Terroristen helfen würde, und „die Abgeordnete Lynn Woosley<sup>375</sup> (...) schrieb, „that Congress would have blood on its hands if there was another terrorist attack while we deliberated“<sup>376</sup>.

Der PATRIOT Act dient grundsätzlich dazu, die Ermittlungen der Bundesbehörden (im Fall einer terroristischen Bedrohung) zu vereinfachen. Hierzu wurden bestimmte, auch Grundrechte betreffende Gesetze durch folgende Regelungen ersetzt:

„Menschen ohne US-amerikanische Staatsbürgerschaft, die unter Terrorismusverdacht stehen, dürfen ohne Gerichtsverfahren auf Anweisung vom Attorney General für unbestimmte Zeit festgehalten werden. Eine halbjährliche Kontrolle derartiger Verhaftungen obliegt dem Kongress.

Das Erfordernis, Richter bei Telefon- oder Internetüberwachung als Kontrollinstanz einzusetzen, wurde weitgehend aufgehoben, dadurch werden die Abhörrechte des FBI deutlich erweitert. Der zuständige Richter muss zwar von einer Überwachung informiert werden, dieser ist jedoch verpflichtet, die entsprechende Abhöraktion zu genehmigen. Telefongesellschaften und Internetprovider müssen ihre Daten offen legen.

Hausdurchsuchungen dürfen ohne Wissen der betreffenden Person durchgeführt werden.

Die Entscheidung, ob eine Vereinigung als terroristisch eingestuft wird, geht an das Justiz- und Außenministerium über.

Ausländer dürfen wegen der Mitgliedschaft einer der vom Justiz- und Außenministerium definierten terroristischen Vereinigungen abgeschoben werden.

---

<sup>373</sup> US-Justizminister

<sup>374</sup> USA PATRIOT Act (Apronym für Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act, dt. etwa: „Gesetz zur Stärkung und Einigung Amerikas durch Bereitstellung geeigneter Werkzeuge, um Terrorismus aufzuhalten und zu blockieren“, Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Patriot\\_Act#cite\\_ref-0](http://de.wikipedia.org/wiki/Patriot_Act#cite_ref-0), 06.03.2010)

<sup>375</sup> Mitglied der Demokraten!

<sup>376</sup> Büsching (2009), Seite 39

Das FBI hat das Recht, Einsicht in die finanziellen Daten von Bankkunden zu nehmen, ohne dass Beweise für ein Verbrechen vorliegen.

Der Auslandsgeheimdienst (CIA), der im Gegensatz zum FBI keiner weitgehenden öffentlichen Kontrolle unterliegt, erhält das Recht, auch im Inland zu ermitteln.<sup>377</sup>

„Am 26. Oktober 2001 konnte George Bush den PATRIOT Act unterschreiben – Ashcrofts 3-Tage-Frist wurde eingehalten.“<sup>378</sup> Vorher wurden noch „Möglichkeiten zur besseren Kontrolle von Geldwäsche durch Einschränkungen des Bankgeheimnisses integriert. Die Regierung hatte sich gewünscht, verdächtige Immigranten für unbegrenzte Zeit und ohne konkreten Grund festnehmen zu können (...) Bush hob insbesondere hervor, dass die Überwachung der Kommunikation entscheidend dafür sei, die Terroristen zu verfolgen und aufzuhalten: ‚Das existierende Gesetz stammt aus den Zeiten der Telefone mit Wählscheiben. Dieses neue Gesetz ... wird die Überwachung aller Kommunikationsformen wie Emails, Internet und Mobiltelefone ermöglichen, die von Terroristen gebraucht werden‘. Die Regierung, so versprach Bush, werde die Gesetze mit all der Entschiedenheit einer ‚Nation im Krieg‘ anwenden,“ schreibt Florian Rötzer.<sup>379</sup> Kritiker wurden praktisch durch die weitgefaste Auslegung des PATRIOT Act ausgeschaltet: Kritisierende Berichterstattung wurde auf Grundlage dieses Gesetzes kurzerhand zu unpatriotischem Handeln erklärt (nicht als Patriot zu gelten, ist für Amerikaner ein harter Vorwurf) und das bedeutete Ächtung – und für viele professionelle Journalisten dauerhaften Jobverlust. In jedem Fall wurden Kritiker vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen.<sup>380</sup> Hätte man die betroffenen US-Journalisten, Hochschullehrer und Schriftsteller behandelt wie Regimekritiker in diktatorischen Systemen, hätten sie den Nimbus von Renegaten oder Märtyrern erlangen können, so aber waren die Betroffenen in der hysterischen Post-9-11-Phase nur „unamerikanische“ Verräter, die dem Terrorismus in die Hände spielten. Wie Büsching schreibt, habe sich das *New York Times Magazine* 2002 beklagt, dass „schon der Name des Gesetzes es schwermache, hierzu kritisch Stellung zu nehmen.“<sup>381</sup> Später zeigte die weite Auslegung besondere Wirkung gegen Kritiker am zweiten Irakkrieg.<sup>382</sup>

Und noch 2006 beharrte Bush darauf, dass Enthüllungsjournalismus unpatriotisch sei.<sup>383</sup> Zwar hat sich die Lage der Presse inzwischen wieder normalisiert, doch das

---

<sup>377</sup> Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Patriot\\_Act#cite\\_ref-0](http://de.wikipedia.org/wiki/Patriot_Act#cite_ref-0)

<sup>378</sup> Büsching (2009), Seite 39

<sup>379</sup> Rötzer (2001)

<sup>380</sup> Vgl. Krechting (2001)

<sup>381</sup> Büsching (2009), Seite 38

<sup>382</sup> Vgl. N.N. (2003)

<sup>383</sup> Vgl. Sütfeld (2006)

Gesetz ist bis heute<sup>384</sup> in Kraft und verringert die Glaubwürdigkeit des amtierenden Präsidenten, der einen Wechsel („Change“) angekündigt hatte.

### **Exkurs: Mc Carthys Hexenjagd**

Ein Meilenstein der Geschichte der Zensur in demokratischen Staaten ist die 1950 begonnene Hexenjagd des Joseph McCarthy, der einem Unterausschuss des Senats vorsah und zunächst nur kommunistische Agenten in US-Institutionen aufspüren wollte. Später erweiterte er seine Anstrengungen ganz auf „Unamerikanische Umtriebe“ in allen Bereichen der Gesellschaft. Er wurde nicht von höherer Stelle oder durch Proteste der Bürger gestoppt, sondern verfolgte politisch Andersdenkende, bis er schließlich 1957 an den Folgen seines Alkoholismus starb.<sup>385</sup> Lösche und von Löffelholz sehen im Vorwort ihres 2004 erschienen „Länderbericht USA“ im PATRIOT Act noch keine extreme Bedrohung, verweisen aber auf andere Autoren, die diese durchaus befürchteten: „Durch den PATRIOT Act wurden Grund- und Freiheitsrechte eingeschränkt. Zentralisierung von Macht in den Händen der Bundesregierung und Umgehung der regulären Gerichtsbarkeit schienen sich anzubahnen. Kritiker der George W. Bush-Administration befürchteten, die imperiale Präsidentschaft, ja eine Art neuer McCarthy Ära könne wieder Einzug halten“<sup>386</sup>

Explizit warnt im selben Buch Manfred Berg davor, McCarthy mit dem NS-Regime und dem Stalinismus zu vergleichen, „dennoch bleibt der McCarthyismus ein historisches Paradigma dafür, wie leicht legitime nationale Sicherheitsinteressen zur Aushöhlung der Bürgerfreiheiten instrumentalisiert werden können“.<sup>387</sup>

Die Tragweite der bekannt gewordenen Auslegungen des PATRIOT ACT gegen Ende der Bush-Ära 2008 hatte m.E. durchaus das Zeug dazu, mit sämtlichen Aushöhlungsinstrumenten nicht-demokratischer Regimes verglichen werden zu können.

Dass dieses Gesetz weiterhin in Kraft ist, stellt nicht nur die Glaubwürdigkeit Barack Obamas in Frage, sondern die des demokratischen Gedankens an sich, wie in Teil III noch einmal im Kapitel „Grenzen der Demokratie“ näher erläutert wird.

### **Fazit Recht: Checks and Balances im Öffentlichen Raum**

Im Öffentlichen Raum tarieren sich die unterschiedlichen Mächte aus, ob es nun ein realer physischer Ort ist (Agora, Parlament) oder ein virtueller Öffentlicher Raum, den die Presse erzeugt. Diese Mächte bemühen sich weniger um Gerechtigkeit als um Legitimität und Legitimierung ihrer in ihrem jeweiligen Interesse gefällten Entscheidungen, in dem sie sich der Zustimmung von Mehrheiten versichern. Da die

---

<sup>384</sup> 10.03.2010

<sup>385</sup> Lösche (2004)

<sup>386</sup> Lösche (2004), Seite XV (Vorwort)

<sup>387</sup> Berg, Manfred „Der McCarthyismus“ in: Lösche (2004), Seite 162



Presse selbst Teil der Öffentlichkeit ist und als Mitspielerin Einfluss nimmt, entsteht bei der politischen Willensbildung das Problem des verzerrten Wettbewerbs, der unter Gesichtspunkten der Gerechtigkeit wiederum zu einer Schräglage führen kann.<sup>388</sup>

Legislative und Judikative reagieren auf soziale Entwicklungen mit der Schaffung oder einer bestimmten Auslegung von Gesetzen meistens nur, wenn sie der öffentliche Druck zum Handeln zwingt. Entweder wird dieser Druck von Seiten der Öffentlichkeit dadurch erzeugt, dass der Wille des Volkes in Form von Protesten, Massenaufmärschen oder anderen nicht-ignorierbaren Aktionen im Licht der Öffentlichkeit erfolgt, und/oder die Presse verhilft einem Nischen- oder Minderheiten-Thema zu einem Platz im Öffentlichen Raum, in dem sie als „Herstellerin von Öffentlichkeit“ den Öffentlichen Raum erstens als Medium herstellt und/oder innerhalb dieses Raums selbst Stellung zu diesem Thema nimmt und damit die Öffentliche Meinung bzw. die Meinungs- und Willensbildung sowohl der Bürger als auch der Entscheidungsträger der Politik beeinflusst.

Da der Gesetzgeber vom Volk als seinem Souverän erst legitimiert wird, als Gesetzgeber tätig zu sein, kann er während dieser Periode Gesetze durchaus erlassen, die ihm oder seiner Klasse zugutekommen, jedoch nicht im Sinne des Gemeinwohls liegen. Um diese Gesetze zu ändern, bedarf es Gesetze, die der Gesetzgeber beschließt, was zu einer Aporie führt. Erst durch das Recht auf die Freiheit, sich im Öffentlichen Raum zu äußern, hat der hintergangene Souverän (das Volk) bis zum Ende der Legislaturperiode die Möglichkeit, seinen Willen kundzutun und so zur Korrektur der Legislative beizutragen. Da der Bürger jedoch in seiner Lebenswelt diese Aufgabe nicht übernehmen kann, hat es sich die Presse zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der Regierung im Licht der Öffentlichkeit zu betrachten und politisches Handeln, das im Geheimen stattfindet, aus dem Dunkel heraus in dieses Licht zu holen. Entsteht dadurch eine Störung im System, die als Destabilisierung wahrgenommen wird, reagieren konservative Kräfte automatisch mit Gegenmaßnahmen und bemühen sich, systemerhaltende, aber unpopuläre Entscheidungen weiterhin im geschützten Raum der Arkanpolitik zu behandeln. Diese Dynamik führt zu einer Dynamik, innerhalb derer Staat und Gesellschaft quasi als gegnerische Spieler auf dem Spielbrett der Öffentlichkeit Zug um Zug agieren.

Ob es nun „herrschende Meinungen“ sind oder „Gegenargumente“, Regierende oder Oppositionelle, die um Legitimation durch das Volk ringen, am Ende sind es zusammengefasst Interessengruppen, die um Macht kämpfen, damit sie einerseits ihren Einfluss erweitern und andererseits die finanziellen Mittel dazu vergrößern können. Austragungsort der Wahlkämpfe ist wiederum der Öffentliche Raum.

---

<sup>388</sup> Das Problem wurde in der Bundesrepublik mit dem Lüth- und dem Spiegel-Urteil pragmatisch gelöst: Die Presse wird als Sonderfall anerkannt und unter dem Primat des intrinsischen freiheitlich-demokratischen Wertes der Grundordnung wurde grundsätzlich entschieden, dass nicht grundsätzlich entschieden wird, sondern nach dem jeweils höheren Rechtsgut im spezifischen Streitfall.

Festzuhalten ist, dass die politische Rolle der Öffentlichkeit die ist, Gerechtigkeit herzustellen. Damit fungiert sie als „Garantin des Gemeinwohls“. Die Rolle der Presse dabei ist es, den Öffentlichen Raum herzustellen, sie übernimmt also die Aufgabe, sowohl das Spielbrett bereitzustellen als auch den relevanten Figuren einen Platz darin einzuräumen und die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse ggf. zu relativieren. Die Regeln, nach denen dieses „Spiel“ erfolgt, bestimmen Gesetzgeber und Presse weitgehend willkürlich, doch nach einem Actio-Reactio-Prinzip entsteht zu jeder Position, die zu viel Macht anhäuft, immer auch ein Gegengewicht, was dazu führt, dass trotz aller Ungerechtigkeiten im demokratischen System eine totale Schieflage, die zum Zusammenbruch führen würde, verhindert wird, solange das Recht auf die Freiheit, sich öffentlich zu äußern, nicht nur de jure, sondern vor allem de facto besteht.

## 2 TEIL: MACHT

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie mächtig oder ohnmächtig die Öffentlichkeit innerhalb ihrer politischen Rolle agieren kann. Wie bereits festgestellt, handelt es sich bei „der Öffentlichkeit“ nicht um eine amorphe Masse, sondern um eine Vielzahl unterschiedlicher Menschen, die sich im Öffentlichen Raum begegnen und dadurch Einfluss auf die Gestaltung des Staates bzw. des Gemeinwohls nehmen. Wie groß dieser pluralistische Einfluss ist, kann man an den Effekten ablesen, die der Widerstreit ihrer Diskurse<sup>389</sup> bei der Regierung auslöst und wie sich diese letztendlich auf die Gesetzgebung auswirken. Die vermutlich bekannteste Definition von Macht stammt von Max Weber: „Jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“<sup>390</sup> Wie groß ist die Macht der Öffentlichkeit?

### 2.1 *Exkurs: Die Poesie der systemtheoretischen Biophysik des Staates*

---

Das Elixier, das den staatlichen Körper durchströmt, heißt Macht und die limitierenden Bahnen, innerhalb derer sich diese Macht auswirken kann, bilden Recht und Gesetz. „Ein Grund für die beständige Bezugnahme auf die Idee des politischen Körpers“ schreibt Philip Manow, „lag sicherlich darin, daß das verfügbare Vokabular der Herrschaftslegitimation sich nicht so schnell änderte wie die politischen Verhältnisse, die es beschreiben und rechtfertigen sollte – ein Umstand, der den Revolutionären [der Französischen Revolution] wohl bewußt war (...) Damit wurden politische Körpervorstellungen zum festen Bestandteil des neuen Diskurses.“<sup>391</sup> Und so ist es seither geblieben.

Die Staatsorgane erledigen die Aufgaben, die zur Funktionstüchtigkeit des Körpers notwendig sind, und das englische Wort „Power“ besagt nicht nur Macht, sondern auch Kraft. Und nur wer Kraft hat, hat im physikalischen Sinne auch die Möglichkeit, die Umwelt zu verändern: durch Arbeit. Öffentlichkeitsarbeit per se ist eine Möglichkeit zur Beeinflussung des Kräfteverhältnisses zwischen den „Unerhörten“ (s. o.) und den „Erhabenen“<sup>392</sup> – eine auf den ersten Blick idealisierte Interpretation

---

<sup>389</sup> Diskurse sowohl im Sinne Jürgen Habermas‘ als Diskussionen, die auf Konsens ausgerichtet sind, als auch im inkommensurablen Sinne der Postmoderne. Mehr dazu in Teil III.

<sup>390</sup> Vgl. Weber (1921/1922), § 16.

<sup>391</sup> Manow (2008), Seite 113f

<sup>392</sup> Ein Vergleich mit der Terminologie der „Krieg der Sterne“-Reihe von George Lucas (im Original: „Star Wars“) ist hier unvermeidbar: Macht hat darin eine dunkle Seite. Die böse Seite der Macht ist kulminiert in der Person des Imperators, der das Universum seinem Willen unterwerfen will. Die Jedi-Ritter, die Helden der Reihe, sind mit einer Art magischem Zugang zur Macht ausgestattet und ihre Aufgabe ist es, der positiven Seite der Macht zum Ausgleich zu verhelfen, indem sie sämtliche Rebellen, die sich dem Imperator widersetzen, unterstützen. Ihr Motto ist: „Möge die Macht mit dir sein“. PR-Leute als Jedi-Ritter zu betrachten und deren Wissen und Fähigkeiten als eine Art magischen Zugang zur Macht, ist weit

der Arbeit von Public Relation, doch sieht man sie als ausgleichenden Faktor, im Sinne dessen, was ihr Name ursprünglich bedeutet, nämlich „Beziehung zur Öffentlichkeit“, integriert sie im Prinzip auch die Presse mit ihrer ursprünglichen Aufgabe, neutral als „Herstellerin von Beziehungen zur Öffentlichkeit“ zu fungieren. PR und Presse dienen beide als Instrumente, um Aufmerksamkeit, also zu mehr (Durchschlags-)Kraft im Ringen um Veränderung zu gewinnen. So gesehen ist Öffentlichkeitsarbeit per se neutral. Doch faktisch ist Medienarbeit teuer. Es liegt also die Schlussfolgerung nahe, dass man sich Publizität erkaufen kann.<sup>393</sup> Um im obigen Bild zu bleiben, wird der Druck, mit dem das Elixier Macht durch die Bahnen des Rechts fließen kann, von der Freiheit bestimmt.

Wird in einem System Kommunikation unterdrückt, wird Freiheit unterdrückt, egal ob legal oder illegal. Es ist wie in der Medizin: Das Überleben hängt von der Reaktion ab. Man muss Freiheit zulassen, um weiterleben zu können.

Bei Störungen wird medizinisch eingegriffen, man reguliert die Bahnen, durch die Energie fließt: Liegt eine Störung im Blutkreislauf vor, verdünnt man zuerst die Macht, damit es zu keiner Thrombose kommt, die zur Embolie führen und im Infarkt enden kann. Dann beseitigt man die Verkalkung und, sollten die Arterien sich dann noch als zu schwach erweisen, stabilisiert man sie mit Gefäßstützen. Liegt eine Störung im Nervensystem vor, handelt man neurologisch/psychiatrisch ähnlich: Man entlastet zuerst das System, senkt den Druck ab, um dann neu zu stabilisieren.

Bleibt man tatenlos, kollabiert das System, es verkrampft und bricht zusammen. Besser man aktiviert, solange noch Hoffnung ist, Selbstheilungskräfte, die von innen wirken können. Wenn es das System aus eigener Kraft nicht mehr schafft, sich zu retten, muss man Hilfe von außen mobilisieren.

Ob diese Kräfte im politischen Organismus nun einen Ausgleich erreichen können, hängt davon ab, ob ihnen das Recht eingeräumt wird, sich im „Licht der Öffentlichkeit“ zu entfalten, um weitere Unterstützung zu mobilisieren, die den Druck gegen die „herrschenden Pathologien“ genügend zu verstärken oder ein Ventil zum Verringern des Drucks ermöglichen. Daher ist das Ziel von Unterdrückenden, Öffentlichkeit als Entfaltungsspielraum zu verhindern, um EINGRIFFE zu verhindern.<sup>394</sup> Dass sich das System langfristig damit selber schadet, ist geradezu poetisch. Autopoetisch, um im Sprachgebrauch der Systemtheorie zu bleiben.

---

hergeholt, zugegeben, aber, da denkbar, wissenschaftstheoretisch gesehen erlaubt. Mehr dazu im Abschnitt „Politainment“.

<sup>393</sup> Mehr dazu weiter unten im Abschnitt „Kommunikationspraxis“.

<sup>394</sup> Der Vergleich mit dem realpolitischen Schema Chinas bietet sich an, das jede Form von Druck von außen als „Einmischung“ von sich weist und, wenn es sich freiwillig öffnet, siehe Olympia 2008, die totale Kontrolle der Eingeladenen vornimmt, als handele es sich um Eindringlinge, in der Art von Bakterien oder Viren.

Die zuvor mehrfach erwähnte Aporie für Demokratien, also ihre intrinsische Möglichkeit, dass es als Unrecht gilt, die Verfassung in einem anderen Sinne zu interpretieren als es die gesetzgebende Gewalt für richtig hält, kann ebenfalls zum besseren Verständnis in biologisch-medizinische Bilder übertragen werden. Zum Beispiel: Man erklärt alle Medikamente für illegal, weil man erkennt, dass einige auch giftig wirken könnten. Oder: Man lehnt eine Operation ab, weil die betreffenden Bereiche für unantastbar erklärt wurden. Oder: Die totale Prävention führt ebenfalls zum Tode, denn der Organismus wäre unter dem Primat der totalen Sicherheit zur sterilen Bewegungslosigkeit verdammt, er besäße zwar noch Geist und Seele, nähme jedoch nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teil<sup>395</sup> – das Gegenteil von Vitalität. Ein total geschützter Staat wäre dementsprechend nicht mehr lebendig.

---

<sup>395</sup> Vgl. „Zoon politicon“ bei Marx

## 2.2 Politikmüdigkeit als Indikator für postdemokratische Tendenz?

Angela Merkel geht, anders als ihr ehemaliger Ehrenvorsitzender, nicht das Risiko ein, in den Verdacht zu geraten, Demokratie durch Einschränkung des öffentlichen Diskurses und/oder krankhafte Selbstherrlichkeit zu verhindern. Allerdings beobachtet Friedhelm Löwenich<sup>396</sup> auch in ihrer Ägide die „Entmachtung der Öffentlichkeit“ – heute erkennbar an einem Symptom, das man allerdings sehr ähnlich auch schon bei Helmut Kohl beobachtete. Löwenich stellt fest: „Immer häufiger, immer offener, immer zynischer immunisiert sich die Politik gegen Kritik, die sie häufig gar nicht erst mehr – da hat sie von alten Skandalen gelernt – zu unterdrücken versucht, sondern einfach ‚aussitzt‘ und an sich abperlen lässt wie Lotosblätter das Wasser.“<sup>397</sup> Darf man Merkel glauben, wenn sie im WDR-Interview behauptet, dass ihre Erfahrungen in der DDR dazu führen, das „Recht auf freie Meinungsäußerung“ dahingehend für sich auszunutzen, dass sie anderslautende Meinungen als die ihre kommentarlos als solche akzeptiert?<sup>398</sup> Zeigt das „System Merkel“, selten ein Machtwort zu sprechen, sondern die Spieler auf dem Spielfeld der Öffentlichkeit ihre Züge machen zu lassen, bis sie sich im wahrsten Sinne des Wortes „abreagiert“ haben, nicht vielleicht eine „in der Wolle gefärbte“ Demokratin? Ist nicht die Tatsache, dass sie die Diskussion nie selbst anheizt, ein Zeichen dafür, dass die *Stadt eine Philosophenkönigin* gewählt hat, wie es sich Sokrates und Platon gewünscht haben? Und ist das der Grund, warum sie bzw. ihre Partei die letzte Bundestagswahl gewonnen hat? Oder ist sie einfach eine schlaue Machtpolitikerin, die die Kunst der Arkanpraxis perfektioniert? Im Folgenden werden Argumente aufgezeigt, die es dem Leser ermöglichen sollen, seine eigene Antwort auf diese Frage zu finden.

Der englische Politikwissenschaftler Colin Crouch beschreibt die jüngere Entwicklung der westlichen Demokratien als parabelförmig. Er diagnostiziert kein Verschwinden der Demokratie, sondern eine Art „Abschwung“: Er stellt eine Demokratiemüdigkeit fest, bedingt u. a. durch die schwindende Bedeutung der Arbeiterbewegung, den Machtverlust der Gewerkschaften, Sozialabbau und den zunehmenden Einfluss global agierender Wirtschaftsunternehmen. Er prognostiziert „Erosionserscheinungen (...), wenn wir uns – gleichgültig und desillusioniert – immer weiter vom Ideal der Demokratie entfernen“<sup>399</sup>. Im Rahmen sämtlicher gesellschaftlicher Umwälzungen „verlieren die Armen zunehmend jegliches Interesse an allem, was um sie herum

---

<sup>396</sup> In seinem Aufsatz „Entmachtung der Öffentlichkeit“ veröffentlicht bei vorwärts.de anlässlich des 80. Geburtstages von Jürgen Habermas. [www.vorwaerts.de/print/7846](http://www.vorwaerts.de/print/7846)

<sup>397</sup> In seinem Aufsatz „Entmachtung der Öffentlichkeit“ veröffentlicht bei vorwärts.de anlässlich des 80. Geburtstages von Jürgen Habermas. [www.vorwaerts.de/print/7846](http://www.vorwaerts.de/print/7846)

<sup>398</sup> „Ich glaube, dass die Einmischung in aktuelle politische Fragen begrüßt werden sollte von der Politik. Ich muss ja nicht jede Meinung teilen“, sagte Angela Merkel im Interview mit WDR-Intendantin Monika Piel, das am 18.01.2010 auf Phoenix ausgestrahlt wurde.

<sup>399</sup> Crouch (2009), Seite 34

geschieht und gehen nicht einmal mehr zur Wahl, wodurch sie freiwillig wieder jene Position einnehmen, die sie in prädemokratischen Zeiten gezwungenermaßen innehatten“<sup>400</sup>. Zwar beobachtet er diesen Prozess ausgerechnet am deutlichsten in den USA, dem Mutterland der Bill of Rights, in der das Recht auf Streben nach Glück verbrieft ist, aber auch in Deutschland kann man diesen Trend bestätigen: „Der Anteil der Nichtwähler an allen Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl hat mit etwa 30 Prozent einen historischen Höchststand erreicht: Rund 13,8 Mio. Menschen gingen 2009 nicht zur Wahl“, meldet die Bundeszentrale für politische Bildung am Tag nach der Bundestagswahl.

Dafür ermittelte knapp sechs Wochen vorher schon das Meinungsforschungsinstitut dimap im Auftrag der Initiative ProDialog in der Befragung „Nichtwähler im Superwahljahr“ die Gründe von potentiellen Nichtwählerinnen und -wählern. Das Institut bestätigt, dass 71 % dies mit der Begründung „Der Wahlkampf spricht mich nicht an“ erklärten.<sup>401</sup> Langweiligkeit als Grund für die Ermüdung der Demokratie? In Teil II. wird die mehrdimensionale, transaktionale Wirkungsweise von Wahlwerbung zwischen Politik, medialer Präsentation und Öffentlichkeit zur politischen Willensbildung auch anhand von Beispielen aus der politischen Praxis deutlicher beleuchtet.

Mehr zum Thema Erstarrung als Reaktion auf atmosphärische Störungen in der Politik im Abschnitt „Psychopathologische Öffentlichkeit“.

### 2.3 Presse und Parlament als Ersatz für die Polis

Wie bereits oben erwähnt, dient der öffentliche Raum als Spielraum der gegenseitigen Diskurse. In der Antike und kleineren lokalen Bereichen tauschen sich die Akteure persönlich aus, doch je größer der deliberative Dunstkreis sich ausweitet, umso schwieriger wird es, diesen Diskurs mit allen Beteiligten räumlich und zeitlich kongruent zu führen. Historisch hat sich das Prinzip der „Repräsentation“ durchgesetzt, bei dem Vertreter der gesetzgebenden Gewalt einen Rat bilden, der die Belange der Öffentlichkeit diskutiert und die Gesetzgebung beschließt.<sup>402</sup> In Demokratien werden diese Abgeordneten vom Volk direkt oder indirekt von den Staatsbürgern gewählt. Um sich eine Meinung über diese Vertreter zu bilden, die es zu wählen gilt, dient die Presse als Instrument, das hilft, die unterschiedlichen Programme und Persönlichkeiten im „Licht der Öffentlichkeit“ zu besehen und den Diskurs über ihre Qualitäten und damit die Meinungs- und Willensbildung in Schwung zu halten.

---

<sup>400</sup> Crouch (2009), Seite 35

<sup>401</sup> [http://www1.bpb.de/themen/CROKHR\\_0.Nichtw%20er.html](http://www1.bpb.de/themen/CROKHR_0.Nichtw%20er.html) (Bundeszentrale für politische Bildung)

<sup>402</sup> Siehe Abschnitt „Die Halle des Volkes ist der Öffentliche Raum“ im Kapitel „Politische Öffentlichkeit und Gerechtigkeit“ in Teil I.

## 2.4 *Deliberativer Mediendiskurs*

### **Wählen – Macht und Ohnmacht der Öffentlichkeit**

**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.  
Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und  
durch besondere Organe der Gesetzgebung der  
vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.  
(GG: Art. 20 Abs. 2)**

Die politische Rolle der Öffentlichkeit in einer Demokratie wird allgemein mit der Rolle des Volkes gleichgesetzt, bzw. mit der Rolle des Wahlvolkes, bzw. mit den wahrnehmbaren Reaktionen und prognostizierbaren Konsequenzen durch den Willen eines Wahlvolkes.

Diese Wahrnehmbarkeit ist direkt gekoppelt an Massenmedien und an Meinungsforschungsinstitute: Anhand ihrer Mitteilungen glauben Akteure, die Öffentliche Meinung ablesen zu können – genauer: Die Presse und die Meinungsumfragen gelten heute für Politiker als Transportmittel (Medien) „öffentlicher Meinung“. Die für die Politik interessante Öffentlichkeit ist nur die, deren Missgunst sie fürchten muss, also die der Wähler bzw. Nichtwähler. Andersherum betrachtet: Was Kinder denken, Ausländer oder andere Erwachsene, die nicht wahlberechtigt sind (vergleichbar mit den Unfreien Athens), ist für die Politik irrelevant, weil diese Personen in diesem System keine Stimme und damit Macht haben (z. B. Kinder) und nur wenn deren Interessen indirekt auch Wahlberechtigte (Eltern) betreffen oder diese mobilisieren können, werden Politiker aufmerksam, denn des Wählers Stimmabgabe ist seine (einzige) politische Machtdemonstration. „Die demokratische Wahl markiert den Übergang und die Übertragung der Macht, für die Zeit dieses Übergangs fällt sie an das Volk zurück. Diese Phase ist damit eine Periode inszenierter Formlosigkeit, der ‚Antistruktur‘ und des Karnevals des Wahlkampfes“, schreibt Philip Manow.<sup>403</sup>

### **Wahlen entscheiden über Macht und Ohnmacht der Politiker**

„Neunzig Prozent der politischen Kommunikation findet statt, um bereits gefällte Entscheidungen möglichst gut in der Öffentlichkeit darzustellen. Plakatwände in der ganzen Republik werben für die neuesten Regierungsprojekte, und das unabhängig von Wahlkämpfen“, resümieren Hans-Peter Meister und Felix Oldenburg<sup>404</sup>. Wie

---

<sup>403</sup> Manow (2008), Seite 109

<sup>404</sup> Meister, Hans-Peter; Oldenburg, Felix „Die Teilhabe der Vielen. Konsultationsverfahren der nächsten Generation“ in: Bertelsmann-Stiftung (2009)



Schulz<sup>405</sup> und andere ausführen, ist das Interesse der Politiker an der Meinung der Öffentlichkeit nur deshalb groß, weil die vermeintliche aktuelle Zustimmung der Bevölkerung/Wähler wiederum Machtzuwachs für sie selbst in der Partei oder im Kabinett bedeutet, auch wenn aktuell keine Legitimierung ihrer Politik durch Wahlen ansteht. Denn ständig stehen interne Wahlen bzw. Berufungen innerhalb der Parteien, im Kabinett, der Ministerialbürokratie oder im öffentlichen Dienst an. Im bundesrepublikanischen Partei- und Parlamentssystem hat sich, wie von Arnim eindrucksvoll schildert, die Kunst der Ämterpatronage zu ungeahnter Blüte entwickelt.<sup>406</sup> Die Elite der Politik ist, anders als „das Fußvolk“, nicht von einem guten Listenplatz abhängig, sondern von der Zustimmung zu ihrer Person und einer guten Positionierung ihres Ansehens in der Öffentlichen Meinung.

Um den aktuellen Einfluss (Macht) der Spitzenpolitiker zu eruieren und zu erkennen, wie die gegenwärtige Politik beim (Wahl-)Volk ankommt, zieht man Meinungsforschungsinstitute zu Rate und stellt mit der sogenannten Sonntagsfrage „Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre?“ oder ähnlichen die aktuelle Akzeptanz der Akteure (bzw. deren Images) fest. Die Umfragewerte beeinflussen die politisch/mediale Agenda und die der Presse dahingehend, dass bei signifikanten Änderungen entweder hektisch nach Gründen gesucht wird, um entweder nachzubessern oder besser aufzuklären, um unpopuläre Entscheidungen wenigstens verständlich zu machen oder – meistens – den Auf- oder Abgestiegenen zu bejubeln oder mit Häme zu überschütten. Andererseits können veröffentlichte Statements, die die Haltung oder persönliche Eigenschaften der Politiker pointiert offenbaren, die Tagesordnung wiederum ebenfalls enorm beeinflussen, dadurch, dass sie Applaus oder Protest auslösen und die Diskussion anheizen und das Thema immer wieder auf den Prüfstand stellen, bis sich die Öffentliche Meinung beruhigt<sup>407</sup>.

Ähnlich werden die vermeintliche Akzeptanz und das Image der Akteure auf niedrigerer Ebene durch Auswertung der Presse eruiert. Dies ist der Grund, warum Politiker glauben, die Öffentliche Meinung aus der Presse ablesen zu können, und warum sie behaupten, selbst von den Medien beeinflusst zu sein, wie später beim Thema „Ergebnisse der empirischen Kommunikationsforschung“ deutlicher dargestellt wird.

---

<sup>405</sup> Schulz (2008)

<sup>406</sup> Arnim (2001)

<sup>407</sup> Bestes Beispiel ist in Deutschland die ständig wieder aufgeheizte Diskussion um das vierte „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, besser bekannt als Hartz IV, und die spektakuläre Äußerung des Bundesaußenministers und FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, der sich in unverblühten Neo-Liberalismus mitleidlos gegen unfreiwillig Arbeitslose aussprach, indem er ihnen unterstellte, bei höheren Bezügen nicht mehr arbeiten gehen zu wollen, und dadurch einen medialen Proteststurm auslöste („Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“) Um diesen zu beenden, ging er in die Offensive und forderte eine Generaldebatte im Bundestag („aktuelle Stunde“) zum Thema. Die Kanzlerin zeigte sich offen, jedoch „ohne Zeitdruck“ – eine gute Methode, um sofort Ruhe zu erzeugen. Bis es tatsächlich zur Debatte kommt, haben sich alle wieder beruhigt.

Obwohl Wahlkampfstrategen erkannt haben, dass Werbebotschaften im Wahlkampf einfach strukturiert sein müssen und in Deutschland einen mittelhohen Emotionalitätsfaktor haben sollten, weil – anders als in den USA – Kompetenz hier vor allem mit Sachlichkeit verknüpft ist, scheinen alle neueren Rezepte nicht aufzugehen. Insbesondere die Internet-Wahlkampf-Strategie und deren Umsetzung zündete im Vergleich zu den an sie geknüpften Hoffnungen wenig. Die Gründe dafür werden im Kapitel „Kommunikationsforschung“ geschildert und im dritten Teil dieser Arbeit eruiert, in dem es auch um die Internetstrategie der Parteien im Bundestagswahlkampf 2009 geht.

Das Scheitern der Bemühungen um die Wählergunst ist genau wie das Scheitern der Bemühungen um die Käufergunst immer eine Frage der Überzeugungskraft (Persuasion). Die Komplexität des Marktes wird von Fachleuten seit über hundert Jahren untersucht, ebenso die Möglichkeiten, Einfluss auf die Konsumenten zu nehmen, doch ein Patentrezept gibt es immer noch nicht. Die pluralistische Öffentlichkeit, wie sie Arendt für eine funktionierende Demokratie postuliert, ist, ähnlich wie der Markt, nur bedingt manipulierbar. Andererseits ist die Tendenz, politische Inhalte mehr und mehr den Regeln der Massenunterhaltung anzupassen, zu beobachten und ob das sinnvoll, weil zielführend ist, wird im Kapitel „Kommunikationsforschung“ eruiert.

„Politikverdrossenheit“ – ein schnelles Urteil, wenn nach Wahlen schwindende Wahlbeteiligung kommentiert wird. Dürfen sich Wähler die Freiheit nehmen, verdrossen auf Verdrießliches zu reagieren? Das Grundgesetz sagt ja: es besteht keine Wahlpflicht.

Die Bundesrepublik feierte 2009 ihr 60-jähriges Bestehen und nach den Jahren totalitärer Herrschaft des „Dritten Reichs“ und der Erfahrung nicht-demokratischer Staatsführung der DDR sollte von den Bürgern des wiedervereinigten Deutschlands mit ihrer als vorbildlich anerkannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Freiheit, ihre Repräsentanten geheim wählen zu dürfen, gepflegt und kultiviert werden. Doch es droht das Gegenteil der Fall zu werden: die Wahlbeteiligung sinkt<sup>408</sup>. Allerdings ist der Aufruhr darüber seit dem zweiten Weltkrieg stets enorm, während die Quote mit über 70 Prozent im Vergleich zu anderen demokratischen Ländern, besonders der Schweiz mit unter 50 Prozent bei Nationalratswahlen, noch vergleichsweise hoch ist.

---

<sup>408</sup> „Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei 70,8 Prozent – bei keiner anderen Bundestagswahl war die Wahlbeteiligung niedriger. Während sie in Hessen mit 73,8 Prozent am höchsten war, hatte Sachsen-Anhalt mit 60,5 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung. Sachsen-Anhalt war damit zum fünften Mal in Folge das Bundesland mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gehörte es bei allen Bundestagswahlen von 1990 bis 2009 zu den fünf Ländern mit der niedrigsten Wahlbeteiligung.“ (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: unter: <http://www1.bpb.de/wissen/RVVZN8,0,0,Wahlbeteiligung.html>, 10.03.2010)

Ähnlichkeiten zum Bildungssystem fallen auf: Deutsche Kinder und Jugendliche gehen äußerst ungern zur Schule, während in genau jenen Teilen der Welt, in denen Kindern das Lernen nicht selbstverständlich ermöglicht wird, die Chance, Bildung zu erhalten, als hohes Gut wertgeschätzt wird. Theoretisch halten alle „Bildung“ und „Wahlrecht“ für wichtige Errungenschaften, praktisch fühlen sich Individuen anscheinend nicht verantwortlich dafür, diese Errungenschaften fortdauernd aktiv zu erhalten. Jede Generation müsse sich verschiedene Freiheiten NEU erkämpfen, konstatieren Trojanow und Zeh.<sup>409</sup> Nachfolgende erkennen die Notwendigkeit der Pflege vergangener Errungenschaften nicht: Viele Frauen belächeln heute Suffragetten und Feministinnen, viele Farbige wissen nicht, wer Martin Luther King war, und viele Wahlberechtigte der neuen und alten Bundesländer können sich eben nicht daran erinnern, dass ihre Eltern und Großeltern zeitweise keine freien und geheimen Wahlen hatten. Sogenannte bildungsferne Schichten sind von der kulturhistorischen Ideengeschichte verschiedener gesellschaftlicher Errungenschaften abgekoppelt und zwar nicht, weil ihnen die Information darüber nicht zur Verfügung steht, sondern, weil sie, wie im Kapitel „Kommunikationsforschung“ geschildert, möglicherweise Opfer des Knowledge-Gap<sup>410</sup> sind und kein Interesse dafür haben. Ob dies eine „selbstverschuldete Unmündigkeit“ im Sinne Kants ist, strukturelles Versagen der Gesellschaft oder nur ihres Bildungssystems oder schlicht grassierende Ignoranz, ist irrelevant, denn der Effekt ist derselbe: Nichtwähler erkennen ihren Beitrag zum Schutz der Verfassung in Form der Abgabe eines gültigen Stimmzettels zum Erhalt und Schutz der Errungenschaft „Wahlrecht“ nicht als Norm (an).

Ein anderer Ansatz zur Erklärung der schwindenden Wahlbeteiligung ist die Annahme einer grundsätzlichen Zustimmung. Gerade die politische Stabilität und die Zufriedenheit mit dem System verursache bei Wählerinnen und Wählern eine Wahlmüdigkeit im positiven Sinne: Nicht die Errungenschaft des Wahlrechts muss durch aktive Bestätigung gestärkt werden, auch keine „Wende“ sei erforderlich, sondern die politische Entwicklung sei zu unterstützen durch eine Art Zustimmung durch „Nicht-Eingreifen“ und „In-Ruhe-Lassen“. Und wiederum genau dasselbe Instrument, also die Enthaltung, wird benutzt, um tatsächlich das Gegenteil zu erreichen: Um die Politik aufzurütteln und seine Unzufriedenheit mit ihr zu betonen, so ist die Forderung der „aktiven Nichtwähler“, solle man die system-erhaltende Handlung des Urnengangs unterlassen.

### **Nichtwählen als politisches Handeln?**

Trotz der Ratlosigkeit über die genauen Gründe sinkender Wahlbeteiligung gilt immerhin noch bei 70 % deutscher Wahlberechtigter offenbar denn(-noch) die Norm als allgemein anerkannt, dass die wichtigste politische Aufgabe von Demokraten darin bestehe, ihre Volksvertreter in die jeweiligen Parlamente zu wählen.

---

<sup>409</sup> Trojanow and Zeh (2009)

<sup>410</sup> Siehe auch: Merten et al. (1994)

Während es auf der Seite der Nichtwähler – aus welchen Gründen auch immer – nicht (mehr) als „zwingende Bürgerpflicht“ angesehen wird, ihre Stimme abzugeben, siehe oben, gibt es in diesem Lager viele, die beim besten Willen nicht als „bildungsfern“ oder uninteressiert einzustufen sind und die ihre Nichtbeteiligung als demonstrative „Trotzreaktion“, „Quittung“ oder „Denkzettel“ gegen die Politik der zu Ende gehenden Legislaturperiode verstanden wissen wollen, wie Gabor Steingart, ehemaliger USA-Korrespondenz des Spiegel und Publizist, meint.<sup>411</sup> In den Tagen des Wahlkampfes 2009 fordert er öffentlich zum Nichtwählen auf, um dadurch ein Zeichen zu setzen, das die Politik zur Umstrukturierung zwingen solle<sup>412</sup>. Er beobachtet eine Verkrustung der demokratischen Strukturen und bedauert den schleichenden Verfall der großen demokratischen Leidenschaften in Deutschland. In seinem Buch „Die Machtfrage – Ansichten eines Nichtwählers“ setzt er auf die Verabschiedung der seiner Meinung nach überfälligen Verfassung anstelle des sowieso nur als Provisorium installierten Grundgesetzes, um in diesem Zusammenhang neue, seiner Meinung nach demokratischere Strukturen zu installieren.

Während das Lager der als „politisch-korrekt“ Geltenden eine hohe Wahlbeteiligung als Zeichen gelebter Demokratie empfindet, sind Nichtwähler offenbar auch der Meinung, gerade durch ihre Stimmenthaltung etwas besonders Politisches zu tun. Der Vorwurf also, dass sie durch ihren verweigerten Urnengang gleichzeitig verweigern, den radikalen Parteien ihre persönliche Stimme entgegenzustellen und damit anti-demokratische Tendenzen fördern, ficht diese Menschen nicht an.<sup>413</sup> Steingart postuliert: „Wenn es mehr Gleichgültige als Wohlmeinende gibt, sind die Tage der Demokratie gezählt.“<sup>414</sup>

Was so klingt wie ein Aufruf zum „Nicht-Wohlmeinen“, um die Demokratie zu stürzen, ist anders gemeint: Zum Schutz der Demokratie müsse es mehr „Nicht-Gleichgültige“ als „Nicht-Wohlmeinende“ geben. Da sich dies aber nicht abzeichnet, sondern immer mehr Bürger in ihrem politischen Interesse erlahmen (mehr Gleichgültige) und jenen die Wahl überlassen, die es (noch) wohl meinen, dürfe man nicht warten, bis die Verhältnisse sich ändern und mehrheitlich Nicht-Wohlmeinende das Heft in die Hand nehmen. Wenn deren Politik dann den Gleichgültigen nicht mehr

---

<sup>411</sup> Seit 2010 Chefredakteur des „Handelsblatt“

<sup>412</sup> Z. B. in der ZDF-Sendung „Johannes B. Kerner“ am 24.09.09, siehe auch:

[http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/Was\\_motiviert\\_Nichtwaehler%3F/208/848470?inPopup=true](http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/Was_motiviert_Nichtwaehler%3F/208/848470?inPopup=true)

<sup>413</sup> Die Bundeszentrale für politische Bildung, eine Auslagerung des Innenministeriums, veröffentlicht dazu Erfahrungen aus der Vergangenheit, in der äußerst knappe Wahlergebnisse große Wirkung hatten, wie in den Jahren 2002 und 2005, in denen die Union und SPD jeweils nur wenige tausend Stimmen auseinander lagen. Quelle: Nichtwähler im Superwahljahr. „Erste Befragungswelle des Nichtwählerpanels zur Bundestagswahl 2009“, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut dimap im Auftrag von Initiative PRODIALOG, in:

[http://www1.bpb.de/themen/DHTH4I,0,38\\_Prozent\\_der\\_potentiellen\\_Nichtw%20er\\_sagen%3A\\_Habe\\_das\\_Gef%20uehl\\_dass\\_meine\\_Stimme\\_nicht\\_z%20uehlt.html](http://www1.bpb.de/themen/DHTH4I,0,38_Prozent_der_potentiellen_Nichtw%20er_sagen%3A_Habe_das_Gef%20uehl_dass_meine_Stimme_nicht_z%20uehlt.html)

<sup>414</sup> Steingart (2009), Seite 16

gleichgültig ist, sei es zu spät.<sup>415</sup> Anstatt aber aufzurufen zum massenhaften Urnengang und nun erst recht seine Stimme abzugeben, glaubt er, dass der Nichtwählerprotest die Herrschenden zwingt, über die Spielregeln nachzudenken. Und weiter: „Wer wählt, stimmt zu. Jede Stimme für eine der Parteien wird diese sofort als Ermunterung zum Weiter-so verstehen.“<sup>416</sup> Im Gegenzug also erwartet er, dass die Parteien Nichtwähler als ihr eigenes politisches Problem erkennen und sich gedankenvoll Sorgen machen um all die verlorenen Stimmen, die der Politik abhanden gekommen sind. In Anbetracht der proportionalen Parteienfinanzierung<sup>417</sup> denken sicher auch viele darüber nach, allerdings nicht so, wie Steingart sich das wünscht.

Durch Unterlassen „Politiker zum Nachdenken zu zwingen“, ist möglicherweise ein Trugschluss. Wie die Erfahrung zeigt, rätseln Politiker anschließend nur laut über die psychosozialen Gründe der Nichtwähler, weil sie aus demoskopischen Umfragen wissen, dass es vornehmlich sozial Schwachen und an Bildung Armen an Motivation fehlt.<sup>418</sup> Die Parteien, die Steingart mit seiner Botschaft zu erreichen hofft, lachen sich vermutlich eher ins Fäustchen, weil intellektuelle Nichtwähler, wie er, eben auch keinem der anderen Kontrahenten die Stimme gegeben haben. Zweitens: Selbstverständlich denken Parteien über Wählerwanderung nach. Wundern sich doch in der Praxis tatsächlich beispielweise die Sozialdemokraten 2009, warum die Linken so viele Stimmen erhielten, von denen sie annahmen, sie fielen traditionell ihnen zu. Ob, wie Protest-Nichtwähler hoffen, Parteien nach der Analyse von Wählerwanderungen ihre Programme ändern, um in Zukunft mehr Stimmen zu erhalten, ist die eine Frage – und wenn sie an die Regierungsverantwortung gelangen, ob sie dann auch ihre nach außen wahrnehmbare Politik dementsprechend ändern, ist die andere. Nach den bisherigen Erkenntnissen bleibt der Wunsch der Vater des Gedankens.

Bei schlechter Wahlbeteiligung heißt es, „die Partei der Nichtwähler“ werde immer größer. Eine real existierende „Nichtwählerpartei“ gibt es tatsächlich, nur wurde sie noch nie vom Bundeswahlausschuss zugelassen.<sup>419</sup> Mit an Sicherheit grenzender

---

<sup>415</sup> Ähnliches befürchtet Sherry Turkle vom MIT, mehr dazu in Teil III.

<sup>416</sup> Steingart (2009), Seite 180

<sup>417</sup> Siehe auch: Naßmacher, Karl-Heinz „Parteienfinanzierung“ in: Bundeszentrale für politische Bildung, unter: <http://www.bpb.de/wissen/05032375937874469878037244421420,1,0,Parteienfinanzierung.html>

<sup>418</sup> Dass möglicherweise Armut und geringe Bildung nicht nur Ursache fürs Nichtwählen sind, sondern Symptom einer mangelhaften Sozial- und Bildungspolitik, also ein Verstärkermechanismus Wirkung zeigt und vielleicht schon in einen Teufelskreis mündet, macht das Problem noch unangenehmer, als dass länger als ein paar Tage nach einer Wahl darüber gegrübelt werden mag.

<sup>419</sup> Die Gründe dafür mögen formeller Natur sein, aber entspräche eine Zulassung nicht einer Art Kausalitätsverletzung im physikalischen Sinne? Nach derselben Logik, nach der kein Patentamt für ein funktionierendes Perpetuum Mobile ein Patent erteilen würde, weil es den Vorschriften widerspricht, nach denen eine Patentanmeldung auf den Naturgesetzen beruhen muss, darf im Prinzip der Bundeswahlausschuss keine Partei zulassen, die das Konzept des Wählens negativistisch benutzt.

Wahrscheinlichkeit hätte sie 2009 die 13,8 Millionen nicht-abgegebenen Stimmen auch nicht erhalten, wenn sie zugelassen worden wäre.

Um die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik besser auszudrücken, sei also „Enthaltung“ gut, wie Steingart vorschlägt, als Signal, den „Parteienstaat“ nicht zu unterstützen. Ohnehin wird eine Enthaltung gerne auch so gedeutet, dass der Enthaltende den Gegebenheiten zustimmt oder sich nur nicht zwischen zwei gleich attraktiven Positionen entscheiden kann und es lieber den anderen überlässt, die Wahl zu treffen, was eine Befürwortung des Votums anderer (Wählender) impliziert und keine Verweigerung der Anerkennung der Gegenstände, über die abgestimmt werden soll, siehe oben.

Der Effekt ist also genau umgekehrt. Offensichtlich glaubt beispielsweise die Generaldirektion C des Europäischen Parlamentes, also die Kommunikationsabteilung, die für die „Beziehungen zu den Bürgern“ zuständig ist, nach einer Umfrage, dass die Nichtwähler den Wählenden vertrauen, schon das Richtige zu entscheiden: Die Unzufriedenheit mit Politik allgemein habe zwar dem Urnengang im Weg gestanden, aber da die Mehrheit der Befragten angab, mit den **Institutionen** der EU generell zufrieden zu sein, also mit der Europapolitik, die durch bisher gewählte Abgeordnete praktiziert wurde, und dass sie sich gut informiert fühle, ist die Kommunikationsabteilung sozusagen aus dem Schneider.<sup>420</sup> Die Interpreten der Umfrage kommen also ebenfalls zu einem Ergebnis, das die Protest-Nichtwählenden eigentlich vermeiden wollten.<sup>421</sup> Diese müssen es sich sogar gefallen lassen, bei der Analyse mit den „Bildungs- und Einkommensarmen“ in einen Topf geworfen zu werden, aus deren Reihen die meisten „Enthalter“ stammen, wie in einer Bremer Studie eruiert wurde, siehe Exkurs unten. Unpolitische und politisch Unzufriedene werden praktisch nicht differenziert bewertet.

Aus den Reihen der Unpolitischen rekrutieren sich jene, die ausgerechnet Steingart als Mitläufer identifiziert hat, also die ehemalige „schweigende Mehrheit“, die sich der friedlichen Revolution in der DDR als „Wendehälse“ anschlossen, weil sie bloß

---

<sup>420</sup> Bei der Analyse der Europawahlen kamen aber die Autoren der Studie denn auch zu dem Ergebnis: „Im Gegensatz zu dem, was vermutet werden könnte, zeigt diese Analyse auch, dass die Mehrheit der Nichtwähler sich aus Gründen, die vorrangig mit einem Mangel an Vertrauen in die Politik allgemein zusammenhängen, für die Enthaltung entscheidet, und nicht aus Mangel an Vertrauen zu den europäischen Institutionen bzw. aus Informationsmangel. So gibt die Hälfte der Nichtwähler an, sich mit Europa verbunden zu fühlen.“ Quelle: Referat Analyse der Öffentlichen Meinung, Europäisches Parlament, Generaldirektion Kommunikation, Direktion C – Beziehungen zu den Bürgern, Brüssel, 24. Juli 2009, UMFRAGE NACH DEN EUROPAWAHLEN 2009, Eurobarometer zum Europäischen Parlament, Frühjahr 2009, Zusammenfassende Analyse, Bevölkerung: EU 18+ (Österreich 16+), Teilnehmerkreis: EU 27 (26 830 EU-Bürger), Feldzeit: 12. Juni – 6. Juli 2009, siehe: [http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28\\_07/SA\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28_07/SA_de.pdf)

<sup>421</sup> Die Situation ist mit einem Hotel vergleichbar, dessen Betreiber Besucherschwund feststellen und aus der Antwort von befragten Wegbleibenden, dass sie zwar das Hotel ganz gut finden, aber ihnen der Service nicht gefalle, zu der Erkenntnis gelangen, dass man am Hotel nichts verbessern müsse.

(Wohlstands-)Morgenluft gewittert hätten. Steingart schildert die Masse der Mitläufer sinngemäß als diejenigen, die hinterherdackelten, nachdem andere mühselig und gefährvoll die Mauer der Reaktion soweit ins Wanken gebracht hatten, dass nur noch ein Sektkorken genügte, um sie umzuwerfen.<sup>422</sup> Doch die „schweigende Mehrheit“ bildet die „kritische Masse“, wie später noch deutlicher werden wird.

### **Das passive Staatsbürgertum**

Die Forderung nach Nicht-Wählen als Ausdrucksmittel erlaubt einen direkten Hinweis auf Kant, der in seiner Metaphysik der Sitten im Kapitel „Das öffentliche Recht“ erklärt: „Nur die Fähigkeit zur Stimmgebung macht die Qualifikation zum Staatsbürger aus.“<sup>423</sup> Damit meinte er die Berechtigung, doch man kann es auch als Befähigung interpretieren.

So gesehen, disqualifizieren sich Nichtwähler (durch Unterlassung) selbst in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger. Ob sie auf ihre Befähigung und ihre Berechtigung, d. h. auf ihr gesetzlich verbrieftes Wahlrecht freiwillig, aktiv, protestierend aus politischen Gründen verzichten oder aus Einfältigkeit oder Faulheit, ist irrelevant: Sie disqualifizieren sich.

Einwände, dass Kant im selben Absatz auch passive Staatsbürger<sup>424</sup> als Teil des Volkes integriert, die sich „aus diesem passiven Zustande zu dem aktiven emporarbeiten können“, weil sie „der Freiheit und Gleichheit (...) als Menschen, die zusammen ein Volk ausmachen nicht entgegen stehen“, sind ungerechtfertigt, weil er damit nicht das Nichtwählen meint, sondern die passive Zustimmung zum Votum derer, die aktiv abstimmen: „Vielmehr kann bloß den Bedingungen derselben [freien und gleichen Menschen, s. o., A.W.] gemäß dieses Volk ein Staat werden und in eine bürgerliche Verfassung eintreten.“ Also das genaue GEGENTEIL: Ähnlich wie bei Arendt ist es ein Privileg, die Qualifikation zum Wählen zu besitzen. Man muss m. E. Kants Teilung in aktive und passive Staatsbürger als Reminiszenz an seine Zeit lesen: Wie sonst hätte er die in seiner Zeit herrschende „Undenkbarkeit“, dass beispielsweise Frauen und Dienstboten als Teil „dieses Volkes“ (dessen vereinigttem Willen die gesetzgebende Gewalt zukommt, § 46 MdS) auch StaatsbürgerInnen und damit StimmgeberInnen sein sollen, in seinem System auffangen sollen? Zwar nimmt sein Öffentliches Recht das menschenrechtliche Konzept „Gleichheit aller“ vorweg, aber selbst für Kant gab es offensichtlich Ungleiche, die vorerst Ungleiche bleiben

---

<sup>422</sup> Steingart (2009)

<sup>423</sup> So gesehen, würde eine Raucherpartei, die 13,8 Millionen Nichtwähler auf sich bezieht, sicher interessante Diskussionen in den Koalitionsverhandlungen führen.

<sup>423</sup> Kant (1990), 171

<sup>424</sup> Nicht gemeint ist das heutige deutsche passive Wahlrecht, nach dem Staatsbürger sich in Ämter wählen lassen können.

sollten<sup>425</sup>. Um dieses Problem zu lösen, bot sich das Konzept des passiven Staatsbürgertums für Abhängige und Ungleiche an, das diesen als Menschen zwar keine Partizipation zugestand, aber immerhin: „daß sie fordern können, von allen anderen [also den zur Partizipation Berechtigten, Anm. A.W.] nach Gesetzen der natürlichen Freiheit und Gleichheit als p a s s i v e Teile des Staats behandelt zu werden“<sup>426</sup>. Mit diesem Satz löst er gleichzeitig das Problem der Angst vor der Macht des Pöbels durch die Lösung „repräsentative Demokratie“, denn sogleich schränkt er ein: „[es] folgt nicht das Recht auch als a k t i v e Glieder den Staat selbst zu behandeln zu organisieren oder zur Einführung gewisser Gesetze mitzuwirken; sondern nur, daß, welcherlei Art die positiven Gesetze, wozu sie stimmen [also passiv dulden, akzeptieren, indem sie die Stimmabgabe in treuem Glauben den Aktiven überlassen, A.W.] auch sein möchten, sie doch den natürlichen [Gesetzen] der Freiheit und der dieser angemessenen Gleichheit aller im Volk, sich nämlich aus diesem passiven zu dem aktiven emporarbeiten zu können, nicht zuwider sein müssen“<sup>427</sup>. Selbstverständlich geht er davon aus, dass die Gesetzgeber nach seinem „Kategorischen Imperativ“<sup>428</sup> handeln, und die Formulierung „emporarbeiten“ ist eine Hintertür, die für die Zukunft die Möglichkeit und den Prozess in Richtung gesetzlicher Gleichstellung offenhält, ohne dass das Theoriegebäude im Ganzen beschädigt wird<sup>429</sup> und ohne dass der revolutionäre Charakter des darin implizierten Vorschlages allzu deutlich wird, der nichts anderes besagt, als dass die Anerkennung von Freiheit und Gleichheit aller im Volk eines Tages erarbeitet sein wird – von wem auch immer: den aktiven durch Gesetzgebung oder den passiven durch implizite Zustimmung, jedenfalls nicht durch deren Aktivität. So gesehen, stimmt Kant der Hegelschen Grundidee zu, dass es eine „Idee der Verwirklichung der Vernunft in einer ‚vollkommen gerechten Ordnung‘“ gibt, nur sieht er sie nicht im Monarchen korporiert, sondern im aktiv und passiv eruierten Gemeinwillen, der letztendlich zur gerechten Gesetzgebung führt.

Die Argumente der heute aus Protest Nichtwählenden stehen in einem buchstäblich „perversen“ Verhältnis zum Wahlrecht an sich: Der historischen Errungenschaft des Allgemeinen Wahlrechts, auch für Frauen, wird erstens kein Respekt gezollt. Zweitens: Nichtwählen kann genauso als Zustimmung gewertet werden – und wird es auch – und drittens: Nichtwählen fördert undemokratische Tendenzen, nicht, wie übliche Kritiker meinen, durch mangelndes Gegengewicht gegen Radikale, sondern dahingehend, dass Nichtwählen per se ein undemokratischer Akt ist. Wo Steingart,

---

<sup>425</sup> Vgl. Rassentrennung: In den 1950er Jahren war die Rassentrennung in der amerikanischen Bevölkerung üblich. Ihren legalen Ursprung hatte sie in einem Urteil des Obersten Gerichtshofes von 1894 mit der Formel „separate but equal“, getrennt aber gleich.

<sup>426</sup> Kant (1990), Seite 171

<sup>427</sup> Kant (1990), Seite 171

<sup>428</sup> Kant (2008) § 7, Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft, Seite 731

<sup>429</sup> Aus heutiger Sicht eine Demütigung aller Frauen und abhängig Beschäftigten, aber aus damaliger Sicht revolutionär fair.



ohne es selbst auszusprechen, Recht behalten könnte, wäre, dass Nichtwählen die Parteien dadurch aufrütteln könnte, dass es ihnen die finanzielle Grundlage entzieht, siehe Stichwort „Parteienfinanzierung“<sup>430</sup>. Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim geht mit der Beurteilung, dass „etwas faul sei im Staate“, und den Gründen dafür mit Steingart konform, doch er fordert: „Verantwortlich machen, kontrollieren, abwählen!“ und schlägt einen Strategiekatalog vor, in dem die Öffentlichkeit das bestehende System reformieren kann<sup>431</sup>. Allerdings müssen dafür die Wahlgesetze geändert werden – ein fast unlösbarer Hinderungsgrund und eine Erklärung dafür, warum das Grundgesetz bisher noch nicht einer neuen Verfassung gewichen ist, wie im Abschnitt „Partizipation und Plebiszit“ deutlich gemacht wird.

### **Exkurs: Wie der Bremer Senat Nichtwähler einschätzt**

In der Studie „Wahlenthaltung als politisches Problem – ein Forschungsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Stadtstaat Bremen, für den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft“ heißt es wörtlich: *„In Bezug auf die ‚echten‘ Nichtwähler hat die Wahlforschung eine Reihe von übereinstimmenden Merkmalen festgestellt. Bei Wahlberechtigten, die eines oder mehrere der folgenden sozialstrukturellen Merkmale aufweisen, steigt die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl: geringe Schulbildung, ledig, arbeitslos, unter 30 und über 60 Jahre alt, Bewohner einer Großstadt, sozial wenig integriert. Korrelieren diese Merkmale mit bestimmten politischen Einstellungen wie Unzufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit Parteien und Politikern, Desinteresse an Politik oder Privatismus steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung. Umgekehrt gilt: Wahlberechtigte im mittleren Alter, mit hohem beruflichen Status und hohem formalen Bildungsabschluss, die über vielfältige soziale Kontakte verfügen, neigen sehr viel weniger zur Nichtwahl. Im Kontext der Deutschen Nationalen Wahlstudie entstandene Arbeiten weisen darauf hin, dass die Abschwächung der Wahlnorm eine zentrale Bezugsgröße für die sinkende Wahlbeteiligung ist. Zudem neigen Personen ohne Parteibindung wesentlich stärker zur Nichtwahl als Personen mit Parteibindung. Da die Parteibindung insgesamt zurückgeht, wirkt sich dies auch auf die Wahlteilnahme aus. Angesichts der Ausdifferenzierung der Gesellschaft hat man im Rahmen der Milieu- und Lebensstilforschung die Nichtwähler darüber hinaus bestimmten Milieugruppen zugeordnet und sie weiter differenziert. Dadurch konnten auch Nichtwähler identifiziert werden, die in älteren Studien noch nicht erfasst wurden. So zählt man heute zu den Nichtwählertypen nicht nur ‚sozial Randständige‘ und ‚desinteressierte Passive‘, sondern auch ‚aktive Postmaterialisten‘, ‚gehobene Jungkonservative‘ und ‚junge Individualisten‘. Im Rahmen einer solchen Typologisierung zeigt sich, dass auch unter besser situierten und gebildeten Wählergruppen die Neigung zur Wahlenthaltung durchaus steigt. Wahlenthaltung ist schon lange kein ‚Privileg‘ von politisch Desinteressierten mehr, sondern wird zunehmend auch von Bürgern*

---

<sup>430</sup> Im Kapitel „Abgestufte Chancengleichheit“

<sup>431</sup> Arnim (2001), Seite 331ff

praktiziert, die durchaus politisch interessiert und engagiert sind. Neben den allgemeinen in der Forschung diskutierten Ursachen für die zunehmende Wahlenthaltung lassen sich in Bezug auf Bremen eine Reihe von sozialen und politischen Umweltbedingungen ausmachen, die zur Wahlabstinenz beitragen. Die hohe soziale Integration, die Bremen noch in den 1970er Jahren auszeichnete, hat sich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte in eine soziale Exklusion von Bevölkerungsgruppen, die nicht mehr oder nur noch im Rahmen prekärer Bedingungen am Erwerbsleben teilnehmen, verwandelt. Bei den von sozialer Exklusion betroffenen Gruppen treten in der Regel Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Bildungsarmut sowie staatlicher Transferbezug gemeinsam auf. In den entsprechenden Milieus sinkt der Erwartungshorizont an Hilfe und Unterstützung durch die Politik, politisches Desinteresse, bis hin zur politischen Apathie, ist oft die Folge.<sup>432</sup>

### **Europa: Kein Raum, keine Wahl, keine Macht**

**„Jeder Deutsche hat die Freiheit, Gesetzen zu gehorchen,  
denen er niemals zugestimmt hat,  
er darf die Erhabenheit des Grundgesetzes bewundern,  
dessen Geltung er nie legitimiert hat,  
er ist frei, Politikern zu huldigen,  
die kein Bürger je gewählt hat und sie üppig zu versorgen  
– mit seinen Steuergeldern,  
über deren Verwendung er niemals befragt wurde.“  
Hans Herbert von Arnim – Das System**

Das Kapitel über die politische Rolle der Öffentlichkeit bei der Mitbestimmung der Bürger bei Verwaltungsakten könnte aus demselben Grund sehr kurz gehalten werden wie die Untersuchung partizipatorischer Elemente im politischen System der Europäischen Union: weil sie kaum existieren.

Die Befürchtungen, dass plebiszitäre Strukturen die Zivilisation gefährden könnten<sup>433</sup>, sind m. E. im gleichen Maße latent vorhanden, wie das Gefühl, das Steingart postuliert: als Wahlbürger einer starren, verkrusteten und langweiligen Politik nur noch das Plazet erteilen zu können – oder eben nicht. Die einen befürchten Chaos, wenn (zu viel) Mitbestimmung zugelassen wird<sup>434</sup>, die anderen befürchten, die

---

<sup>432</sup> Quelle: [http://www.awapp.uni-bremen.de/wp-content/uploads/documents/Wahlenthaltung\\_Bremen.pdf](http://www.awapp.uni-bremen.de/wp-content/uploads/documents/Wahlenthaltung_Bremen.pdf)

<sup>433</sup> Ein beliebtes Gedankenspiel ist, ob bei einer Volksabstimmung die Mehrheit für die Todesstrafe plädieren würde. Mehr dazu im Abschnitt „Massendemokratie“

<sup>434</sup> Siehe ebenfalls Abschnitt „Massendemokratie“

Demokratie werde zur leeren Worthölse, wenn sie nicht zugunsten plebiszitärer Strukturelemente erneuert würde.

Arendts Vision der einen, gemeinsam aufgebauten Welt – da hätte Europa eine schöne Etappe sein können, äußerte sie doch gegenüber Karl Jaspers ihre großen Hoffnungen auf einen neuen Typus von Menschen, der ohne allen „europäischen Nationalismus“ Europäer sei und sich für einen europäischen Föderalismus einsetze.<sup>435</sup> Europäische „Union“ klingt nach einer Vorstufe zur „Weltunion“. Aber vermutlich dreht sie sich heute immer noch im Grabe um, angesichts dessen, wie weitgehend bürokratisch die Regierungen, vor allem Deutschlands und Frankreichs, seit 1952 die in Straßburg, Brüssel und Luxemburg die Europäische Gemeinschaft<sup>436</sup> mit ihren Vorgänger-Organisationen und EURATOM ihre Beschlüsse fassten – und wenn sie miterlebt hätte, wie weitgehend autokratisch die damaligen Regierungschefs Helmut Kohl und Francois Mitterand das Projekt EU seit 1990 durchpeitschten. Doch auch Hannah Arendt hätte vermutlich unter Berücksichtigung der Sachzwänge eingestanden, dass die Umsetzung des Möglichen und Machbaren in der jeweils gegebenen zeitgeschichtlichen Lage nicht anders möglich war. Denn, ihrer Definition politischer Freiheit<sup>437</sup> nach, haben sich die Akteure einfach die Freiheit genommen, „mit anderen zusammen“ ein gemeinsames Europa aufzubauen, nämlich, die entsprechenden Rechte dazu hatten sie, durch ihre ursprünglich nationale Legitimation.<sup>438</sup> Die Struktur der repräsentativen Demokratie erlaubt den gewählten Abgeordneten, frei zu entscheiden, was sie während ihrer Legislaturperiode mit ihrer Macht anfangen. Sie müssen sich in Deutschland<sup>439</sup> nicht in ihrem jeweiligen Wahlkreis gegenüber ihren Wählern rechtfertigen. Doch die Freiheit, während dieser Zeit Strukturen zu schaffen, die unabhängig von Legitimation weiterbestehen dürfen, ist das Problem. In der Öffentlichkeit regt sich zwar Unmut über die EU, doch die Empörung über oktroyierte Entscheidungen bricht sich nur gelegentlich die Bahn als ausgleichendes Gegengewicht, wenn diese besonders blöd sind („Gurkennorm“) oder der Wohlstand partieller Interessensgruppen bedroht ist.<sup>440</sup> DIE EU-BÜRGER protestieren nie als EU-Bürger, sondern als Vertreter ihrer nationalen, allenfalls bi-nationalen

---

<sup>435</sup> Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hannah\\_Arendt](http://de.wikipedia.org/wiki/Hannah_Arendt), 10.03.2010

<sup>436</sup> Vgl. „Niemandsherrschaft“, in: Arendt (1970), Seite 39f

<sup>437</sup> „Freiheit heißt vielmehr, mit anderen gemeinsam *eine Welt* aufzubauen, dazu politisch die entsprechenden Rechte wie Möglichkeiten zu haben, die öffentliche Kommunikation und gemeinsames Handeln erlauben“, siehe oben, Kapitel „Arendts Idee von einer gemeinsamen Welt“.

<sup>438</sup> Seit 1979 wird es alle fünf Jahre in allgemeinen, unmittelbaren, freien und geheimen Europawahlen von den Bürgern der EU gewählt. Damit ist das Europäische Parlament nicht nur das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union, sondern die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit. Da es unmittelbar die europäische Bevölkerung repräsentiert, kann es als die Bürgerkammer der EU bezeichnet werden (neben dem Rat der Europäischen Union als Staatenkammer), doch nehmen die Bürger der EU dies nicht als demokratische Errungenschaft war.

<sup>439</sup> Anders als beispielsweise in den USA

<sup>440</sup> Ob man bei den europäischen Landwirten, die am auffälligsten protestieren, wenn ihr Einkommen durch EU-Vorschriften zu schrumpfen droht, von Wohlstand sprechen kann, ist eine andere Frage.

Interessensgruppen.<sup>441</sup> Die meisten sehen sich zwar als europäische Staatsbürger und wissen auch, dass sie alle sieben Jahre das Parlament durch direkte Wahlen legitimieren dürfen/sollen, doch da diese im EU-Parlament keinen gemeinsamen öffentlichen Raum sehen, wie er oben definiert wurde, entsteht kein Gefühl der Gemeinsamkeit. Eine „europäische Öffentlichkeit“ gibt es (noch) nicht.<sup>442</sup> Durch den Vertrag von Lissabon wurden die rechtlichen Grundlagen einer Europäischen Bürgerinitiative geschaffen. Es bleibt abzuwarten, ob sich dadurch ein anderes Selbstverständnis der Bürger der Europäischen Union entwickelt und ob es jemals annähernd dem Bürger der „Vereinigten Staaten von Amerika“ ähneln wird.

### **Partizipation und Plebiszit – Macht gibt ungern Macht ab**

Die Argumente des parlamentarischen Rates, im deutschen Grundgesetz 1949 gerade keine plebiszitäre Demokratie festzuschreiben, waren sowohl praktische Probleme der Durchführbarkeit als auch die Furcht vor demagogischer Beeinflussung des Volkes. Andererseits wird in dieser Arbeit an anderer Stelle noch deutlicher ausgeführt, dass eine mit demagogischen, rhetorischen oder Showqualitäten ausgestattete Politikerin oder ein solcher Politiker durchaus beim unpolitischen wie auch beim politisch interessierten Publikum deutlicher wahrgenommen wird.<sup>443</sup> Höhere Aufmerksamkeitswerte (Beachtung) korrespondieren mit höheren Glaubwürdigkeitswerten (wie auch in der Werbewirkungsforschung festgestellt) und die Wahrscheinlichkeit, dass eher der Name einer bekannten, interessanten Persönlichkeit mit möglicherweise sehr schrägen Ideen auf dem Wahlzettel angekreuzt wird als der einer Person, die nicht dessen Grad an Aufmerksamkeit erreichen konnte, ist sehr hoch.<sup>444</sup> Die manipulative Beeinflussung der Massen durch solche Figuren ist daher absolut nicht ausgeschlossen, wie im Kapitel „Mediendiskurs vs. Politikdiskurs“ u. a. am Beispiel Silvio Berlusconi genauer beschrieben ist.

Die Befürchtung, dass eine rhetorisch besonders befähigte Person es schaffen könnte, die Massen wieder so zu manipulieren, wie dies einst Hitler und Goebbels taten und sie qua Mehrheitsprinzip einem solchen zwar beeindruckenden, doch ungeeigneten Wesen die Macht erteilen, scheint Nichtwählern wie Gabor Steingart heute unbegründet, im Gegenteil wünscht er sich im Rahmen der neuen Verfassung eine

---

<sup>441</sup> Die naheliegende Betrachtung der G8-Proteste folgt im Kapitel „Zivilgesellschaften am Rande der Legalität“

<sup>442</sup> Vgl. Knorr, Antje „Europäische Öffentlichkeit und transnationale Kommunikation im sicherheitspolitischen Bereich“ unter [http://www.diss.fu-belin.de/diss/receive/FUDISS\\_thesis\\_00000002293;jsessionid=9B459722FD187721EE83A8930FB2E1F4](http://www.diss.fu-belin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_00000002293;jsessionid=9B459722FD187721EE83A8930FB2E1F4)

<sup>443</sup> Siehe Abschnitte „Totalitarismus“ und „Politainment“

<sup>444</sup> Im Wahlkampf 2009 erreichte der Komiker Hape Kerkeling als fiktiver Kanzlerkandidat „Horst Schlämmer“ erstaunliche Aufmerksamkeit und in einer Umfrage des Stern bejahten 18 % der Befragten dessen Kunstpartei zu wählen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. In Hannover taten dies tatsächlich zehn Wähler: sie machten ihren Wahlzettel ungültig, indem sie Horst Schlämmer selbst eintrugen und daneben ein Kreuz machten. In einer Umfrage unter „Bild“-Lesern wollten 47 % von ihnen, dass Kerkeling bei einer Direktwahl Kanzler würde.

Erneuerung der Demokratie unbedingt mit deutlicher Verlagerung zugunsten der plebiszitären Mitbestimmung. Und in der Tat ist es ein irritierender Zustand, dass das Grundgesetz nicht, wie in § 146 GG vorgeschrieben, nach der Wiedervereinigung durch eine Verfassung ersetzt wurde. Doch praktisch kann man niemanden für diesen merkwürdigen Zustand zur Verantwortung ziehen, denn laut des Art 146 kann sich das wiedervereinigte Volk so lange Zeit lassen, wie *es* möchte.<sup>445</sup> Vorerst (vorläufig?) wurde stattdessen einfach die Präambel geändert.<sup>446</sup> Die öffentliche Debatte über eine fehlende Verfassung hält sich in Grenzen, offenbar stört das außer ein paar Autoren niemanden.

### **Vox Populi – die Weisheit der Vielen?**

Wie Platon, Hobbes, Hegel und Popper und viele andere, glauben auch heute noch viele, dass der Homo sapiens durch seine „Natur“ daran gehindert wird, zivilisatorisch vernünftige Entscheidungen zu treffen.<sup>447</sup> Der Gedanke, dass der normale Bürger den Anforderungen kluger Politik nicht gewachsen sei, ist im Abschnitt „Massendemokratie“ bereits erläutert worden. Im Folgenden geht es um die Besorgnis, dass das Volk bei mehr Mitbestimmung Forderungen durchsetzen könnte, die möglicherweise schädlich für das Gemeinwohl sein könnten.

In Deutschland und anderen Staaten setzte man auf Föderalismus und Gewaltenteilung als kontrollierendes und ggf. neutralisierendes Instrument, falls die Macht an einer Stelle zu sehr zu wachsen droht.<sup>448</sup> Auch praktische organisatorische Probleme wurden als Grund angegeben, großen Völkern keine direkten Abstimmungen zu ermöglichen, was natürlich angesichts deutscher Organisationsfähigkeit im Dritten Reich völlig unglaublich ist. Unausgesprochen spielte wohl vor allem ein möglichst diplomatischer Umgang mit den Interessen der Alliierten die größte Rolle. Doch wer heute über Volksentscheide diskutiert, muss sich vor allem der latenten Angst vor der „Herrschaft der Dummen“ stellen, die das Geschäft des Regierens und Gesetzgebens nicht beherrschen. Das Schlagwort „Vox populi – vox Rindvieh“<sup>449</sup> macht die Runde.

---

<sup>445</sup> § 146 GG: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

<sup>446</sup> Der Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“

<sup>447</sup> Vgl. Kapitel „Massendemokratie“

<sup>448</sup> (s. o. Carlo Schmidt, Bundesrepublik und Zivilgesellschaften)

<sup>449</sup> Als Urheber dieses „Bonmots“ vermuten viele Franz-Josef Strauß, doch er hat ihn laut Wikipedia von Elard von Oldenburg-Januschau übernommen, der ihn wiederum von Friedrich Heinrich Ernst Graf

Christoph Meißelbach verweist auf das 1950 von Joseph Alois Schumpeter und anderen vertretene Demokratieverständnis: „Moderne, repräsentative Demokratie ist für Schumpeter ein Wettbewerb rationaler politischer Eliten um Machzuteilung durch das Volk (...) Ein geringes politisches Interesse der Bevölkerung wird von Schumpeter erstens behauptet und zweitens für regelrecht sinnvoll befunden. Denn politischen Problemen gegenüber verhält sich der Bürger nicht rational genug, als dass man ihm auf einzelnen Politikfeldern Entscheidungskompetenz zusprechen sollte.“<sup>450</sup>

Till Briegleb diagnostiziert dagegen, dass die vermeintlichen Politprofis auch nichts weiter seien als Amateure. In Anlehnung an Andrew Keen<sup>451</sup> schreibt er: „Demokratie ist das Selbstvertrauen der Dilettanten. Da wählen Menschen, die von den komplexen Problemen der Gegenwart oft nur sehr Ungeföhres verstehen, Machthaber, die selten ganz durchdringen können, worüber sie entscheiden. So bekämpft eine Diplom-Physikerin die Wirtschaftskrise, ein Rechtsanwalt mit lückenhaftem Englisch will Außenminister werden, und im Parlament stimmen Volksvertreter so lange ab, bis sie endlich etwas von den Sachthemen verstehen, die sie beurteilen, um dann gegen neue Parlamentarier ausgetauscht zu werden. Trotzdem funktioniert dieses System der ständigen Anmaßung erstaunlich gut. Obwohl alle immer damit unzufrieden sind, ist diese dilettantische Ordnung als Ganzes doch erstaunlich stabil. Doch seit die plebiszitären Neigungen sich im Internet massiv selbst organisieren, schlagen die Experten Alarm.“<sup>452</sup>

Den Bedenken gegen zu viel Partizipation gegenüber steht vermeintlich das Konzept der „Weisheit der Vielen“, das auf Studien von Francis Galton zurückgeht. Autor James Surowiecki argumentiert in seinem gleichnamigen Buch 2004<sup>453</sup>, dass die Kumulation von Informationen in Gruppen zu gemeinsamen Gruppenentscheidungen führt, wobei diese sich oft als geeignetere Lösungen entpuppen als die Ansätze einzelner Experten. Da jedoch das deutsche Parlament ein Arbeitsparlament ist, in dem die meisten Beschlüsse schon auf Beratungen in FachGRUPPEN beruhen, eignet sich dieser Ansatz nicht unbedingt, um die größere Klugheit plebiszitär ermittelter Mehrheitsentscheidungen zu belegen, im Gegenteil: Es drängt sich tatsächlich der Verdacht des kleinsten gemeinsamen Nenners auf, der es konsequenterweise erforderte, diesen Vielen nicht die Entscheidung zu überlassen. In Teil III wird diese Problematik vor dem Hintergrund der partizipatorischen Möglichkeiten des Internets noch einmal aufgegriffen.

---

Wrangel abgekupfert hat und ihn während des Reichstagswahlkampfes von 1912 in Deutschland einsetzte. Dass zwei Adlige und ein sakrosankt verehrter, bürgerlicher, aber auch als arrogant verrufener „Landesvater“ dies behaupten, nimmt wahrlich nicht wunder.

<sup>450</sup> Meißelbach (2009)

<sup>451</sup> Autor des Buches „The Cult of the Amateur: How Today’s Internet is Killing Our Culture“, auf Deutsch: „Die Stunde der Stümper – Wie wir im Internet unsere Kultur zerstören“ (2008)

<sup>452</sup> Briegleb (2009), vgl. auch, Kapitel „Neue Medien – neue Öffentlichkeiten“ in Teil III.

<sup>453</sup> In Deutschland 2005 erschienen „Die Weisheit der Vielen – Warum Gruppen klüger sind als Einzelne“

### **Macht ohne Rechenschaft**

Doch welche Bedenken auch immer gegen „zu viel“ Partizipation herrschen, der Kern des Problems liegt im hartnäckig praktizierten Unwillen der politischen Klasse, auf keiner Ebene einer Einschränkung ihrer Macht – und nichts anderes stellen partizipatorische und plebiszitäre Elemente dar – und ihrer Pfründe zuzustimmen, geschweige denn, diese von sich aus anzubieten.<sup>454</sup> Das Grundgesetz als rechtlicher Rahmen, in dem sich die faktische Macht der Abgeordneten zäh (schamlos?) ausdehnt und deren strikte Weigerung, gefälligst freiwillig das Gemeinwohl ins Zentrum ihres Handelns zu rücken anstelle ihrer rein eigennützigen Interessen, also Macht abzugeben, funktioniert wie alle Regelwerke, die Willensbildung steuern sollen. Parteienkritiker Hans Herman von Arnim kennt die Regeln des Machterwerbs und -erhalts: „Diese Gefahr ist für die rein repräsentative Demokratie geradezu typisch, weil die Spieler und diejenigen, die sie festsetzen, dieselben sind.“<sup>455</sup> Arnim et al. konstatieren als einzige Gegengewichte zu dieser Gefahr erstens das Bundesverfassungsgericht, das (selbst zu je 50 % vom Bundesrat und vom Bundestag gewählt!) zum alternativen Gesetzgeber mutiert und – zweitens – die Öffentlichkeit!<sup>456</sup>

Die Kontrollfunktion der Öffentlichkeit ist in dieser Arbeit an mehreren Stellen als „Hüterin des Gemeinwohls“ beschrieben. Sie korrigiert bestimmte Positionen, indem sie die Gegenpositionen wie auf einer Art Spielbrett nach bestimmten Regeln verschiebt. Doch wenn sie versagt, entsteht ein unlösbares Problem. Sie ist eine unscharfe Größe, die keine rechtsverpflichtete Körperschaft zu bieten hat, die „man“<sup>457</sup> zur Verantwortung ziehen kann, wenn sie als Korrektiv gegen politischen Wildwuchs oder Alleingänge nicht funktioniert. Die Öffentlichkeit ist ein Kontrolleur,<sup>458</sup> der bei Versagen nur über die Konsequenzen jammern kann und den niemand zur Verantwortung ziehen kann. Sie kann ihr eigenes komplexes Regelwerk zur Verbesserung der Kontrollfunktion nicht ändern, weil die Akteure, die die Rahmenbedingungen für die dafür erforderliche Willensbildung aufstellen, wieder „Abgeordnete“ oder „Repräsentanten“ ihrer selbst sein werden, und so schließt sich der Kreis, sofern die Kontrolleure der Kontrolleure keine Sanktionsmacht haben. Da bundesdeutsche Parlamentarier ihren Wählern in ihren Wahlkreisen generell keine Rechenschaft ablegen müssen und daher keine Sanktionen befürchten müssen und sie während einer Legislaturperiode offiziell nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet sind, muss die Öffentlichkeit sich damit abfinden, wenn deren Gewissen ihnen rät, es mit der Kontrolle ihrer Arbeit so lasch wie möglich zu halten.

---

<sup>454</sup> Siehe auch unten, Stichwort „Online-Kommunikation der Bundesregierung“

<sup>455</sup> Arnim (2001), Seite 23

<sup>456</sup> Bundesverfassungsgericht selbst fordert die Presse geradezu dazu auf, dieser Aufgabe nachzukommen, siehe Exkurs: „Spiegel Urteil“

<sup>457</sup> Wer? Die Öffentlichkeit?

<sup>458</sup> Vgl. wieder „Niemandsherrschaft“ in: Arendt (1970)

Und sollten sie dennoch einmal Rechenschaft ablegen müssen, passiert möglicherweise TINA, wie Helmut Wiesenthal erklärt: „Diese [Akteure] neigen jedoch dazu, wann immer die Möglichkeit gegeben ist, ihre Auswahlentscheidung als zwangsläufig, d. h. als Befolgung von Sachzwängen auszugeben. Indem Entscheidungsträger vorgeben, keine Wahl zu haben, und sich auf die TINA-Formel („There Is No Alternative“) berufen, versuchen sie, die Eigenlogik der Politik zu verbergen und die Offenlegung der tatsächlichen Entscheidungskriterien zu vermeiden. Dem korrespondiert eine Charakterisierung expliziter Partikularinteressen als „unmoralisch“. Der Rückgriff auf „Moral“ als fiktive Zweitwährung der Politik entlastet gleichfalls vom Eingeständnis der hohen Selektivität bzw. geringen Responsivität des Entscheidens. Gemeinwohlfiktion, Sachzwangargument und Moral sind Sinnelemente der Politik und als solche Erscheinungsformen ihrer hohen Selbstreferenzialität.“<sup>459</sup> Der Faktor Selbstreferenzialität wird bei der Betrachtung der Kommunikationsforschung später noch einmal wichtig und zieht sich durch die gesamte Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit.

### **Die Macht der Mächtigen, mächtig zu bleiben**

Die Öffentlichkeit braucht also keine neuen Repräsentanten, die ein neues Regelwerk erstellen, um die Kontrollfunktion der Öffentlichkeit zu kontrollieren, weil sie diese bereits hat: Das Parlament besteht aus ihren Abgeordneten. Das Problem der „Legitimation der Legitimation“ wurde bereits in Teil I „Recht“, im Abschnitt „Fazit: Gerechtigkeit“ angerissen und im Abschnitt „Aporie, das Recht, sich Rechte zu erkämpfen“ im Detail ausgeführt. Es geht also hier vielmehr darum, die „Macht der Mächtigen“ zu betrachten, sich selbst noch mehr Macht zu verschaffen.

So gesehen liegen Steingart und von Arnim et al. vermutlich richtig, wenn sie mehr direkte Partizipation fordern, quasi an den Parlamentariern vorbei, um dieses Problem zu lösen: Dann kann die Öffentlichkeit direkt abstimmen und muss sich von den Parlamentariern bei der Gesetzgebung nicht „die Butter vom Brot nehmen“ lassen. Doch: Wer entscheidet über die neue Verfassung, die dies ermöglichen soll? Das deutsche Volk, vertreten von seinen Parlamentariern. Der Kreis schließt sich: Wir werden vermutlich niemals eine neue Verfassung erhalten, wenn Armin et al. damit Recht haben, dass Parlamentarier, sobald sie im Amt sind, aufhören, als Volksvertreter den Willen des Volkes zu erfüllen.

Wenn als Gegengewicht zur unkontrollierten Machtanhäufung die Öffentlichkeit schon nicht taugt, könnte eher noch die Presse angeklagt werden. Zwar muss auch sie

---

<sup>459</sup> Wiesenthal, Helmut in: Responsivität im Politikprozess – Zur Reagibilität der Politik auf Prioritätsänderungen in der Gesellschaft, Beitrag zum Workshop „Prognosemethoden“ im Rahmen des Projekts „Die Entwicklung der Energiemärkte bis zum Jahr 2030“ der Prognos AG am 15./16.03.2004 in Hofheim/Taunus, unter: <http://www.afs-ev.de/div-pap/responsivitaet.pdf>.



keine Strafe oder Sanktion befürchten, wenn sie sich durch Kontroll-Unterlassung (Verletzung journalistischer Sorgfaltspflicht, unausgewogene Berichterstattung) an der Demokratie versündigt, doch es gibt hier immerhin einige Regeln des Presserates und gesetzliche Regelungen, an die die Journalisten gebunden sind. Gesetze? Da ist sie wieder, die Gesetzgebung, die dem Parlament unterliegt, dessen Akteure Politiker sind, die durch die normative Kraft des Faktischen zunächst einmal ihre eigenen Interessen schützen ... Arnim zeigt auch am Beispiel der parteipolitischen Einflussnahme beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie Presse als Gegengewicht durch Infiltration dort konterkariert wird.<sup>460</sup>

Bei der Analyse der Europawahlen 2009 kamen die Autoren der Studie zu dem Ergebnis, „dass die Mehrheit der Nichtwähler sich aus Gründen, die vorrangig mit einem Mangel an Vertrauen in die Politik allgemein zusammenhängen, für die Enthaltung entscheidet, und nicht aus Mangel an Vertrauen zu den europäischen Institutionen bzw. aus Informationsmangel. So gibt die Hälfte der Nichtwähler an, sich mit Europa verbunden zu fühlen.“<sup>461</sup> Ein schräge Schlussfolgerung, die zeigt, wie selektive Wahrnehmung auch in Behörden funktioniert.

Wie gering auch immer die wirkliche Einflussnahme der Wähler in Deutschland auf die Politik sein mag und auch wenn sämtliche Posten praktisch bereits im Vorfeld durch Listenplatzierung und Ämterpatronage innerparteilich mehr oder weniger verschachert wurden, bleibt doch die Wahl der Abgeordneten, die das Volk im Bundestag, den Länderparlamenten, Kommunen oder Gemeinden vertreten sollen, die hauptsächliche Nagelprobe. Um die politische Rolle der Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des Internets theoretisch besser ergründen zu können, sind Betrachtungen der gängigen **kommunikativen Wahlkampfpraxis** in Verbindung mit den (wenigen) Erkenntnissen aus der Kommunikationsforschung über das Verhalten von Wählern und dessen mögliche Manipulation durch Kommunikationsmaßnahmen erhellend.

---

<sup>460</sup> Außerdem erlebte Ende 2009 die Idee des unabhängigen Journalismus durch die „Causa Brender“ ihre sicher nicht letzte Niederlage: Am 27.11.2009 verhinderte die CDU, mehrheitlich vertreten im ZDF-Verwaltungsrat, die Verlängerung des Vertrages von Nikolaus Brender, einem allgemein als unabhängig geltenden Journalisten, als Chefredakteur. Dieser sprach später von Stasi-ähnlichen Zuständen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil Journalisten Senderinterna an die Parteien weitergaben, die wiederum reaktionäre Einflussnahme auslösten.

<sup>461</sup> Europäisches Parlament, Generaldirektion Kommunikation, Direktion C – Beziehungen zu den Bürgern, Brüssel, 24. Juli 2009, UMFRAGE NACH DEN EUROPAWAHLEN 2009, Eurobarometer zum Europäischen Parlament, Frühjahr 2009, Zusammenfassende Analyse, Bevölkerung: EU 18+ (Österreich 16+), Teilnehmerkreis: EU 27 (26 830 EU-Bürger), Feldzeit: 12. Juni – 6. Juli 2009, Referat Analyse der Öffentlichen Meinung, unter: [http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28\\_07/SA\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28_07/SA_de.pdf)

## 2.5 Kommunikationsforschung: Äpfel mit Birnen vergleichen

Wie im Vorhergehenden dargelegt, ist das Instrument der Wahlentscheidung ein stumpfes, aber von allen anderen immer noch das schärfste Schwert der Bürger, um Politik in einer Demokratie wenigstens grundsätzlich zu beeinflussen, also ist die Rolle als Wähler die politische „Hauptrolle“ der Öffentlichkeit, wenn man so will. Zur Erinnerung an dieser Stelle noch einmal Machiavellis Postulat von der „Legitimation durch Zustimmung“.<sup>462</sup>

In diesem Zusammenhang versuchen Politiker bzw. ihre Ratgeber, genau zu ergründen, wie sie die Wahlentscheidung der Stimmberechtigten beispielsweise durch Wahlwerbung beeinflussen können. „Das Gros aller Wirkungsuntersuchungen wird nicht in der Kommunikationsforschung, sondern in der Werbewirtschaft durchgeführt. Dort dominiert das (...) Kontaktmodell, das sich bei näherem Hinsehen als exaktes Stimulus-Response-Modell entpuppt“, stellt Klaus Merten fest.<sup>463</sup> Hier entsteht ein gravierendes Problem, denn das Stimulus-Response-Modell hat sich in der Kommunikationsforschung bereits in den 1940er Jahren als untauglich herausgestellt, um Wahlausgänge zu erforschen. Paul Lazarsfeld konnte 1944<sup>464</sup> nicht bestätigen, dass auf einen Reiz (Stimulus) eine gleichwertige Reaktion (Response) folgt. Während dieses Modell sich jedoch in der Werbewirkungsforschung anscheinend bewährt, zumindest aber weiterhin geradezu stoisch benutzt wird, lehnen es die Kommunikationsforscher kategorisch ab. Wir geraten also bei der Wahlwerbewirkungsforschung in die Gefahr, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, wenn wir Werbeforschungsergebnisse für die Erkenntnisgewinnung bei der Wahlwerbung heranziehen wollen. Da Parteien jedoch für ihre Wahlkampagnen Werbeagenturen als Berater heranziehen, die sich der Ergebnisse der Werbewirkungsforschung bedienen, müssen wir uns mit dieser Ausgangslage bei der Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit abfinden und versuchen, eine differenzierte Betrachtungsweise beizubehalten.

Auf der Suche nach einem Patentrezept für kommunikative Wahlkampfstrategien ist die Wahlkommunikationsforschung durch die Vermengung der Disziplinen dementsprechend auch bisher noch nicht auf ein eindeutiges Ergebnis gestoßen, aber möglicherweise ist sie *indirekt* über verschiedene Punkte auf einem guten Weg dorthin. Viele Hinweise deuten darauf hin, dass der kritische Faktor „Mehrdimensionalität“ der Wesenskern des Problems der Kommunikationsforschung im 21. Jahrhundert ist, den viele Forscher zwar im vorigen Jahrhundert bereits postulierten, der sich aber geradezu unmöglich empirisch erforschen lässt. Daher relativiert sich die Bewertung „gut“ für diesen Weg sogleich. Die extrem schwer zu erfassende Mehrdimensionalität ist jedoch nicht das einzige Problem der empirischen

---

<sup>462</sup> Vgl. Noelle (1996), Seite 386 und Abschnitt „Machiavellis Fürst und die PR in Krisenzeiten“

<sup>463</sup> Merten et al. (1994), Seite 303

<sup>464</sup> In seiner Studie „The Peoples Choice“

Kommunikationsforschung,<sup>465</sup> denn: „Der Begriff der Kontingenz bezeichnet Sachverhalte, die so oder ganz anders ausfallen können, aber in jedem Fall bedeutsame Folgewirkungen haben. Sie sind wirksam, aber man kann erst im Nachhinein wissen, was wirksam war und wie es wirkte“, erklärt der Soziologe und Politikwissenschaftler Helmut Wiesenthal.<sup>466</sup> Außerdem hängen Wirkungen der vermittelnden Medien von Bedingungen ab, die im sozialen Kontext – also prinzipiell außerhalb des rein technischen Mediensystems selbst – liegen. Trotzdem wurde, dem traditionellen Stimulus-Response-Denken verhaftet, nicht zwischen der Zuwendung zu Medieninhalten und dem Einfluss auf die Einstellungsveränderung unterschieden; d. h. die Prozesse der Übermittlung und Verbreitung (Transmission und Diffusion) wurden gleichgesetzt mit dem Prozess der Beeinflussung (Persuasion).<sup>467</sup>

Die Kommunikationsforschung verließ daher schon 1929 den Pfad des S-R-Modells und fand zum S-O-R Modell, das besagt, dass der Stimulus (S) zunächst im Organismus (O) verarbeitet wird, ehe es zu einer Reaktion (R) kommt. Die Informationsverarbeitung im Organismus gilt es zu betrachten, um zu Erkenntnissen über die Reaktion zu gelangen, und das bringt die Forschung in die Bredouille, denn nun muss sie sich nicht nur zwischen Werbewirkungsansätzen und kommunikationswissenschaftlichen Ansätzen entscheiden, sondern sie ist gezwungen, vorab ihr Forschungsdesign festzulegen, und hier darf sie sich entscheiden, ob sie psychologische, behavioristische, neo-behavioristische, neuro-psychologische, systemtheoretische oder soziologische Designs verwenden möchte. Der Wunsch nach Einfachheit führt immer wieder zum S-R-Modell zurück: „Wirkungen zu messen, heißt *Veränderungen* zu messen (...) Im einfachsten Fall wird die Gültigkeit des Stimulus-Response-Modells unterstellt. Zwar ist diese nach dem oben Gesagten nicht vorhanden, so daß eine entsprechende Messung nicht zulässig ist. Da aber die Annahmen dieses Modells einfach sind, ist auch die Messung einfach, so daß in der Praxis nach wie vor die Versuchung sehr groß ist, so zu verfahren,“<sup>468</sup> berichtet Merten. Bei der Betrachtung von Wirkungsstudien ist also stets zu bedenken, dass quasi Äpfel mit Birnen verglichen worden sein könnten.

---

<sup>465</sup> Vgl. Schulz (2008)

<sup>466</sup> Vgl. Wiesenthal, Helmut in: Responsivität im Politikprozess – Zur Reagibilität der Politik auf Prioritätsänderungen in der Gesellschaft, Beitrag zum Workshop „Prognosemethoden“ im Rahmen des Projekts „Die Entwicklung der Energiemärkte bis zum Jahr 2030“ der Prognos AG am 15./16.03.2004 in Hofheim/Taunus, unter: <http://www.afs-ev.de/div-pap/responsivitaet.pdf>, (zuletzt zugegriffen am 22.01.2010)

<sup>467</sup> Gerade in der Fernsehforschung wollen die Sender mit eigenen Studien beweisen, wie wirksam Werbung in ihrem Programmumfeld ist, greifen dafür immer wieder hartnäckig auf das S-R Modell zurück und glauben, mit den Einschaltquoten auch WIRKUNG beweisen zu können. Ebenfalls absurd ist die Annahme, dass das Einschaltverhalten von Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren („werberelevante Zielgruppe“) besonders wichtig sei. Doch da TV-Sender keine andere Währung im Tausch gegen Werbegelder anbieten können, halten sie daran fest.

<sup>468</sup> Merten et al. (1994), Seite 303

Zwar ist Habermas' Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ eine soziologische Betrachtung, aber sie gilt als wichtiger Impulsgeber für die kommunikationswissenschaftliche Öffentlichkeitsforschung,<sup>469</sup> gerade weil sich die Sozialwissenschaften einerseits mit positiv beobachtbaren Phänomenen befassen und andererseits dadurch mit den Effekten des Os im S-O-R-Modell, also den Effekten der informationsverarbeitenden Organismen, Rechnung zu tragen versuchen.

### **Empirische Wahlforschung**

Die Komplexität des Forschungsgegenstandes Öffentlichkeit also vorausgesetzt, ist bei der Untersuchung der Macht von Politikern und Medien bemerkenswert, dass die bewusste oder unbewusste politische Tendenz der journalistischen Berichtersteller, anders als Elisabeth Noelle-Neumann es in den 1980er Jahren behauptete, nicht mit dem Ausgang einer Wahl korrelieren/korrespondieren muss.<sup>470</sup> Sie behauptete, dass die ihrer Meinung nach linksliberal gerichteten, intellektuellen Akteure der Presse durch ihre fernsehtechnisch ungünstige Darstellung des CDU-Kandidaten Helmut Kohl (1976) das Publikum dahingehend beeinflussten, Kohls Partei bei der Wahl nicht den Vorzug zu geben. Die Bundestagswahlen, bei denen die CDU unter Kohl gewann, waren jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mit einem personellen oder mentalen Rechtsruck unter Journalisten und Kameraleuten einhergegangen. Diese und viele andere Ungereimtheiten ihrer damaligen Studie brachten Noelle-Neumanns Schlussfolgerungen und sie selbst ironischerweise in den Ruf, propagandistisch zu sein und gewollt oder ungewollt nur ihrer eigenen PR<sup>471</sup> zu dienen, wenn auch andere Teile ihrer Theorie durchaus in der wissenschaftlichen Community Bestand behielten. Das berühmteste Beispiel ist die sogenannte Schweigespirale, quasi eine Umkehrung des Opinionleader-Modells,<sup>472</sup> siehe unten, nach der bestimmte Menschen ihre Meinung lieber verschweigen, um nicht ins Abseits zu geraten.

Noelle-Neumann und andere sprechen dem Fernsehen einen besonderen Status bei der Wirkung auf Rezipienten zu<sup>473</sup> und mannigfaltige Wahlanalysen und Medienwirkungs-Studien bestätigen, dass die Quantität der Medien-Präsenz eines Kandidaten zeitgleich (oder nur leicht versetzt) mit der Wählergunst einhergeht. Diese vollzieht sich jedoch weitgehend unabhängig von dessen Qualität bzw. der politischen Tendenz der

---

<sup>469</sup> Krallmann and Ziemann (2001), Seite 305

<sup>470</sup> Aktuelle Beispiele sind das beachtliche Wahlergebnis von John McCain mit seiner in den Medien stark kritisierten Vize-Kandidatin Sarah Palin sowie die Schlappe des Thüringischen Ministerpräsidenten Dirk Althaus, der trotz massiver Unterstützung der Bild-Zeitung 2009 nicht wiedergewählt worden war.

<sup>471</sup> Vgl. Alt, Franz „Franz Alt über Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale“ am 02.06.1980 in: DER SPIEGEL 23/1980, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14321889.html> (27.02.2010)

<sup>472</sup> Siehe auch Kapitel „Politainment“, dort wird der Bandwagon-Effekt erwähnt, nach dem Menschen dazu neigen, auf der Seite der Sieger stehen zu wollen.

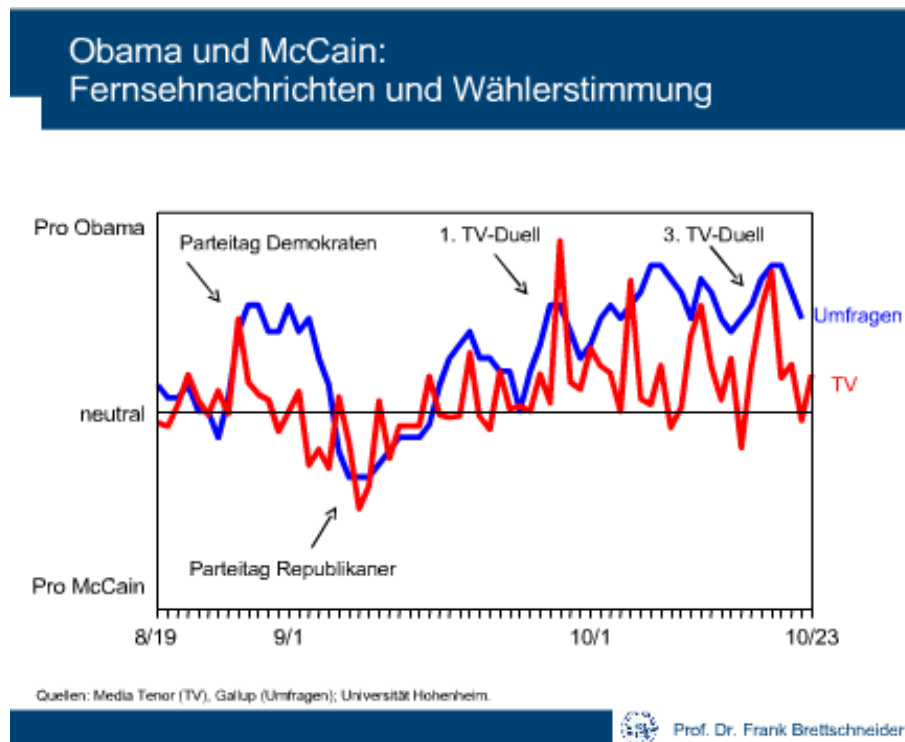
<sup>473</sup> Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth „Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie“ (1980)

journalistisch Berichterstattenden (links, rechts, positiv, negativ),<sup>474</sup> sondern ist vielmehr weitgehend abhängig von der Tendenz der Rezipienten, wie weiter unten genauer beleuchtet wird.

### Einziges Erkenntnis: Viel hilft viel

Wie schon frühere Medienanalysen nach Wahlen bestätigen, wurde auch kürzlich an der Universität Hohenheim von Prof. Dr. Frank Brettschneider in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Gallup ermittelt, dass auch bei den Präsidentschaftswahlen 2008 in den USA eine deutliche Korrelation zwischen der quantitativen TV-Präsenz der Kandidaten und ihrer Attraktivität für Wähler bestand.

Abbildung: „Obama und McCain: Fernsehnachrichten und Wählerstimmung“<sup>475</sup>



Laut Schulz<sup>476</sup> ist allein die proportionale Korrelation zwischen Quantität der Medienpräsenz und demoskopisch ermittelter Wählergunst die einzige zuverlässige Erkenntnis, die die empirische Wirkungsforschung erbracht hat.

<sup>474</sup> Auf das Problem, dass Berichterstattung kaum objektiv oder neutral sein kann, selbst wenn Journalisten sich bemühen, kann hier nicht näher eingegangen werden. Dies ist ein eigenes Thema der Kommunikationsforschung, siehe aber „Verstärker-Effekt“.

<sup>475</sup> Quelle: <http://www.slideshare.net/sympira/von-obama-lernen-heit-siegen-lernen-web-20-und-klassische-massenmedien-im-wahlkampf>

Das „Abschneiden“ eines Kandidaten wird bei dessen Scheitern in der Regel auf dessen schwache Performance während vorangegangener TV-Auftritte zurückgeführt.<sup>477</sup> Das Massenmedium Fernsehen wird zumindest bis 2008 in den USA und trotz des Internethypes bis heute in Deutschland als wichtigstes Wahlkampfmittel angesehen. Bis das Fernsehen diesen Nimbus verliert, werden wohl erst deutlichere Ergebnisse der Interneteffekte vorliegen müssen als allein der Wahlerfolg Obamas 2008.

Erklärungsversuche von Wahlwerbung und Wählerverhalten bleiben stets retrospektiv. Ein klares Erfolgsrezept steht, trotz der Ahnung, dass das Internet etwas mit Barack Obamas Wahlerfolg zu tun haben könnte, aus. Andersherum kann man nämlich sehr klar feststellen, dass gelungene TV-Auftritte nicht das einzig seligmachende Rezept sein können, denn hervorragende Auftritte von medienbegabten Kandidaten wie Kennedy, Gore und Obama haben ihnen im Vergleich zu ihren schwachen Gegenkandidaten erstaunlich wenig Vorsprung verschafft.<sup>478</sup> Auch der Ausgang der Bundestagswahl 2002 hätte nach der Fernsehtauglichkeitsfrage deutlicher zugunsten Gerhard Schröders ausfallen müssen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Edmund Stoibers sprachliche Aussetzer bis heute als Paradebeispiele für rhetorisches Versagen gelten.

Die zu beobachtenden Grundlagen der Meinungs- und Willensbildung der Öffentlichkeit durch die herkömmlichen Massenmedien sind relativ intensiv erforscht und bringen nur den einen einzigen Erkenntnisgewinn für zukünftige Strategien: Viel Aufmerksamkeit führt zu besseren Chancen, gewählt zu werden. Auf der Suche nach dem „Stein der Weisen“, also dem Erfolgsrezept der Zukunft, sind alle Augen auf das Internet gerichtet. Was die Grundlagen der bisherigen Forschung und die resultierende Erkenntnis für den Umgang mit dem Internet in Wahlkämpfen der Zukunft bedeuten könnten, wird in Teil III „Freiheit“ genauer beleuchtet. Zunächst widmen wir uns der Betrachtung der bisherigen Forschung und ihrer Grundlagen, um besser verstehen zu können, welchen Determinanten das Internet als Deliberations- und Wahlkampfinstrument unterliegt.

---

<sup>476</sup> Schulz (2008), Seite 303

<sup>477</sup> Als John F. Kennedy im ersten US-Fernsehduell 1960 gegen Richard Nixon antrat, urteilten Radiohörer nach Angaben des Marktforschungsinstituts Albert Sindlinger, dass der amtierende Vizepräsident Nixon die Argumente auf seiner Seite gehabt habe. Für die mehr als 60 Millionen TV-Zuschauer ging aber nicht der unrasierte und schwitzende Nixon als Sieger aus der Veranstaltung, sondern Kennedy. Nixon verlor die Wahl knapp. Obwohl die Schlussfolgerungen wissenschaftlich umstritten sind, weil die folgenden TV-Duelle bis heute nicht berücksichtigt werden, führte die Legendenbildung dazu, dass seitdem (nicht nur) US-Präsidentschaftskandidaten für ihre Fernsehshows intensiv trainieren. Allerdings erst wieder nach einer Pause, denn bis 1976 weigerten sich die Kandidaten.

<sup>478</sup> Sofern man Al Gores Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl 2000 als Vorsprung bezeichnen darf, denn er hatte zwar 50.000 Wählerstimmen mehr als sein Kontrahent, dieser konnte aber mehr Wahlmänner auf sich vereinen und galt nach amerikanischem Wahlrecht als Gewinner.

## **Öffentlichkeit ist unberechenbar – Probleme empirischer Kommunikationsforschung**

Trotz intensiver Wirkungsforschung kommt man also, wie oben bereits erläutert, zu keinem eindeutigen Ergebnis, was an den unterschiedlichen Voraussetzungen und Methoden der empirischen Kommunikationsforschung liegt. Die traurige Bilanz der empirischen Kommunikationsforschung ist: Es müssen andere wirkungsrelevante Gründe sein, die die Massen dazu bewegen, letztendlich am Wahltag für „ihren“ Kandidaten bzw. dessen Partei zu stimmen, außer dass diese telegen bzw. rhetorisch begabt sind. Leider kann die Wahlkampfforschung bisher keinen „Haupteffekt“ liefern, ihre Antwort lautet erwartungsgemäß: Es kommt darauf an. Und auch für die Zukunft sieht es für diese Disziplin nicht viel besser aus: „Zu erwarten sind eher kontextabhängige und durch intervenierende Variablen moderierte Effekte“<sup>479</sup>, prognostiziert Schulz für die zukünftige Wahlforschung und in diesen kontextabhängigen Effekten, die auch noch durch intervenierende Variablen moderiert werden, liegt das Problem, an dem die empirische Wahlforschung wiederum zu scheitern droht, wenn sie weiterhin der Versuchung nicht widersteht, Äpfel mit Birnen zu vergleichen und bei der Untersuchung des Os im S-O-R-Modell, also der Informationsverarbeitung im Organismus, sich nicht auf ein klares, abgegrenztes Forschungsdesign festlegt. Doch der Organismus ist nun einmal nicht klar abgegrenzt, also muss man von vornherein davon ausgehen, dass empirische Forschungsergebnisse nur einen kleinen Teil der Wirklichkeit unter einem bestimmten Blickwinkel erklären können und keine Rückschlüsse auf ein Kommunikationssystem in seiner Gesamtheit erlauben. Und wenn das Wahlvolk nicht berechenbar ist, wie soll dann die Öffentlichkeit nach ihrem Manipulierungspotential erforscht werden?

## **Prognostische Berechnungen und Messungen von Einstellungen unmöglich**

Wie problematisch Mehrdimensionalität und Komplexität eines informationsverarbeitenden Organismus (im Sinne des S-O-R-Schemas) schon für die rückblickende Forschung sind, um stattgefunden Phänomene zu erklären, wurde nun ausführlich dargelegt und dementsprechend erschweren sie natürlich auch Messungen vorhandener *Einstellungen* und erst recht Prognosen für zukünftiges einstellungsbasiertes Handeln, wie Helmut Wiesel mit einem drastischen Rechenbeispiel zur Wahlkampfkommunikation verdeutlicht. „Die quantitative Komplexität des Systems der Akteure und ihrer Beziehungen liegt auf der Hand. Unterstellen wir, dass insgesamt nur 15 verschiedene Instanzen im Spiel sind (z. B. drei Präferenzgruppen der Bevölkerung, fünf Interessenorganisationen, drei politische Parteien, zwei Ministerien und zwei Massenmediensysteme), so sind immerhin schon 105 unterschiedliche Beziehungen zu veranschlagen. Rechnen wir jeder der genannten Instanzen zehn unterschiedlich urteilende und agierende Personen oder Untergruppen zu, so ergeben sich bereits 150 beteiligte „Akteure“ mit insgesamt 11.175 möglichen

---

<sup>479</sup> Schulz (2008), Seite 392

Beziehungen. Denn mit wachsender Teilnehmerzahl steigt die Zahl der möglichen Relationen gemäß der Exponentialfunktion  $x = \frac{1}{2} (y^2 - y)1$ .<sup>480</sup>

Ein Beispiel, das belegt, wie problematisch empirische Sozialforschung durch den Einfluss der Einstellungen der beobachtenden und auswertenden Wissenschaftler selbst werden kann, lieferte auch die Frankfurter Schule. Horkheimer und Adorno scheiterten bei dem Versuch, ein „unabhängiges Instrument zur Messung der Existenz von ‚autoritärem‘ Potential zu entwickeln“<sup>481</sup>, wie Harald Homann schildert, an sich selbst: „So gingen die Frankfurter davon aus, daß es möglich sei, mit Hilfe der Antworten auf Fragebögen und einer Meßskala, der sogenannten F-Skala, die methodisch kontrollierte Unterscheidung zwischen bewußten Meinungen und unterbewußter (autoritärer) Charakterstruktur zu ermitteln. Stattdessen kamen in ihren Ergebnissen die Vorannahmen Horkheimers und Adornos selbst zu tragen, die von einer latenten Faschismusanfälligkeit aller modernen Gesellschaften und ihrer Mitglieder ausgingen (...) Die empirische Legitimation dieser Vorannahmen und die dadurch installierte ideologiekritische Verdächtigungsstrategie waren ein wichtiges Ergebnis der Studies in Prejudice, das die Frankfurter mit nach Deutschland brachten.“<sup>482</sup> Das Problem des beeinflussenden Beobachters ist auch aus Experimenten der Teilchenphysik bekannt.<sup>483</sup>

### **Reziproke Verstärkung einer seltsamen selbstreferenziellen Wahrnehmung**

Wie oben bereits erläutert, beeinflussen Aufmerksamkeit und Beachtung die Anerkennungswerte für Politiker bzw. ihre Politik positiv: Starker Publizitätsdruck<sup>484</sup> korrespondiert mit der Wählergunst. Oben nicht erwähnt wurde ein seltsames Phänomen, das die „Viel-hilft-viel“-Hypothese bestätigt und weitere unten vorgestellte theoretischen Kommunikationsmodelle ebenfalls, nämlich: „Mitglieder der politischen Parteien – auch die Funktionsträger – informieren sich sogar über das innere Parteigeschehen vorwiegend über die Presse,“<sup>485</sup> wie Wilfried Schulz darlegt. Und: „Eines der Kernergebnisse der Umfragen unter Abgeordneten im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten ist, dass sich die Parlamentarier viel häufiger als Beeinflusste, denn als Beeinflussende im politischen Meinungsbildungsprozess sehen. Als besonders starke Quellen ihrer Beeinflussung nennen sie – nach ihrer Fraktion – überregionale Medien und Lokalzeitungen. Den Einfluss der Medien schätzen sie weit stärker ein als z. B. dem von Bürgern und Verbänden.“<sup>486</sup>

---

<sup>480</sup> Dabei ist x die Zahl der möglichen Beziehungen und y die Zahl der Akteure. In: Wiesenthal (2004)

<sup>481</sup> Homann, Harald „Die Entwicklung der kritischen Theorie im Exil, In: Albrecht (1999), Seite 66ff

<sup>482</sup> Homann, Harald „Die Entwicklung der kritischen Theorie im Exil, In: Albrecht (1999), Seite 66ff

<sup>483</sup> Siehe Stichwort „Chaotische Systeme“ im Kapitel „Die systemtheoretische Physik der Kräfte der Macht“

<sup>484</sup> Mehr zum Stichwort „Publizitätsdruck“ im Abschnitt „Ungleichgewicht durch PR“

<sup>485</sup> Schulz (2008) #48}, Seite 30

<sup>486</sup> Schulz (2008) #48}, Seite 30f



Diese Beobachtung stimmt auch mit einem anderen Phänomen überein, das von Arnim als „plebisitäres Fürstentum“ bezeichnet wird. Danach stellen Parteiführer Kontakt zur Basis unmittelbar über die Medien her und bedürfen dafür der parteilichen Organisation nicht mehr, die dadurch immer unwichtiger wird.<sup>487</sup> Darauf wird im Kapitel „Kommunikationspraxis“ näher eingegangen und dort wird ebenfalls bestätigt, dass diese seltsame selbstreferenzielle Wahrnehmung von Politikern durch Medien nicht nur das „Viel-hilft-viel“ bestätigt, sondern dieses durch verschiedene andere Mechanismen auch noch verstärkt wird, was zu einer Art „Aufmerksamkeitsspirale“ führt und eine Chancengleichheit aller am Deliberationsprozess Teilnehmenden grundsätzlich erheblich erschwert. Dies ist also bei der Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit im Allgemeinen und der des Web 2.0 im Besonderen zu berücksichtigen, daher werden die Grundlagen, die für diese Berücksichtigung notwendig sind, im Folgenden zusammenfassend vorgestellt.

## **2.6 Kommunikationstheorien als praktische Lösung**

Unterschiedliche Modelle zur Erforschung von Wählerverhalten haben zwar bisher kein eindeutiges Ergebnis geliefert, „es wäre aber falsch, darin eine Kapitulation der Wirkungsforschung zu sehen“, folgert Winfried Schulz. „Es kommt vielmehr darauf an, die bedingenden Kontexte und moderierenden Variablen in die Untersuchungsdesigns oder zumindest in die Interpretation der Befunde einzubeziehen (...) Im günstigen Fall fügen sie dem Gebäude kumulativer Forschung einen Baustein hinzu und tragen dazu bei, hypothetische Verallgemeinerungen und Erklärungsmodelle zu formulieren.“<sup>488</sup>

Die empirische Medienwirkungsforschung, die sich vom einfachen S-R-Modell verabschiedet, tut sich also mit Antworten auf Fragen der Persuasion, Deliberation, Responsivität und Reagibilität schwer. Die politische Rolle der Öffentlichkeit, wenn man diese als Wählerschaft definiert, empirisch zu erforschen, funktioniert also nicht. So greifen wir hier nun auf die theoretische Betrachtung zurück. So unbefriedigend die empirischen Wirkungsforschungsergebnisse auch sein mögen: Die Korrelationen zwischen Bildungsniveau, politischem Interesse und der Ausrichtung der Wahlentscheidung an politischen Inhalten ist unbestritten, also der sogenannten kognitiven Mobilisierung<sup>489</sup>, die Schulz mit seinen intervenierenden Variablen und kontextabhängigen Effekten anspricht, und diese kognitive Mobilisierung hat auch noch interdependente Variablen, die Wiesthal in seinem ohnehin schon komplizierten Rechenbeispiel noch gar nicht berücksichtigt. Doch orientieren wir uns, um die Betrachtung einfacher zu machen, zunächst an der normativen Kraft des

---

<sup>487</sup> Arnim (2001), Seite 208f

<sup>488</sup> Schulz (2008) #48}, Seite 303

<sup>489</sup> Vgl. auch Wählertypologie nach Dalton 1984b und Abbildung Nr 6.7 in Schulz (2008), Seite 295

Faktischen: Da Wahlentscheidungen von Mehrheiten abhängen, geht es um die Persuasion und Mobilisierung von Mehrheiten. Deren Meinungs- und Willensbildung geschieht über Massenmedien und Propaganda<sup>490</sup> und erzeugt statische und variable Mehrheiten. Egal wie stark die Wirkungen durch das Fernsehen auch genau sein mögen, sie sind stärker als die anderer Medien (bisher<sup>491</sup>) und die kognitive Resonanz auf plakative Schlagworte und Symbole darin ist stärker als die von inhaltlich detaillierten Debatten.<sup>492</sup>

Detailfragen und komplizierte Zusammenhänge in der Wahlkampf-Berichterstattung werden in den herkömmlichen elektronischen Massenmedien vermieden, da sich diese an den real vorhandenen Rezeptionseffekten ihres Massenpublikums in der Praxis orientieren (müssen), um letztendlich wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Und was nützt schon eine gut gemeinte, politisch-korrekte, detailfreudige deliberative Aufklärung, wenn das Massenpublikum sie nicht versteht? Aufklärung, die nicht aufklärt, sondern zum Abschalten animiert, nützt im politisch-medialen System niemandem.

### **Einschaltquote: Der kleinste gemeinsame Nenner**

Kulturpessimisten, die behaupten, dass die TV- und Radio-Redakteure nur oberflächliche, kurze Statements von Politikern und Analysten zulassen, zugunsten der profanen Einschaltquote, sind auf dem richtigen Weg: Es sind Massenmedien, das bedeutet, sie müssen den kleinsten gemeinsamen Nenner des Geschmacks ihres Publikums ansprechen, um die größtmögliche Einschaltquote zu erreichen.

In marktwirtschaftlich orientierten Medien bestimmt die Nachfrage das Angebot: Das breite Publikum will keine Details, also bekommt es auch keine. Auf die Tatsache, dass Neugierige und Interessierte nun im Internet alle Detailinfos erhalten, wird in Teil III genauer eingegangen. Bekannt ist, dass intellektuelle Inhalte keine große Auflage/Einschaltquote erzielen und daher nur von Nischenmedien bedient werden, die sich damit zufriedengeben müssen, nur einen kleinen Teil der Gesellschaft zu erreichen.<sup>493</sup> Bemerkenswert ist ein Ergebnis aus dem Jahr 1976, das besagt, dass US-Wähler mehr über die Wahlkampfthemen aus den Parteienwerbespots lernen als aus

---

<sup>490</sup> Der Begriff Propaganda ist ein Opfer seiner eigenen Praxis: Für politische Öffentlichkeitsarbeit ist er weitgehend aus der Mode gekommen und wird fast nur noch als Schimpfwort für die Gegenseite verwendet – sowie sie selbst das Verfahren benutzt, wenn die gegnerische Seite einen Vertrag abschließt, der dann negativ konnotiert als „Pakt“ bezeichnet wird, um beim Rezipienten sofort Abwehrhaltung zu erzeugen oder wenigstens ungeschwellig zu vermitteln, dass der Verlautbarende mit diesem Vertrag nicht einverstanden ist.

<sup>491</sup> Zur besseren Verständlichkeit werden die erweiterten Bezüge zum Internet erst in Teil III hergestellt.

<sup>492</sup> Über komplexe politische Sachverhalte, siehe auch Abschnitte „Image“, „Sprache“ und „Politainment“.

<sup>493</sup> Der deutsch-französische Fernsehsender Arte, dessen Programm als intellektuell ansprechend gilt, erzielt einen durchschnittlichen Marktanteil von 0,7 %. Im Vergleich dazu: RTL mit 13 %, ARD mit 13 %, ZDF mit 12 %, Sat 1 mit 11 %, und sogar hinter Tele 5 mit 1,1 % Marktanteil bei den Zuschauern ab 3 Jahren im 4. Quartal 2009. Quelle: Quotenmeter.de unter: <http://www.quotenmeter.de/cms/?p1=c&p2=28&p3=> (25.01.10)

den Fernsehnachrichten,<sup>494</sup> was die These stützt, dass plakative, prägnante Botschaften bei der Meinungsbildung der Massen (via Massenmedien) hilfreich sind.<sup>495</sup> Dass beispielsweise in den USA der größte Teil der Wahlkampfbudgets in TV-Wahlwerbung aufgeht, geht auf diese Erkenntnis zurück. Im Vergleich dazu herrscht in Deutschland das Prinzip „Abgestufte Chancengleichheit“, das im Kapitel „Image“ ebenfalls genauer betrachtet wird. Hier ist nur festzuhalten, dass beide den gleichen Effekt haben: Große Parteien mit vielen Anhängern erhalten mehr Aufmerksamkeit und dies verstärkt ihre Chancen auf die Wählergunst.

Um die gegenwärtige, beobachtbare politische Rolle der Öffentlichkeit besser zu verstehen, werden im Folgenden die verschiedenen nicht-empirischen Theorien über Informationsverarbeitungs- und Wirkungsprozesse etwas genauer betrachtet. Hier aufgeführt sind jene Modelle, die sich in der Praxis an den weiter unten aufgeführten Beispielen real existierender politischer Kommunikation tatsächlich beobachten lassen. Anschließend wird trotz aller Theorie besser erkennbar sein, welchen Determinanten Öffentlichkeit und Presse bei der politischen Willensbildung unterliegen, als dies verzerrte empirische Ergebnisse vermögen. Jedes der vorgestellten Modelle erfährt also weiter unten seine praktische Bestätigung. Es sei vorweggenommen, dass alle Modelle direkt oder indirekt den Verstärkereffekt bestätigen. Der Verstärkereffekt benachteiligt im System der politischen Kommunikation die Berücksichtigung von Minderheiten in der Öffentlichkeit. Für die politische Rolle der Öffentlichkeit bedeutet dies, wenn man sie als „Hüterin des Gemeinwohls“ definiert, dieser Dynamik Rechnung tragen zu müssen, sofern sie nach dem Checks and Balances-Prinzip der Gerechtigkeit funktioniert und darin auch die Berücksichtigung von Minderheiten integriert.

### **Wissensluft-Hypothese**

Die Wissensluft-Hypothese („Knowledge-Gap“) besagt, dass die Uninformierten immer uninformatierter werden und die Informierten immer informierter.

### **Meinungsführer/Opinionleader**

Nach der Opinionleader-Theorie<sup>496</sup> gelten Personen als Meinungsführer, die von anderen in politischen Fragen um Rat gebeten werden und/oder andere häufig politisch überzeugen wollen. Diese Meinungsführer haben in der Regel ein ausgeprägtes Interesse an Politik, nutzen Medien intensiv und beteiligen sich in hohem Maße an interpersoneller Kommunikation. Sie sind also eher bereit, ihre Aufmerksamkeit auf Parteiprogramme, komplexere Berichterstattung darüber und Hintergrundinformationen zu richten. Solche Personen, die diese von den Meinungsführern

---

<sup>494</sup> Schulz (2008), Seite 291

<sup>495</sup> Und dass Schulz dieses uralte Ergebnis in seinem als Standardwerk geltenden Kompendium nur en passant erwähnt, stützt die These, dass die menschlichen psychologisch-neuronalen Rezeptionsfähigkeiten und -kapazitäten von der Kommunikationswissenschaft vernachlässigt werden.

<sup>496</sup> Schulz (2008)

erhalten, sind Opinionaskers. Diese beiden Gruppen beeinflussen einander gegenseitig (und werden so abwechselnd zu Opiniongivers und Opinionaskers). Eine dritte Gruppe, die Opinionavoiders, beteiligt sich an interaktiven Kommunikationsaktivitäten nicht und setzt sich auch den Massenmedien möglichst nicht aus.

### **Thematisierungsansatz /Agenda Setting Approach**

Der Agenda-Setting-Approach besagt, dass die Meinungsführer bestimmen, welche Themen auf der gesellschaftlichen Tagesordnung landen (Agenda Setting).

### **Gatekeeperforschung**

Diejenigen Opinionleader, die am Agenda Setting beteiligt sind, besetzen in den Medien Schlüsselpositionen, z. B. Chefredakteure. Sie filtern aus, welche Themen relevant sind, und weil ihr Verhalten mit dem von Torwächtern oder Schleusenwärtern verglichen werden kann, nennt sich dementsprechend der Forschungsbereich, der sich mit ihnen beschäftigt, Gatekeeperforschung.

### **Zwei-Stufen-Modell/Two Step Flow of communication**

Das Zwei-Stufen-Modell der Kommunikation lässt den Rückschluss zu, dass es im Wahlkampf vorteilhaft sei, zuerst die Meinungsführer zu überzeugen, die dann ihren politisch weniger aktiven oder weniger informierten Freundes- und Bekanntenkreis überzeugen. Man nennt dies nicht Schneeballsystem, sondern „Two-Step-Flow of Communication“.<sup>497</sup> Die Hypothese leitet eine Abkehr von der Theorie der allmächtigen Medien (S-R-Modell) ein, da zwischen Medien und Rezipienten der Meinungsführer als zusätzliche Auswahlinstanz angesiedelt wurde, später vervollständigt durch den informationsverarbeitenden Organismus, der im S-O-R-Modell zwischengeschaltet ist.

### **Theorie der Schweigespirale**

Auch die berühmte Schweigespirale-Theorie,<sup>498</sup> nach der Menschen, die eine von der Allgemeinheit abweichende Meinung zu bestimmten Themen haben, eher dazu tendieren, diese zu verbergen, um sich von ihren Mitmenschen nicht zu isolieren, fördert die Annahme, dass Wahlkämpfer dafür sorgen sollten, dass sie ihre Politik stets als mehrheitsfähig verkaufen sollten, um ihren Sympathisanten das Gefühl zu geben: „Du bist nicht allein“ oder „gemeinsam sind wir stark“, damit diese wiederum mehr Selbstvertrauen erhalten, um in ihrem direkten Umwelt zu dieser Politik oder diesem Politiker zu stehen.

---

<sup>497</sup> Schulz (2008), Seite 286

<sup>498</sup> Noelle-Neumann (1980)

### **Bandwagon-Effekt**

Die Schweigespirale, wenn man sie anstatt hinunter also hinauf dreht, führt zum Bandwagon-Effekt, nach dem Menschen dazu neigen, auf der Seite der Sieger stehen zu wollen, also der Kapelle (Band) hinterherzumarschieren, die anscheinend die beste Musik macht, sonst würden die anderen ihr nicht auch schon folgen.

### **Weitere Modelle**

Alle bisher beschriebenen klassischen Kommunikationstheorien bestätigen die empirische Beobachtung „Viel hilft viel“: Also dort, wo starke Kräfte wirken, auch reziprok, kommen ebenfalls starke Kräfte hinzu und steigern die Wirkung exponentiell. Dieses Resultat korrespondiert mit dem wahrnehmungstheoretischen Verstärkereffekt.

### **Involvement-Ansatz und Verstärkereffekt**

Ein von den amerikanischen Kommunikations- und Werbeforschern Richard E. Petty und John T. Cacioppo 1983 entwickeltes Modell der Beeinflussung, das die Wirkungsfaktoren und die Konsequenzen beeinflussender (persuasiver) Kommunikation beim Empfänger erklärt, ist das Involvement-Modell: Ist der Rezipient hoch involviert, ist er beispielsweise von Arbeitslosigkeit bedroht, besteht also ein hohes persönliches Interesse und es kann davon ausgegangen werden, dass mehr Mühe investiert wird, Informationen zu suchen<sup>499</sup>, Botschaften zu verstehen bzw. sich mit den unterschiedlichen Argumenten auseinanderzusetzen. Es findet demnach eine elaborierte Auseinandersetzung mit den Informationen statt. Diese „zentrale Route“ der Verarbeitung bedeutet daher auch, dass Argumente und inhaltliche Aspekte eine bedeutende Rolle spielen, ob es zu einer Einstellungsänderung kommt oder nicht. Ist der Rezipient allerdings wenig involviert, werden Informationen nur oberflächlich verarbeitet und Argumenten nur wenig Gehör geschenkt. Soll es zu einer Einstellungsänderung kommen, werden bei der „peripheren Route“ der Informationsverarbeitung nebensächliche Eindrücke der Medienbotschaft wie visuelle und akustische Merkmale wichtig.<sup>500</sup>

Den Verstärkereffekt kennt man auch aus der Psychologie: Argumente, die die eigene Position stützen, werden stärker wahrgenommen als solche, die sie beschädigen (selektive Wahrnehmung). Und es wurde ebenfalls festgestellt, dass nach der Entscheidungsfindung das Involvement schlagartig erlischt und eine Abschottung gegen weitere Informationen eintritt, die möglicherweise die Richtigkeit der getroffenen Entscheidung in Frage stellen können. Dieses Verhalten wird auch in vielen andern Forschungs-Disziplinen bestätigt: Bei Reizüberflutung reagiert ein Organismus mit Schutzmechanismen, z. B. Abwehr, Albernheit oder Abstumpfung.

---

<sup>499</sup> Dieser Punkt ist bei der Betrachtung der Mediennutzung im Internet wichtig und wird in Teil III näher behandelt.

<sup>500</sup> Pürer (1990), Seite 352.

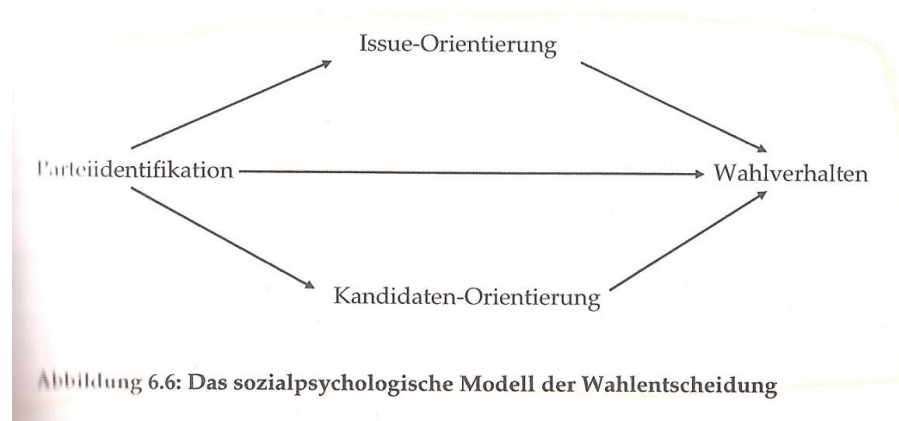
Der radikale Konstruktivismus und neuere Wahrnehmungstheorien kennen nur „selektive Wahrnehmung.“ Demnach ist Wahrnehmung per se immer selektiv, da der Mensch nicht alle Daten, die von außen auf ihn einwirken, gleichzeitig wahrnehmen kann. Daten werden erst dann zur Information für das Subjekt, wenn sie in dessen mentale Struktur „eingebaut“ werden können. Da unsere Wahrnehmung immer historisch-biografisch bedingt ist, gibt es keine andere Möglichkeit als die der „selektiven Wahrnehmung“, „objektive“ Wahrnehmung sei unmöglich.<sup>501</sup> Mehr zum Konstruktivismus im gleichnamigen Abschnitt in Teil III.

### **Drei Wirkungsmodelle der Wahlforschung nach Schulz**

Jene Modelle, die laut Schulz (2008) in der Forschung bei der Untersuchung von Wahlentscheidungen herausragen und die Problematik der Mehrdimensionalität ebenfalls betonen, sind a) das „sozialpsychologische Modell“, b) „das Informationsverarbeitungsmodell“ und c) das „spieltheoretische Modell“.

Das erste, sozialpsychologische, auch Michigan- oder Ann-Arbor-Modell genannt, konzentriert sich auf die Wahlentscheidung als direkt abhängige Variable und berücksichtigt unabhängige Variablen, wie Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und Problemorientierung, die erklärend einfließen, doch Medien- und Wahlkommunikation und -rezeption werden nicht oder höchstens indirekt integriert.

#### **Abbildung: „Das sozialpsychologische Modell der Wahlentscheidung“<sup>502</sup>**



Geeigneter ist, laut Schulz (2008), das Informationsverarbeitungsmodell, weil es auf die Interessen der politischen Kommunikationsforschung besser zugeschnitten ist. Im Gegensatz zum sozialpsychologischen Modell integriert es die Faktoren, die im sozialpsychologischen Modell noch als externe gelten, und besagt, dass die Art und

<sup>501</sup> Weischenberg et al. (1994)

<sup>502</sup> Schulz (2008), Seite 263

Weise der Verarbeitung der Informationen maßgeblich für die Wahlentscheidung ist. Es gilt zwar aus erkenntnistheoretischer Sicht als unzureichend<sup>503</sup>, wird aber immer noch gelehrt, wie man an seiner Veröffentlichung in Schulz' Standardwerk für politische Kommunikation 2008 sieht, und es soll daher hier im Rahmen der Untersuchung von politischer Kommunikation im Wahlkampf nicht unterschlagen werden.

**Abbildung „Informationsverarbeitungsmodell der Wahlentscheidung“<sup>504</sup>**

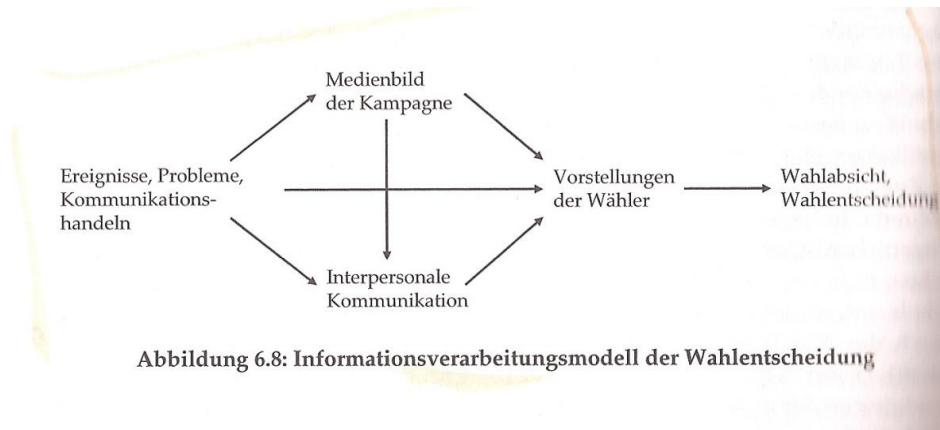


Abbildung 6.8: Informationsverarbeitungsmodell der Wahlentscheidung

**Spieltheorie**

Akzeptiert man die Vorstellung von Wahlkämpfen als „Strategiespiel“, wie sie oben bereits angesprochen wurde, kann man das „spieltheoretische Modell“<sup>505</sup> diesem Kanon hinzufügen, das Iyengar und Simon 2000 vorgeschlagen haben: So muss man die unterschiedlichen Winkelzüge des politischen Gegners, wie bei verschiedenen Brettspielen, vorhersehen und darf seine Strategie nicht nur auf Botschaften und Verhalten der anderen Kandidaten beschränken. Politische Kommunikation als Spiel zu verstehen, liegt nahe, wenn man insbesondere die Regellastigkeit politischen Miteinanders berücksichtigt, in die sich Akteure erst einfinden müssen, bevor sie „mitspielen“ können.

**Dynamisch/transaktionaler Ansatz**

Alle der bisher genannten Ansätze finden sich integriert im „dynamisch-transaktionalen Modell“, das Schönbach/Früh 1982 für die Kommunikations-

<sup>503</sup> Vgl. Weischenberg et al. (1994), Seite 24

<sup>504</sup> Schulz (2008), Seite 298

<sup>505</sup> Schulz (2008), Seite 303

wissenschaften lieferten,<sup>506</sup> und das mit der Berücksichtigung der Massenmedien die bisherigen transaktionalen Modelle ergänzt. Trotz seiner bestechenden Logik findet es keine sonderliche Würdigung in der jüngeren Literatur. Das mag daran liegen, dass es nicht in den Kanon der Systemtheorie aufgenommen wurde.

Folgt man Heinz Pürers Erklärung, „entstehen in der Massenkommunikation Vorstellungs- und Verhaltensänderungen aus Wechselwirkungsprozessen zwischen Kommunikatoren und Rezipienten.“ Nota bene: noch ohne Rückkanal! 1982 bezogen sich Schönbach/Früh nur auf Zeitungen, Radio und TV. Hier sind also nur Einschaltquotenanstiege und verstärkte Lesernachfrage durch prominente Aufmachung in Printmedien oder vordere Platzierung im Rundfunk gemeint. „Diese Prozesse werden als Transaktionen bezeichnet (...). Neben den Inter-Transaktionen, gibt es Intra-Transaktionen, die im kognitiven System sowohl des Kommunikators als auch des Rezipienten ablaufen. Gemeint sind Interaktionsprozesse zwischen Wissen und Aktivierung, d. h. dem Interesse an einer Botschaft.“<sup>507</sup> Dass diese Transaktionen bzw. Interdependenzen sich im Laufe der Zeit verändern, gibt dem Ansatz seinen dynamischen Aspekt.

### **Systemtheorie**

Der d/a-Ansatz ähnelt wiederum dem „Input/Output Modell“ der Systemtheorie,<sup>508</sup> dessen sich auch die Kommunikationsforscher bedienen, um Wirkungen zu erklären: „Soziale Systeme nehmen Leistungen aus der Umwelt – aus anderen Systemen und Subsystemen – auf und geben solche auch an die Umwelt ab. Ein Teil des Outputs kann durchaus in Form von Wirkungen und Folgen durch die Rückkoppelung – „feedback“ – als Input in das System zurückgelangen.“<sup>509</sup>

---

<sup>506</sup> Früh, Werner; Schönbach, Klaus: Der dynamisch-transaktionale Ansatz. Ein neues Paradigma der Medienwirkungen. In: „Publizistik“ 27; S. 74–99

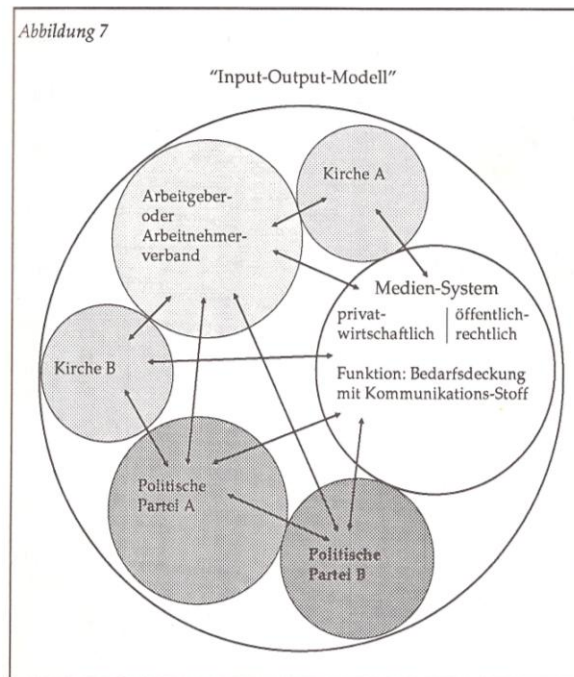
<sup>507</sup> Pürer (1990), Seite 98

<sup>508</sup> Pürer (1990), Seite 145

<sup>509</sup> Pürer (1990), Seite 145



**Abbildung: „Input/Output-Modell der Systemtheorie“<sup>510</sup>**



### **Funktional-strukturell oder strukturell-funktional: Luhmann vs. Parsons**

Es konkurrieren die beiden systemtheoretischen Ansätze von Luhmann und Parsons. Die Luhmannsche Auffassung steht als „funktional-struktureller“ Ansatz dem „strukturell-funktionalen“ Ansatz von Talcott Parsons gegenüber: Während Parsons zusammengefasst die Struktur als normativ für die Funktionen eines Systems vorgibt, formuliert der funktional-strukturelle Ansatz es genau andersherum: Die Strukturen passen sich den verändernden Funktionen eines Systems an.

### **Spiegeltheorie**

Reziproke Effekte bestätigen Luhmanns Spiegeltheorie. Zur Erinnerung: Nicht das, was Menschen wirklich denken, spiegelt sich für Politiker in der Öffentlichkeit, sie sehen nur sich selbst und andere Politiker, die sich vor dem Spiegel für den Spiegel bewegen – und da Presse und Funk für Luhmann die Formgeber der öffentlichen Meinung sind, katapultiert die Selbsteinschätzung der Abgeordneten den Stellenwert der politischen Rolle, die die Öffentlichkeit in Form von Medien einnimmt, ziemlich weit hinauf. Warum diese Ergebnisse jedoch nicht mit der wahrgenommenen, „gefühlten“ und gemessenen Responsivität übereinstimmen, wird weiter unten beleuchtet.

---

<sup>510</sup> Pürer (1990), Seite 145

## **Vertikale und horizontale Vernetzungsfunktion der Presse**

Einem Modell von Karl Eric Rosengren<sup>511</sup> nach nehmen Massenmedien – und damit „massenmedial“ vermittelte Öffentlichkeiten – zwei elementare gesellschaftliche Vernetzungsfunktionen wahr: a) auf der vertikalen Ebene zwischen der Makro-, Meso- und Mikroebene der Gesellschaft und b) auf der horizontalen Ebene zwischen den großen gesellschaftlichen Subsystemen (z. B. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion usw.).

## **Nur Alternativen erzeugen Interesse**

In „Öffentlichkeit und Erfahrung: Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit“ von Oskar Negt und Alexander Kluge<sup>512</sup> bemühen sich die Autoren darum, ein Fundament dafür zu finden, wie die Impulse des Aufbruchs von 1968 („Studentenrevolution“) in eine langfristige Strategie zur „Verlebendigung“ der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung umgesetzt werden können. Negt und Kluge zeigen darin, dass Subjekte „die bloße Abbildung der Realität“ sich nur dann aneignen, wenn sie wissen, dass sie eine Handlungsalternative haben: „Erst aus dieser Handlungsmöglichkeit könnte sich ihr Interesse am Realismus rekrutieren.“<sup>513</sup>

## **Zentrum-Peripherie-Modelle**

Johan Galtung legte mit seiner „Imperialismustheorie“ 1971 ein Modell vor, das Jürgen Habermas' Kommunikationsmodell sehr ähnelt: Nach ihnen gehen Kommunikation und Macht in bestimmten Systemen aus deren „Zentren“ in sie umgebende „Peripherien“ über und vice versa. Eine starke Zivilgesellschaft ist nach Habermas' Theorie zweigleisiger Politik das Bindeglied zwischen politischer Peripherie und politischem Zentrum. Das politische Zentrum, ein aus der Lebenswelt ausgegliedertes, spezifisches Handlungssystem, trifft verbindliche administrative Entscheidungen.<sup>514</sup> Bernhard Peters entwickelt 1993 ein ähnliches Zentrum-Peripherie-Modell gesellschaftlicher Kommunikation. Diese Modelle haben ebenfalls große Ähnlichkeit mit dem dynamisch transaktionalen Ansatz von Schönbach/Früh, in dem sich die gegenseitigen Impulse dynamisch auf die Kommunikation der politischen Öffentlichkeit auswirken und zu Reagibilität des Gesetzgebers führen können, was wiederum zu kommunikativer Dynamik innerhalb des Publikums führt und so fort. Mehr dazu im Kapitel „Innere und äußere Feinde“<sup>515</sup>.

---

<sup>511</sup> Rosengren (1994), Seite 49

<sup>512</sup> Negt (1972)

<sup>513</sup> Negt (1972), Seite 222

<sup>514</sup> Vgl. Habermas (1992), Seite 430

<sup>515</sup> Ein weiterer Bezug wird in Teil III (Kapitel „Informationsflut durch kleine Erzählungen“) hergestellt, wenn es um Gianni Vattimos Rückkopplungsbegriff geht.

## 2.7 Die systemtheoretische Physik der Kräfte der Macht

---

Auch wenn zahlreiche Denker der politischen Theorie systemtheoretische Ansätze ablehnen, zwingen die bisher eruierten Ansätze geradezu zu einer systemtheoretischen Betrachtungsweise der politischen Kommunikation innerhalb des politischen Systems einer Demokratie.

### **Axiom A: Politische Kommunikation ist mehrdimensional transaktional, wie das politische System selbst**

In den reziproken Effekten der von den Kommunikations-Akteuren ausgelösten Aussagen liegt der sich ständig abspielende gesellschaftliche Konflikt, die Auseinandersetzung, die man letztendlich tatsächlich als Spiel (s. o.) begreifen kann. Während konservative Kräfte die Ordnung des Systems über die sich verändernden neuen Funktionen stellen und erwarten, dass sich diese anzupassen haben an die Struktur, fordern progressive Kräfte die Veränderung der Strukturen nach dem Motto „Form follows Funktion“. Es ist also müßig, darüber zu diskutieren, welches das bessere Modell ist, wie es jedoch Habermas in seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ anhand der Modelle Meads, Durkheims, Wittgensteins und anderer praktiziert: „Parsons hat sich um Hermeneutik, d. h. um die Probleme des sinnverstehenden Zugangs zum Objektbereich der Sozialwissenschaften nicht gekümmert (...) Er verkennt vor allem die methodologische Pointe der Frage, ob die System- der Handlungstheorie<sup>516</sup> ein oder untergeordnet werden muß,“ so z. B. Habermas’ Kritik an Parsons Primat der Zweckmäßigkeit von Mitteln.<sup>517</sup>

### **Axiom B: Kommunikative Mittel sind jedem Zweck heilig**

Meines Erachtens ist hier jedoch kein rationalistisch definiertes funktionalistisches Ideal zugrunde zu legen, an dessen Messlatte eine wertende Über- oder Unterordnung festzulegen sei. Im Gegenteil: Der Kern des Problems liegt im subjektiven Glauben an das, was subjektiv moralisch zweckmäßig priorisiert werden sollte: Haben sich Funktionen der Struktur unterzuordnen oder haben sich Strukturen dem System unterzuordnen, um das System zu erhalten? Beide Ansätze sind als Glaubensfragen zu behandeln und hierin liegt die Basis politischer Kultur und dessen, was wir als links- oder rechtsgerichtete Politik<sup>518</sup> verstehen. Die Aufgabe der politischen Kommunikation ist es dementsprechend, die politische Willensbildung mit Informationen im Gange zu halten. Gemäß den Newtonschen Axiomen<sup>519</sup> sind Objekte in einem System, solange sie kinetische Energie besitzen, in Bewegung. Ein homöostatisches Gleichgewicht im politischen System kann es nicht geben, weil politische Kommunikation kein geschlossenes System ist. Es erhält ständig neue Energie von außen. Und ein perfekter

---

<sup>516</sup> Handlungstheorie ist gemeint als strukturell-funktional normierend, also zweckgerichtet handlungsweisend in der Wahl der Mittel.

<sup>517</sup> Habermas (1995), Seite 303ff

<sup>518</sup> Siehe auch Kapitel „Sprache“

<sup>519</sup> Newtons „Philosophiae Naturalis Principia Mathematica“, 1687

Ausgleich ist auch nicht das Ziel, denn paritätisches Gleichgewicht ist der Tod der politischen Willensbildung, wie man am Dilemma der beiden Volksparteien SPD und CDU sehen kann, die sich beide zur Mitte hin orientierten, um strukturell-funktional systemerhaltend zu wirken, aber in der Öffentlichkeit als LANGWEILIG empfunden wurden, wie im Abschnitt „Image“ gezeigt wird.<sup>520</sup> Konsens ist kein demokratisches Ideal und Gleichgewicht wird es in diesem System auch nie geben.

Die Presse fungiert als besonderer „Energilieferant“, indem sie als Herstellerin von Öffentlichkeit, als Bereitstellerin eines öffentlichen Raumes, also als Medium einerseits fungiert und andererseits Impulse durch immer neue Informationen von außen erhält, diese mehr oder weniger umwandelt oder „auflädt“ und sie dem System modifiziert zuführt. Sarcinelli behauptet: Medien wirkten in Zeiten des sozialen Wandels „wie eine Art Turbolader. Sie sind Medium und zugleich Faktor, Spiegel und treibende Kraft dieser gesellschaftlichen Veränderung: nämlich einer Pluralisierung, Individualisierung und Säkularisierung, durch die sich die Bindungen an gesellschaftliche und politische Institutionen gelockert haben.“<sup>521</sup>

Und sogar das Superpositionsprinzip der physikalisch-naturwissenschaftlichen Mechanik hat in diesem Modell politischer Kommunikation eine Entsprechung: Wirken auf einen Punkt (oder einen starren Körper) mehrere Kräfte, so addieren sich diese vektoriell (also richtungsmäßig) zu einer resultierenden Kraft auf: Ist der Druck in Richtung links stärker, bewegt sich der vormals starre Körper nach links.

Dass eine konservativere Volkspartei aus der Langweiligkeit einer großen Koalition heraus mit dem Wahlsieg rechnen kann, ist anzunehmen: Konservative Wähler sind bestrebt, ein bewährtes System zu erhalten, und trotz Langweiligkeit empfinden sie ein positives Sicherheitsgefühl, das sie zu erhalten hoffen, indem sie der ihnen näher stehenden Partei – im Fall der Bundestagswahl 2009 also der Union – ihre Wählerstimmen geben. Ebenso ist durch den im folgenden Abschnitt noch deutlicher aufgezeigten Automatismus „Actio/Reactio“ mit einer gegenläufigen Entwicklung zu rechnen. Und wie sich zu Beginn der schwarz-gelben Regierung in Form von öffentlich ausgefochtenem Streit schon zeigt: Meinungs-Parität ist mit dem Koalitionspartner FDP nicht zu erreichen, weil dessen zugrundeliegende liberale Ideologie (bisher) keine Langweiligkeit erlaubt, es kommt also wieder starke kinetische Energie in das System und erzeugt Bewegung.

### **Axiom C: Öffentlicher Energieerhaltungssatz in chaotischen Systemen**

Festzuhalten bleibt, dass in der Kommunikationsforschung von den drei unterschiedlichen Modelltypen Flussmodell, Regelkreismodell und transaktionalem

---

<sup>520</sup> Die empfundene Parität bewirkte zwar nicht den Tod der SPD zumindest aber eine Agonie, die wiederum im Effekt auch noch ein Ausbluten verursachte, erkennbar an schwindenden Mitgliederzahlen und Wählerstimmen, von der sie sich in der folgenden Legislaturperiode aus der Opposition heraus zu erholen hat, um weiter existieren zu können.

<sup>521</sup> Sarcinelli (2003)

Modell nur die der Mehrdimensionalität Rechnung tragenden transaktionalen Theorien eine Chance haben, die Komplexität der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung wenigstens annähernd zu erfassen. Die anderen Modelltypen haben in kleineren Problemfeldern (Subsystemen) aber durchaus auch ihre Berechtigung, wie wir in der Kommunikationspraxis sehen. Beispielsweise können sich die elitären „herrschenden Gedanken“ (Marx/Engels) durch den „Two Step Flow of Communication“ über die Meinungsführer gemäß der Verstärkertheorie und dem Bandwagoneffekt verstärkend auf die politische Meinungsbildung der Öffentlichkeit auswirken. Erst recht, wenn man den neo-marxistischen Ansatz berücksichtigt, dass sich die Produktionsmittel der Medien-Waren in den herkömmlichen Massenmedien ausschließlich in den Händen der (herrschenden) Kapitalgeber<sup>522</sup> befinden. Das weiter oben skizzierte systemtheoretische Input/Output-Modell trifft als Abbild des Systems den gegenseitigen Meinungsaustausch m. E. bereits ganz gut.

Drohendes Gleichgewicht oder Erstarrung erzwingen eine Art Neubeginn. Ein zu starkes Ungleichgewicht im Kräfteverhältnis provoziert quasi automatisch wiederum eine Gegenbewegung, wie man dann an „kritischer“ Publizistik oder, wenn die nicht zufriedenstellend wirkt, an florierenden Graswurzelbewegungen, Widerstandsbewegungen oder Zivilgesellschaften ablesen kann. Da deren Gegenbewegung von unten nach oben verläuft, ist das Bild des Uhren-Pendels der realpolitischen rechts-links Dynamik zwar unzureichend, doch worauf es ankommt, ist die Feststellung, dass politische Kommunikation aus Bewegung und Gegenbewegung, also Action/Reaction besteht.

Um noch einmal auf die Demokratie als idealen Gegenstand zur Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit zurückzukommen: Es drängt sich Emile Durkheims Utopie einer idealen Kommunikationsgesellschaft auf, wie sie Habermas in seiner Theorie des kommunikativen Handelns ausführt. Darin heißt es: „Durkheim sieht die moralische Überlegenheit des demokratischen Prinzips in der Einrichtung einer diskursiven Willensbildung: ‚Weil sie [die Demokratie] die Herrschaft der Reflexion ist, erlaubt sie es dem Bürger, die Gesetze seines Landes mit mehr Einsicht, mithin mit weniger Passivität zu akzeptieren‘ (usw.)“<sup>523</sup> Das Schlagwort von der Herrschaft der Reflexion bestätigt Schönherr-Manns Ausführungen zur Auffassung Hannah Arendts über politisches Handeln. Der Kreis schließt sich, bzw. eher ein Ball, denn der Öffentliche Raum ist mehrdimensional.

Da Austragungsort politischer Kommunikation nicht allein die erhabene, übergeordnete Öffentlichkeits-Sphäre (Arendt) ist, denn aus häuslichen, privaten, subkulturellen Quellen können politisch motivierte Gegenbewegungen „bottom up“ genauso entspringen (Privatsphäre/Habermas) und gedeihen, bevor sie auf die

---

<sup>522</sup> Die sich möglicherweise als „Heuschrecken“-Kapitalisten entpuppen könnten

<sup>523</sup> Durkheim, Emile (1969), zitiert nach: Habermas (1995), Seite 125

Agendaliste der Presse gelangen,<sup>524</sup> kommt zur Rechts/Links-Dynamik auch eine Oben/Unten-Dynamik. Diese Kraft bedarf, um von unten nach oben zu wirken, auch im Öffentlichen Raum einer Energiezufuhr, weil sie, ähnlich wie in der Physik, allein nicht ausreichen würde, um auf eine höhere Stufe der Beachtung oder eine äußere Sphäre überzugehen. Im Rahmen dieses Gesamttextes wird die „Öffentlichkeitsarbeit“ noch deutlich als „ausgleichende Gerechtigkeit“ identifiziert. Und um die Natur eines korrekten kommunikationstheoretischen Modells politischer Kommunikation verstehen zu lernen, stellen wir vorerst fest, dass sich die Dynamik der Öffentlichen Meinung in einem mehrdimensionalen Raum entwickelt (ähnlich der Oszillation).

Über das philosophische Problem, Erkenntnisse darüber zu erhalten, wie die Wirklichkeit der Öffentlichen Meinung beschaffen sei, ist im Kapitel „Die Öffentliche Meinung als Gedanke“ über das Wesen eines gemeinschaftlichen „Sinns“ reflektiert worden. Da fiktionale Faktoren, wie Idee, „Aura“ oder „Geist“ – schlicht das Transzendente – eine Rolle spielen, liegt wieder eine Analogie zur Physik nahe: Um hier keine Abhandlung in Theoretischer Physik einbauen zu müssen, sei auf die Arbeit des Astronomen Florian Freistätter<sup>525</sup> verwiesen, der das Prinzip von „Chaotischen Systemen“ so verständlich wie möglich erläutert. Übertragen kann man also auch feststellen, dass es zusätzlich zu der uns bekannten Raumzeit eine weitere Dimension gibt, in der sich die politische Kommunikation abspielt: Der Geist, Spirit oder die Aura, also das, was gemeinhin als „Atmosphäre“<sup>526</sup> bekannt ist. Da wir keine *wissenschaftlichen* Mittel besitzen, um multidimensionale Erscheinungen wie den Geist einer Kommunikation zu messen,<sup>527</sup> ist Kommunikationsforschung ohne metaphysische Ausrichtung m. E. Zeitverschwendung.

Habermas Definition der Öffentlichkeit als „institutionalisierte Fiktion“ und Hegels Postulat, Öffentliche Meinung habe „die Form des gesunden Menschenverstandes“, können also als zutreffend bestätigt werden.

Ob die Tatsache, dass die zurzeit einflussreichste Politikerin der Welt Physikerin ist, etwas mit dem hier erarbeiteten Erkenntnissen zu tun hat, und ob ihre besondere Wertschätzung der Demokratie aus der Unterdrückung dieses Prinzips während ihrer Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik herrührt und als innerliche

---

<sup>524</sup> Viele Gesetzesvorlagen sind in tiefen Unterbereichen entsprungen und haben nie das „Licht der Öffentlichkeit“ erblickt, bevor sie verabschiedet wurden. Sie wurden jedoch diskutiert und auf ihre Nützlichkeit zur Verbesserung des Gemeinwohls geprüft. Viele davon zugegebenermaßen nicht ausreichend. Aber diesen Malus haben auch viele der Gesetze, die in breiten Schichten im Licht der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Nobody is perfect.

<sup>525</sup> Freistätter, Florian „Chaotische Systeme“, unter: <http://www.scienceblogs.de/astrodicticum-simplex/2009/05/chaotische-systeme-teil-1-der-phasenraum.php> (02.02.10)

<sup>526</sup> Hier darf man allerdings nicht mit der Physik kommen, denn Atmosphäre als die Himmelskörper umgebende Gashölle ist naturwissenschaftlich erforschbar.

<sup>527</sup> Vgl. Windhorst, Ariane „Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ in: Blask and Windhorst (2009), Seite 250ff

Gegenbewegung zu interpretieren ist, könnte Gegenstand einer fortführenden Untersuchung sein.

Um die sich anbietenden Analogien aus der Welt der Physik nicht überzustrapazieren, wird im Folgenden nur noch selten darauf zurückgegriffen. In Teil III, in dem es um „Cyberspace“ geht, ein Begriff, der sich aus der physikalischen Disziplin der „Kybernetik“ ableitet, wird dagegen auf weitere physikalische Betrachtungen verzichtet.

Da sich die Kommunikationsbranche in der Praxis vorwiegend des Pragmatismus bedient, um die Rolle der Öffentlichkeit als „Hüterin des Gemeinwohls“ für sich und ihre Ziele zu nutzen, werden im Folgenden die bisher vorgestellten Theorien mit den tatsächlich praktizierten Gepflogenheiten der Medienwelt verglichen. Zur Erinnerung: Die Rolle der Kommunikationsbranche lässt sich in zwei Hauptaufgaben unterteilen: Unterhaltung und Information. Für die Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit sind beide Aspekte relevant.

---

## 2.8 *Kommunikationspraxis: Gleichgewicht und Tausch?*

---

Bei der Analyse der Europawahlen 2009 finden die Autoren der Studie ihre eigene Feststellung interessant, dass von den Nichtwählern (57 %) ein Drittel sich dazu erst in „letzter Minute“<sup>528</sup> entscheidet, d. h. erst wenige Wochen oder Tage vor der Wahl oder gar am Wahltag selbst. Diese Gruppe sei somit die volatilste und daher offensichtlich diejenige, auf die sich im Vorfeld die Anstrengungen konzentrieren müssten, um sie zur Stimmabgabe zu bewegen, weil hier die Erfolgchancen am besten seien.<sup>529</sup> Von Deliberation kann jedoch in der heißen Schluss-Phase des Wahlkampfes – gerade, wenn man landläufig glaubt, dass es am wichtigsten sei, die politische Willensbildung zu beeinflussen – nicht die Rede sein. Es scheint alles darauf hinauszulaufen, wer die beste Show macht, wie wir später im Kapitel „Image“ noch deutlicher sehen werden. Zu den oben beschriebenen theoretischen Betrachtungsweisen gesellt sich also das Problem der „Performance“ von Politikern hinzu. Und daher werden die zuvor vorgestellten Theorien der Kommunikationsforschung mit den gängigen Praktiken des Journalismus sowohl unter dem Aspekt der Information als auch unter dem der Rezeption in Verbindung gebracht, um am Schluss besser erkennen zu können,

---

<sup>528</sup> Was Noelle-Neumanns „Last-Minute-Swing“-Theorie und Pauls Lazarsfelds „Bandwagon-Effekt“ bestätigt, der besagt, dass viele Unentschlossene lieber „der Kapelle des Siegers“ hinterherlaufen, weil sie am Ende auf der Seite des Siegers stehen wollen.

<sup>529</sup> Zusammenfassende Analyse der UMFRAGE NACH DEN EUROPAAWAHLEN 2009, Eurobarometer zum Europäischen Parlament (Standard-EB 71.3) – Frühjahr 2009, Quelle: [http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28\\_07/SA\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28_07/SA_de.pdf) (22.01.2010)

inwieweit sich der deliberative Prozess im Internet bzw. im „Web 2.0“ möglicherweise verändert und welche Auswirkungen dies auf die politische Rolle der Öffentlichkeit als „Hüterin des Gemeinwohls“ hat.

### **These und Antithese**

Wahlkampfmanager haben auch schon vor dem US-Wahlkampf 2009 den Zusammenhang zwischen Häufigkeit der Medienauftritte und Wählergunst erkannt und um möglichst häufig in den Medien „stutzufinden“, muss man die Aufmerksamkeit der Presseleute (Opinionleader und Gatekeeper) gewinnen, die zusammengefasst nach zwei unterschiedlichen Motivationskonzepten entscheiden, was sie bei ihrem Agenda-Setting berücksichtigen: Erstens: Was ist für deren jeweilige Rezipienten interessant (Unterhaltungsauftrag)? Und zweitens: Was sollte für sie interessant sein (Informationsauftrag)? Der pragmatischen Synthese (Politainment) ist ein Extrakapitel gewidmet.

### **Ungleichgewicht durch PR und strukturelle Schwächen der Presse**

Nach Schulz deuten klare empirische Forschungsergebnisse<sup>530</sup> darauf hin, dass die Presse fast alles druckt, was Parteien verlautbaren.<sup>531</sup> Einige frühe Ergebnisse besagen sogar, dass in der Vergangenheit fast zwei Drittel der von Parteien ausgesandten Pressemitteilungen in den Medien Niederschlag fanden und dass die Presse diese in vielen Fällen als einzige Quelle akzeptiert. Dieses Vorgehen entspricht nicht der reinen journalistischen Lehre und ist ein weiterer Indikator für Sparmaßnahmen in Redaktionen, die zu Lasten ausgewogener Berichterstattung und Sorgfaltspflicht gehen. Zwar relativieren spätere, dediziertere Untersuchungsdesigns diese Ergebnisse etwas,<sup>532</sup> aber grundsätzlich ist der Einfluss der PR auf die politische Berichterstattung enorm und bestätigt sowohl die Meinungsführer-These, die Wissenskluft-Hypothese, den Bandwagon-Effekt, die Schweigespirale und einige andere der zuvor beschriebenen Theorie-Modelle, vor allem aber den Agenda-Setting-Approach und den Verstärkereffekt. Ein wichtiger Faktor dabei ist der „Publizitätsdruck“ (Häufigkeit und Dichte der PR-Aktivitäten), dessen Effekt wiederum bestätigt: viel hilft viel. Oder mit anderen Worten: Ein großes PR-Budget bewirkt eine große „Coverage“ und führt zu mehr Aufmerksamkeit und vorerst zu mehr Zustimmung. Pessimisten sehen darin einen Beleg für eine verschleierte Plutokratie. Zyniker behaupten, sie sei längst unverschleierte Realität.

---

<sup>530</sup> Innerhalb eines klar definierten Designs sind kleine Bereiche der Kommunikationswirklichkeit durchaus empirisch messbar.

<sup>531</sup> Schulz (2008), Seite 309ff

<sup>532</sup> Schulz (2008), Seite 310



Wie oben beschrieben, hat sich eine interessante kommunikatorische Mode entwickelt, die Normalrezipienten bisher verborgen geblieben ist: Das „plebiszitäres Fürstentum“. Zur Erinnerung: „Parteiführer stellen Kontakt zur Basis unmittelbar über die Medien her und bedürfen dafür der parteilichen Organisation nicht mehr, die dadurch immer unwichtiger wird.“<sup>533</sup>

Diese Methode kommt derart in Mode, dass die politische Presse und vor allem die TV-Nachrichten ständig Meldungen nach dem Muster „Minister X forderte am Wochenende Steuersenkung für Y“ verbreiten. Man könnte dies dementsprechend „fürstliche Verlautbarung“ oder ggf. sogar „fürstliche Reformlüge“ nennen.<sup>534</sup>

### **„Fürstliche Reformlüge“**

Wie gesagt, das „plebiszitäre Fürstentum“ ist dem Normalrezipienten als Methode nicht bewusst, daher verdient besonderes Augenmerk die Zuspitzung, die in letzter Zeit vermehrt eingesetzt wird, um anscheinend eigene Unfähigkeit zu verschleiern. Wenn ein Politiker Missstände in seinem Ressort bemerkt, die an die Öffentlichkeit zu gelangen drohen, greift er öffentlicher Kritik vor, die seine schwache Leistung anprangern könnten, indem er selbst als Erster den beobachteten Missstand publik macht. Allerdings schiebt er (oder sie) eine subjektive Forderung vor, so dass das Objekt in den Hintergrund tritt und er selbst als Reformler erscheint. Beispielsweise: „Gesundheitsminister fordert günstigere Medikamente“. Das Fußvolk der Partei weiß erstens nach dem geschilderten Muster der plebiszitären Fürstentum-Methode, was es gemäß Parteiräson antworten soll, wenn die obligatorischen Nachfragen der Presse erfolgen, und die politischen Mitspieler (Krankenkassen, Pharmakonzerne) können sich ebenfalls in ihrer zukünftigen Argumentation darauf einstellen. Dass das eigene Ressort (Gesundheitssystem), das der Minister verantwortet, diesen Missstand überhaupt erst erzeugt hat, gerät aus dem Fokus. Die Reformaussage ist nichts weiter als die Verschleierung von Versagen, daher der Vorschlag, dieses Vorgehen konsequenterweise „fürstliche Innovations- oder Reformlüge“ nennen.

Derartige Forderungen erfüllen die journalistischen Nachrichtenwertfaktoren<sup>535</sup> und *müssen* daher nach eigenem Selbstverständnis von den Medien „gebracht werden“. In der Praxis zeigt sich jedoch auch, dass mit wachsender Aufmerksamkeit eines Themas auf der Tagesordnung (Agenda) der politischen Kommunikation und der darin enthaltenen Information, z. B. beim Thema „Schweinegrippe“, auch die Kritikerstimmen mehren. Die durch Gegeninformationen angefachte Diskussion verändert den Meinungsbildungsprozess von der Richtung der ersten Partei in

---

<sup>533</sup> Arnim (2001), Seite 208f

<sup>534</sup> Vgl. „Spiegeltheorie“ an diversen Stellen im Text und auch das Ergebnis der empirischen Kommunikationsforschung (Politiker fühlen sich von der Presse am „zweitmeisten“ beeinflusst) im Abschnitt „Fazit empirischer Medienwirkungsforschung“

<sup>535</sup> Diese sind absteigend: 1. Neuigkeit, 2. Nähe, 3. Tragweite, 4. Prominenz, 5. Dramatik, 6. Kuriosität, 7. Konflikt, 8. Sex, 9. Gefühle, 10. Fortschritt

Richtung des Gegners und verringert so den Vorsprung oder das Übergewicht des Ersten bei der Meinungs- und Willensbildung der Rezipienten wieder. Die drohende „Schieflage“ oder eine Machtkonzentration (s. o.) kann dadurch abgewendet werden.

### **Synthese?**

Der Vorsprung des ersten Informationsgebers im Wettlauf um Aufmerksamkeit und Wahrnehmung ist in der Regel jedoch gesichert,<sup>536</sup> wenn die Gegenstimmen nicht wirklich große Geschütze auffahren, z. B. Tote durch Impfnebenwirkungen – und auch bei der kognitiven Meinungs- und Willensbildung kann dieser Vorsprung durch den zweiten Anbieter im Meinungsmarkt nur schwer aufgeholt werden. Stehen sich These und Antithese gleichgewichtig in ihrer Überzeugungskraft gegenüber, hat das rasonierende Publikum mit der Synthese ein Problem: Es weiß nicht, was es tun soll. Ab hier sind Entscheidungen Glaubensfragen Einzelner, wenn keine sachlichen Gründe für das eine oder andere Votum mehr eingebracht werden, die den Ausschlag geben. Hier setzen u. U. zwei weitere Modelle ein, die im Abschnitt „psychopathologische Öffentlichkeit“ näher beschrieben werden.

Was für den Entscheidungsfindungsprozess beim Thema „Schweinegrippeimpfung“ gilt, gilt auch bei der übergeordneten politischen Willensbildung im Vorfeld von Wahlen, wie der kommunikatorische Energieerhaltungssatz in chaotischen Systemen, siehe Axiom C, erklärt. Die tatsächlichen Kräfte, mit denen Argumente und Gegenargumente wirken, hängen von so vielen unterschiedlichen, auch „weichen“, Faktoren, wie Stimmung, Atmosphäre oder psychosoziale Disposition der Rezipienten ab, dass man sie nicht messen oder vorausberechnen kann, wie im Kapitel „Kommunikationsforschung“ geschildert. Auf sie kann erst anhand des Wahlergebnisses mehr oder weniger ratend rückgeschlossen werden.<sup>537</sup> Fest steht nur, dass sich die Öffentlichkeit nicht so leicht für dumm verkaufen lässt, wie im Folgenden näher beleuchtet wird.

---

<sup>536</sup> Daher rührt das Sprichwort: „auch schlechte PR ist gute PR“

<sup>537</sup> Hier nun doch wieder eine physikalische Analogie: Es ist wie bei den Elementarteilchen in der Physik: dass sie wirken, weiß jeder – nur nicht, wie.

## 2.9 Tausch und Täuschung

---

Auch wenn nicht gerade Wahlen anstehen, bemühen sich die Parteien um Aufmerksamkeit. Zwar zeige die empirische Forschung laut Schulz (2008), dass die Resonanz politischer Öffentlichkeitsarbeit je nach Situation und Randbedingungen variere, „gleichwohl stellen politische Verlautbarungen und die PR-Aktivitäten politischer Organisationen einen erheblichen Teil des Nachrichtenmaterials für die Medien bereit (...). Die Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten sind auf Gegenseitigkeit, auf Tausch angelegt; Informationen werden gegen Publizität und Einfluss getauscht.“<sup>538</sup> Alexander Van der Bellen, Bundessprecher der Grünen in Österreich, drückte es 2006 besonders anschaulich aus: „Wir brauchen uns beide. Sie uns als Kasperln zum Vorführen und wir sie, denn ohne Medien existierst du politisch nicht.“<sup>539</sup>

### Der Nachrichtenmarkt

Um diesen gegenseitigen Tausch besser zu verstehen und seinen Wert für die politische Rolle der Öffentlichkeit besser einschätzen zu können, muss im Zusammenhang mit PR ein Blick auf die gängige Praxis des Agenda-Settings geworfen werden. Die im Folgenden geschilderten Passagen über bestimmte PR- und Journalismus-Praktiken basieren zum Teil auf Beobachtungen aus zwanzig Jahren Berufspraxis als Journalistin und Pressereferentin. Belege für manche Behauptungen sind in der wissenschaftlichen Literatur nicht zu finden, vermutlich erstens, weil Wissenschaftler durch mangelndes Wissen über die Lebenswelt der Akteure diese Felder möglicherweise nicht als untersuchungsrelevant einstufen (können), oder zweitens, weil die Individuen ausgesuchter Panels auf diesbezügliche Fragen nicht oder nur mit „sozial erwünschten Antworten“<sup>540</sup> reagieren, um eine Diskussion über fragwürdige Praktiken zu vermeiden.

Wie bereits geschildert, lernen Journalisten, beruflich zu wissen oder zu ahnen, was das Publikum interessiert oder interessieren könnte. Da Journalisten darauf geprägt sind, alles für wichtig zu halten, was Leser für wichtig halten (könnten), reagieren sie wie ein pawlowscher Hund, der sabbert, sobald das Futtersignal ertönt: Sie glauben, etwas sei interessant, wenn äußere Signale identisch sind mit bisher Erfahrenem, das

---

<sup>538</sup> Schulz (2008), Seite 317

<sup>539</sup> Am 25. April 2006 in: Der Standard. Vgl. auch Kapitel „Ungleichgewicht durch PR“, Abschnitt: „Fürstliche Reformlüge“ (Teil II) und Abschnitt „Politisches Handeln im Spiegel“ in Teil I.

<sup>540</sup> Ein Terminus aus der empirischen Sozialforschung, der Antworten subsumiert, die die Befragten geben, um „besser dazustehen“, z. B. indem sie behaupten, sie rauchten nicht oder weniger als in Wirklichkeit oder sie konsumierten weniger Alkohol als der Wahrheit entspricht.

als interessant eingestuft wurde. Solche Signale können von demjenigen vermittelt werden, der das möglicherweise uninteressante Thema vermittelt, wenn diese Person z. B. a) selbst interessant bzw. prominent ist<sup>541</sup> oder b) ein gewichtiges Auftreten an den Tag legt, wie dies „graue Eminenzen“ zu tun pflegen oder c) zwar kleinbürgerlich daherkommt, aber so deutlich vermittelt, dass das Thema für ihn, als Leser, Zuschauer oder Hörer<sup>542</sup> super interessant ist, so dass es für andere (kleinbürgerliche) Leser auch interessant sein könnte.<sup>543</sup> Diese Einstellung führt in der Praxis dazu, dass jeder volkstümliche Sportvereinsvorsitzende, jede Landfrau, jeder Karnevalist, also jeder, der vermutlich einer größeren Gruppe potentieller Rezipienten/Leser/Kunden angehört, nur nervtötend genug gegen die Redaktionstür klopfen muss, bis Gatekeeper das Gefühl haben, das müsse wohl wichtig genug sein, um aufzumachen.

### **Kleinbürgerkrawall – Aufmerksamkeit – Macht**

Durch die traditionelle Ausrichtung der Medien besaß das Publikum bisher nur das Mittel des Leserbriefs oder der Zuschauer- bzw. Hörerpost als Rückkanal und Leser/Hörer/Zuschauer mussten sich erst die Mühe machen, auf einen Bericht zu reagieren, wenn sie ihrer Wut oder Empörung Luft<sup>544</sup> machen wollen. Oder – und das kommt sehr selten vor – das Publikum wird durch Begeisterung und dem Wunsch nach „Mehr“ motiviert, sich an die Redaktion zu wenden. Dadurch lernten Redakteure, dass viele Reaktionen zu einem Thema ein wichtiges Signal für allgemeines Interesse sein müssen. Sie lernten: Für jeden, der sich beschwert, gibt es hunderte, die sich nicht die Mühe gemacht haben, aber genauso denken. Bis heute reagieren Redakteure und Programmgestalter extrem sensibel auf direkte Beschwerden oder Lob, wenn sie die Akzeptanz nicht sowieso direkt an Einschaltquoten/verkauften Auflagen ablesen. Doch sie verlieren die Relation aus den Augen: Wenn sich 200 gegen einen polarisierenden Beitrag aussprechen, halten sie dies für relevanter als die möglichen 2000, denen es ganz gut gefallen haben mag („schweigende Mehrheit“). In der Praxis nehmen Redakteure haptisch wahrnehmbare Post („säckeweise Zuschauerbriefe /heißglühende Telefone“) als Signal stärker wahr als versetzte Reaktionen, wie schwankende Abonnementsabschlüsse oder Marktanteilsverschiebungen, deren Ursachen (Ärger/Zustimmung zu einzelnen Beiträgen) sie nie erfahren. Die „gefühlte Temperatur des Themas“ steigt, wenn sie von Nachbarn, Taxifahrern, Postboten direkt auf ein Thema angesprochen werden. Bei der Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit festzuhalten ist also die faktische Macht einzelner Bürger bzw.

---

<sup>541</sup> Z. B. Minister Rudolf Scharping schwimmt im Pool mit seiner Freundin. Die Reaktion auf dieses eigentlich banale Ereignis war andererseits deshalb so enorm, weil der Politiker mehrere traditionelle Kommunikations-Muster seiner Klasse durchbrochen hat.

<sup>542</sup> Im Radiomarkt sind durch die „Flüchtigkeit des Mediums“ die beobachteten Phänomene schwächer ausgeprägt.

<sup>543</sup> Und er stellvertretend für viele zu agieren scheint.

<sup>544</sup> Vgl. die jeweiligen Ausführungen zum Stichwort „Druck“ und „gefühlte Temperatur“ an verschiedenen Stellen in dieser Arbeit und besonders den Abschnitt „Informationsflut durch kleine Erzählungen“ in Teil III, dort die Ausführungen zum Stichwort „Fieberanfall“ im Zusammenhang mit Rache.

Minderheiten, durch Beschwerden den Überzeugungs- und Handlungsdruck auf die Akteure so zu erhöhen, dass Meinungsführer und Gatekeeper (Redakteure/Politiker) glauben, von der Massivität des wahrgenommenen Krawalls Rückschlüsse auf die Meinung der Allgemeinheit, also die Öffentliche Meinung, ziehen zu können und dass einzelne Interessenvertreter die „gefühlte Temperatur“ für ein eher „laues“ Thema manipulieren, indem sie die Reflexe der Journalisten nutzen, um ihr Thema und damit auch gleich ihren Standpunkt ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen. PR-Experten sind dementsprechend geschult, solche Reflexe auszunutzen. Ebenfalls angelehnt ist der Reflex von Journalisten, dass, wenn andere Redaktionen ein Thema für berichterstattungswürdig hielten, DAS THEMA ALSO BEREITS IN ANDEREN MEDIEN THEMATISIERT WURDE, sie davon ausgehen, dass wohl „was dran sein“ müsse und sie selbst glauben, ihren Lesern diese Nachricht nicht vorenthalten zu dürfen, damit diese nicht zu jenen Medien abwandern. Dieser Reflex führt dazu, dass Journalisten ununterbrochen voneinander abschreiben. Hier ist also wieder eine Bestätigung des Verstärkereffektes zu beobachten. In der Konkurrenzsituation der Medien untereinander lässt sich heute Kurt Tucholskys einstmalige Beobachtung „Der geschickte Journalist hat eine Waffe: das Totschweigen – und von dieser Waffe macht er oft genug Gebrauch“<sup>545</sup> kaum noch bestätigen.

### **Beachtung ist käuflich**

Durch die sich veränderte Medienlandschaft und die damit einhergehenden ökonomischen Sachzwänge stehen immer weniger Redakteure und Reporter der quantitativen und qualitativen Professionalisierung der PR in Unternehmen und Institutionen gegenüber. Das führt nicht nur zu einem Übergewicht der PR-induzierten Informationen, die ungefragt auf die Meinungsbildung der Redakteure einfließen, sondern auch zu einem Ungleichgewicht bei der Recherche.<sup>546</sup> Beide Ungleichgewichte führen dazu, dass wenige Redakteure mit vielen Verlautbarungen überschüttet werden und diese nicht mehr nach dem Gebot der Sorgfaltspflicht und der Ausgewogenheit „gegenprüfen“, so ist es ein Leichtes, wenn eine Verlautbarung die entscheidenden professionellen Nachrichtenwertfaktoren<sup>547</sup> erfüllt und einige andere für Journalisten relevante Kriterien, diese als redaktionelle Nachricht in einem Medium „unterzubringen“. Doch nicht allein Personalmangel führt zu einer praktischen Verzerrung der im Selbstverständnis von Journalisten idealtypischen Vorstellung dessen, wie Nachrichten entstehen. Aus der Tradition heraus, dass die Nachrichtenagenturen, besetzt mit hochqualifiziertem Personal, jahrelang als zuverlässiger Fremdversorger galten, entwickelte sich das „Einholen von ‚Nachrichten‘“ (daher stammt der Begriff „Reportage“) regressiv: Sogar kleine, regionale Zeitungs- und Radioredaktionen schicken nicht mehr eigene Reporter

---

<sup>545</sup> „Presse und Realität“, in: „Die Weltbühne“, 13. Oktober 1921, S. 373 (Quelle: Wikiquote, unter: [http://de.wikiquote.org/wiki/Kurt\\_Tucholsky#Zitate\\_mit\\_Bezug\\_auf\\_Kurt\\_Tucholsky](http://de.wikiquote.org/wiki/Kurt_Tucholsky#Zitate_mit_Bezug_auf_Kurt_Tucholsky), 28.02.2010)

<sup>546</sup> Einem Gerücht zufolge hat es ein Journalist mit durchschnittlich acht PR-Mitarbeitern zu tun, wenn er aktiv bei der Pressestelle um Informationen eines Unternehmens bittet.

<sup>547</sup> Siehe Abschnitt „Fürstliche Reformpläne“

hinaus, um Geschichten zu recherchieren, sondern lassen sich von Nachrichten-Agenturen aus Frankfurt, Hamburg oder Berlin mit Artikeln über und aus ihrer Heimatregion versorgen. Zwar ändert sich durch dieser Trend jetzt,<sup>548</sup> aber geblieben ist die Verkümmern einer ureigenen journalistischen Kompetenz. PR-Akteure sind also wegen des „Schrotflinteneffekts“ besonders darauf aus, Agentur-Journalisten zu überzeugen: Eine Agenturmeldung hat gute Chance, in mindestens 300 Tageszeitungsausgaben in Deutschland abgedruckt zu werden.<sup>549</sup> Wie oben bereits angesprochen, besteht die latente Furcht vor Plutokratie und das Bild, dass unterbezahlte, überarbeitete, oberflächlich gebildete, also unkritische Journalisten als überforderte Horchposten oder Lohnschreiber wacker in den Redaktionen die Stellung halten, ist definitiv keine böse Vorahnung, sondern beobachtete Realität. Daher sind diese als Vertreter der Presse in ihrer Rolle als Wächter der Demokratie und „vierte Gewalt“ unbrauchbar. Inzwischen gehen internationale Medien sogar dazu über, redaktionell verkappte Werbetexte zu veröffentlichen. Legal ist das, wenn diese Seiten oder Sendungen mit dem Hinweis „Promotion“ versehen sind. Illegal ist es, wenn der Rezipient den Unterschied nicht mitgeteilt bekommt. Dass das Publikum Fiktion und Non-Fiction oft nicht unterscheiden kann, ist bereits mehrfach erklärt worden, dass es Werbung und Redaktionelles nicht unterscheiden kann, wenn Werbung wie „echter Journalismus“ daherkommt, ist ebenfalls bewiesen.<sup>550</sup> Da der Glaubwürdigkeitsfaktor in redaktionellen Texten wesentlich höher ist – denn das Publikum vermutet einen kritischen Verfasser – machen diverse Redaktionen diesen Vorteil nun zu barer Münze: Sie verkaufen redaktionelle Artikel. Einige Redaktionen verheimlichen dies nicht einmal, z. B. in Indien.<sup>551</sup> Hier veröffentlichen Agenturen sogar Mediapreise für redaktionelle Berichterstattung! Käufliche Presse kann nicht nur als Untergang des Morgenlandes befürchtet werden: Wenn die Meinungs- und Willensbildung in der Presse verzerrt ist, wankt das Demokratische System international. Mehr dazu in Teil III.

---

<sup>548</sup> Zeitungsredaktionen setzen wieder vermehrt auf Lokaljournalismus und das Internet fördert Informationsaustausch auf lokaler Ebene.

<sup>549</sup> Erkenntnis aus eigener Erfahrung als Leiterin Kommunikation beim Münchner „Spielfilmsender“ Tele 5 im Jahr 2006

<sup>550</sup> Vgl. Schnierer (1999), Schulz (2008), Schäfers (2005)

<sup>551</sup> Raman, Anuradha: „News you can abuse“ am 21.12.2009 in Outlook India, unter: <http://www.outlookindia.com/article.aspx?263242>

Abbildung: „Preisliste für politische Berichterstattung in Indien“<sup>552</sup>

PAID-FOR NEWS IN A SMALL TOWN		
A rate card for the different kinds of election coverage for candidates—all at a price		
FOR NEWSPAPERS Package for a candidate <b>Rs 50,000-70,000</b>		
<b>Prachar abhiyan</b>	Coverage of election campaign	
Space: 96 column centimetres	With black & white photograph	<b>Rs 14,400</b>
No. of stories: 3	With colour picture	<b>Rs 18,000</b>
<b>Jan sampark</b>	Candidate's interface with the janata	
Space: 72 column centimetres	With black & white photograph	<b>Rs 3,600</b>
No. of stories: 1	With colour picture	<b>Rs 4,500</b>
<b>Jan Sabhayein</b>	Coverage of election rallies	
Space: 96 column centimetres	With black & white photograph	<b>Rs 14,400</b>
No. of stories: 3	With colour picture	<b>Rs 18,000</b>
<b>Prayojit sakshatkar</b>	Soft focus interview with candidate	
Space: 84 column centimetres	With black & white photograph	<b>Rs 7,200</b>
No. of stories: 1	With colour picture	<b>Rs 9,000</b>
<b>Maang par vishesh</b>	Special feature on candidate's demand	
Space: 144 column centimetres	With black & white photograph	<b>Rs 7,200</b>
No. of stories: 1	With colour picture	<b>Rs 9,000</b>
<b>Vote ke liye appeal</b>	Appeal to voters	
Space: 64 column centimetres	With black & white photograph	<b>Rs 6,400</b>
No. of stories: 2	With colour picture	<b>Rs 8,000</b>
FOR TELEVISION Package for a candidate <b>Rs 15,00,000</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>● Half-hour interview</li> <li>● Five news items of two-three minutes duration</li> <li>● On the campaign trail</li> <li>● 'News' on credibility/capability of candidate</li> <li>● Story on partymen extolling virtues of the candidate</li> <li>● Scrolling of candidate's profile</li> </ul>		

### Verräter nützen der Presse

Die Gefährdung der politischen Rolle der Öffentlichkeit durch eine geschwächte Presse wird durch ein anderes Phänomen jedoch deutlich relativiert: In der aktuellen Praxis erblüht durch die oben geschilderte Schwäche eine Gegenströmung von politischer Seite: Denunziantentum. Nach außen hin (PR) gibt sich eine Partei beispielsweise redlich und sauber (und die verlautbarten Mitteilungen werden immer langweiliger), während sich im Inneren Kontroversen ausweiten, bis einem der Beteiligten der Kragen platzt und er mit seinem Standpunkt „an die Öffentlichkeit“ geht. M. a. W., diese Person führt einem Journalisten brisante Informationen zu. Im Gegenzug für die Veröffentlichung und die Anonymität des Informanten (oder seine positiv/neutrale Darstellung) sichert sich die Redaktion das Recht auf Exklusivität, also als erste mit dieser Information „herauszukommen“ und als einzige mit diesen und weiteren Informationen zum Thema versorgt zu werden. Fließt Geld, kann man sich dieses Schweigen auch vertraglich absichern,<sup>553</sup> ansonsten gilt Handschlag oder „das Ehrenwort“.

<sup>552</sup> Das Angebot einer nicht genannten Agentur für politische Berichterstattung nach redaktionellem Muster, Quelle: <http://www.outlookindia.com/article.aspx?263242> (17.12.2019)

<sup>553</sup> Berühmt geworden ist der Fall des anonymen Informanten, der dem BND eine CD mit Daten über Luxemburger Steuerhinterzieher angeboten hat und dafür offiziell zwischen 4,2 und 5 Millionen erhielt, siehe auch: „Steuerdaten bringen dem Staat Abermillionen“ am 17.02.2008 in welt.de, unter: [http://www.welt.de/wirtschaft/article1685718/Steuerdaten\\_bringen\\_dem\\_Staat\\_Abermillionen.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article1685718/Steuerdaten_bringen_dem_Staat_Abermillionen.html) – Diese Methode ist auch bei Redaktionen üblich, nur veröffentlichen diese derartige Deals natürlich nicht, sondern behaupten, durch eigenen Antrieb einen Scoop gelandet zu haben. Meiner persönlichen

Diese Praxis führt viel häufiger zur Aufdeckung von Skandalen als investigativer Journalismus, also das Forschen nach Unredlichkeiten oder Straftaten aus eigenem, journalistischem Antrieb. Näheres dazu im Abschnitt „Open Source als 5. Gewalt?“ unter dem Stichwort „Wikileaks“.

### **Die Presse nützt Verrätern**

Während Verräter an der Desinformation Helden sind, sind Verräter an der Wahrheit Lügner. Die vielzitierte strukturelle Schwäche der Medien durch Mangel an Ressourcen kann zu verzerrenden und falschen Darstellungen führen, ohne dass die Öffentlichkeit es merkt, entweder indem Werbung als redaktioneller Inhalt verkauft wird, siehe oben, oder indem nicht oder nur schlecht überprüfte Informationen veröffentlicht werden.

Die einzelnen Fälle von Product Placement,<sup>554</sup> die in Deutschland bekannt geworden sind, sind nicht das Problem (Christiane Reding, zuständige EU- Ministerin, hat bestimmte Formen inzwischen sogar legalisiert). Auch die immer raffinierter umgangenen Sponsoring-Verbote, die helfen sollen, teuer herzustellende Medien-Angebote mitzufinanzieren, sind nicht das Problem, sondern der legale Einfluss, den der Geldgeber auf die Berichterstattung hat: Große Anzeigenkunden, die z. B. die Eröffnung ihrer Filiale ganzseitig bewerben, fallen in der Marketingabteilung eines Mediums auf. Marketing und Redaktion tauschen sich traditionell nicht unbedingt aus, aber wenn gleichzeitig die Eröffnung in einer Pressemitteilung groß als Veranstaltung angekündigt wird und der „Kunde“ die Redakteur-Gehälter der nächsten Monate mit seinen Anzeigen sichert, werden diese und weitere Artikel, Interviews und Recherchen aus psychologischen und marktwirtschaftlichen Gründen unkritisch ausfallen. Und wenn einzelne Mitglieder der Redaktion Geschenke von Unternehmen annehmen, wie es seit Jahren üblich ist, dann erst recht. Das Manipulieren eines Journalisten ist noch nie ein Problem für Einflüsterer gewesen, wie schon Kurt Tucholsky wusste: „Der deutsche Journalist braucht nicht bestochen zu werden, er ist so stolz, eingeladen zu sein, ein paar Schmeicheleien ... Er ist schon zufrieden, wie eine Macht behandelt zu werden.“<sup>555</sup>

---

Einschätzung nach ist der aktuelle Fall, in dem das Bundesfinanzministerium behauptet, ihm sei eine ähnliche Kartei mit Schweizer Steuersündern zum Kauf angeboten worden, ein Fake: Durch den Erfolg der Luxemburger Aktion animiert, in deren Verlauf sich zahlreiche Delinquenten freiwillig stellten und viele Millionen zurück an den Fiskus gaben, hat man das Muster einfach wiederholt, ohne dass eine tatsächliche kompromittierende Datei existiert. Aber das ist nur meine persönliche Vermutung, die bisher durch zahlreiche Selbstanzeigen von Steuersündern gestützt wird, noch ehe die Regierung die CD überhaupt erworben hat.

<sup>554</sup> „Product-Placement (Produktplatzierung) ist ein Instrument der Kommunikationspolitik im Marketing und beschreibt die Platzierung von Produkten in verschiedenen Medien.“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Product-Placement>, 28.02.2010)

<sup>555</sup> In einem Nachruf auf Maximilian Harden, 1927, in: Tucholsky, Kurt: Gesammelte Werke in zehn Bänden. Herausgegeben von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 1975, hier unter: <http://www.zeno.org/Literatur/M/Tucholsky,+Kurt/Werke/1927/Maximilian+Harden> Textmarke 363 (28.02.2010)



Dieses Muster der Verführung und Bestechlichkeit zieht sich in allerhöchste Etagen, weil Chefredakteuren und Geschäftsführern das Wohl ihres Mediums und das Überleben ihrer Branche am Herzen liegen. An dieser Stelle soll betont werden, dass die Sparmaßnahmen in und an Redaktionen zu einem strukturellen Versagen des „Systems Öffentlichkeit“, wie es bis hierhin eruiert wurde, führen können.

Die Tucholsky-Formel wirkt auch bei hochrangigen und weitestgehend unabhängigen Pressevertretern. Dessen sind sie sich sogar bewusst, daher vermeiden viele, das Objekt ihrer Kritik (näher) kennenzulernen. Erstens weiß man, dass persönlicher Kontakt Sympathie fördert, und zweitens wollen diese Journalisten die psychologische Gefahr vermeiden, wichtige kritische Aspekte zu Produkten, Programmen oder Personen aus Rücksicht auf diese Sympathie nicht nur zu entschärfen, sondern sie womöglich ganz „unter den Tisch“ fallen zu lassen.

### **Reagibilität und Persuasion**

Offenbar wird der Einfluss der Medien auf den Willen des Volkes überschätzt.<sup>556</sup> Die pessimistische Befürchtung, dass die Entwicklungen der Massenmedien auf eine Mediokratie hinauslaufen, ist vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Forschungsergebnisse aus verschiedenen Gründen unberechtigt.<sup>557</sup> Schulz stellt mit Bezug auf Ergebnisse Frank Marcinkowskis von 1993 fest, dass Politik und Medien zwar wechselseitig resonanzfähig sein mögen, wechselseitig beherrschbar seien sie aber nicht.<sup>558</sup> Dies bestätigt auch Wiesenthal.<sup>559</sup> Von „Mediokratie“ kann also dementsprechend wissenschaftlich – noch – keine Rede sein.

Auch wenn PR und Werbung bereits viele wirksame Effekte erzielen können, sie beherrschen das Agenda-Setting und Agenda-Building, also die Erzeugung von

---

<sup>556</sup> Der Einfluss auf das Schönheitsideal ist ein Beispiel: Zwar behaupten Menschen, dass sie sich von dem in den Medien vermittelten Schönheitsideal unter Druck gesetzt fühlen, diesem zu entsprechen, bzw. sich schlecht fühlen, wenn sie diesem nicht entsprechen. Dagegen adaptieren gerade Deutsche die von den Medien transportierte Ästhetik ganz und gar nicht, wenn es um ihre privatsphärische Wohnwelt geht: Davon, dass Menschen es bedauern, es nicht fertigzubringen, so zu wohnen, wie in Zeitschriften und Filmen gezeigt wird, ist bisher nichts bekannt geworden.

<sup>557</sup> Eine Wiederholung der im Nationalsozialismus erfolgten Gleichschaltung und der damit verbundenen Durchschlagkraft von Agitation und Propaganda ist nicht zu befürchten und durch das Internet wird der Zentralisierung und Monopolisierung der Presse gegengesteuert. Der Faktor „menschliche Vernunft“ wird im Fazit dieses Kapitels und beim Stichwort Aufklärung „sapere aude“ im Gesamttext noch häufiger als „kritische Masse“ genauer betrachtet.

<sup>558</sup> Schulz (2008) #48}, Seite 49

<sup>559</sup> Vgl. Wiesenthal, Helmut in: Responsivität im Politikprozess – Zur Reagibilität der Politik auf Prioritätsänderungen in der Gesellschaft, Beitrag zum Workshop „Prognosemethoden“ im Rahmen des Projekts „Die Entwicklung der Energiemärkte bis zum Jahr 2030“ der Prognos AG am 15./16.03.2004 in Hofheim/Taunus, unter: <http://www.afs-ev.de/div-pap/responsivitaet.pdf>, (zuletzt zugegriffen am 22.01.2010)

medien-relevanten Themen, was zum unwissenschaftlichen Vorurteil führt, dass die Medien die Gesellschaft beherrschten, jedoch die letztendlichen Reaktionen beim Publikum und wiederum deren Auswirkungen auf politische Entscheidungen (Responsivität) sind nicht gezielt manipulierbar. Fest steht nur, dass die Politik reagiert, wenn der innere oder äußere Druck auf sie so stark ist, dass es ein Ventil erfordert: Entweder gibt man tatsächlich nach oder man verursacht Ablenkungsmanöver. Eines ist oben bereits beschrieben: Die „fürstliche Innovations- oder Reformlüge“. Besonders gravierend ist das Muster, nach dem häufig auf innenpolitische Schwierigkeiten mit einem außenpolitischen Ablenkungsmanöver reagiert wird. Wie oben beschrieben, funktioniert angesichts eines äußeren Feindes der innere Zusammenhalt automatisch besser: Kommt es tatsächlich zum Äußersten (Krieg), haben alle Regierungen besondere Befugnisse, die bürgerlichen Rechte außer Kraft zu setzen,<sup>560</sup> und gleichzeitig haben die Bürger dann ganz andere Sorgen als Gesundheitspolitik, Haushaltspläne oder weswegen sie sonst öffentlichen Druck auf die Regierung ausgeübt haben.

Doch auch im politischen Alltag bleiben Wirkungen „top down“ auf die Öffentlichkeit zwar nicht beherrschbar, so aber beeinflussbar. Dies ist die Quintessenz und die „Arbeitsgrundlage“ von Politikern in der Kommunikationspraxis. Inwieweit Politik reagiert, hängt von der „gefühlten Temperatur“ des Themas in der Öffentlichkeit ab. Und inwieweit Individuen überzeugt sind von der Richtigkeit politischer Entscheidungen und ihr Wahlverhalten – ob anlässlich einer anstehenden Wahl oder einer demoskopischen Meinungsumfrage – daraufhin ausfällt, hat mit der Verständlichkeit und Überzeugungskraft der Argumente zu tun, wie sie im Öffentlichen Raum diskutiert werden. Bei verzerrter Informationslage tritt keine Anomie auf, wie oben geschildert, sondern nur ein „falsches Bild“, dessen Wirklichkeitsbezug nicht stimmt. Aufgrund einer verzerrten Informationslage werden falsche Überzeugungen angenommen, die dann zu falschen Entscheidungen führen. Das ist es, was landläufig als Mediokratie empfunden wird: Massenhaft falsche Informationen und das Gefühl der Ohnmacht, das angesichts des Verdachts entsteht, der aber nicht bewiesen werden kann – weil die Gegenbeweise nicht genügend Gewicht erhalten. Ein hinterhältiger Gebrauch der PR ist das Problem, denn auch Journalisten fallen darauf herein.

### **Lobbyismus: Manipulation der Öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung**

Da der Faktor Agenda-Setting relevant ist und sich, wie wir gesehen haben, die PR aktiv einmischt und damit sowohl den Deliberationsprozess verzerrt als auch die politische Reagibilität, werden ihre Methoden hier noch einmal genauer beleuchtet.

In den USA nehmen die so genannten „Interessengruppen“<sup>561</sup> aktiv auf die Politik Einfluss: Sie organisieren sich in Assoziationen<sup>562</sup>, eröffnen Büros in Washington und

---

<sup>560</sup> Stichwort „Ausnahmestand“, siehe oben in Kapitel 1 „Recht“

<sup>561</sup> Hübner (1993), Seite 52ff

<sup>562</sup> Wie Habermas sie in seinem Zentrum/Peripherie-Modell nennt

versuchen, einzelne Abgeordnete von ihren Standpunkten zu überzeugen. Diese Methode hat sich seit der Zeit der Postkutschen bewährt: Volksvertreter werden als Politiker nach Washington geschickt und alle, die deren Politik beeinflussen wollen, gehen ebenfalls dorthin, um mit den Politikern persönlich zu sprechen: Die Lobby des Kapitols wurde zur amerikanischen Agora. Und was als zivilgesellschaftliches Engagement, als Gegengewicht zur professionellen Politik begann, wandelte sich im Zentrum der Macht wiederum selbst zu einem Machtmagneten.<sup>563</sup> Mit der Zeit suchten sich die Interessengruppen aktive Unterstützung durch PR-Profis, die parallel Einfluss auf die Presse zugunsten der Themen und Standpunkte dieser Interessengruppen nehmen. Gleichzeitig unterstützen die Gruppen ihnen genehme Politik mit Wahlkampfspenden. Jeffrey M. Berry kam 1977 zu dem Ergebnis, dass „diese Gruppen in ihrer Mehrheit oligarchisch strukturiert sind und dass die Mehrheit der Organisationen ihren Mitgliedern keine Mitwirkungsrechte einräumt.“<sup>564</sup> Dennoch berufen sie sich auf ihre hohen Mitgliederzahlen und erreichen dadurch extreme Macht. Nach diesem Muster kletterten große Unternehmen auf das Trittbrett und begannen, ebenfalls kräftig an Gesetzesentwürfen mit zu formulieren. Top-Player ist der weltweit agierende US-Agrarkonzern *Monsanto*, der sein genmanipuliertes Saatgut geradezu imperialistisch vertreibt und die gesetzlichen Grundlagen dazu durch Lobbyarbeit bis hin zu massivem Druck auf Kleinbauern in den entlegensten Landwirtschaften der Welt erwirkt.<sup>565</sup>

Zeitlich versetzt entwickelte sich in Deutschland das System der zivilgesellschaftlich organisierten Bürgerinitiativen. Doch auch hier holten vor allem Groß-Konzerne in der Kunst des Lobbying auf. Die Gefahr einer undemokratischen Machkonzentration der Lobbys in der Berliner Republik wird in dem Buch „Der gekaufte Staat“ detailliert geschildert: „Der Lobbyismus befindet sich seit einigen Jahren auf einem einzigartigen Siegeszug durch die deutschen und europäischen Regierungsinstanzen. Von der Kommune bis zur EU-Kommission, kaum eine politische Ebene ist nicht von Lobbyisten durchdrungen“, schreibt Thomas Hummitzsch in seiner Rezension des Werkes von Sascha Adamek und Kim Otto, die hauptberuflich als Redakteure für das investigative TV-Magazin *Monitor* arbeiten.<sup>566</sup> Thomas Leif, Chef der Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“, bezeichnet den Lobbyismus bereits als „Fünfte Gewalt.“<sup>567</sup>

---

<sup>563</sup> Und der Zugang zur Lobby ist inzwischen ebenfalls durch Abgrenzungs- und Sicherheitsmaßnahmen nur noch ausgesuchten Personen erlaubt.

<sup>564</sup> Hübner (1993), Seite 57

<sup>565</sup> Der gesamte skandalöse Komplex wird in der 2007 entstandenen Reportage „Monsanto, mit Gift und Genen“ der französischen Journalistin Marie-Monique Rubin erschreckend deutlich, zuletzt ausgestrahlt auf arte am 05.01.2010.

<sup>566</sup> Hummitzsch, Thomas „Verraten & verkauft“ in: Glanz & Elend – Magazin für Literatur und Zeitkritik, unter: <http://www.glanzundelend.de/Artikel/lobbyistenmafia.htm> (18.02.2010)

<sup>567</sup> in Analogie zur Bezeichnung „*Vierte Gewalt*“ für die Presse. Mehr dazu im Abschnitt „Open Source als 5. Gewalt?“

Diese Machtkonzentration führte wiederum zur Gründung verschiedener Organisationen, die die Lobbyarbeit kontrollieren, wie „LobbyControl“, die selbst eine „zivilgesellschaftliche Initiative“ darstellt.<sup>568</sup> Auf Drängen dieser Gegenbewegung in Richtung Transparenz führt der Bundestagspräsident die „Öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“, kurz Lobbyliste.<sup>569</sup> Hierin sind Interessenverbände, die als Lobbyisten tätig sind, beim Deutschen Bundestag registriert. Der Eintrag ist freiwillig. Es werden allerdings nur überregionale Verbände aufgenommen. Einzelpersonen, Einzelunternehmen oder regionale Organisationen sind nicht aufgeführt. Auch Anstalten des öffentlichen Rechts und deren Dachorganisationen, Stiftungen und Körperschaften sind nicht eingetragen. Die Liste bildet also nicht das ganze Spektrum des Lobbyismus im Deutschen Bundestag oder in der Bundesrepublik ab. Schätzungen gehen von über 2.500 „Assoziationen“ aus, die sich einflussnehmend in Regierungskreisen bewegen. Als das o. g. Autorenpaar Rainer Brüderle, damals noch in der Opposition, die Ergebnisse seiner Recherchen 2008 präsentierte, soll dieser damals angeblich gesagt haben: „Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass in dem Umfang von interessierten Unternehmen und Verbänden tätige Mitarbeiter in die Gesetzgebungsmaschinerie der Bundesregierung Eingang finden.“<sup>570</sup> Inzwischen ist er Bundeswirtschaftsminister (sic!) und von einer radikalen Bekämpfung der Lobbyisten in seinem Ministerium ist bisher nichts bekannt geworden.

### **Guerilla Lobbying**

Doch aus diesem legalen (!) Spektrum der Lobbyaktivitäten entwickelte sich nach dem Vorbild der zivilgesellschaftlichen Guerilla-Taktik auch ein Hang zur Undercover-Unterwanderung. So berichtete die *New York Times* im August über Aktivitäten der vermeintlichen Bürgerbewegung „Energy Citizens“, die aber vom American Petroleum Institute, dem größten Interessenverband der Öl- und Gasindustrie, unterstützt wird. Und laut eines Artikels auf *taz.de*<sup>571</sup> „stellte der Energiekonzern RWE seine Auszubildenden frei, um an einer Pro-Atom-Demo in Biblis teilzunehmen. Diese soll einen Tag vor der Anti-Atom-Demo ‚Mal richtig abschalten!‘<sup>572</sup> stattfinden.

---

<sup>568</sup> Weitere Transparenzbestrebungen werden im Abschnitt „Open Source als 5. Gewalt?“ besprochen.

<sup>569</sup> Die angeblich „ständig aktualisiert“ auf der Website des Deutschen Bundestages abrufbar ist, unter: <http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/sachgeb/lobbyliste/lobbylisteaktuell.pdf> (18.02.2010)

<sup>570</sup> Zitiert nach Hummitzsch, Thomas „Verraten & verkauft“ in: Glanz & Elend – Magazin für Literatur und Zeitkritik, unter: <http://www.glanzundelend.de/Artikel/lobbyistenmafia.htm> (18.02.2010)

<sup>571</sup> Reimer, Nick „RWE lässt demonstrieren“ in: *taz.de* am 29.08.2009, unter: <http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/rwe-laesst-demonstrieren/> (18.02.2010)

<sup>572</sup> Am 05.09.2009 in Berlin, zu der tatsächlich über 50.000 Demonstranten eintrafen

RWE scheut keine Kosten und Mühen und will die Azubis mit Bussen nach Biblis bringen lassen.“ Der taz-Artikel zeigt, dass von den Azubis sehr wohl die Teilnahme an der Demo erwartet wird. Angesichts ihres Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber dem Unternehmen kann also nicht von rein freiwilligem Engagement der Azubis ausgegangen werden. RWE greift damit einen amerikanischen Trend auf, die stärkere strategische Mobilisierung der eigenen Mitarbeiter und deren Einbindung als „Fußtruppen“ in die eigene Lobbyarbeit („grassroots lobbying“) voranzutreiben. Festzuhalten ist, dass die ursprüngliche Deliberation in Parlamentsdebatten der breiten Öffentlichkeit direkt nur noch über die Interpretation durch die Presse vermittelbar ist. Inwieweit das Publikum den durch die Presse gefilterten Argumenten folgt und sich von Kampagnen beeinflussen lässt, bleibt stets eine Überraschung.

### **Exkurs: Erfolgreiche Pressekampagnen**

Das aktuelle Beispiel der Wahlschlappe des Thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus 2009 zeigt dies und belegt ebenfalls die journalistische Praxis, exklusive Informationen Prominenten zu erkaufen: Die Vorstellung der Wähler von Althaus als „Pistenrowdy“ nach einem Skiunfall, bei dem er eine Frau getötet hatte und in dessen Folge er körperlich und geistig vor der Landtagswahl noch nicht wieder voll rehabilitiert erschien, wog offenbar bei den thüringischen Wählern stärker als die von der angeblich als „meinungsbildend“ geltenden Bild-Zeitung. Diese stellte Althaus als unschuldig dar und in seiner Genesung auf dem besten Wege und politisch voller Tatendrang. Ob die Meinungs- und Willensbildung nach ethischen Gesichtspunkten verlief oder nach pragmatischen (regierungsfähig) wäre dabei noch genauer zu untersuchen. Fest steht, dass die Bild-Zeitung in ihrer Kampagne den pragmatischen Ansatz wählte, zumal die juristische Analyse des Unfalls und die darauf basierende gerichtliche Entscheidung, ob Althaus strafbar gehandelt hat, noch ausstanden.<sup>573</sup>

---

<sup>573</sup> „Dieter Althaus, Ex-Ministerpräsident von Thüringen, verschwindet mit einem Paukenschlag aus dem Landtag: Er wird (...) Lobbyist des österreichisch-kanadischen Autozulieferers Magna, der vergangenes Jahr Opel übernehmen wollte. Althaus wird vor allem den Schlüsselkunden Volkswagen betreuen sowie die Beziehungen in die Politik“, wie der Branchendienst turi2.de unter Berufung auf [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de), [spiegel.de](http://spiegel.de), [thueringer-allgemeine.de](http://thueringer-allgemeine.de) (mit Video), [welt.de](http://welt.de) (Kommentar) am 29.01.2010 meldete.

## 2.10 Image

---

So schwer der Begriff „Öffentliche Meinung“ zu definieren ist, so einfach ist die Quelle zu definieren, aus der sie sich speist: Images. Ein Image ist die Vorstellung von etwas.<sup>574</sup> Doch da Images wiederum die Öffentliche Meinung beeinflussen, entsteht ein Beeinflussungskreislauf, der sich verstärkt, also eine Art Strudel, der den Prozess der politischen Willensbildung erschwert. In Anlehnung an die „Schweigespирale“ sei sie hier „Aufmerksamkeitsspirale“ genannt.

Sonderbarerweise gehen viele Fachleute in Marketing, Werbung und sogar in den Public Relations (PR)-Abteilungen immer noch davon aus, dass ein Image durch die Informationen erzeugt wird, die man aussendet, ähnlich dem längst relativierten Stimulus-Response-Modell, das besagt, dass die Reaktion dem vorangegangenen Reiz entspreche.<sup>575</sup> Doch schon frühe PR-Ansätze und die oben genannten Forschungsergebnisse lassen es ratsam erscheinen, zu bedenken, wie Informationen und ihr Kontext (auch unbewusst) verarbeitet werden und wie sich das Resultat kontinuierlich durch neue Einflüsse verändern kann.<sup>576</sup> Daher entwickelte sich in der Kommunikationsbranche der Zielgruppenansatz: Je genauer man die Zielgruppe und ihre sozio-ökonomische wie auch ihre psychologische Disposition kennt, umso besser kann man ihre (Informations-)Bedürfnisse erfüllen.<sup>577</sup>

Für Kommunikatoren nicht beeinflussbar sind die sozialpsychologischen Verhältnisse, in denen sich Zielgruppen bewegen. Diese müssen bei Manipulationsversuchen der Öffentlichen Meinung (in zielgruppenspezifischen Teilöffentlichkeiten) jedoch trotzdem berücksichtigt<sup>578</sup> werden, denn sie wirken auf die absichtliche oder unabsichtliche Imagebildung (z. B. „Ihr da oben, wir hier unten“) und das Image wirkt wiederum auf die Willensbildung im Rahmen der Deliberation.

In dieser Betrachtung gilt es nicht nur, den Images, die das Publikum von Politikern hat (z. B. Bonzen, Marionetten, Staatsmänner, Würdenträger, Volksvertreter) Aufmerksamkeit zu schenken, sondern auch dem, das Politiker von den jeweiligen Zielgruppen haben (z. B. Ober-, Mittel-, Unterschichten, Prekariat, Störenfriede,

---

<sup>574</sup> Vgl. Abschnitt „Konstruktivismus“ in Teil III.

<sup>575</sup> Widerlegt u. a. von Paul Lazarsfeld 1944 und bereits 1929 von Robert Woodworth ersetzt durch das SOR-Modell, s. u.

<sup>576</sup> Das Stimulus-Organism-Response-Modell besagt, dass der Stimulus (S) zunächst im Organismus (O) verarbeitet wird, ehe es zu einer Reaktion (R) kommt. Die Informationsverarbeitung im Organismus gilt es zu betrachten, um zu Erkenntnissen über die Reaktion zu gelangen.

<sup>577</sup> Eine neue PR-Maxime, um genau zu sein, die von der Autorin als Dozentin für PR vertretene, leitet sich aus der alten Obersten Marketing Maxime ab: „Du musst deine Zielgruppen (statt Zielmärkte) kennen und wissen, wie du ihre Bedürfnisse befriedigen kannst“ (vgl. Oberste Marketingmaxime: „Du musst deinen Zielmarkt kennen und wissen wie du seine Bedürfnisse befriedigen kannst“, in: Kotler and Bliemel (1995), Seite 40)

<sup>578</sup> Vgl. Fliegauß, Mark und Novy, Leonard in: Bertelsmann-Stiftung (2009) Seite 85ff: Die Wünsche und Sorgen der Wähler.

Steuerzahler, Souverän, Staatsbürger, Wähler, Arbeitnehmer), wenn sie sie gekonnt ansprechen wollen, respektive ansprechend erscheinen wollen. Image ist also nicht nur das, was bei den Rezipienten als Botschaft ankommt, sondern das, was diese kognitiv-emotional in ihrer jeweiligen Lebenssituation im Folgenden daraus machen. Ein Anspruch auf Allgemeingültigkeit ist zwar unangebracht, aber Klischees und Vorurteile beherrschen die politische Kommunikation. Und die Vorstellung von dem, was das Objekt ist, hat für das Subjekt nun einmal normative Kraft.

Unabhängig von unterschiedlichen oder widersprüchlichen Lösungsansätzen der Forschung besteht Konsens über die praktische Aufgabe von Politikern nicht nur im Wahlkampf: nicht „gute Politik“ zu machen und diese für sich selbst sprechen zu lassen, sondern ein gutes Wahlergebnis zu erreichen, um weiterregieren zu können und an der Macht zu bleiben. Dass diese Einstellung der politischen Klasse einen schlechten Ruf beschert und der galoppierenden Politikverdrossenheit Vorschub leistet, ändert nichts an der Tatsache, dass Wahlerfolge direkt gekoppelt sind an ein der Mehrheit der Wähler passend erscheinendes Image, um ihre Wünsche und Bedürfnisse in der nächsten Legislaturperiode zu erfüllen, welches (auch) von der Häufigkeit der Medienauftritte und der damit einhergehenden quantitativen Beachtung abhängt.<sup>579</sup> Mit anderen Worten, alleine dass ein Präsidentschaftskandidat schwarz ist, reicht nicht, um alle schwarzen Wähler auf seine Seite zu ziehen. Mehr dazu auch unten im Abschnitt „Leadership“ – er muss etwas verkörpern, das die Sehnsüchte der Menschen anspricht und gleichzeitig deren Erfüllung verspricht. Ob Politiker das Ziel aus eigener Kraft erreichen oder ob sie dafür Hilfe von PR-Experten in Anspruch nehmen, ist erst in zweiter Linie interessant (mehr dazu oben beim Wahlkampf und unten beim Thema Lobbyismus).

In erster Linie interessiert der Effekt beim Publikum. Ein positives Image erzeugt Zustimmung. Und dabei ist positiv relativ, denn das Image eines „harten Kerls“, der wenig von Bildung und Kultur hält, kann bei seiner Zielgruppe genauso positive Gefühle erwecken wie das Image des asketischen Heiligen – bei Pazifisten. In den USA und vielen anderen Nationen ist allerdings ausgeprägte Religiosität für den Wahlerfolg in jedem Fall als unverzichtbar zu konstatieren. Anscheinend ist dies eine massentaugliche Größe bzw. der nicht gerade der kleinste gemeinsame Nenner, die hier jedoch nicht näher betrachtet wird.

Das Image ist nicht so sehr von der Überzeugungskraft der Inhalte abhängig, sondern von der Intensität des Gefühls, das der Auftritt hinterlässt, bzw. vom Eindruck, den die Rezipienten gewinnen oder last but not least der Vorstellung, die sie sich davon machen. Was in den Köpfen der Menschen vor sich geht, versucht die Demoskopie in Meinungsumfragen zu ermitteln. Diese haben, sobald sie veröffentlicht werden, wieder einen Effekt auf die Meinungsbildung, was beim partei-kontrollierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk des Öfteren zu Problemen der Programmgestaltung im Vorfeld von Wahlen führt. Rundfunk- und Fernsehanstalten verbieten daher ihren

---

<sup>579</sup> Wie im Kapitel „Kommunikationsforschung“ eruiert

Mitarbeitern, in Wahlkampfzeiten Werbung für Parteien zu machen. Damit soll auch das Problem gelöst werden, dass beliebte TV-Leute, die Mitglied in einer sind, ihre Breitenwirkung zu Wahlkampfzwecken nutzen.<sup>580</sup>

### **Abgestufte Chancengleichheit**

Der MDR bewog 2005 den Schauspieler Peter Sodann, seine erste Kandidatur als Kandidat der LINKEN für die Wahl des Bundespräsidenten zurückzuziehen, mit der Begründung, dass Folgen der Reihe Tatort, in denen er als beliebter „Kommissar Ehrlicher“ auftritt, nicht hätten ausgestrahlt werden können. Unter drei Gesichtspunkten ist dies interessant: Erstens zählt allein die Tatsache, dass der Kandidat (in einer fiktionalen Rolle) den Bildschirm füllt, offenbar als Wahlwerbung, was die Frage aufwirft, warum nicht alle Auftritte von Kandidaten, auch in Talkshows, verboten werden. Und zweitens behaupteten nicht nur Vertreter der Jungen Union öffentlich,<sup>581</sup> dass ein fiktionaler Spielfilm Wahlwerbung sei und unterbunden werden müsse. Die dahinterliegende Vermutung, dass die Unterscheidung zwischen fiktionalen Inhalten und non-fiktionalen auch vielen erwachsenen Zuschauern schwer falle, bestätigen Kommunikationsforscher. In diesem Zusammenhang sei auf die Arbeit des Mediensoziologen Peter Lutze hingewiesen, der in seiner Dissertation „Die Matrix-Hypothese – Para-abstrakte Orientierungen in einer erfundenen Wirklichkeit“ u. a. auch dieses Phänomen detailliert untersucht.<sup>582</sup> Und drittens reagierte die Junge Union vermutlich deshalb vergrämt, weil sie der angenommenen Wahlwerbung des Linke-Kandidaten selber nichts Entsprechendes entgegenzusetzen hatte. Parteien haben nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes<sup>583</sup> nämlich das Recht auf eine Art „proportionales Gleichgewicht“ und dies nimmt der Rundfunkstaatsvertrag auf.<sup>584</sup> In der Praxis achten die großen Parteien peinlich darauf. Der juristische Grundsatz zur „abgestuften Chancengleichheit“ bedeutet vor dem Hintergrund, dass

---

<sup>580</sup> Vgl. „Richtig verstanden – Rundfunk und Fernsehen untersagen ihren Mitarbeitern in Wahlkampfzeiten die Werbung für Parteien. Gerhard Löwenthal vom ZDF darf eine Ausnahme machen“ in: Spiegel vom 28.02.1983 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023625.html> (24.01.10) über die willfährige Berichterstattung des CDU-Mannes Löwenthal im TV.

<sup>581</sup> Zum Beispiel in der Zeitung „Welt“ am 14.10.2008: „Eine Ausstrahlung würde einem 90-minütigen Werbespot für den Kandidaten der Linkspartei gleichkommen, sagte der Landesvorsitzende der CDU-Nachwuchsorganisation, Sven Volmering“, siehe: <http://www.welt.de/fernsehen/article2576298/Junge-Union-fordert-Stopp-fuer-Sodann-Tatorte.html> (zuletzt zugegriffen am 24.01.10)

<sup>582</sup> Lutze, Peter „Die Matrix-Hypothese – Para-abstrakte Orientierungen in einer erfundenen Wirklichkeit“ unter: [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=971888701&dok\\_var=d1&dok\\_ext=pdf&filename=971888701.pdf](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=971888701&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=971888701.pdf) (24.01.10)

<sup>583</sup> Kleinheyer, Adrian: „Startschuss für Wahlwerbung im Rundfunk“ (2009) in: <http://www.telemedicus.info/article/1426-Startschuss-fuer-Wahlwerbung-im-Rundfunk.html> (24.01.10)

<sup>584</sup> In § 25 des Rundfunkstaatsvertrags heißt es: „Ein einzelnes [privates] Programm darf die Bildung der öffentlichen Meinung nicht in hohem Maße **ungleichgewichtig** beeinflussen.“ In § 42 wird geregelt, dass Parteien, für die mindestens eine Landesliste zugelassen wurde, „angemessene“ Sendezeit einzuräumen ist. Auf diese Sendezeit wird das Prinzip der „abgestuften Chancengleichheit“ angewendet. Dadurch erhalten die größeren Parlamentsparteien bis zu doppelt so viel Sendezeit wie kleinere Parlamentsparteien, die wiederum nicht mehr als das Doppelte der Sendezeit erhalten als die nicht im Parlament vertretenen Parteien.



Bekanntheit entscheidenden Einfluss auf Wahlergebnisse hat, für kleine Parteien die Notwendigkeit, dass sie nur auf die ihnen proportional zustehende Mindestberücksichtigung in den Medien pochen können. Den Rest an benötigter Aufmerksamkeit müssen sie dadurch erringen, dass sie die journalistisch relevanten Nachrichtenwertfaktoren bedienen, wie dies beispielsweise die Piratenpartei im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 exquisit verstand.

Die „Abgestufte Chancengleichheit“ widerspricht eklatant dem „Autonomie-Postulat“ von Jürgen Habermas, mit dem er die generelle Chancengleichheit aller am Deliberationsprozess Beteiligten fordert. Darauf wird im Abschnitt „Der mündige Bürger vs. Pressekonzentration“ näher eingegangen.

### **Bild dir deine Meinungen**

Welchen Einfluss Images auf Presse und Wähler haben, soll im Folgenden noch etwas deutlicher werden. Wie oben beschrieben, kann man die oberflächliche Öffentliche Meinung als ein Aggregat aus vielen individuellen Meinungsbildern betrachten. Wie ebenfalls dargelegt, ist die Meinung der Presse kein Spiegelbild der Öffentlichen Meinung bzw. der Meinung des (Wahl-)Volkes, sondern ein synthetisches Produkt all dessen, von dem Journalisten glauben, dass es das Publikum interessiert oder interessieren sollte, gepaart mit einer gewissen Stimmung oder Atmosphäre. Gemäß ihrem Informationsauftrag müssen sich Redakteure, anders als ihr Publikum, mit langweiligen Kandidaten beschäftigen, weil sie ihrem beruflichen Auftrag nachkommen müssen, zur politischen Willensbildung beizutragen. Wie sie das tun, bleibt (abgesehen von den oben genannten rechtlichen Verbindlichkeiten) ihnen überlassen und wie bereits geschildert, spielt der Nachrichtenwertfaktor „Relevanz“ eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, ob ein Redakteur (Gatekeeper) eine „Geschichte ins Blatt nimmt“<sup>585</sup> – und wenn ja, wie groß bzw. wie ausführlich.<sup>586</sup>

An der Quantität der Berichterstattung kann man daher deutlich ablesen, was die verantwortlichen Redakteure (Opinion Leader) glauben, dass dem Publikum gefällt.<sup>587</sup> Zwar gibt es auch hier je nach Sachzwang Abstriche, jedoch gilt trotz des Informationsauftrags, dass auch sie selber – obwohl sie es selbst mit erzeugen – dem Image von Kandidaten psychologisch erliegen und es absichtlich oder unabsichtlich in der Berichterstattung weiterentwickeln. In der Kommunikationsforschung wird versucht, zu ermitteln, inwieweit sich ihre persönliche Neigung und die Pflicht, dem Informationsauftrag (objektiv/neutral) nachzukommen, die Waage halten oder nicht<sup>588</sup>

---

<sup>585</sup> Journalistischer Fachausdruck für „veröffentlichen“

<sup>586</sup> Bei Radio und TV spiegelt sich dies in der Sendezeit, die einem Thema eingeräumt wird.

<sup>587</sup> Journalisten lernen, zu wissen, was die Zielgruppe interessant findet, und finden dies dann selbst interessant und nach einer Weile Berufspraxis kann sich der Unterschied zwischen privatem und beruflichem Interesse vollständig nivellieren. Man spricht dann von Vollblutjournalisten. Da man nie weiß, was man nicht weiß, glauben sie genaugenommen nur, es zu wissen.

<sup>588</sup> Vgl. Noelle-Neumann (1980)

(Schweigespirale, Gatekeeperforschung), doch ein eindeutiges Ergebnis liegt genauso wenig vor wie eine klare Erkenntnis, inwieweit die Berichterstattungsqualität die Wähler genau beeinflusst. Der quantitative Einfluss durch medial erzeugte Beachtung und Aufmerksamkeit steht allerdings fest und dass Rezipienten glauben, dass jemand wichtig ist, weil er in der Zeitung steht, ebenfalls. Weiterhin beschäftigen sie sich deshalb näher mit dieser Person, weil sie glauben, wenn andere sie für interessant genug halten, dass sie schon „in der Presse stattfindet“, ergründen zu müssen, was wohl dahinter stecke, kann ebenfalls behauptet werden. Dieser dynamisch/transaktionalen<sup>589</sup> Aufmerksamkeitsspirale ist ein natürliches Ende gesetzt: das der individuellen kognitiven Aufnahmefähigkeit – es tritt Übersättigung ein, das Interesse erlahmt.<sup>590</sup> Damit erlahmt die Berichterstattung und das Thema oder die Person tritt aus dem Licht der Öffentlichkeit wieder in den Halbschatten einer Teilöffentlichkeit oder die Dunkelheit der Privatsphäre.

Was bedeutet dies nun für die politische Kommunikation? Dass sich das Publikum nur aufgrund der medial verbreiteten Informationen ein Bild von Politikern machen kann, steht ebenfalls fest. Wie Politiker jedoch *wirklich* sind, weiß man nicht. Interessant ist nur, was das Publikum sich über sie merkt: Nicht die dezidierten Parlamentsdebatten oder rhetorisch geschliffenen Talkshow-Argumente merkt man sich, sondern nur herausragende Bilder (tatsächlich vor allem Fotos) oder Argumente von außergewöhnlicher Plastizität (näheres im Kapitel „Sprache“) – oder den Fehltritt, den Lapsus, die Ungeschicklichkeit – und zieht dann seine Schlüsse bzw. bildet sich seine Meinung über diese Person. Erst im Nachgang und mit erheblich mehr dialektischem Denkaufwand entsteht eine Meinung über dessen Kompetenz.

Hier zeigt sich noch einmal der eingangs erwähnte Zusammenhang mit der Erinnerung, wie ihn Schönherr-Mann in Anlehnung an Arendt formuliert hat: „Im öffentlichen Raum befinden sich die Handelnden im Entborenen, werden sie beobachtet, man spricht über sie, ihre Geschichte wird überliefert“ und allein der Zuschauer besitze den Schlüssel zum Sinn der Ereignisse und Taten.<sup>591</sup> Die subjektiven Erkenntnisse aller Einzelnen, mögen sie noch so vorurteilsbehaftet sein, bilden verstärkt durch die subjektiven Meinungen der Presseleute, die wiederum stark von PR beeinflusst werden, die Öffentliche Meinung und beeinflussen die Wahlentscheidung. Nach dem Modell Eric Rosengrens, das den Medien eine zweifache Rolle zuschreibt – zur Erinnerung: die vertikale (Informationsdistribution) und die horizontale (Informationsaustausch) –, wirkt die Presse also sowohl quantitativ (Beachtung) als auch Qualitativ (Meinung) verstärkend und verzerrt dadurch den deliberativen Wettbewerb aller konkurrierenden Persönlichkeiten und Programme.

---

<sup>589</sup> Vgl. Merten, Klaus „Der transaktionale Ansatz“, in: Merten et al. (1994)

<sup>590</sup> Im journalistischen Fachjargon: „die Geschichte hat sich tot gelaufen“ und wie im Kapitel „Kommunikationstheorien“ im Abschnitt „Weitere Modelle“ erläutert, gibt es den Mechanismus, bei einem „Zuviel“ an Informationen „abzuschalten“.

<sup>591</sup> Schönherr-Mann (2006), Seite 126

Trotzdem wird der Einfluss auflagen-/quotenstarker Medien durch den Einfluss vieler schwächerer Medien und privater Mundpropaganda relativiert: Der Rattenschwanz vieler kleiner, schwächerer Produktionen, die auf einem „kleinen Distributionsweg“ ans Publikum gelangen, macht in der Summe wieder den Vorsprung der großen, teuer verbreiteten Informationen wett. Dies ist der sogenannte Long-Tail der Information.<sup>592</sup> Inwieweit sich das Verhältnis der Einfältigen zu den politisch Gebildeten dadurch verändert, wird im Abschnitt „Der mündige autonome Bürger“ deutlicher beleuchtet.

### **Exkurs: Politiker-Images im Vergleich**

In der Öffentlichen Meinung konnte sich das Image der SPD während der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 nicht weiterentwickeln, geschweige denn verbessern. Unter Frank Walter Steinmeier als Vize-Kanzler, der zusammen mit seiner politischen Gegnerin Angela Merkel ohne wahrnehmbare Reibung die Regierungsgeschäfte erledigte, beruhigte sich die Presse dermaßen, dass es der Öffentlichkeit schon wieder zu langweilig wurde. Steinmeiers Außenwirkung blieb trotz Achtung vor seinen Leistungen neben der ähnlich unangreifbaren Selbstdarstellung der Kanzlerin blass und wurde in Konkurrenz zu ihrem Image immer blasser. Während Angela Merkel nur ein einziges Mal (absichtlich?) für einen „Aufreger“<sup>593</sup> sorgte, indem sie mit tief ausgeschnittenem Dekolleté über einen Roten Teppich schritt, musste Steinmeier bei seinem einzigen Aufreger dagegen Mali dafür verbuchen, dass er vor dem BND-Untersuchungsausschuss nicht zufriedenstellend erklärt hat, warum er während seiner Zeit als Kanzleramtsminister unter Schröder nicht verhinderte, dass der deutsche Staatsbürger Murat Kurnaz illegal im Terroristenlager auf Guantamo festgehalten wurde. Kein anderes Thema während dieser Legislaturperiode hatte die Person oder das politische Handeln von Steinmeier zum Gegenstand, also konnte er sich durch nichts in der Öffentlichkeit profilieren. Seine Politik wird neutral bis negativ bewertet, er konnte kaum Sympathie oder Zustimmung beim Publikum ernten.

Quasi sein Antipode in der Kunst, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren, ist der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi. Politische und private Skandale markieren seinen Weg, ständig erregt er Empörung oder Häme, er wird regelmäßig des Lügens überführt. Dies und mehr wirkt sich ebenfalls negativ auf die Beurteilung seiner Politik aus, aber offenbar ohne<sup>594</sup> negative Konsequenzen. Vernachlässigt man

---

<sup>592</sup> Das Long-Tail Prinzip: Viele kleine schwache Nischenprodukte haben bei einer „Demokratisierung der Produktionsmittel“ und Distributionsmittel im Internet die Chance, in der Summe so gute Absatzzahlen zu erreichen, dass sie die der teuer hergestellten und kosten-intensiv vertriebenen Bestseller ebenfalls erreichen. Es wird in Teil III genauer beleuchtet.

<sup>593</sup> Journalistischer Fachbegriff für kurzfristigen Diskussionsstoff durch unangemessenes Handeln ohne weitreichende Konsequenzen

<sup>594</sup> In 2010 zeichneten sich allerdings doch negative Konsequenzen ab: sein Schwergewicht erzeugte stärkeren politischen Gegendruck, verstärkt durch jene Medien, die er nicht kontrollierte, denen Berichte über die spektakulären Skandale Berlusconis wiederum starke Aufmerksamkeit einbrachten. Die „Aufmerksamkeitsspirale“ windete sich nach oben.

die psychosozialen Mentalitätsunterschiede zwischen beiden Politikern und beiden Völkern, von denen sie gewählt werden wollen<sup>595</sup>, und konzentriert sich nur auf den Unterschied der emotionalen Außenwirkung als möglichen Ausschlaggeber für den Wahlerfolg, dann scheint der Faktor „Qualität der Regierungspolitik“ für die Erzeugung (entscheidender) emotionaler Werte nicht viel zu wiegen. Das entstandene Image als viriler, verwegener Macho bringt Berlusconi letztendlich genügend Pluspunkte unter seinen Landsleuten ein, dass es bisher für vier Präsidentschaften reichte und möglicherweise auch für weitere, weil kein aussichtsreicher Gegenkandidat auf der öffentlichen Bildfläche erschien.<sup>596</sup> Auch hier ist zu überlegen, ob seine Affären nicht davon ablenken sollten, was er politisch sonst noch so im Schilde führt: Medienkonzentration (nota bene: Berlusconi gilt als Medienmogul und Schulz geht sogar so weit, zu behaupten, seine Partei Forza Italia sei „eigens als Marketingorganisation für Berlusconi gegründet worden“<sup>597</sup>), Mafiaverflechtungen, eigene Amnestiegesetze für zurückliegende Verfehlungen. Die italienische Öffentlichkeit und damit die Mehrheit des italienischen Wahlvolkes ziehen diese schillernde Persönlichkeit an der Spitze der Regierung jedoch offensichtlich jedem anderen integereren Kandidaten mit geringerer politischer Fragwürdigkeit vor. Das liegt zum einen Teil am Mangel von Alternativen, zum anderen ist es eine Mentalitätsfrage.

Die Untersuchung der politischen Rolle der Öffentlichkeit ist auch eine Untersuchung der reziproken psychologischen Wirkweise politischer Handlungen auf die Öffentlichkeit, wie im Kapitel „Kommunikationstheorien“ dargestellt. Und egal ob vernunftgesteuert oder emotional, auf viele Teile der Bevölkerung wirken machtvolle Männer politisch potenter als fachlich und sachlich Kompetentere mit weniger Machtnimbus bzw. jene, deren Machtnimbus durch zu wenig Beachtung nicht über Kreisliganiveau herausragt. Wie im Kapitel „Leadership“ näher erläutert wird, wählen Wähler denjenigen, der die „Power“ hat, ihre Wünsche und Bedürfnisse zu erfüllen. Dies kann auch diejenige sein, wie Hilary Clinton, die statt männlicher Power weibliche Erfahrung („experience to lead“<sup>598</sup>) in die Waagschale wirft, was in ihrem Fall jedoch nicht für ein Präsidentenamt gereicht hat.

Ein Mann ohne schlechte Eigenschaften ist in der psychologischen Rezeption des Publikums offenbar ein Mann ohne Eigenschaften und wird dementsprechend (nicht)

---

<sup>595</sup> Frank Walter Steinmeier ist nach wie vor Bundestagsabgeordneter und muss sich von seinem Wahlkreis in das Parlament wählen lassen. Ansonsten ist allgemein bekannt, dass er nicht Vizekanzler geworden wäre, wenn sein Aufstieg nicht innerhalb der SPD auf bürokratischem Weg erfolgt wäre, sondern durch plebiszitären Mehrheitsbeschluss.

<sup>596</sup> Wie er ankündigte, wolle er bis 2020 weitermachen, dann ist er 84, und danach als Staatspräsident (Quelle: Spiegel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,547359-2,00.html>). Auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin verzichtete nicht aufs Weiterregieren, nur weil das Gesetz eine weitere Amtszeit als Präsident ausschloss.

<sup>597</sup> Schulz (2008), Seite 251

<sup>598</sup> Fliegau, Mark, Novy, Leonard: „E-Bama“ – Amerikas erster ‚Internetpräsident‘ und die Rolle des World Wide Web für moderne politische Führung“, in: Bertelsmann-Stiftung (2009), Seite 186

wahrgenommen. Bei Frauen ist dies anders – warum, das erläutert Christina Holtz-Bacha<sup>599</sup> in Anlehnung an die Ergebnisse von Kathleen Jamieson (1995): „Da die Politik von Männern geprägt ist, sind auch die Vorstellungen der Wählerschaft von der Politik durch sie beeinflusst. Für Frauen ergibt sich daraus eine schwierige Herausforderung. Einerseits dürfen sie nicht gegen gesellschaftliche Vorstellungen von weiblichem Verhalten verstoßen, andererseits müssen sie aber die Eigenschaften demonstrieren, die für das politische Geschäft gebraucht werden, und beides passt nicht ohne weiteres zusammen“. Sie befänden sich in zahlreichen Dilemmata zwischen wombs/brain, silence/shame, sameness/difference, feminity/competence sowie aging/invisibility, double binds, weil „Männer stets den Standard (bilden) und gemessen daran können Frauen nur verlieren.“<sup>600</sup>

### **Attraktivität**

Der Faktor Schönheit ist bei beiden Geschlechtern relevant. Er wurde bisher im Vergleich zur Intensität, mit der über die Personalisierung von Politik in der empirischen Wahlforschung diskutiert wird, wenig untersucht. Herausragend sind die Arbeiten des Soziologen Ulrich Rosar, der statistisch signifikanten und politisch relevanten Einfluss von physischer Attraktivität auf den erzielten Stimmenanteil ermittelt hat. Interessant ist auch seine Beobachtung, nach der Attraktivität bei Spitzenkandidaten weniger ausschlaggebend ist als bei Wahlkreiskandidaten einer Bundestagswahl. Das liege daran, dass für die Spitzenkandidaten „durch die Medienberichterstattung sehr viel mehr Informationen für die Wählerinnen und Wähler zugänglich sind als nur die bloße äußere Anmutung. Bei den Wahlkreiskandidaten ist es genau umgekehrt. Da kennen die meisten das Foto vom Sehen und wissen ansonsten nicht viel über den Kandidaten. Wenn sie in der Wahlkabine den Namen lesen, dann erinnern sie sich an diese Fotos. Insbesondere an die der attraktiveren Kandidaten. Deshalb ist der Effekt bei Wahlkreiskandidaten etwas stärker.“<sup>601</sup> Dies bestätigt die Annahme, dass hierarchisch untergeordnete Politiker dem diskursiven Gegengewicht durch anderslautende (oppositionelle) Haltungen in der öffentlichen Diskussion nicht in dem Maße ausgesetzt sind wie Spitzenkandidaten (deren physische Attraktivität in und durch die öffentliche Diskussion um die Qualität ihrer politischen Aussagen/Inhalte vielleicht nicht nivelliert, so doch relativiert wird) und dass der quantitative Meta-Faktor „Beachtung“ als Wert die Chancen, vom Wahlvolk gewählt zu werden, erhöht.

### **Image als Verstärker systemerhaltender Kraft**

Da „Gewählt-werden“ auf Kreisebene mit Legitimation zukünftiger gesetzgebender Entscheidungen auf europäischer und internationaler Ebene einhergeht, ist es bedenkenswert, dass attraktive Kandidaten bevorzugt werden, wenn sie im Wahlkampf

---

<sup>599</sup> Holtz-Bacha (2008), Seite 11

<sup>600</sup> Holtz-Bacha (2008), Seite 12

<sup>601</sup> Mühlbauer (2008)

keine andere öffentliche Artikulation als ihr Foto und ihre damit transportierte Attraktivität ins Feld führen (können). Zieht man hier die neomarxistische Kommunikationstheorie hinzu, nach der „Inhalte und Themen der bürgerlichen, kapitalistisch dominierten Massenkommunikation nach Gesichtspunkten der Verkäuflichkeit und Attraktivität (sic!) und somit der Gewinnmaximierung ausgewählt und gestaltet sind,“<sup>602</sup> findet also durch den doppelten Impetus von Attraktivität ein medialer Verstärkereffekt statt. Dieser wiederum erzeugt eine enorme Schubkraft, wenn man die Theorie der selektiven Wahrnehmung und die Erkenntnisse der Wahrnehmungsforschung ebenfalls hinzuzieht und die Idee von Marx und Engels, dass die „herrschenden Gedanken“ der Eliten in der Öffentlichen Meinung systemerhaltend wirken. Die Idee der Schweigespirale, nach der vom Mainstream abweichende Meinungen eher zurückgehalten werden, bestätigt dieses Szenario.

### 2.11 *Politainment*

---

Inwieweit der Faktor Unterhaltung die Öffentlichkeit politisiert oder inwieweit der Faktor Politik die Öffentlichkeit unterhält, zeigen schon 1940 Studien von Paul Lazarsfeld, in denen er feststellte, dass interpersonale Kommunikation einen viel stärkeren Einfluss auf das spätere Wahlverhalten habe als bis dahin angenommen.<sup>603</sup>

Auch Andreas Dörner, der die mediale Öffentlichkeit nach dem Verhältnis beider Komponenten darin untersucht,<sup>604</sup> stellt fest, dass beispielsweise fiktionale Fernsehinhalte, wie die Langzeitsoap „Lindenstraße“, zu einer Politisierung des Publikums führen können, auch wenn dieses dafür als unempfänglich gilt. So nimmt man an, dass die Drehbuch-Autoren der Sendung dazu beigetragen haben, in den 1980er Jahren bisherigen Tabuthemen wie Aids und Homosexualität auf die politische Agenda zu verhelfen. Aber auch viele andere fiktionale Beiträge der leichten Unterhaltung, wie „Forsthaus Falkenau“, haben laut Dörner zu einer Sensibilisierung für Familien- und Umwelthemen geführt.

„Politainment zieht knapp gewordene Aufmerksamkeiten auf sich und stellt Themen in den öffentlichen Raum. Gleichzeitig eröffnet die Fokussierung auf bestimmte Geschehnisse und Probleme zahlreiche Schnittstellen für Anschlußkommunikation, sei dies nun öffentlich im Medienforum oder privat am heimischen Küchentisch platziert.“<sup>605</sup>

---

<sup>602</sup> Pürer (1990), Seite 154

<sup>603</sup> Vgl. Lazarsfeld, Paul: *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*, New York/London 1944

<sup>604</sup> Dörner (2001)

<sup>605</sup> Dörner (2001), Seite 33

Dörner konzentriert sich bei seinen Untersuchungen auf die Medien TV und Spielfilm, „weil diese mit Fug und Recht als die zentralen Bildspender der Gegenwartskultur betrachtet werden können.“

Dabei stellt er mehrere Fragen, die auch die politische Rolle der Öffentlichkeit betreffen: Ist Politik (...) noch immer die jeweils neu zu leistende Lösung für das Problem, bei nicht vorauszusetzendem Konsens und divergierenden Interessenlagen für alle verbindliche Entscheidungen zu produzieren? Sind die Medien eine Größe, die diesen Prozess transparenter und damit auch demokratisch besser kontrollierbar macht? Oder ist Politik im Zeitalter der medialen Erlebnisgesellschaft zu einer gigantischen Medieninszenierung degeneriert, in der demokratische Prozesse und Entscheidungsfindungen weitgehend nur noch simuliert werden?“

Mit dem Begriff Simulation kommt auch der Begriff Simulacrum ins Spiel, nach dem Roland Barthes, Jaques Derrida, Paul Virilio, Jill Deleuze und Jean Baudrillard und einige andere das Phänomen von Abbildungen, Imaginationen oder Imitationen unterschiedlich betrachten. Darauf wird in Teil III näher eingegangen.

Ein weiterer Strukturwandel scheint im Gange, doch fragt sich, ob er durch zunehmendes Politainment angetrieben wird oder ob nicht Politainment das Resultat einer Wandlung ist, nämlich das einer politisch immer schwächer gewordenen Öffentlichkeit. Dörner erklärt den Weg zum Politainment analog zu dem hier ausführlich dargestellten medialen und gesellschaftlichen Wandel und zeigt ebenfalls, dass bis in die 1960er Jahre eine gewisse Stabilität herrschte: „Die Hierarchie der kulturellen Praktiken (...) hat gesellschaftliche Hierarchien legitimiert und so auf Dauer stabilisiert. Die sozialwissenschaftliche Diagnose zum Ende des 20. Jahrhundert schlägt demgegenüber jedoch ganz andere Töne an. Hier ist die Rede von der Auflösung festgefügtter Klassen und tradierter Ordnungsmuster: Der ‚klassischen‘, industriegesellschaftlichen Moderne folge eine ‚zweite‘, reflexive Moderne, und mitunter spricht man sogar von der postmodernen Gesellschaft. Durch beschleunigte Prozesse der Individualisierung wird demnach der einzelne Mensch aus einstmaligen gewachsenen Bindungen und Einbettungen freigesetzt.“<sup>606</sup> Er verweist auf Ulrich Becks Postulat der „Risikogesellschaft“, Peter Gross’ „Tyrannei der Möglichkeiten“ und Gerhard Schulzes „Erlebnisgesellschaft“ und zweifelt, ob eine positive Deutung, dass Milieus nun wählbar seien und man zwischen parallelen Erlebnisgesellschaften wechseln könne, wirklich angesichts der Beschränkungen, denen der Einzelne durch Bildung und Einkommen trotzdem immer noch unterworfen bleibt, zutreffen. Doch Dörner konstatiert: „Die Schärfe der Distinktionskämpfe nimmt ab, der Verpflichtungscharakter des ambitionierten Bildungserwerbs verblaßt, und die gegenseitige Toleranz unterschiedlicher Geschmacksgruppierungen wird immer größer.“<sup>607</sup> Hier setze die „ausufernde Spaß- und Unterhaltungskultur“ ein und wieder

---

<sup>606</sup> Dörner (2001), Seite 37ff

<sup>607</sup> Dörner (2001), Seite 40

nivellieren sich gesellschaftliche Unterschiede, wenn alle sich gleichermaßen amüsierten und „in jedem Fall ist die strukturierende Kraft der Arbeits- und Produktionssphäre (...) weitgehend verdampft.“ Und „wenn man nun vor diesem Hintergrund danach fragt, womit denn eigentlich die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung ihre alltägliche Freizeit verbringt, dann wird klar, daß die Erlebnisgesellschaft eine *mediale* Erlebnisgesellschaft ist.“<sup>608</sup>

Ulrich Saxer beobachtet: „Der strukturellen Entfestigung ihrer Öffentlichkeit begegnen die politischen Akteure in Mediendemokratien denn auch mit dem umfassenden Ausbau politischen Marketings, um die erwünschten Austauschvorgänge mit ihren politischen Zielmärkten (sic!) herbeizuführen.“ Saxer und Dörner führen die zunehmend showartig ausfallenden Inszenierungen von Parteitagungen beispielsweise darauf zurück, dass sich Politainment als Emotionalisierungsfaktor bewährt habe. Und da sich positive Gefühle grundsätzlich auf alle Politikprozesse positiv auswirken, sollten sie möglichst auch in allen Kommunikationsprozessen transportiert werden: „Der Einsatz von Politainment dient dabei in erster Linie der Stärkung der emotionalen Bindung der politischen Klientel, der bereits gewonnenen und der potentiellen, an die betreffenden Akteure. Strategien, möglichst auch wissenschaftlich entwickelte, politischer Öffentlichkeitsarbeit kommen aber nicht nur der Optimierung der politischen Prozesse zugute, sondern auch dem Demokratiesystem als solchem in Gestalt von **„Legitimation durch Information“**.“<sup>609</sup> Doch sieht Saxer darin auch Gefahren: „Dem stehen freilich dysfunktionale Implikationen von verstärktem politischen Marketing gegenüber. So können wirtschaftlich potentere politische Gruppierungen für die Öffentlichkeitsarbeit mehr aufwenden, was den politischen Wettbewerb plutokratisiert.“<sup>610</sup> Ein Punkt, auf den bereits im Abschnitt „Lobbyismus“ und einigen anderen Stellen hingewiesen wurde.

Darüber hinaus beobachtet Saxer einen Strategiewandel der politischen Kommunikation zugunsten der Privatsphäre. Nicht nur, dass vermehrt private Individuen erreicht werden, vielmehr zeigten politische Akteure sich selbst pseudo-privat: „Freier als früher von institutionellen Rollenzwängen bei der öffentlichen Inszenierung ihrer selbst und ihrer Anliegen setzen Politiker in Mediendemokratien, gegebenenfalls unterstützt von Imagespezialisten, umfassender ihre Person und ihr privates Umfeld als Präsentationsressource ein. Die Intimisierung der Fernsehöffentlichkeit, derjenigen ihres Leitmediums in Gestalt immer weiterer Real-Life-Formate, leistet ebenso Vorschub wie diese Intimisierung nun ihrerseits auf diese Weise, gewissermaßen auch von diesen öffentlichen Leitfiguren sanktioniert und wieder vorangetrieben wird.“ Saxer nennt als Beispiel dafür den TV-Auftritt Guido Westerwelles, damals nur Parteichef der FDP und noch nicht Außenminister, in dem Trash-TV-Format „Big Brother“, der für große Aufmerksamkeit bei einem Publikum

---

<sup>608</sup> Dörner (2001), Seite 40

<sup>609</sup> Saxer (2007), Seite 139

<sup>610</sup> Saxer (2007), Seite 139



sorgte, das normalerweise nicht zur „Big Brother“-Zuschauerklientel gehört. Und auch auf Seiten der Presse scheine sich, wenn nicht ein Strukturwandel, so doch ein Sinneswandel zu ereignen: „Auch die Journalisten rapportieren das Wahlgesehen anders als ehemals: dramatisieren es analog der Sportberichterstattung, personalisieren es intensiver und üben vermehrt Stil- statt Programmkritik.“<sup>611</sup>

Das alles darf uns nicht wundern, wenn wir Dörner durch die Geschichte des Politainment zu den Anfängen folgen. Er macht den ehemaligen Schauspieler Ronald Reagan als Initiator dieser Kunst aus: „Als Reagan 1981, 20 Jahre nach dem Beginn seiner politischen Laufbahn, ins Präsidentenamt kam, befand sich die amerikanische Identität in einer tiefen Krise. Vietnam, Watergate, schließlich die Entehrung der Nation in der Geisellaffäre, dies alles in Verbindung mit erheblichen ökonomischen Problemen, hatte im Selbstbewusstsein der Amerikaner tiefe Spuren hinterlassen. Reagans Projekt war die Erneuerung des Optimismus bei den Bürgern durch eine öffentliche Rückbesinnung auf die kulturelle Tradition und die darin enthaltenen politischen Identitätsoptionen.“<sup>612</sup> Und Dörners Ausführungen legen nahe, dass Obamas „Yes we can“ offensichtlich ein Plagiat des Reaganschen „can-do-spirit“ ist und Obamas „Gemeinschaft mit allen, die mitmachen wollen“<sup>613</sup> eine Weiterführung von Reagans aus der US-Verfassung entlehnten Formel „*We the people*“ und seiner bei Abraham Lincoln abgeschauten Formulierung „*a government for, by and of the people*.“ Dass es Reagan gelang, zu „the Nations’s First Cheerleader“ zu werden, lag an dem gigantischen Gefühlsschub, den er in die Politik einbrachte, und „natürlich lässt sich mit dem *Feel-Good*-Faktor auch Illusionspolitik betreiben und von realen Problemen oder Schwächen ablenken. Politisches Emotionsmanagement ist von den Akteuren zur Erreichung ihrer je eigenen Ziele strategisch einsetzbar“, schreibt Dörner 2001 und gibt im Anschluss eine Analyse, die sich liest wie das Rezept, nach dem Barack Obama sieben Jahre später ebenfalls versucht, das politische Rad herumzuwerfen: „Grundsätzlich ist die Wahrnehmung und das Gefühl, daß die Welt ‚machbar‘ [vgl. ‚yes we can‘] und veränderbar [vgl. ‚Change‘] ist, die wichtigste Voraussetzung dafür, daß überhaupt gehandelt wird. Depressiv gestimmte Menschen sind in der Regel wenig geneigt, Probleme anzupacken und mit Elan zu arbeiten, sich zu engagieren und selbst Politik zu machen [vgl. ‚Gemeinschaft mit allen, die mitmachen wollen‘].“<sup>614</sup> Genau zu dem gleichen Ergebnis, nämlich, dass nur Handlungsalternativen überhaupt zu Interesse und schließlich Handeln führen können, kommen Oskar Negt und Alexander Kluge. Sie versuchten 1972 zu zeigen, dass

---

<sup>611</sup> Saxer (2007), Seite 234

<sup>612</sup> Dörner (2001), Seite 71

<sup>613</sup> Darauf wird im Abschnitt „Leadership“ noch näher eingegangen.

<sup>614</sup> Dörner (2001), Seite 72 – Und Obama nimmt weiterhin Anleihen bei großen Rednern, so erinnert sein Credo „I’M ASKING YOU TO BELIEVE. Not just in my ability to bring about real change in Washington... I’m asking you to believe in yours“ an das von John F. Kennedy: „Don’t ask what your country can do for you, but what you can do for your country“, das er in seiner Antrittsrede am 20. Januar 1961 proklamierte.

Subjekte „die bloße Abbildung der Realität“ sich nur dann aneignen, wenn sie wissen, dass sie eine Handlungsalternative haben: „Erst aus dieser Handlungsmöglichkeit kann sich ihr Interesse am Realismus rekrutieren.“<sup>615</sup> Dieser psychologische Mechanismus wird u. a. in Teil III im Abschnitt „Fraternité“ näher betrachtet.

Wie sich schlechte Gefühle von Einzelnen entwickeln und welche Auswirkungen sie auf Individuen und auf Gruppen haben können, wurde ja bereits im Abschnitt „Sozialpathologische Öffentlichkeit“ behandelt.

Festzuhalten bleibt, dass Politainment nicht nur dazu geeignet ist, untere Bildungsschichten mit politischen Informationen zu versorgen bzw. allgemein jene Kreise zu erreichen, die sich nicht für Politik interessieren, sondern, dass es als Transportmittel für auch in der Politik unabdingbare Emotionen genutzt wird und darüber sogar die Identität und das Selbstbewusstsein einer Nation zu beeinflussen ist. Politainment als ignorierbare Mode herabzuwürdigen kann unter Umständen geradezu gefährlich werden, wenn wir an der Integrationskraft und den mobilisierenden Kräften sehen, die Emotionalisierung freisetzen kann, beispielsweise durch den Transport nationalistischen oder religiösen Gedankenguts. Stößt sie dabei beim Empfänger auf Arglosigkeit oder gar auf Sehnsucht nach Identifikation als Ausweg aus Unsicherheit, sind erstaunliche Effekte möglich. Dies wird unter anderem auch im Abschnitt „Verschwörungstheorien und Säkularisierung“ genauer betrachtet.

---

<sup>615</sup> Negt (1972), Seite 222

## Sprache – Metaphern als Programmierung politischen Denkens

*„Ist die Vernunft an das ‚welterschließende‘ Geschehen  
der Sprache ausgeliefert, oder bleibt sie zugleich eine ‚weltbewegende Kraft?‘“  
Habermas, Kommunikatives Handeln und dezentralisierte Vernunft*

Nicht erst Ludwig Wittgenstein hat darauf hingewiesen, „daß Sprache ein intrinsischer Teil der Wirklichkeit ist und ihr nicht etwa gegenübersteht.“<sup>616</sup> Das landläufige Verständnis ob der politischen Ausrichtung einer Person oder einer Gruppe, ob Links, Rechts oder „die neue Mitte“, leitet sich aus der parlamentarischen Sitzordnung der französischen Revolution ab: Links vom Rednerpult saßen jene, die die Aufhebung von als Unterdrückung empfundenen sozialen Strukturen zugunsten bisher unterprivilegierter Bevölkerungsteile zum Ziel hatten. Heute noch im deutschen Sprachgebrauch sind die Begriffe: Als „link“ gilt, wem eine hinterlistige Taktik unterstellt wird, und „alles was Recht ist“ ist gesetzeskonform und normgerecht. Ohne, dass sich die Anwender dieser Floskeln darüber im Klaren sind, wo der Impuls für diese Wahrnehmung entspringt, pflanzt sich die Bedeutung dennoch über Generationen bis heute fort.

Versteht man den Staat als Körper, wozu die Abbildung des Hobbesschen Leviathan<sup>617</sup> geradezu einlädt, kann man den Ausdruck „linke Bazille“ indirekt mit Luhmann erklären. Die Bazille als systemgefährdendes Element, das immunologische Abwehr in der Reaktion zur Folge hat und dadurch sein System sogar stärkt: „Das System immunisiert sich nicht gegen das Nein, sondern mit Hilfe des Nein; es schützt sich nicht gegen Änderungen, sondern mit Hilfe von Änderungen gegen Erstarrung in eingefahrenen, aber nicht mehr umweltadäquaten Verhaltensmustern. Das Immunsystem schützt nicht die Struktur, es schützt die Autopoiesis, die geschlossene Selbstreproduktion des Systems. Oder um es mit einer alten Unterscheidung zu sagen: es schützt durch Negation vor Annihilation.“<sup>618</sup>

Komplexe politische Zusammenhänge, die sich nicht auf Anrieb erschließen, aber trotzdem für weite Kreise erfassbar bleiben sollen, werden mit Metaphern, Schlagworten und Slogans versehen, um mit ihrer Symbolkraft Verständnis zu erzeugen bzw. im selben Atemzug Sympathie oder Abwehr. Dementsprechend muss „links“ also ursprünglich im deutschen Sprachraum abwehrend<sup>619</sup> gemeint gewesen sein und behielt in „link sein“ seine damalige Konnotation bis heute bei.

Ob das Immunsystem-Beispiel nun Verständnis erzeugt oder nicht: Der Versuch durch Metaphern eingängige Bilder zu erzeugen, die politische Ansichten direkt nicht nur transportieren, sondern durch die Einschleusung der gewünschten Konnotation diese

---

<sup>616</sup> Schmidt, Siegfried „Konstruktivismus und Medienforschung“, in: Weischenberg et al. (1994), Seite 597

<sup>617</sup> Ein König mit monströsem Körper

<sup>618</sup> Preyer (2006), Seite 38

<sup>619</sup> Die Philosophie der Französischen Revolution fand im Bürgertum der Staaten des deutschen Bundes trotz aller Aufgeklärtheit keinen mehrheitsfähigen Anklang – bis 1848, wie oben genauer beschrieben.

gleichsam in den Empfänger zu transplantieren, ist in der politischen Kommunikation „ein alter Hut“.<sup>620</sup> Dies zeigen Schlagworte wie „Die Nacht der langen Messer“, „Die gelbe Gefahr“ oder wie „Viererbande“, „Dolchstoßlegende“, „Reichkristallnacht“, „Wirtschaftswunderland“, „Gürtel enger schnallen“, „Blühende Landschaften“ etc. Wie wirksam diese Methode ist, sieht man an deren Langlebigkeit. Und ihr meist euphemistischer Charakter zeigt sich besonders an Bezeichnungen, die militärischen Operationen heute gegeben werden, wie z. B. „Desert Storm“ oder „Enduring Freedom“.

„Die Rede vom Begriffebesetzen ist eine populäre politische Metapher“, meint Fritz Kuhn, Philologe und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag: „Sie liefert ein Bild für Vorgänge komplexerer Art, die wir ohne die Metapher umständlich beschreiben müssten. Die Begriffbesetzungsmetapher liefert uns ein Modell, wie es laufen könnte und wie es die Macher machen: Sie besetzen Begriffe, so wie man Häuser besetzt und Stammplätze im örtlichen Freibad.“<sup>621</sup>

Doch semantische Tricks zur Manipulation des Denkens sind keine heimliche, unterschwellige Angelegenheit. So beklagte z. B. schon von Kurt Biedenkopf 1973 offiziell und öffentlich in seiner Rede als neuer Generalsekretär der CDU auf dem 22. Bundesparteitag, dass die SPD „positiv besetzte politische Begriffe (Freiheit, Friede, Reform, Solidarität, Mitbestimmung, Mündigkeit, Emanzipation)“ für sich beschlagnahme und so „den politischen Gegner nicht nur als bar jeder Konzeption erscheinen [läßt], sie macht ihn auch im wahrsten Sinn des Wortes sprachlos, das heißt, er ist nicht mehr in der Lage, ohne ständige Übernahme auch der geistigen Konzeption des politischen Gegners sich auszudrücken, und wird so als mögliche politische Alternative gar nicht mehr wahrgenommen.“<sup>622</sup> Konsequenterweise fordert er in dieser Rede zur Lösung des Problems seine Partei dazu auf, fortan selbst „Begriffe zu besetzen“.

Diese Methode entwickelt sich ständig weiter. Formulierungen wie „Warschauer Pakt“, „Baader-Meinhof-Bande“ fanden Einzug in die Fernsehnachrichten. In letzter Zeit führen Auswüchse dieser Mode allerdings zu Kopfschütteln und geraten auf die

---

<sup>620</sup> Vgl. Topitsch, Ernst „Sprache als Waffe“ unter:

[http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/publikationen/topitsch.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/topitsch.pdf) (01.02.10)

<sup>621</sup> Kuhn, Fritz (1991): Begriffe besetzen. Anmerkungen zu einer Metapher aus der Welt der Machbarkeit. In F. Liedtke u. a. (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 90 in: Sprachliche Strategien im politischen Sprachgebrauch: Lexik / Metaphorik, 2005, Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft, RWTH Aachen, (Quelle: [http://www.isk.rwth-aachen.de/uploads/media/Gruppe\\_2\\_-\\_Sprachliche\\_Strategien.pdf](http://www.isk.rwth-aachen.de/uploads/media/Gruppe_2_-_Sprachliche_Strategien.pdf) (zuletzt zugegriffen 24.01.2010))

<sup>622</sup> Sandkühler, Gunnar, in: Hölscher, Lucian (Hg.), „Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen“, Wallstein, Göttingen, 2008. Hier zitiert nach: Zehnder, Raphael, „Die Grenzen des politisch Sagbaren“ in: WOZ vom 22.01.2010, unter <http://www.woz.ch/artikel/2009/nr04/kultur/17389.html> (24.01.10)

Liste der „Unwörter“<sup>623</sup>. 2009 landete dort z. B. „Neiddebatte“, also, so die Jury, „Diffamierung der öffentlichen Diskussion um übertriebene Managergehälter“.<sup>624</sup>

Die Öffentlichkeit wird nicht nur „top down“ mit Schlagwörtern gefüttert, die die politischen Diskurse über die Medien in breite Schichten tragen und dort Diskussionen anfachen, z. B. „Kinder statt Inder“. Dort wiederum entwickeln sich „bottom-up“ ebenfalls symbolische Schlagworte, wie z. B. „Freie Fahrt für freie Bürger“. Um im Bild zu bleiben, kann man auch von „Stammtischparolen“ sprechen.

Doch sprachliche Manipulation von politischem Denken hat noch eine korrekte Seite: Mit dem Programm „Political Correctness“ (PC) wollte man in den 1960ern in den USA benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu mehr Gerechtigkeit verhelfen und als diese Denkweise im deutschsprachigen Raum ankam, wurde sie auch gleich in das Sprechen integriert. Die Forderung, jeder Personenbezeichnung die weibliche Form beizugeben, um zu verdeutlichen, dass nicht nur Männer, sondern auch Frauen gemeint sind, entspringt diesem Ansatz. Wer heute gegen PC verstößt, muss nicht nur damit rechnen, anzuecken,<sup>625</sup> sondern wird u. U. ausgegrenzt oder angezeigt.<sup>626</sup> Manche sprechen schon von „Terror der Political Correctness“.

In der Reinigung der Sprache von nationalsozialistisch geprägtem Wort- und Syntaxmaterial sahen Sprachkritiker nach dem Krieg die Möglichkeit, das Denken der Menschen zu „verbessern“. In Michel Foucaults Diskursanalyse wird ebenfalls deutlich: Wes Geistes Kind das Gesprochene ist, erfahre man anhand von Signalvokabeln, die praktisch den Diskurs kennzeichnen, wie ein geschlossenes Gebiet: Nur wer die Diskursart beherrscht, wird als Gesprächspartner akzeptiert. Foucaults Diskurse erzeugen anders als reine Diskussionen mit dem Gesprochenen eine ihnen eigene Realität, denn er unterstellt, anders als Habermas, keineswegs Intersubjektivität. Passend dazu vertritt Jean Lyotard die These eines unvermeidlichen

---

<sup>623</sup> Der „Aktion Unwort des Jahres“, einer Abspaltung von der Gesellschaft für deutsche Sprache, die das „Wort des Jahres“ kürt

<sup>624</sup> Und letztendlich zum Unwort des Jahres 2009 wurde „betriebsratsverseucht“, mit folgender Begründung: In der Sendung „Monitor“ (ARD 14.05.2009) berichtete ein Mitarbeiter einer Baumarktkette, dass dieses Wort von Abteilungsleitern verwendet wird, wenn ein Mitarbeiter von einer Filiale mit Betriebsrat in eine Filiale ohne Betriebsrat wechseln will. Dort könnte ihm vorgehalten werden, dass sein bisheriges Vertrauen in eine Arbeitnehmervertretung die Einstellung gefährde. Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen „stört“ zwar viele Unternehmen, sie als „Seuche“ zu bezeichnen, ist indes ein zumindest sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen. Quelle: Organisation „Unwort des Jahres“ unter [www.unwortdesjahres.org](http://www.unwortdesjahres.org) (24.01.2010)

<sup>625</sup> Durch PC sind Bezeichnungen wie „Ausländer“, „Negerkuss“ oder der „Eskimos“ bereits so gut wie ausgerottet.

<sup>626</sup> Vgl. „Unterschichten“/„Untermenschen“-Diskussion nach einer Äußerung von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin 2009

Widerstreits zwischen unterschiedlichen Diskursarten,<sup>627</sup> sozialen Ordnungen und Kulturen. Mehr dazu im Kapitel „Konstruktivismus.“

Die Veränderung des Denkens durch Veränderung der Sprache beabsichtigten tatsächlich die Nazis schon mit (Achtung!) „Säuberungsaktionen“, wie beispielsweise denen von „entarteter Kunst“.<sup>628</sup> Berüchtigt sind Nazi-Euphemismen wie „Konzentrationslager“, „Herrenmensch“ bzw. „Arier“ oder „Endlösung“. Mit heroisch konnotierten Losungen, wie „Lebensraum im Osten“, „seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“ und „Arbeit macht frei“ verschleierten sie verbrecherische Absichten und erleichterten ihnen auf das Niveau eines „geflügelten Wortes“ heruntergespielten Programmen die Einnistung in unbedarfte Gehirne. In diesem Zusammenhang sei auf das Oeuvre des Philologen Victor Klemperers hingewiesen, der die Sprache der Nazis in seinen Tagebüchern zuerst aufgezeichnet hat, um sie anschließend in dem inzwischen als Standardwerk geltenden „LTI“ (Lingua Tertii Imperii), also „Die Sprache des dritten Reichs“ wissenschaftlich zu analysieren. Die „LTI“ ist laut Klemperer eine Sprache des Glaubens, denn sie gründe sich auf Fanatismus. Das Geistige im „Sprachkörper“ des Nationalsozialismus habe seiner Meinung nach seinen Ursprung in der deutschen Romantik (freilich mit anderem emotionalen Impetus), in der er den Grundgedanken der Grenzen- oder Maßlosigkeit und die Absage an die Vernunft verortet: „Was in der Romantik auf Rousseau zurückging, war nicht die Verherrlichung des Fanatismus, sondern der Leidenschaft in jeder Form, für jegliche Sache.“<sup>629</sup> In Klemperers Tagebuch heißt es am 20. April 1933: „Wieder eine neue Festtagsgelegenheit: Hitlers Geburtstag. ‚Volk‘ wird jetzt beim Reden und Schreiben so oft verwandt wie Salz beim Essen, an alles gibt man eine Prise Volk: Volksfest, Volksgenosse, Volksgemeinschaft, volksnah, volksfremd, volksentstammt ....“<sup>630</sup>

Sicher ist es übertrieben, in Bezeichnungen wie „Diätenanpassung“, „Versorgungslücke“, „Humankapital“ oder „Prekariat“, die offensichtlich ersonnen wurden, um delikate Sachverhalte zu verharmlosen, einen nazistischen Geist zu vermuten. Denn andersherum benutzen Gegner politischer Programme dieselbe Methode, z. B. mit „Herdprämie“, „Lauschangriff“, „Zensursula“. Trotzdem wird erst deutlich, wes Geistes Kind die jeweiligen Termini sind, wenn man genauer hinschaut. Viele der von Klemperer als nazistisch-verbrämt identifizierten Begriffe sind heute noch gebräuchlich, wie „asozial“, „Engpass“, „charakterlich gut“ oder schlecht, „diffamieren“ und tatsächlich sogar „Wende“ – oder „gleichschalten“: Die Nationalsozialisten gebrauchten die technische Metapher voller Begeisterung, um auszudrücken, dass sie ihre Ideologie auf eine Organisation nach der anderen übertragen hatten. „Es gibt in der LTI keinen anderen Überbegriff, der die Tendenz

---

<sup>627</sup> Lyotard (1989)

<sup>628</sup> Vgl. Stalins Säuberungen 1936

<sup>629</sup> Klemperer (2007), Seite 80

<sup>630</sup> Klemperer (2007), Seite 45

des Mechanisierens und Automatisierens so nackt zutage treten ließe, wie dieses ‚gleichschalten‘. Man hat es all die zwölf Jahre gebraucht und, wenn auch anfangs häufiger als später, aus dem einfachen Grunde, weil es sehr bald alle Gleichschaltungen, alle Automatisierungen vollzogen und zur Selbstverständlichkeit geworden waren.<sup>631</sup> Und an anderer Stelle: die LTI, „sie ist nun einmal arm, sie will und kann nicht anders als arm sein, und Verstärkung erzielt sie nur durch Wiederholen, durch Einhämmern des immer Gleichen.“<sup>632</sup> Die Armut der Sprache des Dritten Reichs und Hannah Arendts Konzept von der „Banalität des Bösen“ scheinen in einer gewissen Weise miteinander zusammenzuhängen, wie ein Wolf<sup>633</sup> mit dem Schafspelz. In anderem Zusammenhang erzählt Klemperer eine Anekdote, die für die Betrachtung politischer Kommunikation in der Öffentlichkeit relevant ist: „Irgendwer hat mir erzählt, die Gestapo habe einmal in Berlin ein Gerücht ausgegeben und dann untersuchen lassen, in welcher Zeit und auf welchem Wege es bis München gelangt sei“.

Wie durch Sprache die psychologische Einstellung („Einstellung“ ist übrigens auch ein Terminus technicus, dessen sich die LTI gerne bediente) zu einem Objekt verändert wird oder eine veränderte gesellschaftliche Einstellung sprachlich manifestiert wird, zeigt das Beispiel Flüchtling > Aussiedler > Ausländer > Asylbewerber > Asylant > Migrant > Mitbürger mit Migrationshintergrund > Staatsbürger irgendeiner Herkunft.<sup>634</sup>

Die Empörung über heutige sprachliche Entgleisungen (vs. „spuren“, also in der Spur zu fahren, – auch LTI) sind groß in Mode. Wann auch immer die Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut ahnbar ist, geht es hoch her: Wobei es fast schon günstig zu sein scheint, als Politiker mit einem Goebbels verglichen zu werden, weil sich nicht der Vergleichene, dessen Äußerungen mit nationalsozialistischem Gedankengut verglichen werden, rechtfertigen muss, sondern der Vergleichende, der beispielsweise die Nähe zu Goebbels erst öffentlich herstellt und sich dadurch selbst nationalsozialistischen Gedankenguts schuldig macht. Gemäß der Tanzordnung auf dem politischen Parkett ist dieser automatisch gezwungen, sich öffentlich zu entschuldigen, um Rücktrittsforderungen, die ebenso automatisch öffentlich vom politischen Gegner ausgesprochen werden, „den Wind aus den Segeln zu nehmen“.

Clevere sprachliche Spitzfindigkeit bewies Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der in einem ganz anderen Zusammenhang mehrfach vor laufenden Kameras

---

<sup>631</sup> Klemperer (2007), Seite 208

<sup>632</sup> Klemperer (2007)

<sup>633</sup> Adolf Hitler wählte für sich selbst das Pseudonym „Wolf“, seine Vorliebe für dieses Tier äußerte sich auch in Namensgebungen für Orte: Wolfsschanze, Wolfsschlucht. Seine Gründung „Stadt des KdF-Wagens“ wollte er zunächst allerdings nicht „Wolfsburg“ nennen, man vermutet, er sparte sich diese Namensgebung für den „Endsieg“ auf, doch der Magistrat entschied sich trotzdem Mitte 1945 dafür (Quelle: Wohlfromm Hans-Jörg und Gisela „Deckname Wolf“, 2001)

<sup>634</sup> Vgl. „Eskimo“ > „Inuit“ oder „Neger“ > „Schwarze“ > „Farbige“ > „Bürger afrikanischer Abstammung“

aufgefordert wurde, sich zu entschuldigen: Aus der Affäre zog er sich, indem er den Reportern sinngemäß zurief, er habe sich nicht zu entschuldigen, weil nur der, an den die Bitte um Entschuldigung gerichtet wird, jemanden entschuldigen könne<sup>635</sup> – damit hatten die Reporter ihr Statement und ließen ihn in Ruhe.

### **Das Unaussprechliche und der Historikerstreit**

Ein bemerkenswertes Zusammentreffen dieser drei Faktoren, also sprachlicher Entgleisung, Entschuldigung und „Unausgesprochenem“, ist der Historikerstreit, bei dessen Höhepunkt Martin Walser 1998 blanken Hass auf sich zog, als er, ausgerechnet anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, darlegen wollte, dass er gegen eine Form der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sei, die durch „Dauerpräsentation“ das „Gedenken, das Nichtvergessendürfen“ durch eine schnöde „Instrumentalisierung unserer Schande“ ersetze. Auschwitz eigne sich nicht als „Drohroutine“ und „jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel“, „Moralkeule“ und „Pflichtübung“, wie es in der Rede heißt<sup>636</sup>. Interessant ist, dass er vornehmlich wegen seiner als antisemitisch interpretierten Ausdruckweise angegriffen wurde, nicht aber wegen vermeintlich antisemitischen Inhaltes. Viele Formulierungen kann man tatsächlich als Bedauern über eine beobachtete Instrumentalisierung der Banalisierung der unaussprechlichen Schande lesen.

Nur nebenbei flammte der Streit darüber wieder auf, ob man das Grauenhafte der Gaskammern mit anderem Grauenhaftem vergleichen und dadurch relativieren durfte, also aussprechen dürfe, was das Unaussprechliche ist. Demzufolge umschreiben Juden den Holocaust auch mit „Schoah“ – Unglück.

---

<sup>635</sup> Gedächtnisprotokoll diverser TV-Interviews während der Rücktrittsforderungen 2007 an Thierse, nachdem er Helmut Kohl beschuldigt hatte, seine lichtallergische Ehefrau Hannelore „im Dunkeln sitzen“ gelassen zu haben.

<sup>636</sup> Quelle:

[http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/WegeInDieGegenwart\\_redeWalserZumFriedenspreis/index.html](http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/WegeInDieGegenwart_redeWalserZumFriedenspreis/index.html)  
( 24.01.2010)



## Symbole

*Schreibe kurz – und sie werden es lesen  
Schreibe klar – und sie werden es verstehen.  
Schreibe bildhaft – und sie werden es im Gedächtnis behalten.  
Joseph Pulitzer*

Politisch euphemistische Metaphern, wie „der große Sprung nach vorn“ oder „der lange Marsch“ führten in der politischen Kommunikation Chinas sogar zu Mythen. Das Bild des Marsches wird propagandistisch besonders gerne verwendet, wie der „Marsch auf die Feldherrenhalle“ (Hitler), der „Marsch auf Rom“ (Mussolini), der „Marsch auf Madrid“ (Franco), der „Marsch nach Havanna“ (Castro) und der „Marsch durch die Institutionen“ (APO/Dutschke) beweisen. Sprachliche Bilder sind wie optische Bilder Platzhalter für ein ganzes Bouquet an Informationen und – wichtiger: Gefühle.

Die vermeintliche Bilder- und Symbolarmut heutiger Demokraten und besonders der Bundesrepublikaner liege gerade darin, dass sich in der Demokratie „der Ort der Macht als nicht darstellbar“ [erweise]. „Er werde zu einer Leerstelle. ‚Undarstellbarkeit‘ wird zum ‚Wesenszug der Demokratie‘ erklärt, demokratische Macht, so heißt es, gruppiere sich um ein leeres Zentrum, um ein ‚imaginäres Vakuum‘ in einem ‚bilderlosen Raum‘. So überwiegen skeptische Einschätzungen, nach denen es Demokratien ohnehin ‚schwer haben, sinnfällig zu werden‘, es sei geradezu ein Ausdruck des Pluralismus moderner demokratischer Gesellschaften, daß sie sich auf kein einheitliches Bilderprogramm einigen können, Demokratien seien daher zwangsläufig in ihrer Selbstdarstellung bescheidener. Der Verzicht auf ‚bündige, ästhetische Repräsentation‘ sei ein ‚merkwürdiges Manko‘ sowie eine ‚peinliche Schwäche‘ der Demokratie“, fasst Phillip Manow sämtliche bis dato vorhandenen Einschätzungen demokratischer Symbolik in seinem Buch „Im Schatten des Königs“<sup>637</sup> zusammen. Er bemüht sich darin, die bisherigen Einschätzungen über Symbolik in Demokratien anhand der Architektur von Plenarsälen zu widerlegen: „Meine These lautet, daß sich gerade in der parlamentarischen Sitzanordnung das ‚Nachleben‘ einer politischen Theorie und Theologie manifestiert, deren zentrales Element die Vorstellung vom (heiligen) politischen Körper (body politic) darstellt.“<sup>638</sup> So zeigt er auf, dass in modernen Demokratien durchaus viele Bezüge auf monarchistische und klerikale Traditionen nachweisbar sind. Zunächst entwickelt er anhand der Sitzordnungen moderner Parlamente, dass die symbolischen Darstellungen der Macht modifiziert monarchistische Machtsymbole sind. Des Weiteren führt er den Nachweis, dass Staatsoberhäupter sich in der Öffentlichkeit oft wie Könige gebärden,

---

<sup>637</sup> Manow (2008), Seite 17f

<sup>638</sup> Manow (2008), Seite 17f

weil sie die Wirkung majestätischer Haltung als vorteilhaft für Vermittlung ihrer Politik erkannt haben. Der Herrscherkörper sei „*bigger than life*“ oder soll uns doch zumindest so erscheinen.“<sup>639</sup>

Dass Charisma noch keinem Politiker geschadet hat, beobachtete auch Max Weber: „Charisma soll eine als außeralltäglich (...) geltende Qualität einer Persönlichkeit heißen, um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder zumindest spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem andern zugänglichen Kräften oder Eigenschaften oder als gottgesegnet oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird (...). Allein, wie sie tatsächlich von den charismatisch Beherrschten, den ‚Anhängern‘ bewertet wird, kommt es an.“<sup>640</sup>

Der Mensch ist für Ernst Cassirer ein „*animal symbolicum*“. Der Symbolbegriff spielt in seiner Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelten „Theorie des Transzendentalen“ eine besondere Rolle. Er schuf den Begriff der „symbolischen Prägnanz“, nach dem der Mensch nur über Symbole einen Wirklichkeitsbezug habe.<sup>641</sup> Cassirer analysiert im zweiten Band seines Hauptwerkes *Philosophie der symbolischen Formen* (1923–1929), *Das mythische Denken* (1925), „die apriorischen Grundlagen mystischer Welterfahrung am Beispiel Kants (was bedeuten mythisch Raum und Zeit?) und gelangt (...) zu dem Ergebnis, auch der mythische Mensch brauche eine Gruppe apriorischer Kategorien, mit denen er Erfahrung organisiert. Unter Mythos wird dabei nicht eine Reaktion auf Eindrücke, sondern eine Aktion des Geistes verstanden, die Bearbeitung und Darstellung der Außenwelt via Zeichen- bzw. Symbolsystem,“<sup>642</sup> wie Christoph Jamme zusammenfasst. In Cassirers viertem Band spiele die tragende Rolle der an Goethes „Urphänomene“ angelehnte Begriff der „Basis-Phänomene“, „die mit seiner Philosophie der symbolischen Formen zusammengeschlossen wird: Sprache, Mythos, Kunst und Erkenntnis sind die ‚Werke‘ des Geistes, kraft derer er sich seinen kulturellen Lebensraum gestaltet.“<sup>643</sup> Ab 1941 beobachtet Cassirer im USA-Exil das „Übergewicht mythischen Denkens über rationales Denken in einigen unserer modernen politischen Systeme“<sup>644</sup> und „Frucht dieser Bemühungen ist sein letztes Werk von 1946, *The Myth of the State*, in dem er ‚die Technik der modernen politischen Mythen‘ untersucht, um die Geschehnisse des nationalsozialistischen Staates zu verstehen.“<sup>645</sup>

Und tatsächlich wirken politische Symbole als Bilder unbestreitbar identitätsstiftend. So benutzen sämtliche Staaten sie gezielt, um gerade patriotische Gefühle zu steigern: Eines der wichtigsten ist dabei die Nationalflagge und so verwundert es nicht, dass die

---

<sup>639</sup> Manow (2008), Seite 140

<sup>640</sup> Weber, Max, hier zitiert nach: Manow (2008); Seite 141f

<sup>641</sup> Jamme, Christoph „Cassirer, Ernst“ in: Metzler (1995), Seite 167f

<sup>642</sup> Jamme, Christoph „Cassirer, Ernst“ in: Metzler (1995), Seite 167f

<sup>643</sup> Jamme, Christoph „Cassirer, Ernst“ in: Metzler (1995), Seite 168

<sup>644</sup> Cassirer, Ernst, zitiert nach: Jamme, Christoph „Cassirer, Ernst“ in: Metzler (1995), Seite 168

<sup>645</sup> Jamme, Christoph „Cassirer, Ernst“ in: Metzler (1995), Seite 168f

Darstellung der Nationalflagge der DDR mit Hammer und Sichel auf schwarz-rot-goldenem Grund in der Bundesrepublik tatsächlich lange verboten war. Bedenkt man die mythische und kultische Aufladung eines Symbols, verwundert Ikonoklastik als logische Symbolhandlung zur Negation der dahintersteckenden Ideologie ebenso wenig. Die Destruktion von Symbolen soll die Zerstörung des sie transportierenden Gedankenguts darstellen und so verfehlt ein symbolischer Akt der Zerstörung selten seine gewollte emotionale Wirkung, wie beispielsweise die jeweiligen Zeitgenossen des reformatorischen Bildersturms, der Reichkristallnacht und der Sprengung der Buddha-Statuen<sup>646</sup> berichteten.

Doch auch die Profanität schätzenden Demokraten sind vor der Wirkung von Symbolen nicht gefeit und die Politik weiß diesen Reflex (in) der medialen Öffentlichkeit auszunutzen, auch wenn der von Josef Joffe beobachtete Komplex der Presse, symbolische Handlungen als solche zu erkennen und zu diskreditieren, dem scheinbar entgegensteht: „Die Handelnden aber wissen: Symbolik ist die halbe Miete in der Politik, oft die eigentliche Message.“<sup>647</sup>

Wir erinnern uns an Willy Brands „Kniefall von Warschau“, an das Halten ihrer Hände von Francois Mitterand und Helmut Kohl 1984 am Gebeinhaus zu Douaumont, um der Gefallenen von Verdun zu gedenken. Als sprachlicher Begriff ist dieses bildliche Symbol im deutschen Sprachgebrauch allerdings sub-optimal, denn wir haben für diese Geste vornehmlich den deutschen Ausdruck „Händchenhalten“.

Auch akustische Symbole können ebenfalls politisch genutzt werden. Legendar wurde das Erkennungszeichen von *BBC London* während des Zweiten Weltkrieges: Wegen ihrer Bedeutung als Buchstabe „V“ für „Victory“ im Morse-Alphabet (···—) wählte man die tiefen Paukentöne „Ta Ta Ta Taaa“ (das Kopfmotiv aus Beethovens 5. Sinfonie) bewusst als Ankündigungs-Jingle für Nachrichten von der Front.

In der Geschichte der Raumfahrt heißt es, dass der Ton, mit dem der erste sowjetische Satellit „Sputnik“ Signale sendete, die westlichen Mächte deshalb so sehr ärgerte, weil er den Vorsprung des östlichen Systems im All symbolisierte. Daher legte John F. Kennedy großen Wert darauf, wenigstens einen Amerikaner als ersten Menschen auf den Mond zu schicken, koste es, was es wolle. Es ging nicht viel weniger um Erkenntnisgewinne wissenschaftlicher Forschung als um den Führungsanspruch der Systeme allgemein. Das Hissen der US-Flagge symbolisierte den Sieg des politischen Systems und nicht allein eine erfolgreiche technische Mission.

---

<sup>646</sup> Durch die Taliban 2001 im afghanischen Bamiyan-Tal, die zuvor zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt worden waren.

<sup>647</sup> Joffe, Josef „USA: Bush der Verführer“ in: Die Zeit vom 24.02.2005, unter: [http://www.zeit.de/2005/09/01\\_leit\\_1?page=all](http://www.zeit.de/2005/09/01_leit_1?page=all) (03.03.2010)

Kennedy musste entweder sterben, weil er ein System verkörperte oder weil er eben ein bestimmtes System NICHT verkörperte. Manow macht den Dualismus *dignitas/humanitas* des Herrscherkörpers zum Thema: „Wenn die *dignitas* des Amtes potentiell immer mit der *humanitas* der Amtsperson in Konflikt geraten kann, läßt sich der Hinweis auf die Körperlichkeit und Kreatürlichkeit der politischen Führungsperson immer auch als Instrument der politischen Auseinandersetzung nutzen. Hinweise auf den Körper des Politikers dienen seiner ‚Entzauberung‘ und werden so zu Mitteln des politischen Kampfes.“<sup>648</sup> So ist final für Manow das öffentliche Köpfen eines Königs das Symbol für die Ent-*hauptung* des monarchistischen Systems, also der Entfernung des hierarchischen Ober-*hauptes*, um darzustellen, dass das System sich nun ohne Kopf aus seinen Gliedern und Organen heraus selbst organisieren müsse.

Manow stellt heraus, dass sich Diskurstheorien als ungeeignet erweisen, real existierende Politik in Demokratien zu erfassen, wenn sie nicht berücksichtigen, dass Öffentlichkeit und Öffentliche Meinung politisch direkt abhängig auch von Ungesagtem sind. „Daß die Schweißperlen auf der Oberlippe von Richard Nixon im Fernsehduell mit John F. Kennedy ihm angeblich in den Präsidentschaftswahlen von 1960 die entscheidenden Prozentbruchteile gekostet haben sollen, wäre (...) nicht ein Hinweis auf die Oberflächlichkeit des US-amerikanischen Publikums, sondern auf die Bedeutung des Charismas in modernen Demokratien“, schreibt er. Und schimpft: „Daß heute politische Herrschaft ‚entpersonalisiert‘ und ‚nachmetaphysisch‘ sei (Habermas), ist vielleicht ein frommer Wunsch, mit Sicherheit aber ein Irrtum einer Demokratietheorie, die sich die ganze Politik in Diskursen verflüssigt wünscht.“<sup>649</sup>

### **Leadership**

Wie Mark Fliegau und Leonard Novy darlegen, ist Barack Obama nicht nur deshalb zum 44. Präsidenten der USA gewählt worden, weil er charismatisch sei und das Internet brillant genutzt habe, sondern vor allem deshalb, weil er einen entscheidenden anderen Faktor erfüllt: „Leadership“. Leicht abgewandt von der Weberschen Schilderung vom charismatischen „Führer“ bringen sie zwei weitere Aspekte in die Diskussion um charismatische Herrschaft ein: die inhaltliche Ausrichtung auf mehrheitsfähige Ziele und die identitätsstiftende oder zumindest -fördernde Funktion des Gemeinsamen an sich. Ähnlich wie Arendts Idee von der *einen* Welt, die man *gemeinsam* aufbaue: „Aufbauend auf der Einsicht, dass nur führen kann, wer auch tatsächlich und nachhaltig auf die Bedürfnisse und Nöte seiner Anhängerschaft eingeht, bot Obama Möglichkeiten der Identifikation und Teilhabe – eine

---

<sup>648</sup> Manow (2008), Seite 143

<sup>649</sup> Manow (2008), Seite 142f

„Gemeinschaft mit allen, die mitmachen wollen“.“<sup>650</sup> Die soziale Komponente spielt für „charismatisch Beherrschte“ – anders als allgemein vermutet – möglicherweise eine größere Rolle als die Überzeugungskraft inhaltlicher Ziele.

## 2.12 Psychopathologische Öffentlichkeit

---

Emile Durkheim hat mit seiner Studie „Selbstmord“ den Begriff „Anomie“ in die Soziologie eingeführt.<sup>651</sup> Anomie definiert er als Situation, in der Verwirrung über soziale und/oder moralische Normen herrscht, diese unklar oder nicht vorhanden sind. Dies führt nach Durkheim zu abweichendem Verhalten (Devianz), kann aber auch in Kriminalität (Delinquenz) münden. Da Anomie umgangssprachlich auch mit Anarchie übersetzt wird, sei hier auf das Kapitel „Zivilgesellschaften am Rande der Legalität“ in Teil I verwiesen. Hier nur festzuhalten ist: Wenn These und Antithese bei einigen zu Verwirrung führen, anstatt aufzuklären, tritt vermutlich auch beim Publikum normabweichendes Verhalten ein. Oft sehen wir: Der Impuls zur Gegenrede verpufft in Fatalismus und Resignation oder andere Ausdruckformen werden gefunden, wie cholerischer Trotz, Albernheit<sup>652</sup> oder tumbe Abstumpfung.<sup>653</sup> Auch die Theorie der kognitiven Dissonanz des Psychologen Leon Festinger postuliert zur Verhinderung des als unangenehm empfundenen Zustands verschiedene Ausweichmanöver<sup>654</sup>. Daraus, dass Menschen versuchen, Widersprüche (Dissonanz) im Wissen und Meinen (Kognition) zu vermeiden, leitete der Kommunikationsforscher Joseph Klapper die Hypothese der selektiven Kommunikationsnutzung (*selective exposure*) ab: Individuen suchen aktiv jene Informationen, die ihre Überzeugungen stützen, und vermeiden ihren Überzeugungen widersprechende Informationen.<sup>655</sup> Albert Bandura entwickelte das psychologische Konzept der Selbstwirksamkeit, nach dem „wir nicht einmal erwägen, etwas zu tun oder zu riskieren, wenn wir erwarten, daß wir nichts damit bewirken. Wir meiden Menschen oder Situationen, wenn wir uns den Anforderungen, die diese stellen, nicht gewachsen fühlen“<sup>656</sup>, erklären Philip Zimbardo et al.

Johan Galtung, oben als Schöpfer der Imperialismustheorie genannt, erkannte, dass „nicht nur sozialen Akteuren zurechenbare Handlungen, sondern auch soziale Strukturen als solche Gewalt ausüben und töten können,“ erklärt Hajo Schmidt ein Element in Galtungs umfangreicher Friedensforschung, „Friede oder Unfriede lassen

---

<sup>650</sup> Fliegauß, Mark, Novy, Leonard: „E-Bama“ – Amerikas erster ‚Internetpräsident‘ und die Rolle des World Wide Web für moderne politische Führung“, in: Bertelsmann-Stiftung (2009), Seite 186

<sup>651</sup> Schäfers (2005), Seite 164

<sup>652</sup> Eine interessante Variante war die Spontibewegung in den 1980er Jahren.

<sup>653</sup> Näheres zur Problematik der gegenseitigen mehrdimensionalen Beeinflussung im Kapitel „Kommunikationstheorien als praktische Lösung“ und unter dem Stichwort „Begriffe besetzen“ im Kapitel „Sprache“.

<sup>654</sup> Zimbardo et al. (1999), Seite 433

<sup>655</sup> Siehe auch Involvement-Theorie und Verstärkereffekt im Kapitel „Kommunikationstheorie“

<sup>656</sup> Zimbardo et al. (1999), Seite 534

sich nach Galtungs Auffassung am deutlichsten auf individueller Ebene feststellen und messen!“<sup>657</sup> Bedrohung des Friedens „kann aufgehoben werden durch Macht- und Kommunikationsverhältnisse, die sich an der wechselseitigen Befriedigung von Anerkennungsbedürfnissen sowie grundlegenden Sicherheits- und Reproduktionsinteressen orientieren.“<sup>658</sup> Dies erlaubt den Hinweis auf Schönherr-Manns Postulat des „Miteinander-leben-Lernens“ in der politischen Kommunikation, auf den in Teil III näher eingegangen wird.

### **Pathologische Erstarrung?**

Das Resümee der „Langweiligkeit“ der Politik im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts und die Diagnose der Abstumpfung und Erstarrung des Publikums erlaubt eventuell auch eine andere „medizinische“ Interpretation. Wie der Neuropsychologe Oliver Sacks bei einer bestimmten Patientengruppe an einem Hirndefekt Erkrankten feststellte, waren diese durch extrem starkes Zittern quasi so sehr erschüttert, dass sie zu vollkommener Regungslosigkeit erstarrten. „Sie waren die vergessenen Opfer einer vergessenen Krankheit, der ‚Encephalitis lethargica‘. Dieses tückische Leiden, auch ‚Europäische Schlafkrankheit‘ genannt, wurde zuerst 1916 in Wien beobachtet, breitete sich um die halbe Welt aus, fand etwa fünf Millionen Opfer und erlosch nach einem Jahrzehnt so plötzlich, wie es aufgetaucht war. Ein Teil der Erkrankten starb rasch, im Koma oder an totaler Schlaflosigkeit, andere überstanden die Infektion offenbar folgenlos“, schildert Urs Jenny dieses bis heute nicht restlos erforschte Phänomen.<sup>659</sup>

Ist politische Langeweile möglicherweise eine pathologische Reaktion auf einen kommunikatorischen Defekt oder eine Konsequenz aus der als „anomisch“ (s. o.) empfundenen politischen Bewegungsdynamik zwischen Rechts und Links, die zu einer Erstarrung in der Mitte führt, oder ist die Abstumpfung eine Reaktion auf kognitive Dissonanz durch widersprüchliche Aussagen darüber, was gut und richtig für das Gemeinwohl sei? Wahrscheinlich fühlen politisch eher Desinteressierte sich gewissen politischen Situationen einfach nicht gewachsen und resignieren deshalb. Das Bild der „inneren Emigration“ drängt sich auf.

Wie wir bei der Reaktion der Öffentlichkeit auf Tschernobyl gesehen haben, reagierten die westlichen Bürger wie bei einem Beinahe-Unfall und gingen, anders als der enorme Impetus des GAU es hätte vermuten lassen können, nicht in die adäquate Gegenbewegung, beispielsweise eine Anti-Atomkraft-Revolution über, sondern machten praktisch weiter, als sei nichts geschehen.

---

<sup>657</sup> Schmidt, Hajo „Johan Vincent Galtung“ in: Bleek and Lietzmann (2005), Seite 289ff

<sup>658</sup> Schmidt, Hajo „Johan Vincent Galtung“ in: Bleek and Lietzmann (2005), Seite 293

<sup>659</sup> Jenny, Urs „Steh auf und wandle“ am 11.02.1991 in: Der Spiegel 7/91, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488615.html> (27.02.2010) über die Verfilmung von Oliver Sacks Buch „Awakenings“ von 1973 mit Robert de Niro und Robin Williams in den Hauptrollen in „Zeit des Erwachens“ 1991.

Anders verlief die Reaktion der US-Bürger auf die Zerstörung des World Trade Centers am 11. September 2001 („9-11-Schock“): Sie reagierten in mehr oder weniger angemessener Panik, je nachdem, inwieweit sie in das damalige Geschehen direkt oder indirekt involviert waren und wie sehr ihnen ihre psychologische und ihre soziale Disposition half, ihr Leben danach wieder innerhalb „normaler“ Bahnen zu lenken. Möglicherweise kann man beide Reaktionsmuster der „Weltöffentlichkeit“ auf diese in der Geschichte weltbewegenden Ereignisse innerhalb der jeweilig individuellen kulturellen und kognitiven „Erfassbarkeit“ und „Erklärbarkeit“ der politischen Machtverteilung, also im Spannungsfeld überwältigender Kräfte, sowohl als pathologische Reaktion – ausgelöst durch wie auch immer gearteten Defekt – diagnostizieren als auch als „normale“ Reaktion auf ein (Beinahe-)Trauma erklären. Fest steht, dass Individuen unterschiedlich reagieren und nur diejenigen Reaktionen in die Geschichte eingehen, die im Licht der Öffentlichkeit betrachtet werden konnten. Dass Nicht-Agieren, Langeweile, Untätigkeit und Unterlassen als menschliche Verhaltensweisen überhaupt auffallen, geschieht nur dann, wenn sie von der Norm abweichen oder das bekannte Muster von Aktion/Reaktion unerwartet durchbrechen. Wir wissen, dass das Reiz-/Reaktions-Schema in der Kommunikationsforschung keinen Bestand hat, jedoch folgen innerhalb eines Kommunikationssystems auf Kommunikationsaktionen normalerweise stets entsprechende Reaktionen – wenn die Kommunikationskanäle frei sind und nicht durch Desinformation, Täuschung oder anderes gestört werden.

Die verwirrenden Bewusstseinszustände, in die man angesichts der zugleich erfreulichen und bedenklichen Entwicklung des Internets geraten kann, erzeugen eine Double-Bind-Situation, die der Video-Künstler Tom Sherman, Begründer des Performance Duos „Nerve-Theory“, 1998 bereits so ähnlich voraussah: „Menschen sind allem Anschein nach im Umgang mit ihrer persönlichen Daten- und Informationsflut stabiler und Auseinandersetzungen weniger zugeneigt. Dennoch schwingen – oder schwanken – auch sie zwischen zwei inneren Polen hin und her und wirken deshalb meist verwirrt, wenn nicht vollkommen gelähmt: Häufig wissen sie nicht, was sie denken.“<sup>660</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Web 3.0 – künstlich-ontologische Semantik im totalen Cyberspace?“.

---

<sup>660</sup> Sherman, Tom „Nerve Theory: Shades of Catatonia“ 12/6/98, unter:  
[http://90.146.8.18/de/archives/festival\\_archive/festival\\_catalogs/festival\\_artikel.asp?iProjectID=8418](http://90.146.8.18/de/archives/festival_archive/festival_catalogs/festival_artikel.asp?iProjectID=8418)

### ***2.13 Der mündige autonome Bürger vs. Pressekonzentration und Monopolisierung***

---

Die Befürchtung, dass Medien die Gesellschaft beherrschen, ist zwar durch Forschung nicht zu belegen, doch wie bereits dargelegt, fehlen empirische Instrumente zur Messbarkeit von Gefühlen und Vorurteilen. Fest steht, dass trotz Monopolisierung der Presse in einer Hand voll Verlegerkonzernen die Anzahl der publizierten Periodika seit dem Zweiten Weltkrieg explosionsartig gestiegen ist und dass seither die Bevölkerung auch „unterhalb“ der politischen Bühne, bzw. außerhalb des öffentlichen Raumes, zahlreiche Möglichkeiten gefunden hat, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen.<sup>661</sup>

Durch die Entwicklung von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft hat sich auch das Publikum verändert. Die Rezeptionsfähigkeit, also die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, sich komplexen Sachverhalten zu widmen, diese zu verstehen und daraus kognitiv eine fundierte Meinung zu bilden und an der Deliberation teilzunehmen, geht wie die Arm/Reich-Schere auseinander: Die bereits oben genannte Wissensluft-Hypothese der Medienwirkungsforschung besagt, dass Massenmedien „die Schläuen schlauer machen und die Einfältigen einfältiger“, wie es Christine Eichel ausdrückt.<sup>662</sup> Öffnet sich durch die Differenzierung der Medienangebote und das gleichzeitig steigende Bildungsniveau der Bevölkerung und die damit zu vermutende aktive und passive Beteiligung am politischen Diskurs diese Schere quantitativ zugunsten der „Schläuen“? Und wird dadurch möglicherweise ein paritätischer Ausgleich erreicht?

Habermas' Autonomie-Postulat, das er in „Faktizität und Geltung“ formuliert<sup>663</sup>, ist ein Ideal, um die Schere zugunsten der Schläuen zu öffnen: „Grundrechte auf die Gewährung von Lebensbedingungen, die in dem Maße sozial, technisch und ökologisch gesichert sind, wie dies für eine chancengleiche Nutzung der (...) bürgerlichen Rechte unter gegebenen Verhältnisse jeweils notwendig ist.“<sup>664</sup> Sein Ziel ist, die Partizipationsbedingungen zu optimieren, damit das deliberative Verfahren im Rahmen der Gesellschaft auch wirken kann. Diesem Zweck dient der „verständigungsorientierte Sprachgebrauch, der auf das kommunikative Handeln angewiesen ist.“<sup>665</sup> Doch verständigungsorientierter Sprachgebrauch ist bei der

---

<sup>661</sup> Ebenso Institutionen und Unternehmen, mehr dazu in den Abschnitten „Lobbyismus“ sowie „Zivilgesellschaften am Rande der Legalität“

<sup>662</sup> Eichel, Christine „Playback“, in: Cicero, Magazin für politische Kultur, Ausgabe Januar 2010, Seite 129

<sup>663</sup> Habermas (1992)

<sup>664</sup> Habermas (1992), Seite 155f

<sup>665</sup> Habermas (1992), Seite 34



persuasiven Politikvermittlung durch Presse nur die eine Hälfte der Lösung, die andere Hälfte muss sich dem Problem der Übermacht der Unterhaltung widmen, die dem Rezeptionsverhalten nicht nur bildungsarmer Milieus entgegenkommt, sondern auch die „Schlaunen“ umgarnt: Der grundsätzlichen Tendenz, eher den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und dem attraktiveren Angebot zu folgen, ist niemand abhold.

Nachfrage bestimmt das Angebot: In der Kommunikationspraxis sind betriebswirtschaftlich ausgerichtete Medienunternehmen (Presse und Privatsender) und die durch Einschaltquoten determinierte Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Sender als Massenmedien darauf ausgerichtet, dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu folgen, um wirtschaftlich und informativ den größten Effekt und damit den größten Erfolg zu erreichen.

Wenn es demgegenüber nicht gelingt, die Anzahl an politisch Gebildeten in einem zu den Massenmedien parallel existierenden Öffentlichen Raum zu mobilisieren, dann wird die Schere sich zugunsten der „Einfältigen“ weiter öffnen. Da in vielen Staatsformen durch das Mehrheitsprinzip Herrschaft legitimiert wird, ist die Besorgnis, dass Massendemokratie auf die „Herrschaft der Dummen“ hinausläuft, eventuell nicht unbegründet.

### **De-Liberalisierung zugunsten von Deliberation?**

Die differenzierte Medienlandschaft mag ein differenziertes und diversifiziertes Informierungsverhalten der pluralistischeren Öffentlichkeit fördern, demgegenüber steht erstens die kommerzielle Determinierung zwischen Sender und Empfänger (Einschaltquoten/Werbeerlöse) und zweitens die historisch tendenziöse Ausrichtung der wenigen monopolistischen Medienkonzerne,<sup>666</sup> deren Manager sämtliche Periodika und Sendungen kontrollieren. Die ihnen allgemein zu unterstellende neo-liberale und neo-marxistische Tendenz war in der Vergangenheit für die Verfechter des journalistischen Wächter-Ansatzes ein Problem, doch durch die „Medienkrise“ infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise nivelliert sie dieses jedoch möglicherweise. Denn Rufe nach staatlicher Unterstützung<sup>667</sup> wurden laut, was auf De-Liberalisierung, also den Abbau rein auf Profit ausgerichteter Mechanismen zugunsten des deliberativen Diskurses hinauslaufen könnte, je nachdem, inwieweit die Medienunternehmen die staatliche Stütze dazu verwenden, teure journalistische Angebote zur politischen Meinungs- und Willensbildung zu realisieren. Wie am Beispiel des öffentlich-rechtlichen Senders *BBC* (Finanzierung durch Rundfunkgebühren, ganz ohne Werbeerlöse) zu sehen, kann, trotz der eingangs festgestellten Neigung, seichte Massenunterhaltung zu bevorzugen, ein qualitativ

---

<sup>666</sup> Wie oben bereits mehrfach erwähnt. Beispielweise ist die SPD anteilig an der *Frankfurter Rundschau* beteiligt.

<sup>667</sup> Im Rahmen der weltweiten Finanzkrise unterstützte die Bundesregierung 2009 nicht nur die „systemrelevanten, notleidenden“ Banken, sondern viele andere Branchen im Rahmen eines „Konjunkturpakets“, um den Abwärtstaukel der Wirtschaft aufzuhalten.

hochwertiges Programm-Angebot zu quantitativ hochwertiger Nachfrage führen: Die *BBC* gilt mit ihren Programmen in England als Marktführer und verkauft ihre Angebote auch weltweit erfolgreich, was wiederum Gelder in ihre Kasse spült.

### **Fazit Macht: Checks and Balances im Öffentlichen Raum**

„Machiavelli lehrt den Fürsten – wie auch Erasmus von Rotterdam, der Lehrer Karls V., daß sich eine Regierung ohne Zustimmung nicht an der Macht halten kann,“ erklärt Elisabeth Noelle-Neumann<sup>668</sup> und dies ist die Quintessenz der politischen Rolle der Öffentlichkeit: Von ihrer Zustimmung hängen Herrschaftsverhältnisse ab.

Dadurch, dass die klassischen Massenmedien nicht nur als neutrales Spielbrett dienen, auf dem Staat und Gesellschaft Meinungen und Informationen wie Spielfiguren zwischen den Polen Zustimmung und Ablehnung hin- und herschieben, sondern erstens selbst als Mitspieler mit-agieren und zweitens durch Sparmaßnahmen Redaktionen nicht im selben Maße mit Mitteln ausgestattet sind wie die PR-Abteilungen der Big-Player der Wirtschaft, befindet sich das ganze System latent in Schiefelage.

Ebenso ist der Faktor Unterhaltung als Gegengewicht zum Faktor Deliberation innerhalb des Mediendiskurssystems „übergewichtig“. Er wird sogar zum Schwergewicht, wenn Populisten mit reichlich Geldmitteln ausgestattet sind, um zusätzlich zu demagogischem Talent auch noch PR- und Werbung nutzen zu können, um die Aufmerksamkeit zu vergrößern, die ihre Wahlchancen wiederum stärkt.

Durch Steigen des Bildungsniveaus und das praktische Werkzeug Politainment, das bisher unwillige/unfähige Milieus in den Öffentlichen Raum politischer Deliberation quasi „verführt“, könnte ein Ausgleich stattfinden, je nachdem, wie breitenwirksam die Gegenposition in der Lage ist, ihre Inhalte zu vermitteln.

Der Hang des Massenmenschen, weniger vernünftige als vielmehr intuitive Willensbildung zu betreiben, wird verstärkt durch wahrnehmungsfreundliche, unterhaltsame Darstellung, also einfache Wahrheiten, plakative Bilder und starke Images von Persönlichkeiten, die zusammengenommen eine Art kollektive Vorstellung, also Images, erzeugen. Diese transzendente „Wolke“, die einerseits selbst aus „Informationströpfchen“ entsteht und sich ständig verändert, aus der sich die Meinungs- und Willensbildung der Wähler aber andererseits wiederum neu speist, trifft genau das, was Hegel einst konstatiert hat. Zur Erinnerung: „Öffentliche Meinung hat die Form des gesunden Menschenverstandes, ist in der Art von Vorurteilen im Volke verbreitet, spiegelt allerdings noch in dieser Trübung ‚die wahrhaften Bedürfnisse und richtigen Tendenzen der Wirklichkeit‘“.<sup>669</sup>

---

<sup>668</sup> Noelle-Neumann (1996), Seite 386 und Abschnitt „Machiavellis Fürst und die PR in Krisenzeiten“

<sup>669</sup> Habermas (1990), Seite 198

Diese „Vorurteile“ der wahlberechtigten Bevölkerung entscheiden also über den Wahlausgang und sind daher auch in ihrer flachsten Banalität ernst zu nehmen. Das Klagen über Oberflächlichkeit, also mangelnde Aufklärung der Wahlberechtigten, im wahrsten Sinne des Wortes,<sup>670</sup> hilft nichts: Sie sind das Volk, sind der Souverän, sind die Gesetzgeber. Sie sollten also „die Mächtigen“ sein, doch in der Entwicklung der praktischen Demokratie verflüchtigten sich ihre Ideale. Mit dem stumpfen Schwert der einzigen Direktwahl, die alle Politik in Deutschland legitimiert, der Bundestagswahl, kann man die Werte der demokratischen Verfassung nicht effektiv schützen und lebendig halten. Die Bürger einer funktionstüchtigen Demokratie haben zwar die Freiheit, im Öffentlichen Raum zu diskutieren, aber ihre Wünsche und Sorgen sind nicht verpflichtend für die gesetzgebenden Volksvertreter. Andere Wahlsysteme, beispielsweise das der USA, zeigen keinen besseren Schutz. Auch wenn dort die Abgeordneten vor ihren Wählern Rechenschaft ablegen müssen, praktisch sind die amerikanische Justiz und vor allem das Wahlsystem nicht gerecht, weil sie das Recht des Stärkeren noch deutlicher bevorzugen, als es in der Bundesrepublik der Fall ist. Mehr direkte Einflussmöglichkeiten (Plebiszit/Partizipation) wären die Lösung, doch der Weg dahin bedeutet Machtverzicht der Mächtigen – eine unlösbare Aufgabe, da die Gesetze, vereinfacht gesagt, von Abgeordneten verabschiedet werden, die keinem Gesetz zustimmen, das ihre Macht beschneidet. Alle Hoffnung liegt nun wieder auf der Öffentlichkeit, die über ihre Öffentliche Meinung und Androhung von Abwahl den Druck auf die Parlamentarier dermaßen vergrößern könnte, dass diese „gezwungenermaßen freiwillig“ Macht abgeben und das Grundgesetz dahingehend ändern. Da der Druck auch etappenweise von unten nach oben steigen könnte, wäre es, wie von Arnim glaubt, realistischer, mit lokalen, regionalen, kommunalen Parlamenten anzufangen, hier also stärker auf Partizipation zu drängen.<sup>671</sup>

Überzeugungen und Vorstellungen entstehen aus dem Handel mit Informationen, die die Meinungs- und Willensbildung in Richtung der einen oder andere Seite verstärken. Wenn keine bidirektionale Entscheidung möglich ist, besteht die Gefahr der Verwirrung. Ziel politisch-kommunikativen Handelns ist, im Widerstreit der Diskutierenden<sup>672</sup> möglichst nur die Auswahl eines Für oder eines Wider bereitzustellen oder höchstens zwischen Lösung A, B oder C. Kompliziertere oder gar komplexe Gegebenheiten zerstören das Machtgefüge, das auf Polarisierung basiert. Und die gefühlte Handlungsfähigkeit von Individuen bewegt sich nur innerhalb eines

---

<sup>670</sup> „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn sie die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung, und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude!“ Bahr (1974), Seite 9

<sup>671</sup> Arnim (2001)

<sup>672</sup> Dass es sich möglicherweise auch um einen Widerstreit der Diskurse, im Sinne Foucault und Lyotards handeln könnte, macht die Sache nicht einfacher: Sollten die Diskutierenden die Codes der Diskurse nicht verstehen, besteht die Gefahr, aneinander vorbei zu diskutieren und niemals zu einer Lösung oder einem Kompromiss zu gelangen. Mehr dazu im Kapitel „Sprache“

überschaubaren Systems, das Handlungsfreiheit in die eine oder andere Richtung, höchstens noch in eine dritte Richtung als Kompromiss erlaubt. Negt und Kluge postulieren, dass Subjekte „die bloße Abbildung der Realität“ sich nur dann aneignen, wenn sie wissen, dass sie eine Handlungsalternative haben.“<sup>673</sup>

Politik reagiert offensichtlich nur auf Druck (Reagibilität), dem entweder nachgegeben wird oder man findet ein anderes Ventil, wie beispielsweise Ablenkungsmanöver durch Gegeninformation oder neue Informationen, die die Handlungsalternativen zerstreuen, bis das Interesse der Öffentlichkeit erlahmt. Um gar nicht erst Druck entstehen zu lassen, sind die Mächtigen bemüht, für ihre Politik frühzeitig Zustimmung zu erlangen, Saxer spricht von „Legitimation durch Information“.<sup>674</sup> Dieses Ansinnen gesteht dem Publikum, also der Öffentlichkeit, durchaus Macht zu. Auch Einzelne haben die Möglichkeit, politische Reaktionen zu erzwingen: Wenn kein allgemeiner Druck durch große Massen (Demonstrationen, Petitionen) erzeugt werden kann, lässt sich die „gefühlte Temperatur“ eines Themas künstlich erhöhen mithilfe der Presse, dass sie, soll sie die Schmerzgrenze nicht überschreiten, entlastende Gegenmaßnahmen nach sich zieht – oder wiederum Ablenkungsmanöver.

Die politische Rolle der Öffentlichkeit als Wahlvolk gibt ihr also während der Legislaturperiode nur wenig Macht. Sie muss sich damit begnügen, dass das politische Handeln ihrer Abgeordneten in demokratischen Staaten ohne plebiszitäre oder partizipatorische Eingriffsmöglichkeiten nur indirekt beeinflussbar ist. Aber immerhin ist es beeinflussbar und bei jeder Wahl besteht die Möglichkeit, eine Regierung abzuwählen, womit die volle Souveränität ihr wieder zufällt.

Der Öffentlichkeit sind also in Machtfragen weitgehend die Hände gebunden, solange sie nicht die Freiheit hat, politisches Handeln direkt, ohne den Umweg über ihre eigenen Abgeordneten oder die Presse, zu gestalten.

Wie diese vorerst noch hypothetische Freiheit möglicherweise eines Tages genutzt werden könnte, wird im nächsten Teil genauer untersucht.

---

<sup>673</sup> Negt (1972), Seite 222

<sup>674</sup> Saxer (2007), 139

### 3 TEIL: FREIHEIT

#### *3.1 Internet – Das Chaotische System der postmodernen Öffentlichkeit?*

---

In den vorangegangenen beiden Teilen dieser Arbeit, „Recht“ und „Macht“, haben wir gesehen, dass „die Öffentlichkeit“ als Raum für die Entwicklung von Gegengewichten zur Relativierung bzw. Neutralisierung von einseitigen Machtansammlungen fungiert. Dies ist unter konservativen Vorzeichen weniger der Fall als unter liberalen, wie der Name schon sagt: Je stärker die Kräfte, die ein vorhandenes politisches System bewahren (konservieren) wollen, desto weniger Spielraum erhalten die Presse als Herstellerin von Aufmerksamkeit und die Öffentlichkeit in ihrer Rolle als Hüterin des Gemeinwohls. Öffentlichkeit setzt also Freiheit (Liberté) voraus, um ihre Aufgabe, die Diskussion aufrechtzuerhalten, wahrnehmen zu können.

#### **Liberté und Egalité**

Ignoriert man die materiellen Zugangsbeschränkungen (Kosten für Hardware, Software und Leitungen) sowie die Voraussetzung der technischen Bedienfähigkeit (Medienkompetenz, Alphabetisierung), steht es jedem Menschen unabhängig von Stand, Klasse, Milieu grundsätzlich frei, sich im Cyberspace zu bewegen. Dadurch, dass technisch gesehen jeder im Internet alles veröffentlichen kann, ist die jakobinische Forderung nach Gleichheit (Egalité) also ebenfalls erfüllt. Insoweit ist das Internet ein demokratieförderndes Medium.

Heute, 2010, befinden wir uns in der Ära des „Web 2.0“, das auch „Social Web“ genannt wird, weil das World Wide Web mit seinen netzwerkartigen Kommunikationsstrukturen und neueren<sup>675</sup> Diensten neuartige interaktive Diskursarten erlaubt. Diese netzwerkartige Kommunikationsstruktur macht das World Wide Web bzw. das Internet zu einem „Inframassenmedium“, „Multimassenmedium“ oder „Supramassenmedium“, wenn man so will. Klassische Massenmedien sind per definitionem<sup>676</sup> einseitig, sie erlauben keinen Dialog. Dieses technische Paradigma ist also mit dem Internet gestorben. Und wenn wir die Moderne an die Massenmedien herkömmlicher Art knüpfen, dann erfolgt mit der neuen Kommunikation vielleicht auch eine neue Zeitrechnung.

---

<sup>675</sup> Die Begriffe neu und neuer relativieren sich im Internetzeitalter sehr schnell.

<sup>676</sup> Gerhard Maletzke lieferte in den 1960er Jahren eine allgemein akzeptierte Definition von Massenmedien: „Unter Massenkommunikation verstehen wir jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig an ein disperses Publikum vermittelt werden“, in: Pürer (1990)

Die Spaltung der Öffentlichkeit – das bisher mehr oder weniger homogene und verstreute Publikum – in „Netizens“<sup>677</sup>, also elektronisch vernetzte Bürger, auf der einen Seite, und derjenigen, die nicht „vernetzt“ sind bzw. die soziale Komponente des Web 2.0 nicht nutzen, also den „Offlinern“, auf der anderen Seite, nimmt eine überwältigende Dimension an. Mit der Verschiebung der Massenkommunikation nivelliert sich der Generationenkonflikt – wie überhaupt alle Unterschiede, die in der realen Welt Probleme machen, im Cyberspace plötzlich nicht mehr stören.

Und dadurch, dass alle Menschen im Internet nicht nur das Recht haben, sich zu äußern, sondern die meisten davon auch in ungeahnter Intensität Gebrauch machen, entstehen neue Probleme. Es zeichnet sich der gewaltigste Strukturwandel der Öffentlichkeit aller Zeiten ab – er ist die Grundlage für die oben genannte dritte These bei dieser Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit, nämlich, dass die Presse als Kontrollmedium („vierte Gewalt“) unverzichtbar bleibt.

### 3.2 *Neue Medien – neue Öffentlichkeiten*

---

Diese Trennung von Öffentlichkeit in eine „reale“ und eine „virtuelle“ Sphäre ist ein weiterer Strukturwandel und ein weiterer Hinweis darauf, dass das, was ein jeder individuell für „die Öffentlichkeit“ hält, kein Abbild des Volkes ist. Diejenigen, die bisher mit den klassischen Massenmedien hantieren, nehmen den „Cyberspace“ kaum wahr. Andersherum bewegen sich die Massen, die sich bereits im Cyberspace zuhause fühlen, zwar immer noch körperlich in der physischen Welt, also im realen Leben (Real Life), wenn sie nicht am PC sitzen, und wissen durchaus, welche Themen die Menschen außerhalb des Internets beschäftigen.<sup>678</sup> Doch die Medienrezeption bewegt sich mehr und mehr weg von klassischen Medien hin zu Onlinemedien. Die „virtuelle“ Realität und die „reale Realität“ scheinen in ihrer Wahrnehmung zu verschmelzen und für Internetbürger werden die „anderen“ vielleicht nicht verschwinden, aber „verblassen“, weil deren Weltbild für sie immer weniger relevant wird. Und vice versa: Menschen, die die Internetwelt nicht kennen, können sich kein Bild von ihr machen – dieser Umstand verbreitet unter diesen bereits Verunsicherung. Ihre Anzahl verringert sich, denn es strömen vermehrt „Alte“ in die Sphäre der „Onliner“. Andererseits gibt es bereits „Digital Natives“,<sup>679</sup> also „jüngere, internetaffine und meist eher politikferne Internetnutzer“,<sup>680</sup> die noch nie etwas mit Zeitungen zu tun

---

<sup>677</sup> In Anlehnung an den englischen Begriff „Citizens“ werden Menschen, die sich im Internet (Net/Netz) engagieren, auch Netizens genannt. Manchmal heißt es auch, Netizens „bewohnen“ das Internet, was ein schöner Beleg für das Lebensgefühl dieser Menschen ist.

<sup>678</sup> Z. B. das Wetter, Inflation, Kriminalität, Sport, Arbeitskampf

<sup>679</sup> Mark Prensky prägte diesen Begriff, um auszudrücken, dass Jugendliche immer weniger zwischen Online- und Offline-Welt unterscheiden (Quelle: Bertelsmann-Stiftung (2009), Seite 24)

<sup>680</sup> Novy, Leonard; Schwickert, Dominic: Ressource und Risiko: Potentiale des Internets für die Politik, in: Bertelsmann-Stiftung (2009), Seite 24

gehabt haben, die auch kaum noch fernsehen oder Radio hören, sondern Filme und Musik nach individuellem Gusto zeitlich und räumlich völlig unabhängig von anderen Menschen nutzen und für die Öffentliches bzw. „Öffentlichkeit“ bereits ausschließlich online erfahrbar ist. Diese Generation hat ein interessantes Verständnis von Informationsfreiheit. In den USA werden die zwischen 1980 und der Jahrtausendwende Geborenen als „Millenials“ bezeichnet und man stuft sie dort als hochgradig politisch ein. Während des Vorwahlkampfes 2008 sprach Tobias Moorstedt mit Neill Howe und William Strauss, zwei Autoren, die in ihr die neue Heldengeneration sehen: „Sie werden sich mit Dingen auseinandersetzen, die sie für falsch halten [...]. Sie werden eher Optimisten sein als Pessimisten, eher idealistisch als zynisch, sie werden eher an die Wissenschaften glauben als an irgendwelche spirituellen Heilslehren, die Gemeinschaft höher schätzen als die eigenen Interessen, Pflichten betonen anstatt nur auf Rechten zu pochen, sie werden den Begriff der Ehre hochhalten, nicht den des Gefühls und eine Generation der Taten sein, nicht der Worte,“ schreibt Moorstedt.<sup>681</sup>

Doch Sherry Turkle, Direktorin des Programms „Technology and Self“ am Massachusetts Institute of Technology (MIT) beurteilt diese Generation weniger euphorisch: “I think that generation has a sense of that information wants to be free and information about themselves want to be free. In a way there is a kind of self-surveillance that I think that young people don’t think about in political terms, but it is a political issue. People put their lives on the screen; they put really intimate details out there and with very little thought that there might be people using that information in ways that are not benign (gutartig). (...) **I think it is hard to teach the relationship between privacy and democracy. And it’s also hard to teach the relationship between intimacy and privacy. What is the intimacy without privacy?** That’s really a question for that generation,” sagt sie in einem Interview der BBC.<sup>682</sup>

Das Bild, das deutsche Millenials abgeben – und nach dem sich die Öffentliche Meinung richtet –, ist zurzeit wenig euphorisch. Die sozialen Auswirkungen dessen, was Turkle in den USA beobachtet, zeichnen sich auch hier ab: Vergebene Chancen auf eine Anstellung, weil Personalverantwortliche auf peinliche Selbstdarstellungen der Bewerber im Internet stoßen, sind das geringste Übel. Drastisch zwingen uns amoklaufende Jugendliche, die angeblich ihren Realitätsbezug durch Onlinespiele bereits völlig verloren haben, darüber nachzudenken, dass sie nur die „Spitze eines Eisberges“ sein könnten. Da der Rest der möglicherweise in Deutschland schon in die Millionen gehenden Zahl der Spielsüchtigen sich unauffällig verhält, ja sogar geradezu unsichtbar im Real Life agiert durch den totalen Rückzug in ihre Zimmer, beschäftigen sie die Gesellschaft und damit die politische Öffentlichkeit bisher genauso wenig, wie Alkoholiker und andere Süchtige, die ihren Pflichten weiterhin nachkommen und nicht

---

<sup>681</sup> Howe, Neill; Strauss, William, hier zitiert nach: Moorstedt (2008), Seite 154

<sup>682</sup> Krotoski, Aleks (2010b)

unangenehm auffallen.<sup>683</sup> Der Markt der Computerspiele und anderer digitaler Unterhaltungssoftware prosperiert weiterhin und für die politische Öffentlichkeit wird der untere, größere Teil des Eisbergs erst dann interessant, wenn das Verhalten dieser Masse wahrnehmbare Auswirkungen hat. Also das, was Sherry Turkle andeutet, wenn sie vom Zusammenspiel zwischen Intimität, Privatheit und Demokratie spricht und von Personen, die die intimen Informationen der Millenials in böswilliger („nicht-gutartiger“) Weise ausnutzen.

Wir verzeichnen also mit dem Übergang ins Internetzeitalter nicht nur eine Polarisierung von Onlinern und Offlinern, sondern auch von Aktiven und Passiven, von politisch völlig Desinteressierten und politisch Interessierten. Und die Polarisierungen und mit ihnen die Strukturwandel der Öffentlichkeit gehen weiter.

Zunächst polarisiert sich die Öffentlichkeit wiederum in euphorische Demokraten, die mit den neuen Technologien die Chance für mehr politische Partizipation verbinden, und den Pessimisten, die befürchten, das Internet könnte vom Staat dazu genutzt werden, die bürgerlichen Rechte einzuschränken. Wie oben geschildert, funktioniert der „Überwachungsstaat“ in hoch technologisierten Nationen bereits nahezu perfekt.

Des Weiteren polarisiert sich die Öffentlichkeit in jene, die die Freiheit der Information durch die unendlichen Weiten des Internets für gesichert halten und jene, die hinter jedem Internetanschluss eine Horde von böswilligen Hackern vermuten, die nichts anderes im Sinn hat, als Informationstransfers zu verhindern, zu verzerren oder in ihrem Sinne zu manipulieren.

Darüber hinaus freuen sich die einen, dass das Internet für jeden offen steht, und die andern befürchten, dass die Aufteilung der Internetwelt unter den Großkonzernen Google (Suchmaschine), Facebook (soziales Netzwerk) und Amazon (Warenhaus) bereits fixiert ist und niemand jemals wieder etwas an deren marktbeherrschender Stellung ändern könne.<sup>684</sup>

Grundsätzlich stehen sich die pessimistische, alt-europäische Tradition und die optimistische der „neuen Welt“ gegenüber und in dieser Kontroverse mischen sich hippieartig-libertinäre Züge mit liberalen und neo-liberalen sowie drastisch konservative mit der „herrschaftsbegrenzenden Grundeinstellung“ der demokratischen Revolution um 1848.<sup>685</sup> Es zeichnet sich nicht mehr wie bisher ein Gegeneinander konkurrierender Weltbilder ab, sondern eine Art „Verwirbelung“ sämtlicher Ideologien.

Der Vormarsch des Internets, nicht nur im technologischen Sinne, sondern vor allem im gesellschaftspolitischen, geht dermaßen rasant vor sich, dass zu Beginn dieser

---

<sup>683</sup> Das sehen Spiele- und Hardwarehersteller natürlich ganz anders.

<sup>684</sup> Vgl. Krotoski, Aleks (2010a)

<sup>685</sup> Vgl. Möllers (2008) und vgl. Exkurs: „Herrschaftsbegrenzung statt Herrschaftsbegründung“ in Teil I



Arbeit der Begriff „Social Media“ nur wenigen vertraut war und innerhalb eines halben Jahres die Nutzerzahlen der darauf basierenden elektronischen Kommunikationsformen explosionsartig hochschnellten. Dementsprechend ist Literatur zu diesen neuen Plattformen und der Art ihrer Anwendungen sowie deren soziologischen und politischen Auswirkungen naturgemäß auch eher im Internet platziert: Internet-Dienste und ihre Anwendungen entwickeln sich extrem schnell weiter.<sup>686</sup>

### **Der Übergang ins Internetzeitalter ist postmodern**

Ordnet man die Begriffe Klassik, Moderne und Postmoderne nicht historisch-chronologisch an, sondern relativ, dann ist das Klassische immer das Bewährte, das überlebt, das Moderne<sup>687</sup> immer die Konfrontation des Bewährten durch bisher ungewohntes Neues und das Postmoderne immer der **Abschwung** der Moderne, das sich Verabschieden von alten Stabilität gebenden Strukturen, ohne neue aufgebaut zu haben. Dem Aufschwung folgt der Aufbau dieser Strukturen, bis sie breitenwirksam sind, also eine neue Moderne. Auch Jürgen Habermas bezeichnet die Moderne als ein „unvollendetes Projekt“.<sup>688</sup> Die bewahrenswerten Elemente des einstmaligen Modernen wandern in den Bereich der Klassik und so fort.<sup>689</sup> Wir befinden uns nach dieser Definition also mit dem Übergang ins Internetzeitalter in der Postmoderne. Insofern ist erklärbar, warum die postmodernen Philosophen der 1980er weitgehend Kopfschütteln verursacht haben: Ihrem damaligen Abgesang auf die Moderne begegnete das literarische, künstlerische und philosophische Establishment, wie es immer reagiert, wenn es, das Etablierte, gezwungen wird, sich mit dem Gedanken an seine eigene Auflösung zu beschäftigen: Es reagiert naturgemäß selbsterhaltend konservativ und damit ablehnend.<sup>690</sup> Menschen außerhalb des akademischen Diskurses haben die Idee der Postmoderne weitgehend nicht einmal ignoriert, sondern schlichtweg nichts davon mitbekommen. In der Lebenswelt gilt immer das Aktuelle als modern, das sich einigermaßen routiniert neuer Techniken bedient.

---

<sup>686</sup> Bücher zu diesem Thema sind zwischen Erstellung und Erscheinen oft schon überholt.

<sup>687</sup> Modern entspringt dem lateinischen Adverb „modo“: eben, eben erst. Also nicht „jetzt“ und auch nicht „neu“.

<sup>688</sup> Vgl. Habermas (1985), Seite 211 ff.

<sup>689</sup> Vgl. „Das Steigerungsspiel“: In seinem Buch *Die beste aller Welten* beschreibt Gerhard Schulze das Steigerungsspiel als das eigentliche Charakteristikum der Moderne. „In diesem gesellschaftlichen Spiel agieren alle Mitspieler nach dem Muster, dass sie stets nach lokalen Optimierungen streben, ohne ihre eigentlichen Ziele im Auge zu behalten. Mit eigentlichen Zielen sind zum Beispiel tatsächliche Verbesserungen der Lebensqualität oder Antworten auf die Sinnfrage gemeint. Der Weg wird zum Ziel und die Ankunft wird vergessen. Das Steigerungsspiel ergreift Besitz von unterschiedlichen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Massenmedien, zwischenmenschliches Zusammenleben, Konsum usw., es gewinnt immer mehr an Dynamik und verbreitet sich im Rahmen der Globalisierung in alle noch so entfernten Winkel der Welt“ (Quelle: Wikipedia: Steigerungsspiel, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Steigerungsspiel>, 12.02.10)

<sup>690</sup> Insofern sind alle Häresien als Auflösungserscheinungen orthodoxer Lebens- und Glaubensformen postmodern.

In der Moderne beginnt ihre Auflösung mit der Kritik an Normen.<sup>691</sup> In der Postmoderne entsteht die Krise durch Verunsicherung. Im Europa der 1980er war noch nicht erkennbar, wohin die Reise des neuen Denkens gehen soll. Wie Veränderungen bei den meisten Menschen stets Verunsicherung auslösen, lösten Dekonstruktion, Post-Strukturalismus, kurz die Infragestellung des Alten ohne die Ahnung eines Neuen – und vor allem den Glauben und die Hoffnung auf ein besseres Neues – Unbehagen aus. Sozialpsychologisch scheint im Massenmenschen die Angst vor Orientierungslosigkeit schwerer zu wiegen als der Wunsch, Unbewährtes infrage zu stellen, solange nicht gleichzeitig schon eine Alternative im Angebot ist.

Doch bereits lange vor den Apologeten der Postmoderne zeichneten sich gesellschaftlich Entgrenzungen ab und das Gefühl von Entfremdung und des In-die-Welt-geworfen-Seins. „Moderne“ Philosophen, wie Nietzsche, Marx, Wittgenstein, Heidegger, Kierkegaard, und Impulsgeber, wie Freud, Einstein und Picasso, erzwangen eine Umleitung des Denkens. Weil dies in der breiten Öffentlichkeit jedoch nicht diskutiert wurde, blieb diese Strömung zunächst ein Phänomen der Eliten und führte zu keiner gesellschaftlichen oder politischen Krise. Als dann die Weltwirtschaftskrise dazukam und das Gefühl der Unsicherheit in die breiten Schichten sickerte, suchten deren Individuen, ohne die Ursachen zu kennen, neue Mittel zur Herstellung von Sicherheit. Eine Entwicklung, die je nach Radikalität der Lösungsvorschläge denn doch zu Krisen führte.<sup>692</sup> Und wurde die Lösung in einer neuen Ideologie gesucht, führte sie letztendlich – wie die Geschichte zeigt – zum Krieg. Der Wiener Privatgelehrte Theodor Wondratsch behauptete gar: „Alle Kriege sind Glaubenskriege.“<sup>693</sup>

Und so wird das Konzept von Colin Crouch in seiner Logik bestätigt. Er sieht die Entwicklung der Demokratie parabelförmig und bezeichnet mit „Postdemokratie“ den zu beobachtenden Abschwung, also das Erlahmen des kritischen Diskurses, den sie zum Überleben braucht. Unter einem postdemokratischen politischen System versteht er „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“. Und: „Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, apathische Rolle. Im Schatten dieser Inszenierung wird die

---

<sup>691</sup> Nach Habermas: „Die sich nach Selbstvergewisserung sehrende Moderne muss dahin gebracht werden, dass sie die Dialektik der Aufklärung erkennt. Sie muss die ‚Rückschritte im Fortschritt‘ (*Der philosophische Diskurs der Moderne*, S. 80) zu kritisieren lernen, um die Selbstkritik der ‚mit sich selbst zerfallenen Moderne‘ zu ermöglichen.“ (*Der philosophische Diskurs der Moderne*, S. 33ff) (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen\\_Habermas#cite\\_ref-41](http://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen_Habermas#cite_ref-41), 16.02.2010)

<sup>692</sup> Unter diesem Gesichtspunkt könnte auch Martin Luther als Postmoderner gelten.

<sup>693</sup> In seinem unveröffentlicht gebliebenen Opus Magnum „Die drei Weltreligionen“ und in diversen Privatvorlesungen zwischen 1982 und 1996.

reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“<sup>694</sup> Die Apologeten des Internetzeitalters liefern bereits konkrete Visionen der neuen Moderne, deren innovative Strukturen noch mehr Stabilität benötigen, um breitenwirksam das Gefühl Sicherheit zu erzeugen. Damit ist auch mit einer Belebung der Demokratie zu rechnen.<sup>695</sup> Die bewährten Strukturen der vorbeigehenden Moderne wandern jetzt in die Klassik, wie man anhand der Massenmedien herkömmlicher Art sehen kann, die schon jetzt als „klassische Massenmedien“ bezeichnet werden.<sup>696</sup> Die flächendeckende Ausdehnung des Internets beflügelt nicht nur in der Politikwissenschaft die Annahme, dass sich das Konzept der E-Demokratie wiederbeleben lässt. Die Auseinandersetzung beruht auf der Grundlage, dass plebiszitäre Mitbestimmung durch die besonderen Eigenschaften des Internets ein „Mehr an Demokratie“ bewirkt, wie es Willy Brandt noch nicht vorhersehen konnte.

Andrew Keen, Autor des Buches „The Cult of the Amateur“, versteht die Ursprünge des Internets in den 1960ern – als Konsequenz des Libertarismus: “The most concrete legacy of the counter-culture is the internet: The values, the organization, the rebellion, the resistance against authority, they’re all encapsulated in the internet.”<sup>697</sup> Das Web 2.0 also als revitalisierte Hoffnung der Post-Hippie-Counter-Culture auf mehr Gerechtigkeit durch mehr Demokratie?

### **Der aktuelle Strukturwandel der Öffentlichkeit**

Da neue Meinungsführer sowohl die alten Massenmedien top-down als auch das Internet bottom-up infiltrieren, entsteht ein Kommunikationssystem, das dem oben beschriebenen „Chaotischen System“ der physikalischen Chaostheorie auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht. Informationen sind nicht nur für jedermann zugänglich und frei diskutierbar (und dieser Austausch funktioniert zwischen Regierenden und Regierten in beiden Richtungen), sondern die Informationen oszillieren auch: Zwischen den Generationen, zwischen Bildungsarmen und Gebildeten, zwischen Armen und Reichen, zwischen Konservativen und Liberalen, zwischen Gläubigen, Andersgläubigen und Nichtgläubigen, zwischen Unterhaltungs- und Wissenschafts-Affinen, zwischen Neo-Liberalen und Sozial-Liberalen, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Mobilen und Immobilen, zwischen Schüchternen und geübten Selbstdarstellern, kurz die Informationen verteilen sich mehrdimensional. Alle sind eingeladen, miteinander über alles zu kommunizieren. Sie haben das Recht und die technischen Möglichkeiten dazu. Es drängt sich also – und ganz besonders unter dem Eindruck des leidenschaftlich geführten amerikanischen

---

<sup>694</sup> Crouch (2009), Seite 10f

<sup>695</sup> Hoffentlich ist keine „Wiederbelebung“, gar „Renaissance“ nötig. Das würde bedeuten, dass eine vorangegangene Krise zu ihrem Ersterben oder Verschwinden geführt haben müsste, vgl. Arnold and Amery (1988)

<sup>696</sup> Das heißt nicht, dass sie sich dort nicht weiterentwickeln

<sup>697</sup> Keen, Andrew (im Interview mit Aleks Krotoski) unter: Krotoski, Aleks (2010a) vgl auch: Briegleb, Till „Wir Dilettanten“ am 17./18. Oktober 2010 in Süddeutsche Zeitung Nr. 239

Präsidentenwahlkampfes 2008, mehr denn je die Idee von Hannah Arendts *einer, gemeinsamen Welt* ins Bewusstsein. Ihre Definition dieser einen Welt geht weiter: „Freiheit heißt (...), mit anderen gemeinsam eine Welt aufzubauen, dazu politisch die entsprechenden Rechte wie Möglichkeiten zu haben, die öffentliche Kommunikation und gemeinsames Handeln erlauben.“ Dieses Bild eines demokratischen Ideals, das von ihr nach dem Zweiten Weltkrieg als zukünftige Leitlinie politischen Handelns schlechthin vorgeschlagen oder geradezu gefordert wurde, scheint für unsere Generation oder zumindest die der nach 1980 Geborenen in greifbare Nähe gerückt.

Darüber hinaus diffundieren und oszillieren die Teil-Öffentlichkeiten, die sich aus den unterschiedlichen Interessen zusammenschließen oder als Gruppen wahrgenommen werden, obwohl sie sich eben nicht zusammenschließen: Die physische Dispersion (hier: Streuung) bleibt gleich, aber es findet eine Bündelung ihrer Interessen statt. Beispielsweise bleiben die Körper der Regenwald-Aktivisten weltweit verstreut, aber ihr Engagement kumuliert sich in den entsprechenden Foren des Internets. Was das für die politische Rolle der Öffentlichkeit bedeutet, soll im Folgenden eruiert werden.

Man kann es technisch-ökonomisch interpretieren oder gesellschaftlich: Seit es das World Wide Web gibt, hat sich bisher analog zu früheren Beobachtungen die TV- und Zeitungsnutzung verringert, während das Radio als Begleit- oder Hintergrundmedium kaum Hörer an das Internet<sup>698</sup> verliert.<sup>699</sup> Das bedeutet, dass das Fernsehen als soziales „Lagerfeuer“<sup>700</sup> ausgedient hat, um das herum sich die ganze Familie versammelt, um den Feierabend gemeinsam zu genießen. Die Desillusionierung begann schon mit der Diversifizierung der Programme und dem Trend, dass jedes Haushaltsmitglied sein eigenes TV-Gerät besitzt. Sie wäre auch ohne das Internet vermutlich unaufhaltsam gewesen. Nun versammelt sich jeder vor seinem Laptop und surft nach Interessantem. Das beunruhigt zwar die TV-Veranstalter, ändert so aber noch nichts am Alltagsleben von Familien und hat daher vielleicht sozial, nicht aber politisch bemerkenswerte Auswirkungen – außer einigen Lamentos.<sup>701</sup>

Die Öffentlichkeit passiver Mediennutzer spielt keine politische Rolle, weil sie keine Öffentlichkeit ist, solange sie nicht wahrnehmbar ist. Also solange sie keinen Druck ausübt und die geltenden Gesetze nicht bricht und damit eventuell gesetzgebende oder -beugende Reaktionen provoziert, wie beispielsweise Familienministerin Ursula von

---

<sup>698</sup> Man kann über das Internet auch (per „Livestream“-Verfahren) Audio-Angebote konsumieren, die genau wie Radiosendungen funktionieren, bzw. übertragen klassische Radiosender ihre Programme auch über das Internet und man kann sie live, aber auch zeitversetzt hören.

<sup>699</sup> Schulz (2008)

<sup>700</sup> Vgl. Brand, Boris, Chef der großen TV-Produktionsfirma Endemol, in: Mitic, Katja „Fernsehen soll lodern, wie ein Lagerfeuer“, in Welt online, unter: [http://www.welt.de/fernsehen/article1782219/Der\\_Fernseher\\_soll\\_lodern\\_wie\\_ein\\_Lagerfeuer.html](http://www.welt.de/fernsehen/article1782219/Der_Fernseher_soll_lodern_wie_ein_Lagerfeuer.html)

<sup>701</sup> Vgl. Gehrs, Oliver „Neues vom Freizeitforscher – Studie warnt die Jugend vor rastlosem Gebrauch elektronischer Medien“ in Berliner Zeitung vom 08.06.1999, unter: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0608/medien/0113/index.html>

der Leyens Vorstoß zur Internetzensur, mit dem Ziel, Kinderpornographie einzudämmen.<sup>702</sup>

### **Arbeitslosigkeit und Freizeitverhalten bleiben privat**

Allerdings ist das weltweite Zeitungssterben ein deutlicher Hinweis darauf, dass ein altes Medium verdrängt wird. Wobei man unterscheiden muss zwischen der reinen Übermittlung von zielgruppenspezifischen Inhalten und ihrem technischen Übertragungsweg (Medium, s. u.). Die traditionelle Denkweise ist vom hergebrachten Verlegertum determiniert, das in größten Teilen bis heute Publizieren mit Drucken<sup>703</sup> und physischem Verkaufen gleichsetzt. Durch schwindende Verkaufszahlen schließt ein Verlagshaus nach dem anderen, besonders in den USA grassiert das Zeitungssterben. Dass das alte Modell ausgedient hat, ist bekannt, jedoch hat das Verlagswesen noch kein neues (finanziell) stabiles Selbstverständnis gefunden.<sup>704</sup> Hier tritt die politische Rolle der Öffentlichkeit erst auf den Plan, wenn dadurch Arbeitsplätze bedroht sind, die nicht mit der gleichen Anzahl gleichzeitig neu entstehender Arbeitsplätze in der Internetbranche ausgeglichen werden können.<sup>705</sup> Wenn die Arbeitnehmer dieser Branche auch noch darauf verzichten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, besteht kein politischer Handlungsdruck mehr, was die politische Welt damit gleichsetzt, dass kein Handlungsbedarf mehr bestehe. Diejenigen, die nicht innerhalb des Konzerns oder in Ausgliederungsgesellschaften unterkommen, findet man finanziell einigermaßen großzügig ab und da Journalisten und andere, die nicht körperlich, sondern vermeintlich geistig arbeiten, glauben, die Qualität ihrer Arbeitskraft würde mit dem Alter eher steigen, verlieren sie die Hoffnung auf eine bessere Job-Zukunft erst, wenn die Abfindung verbraucht ist und die Kontakte zu Leidensgenossen so marode sind, dass ein später öffentlichkeitswirksamer Protest unwahrscheinlich wird. Das gilt m. E. für alle Berufssparten. Ob gewollt oder ungewollt, hat man sie als schweigende Einzelfälle ruhig gestellt, bis ihre geschwächten Strukturen eine Mobilisierung unmöglich machen.

---

<sup>702</sup> Hier erhielt die Informationsfreiheit Vorrang vor dem legitimen Ansinnen der Ministerin, Kriminalität bekämpfen und Kinder und Jugendliche schützen zu wollen. Mehr dazu im Abschnitt Datenschutz.

<sup>703</sup> In der Medienbranche werden papierbasierte Medien auch „Holzmedien“ genannt.

<sup>704</sup> Erst seit weniger als einem Jahr konzentrieren sich Medienkonzerne darauf, durch Bezahlmodelle für journalistische Inhalte (paid content) neue Erlösquellen zu generieren. Vgl. Leserdebatte „Gehört Paid Content die Zukunft?“ in Tagesspiegel.de unter: <http://www.tagesspiegel.de/medien-news/Leserdebatte-Paid-Content-Internet-PC-Online-YouTube:art15532,3015672> (12.02.10)

<sup>705</sup> Auf den Wunsch einzelner Verlage 2009 nach staatlichem Schutz zu rufen, weil ihre Gewinne einbrachen (nicht, weil sie hoffnungslos Verlust machten, denn insgesamt wuchsen die Umsätze bis 2008 kontinuierlich), sei hier nur mit dem Hinweis eingegangen, dass der Axel Springer Verlag 2008 sein bestes Geschäftsergebnis seit Bestehen feierte und im dritten Quartal 2009 einen Gewinn von 102 Millionen Euro verbuchte. Pro7/Sat1 erwirtschaftete 2009 einen Gewinn von 144,5 Mio, wie Branchendienste meldeten.

Dass ein neuer Job die Fähigkeit voraussetzt, mit einem Computer umgehen zu können, wird von politischer Seite durchaus als Problem wahrgenommen, dem man mit Zusatz- und Weiterbildungsprogrammen durch die Agentur für Arbeit begegnet.

Nur organisierte Arbeitslose sind geeignet, „Druckmittel“ zu erzeugen, um politischen Handlungsbedarf zu motivieren.<sup>706</sup> Obwohl das Internet allgemein nicht als Jobkiller gewertet wird, dient es allerdings sehr wohl (noch) dazu, die politische Rolle der arbeitslosen Öffentlichkeit marginal zu halten. Ähnlich wie Hannah Arendts Klage darüber, dass Staatenlose überall, wo sie hinkommen, als Menschen zweiter Klasse behandelt werden<sup>707</sup>, klagen Arbeitslose. Sie sind in Deutschland im ersten Jahr noch als „Arbeitssuchende“<sup>708</sup> halbwegs gesellschaftlich anerkannt und rücken darüber hinaus von Jahr zu Jahr weiter in die Randzone, bis sie unter den Stigmata „langzeitarbeitslos“ und „Hartz-IV-Empfänger“ vielleicht nicht einmal direkt aktiv diskriminiert oder ausgestoßen werden, sich doch ausgegrenzt fühlen, da sie ohne finanzielle Mittel von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Und sie bleiben es auch, solange sie sich nicht, wie wir im Vorangegangenen gelernt haben, im Licht der Öffentlichkeit an den Diskussionen beteiligen, in einem Maße, das es ermöglicht, ihre Interessen als die einer gesellschaftlich-relevanten Gruppe wahr- und ernst zu nehmen.

Im Internet sind sie, wie alle Bürger, die sich dort versammeln, zunächst frei und gleich, solange sie den technischen Zugang bezahlen und damit umgehen können. Da die Faszination des Internets als Unterhaltungsmedium bei der Mehrheit größer ist als die des Internets als politisches Medium und die Energie vieler sozial Schwacher nur zum preiswerten Herumsurfen reicht, verschlimmert das Internet ihre Situation noch: Sie fühlen zunächst keinen Mangel, da sie ihre Zeit ohne negative Erfahrungen verbringen. Im Gegenteil: Studien haben ergeben, dass sich im Web 2.0 neue Kontakte schnell knüpfen und alte Verbindungen leicht wieder aufleben lassen. Auch als Jobvermittler leistet es gute Dienste. Elektronische Jobbörsen aller Art prosperieren. Das subjektive Wohlfühlgefühl, auf virtueller Basis weiterhin als soziales Wesen zu agieren, übertrifft die Wirkung des Fernsehens bei Weitem.

Doch auch, wenn sozial Schwache sich im Internet politisch für eine Verbesserung ihrer Situation einsetzen, bedeutet es keine Aussicht auf Besserung, solange sich ihr „Aufenthalt“ in der virtuellen Agora auf vereinzelte Besuche und Beiträge reduziert und solange sie das Netz nicht dazu benutzen, um sich zu verbinden. Unorganisiert bleiben sie als „Einzelschicksale“ für die Presse und dadurch für die Öffentlichkeit uninteressant. Selbst bei hartnäckig Engagierten besteht die Gefahr, dass sie sich damit zufriedengeben, „denen da oben“ in zahlreichen E-Mails und Forumsbeiträgen mal

---

<sup>706</sup> Siehe oben, im Abschnitt „Kleinbürgerkrawall – Aufmerksamkeit – Macht“ und im Gesamttext das Stichwort „gefühlte Temperatur“

<sup>707</sup> Vgl. Abschnitt „Reformer, Renegaten, Relegation“

<sup>708</sup> Wie Worte und Begriffe politisch besetzt werden, wird im Abschnitt „Sprache“ verdeutlicht.

kräftig die Meinung zu sagen.<sup>709</sup> Die neue Dimension der Meinungs- und Informationsfreiheit, die die Internettechnologie ermöglicht, kann unter politischen Gesichtspunkten eine trügerische Illusion bleiben, wenn man sie nicht richtig benutzt.

### **Fraternité?**

Solange sich Individuen im Internet nicht zu Interessensgruppen ganz nach bauernkriegerischer Art zu „Haufen“ verbrüdern, also sich organisieren und ihre Energien bündeln, bleiben ihre Wünsche und Forderungen, trotz aller Meinungs- und Informationsfreiheit, trotz aller Freiheit und Gleichheit, für die Allgemeinheit, das heißt auch für die Öffentlichkeit, unsichtbar und dadurch wirkungslos. Wie sich Öffentlichkeit im Internet jedoch strukturiert, weicht nur unwesentlich von ihrer bisherigen Form (im Real Life<sup>710</sup>) ab. Denn dadurch, dass die Internetgesellschaft fast schon mit der Offline-Gesellschaft identisch ist, ist auch das, was ans Licht der Öffentlichkeit gerät, den alten Gesetzen unterworfen: Es gelangen nur die Themen<sup>711</sup> sozusagen auf die Bühne der Öffentlichkeit, die mit erhöhtem Druck auf eine höhere Ebene gelangen können. Noch einmal: Das Trügerische am Internet ist, dass man glauben kann, man sei an die Öffentlichkeit gegangen, nur weil man etwas veröffentlicht hat. Solange Menschen nicht miteinander kommunizieren, also miteinander in Beziehung treten, lösen sie auch keine Reaktionen aus und ist, als fiele im Keller ein Brett um – oder mit den Worten Karl Jaspers: „Wahrheit ist, was uns verbindet – und: in der Kommunikation hat Wahrheit ihren Ursprung. Der Mensch findet in der Welt den anderen Menschen als die einzige Wirklichkeit, mit der er sich verstehend und verlässlich verbünden kann.“<sup>712</sup>

### **Informationsflut durch kleine Erzählungen**

Die fragmentarische Struktur des Internets begünstigt die von Jean-Francois Lyotard 1979 aufgestellte These vom „Ende der großen Erzählungen“: „Die ‚Metaerzählungen‘, von denen im *Postmodernen Wissen* die Rede ist, sind das, was die Moderne ausgezeichnet hat: Progressive Emanzipation von Vernunft und Freiheit, progressive oder katastrophische Emanzipation der Arbeit (Quelle des entfremdeten Werts im Kapitalismus), Bereicherung der gesamten Menschheit durch den Fortschritt der kapitalistischen Techno-Wissenschaft und sogar, wenn man das Christentum selbst zur Moderne zählt (also im Gegensatz zum antiken Klassizismus), Heil der Kreaturen durch die Bekehrung der Seelen zur christlichen (cristique) Erzählung von der Märtyrerliebe“, definiert Lyotard fünf Jahre später in einen Brief an Samuel Cassin.<sup>713</sup>

---

<sup>709</sup> Vergleiche Hamed Abdel-Samads Äußerungen im Abschnitt „Informationsflut durch kleine Erzählungen“

<sup>710</sup> Begriffserklärungen finden sich im Abschnitt „Glossar“

<sup>711</sup> Dass politische Themen eine „gefühlte Temperatur“ haben, die bis zur „Schmerzgrenze“ gesteigert werden kann, um Handlungsbedarf zu erzeugen, ist an verschiedenen Stellen bereits geschildert.

<sup>712</sup> Jaspers, Karl, hier zitiert nach Schönherr-Mann (2006), Seite 128

<sup>713</sup> Engelmann (1990), Seite 49

Man kann der Internetkommunikation vieles unterstellen, aber sie bringt derartiges (bisher?) nicht hervor, dafür ist das Internet zu sehr bloßes „Medium“.<sup>714</sup> Doch das Internet selbst käme also nach Lyotard als große Erzählung in Frage, sofern man es denn als fortschrittliche technische Bereicherung der Menschheit empfindet. Doch erteilt er diesem Denkansatz sogleich eine Absage und bestätigt seinen eigenen Abgesang auf die Moderne gleich mit: **„Der Sieg der kapitalistischen Techno-Wissenschaft über die übrigen Anwärter auf die allgemeine Zweckmäßigkeit der menschlichen Geschichte ist indes eine andere Art und Weise, das Projekt der Moderne zu zerstören, indem man vorgibt, es zu verwirklichen.“**<sup>715</sup> Dies spiegelt meine zweite These: „Das Internet könnte die Demokratie gefährden“, weil es nur vorgibt, sie zu verwirklichen und die Bürger sich mit vordergründigem Aktionismus wie einer Art Scheingefecht beschäftigen und dadurch Machtkonzentrationen derer, die *nicht gutartig* sind (Turkle), Vorschub leisten.

Demgegenüber stehen die großen Mythen als identifikatorische Kraft: „Der Mythos wäre ‚das mimetische Werkzeug par excellence‘, er besäße ‚identifikatorische Kraft‘ für eine vom Zerfall bedrohte Gesellschaft. (...) Die identifikatorische Kraft des Mythos ist nicht diskutierbar. Sie läßt sich nicht als spiegelbildliche Repräsentation erklären: ein Kranker wird nicht wieder gesund, wenn er sich im Spiegel betrachtet“.<sup>716</sup> Wird der Mythos als Werkzeug von einer Instanz benutzt, die selbst nicht ‚narrativ-mythischer Natur‘ ist, nennt er das ‚nationalsozialistischen Zynismus‘, anspielend auf die nachahmende<sup>717</sup> NS-Praktik, sich die Mythen der nordischen Volksstämme (‚Der arische Mythos‘)<sup>718</sup> einzuverleiben bzw. in sie einzufühlen, in Ermangelung einer eigenen identitätsstiftenden Mythologie, die die Völker der Deutschen Länder verbinden hätte können.

Der Verlust Großer Erzählungen oder Mythen, die identitätsstiftend auf Individuen wirken können, wird sich vermutlich durch das Internet nicht beheben lassen.

Nicht, dass sich um das Internet nicht genügend Erzählungen und Legenden ranken, doch einen eigenen „Mythos“ hat es nicht zu bieten. Die Geschichten handeln reichlich selbstreferenziell von jenen Start-ups, die mit gefragter Technologie steinreich geworden sind oder reichlich banal von Menschen, die durch ihren Auftritt bei „Youtube“ kurzzeitig Berühmtheit erlangten, wie Charlie, der seinem Bruder

---

<sup>714</sup> „Medium erster Ordnung“, vgl. Meißelbach (2009) im Kapitel „Technische Modi“

<sup>715</sup> Engelmann (1990), Seite 50

<sup>716</sup> Lyotard (1989), Seite 252

<sup>717</sup> „Mimesis“ ist die Kunst der Nachahmung, „mimetisch“ also als „nachzuahmend“ gemeint.

<sup>718</sup> Lyotard (1989), Seite 263



Harry vor laufender Kamera in den Finger beißt und dessen audiovisuelles Zeugnis<sup>719</sup> mit 163 Millionen Views<sup>720</sup> zum meist angeklickten Videoclip in der fünfjährigen Geschichte des Videoportals avancierte – und auch solche Rekordchen sind damit wieder selbstreferenzielle Erzählungen, mit nicht nur keinem identitätsstiftendem Impetus, sondern möglicherweise sogar identitätsvernichtendem, wenn man die Summe aller Clips und Stories als Atomisierung einer vielleicht ehemals wenigstens angenommenen Identität einer Gruppe oder eines Volkes begreift. Das Medium Internet kann nur die Bühne sein, auf der sich Mythen oder große Erzählungen im Licht der Öffentlichkeit entfalten, um weiterhin Jünger zu gewinnen. Doch was macht eine Erzählung groß?

Allein ihre Mehrheitsfähigkeit ist es jedenfalls nicht, wie wir an dem Clip von Charlie und Harry sehen. „Unter Metaerzählung oder großer Erzählung verstehe ich gerade die Erzählungen (narrations) mit legitimierender Funktion. Ihr Niedergang hindert Milliarden von kleinen oder weniger kleinen Geschichten nicht daran, den Stoff täglichen Lebens zu weben“, erklärt Lyotard.<sup>721</sup> Was er unter Legitimierungserzählung versteht, wurde in Teil I „Recht“, im Abschnitt „Gerechtigkeit: Checks and Balances im Öffentlichen Raum“ erläutert.

Und hier kommt der Begriff des täglichen Lebens hinzu: das, was im nächsten Abschnitt noch näher beschrieben wird: Das Real Life oder die Lebenswelt der Menschen im Alltag. Diesen durchzieht nicht der „Stoff, aus dem die Träume sind“ und auch nicht „der Stoff, aus dem Helden sind“, sondern „der Stoff der kleinen Erzählungen“ durchwebt das Leben und wird dadurch zum Leben selbst: Dass das Internet als demokratisches Medium empfunden wird, weil praktisch jeder dazu Zugang hat, ist das eine. Das andere ist, dass es zunächst von den Massen als *Privatmedium* genutzt wird und durch Veröffentlichung privater und intimster Informationen nur dem Anschein nach „Öffentlichkeit“ erfüllt. Nach der zuvor erarbeiteten Definition war alles Öffentliche gleichzeitig auch *politisch* (vgl. Arendt und Habermas) – durch das Internet und seine öffentliche Struktur aber sind die Vorzeichen nun umgekehrt: Was unten war, ist nun oben. Das Private hat quasi im Kampf um Beachtung gewonnen. Jeder ist jetzt öffentlich und das Politische ist im Verborgenen. Es muss sich seinen Platz im Licht auf der Bühne innerhalb des Aufmerksamkeitskosmos des Internets neu erkämpfen. Was früher im modernen Leben öffentlich und dadurch politisch war, bedarf nun im Internetzeitalter zunächst einer neuen Qualität, um als öffentlich gelten zu dürfen. Das politisch Öffentliche muss eine neue Ebene, ein neues Niveau der Aufmerksamkeitsstufen erreichen, um als

---

<sup>719</sup> Siehe: [http://www.youtube.com/watch?v=\\_OBIGSz8sSM](http://www.youtube.com/watch?v=_OBIGSz8sSM), 26.02.2010

<sup>720</sup> Als Views bezeichnet man die Anzahl derer, die eine audiovisuelle Datei angeklickt und diese vermutlich auch angesehen haben. Sie gelten bei der Vermarktung des Werbeumfeldes als härtere Währung im Vergleich mit TV-Einschaltquoten, da man weiß, dass zwar viele eingeschaltet haben mögen, aber nicht, ob sie wirklich hinsehen.

<sup>721</sup> Engelmann (1990), Seite 51

„öffentlich“ gelten zu dürfen. Es muss quasi aus dem Ozean der Informationen an die Oberfläche schwimmen oder von der Presse an die Oberfläche geholt werden.<sup>722</sup>

Dass die neue Art von Öffentlichkeit ein Paradox darstellt, konstatierte Hans-Martin Schönherr-Mann bereits 1994, als das Internet und die Ausmaße seiner neuen Formen der interpersonellen Kommunikation noch längst nicht absehbar waren: „Die Entwicklung der informatisierten Gesellschaft hat einerseits homogenisierende Wirkungen, soweit sich in ihr eine artifizielle Welt entwirft“<sup>723</sup>, schreibt er und dies hat sich in der Praxis des Web 2.0 eindeutig bestätigt. „Andererseits werden die universellen Neigungen der Rationalität schwach, wenn sich in der Krise der großen Erzählungen das, was ist, nur noch als einzelnes Ereignis auffassen läßt“. Diese Art der atomisierenden Wirkung jeder Erzählung durch ihre individuelle kognitive Wahrnehmung und die ebenfalls daraus gewonnenen pluralistischen Erkenntnisse, ebenfalls an zahlreichen Stellen dieser Arbeit eruiert, bewirken allein gesellschaftlich keinerlei identitätsstiftende oder -fördernde Effekte. Aus der bloßen Befriedigung gemeinschaftlicher Interessen lässt sich noch keine große Erzählung machen, das verbindende Element muss vielmehr paradoxerweise einzigartig und egalitär zugleich sein: „Das soziale Band kann sich im Zeitalter der Informatisierung allein im Hinblick auf eine Vielzahl einzelner Ereignisse entwerfen und nicht mehr vermittels einer großen, einheitlichen Idee: Es leistet nur dann, was es verheißt, nämlich sozial zu verbinden und nicht bloß gewaltsam anzugleichen oder zu vereinheitlichen, wenn es der Pluralität und Einzigartigkeit der Ereignisse gerecht wird und sie nicht auf das ihnen Gleiche hin entwirft und erfaßt.“

Dass viele kleine Erzählungen es ermöglichen, dass jeder Einzelne das Gefühl hat, wenn er seine Gedanken im Internet veröffentlicht, er sei von der Welt *gehört* worden (in Anlehnung und als Gegenstück zum oben eingeführten Begriff der „Unerhörten“), kann auch sein Gutes haben. Wut staut sich dadurch nicht an.

Friedrich Nietzsche schrieb: „*Sich rächen wollen und sich rächen.* – Einen Rachedgedanken haben und ausführen heißt einen heftigen Fieberanfall bekommen, der aber vorübergeht: einen Rachedgedanken aber haben, ohne Kraft und Mut, ihn auszuführen, heißt ein chronisches Leiden, eine Vergiftung an Leib und Seele mit sich herumtragen. Die Moral, welche nur auf die Absichten sieht, taxiert beide Fälle gleich; für gewöhnlich taxiert man den ersten Fall als den schlimmeren (wegen der bösen Folgen, welche die Tat der Rache vielleicht nach sich zieht). Beide Schätzungen sind kurzsichtig.“<sup>724</sup> Auf diese Rachedgelüste und diesen Fieberanfall bezieht sich der Historiker und Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, der die polemischen Attacken von empörten Muslimen im Internet durchaus begrüßt: „Die Maulkörbe, die die Muslime den Islamkritikern zu verpassen versuchten, bewirkten genau das

---

<sup>722</sup> Der Verweis auf die sprichwörtliche Oberflächlichkeit der Presse ist hier unausweichlich

<sup>723</sup> Schönherr-Mann (1994), Seite 292f

<sup>724</sup> Nietzsche, Friedrich „Menschliches, Allzumenschliches“, unter: <http://www.textlog.de/21631.html>

Gegenteil. Die islamische Überempfindlichkeit gegenüber Kritik führte zur Entstehung einer verkrampften Streitkultur, wo deutliche Meinungen unerwünscht waren<sup>725</sup>, schreibt er und in einer Diskussionsrunde des „ZDF Nachtstudios“<sup>726</sup> fordert er, alle Muslime, die in Demokratien leben („Euro-Muslime“), sollten dies als Chance begreifen, um den Islam zu erneuern und im Rahmen dessen zu einer neuen, differenzierten Streitkultur zu finden. Auch erhitzte Debatten im Internet seien ein Mittel auf dem Weg dahin und würden dazu dienen, den „Fieberanfall“ zu verhindern, indem sich die Empörten darin Luft machten. Dies unterstützt die in dieser Arbeit vertretene These, dass Themen in der Öffentlichkeit eine „gefühlte Temperatur“ haben und wenn diese zu sehr ansteigt, möglicherweise für Akteure eine Schmerzgrenze erreichen kann, wenn sich der „Druck“ zu sehr anstaut und kein Ventil findet. Gleichzeitig weist die Diagnose eines chronischen Fieberanfalls mit Gefühl der „Ohnmächtigkeit“ auf eine ungesunde Situation hin, in die Individuen geraten können und die im Abschnitt „Psychopathologische Öffentlichkeit“ näher beleuchtet wurde.

### **Werden die neuen Medien der neuen Polis wieder die alten sein?**

Nach der strukturellen Konsolidierung der Medien im gegenwärtigen Übergang ins Internetzeitalter wird es aller Voraussicht nach weniger *Massenmedien* geben, die mit weniger Werbeinnahmen auskommen müssen, weil Werbepreise analog zur Reichweite eines Mediums errechnet werden und diese also mit dem Rückgang der Publikumszahlen ebenfalls im Einzelnen zurückgehen werden. Stattdessen werden vermehrt kleinere Publikums-Untereinheiten und dadurch deutlicher zielgruppenspezifisch ausgerichtete Medien, analog zur pluralistischen Gesellschaft und ihrem pluralistischen Informationsbedürfnis entstehen (Nachfrage erzeugt Angebot). Gleichzeitig werden sich, gespeist aus dem menschlichen Mitteilungsbedürfnis, vermehrt Einzelne („Blogger“) herauskristallisieren, die ohne wirtschaftliche Unterstützung Informationsverbreitung als reines Hobby betreiben und damit wiederum Gefolgschaft erzeugen, die als Sub-Öffentlichkeiten bezeichnet werden können.

Dieser fraktale Charakter ist wiederum Segen und Fluch zugleich, denn obwohl sich der Einzelne sowohl besser „gehört“ als auch besser informiert fühlt, wird es weiterhin die Sehnsucht nach dem „großen Überblick“ geben, nach den „großen Erzählungen“, und die Notwendigkeit, entscheiden zu müssen, was in den Geschichtsbüchern stehen soll oder was in den Geschichtsdokumentationen erwähnt wird – und was nicht. Dieses Bedürfnis wird wiederum die neuen Leitmedien<sup>727</sup> stärken. Diesen Leitmedien, die keine Massenmedien im klassischen Sinne sein werden, sondern für ihre

---

<sup>725</sup> Abdel-Samad, Hamed „Die Muslime sind zu empfindlich“ am 01.12.2009 in: Der Tagesspiegel, unter: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/anderemeinung/Minarette-Schweiz-Integration-Islam;art22196,2963775>

<sup>726</sup> Am 07.03.2010, unter:

[http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/10/0,1872,1021354\\_idDispatch:9432045,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/10/0,1872,1021354_idDispatch:9432045,00.html)

<sup>727</sup> Die auch die alten sein können, siehe unten.

Zielgruppen bzw. ihr Publikum das Relevante aus dem Pool der zahllosen „kleinen Erzählungen“ herausfiltern werden, die möglicherweise das Zeug dazu haben, eine „große Erzählung“ zu werden, benötigen das Vertrauen ihrer Gefolgschaft genauso wie es Regierungen benötigen. Ihre Gefolgsleute sind Leser/Käufer, die der Regierungen Wähler, deren Zustimmung man sich erwerben und erhalten muss, um wiedergewählt bzw. wieder gekauft zu werden. Hier also wieder der Zusammenhang zwischen Macht und Zustimmung, wie wir ihn im Teil II „Macht“ bereits begegneten, zur Erinnerung: „Machiavelli lehrt den Fürsten – wie auch Erasmus von Rotterdam, der Lehrer Karls V., daß sich eine Regierung ohne Zustimmung nicht an der Macht halten kann“, wie Elisabeth Noelle-Neumann erklärt.<sup>728</sup>

Ein heute noch ungelöstes Dilemma ist, dass journalistisch hochwertige Informationen zeitaufwändig und arbeitsintensiv und daher teuer sind und dass die Entgelte, die die Leserschaft dafür aufzubringen bereit ist, nicht reichen. Wenn ein Medium von den Copypreisen<sup>729</sup> nicht überleben kann, stellt man seit jeher zur Lösung des Problems Werbefläche zur Verfügung, die die werbetreibende Wirtschaft für relativ hohe Anzeigenpreise mit Reklame belegt.

Während man bisher durch ein Bouquet an Informationen (Sport, Klatsch, Kultur, Politik, Lokales) die Leserschaft bündeln und dadurch die Reichweite vergrößern konnte, werden zunehmend nur noch einzelne, kleinere Zielgruppen beliefert. Diese sind aller Erfahrung nach nicht bereit, für Infos, die sie nicht interessieren, zu bezahlen und wählen daher vorzugsweise spezifische Medien. Die Quantität an Kunden für politische und andere komplexe Themengebiete ist geringer als die populärerer Inhalte, wie Diäten, Frisuren, Mode oder Auto, Motor, Sport und Bereiche, die früher in einem journalistischen Magazin mit-bedient wurden, werden in Zukunft getrennt voneinander an zielgruppenspezifische Abnehmer (Unteröffentlichkeiten) gehen bzw. von diesen abgerufen. Ob aus dem Topf der Werbewirtschaft für entsprechend viele professionelle Medien genug Ertrag übrigbleibt, um die immer noch relativ teuren Technologien wie Videotechnik und die Personalkosten für professionelle Berichterstattung zu finanzieren, ist die große Herausforderung, die die privatwirtschaftlich finanzierten Medienunternehmen, die politische Inhalte anbieten wollen, nun erst bewältigen müssen.<sup>730</sup> Die radikale Abschaffung der Abhängigkeit von Werbegeldern wird daher für die „vertrauensbasierten“ Leitmedien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu diskutieren sein.<sup>731</sup>

---

<sup>728</sup> Noelle (1996), Seite 386

<sup>729</sup> Preis einer gedruckten Ausgabe

<sup>730</sup> Aktuell versuchen Verlage für sogenannten „paid content“ im Internet, also Inhalte, die nur nach vorheriger Bezahlung „freigeschaltet“ werden, direkt vom Leser/Nutzer ein Entgelt zu erhalten, um unabhängiger von der Werbewirtschaft agieren zu können. Tragfähige Geschäftsmodelle gibt es derzeit kaum.

<sup>731</sup> Dessen Finanzierung durch Werbegelder befindet sich wegen seiner gleichzeitigen staatlich gesicherten Gebühreneinnahmen (für die „Grundversorgung“) auf dem Prüfstand (Rundfunkstaatsvertrag). Eine

Und ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der ursprünglich so gestaltet wurde, um u. a. diesem Dilemma zu entgehen, nämlich durch finanzielle und politische Unabhängigkeit, daraus gestärkt hervorgehen wird, ist die Frage, denn theoretisch ist er zwar durch allgemein erhobene Rundfunkgebühren wirtschaftlich unabhängig, muss sich jedoch praktisch nicht unerhebliche politische Beeinflussungen gefallen lassen. Denn Parteien, als sogenannte gesellschaftlich relevante Gruppen, sind in sämtlichen Entscheidungsgremien der öffentlich-rechtlichen Sender proportional repräsentativ vertreten. Praktisch wählt man dort je nach Proporz diejenigen Chefredakteure, die der aktuell stärksten Partei am besten dafür geeignet erscheinen, politische Kommunikation nach ihren Vorstellungen umzusetzen.<sup>732</sup>

### **Neue Leitmedien unter neuer Leitung für den Über-Überblick**

Die „herrschenden Gedanken“ der Öffentlichen Meinung sind laut Marx und Engels abhängig von den materialistischen Herrschern, wie eingangs beschrieben. Dies vorausgesetzt, kann man eine neue Abspaltung beobachten: Die Öffentliche Meinung emanzipiert sich von der Herrscher in Politik und Wirtschaft und „die Presse“ definiert ihre Rolle als „Herstellerin von Öffentlichkeit“ gerade neu. Und dies führt zu neuen Eliten.

Die aufstrebende Generation speziell der Medien-Meinungsmacher (Opinionleader), die sich selbst als „post-konsumorientiert“, ökologisch-verantwortlich, männlich/weiblich und arm/reich gleichberechtigt versteht und sich von neo-liberal geprägten Fortschrittszielen zugunsten globaler Verantwortung und weltweiter Wohlfahrt verabschiedet und tatsächlich bereit ist, für altruistische Ideale Einschränkungen individueller also auch nationaler Interessen zu akzeptieren, infiltriert bereits jetzt die journalistischen Onlineangebote und wird in Zukunft vermehrt Akzente setzen, da die klassischen Medien mit ihren klassischen Meinungsführern aufhören werden, in ihrer alten Form mit ihrer alten Machtgestaltung zu existieren.

Der Publizist und selbsternannte Zukunftsforscher Matthias Horx machte die Ideologie dieser Gruppe der sogenannten LOHAS in Deutschland 2007 bekannt.<sup>733</sup> LOHAS steht für „Lifestyle of Health and Sustainability“ und bezeichnet sowohl den Lebensstil als auch den Konsumententyp selbst, der durch sein Konsumverhalten und gezielte

---

Möglichkeit wäre das Modell „Paid content“, das im Prinzip wie Copypreise für digitale Exemplare funktioniert.

<sup>732</sup> Ende 2009 erlebte die Idee des unabhängigen Journalismus durch die „Causa Brender“ ihre sicher nicht letzte Niederlage: Am 27.11.2009 verhinderte die CDU, mehrheitlich vertreten im ZDF-Verwaltungsrat, die Verlängerung des Vertrages von Nikolaus Brender, einem allgemein als unabhängig geltenden Journalisten, als Chefredakteur. Die als „Causa Brender“ in die deutsche Mediengeschichte eingehende unverhohlene politische Einflussnahme auf den Journalismus wird auch als weiterer Schritt zur „Berlusconisierung“ Deutschlands empfunden. Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi ist bekannt für kontinuierliche Manipulationen der Berichterstattung in den von ihm kontrollierten Medien.

<sup>733</sup> Horx (2007)

Produktauswahl Gesundheit und Nachhaltigkeit fördern will. Horx ist selbst Ex-Journalist und inzwischen Kritiker des von ihm in den 1980er Jahren forcierten Lifestyle-Journalismus. Der durch ihn bekannt gewordene Konsumententyp der LOHAS gilt zwar nicht als politisch, doch hat sein Konsumentenverhalten – ähnlich, wie im Abschnitt „Utilitarismus, Kapitalismus, Liberalismus, Globalisierung“ dargestellt – politische Wirkung. Es integrieren sich neben den zahlreichen Linken auch konservative, liberale, auch neo-liberal und unpolitisch einzustufende Bürger in dieses Menschenbild und so sind LOHAS weder links noch rechts noch mittig, sondern quasi „alles“ – global ökologisch vernünftig eben und ihr Konservatismus gilt der zu bewahrenden Schöpfung und tradierten Werte. Je mehr Exemplare vom LOHA-Typ an die Schaltstellen der neuen Leitmedien geraten, umso mehr von ihnen werden als Gatekeeper verhindern, dass jene Themen auf die Agenda der neuen, höheren, allgemeinen Öffentlichkeit geraten, deren ideologischer Impetus nicht in ihr Weltbild passt, bzw. werden sie möglicherweise nach den im Kapitel „Kommunikationspraxis“ beschriebenen Mechanismen zu der professionellen Überzeugung gelangen: *„Das interessiert den Leser nicht.“* – weil es sie nicht interessiert. Hier haben wir wieder das Prinzip der „herrschenden Meinungen“ von Marx und Engels, das in dieser Arbeit bereits mehrfach zitiert wurde.

Die alten, festgefahrenen Interdependenzen zwischen Presse und Politik werden sich dadurch voraussichtlich ebenfalls verändern. Da die neuen Eliten der Presse in dieser Entwicklung schneller reagieren können (und müssen) als die Welt der Parlamentarier, ist mit einer interessanten Schräglage während des Umwandlungsprozesses zu rechnen: Wie Hase und Igel, wird wohl dementsprechend der Presseigel im Wettlauf um die Gestaltung dieser neuen Strukturen von Öffentlichkeit und Meinungs- und Willensbildung Fakten schaffen, während die Parlamentarier-Hasen langsam lernen, dass sie die Kontrolle über das Gut „Information“ im Internetzeitalter zunehmend verlieren. Die Beschaffenheit des Internets lässt die alten Agenda-Setting-Prozeduren der Politik, wie sie in Teil Zwei geschildert werden, nicht mehr zu.

Presse und Parlamentarier dienen als Repräsentanten der Öffentlichkeit, die Presse zusätzlich in ihrer Sonderfunktion selbst als „Herstellerin von Öffentlichkeit“. Was geschieht aber, wenn die Öffentlichkeit im Internet keine Repräsentanten mehr braucht, weil sie sich selbst durch dieses Medium in seiner Gesamtheit praktisch 1:1 darstellen, sich Gehör verschaffen – und sogar direkt wählen und abstimmen kann?<sup>734</sup>

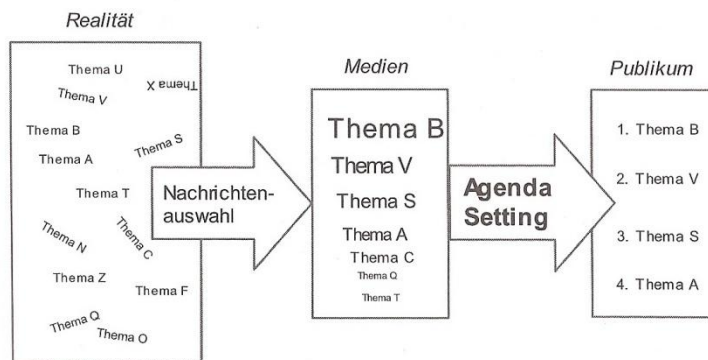
Obwohl die Nutzung klassischer journalistischer Medien zurückgeht und diese Entwicklung zum wirtschaftlichen Zusammenbruch einiger Verlage führen wird, wie abzusehen ist, ist die originäre Aufgabe der Presse – nämlich Informationen zur Meinungs- und Willensbildung zur Verfügung zu stellen – durch das Internet nicht obsolet geworden: Gerade durch die „Informationsflut“, die global exponentiell zunehmende Vielfalt an Nachrichten mit mehr oder weniger Reagibilitäts- und

---

<sup>734</sup> Mehr zum Umgang der Politik mit den neuen Möglichkeiten der Technik im Abschnitt „E-Democracy“.

Responsivitätspotential entsteht Entropie. Um als Rezipient, interaktiver User und/oder Staatsbürger eine kognitiv zu bewältigende Ordnung in dieses nicht zu bewältigende Chaos zu bringen, wird man wieder filtern und wieder nach Leitmedien suchen, die diese Aufgabe – wie heute – für den Normalbürger übernehmen: Diese Leitmedien werden wie schon in der Vergangenheit als „Gatekeeper“ entscheiden, welches Thema und welche Protagonisten hineindürfen (heute „ins Blatt“, in Zukunft auf die jeweilige „Plattform“). Möglicherweise wird aus dem Gatekeeper auch eher ein „Perlentaucher“<sup>735</sup>, der aus dem Ozean der virtuellen Wirklichkeit das Relevante an die Oberfläche holt. Es wird ein Über-Überblick gebraucht und eine Ober-Oberfläche. Da „das Relevante“ genau wie „die Oberfläche“ im Internetzeitalter einerseits relativ ist und andererseits die neuen Leitmedien willkürlich bestimmen, dass das, was sie für wichtig halten, das Wichtige sein muss, entsteht eine Tautologie: Es wird so sein, weil diejenigen, denen man diese Aufgabe anvertraut, also diejenigen, denen das Publikum vertraut, es so handhaben werden. Die sich herauskristallisierenden Leitmedien werden durch willkürliches Agenda Setting im Prinzip genau wie heute – völlig undemokratisch – bestimmen, welche Themen diskutiert werden. Und wenn die Gatekeeper/Perlentaucher sich dafür entscheiden, Angela Merks Frisur zum Thema zu machen, dann wird das „das Thema“ sein.

Abbildung „Agenda Setting“.<sup>736</sup>



Das Publikum kann akzeptieren, was diese Leitmedien ihnen bieten, oder auf andere Plattformen ausweichen, das bleibt ihm wie auch heute schon völlig unbenommen. Einzelne werden, wie bisher, jedoch kaum Einfluss auf das Agenda Setting der Leitmedien nehmen. Sie schreiben genauso wenig wie früher mit an den Artikeln und Beiträgen. Doch anders als früher, können sie diese kommentieren, umschreiben,

<sup>735</sup> Dieses Bild machte sich bereits eine sich selbst für anspruchsvoll haltende Redaktion zu eigen, siehe [www.perlentaucher.de](http://www.perlentaucher.de)

<sup>736</sup> Schulz (2008), Seite 147

Videos kopieren und „umschneiden“ und dann selbst veröffentlichen<sup>737</sup> oder völlig neue Themen veröffentlichen. Diese haben die Chance, an die Ober-Oberfläche – also in diejenige Öffentlichkeit zu gelangen die die Leitmedien herstellt – wenn sie auf genügend großes (auch vermeintliches) Interesse stoßen und die Leitmedienredakteure zu der Ansicht gelangen, dass diese Themen auch für ihr Publikum (vermeintlich) interessant sind. Also soweit alles wie gehabt: Aus dem *Kleinstädter Kreisboten* kann eine Meldung in den *Spiegel* gelangen, wenn dessen Redaktion sie für interessant hält, und von Hintertupfingen.de aus landet ein Thema nach dem alten Muster bei Spiegel-online.

Doch im Internet entsteht immerhin insofern eine „neue Freiheit“, dass die Zugangsbeschränkungen zum *Kleinstädter Onlineportal* weitaus geringer sind und sogar jeder seine eigene Publikation nach eigenem Gusto kreieren und ins Netz stellen kann – ohne Ausbildung und Professionalisierung zum Verleger, Herausgeber, Publizisten. Das ist die große, neue Freiheit. Heute schon versammeln begnadete Blogger<sup>738</sup> ein Publikum um sich, von dem manche Journalisten nur träumen. Wer auch immer die notwendigen Informationen zur Meinungs- und Willensbildung wie auch immer liefert, darf sich Journalist<sup>739</sup> nennen, doch was ein Leitmedium werden will, muss sich dem Urteil des Publikums stellen. Fehler, Schlampigkeiten, Falschaussagen und schiere Behauptungen werden im Internet deutlich schneller entlarvt und abgestraft<sup>740</sup>, weil potenziell Tausende Korrektur lesen.<sup>741</sup> Qualitativ hochwertige Inhalte (Content) bedürfen letztendlich doch der Professionalisierung, weil es sich zu wenige leisten können, diese Aufgabe ehrenamtlich durchzuführen und zwar regelmäßig, da das Publikum sonst nicht bei der Stange bleibt. Es ist also abzusehen, dass die zukünftigen Gatekeeper/Perlentaucher der zukünftigen Leitmedien auf dasselbe Handwerk aus Recherche, Sorgfalt, Ausgewogenheit, Prüfung, Redigieren und Formulierungskunst zurückgreifen werden wie klassische Journalisten. Sie werden hier der Einfachheit halber weiterhin unter „Presse“ subsumiert. Und wenn sich eines Tages die politische Klasse damit abgefunden haben wird, dass jeder Wähler<sup>742</sup> seinem Lieblingsabgeordneten praktisch persönlich mitteilt, was er will, wird auch dieser seinem Publikum/seinen Wählern seine Politik näherbringen wollen. Dies wird er sowohl über seine eigenen Webseiten machen als auch gleichzeitig nach altem Muster versuchen, die Berichterstattung der Leitmedien zu beeinflussen, um deren Publikum von der Richtigkeit des eigenen Handelns zu überzeugen. Der Kampf um Aufmerksamkeit und Beachtung beginnt von vorn und wird mit den in Teil II

---

<sup>737</sup> Das Problem des Urheberrechts wird virulent, siehe Abschnitt „Segen und Fluch der Reproduzierbarkeit“

<sup>738</sup> Ein Blogger ist jemand, der einen Blog im Internet veröffentlicht. Der Begriff „Blog“ setzt sich aus Web-Log zusammen, also Netz-Logbuch, eine Art Tagebuch, im Stil des Meinungsjournalismus.

<sup>739</sup> „Journalist“ ist sowieso kein geschützter Beruf, das Grundgesetz sieht keine Zugangsbeschränkung vor.

<sup>740</sup> Mehr dazu im Abschnitt SIWOTI-Syndrom – sprachliche Phänomene im Web 2.0

<sup>741</sup> Vgl. „Die Weisheit der Vielen“ und „Open Source als 5. Gewalt?“

<sup>742</sup> Möglicherweise auch „Abstimmer“, denn direktes Plebiszit ist technisch kein Problem mehr, mehr dazu im Abschnitt „E-Democracy“.



„Macht“ aufgezeigten Mitteln ausgefochten: hoher Publizitätsdruck mit Informationen, die die Nachrichtenwertfaktoren erfüllen, starke Bilder, einprägsame Botschaften und Symbole, professionelle Performanz usw.

Und wenn ein Thema viel Aufmerksamkeit erregt, ablesbar durch die Anzahl derer, die das Thema angeklickt haben, werden wieder unterhaltsame Themen mit den allgemein als „trocken“ empfundenen Themen konkurrieren – also wird man wiederum versuchen, Politik unterhaltsamer zu vermitteln, um mehr Menschen intellektuell zu erreichen und überzeugen zu können.<sup>743</sup> Es gibt also trotz der neuen Technologien keinen Anlass, neue Medienmechanismen zu erwarten, die die politische Rolle der Öffentlichkeit tangieren, solange wir Öffentlichkeit als „nicht-privat“ im Arendtschen Sinne verstehen. Zunächst hat das Private bessere Chancen, zum Politischen zu mutieren, sobald es die technologisch „tiefer gelegte“ Schwelle ins „Licht der Öffentlichkeit“ überwindet, da aber *alles* Private nun bessere Chancen hat, behindern sich private Themen im Kampf um Aufmerksamkeit gegenseitig.

Die aktuelle Situation des Medienmarktes zeigt, dass jene Verlagshäuser, die sich ohne „Rücksicht auf Verluste“ als Pioniere im Internetnachrichtenmarkt engagierten, jetzt die Nase vorn haben. Es sind in Deutschland die gleichen, wie die der ersten Lizenznehmer und der ersten lizenzfreien Gründungen nach dem Zweiten Weltkrieg: Bild.de (Springer) Spiegel Online (Augstein), Sueddeutsche.de, Focus Online (Burda), FAZ.net, Stern.de (Nannen) und Zeit online (Bucerius) liegt auf Platz neun.<sup>744</sup> Die zur WAZ-Gruppe gehörende Plattform „Der Westen“ rangiert kurz dahinter.<sup>745</sup> Nur die

---

<sup>743</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Ökonomische Sachzwänge der neuen Medien der neuen Polis“

<sup>744</sup> Die Nachrichtenagentur dpa meldete am 08.02.2010: „Die Nachrichtenportale ‚Bild.de‘ und ‚Spiegel Online‘ haben im Monat Januar ihren großen Vorsprung vor den Konkurrenten im Internet weiter ausgebaut. ‚Bild.de‘ verbuchte nach Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) einen Zuwachs im Vergleich zum Vormonat um 13,5 Prozent und zum Vorjahr um 58,8 Prozent auf 128,609 Millionen so genannte visits, also einzelne Besuche der Internetseite. ‚Spiegel Online‘ legte um 9,7 Prozent zum Dezember und 19,6 Prozent zum Januar 2009 zu, 123,300 Millionen visits waren es insgesamt. An dritter Stelle folgte ‚Focus Online‘ mit 27,234 Millionen visits, 17,6 Prozent mehr als im nachrichtenschwächeren Monat Dezember und 13,9 Prozent mehr als im Januar 2009. ‚Süddeutsche.de‘ kam auf 27,139 Millionen Besuche, 12,7 Prozent mehr als im Vormonat und 37,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Den prozentual größten Satz machte ‚Zeit Online‘ mit 61,1 Prozent mehr visits (13,879 Millionen) als im Vorjahresmonat. ‚Zeit Online‘ landete damit hinter ‚ntv.de‘, ‚FAZ.net‘ und ‚Stern.de‘ auf Platz neun.“ (Quelle: „Klickzahlen“ in Focus online, unter: [http://www.focus.de/digital/computer/medien-klickzahlen-und132bild-deund147-vor-und132spiegel-onlineund147\\_aid\\_478175.html](http://www.focus.de/digital/computer/medien-klickzahlen-und132bild-deund147-vor-und132spiegel-onlineund147_aid_478175.html) (13.02.1020)

<sup>745</sup> Der Medien-Branchendienst „meedia.de“ meldete dazu am 10.12.2009: „Zur objektiven Leistungsbewertung einer Webseite gibt es unstrittige statistische Größen. Laut IVW kam DerWesten im November auf 80,4 Millionen Klicks und 7,06 Millionen Visits. In der aktuellen AGOF-Wertung holte die Seite zudem 1,29 Millionen Unique Visitors. Mit diesen Leistungsdaten liegt das WAZ-Portal im Ranking aller deutschen Nachrichten-Portale auf Position zehn bzw. 13.“ Unter: [http://meedia.de/nc/background/meedia-blogs/alexander-becker/alexander-becker-post/article/borchert-geht--wo-steht-derwesten\\_100025099.html?tx\\_ttnews\[backPid\]=1688%23formular](http://meedia.de/nc/background/meedia-blogs/alexander-becker/alexander-becker-post/article/borchert-geht--wo-steht-derwesten_100025099.html?tx_ttnews[backPid]=1688%23formular)

Frankfurter Rundschau, als eine der ersten nach dem Krieg, konnte sich mit ihrem Internetauftritt keinen der vorderen Plätze sichern, dafür ntv.de, das zum Bertelsmann-Konzern gehört, der heute nicht mehr der weltweit größte, doch der größte Medienkonzern Europas ist.

Sobald sich Journalismus und Verlagswesen mit den technologischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die der Übergang ins Internetzeitalter mit sich bringt, arrangiert und neu konsolidiert haben, wird das, was von der „Presse“ übrig bleibt, deren altbewährte Rolle auch in der kommenden Moderne wieder übernehmen. Denn, wie schon beim Übergang der Agora in einen überörtlichen öffentlichen Raum, als die Presse zum Hilfsmittel wurde, damit man die pluralistischen Meinungen des dispersen Publikums erfassen, transportieren und zur Diskussion stellen kann, wird auch und gerade im Internetzeitalter, trotz und gerade wegen seiner ubiquitären Eigenschaften, das Prinzip der Repräsentation notwendigerweise zur Anwendung kommen müssen. Im Internetzeitalter wird die Größe des Spielraums, in dem die Meinungs- und Willensbildung durch Diskurse stattfindet, dermaßen gewachsen sein, dass die Presse (hier als Verbund aller neuen Leitmedien) wieder für überschaubare „Schauplätze“ wird sorgen müssen. Deshalb wird in Zukunft die politische Rolle der Öffentlichkeit als „Hüterin des Gemeinwohls“ darin bestehen, herauszufinden, welche Beschlüsse dem Gemeinwohl dienen und welche nicht – also bleibt ihre Rolle die alte und auch die Presse wird dabei in ihrer alten Rolle als „Herstellerin von Öffentlichkeit“ bestätigt und in ihrer alten Rolle als „Gatekeeperin“ ebenfalls. Als solche wird sie entscheiden, was im Kosmos der Informationen für die Öffentlichkeit relevant ist, unabhängig davon, welchen technischen Verbreitungsweg sie für ihre Informationen nutzt und über welche Verbreitungswege die Informationen zu ihr gelangen.

Malcolm Gladwell, der mit Chris Anderson zu den führenden US-Journalisten gehört, die sowohl für Printmedien (Das *Magazine* des *New Yorker* und die Zeitschrift *Wired*) schreiben, als auch fleißig bloggen, zog kürzlich seinen Blogger-Kollegen den Zahn, die die Vermutung äußerten, dass Journalisten durch Blogger ersetzt werden können: „I’m not sure why this statement should be controversial. Has the level of self-regard in the blogosphere really reached such dizzying heights that it can’t acknowledge the work that traditional media does on behalf of the rest of us? Yes, the newspaper business isn’t as lucrative as it once was (although it’s still pretty lucrative). And it doesn’t seem as exciting and relevant as it once was. But newspapers continue to perform an incredibly important function as informational gatekeepers – a function, as far as I can tell, that grows more important with time, not less. Between them, for instance, the Times and the Post have literally hundreds of trained professionals whose only job it is to sift through the mountains of information that come out of the various

levels of government and find what is of value and of importance to the rest of us. Where would we be without them? We'd be lost.<sup>746</sup>

### 3.3 Technische Modi: Medien erster und zweiter Ordnung

---

Seit den Anfängen des Internet kaprizieren sich viele Autoren, auch jene, die sich mit seinen gesellschaftspolitischen Auswirkungen beschäftigen, darauf, die Entstehungsgeschichte vom militärisch genutzten ARPANET über das World Wide Web (WWW) bis hin zum Web 2.0 ausführlich zu beschreiben und den Unterschied zwischen dem Dienst WWW und dem, was wir allgemein Internet nennen, deutlich herauszuarbeiten. An dieser Stelle sei für die technischen Grundlagen exemplarisch die Abhandlung Christoph Meißelbachs<sup>747</sup> zitiert, der wiederum auf die Arbeiten Kubiceks zurückgreift, der als einer der Ersten klarstellte, dass das, was wir als Internet verstehen, zweigeteilt ist: die erste Ebene ist die technische und die zweite die der (sozialen) Anwendung. Er teilt alle in Medien erster Ordnung und Medien zweiter Ordnung ein und „das Internet“ ist beides. Meißelbach liefert dementsprechend eine Definition des Internets als

- „ein technisches Informations- und Kommunikationsmedium, bestehend aus
- einem digital zentralen Netzwerk von Computer-Netzwerken als globale Kommunikations-Infrastruktur (Medium erster Ordnung)
- und einer Vielzahl von diese Infrastruktur nutzenden Software Applikationen, den Diensten und Anwendungen (Medien zweiter Ordnung)“<sup>748</sup>.

Im Folgenden wird, wenn nicht anders vermerkt, vom Internet zweiter Ordnung gesprochen, also den Diensten und Anwendungen, von denen das World Wide Web (WWW) der gebräuchlichste Dienst ist, der allgemein mit „dem Internet“ verwechselt wird, was Technokraten verstimmen mag, aber hier ebenfalls zum Wohle der Verständlichkeit weiterhin beibehalten wird.

Nach dem Zusammenbruch des ökonomischen und technologischen Experimentierfeldes „New Economy“ im Jahr 2001 entwickelte sich das sogenannte Web 2.0, das die Seriennummer 2 als Zeichen für die nächste Generation trägt<sup>749</sup>. Im Vergleich zum bis dahin gekannten Internet, dem vermeintlichen Web 1.0, unterscheidet es sich vor allem durch zwei wesentliche Attribute: es wird interaktiv

---

<sup>746</sup> Gladwell, Malcolm „The derivate myth“, unter:  
[http://gladwell.typepad.com/gladwellcom/2006/07/the\\_derivative.html](http://gladwell.typepad.com/gladwellcom/2006/07/the_derivative.html) (08.03.2010)

<sup>747</sup> Meißelbach (2009), Seite 11

<sup>748</sup> Meißelbach (2009), Seite 11

<sup>749</sup> In Anlehnung an Software-Weiterentwicklungen, die sogenannten Updates, die pro Weiterentwicklungsstufe eine höhere Nummer tragen. Unterstufen innerhalb einer Generation werden mit ansteigenden Zahlen nach dem Punkt gekennzeichnet. Oft ist die Unterteilung zwischen neuer Generation und dezimaler Untereinheit willkürlich.

genutzt und man kann damit Geld verdienen. Wir sprechen vom Internet als Web 2.0, wenn wir betonen wollen, dass Dialoge oder genauer dialogartiger Austausch stattfindet. Hier findet man nun auch Publikationen von Menschen, die vorher, im Web 1.0, nicht als Veröffentlichende in Frage kamen, in Form von Podcasts, Webcasts, Blogs, Wikis, Videoplattformen und einigem mehr, das man kommentieren oder ggf. in Foren diskutieren kann<sup>750</sup>. Nicht-Journalisten bloggen neben Profis wie Stefan Niggemeier, der den erfolgreichsten Blog Deutschlands aufgebaut hat<sup>751</sup>, und entwickeln publizistische Surrogate, die die einen als meinungslastigen „Journalismus light“ empfinden, die anderen als das einzig Wahre. Inzwischen haben viele Blogger dermaßen viele Leser, dass es sich lohnt, ihre Website zu vermarkten und mit bezahlten Werbebannern zu versehen. Insofern sind sie dann ebenfalls „professionell“, auch wenn sie das journalistische Handwerk, formal gesehen, nicht erlernt haben.

### **Exkurs: Glossar**

**„Blog“:** Eine neusprachliche Abkürzung des Begriffes „Weblog“, der wiederum eine Mischung aus Web, also Internet, und Logbuch, also Tagebuch, meint.

**„Podcast“:** Eine Mischung aus „Ipod“, dem Gerät der Firma Apple zum Anhören von gespeicherten Audiodateien und dem Begriff „Broadcast“, also Sendung. Es meint eine jederzeit abrufbare Hörfunksendung.

**„Webcast“:** Eine Mischung aus Web, also Internet, und Broadcast und meint eine Fernsehsendung, die über das Internet Protokoll (IP) zwar einmal live „ausgestrahlt“ wird, aber danach jederzeit als Konserve abrufbar bleibt. Die Technologie, nach der Fernsehsendungen im Internet übertragen werden, nennt man dementsprechend „IP TV“.

**„Streaming“:** Eine Technologie, nach der große audiovisuelle Datenpakete, also Filme, ruckelfrei angezeigt werden können. Livestreaming bezeichnet Bereitstellung der Daten in Echtzeit während der Aufzeichnung, z. B. eines Konzertes. Im Gegensatz dazu können bei anderen Technologien große Dateien oft nicht störungsfrei abgespielt werden, weil die Datenpakete nicht gleichzeitig eingelesen und abgespielt werden können.

**„Social Media“:** Der Begriff „Social Media“ ist formal nicht synonym mit „Web 2.0“<sup>752</sup> zu verwenden, da er nur alle technologischen Dienste auf Basis „sozialer

---

<sup>750</sup> Abgesehen davon gab es auch vorher schon sogenannte Chatrooms, in denen zwei oder mehrere Teilnehmer schriftlich miteinander kommunizieren konnten. Außerdem wurde die erste Generation besonders fleißig von Laien im Rahmen ihrer Homepages zum Publizieren von Mitteilungen genutzt. Es hat durch die Adaption journalistischer Techniken und Content-Technologien eine deutliche Professionalisierung der Inhalte und Darstellung privater Homepages stattgefunden, auch wenn deren Urheber nach wie vor für ihre Veröffentlichungen kein Geld bekommen. Dementsprechend unterscheidet man private „Homepages“ begrifflich von professionellen „Websites“, vergleichbar mit der Ablösung des Begriffes Homecomputer durch die weniger privat klingende Bezeichnung PC für Personal Computer.

<sup>751</sup> Siehe Bildblog.de, der sich zuerst nur der Bildzeitung widmete und inzwischen auch andere Medien kritisch beobachtet.

<sup>752</sup> Als Urheber des Begriffs „Web 2.0“ wird Tim O’Reilly häufig genannt, andere sind der Meinung, dass Dary DiNucci 1999 als erste diesen Begriff prägte.

Software“ subsumiert, die es ermöglichen, in der virtuellen Welt jene neuen Gemeinschaften zu bilden, innerhalb derer man Informationen austauscht. Trotzdem ist die Synonymisierung im allgemeinen Sprachgebrauch üblich geworden. Die bekanntesten sozialen Netzwerke sind Facebook, Xing, Myspace und in Deutschland zusätzlich noch Lokalisten, StudiVZ und SchülerVZ. Hier meldet der Benutzer sich an und erstellt sein „Profil“ mit echtem Namen oder einem Pseudonym. In einer Art Fragenkatalog gibt er vermeintlich Wissenswertes über sich an und versieht das Profil ggf. auch mit Fotos, beispielsweise von sich, seinem Hund und Orten, die er mag. Je nach Plattform gibt es bestimmte Möglichkeiten, beliebige Nachrichten nach bestimmten Mustern „zu posten“, also zu hinterlassen, die bei allen Verknüpften auf deren Seiten erscheinen, wenn sie sich das nächste Mal „einloggen“, also die Anwendung starten. Jeder kann dann wiederum darauf reagieren oder es lassen.

### **„Cyberspace“:**

Der Begriff „Cyberspace“<sup>753</sup> für diese virtuellen Welten wird zwar noch verwendet, hat sich jedoch unter deutschsprachigen Praktizierenden nicht wirklich flächendeckend durchgesetzt, obwohl er das heutige Selbstverständnis der Netizens für sich und das Lebensgefühl in ihrer jetzt interaktiven virtuellen Welt immer noch sehr gut vermittelt<sup>754</sup>. Vielmehr wird hat sich über „virtual reality“ die Netzgemeinde auf die beiden in ihrer Schlichtheit nicht zu übertreffenden Begriffe „Web“ und „Net“, also im Deutschen nur „Netz“ verständigt.

Die Redaktionen der TV-Sendungen „Nano“ und „Neues“ auf 3sat<sup>755</sup> liefern auf ihrer Website eine Internet-Nutzer-Typologie:

**„Digital Skeptics:** Diese Spezies hat permanent Angst davor, digitale Spuren im Internet hinterlassen, und bewegt sich besonders vorsichtig im virtuellen Raum. Dennoch schätzen sie die Informationsmöglichkeiten und die Fülle, die das Internet bietet.

**Digital Immigrants:** Im Gegensatz zu den ‚Digital Natives‘ sind die ‚Digital Immigrants‘ nicht mit dem Internet aufgewachsen, ihr Alter liegt jenseits der 35 Jahre. Unter ihnen befinden sich viele ‚Digital Skeptics‘.

**Silver Surfer:** Immer mehr ‚Silver Surfer‘, also Über-60-Jährige (mit silbergrauen Haaren) nutzen das Internet. 2006 waren es laut ARD/ZDF-Online-Studie demnach 4,1 Millionen oder jeder fünfte in dieser Altersgruppe. Fünf

---

<sup>753</sup> Zu Beginn der Cybertechnologie benutzte man Anzüge und Helme, um ein physisches „Raumgefühl“ bei den Benutzern zu erzeugen. Doch zunehmend erlangen Internetnutzer ihr spezifisches Raum-Zeitgefühl auch ohne diese technischen Hilfsmittel.

<sup>754</sup> Vgl. Peter Glaser „24 Stunden im 21. Jahrhundert“ von 1995 (sic!)

<sup>755</sup> Quelle: 3sat, unter:

<http://www.3sat.de/dynamic/sitegen/bin/sitegen.php?tab=2&source=/specials/141373/index.html>  
(10.03.2010)

Jahre zuvor (2001) gehörte noch nicht einmal jeder zehnte Ältere zu den Onlinern (8,1 Prozent). Während das Wachstumspotential bei Jugendlichen weitgehend ausgeschöpft sei, seien bei den über 60-Jährigen die höchsten Steigerungsraten zu erwarten, hieß es in der Studie. Viele Senioren befürchten, ohne Internetkenntnisse sozial ausgegrenzt zu werden und nicht mehr mitreden zu können. Schließlich verweisen Zeitungen, Radio und Fernsehen permanent auf Websites. Während die Älteren lange dachten, Inhalte des Netzes problemlos auch über andere Medien beschaffen zu können, entdecken die ‚Silver Surfer‘ zunehmend den eigenen Reiz des Internets.

**Nerds:** Jemanden, der stundenlang vor dem Computer hängt und sich mit vielen Programmen auskennt, bezeichnete man als ‚Nerd‘. In Zeiten, in denen das Internet zum Alltag gehört, ist ein derartiges Verhalten nichts Außergewöhnliches mehr.

**Hacker:** Darunter versteht man ursprünglich jeden Computerfreak, der für einen bestimmten Zweck schnell ein eigenes Programm schreiben kann. Darüber hinaus bedeutet Hacken das Ausreizen eines Programms oder Computersystems, wobei neue, ursprünglich nicht vorgesehene Möglichkeiten entdeckt werden. Im öffentlichen Sprachgebrauch aber werden Hacker mit den ‚Crackern‘ gleichgesetzt, die in ein fremdes Computersystem eindringen.<sup>756</sup>

### **Rückkopplung: Jeder Sender nun auch Empfänger!**

Bei den „Netizens“, also den „Bürgern im Internet“, beginnt der demokratische Ansatz der neuen Generation von Mediennutzern: Während vorher nur wenige (Programmierer, Administratoren, Content Manager) die Inhalte beitrugen und diese vielen (tatenlosen) Empfängern unterbreiteten, haben nun sehr viele Nutzer die Möglichkeit, nicht nur zu empfangen, sondern auch zu senden. Das entspricht der Brechtschen Radiotheorie, die Bertold Brecht in mehreren Schriften zwischen 1927 und 1932 entwickelte und vereinfacht zusammengefasst die Forderung ergibt: „Jeder Empfänger ein Sender!“

Explizit heißt es in der sogenannten Radiotheorie: „Ein Vorschlag zur Umfunktionierung des Rundfunks: Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn auch in Beziehung zu setzen. Der

---

<sup>756</sup> Quelle: 3sat, unter:

<http://www.3sat.de/dynamic/sitegen/bin/sitegen.php?tab=2&source=/specials/141373/index.html>  
(10.03.2010)

Rundfunk müßte demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren.<sup>757</sup>

Brechts visionäre Forderung ist eingetreten: Im Web 2.0 finden wir genau dies vor, ergänzt durch Bild, Ton, „Bewegtbild“<sup>758</sup>, Hyperlinks auf andere Internetseiten, zu anderen Quellen etc. Das von Günther Anders („Unilateralität“)<sup>759</sup>, der „Frankfurter Schule“ und Jürgen Habermas bemängelte – sowie von Hans Magnus Enzensberger nicht-bemängelte<sup>760</sup> – Fehlen eines Rückkanals, der Interaktion ermöglicht, ist also als Problem obsolet. Tobias Moorstedt hat den Eindruck, als müsste damit gerade Habermas’ Traum erfüllt sein: „Auf den ersten Blick konnte man meinen, nicht Tim Berners-Lee habe das World Wide Web erfunden, sondern Jürgen Habermas, der immer wieder die Bedeutung der Kommunikation, der Argumente und des Konsens betont. Es schien, als habe der Philosoph das Internet während des Mittagsschlafs an einem warmen Sonntag herbeigeträumt. Endlich gab es einen Ort, an dem die Menschen jederzeit kommunizieren konnten, frei von Zensur und Ignoranz.“<sup>761</sup>

Eine ähnliche Vorstellung wurde bereits zu Beginn des Informationszeitalters, also vor über 17 Jahren, von Gianni Vattimo konstatiert, wie es Hans-Martin Schönherr-Mann zusammenfasst: „Auch für den italienischen Vordenker der Postmoderne-Debatte, Gianni Vattimo zeigt sich die Entwicklung zu einer informatisierten Gesellschaft, bzw. zu einer der generalisierten Kommunikation keinesfalls bloß als ein Prozess der Depravation oder gar der Apokalypse, wie es in weiten Teilen der gegenwärtigen Kulturkritik üblich ist<sup>762</sup> und wie es Horkheimer und Adorno intoniert haben, für die der Prozeß der Technisierung primär einen Prozeß der Entfremdung und Unterdrückung darstellt. Diese Position begreift die moderne Technik im Sinn des Modells eines Motors, der von einem Zentrum aus seine Glieder bewegt, ohne daß diese auf ihn zurückwirken könnten. Im Anschluß an Heideggers Begriff vom Gestell kann man von Technik nicht mehr als Maschine sprechen, die die äußere Natur beherrscht, sondern als Systeme der Informationssammlung und -Verbreitung. Vattimo schließt an jenen Aspekt in Heideggers Technikphilosophie an, wo das Gestell auch Momente des Rettenden birgt. Er ist der Auffassung, daß Heidegger von jener Strebung der Technik ahnte, die erst in der Kommunikationstechnik zum Ausdruck kommt, nämlich von der Rückkopplung, daß also auch von den Gliedern auf das Zentrum Einfluß ausgeübt werden kann, ja daß überhaupt die Idee des Zentrums

---

<sup>757</sup> Brecht (1971), Seite 21

<sup>758</sup> Man mag allgemein im Rahmen der digitalen Internettechnologien nicht mehr von „Film“ oder „Video“ sprechen, weil deren Begriffe zu sehr auf analogen Technologien beruhen oder mit diesen assoziiert werden. „Bewegtbild“ als deutsche Bezeichnung für „digital verarbeitete audio-visuell rezipierbare Filme und Videos“ wird sicherlich nur eine Zwischenlösung sein, bis sich ein geschmeidigerer anglistischer Begriff gefunden hat.

<sup>759</sup> Anders (2002), Seite 130

<sup>760</sup> Siehe Kapitel „Presse macht Druck“

<sup>761</sup> Moorstedt (2008), Seite 119

<sup>762</sup> 1994!

zunehmend an Bedeutung für das Geschehnis der informatisierten Technik verliert.“<sup>763</sup>  
Das Internet als Gestell, dessen Hebel plebiszitäre Partizipation ermöglichen – ein treffendes Bild.

### **Segen und Fluch der technischen Reproduzierbarkeit**

Die Befreiung der Information im Brechtschen Sinne aus den Händen des Senders (als Inhaber der Produktionsmittel) durch die Technik darf also als Fortschritt im Demokratisierungsprozess gefeiert werden. Doch der technische Fortschritt hat über die beklagten Gefühle von Entfremdung durch sukzessive Regression verbaler interpersonaler Kommunikation und aller damit einhergehenden sozialen Phänomene hinaus weitere pessimistische Einschätzungen im Detail hervorgerufen, die in derselben Atmosphäre gediehen wie Nihilismus und die Dialektik der Aufklärung. Der Fortschritt der Technik als Segen und Fluch bewegt die Öffentlichkeit, egal ob die betroffenen Individuen sich als Netizens oder „Offliner“ verstehen, denn er hat für jeden positive und negative Auswirkungen.

„Die Repeat-Taste bedeutet den Tod eines Lieblingsliedes“, befand 1995 der Münchner Wissenschaftstheorie-Student Florian von Teppner.<sup>764</sup> Und genauso, wie das ununterbrochene Hören eines Lieblingsliedes nach einer Weile dazu führt, dass man sich satt gehört hat, verliert jedes Kunstwerk seinen Zauber, wenn man es tausendfach reproduziert in Wohnzimmern, Schaufenstern und auf Plastiktüten wiederfindet, wie es das Schicksal der beiden Putten werden sollte, die zu Füßen der Sixtinischen Madonna fläzen, wie es kleine Kinder tun, wenn sie sich ein wenig langweilen, und die in dieser Momentaufnahme einzigartig treffend von Raphael 1513

dargestellt wurden. Doch sind sie heute dermaßen omnipräsent, dass viele sich belästigt fühlen, wenn ihnen die beiden Knirpse wieder einmal auf einer Serviette, einem Bierdeckel oder einer Postkarte begegnen.



**Abbildung:** „Sixtinische Madonna“ (+ Detail)<sup>765</sup>

---

<sup>763</sup> Schönherr-Mann (1994), Seite 293

<sup>764</sup> In einem persönlichen Gespräch mit der Autorin

<sup>765</sup> Staatliche Sammlung Dresden





Doch nicht die Massenhaftigkeit von Reproduktionen störte Benjamin so sehr, vielmehr beklagte er die „Verkümmerung der Aura“<sup>766</sup> eines Kunstwerkes in dem Moment, in dem es mit Hilfe technischer Mittel reproduziert wird. „Die Umstände, in die das Produkt der technischen Reproduktion des Kunstwerks gebracht werden kann, mögen im Übrigen den Bestand des Kunstwerks unangetastet lassen – sie entwerten auf alle Fälle sein Hier und Jetzt“<sup>767</sup>, schreibt er im Pariser Exil 1936 in seinem Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ für die Zeitschrift für Sozialforschung des Instituts für Sozialforschung<sup>768</sup>. Sein Artikel wurde jedoch stark redigiert<sup>769</sup> und erschien erst vollständig in deutscher Sprache 1963. Benjamin entwickelte seine Thesen vornehmlich am Beispiel des Spielfilms, doch überträgt er sie auf alle Schöpfungen: Alles, was handgemacht ist, ist ein Kunstwerk und „echt“. Und alles was reproduziert wurde, ist eine Fälschung, doch selbst die hat ihre künstlerischen Eigenheiten. Der Verlust der „Aura“ ist der Fluch der Reproduzierbarkeit, doch sie hat nicht nur schlechte Seiten. Benjamin nimmt auch die Vorgehensweise späterer Künstler, wie Andy Warhol und Jeff Koons, vorweg, die in Reproduzierbarkeit und im Nachgemachten das Künstlerische im Künstlichen suchen und finden und darin ihre Originalität: „Während das Echte aber der manuellen Reproduktion gegenüber, die von ihm im Regelfalle als Fälschung abgestempelt wurde, seine volle Autorität bewahrt, ist das der technischen Reproduktion gegenüber nicht der Fall. Der Grund ist ein doppelter. Erstens erweist sich die technische Reproduktion dem Original gegenüber selbständiger als die manuelle. Sie kann, beispielsweise, in der Photographie Ansichten des Originals hervorheben, die nur der verstellbaren und ihren Blickpunkt willkürlich wählenden Linse, nicht aber dem menschlichen Auge zugänglich sind, oder mit Hilfe gewisser Verfahren wie der Vergrößerung oder der Zeitlupe Bilder festhalten, die sich der natürlichen Optik schlechtweg entziehen. Das ist das Erste. Sie kann zudem zweitens das Abbild des Originals in Situationen bringen, die dem Original selbst nicht erreichbar sind.“<sup>770</sup>

Ein Segen der technischen Reproduzierbarkeit liegt in ihrer Unabhängigkeit vom Original: Wären die Reproduktionen Benjamins Originalmanuskriptes nicht später auf verschlungenen Wegen an die Öffentlichkeit gelangt, wäre sein vollständiger Aufsatz der Nachwelt verborgen geblieben. Ähnlich erging es dem filmischen Meisterwerk „Metropolis“ (Fritz Lang, 1927), dessen Originalfassung verloren ging. Erst kürzlich wurde in einem Brasilianischen Archiv die wahrscheinlich letzte existierende Kopie des Originals wiederentdeckt.<sup>771</sup> Überhaupt dient die technische Reproduzierbarkeit

---

<sup>766</sup> Benjamin (1936), Seite 5

<sup>767</sup> Benjamin (1936), Seite 4

<sup>768</sup> Damals im New Yorker Exil

<sup>769</sup> Manche meinen auch „zensiert“.

<sup>770</sup> Benjamin (1936), Seite 4

<sup>771</sup> „Als Paula Félix-Didier, die Chefin des Filmmuseums in Buenos Aires 2008 im Archiv ihres Hauses auf eine alte 16mm Negativkopie stieß, muss sie gehnt haben, welch kostbaren Schatz sie da in den Händen hielt. Umgehend trat sie die Reise von Brasilien nach Berlin an. Hier bestätigten ihr Experten, dass es sich bei dem Fund tatsächlich um eine Urfassung von Fritz Langs Science-Fiction-Klassiker ‚Metropolis‘ aus

eines Kunstwerkes dazu, unabhängig von seinem Aufbewahrungsort „im Lichte der Öffentlichkeit“ betrachtet zu werden, sowohl als Photographie, Film, Buch als auch eben als Internetdokument. Man muss die zahlreichen Bildergalerien des Internets als demokratisierte Zugänge zur Kunst begreifen, um auch die Euphorie der Internetnutzer zu begreifen, die in diesem Medium eine Chance für globale Demokratisierung sehen. Ohne das Internet würden epochale Kunstwerke in Archiven verstauben – und ist es nicht besser, man betrachtet eine Kopie als gar nichts? Mit dem massenhaften Zugang zu Schriften, Filmen und Kunstwerken hat die Informationsfreiheit eine neue Dimension erreicht. Dass sämtliche Werke auch gefälscht werden können, ist nicht so sehr das Problem, obwohl die Frage des Urheberrechts empfindlich tangiert wird<sup>772</sup>, sondern dass sie verfälscht werden und sich dann ihr Sinn und das Resultat der jeweiligen Rezeption ebenfalls verzerrt. Dies wurde bereits von Walter Benjamin und Günther Anders erkannt, ebenso die Hilflosigkeit, der sich der Rezipient stellen muss, bei dem Versuch, mit der technischen Produktion Schritt zu halten, die Anders die „Antiquiertheit des Menschen“ nennt und bereits 1956 konstatiert: „Vielmehr gibt es keinen Zug, der für uns heutige so charakteristisch wäre wie unsere Unfähigkeit, seelisch ‚up to date‘, auf dem Laufenden unserer Produktion zu bleiben, also in dem Verwandlungstempo, das wir unseren Produkten selbst mitteilen, auch selbst mitzulaufen und die in die ‚Gegenwart‘ genannte) Zukunft vorgeschossenen oder uns entlaufenen Geräte einzuholen.“<sup>773</sup>

Günther Anders nimmt Frank Schirrmachers 53 Jahre später veröffentlichte Klage über die Entwicklung des Internets und das damit einhergehende Gefühl der Unbehaglichkeit damit<sup>774</sup> vorweg: „Durch unsere uneingeschränkte prometheische Freiheit, immer Neues zu zeigen (und durch den pausenlosen Zwang, dieser Freiheit unseren Tribut zu entrichten), haben wir uns als zeitliche Wesen derart in Unordnung gebracht, daß wir nun als Nachzügler dessen, was wir selbst projiziert und produziert hatten, mit dem schlechten Gewissen der Antiquiertheit unseren Weg langsam fortsetzen oder gar wie verstörte Saurier zwischen unseren Geräten einfach herumlungern.“

Auch das folgende Zitat zeugt von Günther Anders visionärem Geschick: „Wenn es die surrealistische Konfiguration definiert, daß in ihr völlig disparate, ja einander widersprechende, sogar einander tödliche Elemente dennoch zugleich, ja zusammen, sogar gegenseitig lähmender Interdependenz auftreten, dann gibt es keine ‚klassischere‘ Verwirklichung des Surrealismus als die Konfiguration, die eine ‚computing machine‘ und ein vor ihr stehender Mensch zusammen bilden. Die

---

dem Jahr 1927 handelte“ (Quelle: RBB Kultur, unter [http://www.rbb-online.de/kultur/beitraege/2010/metropolis\\_der\\_gigant.html](http://www.rbb-online.de/kultur/beitraege/2010/metropolis_der_gigant.html), 25.02.2010)

<sup>772</sup> Ein erhebliches Problem, das die politische Rolle der Öffentlichkeit auch beeinflusst, dahingehend als dass die Legislative sich deliberativ international einigen muss.

<sup>773</sup> Anders (2002), Seite 15f

<sup>774</sup> Schirrmacher, Frank „Payback“ (2009). Mehr dazu im Kapitel „Körperliche Macht“

Tatsache der täglich wachsenden A-synchronisiertheit des Menschen mit seiner Produktwelt, die Tatsache des von Tag zu Tag breiter werdenden Abstandes, nennen wir ‚das prometheische Gefälle‘<sup>775</sup>. So sehr Anders auch schimpft gegen die für den Menschen schädlichen Folgen der ‚Welt als Phantom und Matrise‘, so kann auch er an der Reproduzierbarkeit an sich auch Gutes finden: ‚Als bei Hitlers Bücherverbrennung 1933 Tausende von Seiten in Asche sanken, verbrannte, im Unterschiede zum Bibliotheksbrand in Alexandria, keine einzige Seite. Denn von jeder gab es hundert oder tausend Geschwister. Wie schmächtig die Absicht des Brandstifters auch sein mochte, wie ominös die Geste seiner Hand, die verriet, daß sie bald anderes als Papier den Flammen übergeben würde – in diesem Stadium war seine Zerstörung noch reine Farce: denn inmitten der johlenden Menge, die den Scheiterhaufen damals umtanzte, tanzte ungeschrien eine leichte den Flammen nicht erreichbare Schar von Spöttern: die der Buchmodelle, die ‚Verbrennt nur unsere Exemplare!‘ riefen, ‚verbrennt sie nur! Uns verbrennt ihr nicht‘ – um dann in alle Winde zu zerfliegen. – Und heute leben die angeblich Verbrannten von Neuem in abertausenden von Exemplaren.<sup>776</sup> Die ‚Massenhaftigkeit‘ von Informationen im Internet hat einen ähnlichen Effekt: Man kann eine Website blockieren oder löschen, doch irgendwo anders wurde diese Information bereits gelesen und kopiert und weiterverbreitet oder sie entsteht an anderer Stelle, über andere Server neu. Zensur im Internetzeitalter ist erheblich schwieriger geworden.<sup>777</sup>

### **Konstruktivismus**

Mit dem Begriff ‚Simulation‘ im Abschnitt ‚Politainment‘ kam der Begriff ‚Simulacrum‘ bereits in die Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit, nach dem in den 1970er und 1980er Jahren Roland Barthes, Jaques Derrida, Paul Virilio, Gilles Deleuze und Jean Baudrillard und einige andere das Phänomen von Abbildungen, Imaginationen oder Imitationen unterschiedlich betrachteten. Zuvor hatte schon Arthur Schopenhauer mit dem Leitsatz ‚Die Welt ist meine Vorstellung‘ den Subjektivismus ins philosophische Spiel gebracht.

Dass wir niemals wissen, ob das, was wir glauben wahrzunehmen, der Wirklichkeit entspricht, ist ein Kernproblem der Wissenschaften. Dass wir nicht wissen, worüber wir nachdenken sollen, bevor wir nicht wissen, ob das, worüber wir nachdenken wollen, überhaupt existiert, führte zu verschiedenen philosophischen Lösungsversuchen. Das Problem dadurch zu lösen, dass man zuerst den Gegenstand der Philosophie a priori festzustellen trachtet, also das was *ist* (Sein/Dasein) und die

---

<sup>775</sup> Prometheus als der Fortschrittsbringer, der als Genie, das sich in seiner Hybris gegen die Götter auflehnt, den Menschen das Feuer bringt und, dafür von Zeus zur Strafe an den Fels gekettet, anschließend um Gnade bittet. Und Prometheus, der sich als Titan-Wesen zwischen der göttlichen Welt und der der Menschen aufreißt.

<sup>776</sup> Anders (2002), Seite 51

<sup>777</sup> Mehr dazu im Abschnitt ‚Open Source als 5. Gewalt?‘

Zeit und die Wahrheit<sup>778</sup>, sind zum Gegenstand der theoretischen Philosophie per se<sup>779</sup> geworden. Ihr Ziel scheint der Weg zu sein, denn es wird wohl niemals eine konsensfähige Antwort auf die Existenzfrage geben: Martin Heideggers Erkenntnis, dass es wohl nie eine letztendliche Erkenntnis<sup>780</sup> geben könnte, wird dementsprechend denn auch als geistesgeschichtliche Destruktion der Ontologie bezeichnet.

Zahlreiche Philosophieströmungen setzen sich damit auseinander, was *nicht ist*. Ein anderer, pragmatischerer Lösungsansatz ist, einfach vorauszusetzen, dass das, was und wie wir es wahrnehmen und beobachten, schon irgendwie *ist* (Materialismus) und wenn es nur imaginäre Abbildungen (Vorstellungen) sein sollen, dann denken wir eben darüber nach.<sup>781</sup>

Sein ideales Sprechaktmodell mit dem Ziel eines „wahren Konsensus“ formuliert Jürgen Habermas als „Universalpragmatik“.<sup>782</sup> Dem gegenüber verneinen Jean Francois Lyotard und Michel Foucault eine Intersubjektivität und postulieren den „Widerstreit der Diskurse“, also die Inkommensurabilität der einzelnen Diskurstypen, die ihre jeweilige Realität erzeugen.<sup>783</sup> Mit anderen Worten: Wir können nie wissen, was die Gesprächspartner wirklich meinen.

Dörner bringt nun in der Politainment-Betrachtung wieder das Problem auf den Plan, dass unsere Zuschauer-Realität, also das, was wir beobachten, einer wie auch immer gearteten Wirklichkeitskonstruktion (Konstruktivismus) unterliegen (könnte). Doch wer konstruiert die Wirklichkeit? Ist es der Sender oder ist es der Empfänger? Oder beide? Wenn wir als pluralistische Öffentlichkeit diese Frage schon nicht klären können, sollten wir uns wenigstens darüber bewusst sein, dass alle drei Möglichkeiten bestehen.

Auch Paul Watzlawick setzt sich mit dem Konstruktivismus auseinander und stellt anders, als die Vorrede es vermuten ließe, fest, dass nicht die Destruktion (darauf aufbauend das Theorem der Dekonstruktion<sup>784</sup>) mit dem Nihilismus verwechselbar sei, sondern der Konstruktivismus und er entwickelt eine Argumentationslinie, die er mit dem Kategorischen Imperativ Kants beenden könnte, jedoch deutet er nur indirekt darauf hin und findet einen ganz anderen Schluss, wie im Folgenden deutlich wird: „Was bietet er dem modernen Menschen, der sich in eine immer unverständlichere Welt geworfen findet, in der die ehrwürdigen Leitbilder früherer Epochen ihren Sinn und ihren Trost weitgehend verloren haben? Für manche ist der Konstruktivismus der

---

<sup>778</sup> Existenzphilosophie, vgl. Auch Martin Heideggers Hauptwerk „Sein und Zeit“ (1927)

<sup>779</sup> Ontologie, Metaphysik

<sup>780</sup> Vgl. „Solipsismus“-Diskussion

<sup>781</sup> Vgl. Soziologie Auguste Comtes: „Positivismus“

<sup>782</sup> Habermas and Luhmann (1971), siehe auch Abschnitt „Gerechtigkeit: Checks and Balances im öffentlichen Raum“ und Abschnitt „Sprache“

<sup>783</sup> Siehe Abschnitt „Sprache“

<sup>784</sup> Vgl. Jaques Derrida

andere Name des Nihilismus. Wer überzeugt ist, ohne einen endgültigen Sinn nicht leben zu können, wird in der Idee, daß alle Wirklichkeit letzten Endes erfunden ist, nur den Vorläufer von Zersetzung und Chaos sehen können. Die daraus scheinbar zu ziehende Konsequenz ist der Selbstmord (...) Der Selbstmörder sucht nach dem Sinn der Welt, überzeugt sich zu einem bestimmten Zeitpunkt, daß es den Sinn nicht gibt, und bringt sich dann um – nicht, weil die Welt *als solche* sich für nicht lebensmöglich oder lebenswert erwiesen hat, sondern weil sie seiner Forderung nicht entspricht, einen endgültigen und erfaßbaren Sinn zu haben. Mit dieser Forderung hat der Selbstmörder eine Wirklichkeit konstruiert, die nicht *paßt* und daher sein Lebensschiff scheitern läßt. (...) Der Gegenspieler des Selbstmörders ist der Sucher (...) Der Selbstmörder kommt zu dem Schluß, dass es das Gesuchte nicht gibt, der Sucher dagegen, daß er nur noch nicht an der richtigen Stelle gesucht hat. Der Selbstmörder führt Null, der Sucher Unendlich in die existentielle ‚Gleichung‘ ein; jede derartige Suche ist in Karl Poppers Sinne selbstimmunisierend und daher endlos. Der möglicherweise ‚richtigen‘ Fundstellen gibt es unendlich viele. Der Vorwurf des Nihilismus führt sich selbst ad absurdum, indem er beweist, was er widerlegen will: nämlich, daß das Postulat eines Sinnes die Voraussetzung der vermeintlichen Entdeckung einer sinnlosen Welt ist. Damit ist aber immer noch nichts darüber ausgesagt, welche Wirklichkeit denn der Konstruktivismus *selbst* konstruiert. In andern Worten: Was wäre das Weiterleben eines Menschen, der es fertigbrächte, ganz konsequenterweise seine Welt als seine eigene Konstruktion zu sehen? Dieser Mensch wäre (...) vor allem *tolerant*. Wer erfaßt hat, dass seine eigene Welt eine Erfindung ist, muß dies den Welten seiner Mitmenschen zubilligen (...) Die Einsicht, dass wir nichts wissen, solange wir nichts endgültig wissen, ist die Voraussetzung des Respekts für die von anderen Menschen erfundene Wirklichkeiten. Erst wenn diese anderen Wirklichkeiten selbst intolerant werden, würde er – wiederum im Sinne Karl Poppers – das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Intoleranz nicht zu tolerieren. Dieser Mensch fühlte sich ferner in einem tief ethischen Sinne verantwortlich; verantwortlich nicht nur für seine Träume und Fehlleistungen. Sondern für seine bewußte Welt und seine wirklichkeitserschaffenden, selbsterfüllenden Prophezeiungen. Der für uns alle so bequeme Ausweg in die Abwälzung der Schuld an Umstände und an andere Menschen stünde ihm nicht mehr offen. Diese volle Verantwortung würde auch seine volle Freiheit bedeuten.<sup>785</sup>

Hier könne man mit Kants „Sapere aude!“ enden und erwarten, dass aus der Notwendigkeit, diese Freiheit subjektiv (wenn es schon keine objektive Wahrheit gibt) so zu gestalten, als Suchender sein Lebensschiff um alle Klippen steuert und dabei so wenig Schaden wie möglich anrichtet, bis die Lebensreise beendet ist, indem man „SO HANDELT, DASS DIE MAXIME SEINES WILLENS JEDERZEIT ZUGLEICH ALS PRINZIP EINER ALLGEMEINEN GESETZGEBUNG GELTEN KÖNNE.“<sup>786</sup> – doch Watzlawick führt auf der

---

<sup>785</sup> Watzlawick (2006), Seite 310

<sup>786</sup> Kant (2008), § 7 Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft in der Kp V, Seite 731

Suche dessen, was der Konstruktivismus konstruiert, erst einmal die Frage selbst ad absurdum und konstatiert: „Der Konstruktivismus erschafft oder ‚erklärt‘ keine Wirklichkeit ‚da draußen‘, sondern enthüllt, daß es kein Innen und kein Außen gibt, keine Welt der dem Subjekt gegenüberstehenden Objekte. Er zeigt vielmehr, daß die Subjekt-Objekt-Trennung, auf deren Annahme sich Myriaden von ‚Wirklichkeiten‘ aufbauen, nicht besteht; daß die Spaltung der Welt in Gegensatzpaare vom erlebenden Subjekt aus konstruiert wird; und daß die Paradoxien den Ausweg zur Autonomie öffnen“<sup>787</sup>. Der Ausweg Autonomie ist m. E. nichts anderes als tatsächlich der „Ausweg aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ im Sinne der Kantschen Aufklärung.

Hier befinden wir uns an einem Glied der Watzlawickschen Argumentationskette, die der Einsteinschen Relativitätstheorie ähnelt, nach der der Beobachter sich immer relativ zur Position des Beobachteten innerhalb eines Beobachtungssystems befindet und das nicht nur örtlich, sondern auch zeitlich: In seiner Wahrnehmung findet immer eine Sekunde pro Sekunde statt. Auf einem entfernteren Planeten, von einem anderen Beobachtungssystem aus, würde dies anders wahrgenommen werden. Und tatsächlich beruft sich Watzlawick in seiner Conclusio auf einen Physiker: „Da diese Gedanken von berufener Seite und in rigoroser Sprache bereits ausgedrückt wurden, sei als Ausblick hier auf einige dieser Feststellungen verwiesen: In seinem Buch *Mind and Matter* schrieb [Erwin] Schrödinger schon 1958: ‚Der Grund weshalb unser empfindendes, wahrnehmendes und denkendes Ich nirgendwo in unserem Wissenschaftlichen Weltbild angetroffen werden kann, läßt sich leicht in sechs Worten ausdrücken: Weil es selbst dieses Weltbild ist. Es ist identisch mit dem Ganzen und kann daher nicht in ihm als Teil enthalten sein‘. Diese Worte klingen fast mythisch, doch bedenke man, daß sie aus einer Feder eines für seine Forschung mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Physikers stammen“<sup>788</sup>.

Eine mögliche Betrachtung der konstruktivistischen Auswirkung auf den Menschen, wie Marcuse und Schelsky sie anbieten, findet sich im Abschnitt „Web 3.0 – künstlich-ontologische Semantik im totalen Cyberspace?“.

### **3.4 Web 2.0 als osmotisches Medium – Diffusion erwünscht**

---

Zwar dürfen wir mit dem Konstruktivismus nicht mehr davon ausgehen, dass es ein Außen und ein Innen gibt, doch bei der Betrachtung des Internets beobachten wir eine weitere Polarisation der Gesellschaft und somit einen neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit: in jene in der Internetgemeinde Aktive einerseits und solcher im

---

<sup>787</sup> Watzlawick (2006), Seite 310ff

<sup>788</sup> Watzlawick (2006), Seite 314

wahren Leben (Real Life) Aktive andererseits. Doch ist dies keine Spaltung oder Trennung, denn diese Lager sind nicht fixiert: Akteure beider Seiten können jederzeit die andere Sphäre betreten – solange sie deren Regeln beherrschen, was gegenseitig oft in Frage gestellt wird. Auf der einen Seite herrscht das Klischee der lebensunfähigen „Nerds“, die brillant in technologischen Ursachen und Wirkungen interagieren, aber zu gehemmt sind, um sich unbefangen im Alltag des realen Lebens zu bewegen. Auf der anderen Seite blicken zahlreiche Menschen skeptisch auf Computer und deren Anwendungsmöglichkeiten und es gelingt ihnen nicht, diese als Pforte in eine andere Welt zu begreifen.

Politische Kommunikation in sozialen Netzwerken gestaltet sich aufgrund der oben beschriebenen technischen Möglichkeiten völlig anders, als man sie bisher praktizierte: interaktiv, unkontrolliert, transparent, meinungslastig – und verbindlich. Denn: Was einmal im Internet veröffentlicht wurde, bleibt für immer dort.<sup>789</sup> Andererseits kann die Fülle von Einträgen, Reaktionen und Diskussionen zu bestimmten Themen wiederum nach kurzer Zeit so unüberschaubar sein, dass eine kognitive Erlahmung eintritt und sich eine Diskussion rasch „totläuft“, d. h. viel schneller Desinteresse hervorruft, als ihr dies in traditionellen Medien wiederfahren würde. Die Volksnähe dieser Kommunikationsplattformen, abgesehen von ihrer schieren Quantität, hat auch einen qualitativen Malus: die Nutzer kommentieren, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist: wütende, polemische, unreflektierte und fehlerhafte Kommentare belasten die Rezeption, demotivieren seriösere Diskursteilnehmer und sind wiederum ein ständiger Kritikpunkt, der viel diskutiert wird. Mehr dazu im Exkurs „SIWOTI-Syndrom“.

Andererseits fühlen sich Menschen, die sich in traditionellen Medien nicht äußern würden, in sozialen Netzwerken hingegen offenbar selbstsicher genug, um ihre Meinung kund zu tun: Die Hemmschwelle scheint ungleich niedriger als dagegen vor einer Gruppe Menschen im realen Leben zu sprechen oder sich in Leserbriefen zu äußern oder sich live in die Studios von TV- und Radiosendungen im Rahmen von Diskussionsrunden einzuschalten.

### **Körperliche Macht vs. virtuelle Macht**

Da den herkömmlichen Massenmedien jedoch bisher der Rückkanal, geschweige denn das Forum fehlte, entbehrte die traditionelle Medienöffentlichkeit den Geist, die Atmosphäre und die „Aura“, die die griechische Agora oder bis heute jeden anderen Kongress ausmachen, bei dem Menschen zusammenkommen und diskutieren, oder wie Arendt es ausdrückte, ihr „gemeinsames Gespräch“. Die Massenkommunikation

---

<sup>789</sup> Es gibt technische Möglichkeiten, Einträge im Nachhinein zu löschen, aber da Internetseiten von zahlreichen anderen Stellen (automatisch) kopiert und archiviert werden, auf die die Löschenden keinen Zugriff haben, kann man niemals sicher sein, alle Einträge erfasst und vernichtet zu haben. Der Journalist und Medienmanager Stefan Aust pflegt diese Tatsache mit den Worten „Es ist leichter, Zahnpaste aus der Tube herauszudrücken, als wieder hinein“ zu umschreiben.



des 20. Jahrhunderts muss sich bis heute damit begnügen, dass zwar Kommunikation stattfindet, aber keine Gespräche, im Arendtschen Sinne oder im Sinne der Sprechakttheorie,<sup>790</sup> die besagt, dass Reden per se mehr bedeutet, als nur Sachverhalte zu beschreiben oder Behauptungen aufzustellen, sondern darüber hinaus Handlungen bewirken, die eine Änderung des Zustands der Welt nach sich ziehen können.<sup>791</sup> Das Transzendente direkter verbaler Kommunikation ist über mediale Transportwege nur schwer zu vermitteln, wie wir bereits bei der Betrachtung technisch reproduzierter Kunstwerke gesehen haben.

Der Begriff der „Bio-Macht“, den Michael Foucault in den 1970er Jahren entwickelte, gewinnt vor dem Hintergrund des körperlosen Charakters des Cyberspace eine neue Dimension: Während damals die „Kontrolle über das Leben“ im Mittelpunkt stand, könnte man heute die Bedeutung, die man der körperlichen, persönlichen Anwesenheit im realen Leben beimisst, als Bio-Macht interpretieren. Sein späterer Entwurf der „Technologien des Selbst“, die, wenn schon nicht identitäts-stiftend, so doch identitäts-konstituierend wirken, liest sich heute wie ein Vorgriff auf das Phänomen „Second Life“, von dem Foucault eine Vorahnung zu haben schien: Eine Art Computerspiel, eine virtuelle Lebensumgebung, in der sich die Teilnehmer eine künstliche Identität schaffen und darin ihre Zeit verbringen, Kontakte knüpfen, Waren erwerben – und gelegentlich sogar heiraten. Völlig losgelöst von den Gegebenheiten des realen Lebens vollzieht sich in Second Life eine neue Konstitution eines neuen Selbst. Florian Sprenger<sup>792</sup> gelingt es, aus Foucaults Selbsttechnologien einen Bezug zum Bloggen herzustellen: „Technologien des Selbst ermöglichen es also Individuen ‚mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihrem Körper, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen.‘ Diese Sorge behandelt aber nicht die Seele als Substanz, wie von der platonischen Philosophie veranschlagt, sondern kümmert sich um die Aktivitäten, um die Produktivitäten und die daraus entstehenden Positivitäten – die wiederum Mikrophysiken der Macht unterliegen. Und genau das gilt auch für das Bloggen: ‚Zu den wichtigsten Praktiken der Sorge um sich selbst gehörte es, dass man Aufzeichnungen über sich selbst machte, in der Absicht, sie später wieder einmal zu lesen; dass man Abhandlungen und

---

<sup>790</sup> Schmidt, Siegfried, „Konstruktivismus in der Medienforschung“, in: Weischenberg et al. (1994), Seite 597

<sup>791</sup> Zu den wichtigsten Vertretern zählen John Langshaw Austin und John Searle, aber auch Jürgen Habermas, der sich beider in Habermas (1995), Seite 427ff ausführlich widmet und sie weiterentwickelt. Mehr dazu im Abschnitt „Gerechtigkeit: Checks and Balances im öffentlichen Raum“

<sup>792</sup> Sprenger, Florian: „Selbsttechnologien – Medientechnologien“ am 11.04.2006 unter: <http://regierungspraktik.twoday.net/topics/2.+Technologien+des+Selbst/> (05.03.2010)

Briefe an Freunde schickte, die ihnen helfen sollten; dass man Tagebuch führte, um die Wahrheiten, deren man bedurfte, für sich selbst reaktivieren zu können.“<sup>793</sup>

In sämtlichen Ansätzen der Postmoderne, von Jaques Derridas „Dekonstruktion“ über den „Post-Strukturalismus“ Jean Baudrillards bis hin zum „Widerstreit der Diskurse“ Jean-Francois Lyotards kann man einen Vorgriff auf die Auflösung der alten Strukturen lesen, die offenbar durch das Internet vollzogen wurden und werden: Alte Muster und Gewohnheiten werden gar nicht erst in Frage gestellt, sondern de facto durch neue ersetzt. Trotzdem kann man und darf diese neuen Kommunikationsstrukturen des Internets nicht als „fest“ bezeichnen. Das Internet ist durch und durch fragmentiert, geradezu fraktal. Jedes Makro erzeugt eine Mikrostruktur, die wiederum als Makro für mehrere daraus hervorgehende Mikros dienen kann.

In der Sphäre des Internet gibt es keine Trennung von Öffentlichem und Privatem: Die virtuelle Welt ist für die sich in ihr Bewegenden eine Art „Zuhause“<sup>794</sup>. Diejenigen, die sich in ihr nicht bewegen oder nur unsicher herumtapsen, fühlen sich darin unwohl<sup>795</sup> oder ganz daraus ausgegrenzt, wie es Frank Schirmmacher in seinem Buch „Payback“ formuliert. Er stellt sich an die Spitze der Kritiker, die ihre Hilflosigkeit in Anbetracht einer Technik, die sie nicht beherrschen, gleich als Untergang des Abendlandes empfinden; wie bei allem Populären erschallt wieder der kulturpessimistische Aufschrei der Elite des Bildungsbürgertums, die eklatanten Wertverlust zu beobachten meint. So erntet Schirmmacher denn auch nur Häme aus der Welt derer, die sich in dieser Sphäre sehr wohl fühlen, also aus der Szene der Eingeweihten, wie die Replik des Urgesteins unter den sogenannten Lifestyle-Cyberpunks, Ossi Urchs, zeigt: „konfuse Attacke auf die Informationsgesellschaft“ nennt er Schirmmachers Lamento.<sup>796</sup> Das „titelgebende Phänomen“, die Echtzeit, würdige Schirmmacher im Text mit keiner weiteren Erklärung – weil er „keine Ahnung davon, aber umso schlimmere Ängste davor“ habe. Urchs Wunsch an Schirmmacher zu Weihnachten: „Einfach mal Klappe halten.“<sup>797</sup>

Und jene, die, einigermaßen neutral, nichts weniger als die „digitale Revolution“ glauben mitzuerleben, wie Martin Oetting, reagieren kopfschüttelnd: „Wenn Frank Schirmmacher sein jüngstes Buch ‚Payback‘ um die These konstruiert, dass sein Kopf ‚nicht mehr mitkommt‘, wenn er fragt, wer wen ‚fresse‘ in der digitalen Gesellschaft

---

<sup>793</sup> Foucault, Michel zitiert nach Sprenger, Florian: „Selbsttechnologien – Medientechnologien“ am 11.04.2006 unter: <http://regierungspraktik.twoday.net/topics/2.+Technologien+des+Selbst/> (05.03.2010)

<sup>794</sup> Mit etwas Phantasie kann man Heideggers Begriff vom „Wohnen“ hier durchaus anwenden.

<sup>795</sup> Siehe Stichworte „kognitive Dissonanz“ und „selective exposure“ im Abschnitt „Psychopathologische Öffentlichkeit“

<sup>796</sup> Urchs, Ossi: „Das Böse ist immer und überall – Frank Schirmmacher und die Echtzeit“, unter: <http://www.urchs.de/4/ossi/2009/12/das-bose-ist-immer-und-uberall---frank-schirmmacher-und-die-echtzeit.html> (05.03.2010)

<sup>797</sup> ebenda

und über den ‚darwinistischen Wettlauf‘ im Internet schreibt, dann ist sein Text geradezu ein Paradebeispiel für die Verharrungskräfte während einer Revolution (...) Ganz wie bei wissenschaftlichen Revolutionen sorgt heute der digitale Strukturwandel in den klassischen Institutionen für erhebliches Unbehagen.“<sup>798</sup>

Die Skepsis gegenüber den neuen, digitalen Technologien gibt es nicht erst seit dem Web 2.0. Im Jahr 1995 hat die Autorin für die Süddeutsche Zeitung<sup>799</sup> eine Analyse der damals noch offline determinierten „Multimedia“-Angebote zusammengefasst und festgestellt, dass sich viele Verbraucher schon damals von CD-ROMS, Teletext, BTX und Funktelefonen etc. überfordert fühlten. Der Begriff „Informationsflut“ entstand schon vor 1994, also lange vor dem massenweisen Aufkommen von Internetdiensten. Die Angst vor Veränderungen haben viele Menschen gemeinsam. Ihnen gegenüber stehen technikaffine Neugierige, die sich nicht nur schneller an die neuen Gegebenheiten anpassen, sondern deren Fortschritt forcieren. Wieder haben wir Konservative auf der einen Seite und auf der anderen Seite jene, die das System verändern möchten.

Der Erfolg von Schirrmachers Klage auf dem Buchmarkt ist eine logische Konsequenz: Konservative Buchleser fühlen sich eher angesprochen als Onliner. Und spottende Onliner fühlen sich eher bemüßigt, ihre Kritik im Internet zu veröffentlichen. Abgesehen davon ist dies eine Diskurskonfrontation zweier inkommensurabler Diskutanten, die glauben, genug Ahnung vom Weltbild des anderen zu haben, um ein sachliches Urteil fällen zu können. Beide haben m. E. Unrecht, da die Gesellschaft sich nicht aufteilen lässt in klare Kombattanten. Im Gegenteil: Beide Gruppen tun beides: Die einen leben auch in der physischen Welt und kommen darin mehr oder weniger gut zurecht und die anderen bedienen auch Computer und kommen damit mehr oder weniger gut zurecht. 26 % aller Haushalte haben derzeit keinen Internetanschluss, aber die Zahl der Älteren, die keinen Zugang zum Internet hat, weder technisch noch mental, verringert sich exponentiell. Diejenigen, die beispielsweise „Facebook“ in letzter Zeit als Neu-Mitglieder begrüßen konnte, rekrutierten mehrheitlich sich aus dem Kreis der Senioren. Diese entdecken, dass die Teilnahme am Internetdiskurs keiner körperlichen Fitness bedarf und Spaß machen kann, wenn man es richtig erlernt.

Schirrmachers Angriff auf die angebliche Hegemonie der Onlinewelt wirkt wie eine Beschwerde gegen Fußball, Golf, Tischmanieren oder Hochschulabschlüsse: Man kommt gesellschaftlich vermeintlich weiter, wenn man sich mit diesem Bereich und seinen Regeln auskennt, am besten sogar selbst mitspielen kann, man wird belächelt, wenn man keine Ahnung davon hat und u. U. als Gesprächspartner/Geschäftspartner

---

<sup>798</sup> Oetting, Martin „Kommunikationswandel: Die vier Subsysteme des Medienapparats“, unter: <http://carta.info/18043/kommunikationswandel-die-vier-subsysteme-des-medienapparats/> (04.03.2010)

<sup>799</sup> Vgl. Windhorst, Ariane „Der Mensch als kommunizierender Knotenpunkt? Noch fühlen sich Verbraucher von Multi-Media eher überrollt als beglückt“ am 15.11.1995 in der Süddeutschen Zeitung.

nicht ernst genommen – doch ohne geht es auch. Noch. Nicht die Gesellschaft ist vom Internet in ihren Grundfesten erschüttert, sondern bestimmte eigennützige Interessen, hier die kommerziellen Interessen der Verleger und Herausgeber, die keine Zeit hatten, die Regeln des Internets zu erlernen.

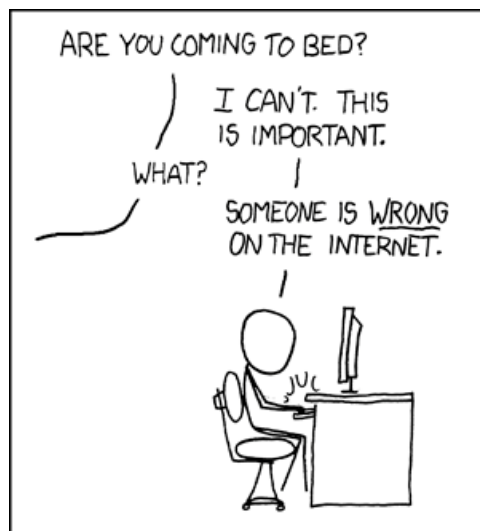
Nun das Medium dafür verantwortlich zu machen, dass sie sich nicht mehr so wohl fühlen wie früher, mutet etwas kindisch an. Aber wie so vieles auf dem Markt hat auch und gerade Kindisches auf dem Buchmarkt seine Existenz-Berechtigung, allein dadurch, dass es nachgefragt wird.

Wie sehr sich in Zukunft durch die Digitalisierung möglicherweise unser körperliches Dasein aufzulösen vermag, wird im Abschnitt „Web 3.0 – Das totale semantische Web – Big Brother im Cyberspace“ genauer betrachtet.

### Exkurs: SIWOTI-Syndrom – ein Diskursphänomen im Web 2.0

Die überwältigende Quantität der potentiellen Gesprächspartner im Web 2.0, also in all jenen Diensten, die „Gespräche“ erlauben, führt gelegentlich, wie manche beklagen, zu einer Art „Logorrhö“, weil sich immer neue Gesprächspartner finden. Dieser „Sprechdurchfall“ Einzelner und der Umgang der Netzgemeinde damit sind es Wert, genauer betrachtet zu werden, obwohl sie sich weitgehend unpolitisch in der Privatsphäre der User abspielen, doch als solche im politischen Diskurs des Internets durchaus gelegentlich schon auffallen. Ein besonderes Phänomen sind weniger die endlosen Debatten an sich, sondern endlose Debatten vieler Teilnehmer mit einem einzigen, der anscheinend in dieser Diskussionsrunde nichts zu suchen hat, bzw. nach Meinung der anderen falsch liegt.

#### Abbildung: „Duty calls“<sup>800</sup>



<sup>800</sup> Quelle: <http://xkcd.com/386/>(23.08.2010)

Der oben gezeigte Cartoon kennzeichnet ein Phänomen, das man auch in Real-Life-Gesprächen kennt: Die Aussagen einer Person beruhen auf unlogischen, bzw. als falsch empfundenen Grundvoraussetzungen und anstatt sie zu ignorieren und im Alltag einfach weiterzumachen, steigert man sich in einen Überzeugungsversuch hinein. Das SIWOTI-Syndrom ist nach diesem Cartoon benannt: Someone Is Wrong On The Internet – und zeugt auch ein wenig vom Humor derjenigen, die darin als erste ein exemplarisches Abbild für dieses spezielle Phänomen erkannten. In einem Diskussionsforum tauschen sich also verschiedene Diskutanten zu einem Problem aus und das Protokoll dieser Internet-Diskussion nennt man „Threat“. Das bekannteste Beispiel eines SIWOTI-Threats ist der „SIWOTI Open Threat“,<sup>801</sup> den der amerikanische Biologieprofessor PZ Myers im Science Blog „Pharyngula“ 2008 eröffnet hat. Ziel war es, die sich entwickelnde Debatte mit einem Kreationisten abzukoppeln, die, wie Myers befand, im ursprünglichen Threat nichts zu suchen hatte, in dem jedoch zuvor bereits meterlange gegenseitige Argumente ausgetauscht worden waren, ohne dass der Kreationist mit dem Pseudonym Teno Groppi aufgeben wollte: „At Owlmirror’s suggestion, this is a new thread to cope with the flaming wrongness of this recent creationist pimple, Teno Groppi, on the Entropy and evolution thread (which is now closed, by the way). This happens, now and then: some obtuse and confident creationist, made even more stubborn by an abysmal ignorance, shows up and starts babbling. So of course people rebut him, but he completely ignores everything that he’s told, which means more people jump in to hammer on him, and because he’s too stupid to recognize what’s going on, he babbles more. And then the thread expands in an endless game of whack-a-mole. You can keep playing right here. The old thread was just getting too long,”<sup>802</sup> schreibt er dort zur Einführung. Doch interessanterweise taucht der Kreationist im neu eröffneten Theat nicht mehr auf, was dennoch die Diskutierenden nicht davon abhielt, noch weitere 270 Kommentare abzugeben. Zwar wurde der ursprüngliche Threat geschlossen, man kann ihn in Myers Einleitung jedoch immer noch anklicken und das SIWOTI-Syndrom nachvollziehen. Das SIWOTI-Syndrom ist ein Paradebeispiel für den Widerstreit der Diskurse im Lyotardschen Sinne im Internet.

### **Verschwörungstheorien und Säkularisierung**

Ausgespart aus der bisherigen Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit wurde der Themenkomplex „Religiöse Glaubensfragen“. Wir wissen, dass er einen erheblichen Einfluss auf die Politik hat und dass mit dem Absterben religiöser Strukturen keine ähnlich starke identitätsstiftende und mobilisierende Kraft an ihren Platz treten konnte. Die Probleme, die die Freiheit von Dogmen der Kirche mit sich brachte, sind an anderen Orten ausführlich besprochen. 2003 schildert Hans-Martin Schönherr-Mann die Herausforderungen der Religionsphilosophie als „Perspektiven

---

<sup>801</sup> Myers (2008)

<sup>802</sup> Myers (2008)

des 21. Jahrhunderts“: „Strukturell wird die Religionsphilosophie (...) von der Frage herausgefordert, ob sie sich gegenüber den Einflüssen der wissenschaftlich-technischen Welt abschotten oder ob sie sich ihr gegenüber öffnen soll.“ Angesichts der vermeintlichen Antagonismus von Islam und Christentum, m. E. nicht nur religionsphilosophisch existentiell, sondern auch die eine entscheidende Frage der politischen Theorie. „Religion erklärte traditionellerweise, wie Welt und Wirklichkeit zustande kommen, während seit der Neuzeit diese Aufgabe immer stärker zunächst den Wissenschaften und später von den Technologien okkupiert wird. Deren Erfolg schwächt die weltdeutende und somit sinnstiftende Kraft der Religion auf ihrem ureigensten Gebiet.“<sup>803</sup>

Ein Phänomen erstarkt durch die Internettechnologie und scheint in seiner mobilisierenden, sinn- und identitätsstiftenden Kraft in jene sozialpsychologischen Lücken zu wachsen, die die Säkularisierung hinterlassen hat: Verschwörungstheorien.

Dass es etwas Größeres, Höheres geben müsse, das die Geschicke der Menschheit lenkt, fasziniert heute ausgerechnet jene besonders, die zu den Pionieren der Internetgemeinde zählen: Vorwiegend junge, gut ausgebildete, technikaffine Männer meinen, aus dem unendlichen Online-Universum Informationspuzzlestücke so zusammensetzen zu können, dass ihnen das Resultat dann in der Draufsicht wie ein neues Evangelium mit neuen Offenbarungen erscheint.

Auch in dieser Arbeit sind an anderer Stelle Schlussfolgerungen beschrieben, die darauf hinweisen, dass nach den Actio-/Reactio-Mechanismen politischen Handelns und politischer Kommunikation („Legitimation durch Information“<sup>804</sup>) das 9-11-Szenario rückblickend betrachtet wie ein generalstabsmäßiger großer Plan wirkt. Doch wie Hannah Arendt – eingangs schon einmal beschrieben – feststellte: Erst durch die Geschichte „scheint es, als wären die Menschen (...) von einem Leitfaden der Vernunft geführt worden“<sup>805</sup> – so sieht es rückblickend offenbar immer so aus, als ergäben sämtliche Ereignisse und Abläufe eine bestimmten Sinn oder folgten final einem bestimmten Zweck. Die Rekonstruktion von Bauteilen kann man nach einem scheinbaren Muster vollziehen, jedoch: Ob die vorangegangene Konstruktion zuvor einem größeren Plan folgte, kann nicht bewiesen werden.

Viele Menschen wünschen sich einen Schöpfer und sie hoffen, die Schöpfung habe einen Sinn, auch wenn er sich ihnen nicht erschließt, und sie fühlen sich sicherer und besser, wenn sie die Ereignisse innerhalb eines Schemas eines vermeintlichen größeren Plans anordnen können. Die Sehnsucht als Nachfrage sorgt für

---

<sup>803</sup> Schönherr-Mann (2003), Seite 189

<sup>804</sup> Saxer (2007), Seite 139

<sup>805</sup> Zitiert nach Schönherr-Mann (2006), Seite 127; vgl auch: „Ist die Vernunft an das ‚welterschließende‘ Geschehen der Sprache ausgeliefert, oder bleibt sie zugleich eine ‚weltbewegende Kraft?“, in: Habermas (2001), Seite 9

Verschwörungstheorien als Angebot. Wenn die im Nachhinein (re-?)konstruierten konzertierten Auslöser für die Anschläge der sich im „Heiligen Krieg“ befindlichen Attentäter des 11. September einer Verschwörungstheorie entspringen, basiert dann nicht der „Heilige Krieg“ möglicherweise auch auf einer Verschwörungstheorie? Große Kommunikations-Komplexe wie Verschwörungstheorien, Urban Legends, moderne Mythen und dergleichen scheinen der Versuch bestimmter Sub-Öffentlichkeiten zu sein, kognitive Dissonanzen aufzulösen und durch neue sinnstiftende Erzählungen zu ersetzen, die helfen, Orientierung zu geben.

Wie im Abschnitt „psychopathologische Öffentlichkeit“ beschrieben, wirken jedenfalls verwirrende dissonante Informationen verstörend und viele Menschen entwickeln Strategien, um dem unangenehmen Zustand kognitiver Dissonanz zu entkommen. Möglicherweise ist nicht nur die (Pseudo-?/Re-?)Konstruktion eines vermeintlichen großen Plans Grauer Eminenzen eine solche, sondern auch das Verhalten von Kriminellen und Attentätern.

Und wie im Abschnitt „Politainment“ eruiert, sind GEFÜHLE als Transportmittel für Mobilisierungsintentionen jeder Art hervorragend geeignet und wenn Handlungsalternativen ein besseres Gefühl versprechen als der gegenwärtige Zustand (vgl. Negt/Kluge) und darüber hinaus auch noch eine mystisch-moralische Aufladung der Handlung und des Handelnden stattfindet, dann stehen die Chancen auf Gefolgschaft sehr hoch.

### **E-Democracy vs. Massendemokratie**

„Nach dem Habermasschen Diskursmodell dient die Öffentlichkeit respektive der von ihr geführte Diskurs dazu, die vagen und vorurteilsvollen Meinungen der Privatleute zum Beschluss, zum Gesetz zu führen. Die Bildung eines allgemeinen Willens, einer *volonté générale* im Sinne Rousseaus, ist, laut Fachliteratur, im Internet eher unwahrscheinlich, weil sich die dortigen Kommunikationsprozesse allenfalls auf das politische Raisonement beschränken und nicht bis zum Kern der Demokratie, der kollektiv bindenden Entscheidung, vordringen (vgl. Bieber 1999, 44 f.; Van de Velde 1998, 427; Guggenberger 1999, 149)“, schreibt Sarah Kramer in ihrem Aufsatz „Demokratie und Internet“, der vermutlich gegen Ende 1999 entstanden ist.<sup>806</sup> Diese Einschätzung ist überholt. Ihre Quellen sind in den Dimensionen der Internetzeitrechnung uralte und geben den Pessimismus wieder, der sich angesichts der enttäuschenden Entwicklung des reinen Distributionscharakters des „Web 1.0“ in der Politikwissenschaft bis zur Jahrtausendwende breit machte. Bis heute, so beobachten nicht nur Fachleute, haben sich die Internetauftritte der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin und vieler Parteien tatsächlich immer noch nicht vom alten Sender-

---

<sup>806</sup> Kramer (ca. 1999) (über die angegebenen Adressen ist keine Anfrage zur Erteilung einer Genehmigung des Zitats möglich gewesen, 08.03.2010)

Empfänger-Prinzip und der guten alten Archiv-Architektur verabschiedet, jedoch integrieren sie zunehmend interaktive Elemente, die möglicherweise eines Tages den Gemeinwillen auch in die Regierungsetagen transportieren werden.<sup>807</sup>

Vom „Modell Obama“ sind allerdings tatsächlich alle anderen Regierungen noch Lichtjahre entfernt, wie sich auch in Maßstäben der Internetaum und -zeitrechnung vermuten lässt.<sup>808</sup> Hier zeigte sich, dass es im Internet und gerade im Web 2.0 mit seiner Pluralismus-fördernden Natur immerhin möglich ist, Mehrheiten für einen Willen zu begeistern, der anschließend als der Gemeinwille konstatiert werden kann.

Inzwischen schlägt der Hype, den Barack Obama mit seinem Wahlkampf für seine Person und seine Politik ausgelöst hat, in Ernüchterung um, denn seine Erfolge fallen, gemessen an der riesigen Erwartungshaltung, klein aus. Barack Obamas rasant entwickelte Mitsprache-Politik im Internet kann die gewachsenen konservativen Kräfte, die im US-System mitregieren, nicht im selben Tempo mitziehen, im Gegenteil: Je stärker Obamas Reformen ausfallen sollen, desto stärker steuern die Gegner im eigenen Land dagegen, ganz wie das in dieser Arbeit an mehreren Stellen entwickelte Actio-/Reactio-Modell es postuliert und wie es weiter unten am Beispiel des Weltklimagipfels in Kopenhagen noch deutlicher eruiert wird.

Wie oben bereits ausführlich dargestellt, gibt Macht ungerne Macht ab und Bedenken gegen Massendemokratie gibt es viele. Als Lösung wurden Plebiszite in kleinerem Rahmen bzw. auf niedrigerer Ebene vorgeschlagen<sup>809</sup> und in manchen Bundesländern werden Bürgerbegehren auch schon im größeren Stil praktiziert. Die Möglichkeit, per Briefwahl abzustimmen, findet immer mehr Anhänger<sup>810</sup> und technisch ist es überhaupt kein Problem, dass sich Bürger zu politischen Fragen direkt via Internet äußern und auch darüber abstimmen.

Sämtliche Gemeinden halten Formulare online für ihre Bürger zum Download bereit und Bundesbürger müssen ihre Einkommensteuererklärung bereits elektronisch abgeben: „E-Governance“ hat sich in Deutschland und anderen Nationen flächendeckend als Zeit, Personal und Wege sparendes Verfahren bewährt. Wenn es gelänge, Wahlen und Abstimmungen „geheim“ zu veranstalten und sicherzustellen, dass jeder Wahlberechtigte einmal, niemand jedoch mehrfach abstimmen kann, stünde bundesweiten Plebisziten nichts mehr im Wege. Technisch ist es ein lösbares Problem. Dass es bisher noch nicht durchgesetzt wurde, liegt möglicherweise daran, dass diejenigen, die bisher die Gesetze machen, nicht wissen, worin dann noch ihre Aufgabe bestünde, wie im Abschnitt „Die Macht der Mächtigen“ beleuchtet wurde.

---

<sup>807</sup> Vgl. Hütt, Hans „Findetechnik – zur sprachlichen Gestalt politischer Online-Kommunikation“, in: Bertelsmann-Stiftung (2009), Seite 201ff

<sup>808</sup> Vgl. Feldmer (2008)

<sup>809</sup> Vgl. Arnim (2001) und Steingart (2009)

<sup>810</sup> Der Anteil der Briefwähler stieg in der Bunderepublik von knapp 5 % 1954 auf gute 20 % 2010 (Quelle, Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Briefwahl>, 08.03.2010)



Sie sind noch nicht so weit, dem Souverän die Macht der Gesetzgebung direkt zu überlassen. Und wenn der Souverän eines Tages diese Macht zurückfordert und jeder Bürger über jedes Gesetz abstimmen kann, erst dann können wir von einem wirklichen Paradigmenwechsel innerhalb des Strukturwandels der Öffentlichkeit sprechen.

Bis dahin und auch darüber hinaus dürfte jedoch die politische Rolle der Öffentlichkeit innerhalb der neuen Struktur weitgehend die alte bleiben, wie sie bisher definiert wurde: Auch im Internet-E-Democracy-Zeitalter würde sie m. E. weiterhin ihre Aufgabe als Hüterin des Gemeinwohls wahrnehmen, indem sie den Raum darstellt, innerhalb dessen eruiert wird, was denn das Gemeinwohl sein mag, indem Informationen zur Meinungs- und Willensbildung (im Licht) diskutiert werden können. Nur ist bisher noch nicht geklärt, ob das Internet es erleichtert, herauszufinden, worin das Gemeinwohl liegen mag. Ob repräsentativ oder direkt: Auch in Zukunft wird sich, selbst bei einem perfekt funktionierenden Direktwahl- und Abstimmungsverfahren, nicht vermeiden lassen, dass Gesetzesvorlagen zuvor von Individuen oder Gruppen erstellt werden. Wer anders als Abgeordnete könnte diese Aufgabe übernehmen? Also werden wir vielleicht eines Tages eine *demokratischere* Demokratie haben, die Rollen der Akteure werden allerdings vermutlich die gleichen bleiben. Doch gibt es bereits anderslautende Visionen, wie Tobias Moorstedt berichtet: „Sasha Meinrath<sup>811</sup> denkt noch einen Schritt weiter und fragt sich, ob man mithilfe des Open-Source-Prinzips<sup>812</sup> nicht auch die Gesetzestexte verbessern könnte. Erfolgreiche Projekte wie Wikipedia oder Linux haben bewiesen, dass disperse Gruppen durch Kollaboration qualitativ hochwertige und verlässliche Texte schreiben und Strukturen einrichten können. Und auch bei Gesetzen handelt es sich ja um riesige Dokumente, deren Komplexität selbst Experten oft nicht mehr durchschauen. Da sei es doch eigentlich eine naheliegende Idee, so Meinrath, dass größere Gruppen gemeinsam daran arbeiten.“<sup>813</sup>

Für die Rolle der Presse ergibt sich eine Vision, die nach denselben Grundprinzipien funktioniert wie in der Vergangenheit: Als „Herstellerin von Aufmerksamkeit“ wird sie auch in einer direkten E-Demokratie zur Meinungs- und Willensbildung beitragen, indem Sie die ihrer Meinung nach relevanten Informationen dafür an die Oberfläche holt und zur öffentlichen Diskussion stellt. Folgt man dem Meinrathschen Modell, kann es aber auch zu einer „Open Source-Presse“ kommen: Experten und Amateure berichten über Themen und verbessern einander so lange, bis niemand mehr etwas an den Berichten auszusetzen hätte.

---

<sup>811</sup> Mitarbeiter der Organisation „Think Tank New America Foundation“





<sup>812</sup> Was Open Source ist, wird im Abschnitt „Open Source als 5. Gewalt?“ näher erläutert

<sup>813</sup> Moorstedt (2008), Seite 161

## „Obamania“ und „E-Bama“

Die progressive, wenn nicht gar offensive Internet-Informations- und Kommunikationspolitik des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten ist bereits seit seinem Vor-Wahlkampf gegen Hilary Clinton 2008 legendär. Es gelang seinem Team, insgesamt 700 Mio. US-Dollar<sup>814</sup> zu sammeln und zwar vorwiegend Kleinbeträge zwischen 200 und 500 Dollar.<sup>815</sup> Die Strategie der „Mitmachpolitik“ hat, wie bereits im Abschnitt „Leadership“ verdeutlicht, enormes Motivationspotential. Geschürt wurde die Motivation durch Information: Über die zentrale Plattform Mybarackobama.com (MyBO) und mehr als zehn weitere erhielten alle Mitmachwilligen Material, um auch in der realen Welt ihrer Nachbarschaft und Freundeskreise weitere Anhänger zu mobilisieren. Die gesammelten Spenden wurden vorwiegend für TV-Wahlwerbung ausgegeben und auch innerhalb der webbasierten sozialen Netzwerke vergrößerte sich Obamas Anhängerschar exponentiell, „allein auf MyBO wurden im Laufe des Wahlkampf über zwei Millionen Profile angelegt“, wie die Mitarbeiter des „Zentrum für E-Government & Zentrum für Praxisorientierte Informatik“ berichten.<sup>816</sup> Sie zeigen auch, wie stark die Dominanz Obamas in den populärsten sozialen Medien gegenüber McCain ausfiel:

**Abbildung: Obama vs. Mc Cain in sozialen Netzwerken**<sup>817</sup>

	Obama	McCain
	3.279.102 „Friends“	620.359 Freunde
	1.043.850 „Friends“	218.172 Freunde
	1.824 Videos uploaded 20.024.491 „Channel Views“	330 Videos hochgeladen 2.221.268 Profilbesuche
	137.206 „Followers“	4.848 AnhängerInnen

Die Betreiber von MyBO pflegten intensiven Austausch mit UserInnen, um einerseits das Identifikationspotenzial der UserInnen mit der Community zu steigern, andererseits sollte allen, die sich beteiligen wollten, die notwendige Hilfestellung gegeben werden. Über die persönlichen Blogs der Mitglieder auf MyBO konnten

<sup>814</sup> N.N. (2009b); im Vergleich dazu erhielt John McCain 316 Mio. Dollar

<sup>815</sup> Die Analogie zu „Kleinvieh macht auch Mist“ ist unausweichlich

<sup>816</sup> Zentrum für E-Government (2009). „Profile“ sind Selbstauskünfte, die etwas über den Angemeldeten aussagen sollen, keine Profile, wie sie kriminalistische „Pofiler“ erstellen, um sich ein Bild von unbekanntem Tätern zu machen.

<sup>817</sup> Quelle: <http://digitalgovernment.wordpress.com/2009/06/26/politics-2-0-obamas-wahlkampf/>

Erfahrungen ausgetauscht werden. Im internen Bereich standen den Freiwilligen zahlreiche einfach zu nutzende Werkzeuge zur Verfügung, z. B. Telefonlisten, Terminplaner, regional adaptierte Informationen und Argumentationsleitfäden, ein Barometer der gesammelten Spenden einzelner WahlkämpferInnen sowie eine Übersicht des Aktivitätsgrads, um den Ehrgeiz der Freiwilligen zu steigern.

Beachtlich sei der Effekt gewesen, den MyBO außerhalb des Internets hatte „200.000 sogenannte Offline-Events wurden über Obamas Internetportal organisiert,“ berichten die o. g. Zentren und: „Durch den einfachen Zugang zu dem Portal etablierte sich bald eine große Community, die selbstverständlich auch von Gegnern Obamas unterwandert wurde, weshalb Community-Manager engagiert werden mussten, die die Internetforen kontrollierten und gegebenenfalls Kommentare löschten,“ was einen Eindruck darüber vermittelt, wie personal- und kostenintensiv diese neue Art Wahlkampf auf der einen Seite war, und gleichzeitig, wie diese Kosten auf der anderen Seite durch freiwillige Mitarbeit und Spenden wieder aufgefangen werden konnten.

**Abbildung „The long Tail of Distribution“<sup>818</sup>**



Diesen praktischen Erfolg führt man u.a. auf das theoretische Modell des „Long-Tail of Distribution“ zurück. Die beiden US-Journalisten Malcolm Gladwell und Chris Anderson fanden heraus, dass viele kleine, schwache Nischenprodukte bei einer „Demokratisierung der Distributionsmittel“ im Internet die Chance haben, in der Summe so gute Absatzzahlen zu erreichen, dass sie die der teuer hergestellten und kostenintensiv vertriebenen Bestseller ebenfalls erreichen. Dieses Prinzip auf die Ware Information und den Markt der Kultur oder der Politik übertragen, bedeutet, dass die Summe der vielen kleinen, privat verbreiteten Informationen, die der wenigen

---

<sup>818</sup> „The Long Tail“ (...). Auf der Y-Achse ist die Anzahl der Verkäufe und auf der X-Achse sind die Produkte nach Reihenfolge ihrer Verkaufszahlen aufgelistet“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/The\\_Long\\_Tail](http://de.wikipedia.org/wiki/The_Long_Tail), 06.03.2010)

großen kommerziell verbreiteten überbieten und in ihrer Überzeugungsqualität sogar überflügeln kann. In den erwähnten Präsidentschaftswahlkämpfen wurde der „long Tail“ sozusagen „unterhalb der Grasnarbe“ rekrutiert, also auf Graswurzel-Ebene: Die Wiederbelebung und Mobilisierung der sogenannten „Grassroots“, der Ursprünge der amerikanischen Zivil-Bewegung und ihr reanimiertes Selbstverständnis als Bestandteil des Staates gaben den „kleinen Leuten“ politischen Antrieb. „Keine der etablierten amerikanischen Wahlkampf- oder Grassroots-Agenturen konnte bisher in Europa prominent Fuß fassen. Es sind vor allem die Parteien- und Wahlsysteme diesseits des Atlantiks, die die Einführung von Grassroots-Elementen erschweren,“ schildert Dominik Meier einen der eklatantesten Unterschiede zwischen den demokratischen Systemen und liefert dabei den Hauptgrund, warum sich in Deutschland ein ähnliches Spektakel wie „Obamania“ zwar für die „Seele des Volkes“ wünschen ließe, aber eine Umsetzung für dessen Körper noch lange nicht realisierbar ist: „Während sich in der US-Politik alles um die einzelnen Kandidaten für politische Ämter dreht, stehen in Europa – und vor allem in Deutschland – die Parteien stärker im Zentrum des politischen Willensbildungsprozesses. Die enge Verzahnung von parlamentarischer Fraktion und Partei sowie die starke Stellung der Ministerien im Entscheidungsprozess führen dazu, dass im politischen System der Bundesrepublik Deutschland ein starker Mobilisierungsdruck durch Bürger wesentlich schwerer zu erzeugen ist als in den USA. Jede einzelne Position im demokratischen System der USA muss durch direkte Wahl errungen und verteidigt werden. Amerika lebt vom permanenten Dialog zwischen seinen Bürgern und Politikern. Diese Tradition gibt es in Deutschland in dieser Form und Intensität nicht.“<sup>819</sup>

Mit 13 Millionen gesammelten E-Mail-Adressen und einer Milliarde versandten E-Mails konnte das Team von Obama genügend Menschen mobilisieren, doch die Transparenz und die Vernetzung, die die gegenseitige Mobilisierung reziprok ermöglichen, diese spezifische elektronische „Mitmachpolitik“ Obamas bringt auch Kritiker auf den Plan und seit dem Wahlsieg kann er gegnerische Meinungen nicht mehr so einfach *löschen* lassen, wie unerwünschte Foren-Einträge. Im Gegenteil, die Mitmachpolitik der Obama-Administration ist moralisch gezwungen, wie sich das für ein demokratisches Vorzeigesystem gehört, diese sogar zu integrieren. „Die Netz-Aktivisten waren wie ein Turbolader für Obamas Kandidatur. Jetzt könnten sie sich als ein Hindernis erweisen und sein Handeln als Präsident blockieren“<sup>820</sup>, zitiert Tobias Moorstedt das Magazin *The Atlantik* und liefert sogleich ein Beispiel dafür: „Ein erster Konflikt zwischen Obama und den Netroots entzündete sich im Juli 2008 an der Senatsbestimmung über den ‚Foreign Intelligence Surveillance Act‘ (FISA), ein Gesetz, das es der Exekutive erlaubt, Telefongespräche, E-Mail-Kommunikation und andere Datentransfers abzuhören. Obama hatte angekündigt im Interesse der

---

<sup>819</sup> Meier, Dominik „Menschen mobilisieren. Effektiveres ‚Grassroots-Campaigning‘ durch den Einsatz Neuer Medien“, in: Bertelsmann-Stiftung (2009), Seite 125ff

<sup>820</sup> Moorstedt (2008), Seite 163

nationalen Sicherheit für den Mega-Lauschangriff zu stimmen. Prompt bildete sich auf MyBO eine Gruppe mit dem Namen ‚Please vote no‘<sup>821</sup>, die innerhalb einer Woche auf mehr als 20000 Mitglieder anwuchs. (...) Dabei entstehen seltsame Allianzen: Konservative Blogger und Anhänger von Ron Paul initiierten zusammen mit der linken Community (...) eine ‚Money Bomb‘ gegen das FISA-Gesetz und sammelten mehrere hunderttausend Dollar. Auch das gehört zu der Zukunft der vernetzten Politik: Menschen, die sich über Glasfaserkabel und iPhone zu Ad-hoc-Koalitionen zusammenschließen und versuchen, Legislative und Exekutive zu beeinflussen. Eine fünfte Gewalt: die Online-Bürgerwehr.<sup>822</sup> Mehr dazu im Abschnitt ‚Open Source als 5. Gewalt?‘

Moorstedt meldet nach Obamas Ankündigung, jeden Gesetzentwurf, der keinen Notfall behandelt, einige Tage lang im Internet zu veröffentlichen, damit Bürger, Wissenschaftler und Firmen den Text lesen und kommentieren können, leise Zweifel an: ‚Obama ist nicht nur ein Online-Revolutionär, sondern, das hat er oft genug bewiesen, auch ein machtbewusster und taktisch denkender Politiker, der sicher weiß, dass Transparenz und Kommunikation ab einem gewissen Grad der Effizienz abträglich sein können.‘<sup>823</sup>

Wie die Geschichte inzwischen beweist, droht der Internet-Revolutionär Obama trotz Mitmachpolitik an den Old-School-Strukturen US-amerikanischer Politik zu scheitern. Die konkreten Ausmaße werden im Kapitel ‚Grenzen der Demokratie in der globalen Grenzenlosigkeit‘ näher beleuchtet.

---

### 3.5 Arkanpolitik, Anonymität und Datenschutz

---

***Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen,  
der wird am Ende beides verlieren.  
Benjamin Franklin***

Wie in Teil I und II dargelegt, sind Arkanpolitik und Zensur die Mittel der Wahl konservativer Kräfte, um ihr System zu erhalten, wenn sie es bedroht sehen. Im machiavellistischen Sinne also das probate Mittel zum Zweck der Systemerhaltung, nicht nur im Notfall. Das bedeutet jedoch nicht, dass trotz des Primats der

---

<sup>821</sup> Offenbar nutzlos: „Im Juli 2008 stimmte der Kongress nach langen Debatten einer Änderung des FISA zu, in der die Regelungen des Vorjahres bis 2012 übernommen wurden (...). Gleichzeitig stellte der Kongress klar, dass die Kommunikation von Amerikanern im Ausland nur aufgrund eines Gesetzes überwacht werden kann und der US-Präsident sich weder auf erweiterte Befugnisse im Fall des Kriegszustands noch auf eine generelle Immunität der Exekutive vor Eingriffen der Judikative (*executive privilege*) berufen darf, um die Vorgaben des Gesetzes zu umgehen.“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign\\_Intelligence\\_Surveillance\\_Act#Geschichte](http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Intelligence_Surveillance_Act#Geschichte), 09.10.2010)

<sup>822</sup> Moorstedt (2008), Seite 163f

<sup>823</sup> Moorstedt (2008)

Transparenz<sup>824</sup>, das die Demokratie vorschreibt, jene, die sich geheimer Absprachen bedienen, keine Demokraten seien, wie ebenfalls in den ersten beiden Teilen eruiert. Der Konflikt, der sich für Demokraten dadurch ergibt, erfährt im Internetzeitalter eine neue Dimension, denn der Faktor Transparenz erhält hier eine negative Konnotation, wenn es um den Datenschutz geht und das Recht der Bürger auf den Erhalt ihrer anonymen Privatsphäre. Hier müssen sich Bürger, die von ihrem Staat Transparenz fordern, gefallen lassen, dass dieser mit derselben Argumentation auch Transparenz von ihnen fordert. In diesem Fall steuern wir auf eine ähnliche Aporie hin, wie sie bereits oben im Konfliktfall „Widerstandsrecht“ aufgezeigt wurde: Handeln Datenschützer möglicherweise undemokratisch, wenn sie es den Staatsorganen verbieten, im Rahmen ihrer Sicherheitsbestrebungen auf ihre Kontoauszüge, E-Mails, Handydaten etc. zuzugreifen? Soll es dem Staat im Namen der Demokratie verboten sein, die Bürger vor Kriminellen und Terroristen zu beschützen?

Wie Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen seit 1948 festlegt, ist Pressefreiheit ein Menschenrecht: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten zu vertreten sowie Informationen und Ideen mit allen Kommunikationsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ Zum Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2009, erinnerte der Beauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke, daran, über die Menschenrechte nachzudenken: „Der Grundsatz, dass jeder einzelne Mensch von Geburt an Rechte besitzt, die kein Staat ihm nehmen kann, ist heute gefährdeter als vor einigen Jahren“<sup>825</sup>, zitiert ihn die Deutsche Presse Agentur lange vor der aufflammenden Diskussion um die sogenannte Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik. „Nooke sprach sich dafür aus, auch mit Ländern im Gespräch zu bleiben, in denen gegen Menschenrechte verstoßen wird. Zugleich müsse man aber bereit sein, ‚die eigenen Werte mehr zu verteidigen als Wirtschaftsinteressen oder Interessen an kurzfristigen politischen Erfolgen‘“, heißt es dort weiter.<sup>826</sup>

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisherige Regelung zur Vorratsdatenspeicherung für nicht verfassungskonform erklärt hat, muss der Gesetzgeber eine neue finden, die sowohl mit der entsprechenden Richtlinie der EU<sup>827</sup> in Einklang steht als auch mit dem Grundgesetz (und natürlich mit den Menschenrechten).<sup>828</sup> Der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung brachte sogleich einen weiteren Aspekt in die Diskussion um den „Überwachungsstaat“, der das Problem noch komplizierter macht: „Private Datensammlungen großer Unternehmen, zum Beispiel von Google, sind ja schon viel genauer, umfangreicher

---

<sup>824</sup> Vgl. Mayer, Heike

<sup>825</sup> N.N. Deutsche Presse Agentur (2010)

<sup>826</sup> N.N. Deutsche Presse Agentur (2010)

<sup>827</sup> Siehe Abschnitt „Überwachung und Kontrolle öffentlicher Kommunikation“

<sup>828</sup> Die Pressefreiheit ist in Artikel 5 des GG als Grundrecht garantiert.

und aussagekräftiger als das, was durch eine staatlich verordnete Speicherung erfasst wird“, sagte Peter Schaar dem Magazin *Focus*. „Was Google macht, ist auch eine Art Vorratsdatenspeicherung, das kann ich nicht anders sehen.“ Schaar betonte, die in Deutschland und Europa geltenden Datenschutzbestimmungen müssten auch auf die privaten Datensammler wie Google oder Facebook angewandt werden: „Man muss auch die private Datenmacht begrenzen.“<sup>829</sup> Die beiden Beauftragten der Bundesregierung sind also für den persönlichen Kampf um die eigene Informationsfreiheit und die Datensammelwut des Staates, richten ihre Forderungen also im Zweifelsfall gegen die Interessen der eigenen Regierung. Hier treten die Konflikte der internationalen Auffassungen von Informationsfreiheit zu Tage. Das Spektrum zwischen Sicherheitsbedürfnissen und Datenschutz ist ein Wespennest. Neben dem bekannten Konflikt zwischen staatlichen und privaten Interessen kommen weitere Konflikte hinzu: die Interessen der kommerziellen Anbieter gegenüber denen der privaten Hobbyisten, die der Unpolitischen und Unbefangenen gegenüber den „nicht Gutartigen“ – und all diese Konflikte sollen von einer Gesetzgebung, die möglichst internationale Gültigkeit besitzen sollte, geregelt werden, denn das Internet ist grenzenlos.

Im Folgenden werden daher die Schattenseiten des Internets als einem Werkzeug zur Verfolgung beleuchtet und ihre möglichen Effekte auf die Öffentlichkeit.

### **Überwachung und Kontrolle öffentlicher Kommunikation**

„Mehr und mehr wird Anonymität nicht nur in totalitären Staaten als unerwünscht betrachtet (...) Und auch wenn Überwachung in demokratischen Rechtsstaaten tatsächlich nur unter strengen Auflagen möglich sein sollte, so könnten alle Möglichkeiten, die dazu einmal eingerichtet wurden und realistischermassen vermutlich kaum jemals wieder rückgängig gemacht werden, eines Tages einem anderen Regime in die Hände fallen, das sich an die Gesetze nicht hält,“ schreibt Florian Rötzer bereits 2000, also ein Jahr vor den 9-11-Terroranschlägen in Amerika, und weiter: „auch wenn die meisten Menschen womöglich noch immer den Eindruck haben, sie würden sich anonym im Netz bewegen, wenn sie zuhause vor ihrem Computer sitzen, so ist natürlich das Gegenteil wahr.“<sup>830</sup>

---

<sup>829</sup> Quelle: Focus digital vom 06.03.2010, unter:

[http://www.focus.de/digital/internet/bundesdatenschutzbeauftragter-google-facebook-und-co-reglementieren\\_aid\\_487099.html](http://www.focus.de/digital/internet/bundesdatenschutzbeauftragter-google-facebook-und-co-reglementieren_aid_487099.html) (09.03.2010)

<sup>830</sup> Rötzer, Florian „Vom Ende der Anonymität – Wie Überwachungstechniken den öffentlichen Raum erweitern“, in: Schulzki-Haddouti (2000), Seite 157

Die Vernetzung aller Informationstechniken erlaubt es Staatsorganen, für jeden Bürger fast lückenlose Persönlichkeits-, Kommunikations- und Bewegungsprofile zu erstellen. Man spricht vom „gläsernen Menschen.“<sup>831</sup>

Innenminister Rui Pereira<sup>832</sup> fasste 2007 während der Portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft das Motto Brüsseler Sicherheitspolitik zusammen: „Wir brauchen ständig neue Maßnahmen.“<sup>833</sup> Zeh/Trojanow präzisieren: „In welche Richtung die Fortentwicklung der europäischen Sicherheit gehen soll, ist deutlich absehbar: Die von Wolfgang Schäuble mit gegründete ‚Future Group‘ der EU Innenminister rät dringend, ein ‚gesamtheitliches Konzept‘ zu entwickeln. Hinter diesem Euphemismus verbirgt sich die Ideologie der Homeland Security, also ein Verwischen der Grenzen zwischen Polizei, Militär, Zivilschutz, Sicherheitsindustrie und anderen Akteuren, was mittelfristig zu einer Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit führen soll. Der autoritäre Staat würde nicht lange auf sich warten lassen.“ Wie richtig die beiden Autoren mit Vorhersagen liegen, zeigt sich an der geradezu hellsichtigen Passage, die der eben zitierten folgt: „Vielleicht gibt es dann auch ein Wiedersehen mit dem Nacktscanner. Wer vorher schon einen haben möchte, kann eins der Geräte, die momentan im Keller des Europaparlamentes verstauben, für 120 000 Euro pro Stück erwerben. Ausnahmsweise gab es Proteste, als die EU dazu ansetzte, an Flughäfen Nacktbilder von sämtlichen Passagieren anzufertigen. Politik und Medien hatten die Öffentlichkeit wohl nicht sorgfältig genug für die neue Idee (alles, was technisch möglich ist, soll zum Einsatz kommen) präpariert. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen.“<sup>834</sup> Und in der Tat, zwei Jahre später, kurz nach Weihnachten 2009, misslang ein Bastelbomben-Anschlag in einem US-Flugzeug von Amsterdam nach Detroit.

Barack Obama rügte einige Beamte und nahm die Verantwortung dafür, nicht genügend zur Verhinderung solcher Attentatsversuche unternommen zu haben, persönlich auf sich. „Die letztendliche Verantwortung liegt bei mir“, fügte er hinzu. Als Präsident habe er die Pflicht, „unsere Nation und unser Volk zu schützen, und wenn das System versagt [sic!], ist das meine Verantwortung.“<sup>835</sup> Noch vor Jahreswechsel stellten einschlägige Firmen die sicher nicht billige Weiterentwicklung der Nacktscanner-Technologie als Alternative und Kompromiss vor und „US-

---

<sup>831</sup> Venator, Stefan „Überwachung: Gläserner Mensch“, in Hessischer Rundfunk, unter: [http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=45076&key=standard\\_document\\_36647004](http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=45076&key=standard_document_36647004), (03.02.1020)

<sup>832</sup> „Rui Pereira ist ein portugiesischer Politiker der Sozialistischen Partei und leitete unter anderem bereits den portugiesischen Inlandsgeheimdienst und war Mitglied des Verfassungsgerichtes. Seit 2007 steht Pereira dem Innenministerium als Nachfolger von António Costa vor“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Rui\\_Pereira](http://de.wikipedia.org/wiki/Rui_Pereira), 03.02.2010)

<sup>833</sup> Trojanow and Zeh (2009), Seite 136

<sup>834</sup> Trojanow and Zeh (2009), Seite 136

<sup>835</sup> N.N. auf Bild.de am 08.01.2010: „Nach Terroranschlag auf Flug 253: Obama räumt Mitverantwortung ein“, unter: <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/01/08/usa-obama-uebernimmt-verantwortung/fuer-sicherheitspannen-flug-253-terror-anschlag-flugzeug.html> (03.02.2010)



Heimatschutzministerin Janet Napolitano kündigte einen ‚mehrschichtigen‘ Ansatz in der Sicherheitspolitik sowie den Einsatz von 300 zusätzlichen Nacktscannern innerhalb eines Jahres an. Sie rief auch andere Länder auf, mehr gegen den Terrorismus zu unternehmen“, meldete Bild.de am 08.01.2010.<sup>836</sup>

Das Zusammenspiel zwischen politischer Niederlage (Scanner erhalten keine öffentliche Zustimmung), vereiteltem Anschlag (Weihnachten christliches Familienfest), Angst der Öffentlichkeit und staatlicher Reaktion (modifizierte Scanner werden bestellt) verlief so konzertiert, dass der Verdacht, der Anschlag sei inszeniert gewesen, um sich der Zustimmung der Öffentlichkeit beim zweiten Anlauf zur Einführung von Nacktscannern sicher sein zu können, nur mühsam von der Hand zu weisen ist. Fragt man „Qui bono?“ dann hat dieser Anschlag dazu gedient, die Bedenken der puritanischen US-Öffentlichkeit<sup>837</sup> und der libertinären Alt-Europäer, insbesondere der Niederländer, gegen Nacktscanner zu zerstreuen.

Diese merkwürdige Konstellation erinnert viele doch allzu sehr an die Zeugenaussage einer jungen Kuwaiterin vor dem US-Kongress 1990, die zu dessen Zustimmung zum zweiten Golfkrieg geführt hatte. Der Bericht des weinenden Mädchens, nach dem Irakische Soldaten in Kuwaitischen Krankenhäusern Babys aus Brutkästen genommen haben sollen, um sie auf dem Boden liegend sterben zu lassen, entsetzte nicht nur das US-Plenum, sondern die Weltöffentlichkeit. Später stellte sich heraus, dass die Zeugin die Tochter des damaligen Kuwaitischen Botschafters in Washington war und der gesamte Auftritt eine von der Organisation „Citizens for Free Kuwait“ inszenierte PR-Aktion.<sup>838</sup> Die Organisation selbst „war eine von ungefähr zwanzig kuwaitischen PR- und Lobbyorganisationen, die von der kuwaitischen Regierung gegründet wurden.“<sup>839</sup> Der bei dieser Kampagne federführende Craig Fuller, Chef der PR-Agentur Hills & Knowlton, war Freund und Berater von George Bush Senior ....

Es gelang im Rahmen der Kampagne sogar, die Mitarbeiter von Amnesty International zu täuschen: „Am 19. Dezember 1990 veröffentlichte Amnesty International einen 84-seitigen Bericht über irakische Menschenrechtsverletzungen in Kuwait, in dem die Brutkasten-Lüge ebenfalls enthalten war. Und auch am 8. Januar 1991 wurde diese von einem führenden Mitarbeiter von Amnesty International vor dem Komitee für

---

<sup>836</sup> N.N. auf Bild.de am 08.01.2010: „Nach Terroranschlag auf Flug 253: Obama räumt Mitverantwortung ein“, unter: <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/01/08/usa-obama-uebernimmt-verantwortung/fuer-sicherheitspannen-flug-253-terror-anschlag-flugzeug.html> (03.02.2010)

<sup>837</sup> Dass die Gescannten quasi nackt erscheinen, war auch für viele Konservative, die nichts gegen Überwachung an sich einzuwenden gehabt hätten, zu viel.

<sup>838</sup> Vgl. Jentzsch, Barbara „Wahrheiten aus dem Brutkasten“ am 04.10.202, in Der Freitag, unter: <http://www.freitag.de/2002/41/02410602.php> (03.02.2010)

<sup>839</sup> Vgl. <http://wasgeschahwirklich.wordpress.com/2009/12/27/zweiter-golfkrieg-wie-eine-bezahlte-pr-aktion-die-stimmung-in-der-bevolkerung-drehen-sollte/> (03.02.2010) Hier findet sich die detaillierte Chronologie des „Brutkasten-Fakes“

auswärtige Angelegenheiten wiederholt.“<sup>840</sup> Der Journalist John R. MacArthur deckte diesen Fake, den man durchaus eine Verschwörung nennen kann, in der New York Times auf. Diesen und andere Fälle schildert er 1993 in seinem Buch: „Die Schlacht der Lügen“. Und auch wenn diese Episode ein weiterer Beleg für die aufklärerische Komponente der politischen Rolle der Öffentlichkeit ist, soll der Faktor Transparenz durch Überwachung noch genauer beleuchtet werden.

Bereits 2000, also vor den Anschlägen vom 11. September 2001, beobachtete man eine grassierende Zunahme der Überwachungsbestrebungen verschiedener Polizei- und Geheimdienst-Einheiten. Das kritische Internetmagazin Telepolis hielt seine Erkenntnissammlung zum Thema Überwachung für wichtig genug, um seine elektronische Sphäre zugunsten des Buchmarktes zu verlassen und das Buch „Vom Ende der Anonymität“<sup>841</sup> herauszugeben, um damit auch offline Leser zu erreichen.

Diese durchaus frappierende Sammlung liest sich nach den auf den 11. September folgenden Überwachungsverschärfungen im Rahmen der Terrorbekämpfung und Beeinflussungsversuchen öffentlicher Kommunikation wie ein Beleg dafür, dass der 11. September all jenen, die die Bevölkerung vollständig zu überwachen trachten, verdächtig gelegen kam. Die Informationen in jenem Band erhärten nicht nur den Verdacht, sondern beweisen die Tatsache, dass ein generalstabsmäßiger Angriff auf die freiheitlichen Bürgerrechte nicht erst vorbereitet, sondern mitten im Gange war, als die Anschläge des 11. September 2001 erfolgten.

Seit den 1970er Jahren spielt das sogenannte *Echelon* Spionagesystem<sup>842</sup> eine besondere Rolle, mit dessen Hilfe inzwischen vermutlich sämtliche telekommunikativen Transaktionen weltweit „abgehört“ werden können. Gleichzeitig entwickelte sich *Europol*,<sup>843</sup> eine als Verbesserung von *Interpol* installierte

---

<sup>840</sup> Vgl. <http://wasgeschahwirklich.wordpress.com/2009/12/27/zweiter-golfkrieg-wie-eine-bezahlte-pr-aktion-die-stimmung-in-der-bevolkerung-drehen-sollte/> (02.03.2010)

<sup>841</sup> Vgl. Schulzki-Haddouti (2000)

<sup>842</sup> „Echelon ist der Name eines Spionagenetzes. Die Staaten USA, Vereinigtes Königreich (UK), Kanada, Australien und Neuseeland sind daran beteiligt. Echelon war zunächst nur dazu gedacht, die militärische und diplomatische Kommunikation der Sowjetunion und ihrer Verbündeten abzuhören. Heute wird das System zur Suche nach terroristischen Verschwörungen, Aufdeckungen im Bereich Drogenhandel und als politischer und diplomatischer Nachrichtendienst benutzt. Seit Ende des Kalten Krieges dient dieses System auch der Wirtschaftsspionage“ (Quelle: Wikipedia: unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Echelon>, 02.03.2010)

<sup>843</sup> „Europol oder Europäisches Polizeiamt ist die europäische Polizeibehörde mit Sitz in Den Haag. Sie soll die Arbeit der nationalen Polizeibehörden Europas im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität (OK) koordinieren und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden fördern. Der Grundgedanke von Europol ist die Zusammenführung von bi- und multilateralen Übereinkommen wie TREVI (frz.: Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence Internationale), Schengener Abkommen und der EDU (European Drug Unit). Arbeitsbereiche sind unter anderem die Terrorismusbekämpfung, die Bekämpfung und Prävention des illegalen Waffenhandels, des Drogenhandels, der Kinderpornografie und der Geldwäsche. Europol ist eine unabhängige Einrichtung der Europäischen Union, die zum Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen

Polizeibehörde. Die rechtlichen Grundlagen aller ermittelnden Behörden sind teilweise international inkommensurabel. Probleme, die das Subsidiaritätsprinzip<sup>844</sup> der EU mit sich bringt, dass jeweils das „schärfere“ Recht eines Landes stärker wiegt als die Regelungen der übergeordneten europäischen Rechtsordnung, werden häufig durch legale Tricks, wie gegenseitige Rechtshilfesuche Dritter und die faktische Integration der als außenstehend und kontrollierend gedachten Verbindungsbeamten, ausgehebelt, wie die Autoren referieren.<sup>845</sup>

Vor dem Hintergrund polizeilicher und geheimdienstlicher Effizienzsteigerung wurden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Überwachung und Aufklärung konzentriert forciert. Einen neuen Schub erfuhren diese Aktionen durch die infrastrukturelle Vernetzung der Europäischen Union im Rahmen des Schengen-Abkommens, einen dritten durch internationale außereuropäische Vernetzung, einen vierten durch internationale elektronische Vernetzung und einen fünften, in „Vom Ende der Anonymität – Die Globalisierung der Überwachung“ 2000 noch nicht berücksichtigt, durch die Ereignisse nach dem 11. September 2001.<sup>846</sup>

Die von Anfang an oft unzureichende oder gar fehlende politische Legitimation der unterschiedlichen, aber dennoch in ihren Methoden und ihrer Ergebnisauswertung auf einander abstimmungsfähigen Überwachungsapparate und -maßnahmen, scheint standardmäßig im Nachhinein erteilt zu werden, immer dann, wenn dies jemandem unangenehm auffällt und der Fall an die Öffentlichkeit zu gelangen droht, sofern man den frappierenden Schilderungen der Autoren in „Vom Ende der Anonymität“<sup>847</sup>

---

gehört. Seit 1. Januar 2010 ist Europol eine offizielle EU-Einrichtung, wie OLAF und CEPOL. Die Anbindung an die nationalen Strafverfolgungsbehörden erfolgt durch Verbindungsbeamte (sog. „ELOS“ – Europol-Liaison Officers). Über diese Verbindungsbeamten wird Dienst- und Rechtsaufsicht durch die jeweiligen Justiz- und Innenminister der Mitgliedstaaten ausgeübt.“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Europol> (03.02.2010)

<sup>844</sup> Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 03.02.2010, nach dem die bisherige Regelung der „Vorratsdatenspeicherung“ nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Diese sei jedoch veranlasst worden, um einer EU-Richtlinie (2006/24/EG) zum Gefahrenabwehrrecht gerecht werden zu können. Der bundesdeutsche Gesetzgeber befindet sich nun in einem Konflikt zwischen EU-Gesetzgebung und Grundgesetz, denn „Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, nationale Gesetze zu erlassen, nach denen bestimmte Daten, die bei der Bereitstellung und Nutzung öffentlicher elektronischer Kommunikationsdienste anfallen, von den Diensteanbietern auf Vorrat gespeichert werden müssen. Gespeichert werden sollen insbesondere Verkehrs- und Standortdaten. Inhaltsdaten – also die Inhalte von E-Mails und Telefonaten – sollen nicht gespeichert werden.“ (Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie\\_2006/24/EG\\_%C3%BCber\\_die\\_Vorratsspeicherung\\_von\\_Daten](http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2006/24/EG_%C3%BCber_die_Vorratsspeicherung_von_Daten), 03.02.2010)

<sup>845</sup> Vgl. Krempf, Stefan „Europol ohne Grenzen“, in: Schulzki-Haddouti (2000), Seite 25ff

<sup>846</sup> Unverständlich ist in Anbetracht der dargelegten Programme zur Überwachung und Analyse von kriminellen und anderen gefährlich oder potenziell gefährlichen Personen, warum es trotz der damals bereits praktizierten Überwachung nicht gelang, die Bedrohung durch Al Quaida rechtzeitig zu erkennen und die Anschläge zu verhindern. Der Gedanke, dass man es nicht verhindern wollte, um die bis dahin fehlende bzw. sinkende öffentliche Akzeptanz zu erreichen, drängt sich bei der Lektüre von „Vom Ende der Anonymität“ unweigerlich auf.

<sup>847</sup> Schulzki-Haddouti (2000)

glauben schenkt, die ihre Berichte vor zehn Jahren zusammentrugen. Inzwischen sind technischer Fortschritt, aber auch der Datenschutz, als Gegenbewegung, erstarkt. Ein Machtkampf der dahinter stehenden Ideologien beginnt nicht erst jetzt, sondern geht in eine neue Runde.

Die „Schutzpflicht des Staates ist kein Paradigmenwechsel. Den Schutz des Bürgers als staatliche Aufgabe kennen wir seit dem Mainzer Ewigen Landfrieden von 1495. Etwas jünger, aber auch über 200 Jahre alt, ist die in der Aufklärung insbesondere von Wilhelm von Humboldt in seiner Schrift *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen* mit aller Heftigkeit aufgeworfene Frage, welcher Mittel sich der Staat dabei bedienen dürfe,“ schreibt Burkhard Hirsch.<sup>848</sup> Sämtliche Rechtswissenschaftler und Rechtsphilosophen ringen bei dieser Frage darum, welchem Primat man den Vorzug geben solle: dem Schutz der Bürger vor Terrorismus oder dem Schutz der Bürger vor staatlicher Willkür. Hinzu kommt die Schwierigkeit, nationale Gesetze in internationale Übereinstimmung zu bringen und gleichzeitig die ausdrückliche Geheimdienstarbeit, die sich per se Kontrolle entzieht, in international gültige Rechtsstaatszenarien zu integrieren und dennoch zu kontrollieren.

Die politische Rolle der Öffentlichkeit zeigt sich bei dieser Problematik deutlich am Beispiel des Berliner Dozenten Andrej Holm, der an der Humboldt (sic!) Universität lehrt. „Der Soziologe, in dessen Aufsätzen wie auch bei linken Aktivisten Begriffe wie ‚Gentrifizierung‘ und ‚Prekariat‘ vorkommen, ist in ein Raster geraten, das ihn zum Straftäter macht. Erst nach 30 Tagen Gefängnis entscheidet der Haftrichter, dass Holm wieder auf freien Fuß darf. Auch ein Freund Holms gerät ins Visier der Fahnder. Die Deutsche Bahn und seine Bank sind den Behörden bei der Suche sogar behilflich“, berichtet die Saarbrücker Zeitung<sup>849</sup> mit Hinweis auf die gleichnamige 3sat-Sendung „Leben im Netz“, in der Holm seinen Fall ausführlich schildert.<sup>850</sup> Sein ebenfalls monatelang observierter Kollege möchte anonym bleiben und sagt vor laufender Kamera nur namens- und gesichtslos aus. Holm hat seine Geschichte an die Öffentlichkeit gebracht und damit Bürger, die bisher glaubten, Datenschutz und Spionage seien für sie kein Thema, darauf aufmerksam gemacht, dass es offensichtlich jeden treffen kann. 30 Tage Untersuchungshaft als möglicher Staatsfeind sind gerade für Beamte ein Thema, denn sie dürfen vom Staatsdienst ausgeschlossen werden, wenn sie in Verdacht geraten, dass ihr Gedankengut nicht auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung basiert, wie im sogenannten Radikalenerlass<sup>851</sup> gesetzlich entschieden wurde.

---

<sup>848</sup> Hirsch, Burkhard „Auf dem Weg in den Überwachungsstaat“, in: Huster and Rudolph (2008), Seite 165

<sup>849</sup> N.N. „Leben im Netz“ am 03.02.2010, unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/themenwelten/freizeit/tv-tipp/Medien-Fernsehen-Internet-TV-Ausblick;art28759,3179742>

<sup>850</sup> N.N. 3sat Redaktionsteam „Neues“ (2010)

<sup>851</sup> „Der Radikalenerlass (auch *Extremistenbeschluss* oder offiziell *Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst*) war ein Beschluss der Regierungschefs der

## Exkurs: SPD-Onlineer gegen Zensur im Internet

Der SPD „Online-Beirat“ bemerkt im Sommer 2009 eine Entwicklung in der eigenen Partei, die deren innere Aufspaltung deutlich macht: Im Zusammenhang mit Zensurbestrebungen der großen Koalition (CDU/CSU/SPD) gegen Kinderpornographie im Internet und der Gegenbewegung, die jede Zensur bekämpft, spricht sich dieser Beirat gegen Zensur aller Art und damit gegen die eigene Partei aus, die den damaligen Vorstoß der Familienministerin Ursula von der Leyen<sup>852</sup> (CDU) mit trug. Hier der Text mit seinen sich später als begründet erweisenden Befürchtungen im Wortlaut:

*„Die SPD ist dabei, sich für die Digitale Generation unwählbar zu machen. Das wird sich bereits bei Bundestagswahl niederschlagen, weil mit der Entscheidung für die Netzsperrungen jeder Internet-Wahlkampf ad absurdum geführt wird – erst recht, weil der Online-Wahlkampf 2009 unter der besonderen Aufmerksamkeit aller Medien steht. Eben die Klientel, die Barack Obama zum mächtigsten Mann der Welt gemacht hat, die Multiplikatoren im Netz nämlich, sehen in den Netzsperrungen einen Verrat an allen Werten, die die SPD ausmachen: Demokratie, Fortschritt, Teilhabe. Es gibt eine Handvoll lauter Stellvertreter dieser Generation; hinter ihnen stehen die 130.000 Mitzeichner der bisher erfolgreichsten Petition aller Zeiten – aber auch die vielen Millionen jungen Menschen, die zum Teil schon wählen können und für die das Netz nicht einfach ein weiterer Medienkanal ist. Sondern der Ort, wo die Gesellschaft, ihre Gesellschaft stattfindet. Unwählbarkeit bedeutet hier für eine Partei also, sich jede Zukunftschance zu vernichten.*

*Wir, der Online-Beirat sehen in der Zustimmung zu diesem Gesetz daher einen fatalen Fehler, dessen tiefgreifendes Ausmaß für viele jetzt noch nicht abzuschätzen ist – in jedem Fall aber der SPD dramatisch schaden wird. Bitte stimmen Sie deshalb auch in Ihrem eigenen Interesse gegen die Netzsperrungen! Berlin, 17. Juni 2009<sup>853</sup>*

---

Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt vom 28. Januar 1972 auf Vorschlag der Innenministerkonferenz, wonach die Anstellung im Öffentlichen Dienst abgelehnt werden oder die Entlassung aus ihm erfolgen konnte, wenn Zweifel am Eintreten des Betroffenen für die freiheitliche demokratische Grundordnung bestehen, auch wenn er sich weder strafbar gemacht hat noch einer verbotenen Partei angehört. Da davon Betroffene ihren Beruf vielfach nur im Öffentlichen Dienst ausüben können, bezeichneten Gegner des Radikalenerlasses diesen oft als ‚Berufsverbot‘. Bereits in den 1950er-Jahren gab es einen ähnlichen Erlass, den Adenauer-Erlass“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass>, 03.02.2010)

<sup>852</sup> Die inzwischen als Arbeitsministerin tätige Politikerin wird seither mit dem Spitznamen „Zensursula“ versehen.

<sup>853</sup> Quelle: <http://www.netzpolitik.org/2009/online-beirat-der-spd-gegen-zensurgesetz>

### **La plus grande terreur: Schreckensherrschaft durch Terrorbekämpfung?**

Sind wir mit der Reaktion auf die Bedrohung durch Terrornetzwerke, ähnlich wie die Jakobiner der Französischen Revolution, zum Schutz des Systems, dabei, die Bürger ihrer freiheitlichen Rechte zu berauben, auf demselben reaktionären Wege wie die Revolution, die ihre Kinder fraß? Oder ist die Tatsache, dass durch den Islam ein vermeintlicher „äußerer Feind“ auf den weltpolitischen Plan trat, der droht, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören, in einer völlig neuen Situation? Im Prinzip kommt es darauf nicht an, solange der Effekt derselbe bleibt: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird ausgehöhlt, um das eigene System zu beschützen – und damit ist es dem Untergang geweiht. Diese Aporie wird in den beiden vorhergehenden Teilen bereits anhand historischer Ereignisse aufgezeigt.

„The first battle in the wars of the future will be over the control of cyberspace“, erklärte Dr. Lani Kass auf der Air Force Association’s Air & Space Conference and Technology Messe am 27. September 2007 in Washington.<sup>854</sup> Um die Vorherrschaft bei der Kontrolle des Cyberspace konkurriert die US-Luftwaffe mit den zwar international verstreuten, doch größtenteils bereits untereinander vernetzten Polizei-Abteilungen sowie den Geheimdiensten.<sup>855</sup> Cyberkriminalität bzw. Cyberwar<sup>856</sup> ist ein wirtschaftspolitisches, ein zivilpolitisches und ein militärisches Problem: Hackerangriffe auf Rechner gehen täglich in die Tausende: „Wer heute politische Konflikte mit modernen technischen Mitteln beeinflussen will, greift auf Manipulationen an IT-Systemen zurück. Der Klimagipfel in Kopenhagen war dabei 2009 nur ein letztes Beispiel. Im Herbst häuften sich die Angriffe auf die Server der wichtigsten Klimaforschungsinstitute. Am 17. November 2009, gerade rechtzeitig zum Klimagipfel, wurden Emails von Klimaforschern auf ‚anonymen Internetservern in

---

<sup>854</sup> <http://www.af.mil/news/story.asp?id=123069727>

<sup>855</sup> „Von erheblicher Bedeutung ist, ob der Nachrichtendienst für seine Informationsgewinnung und -auswertung auf freiwillige, gegebenenfalls täuschungsbedingte Angaben von Auskunftspersonen und auf die technische Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs beschränkt ist oder ob er zur Erforschung eines Sachverhalts gegenüber Personen Zwangsmaßnahmen anwenden darf (Geheimpolizei). Eine ähnliche Tragweite hat, ob ein Nachrichtendienst einer polizeilichen Dienststelle angegliedert werden kann. Manche Geheimdienste verfügen, wie zum Beispiel der CIA, zur Durchführung von Operationen über paramilitärische Abteilungen.“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Nachrichtendienst>, 24.02.2010)

<sup>856</sup> „Die eingesetzten **Waffen** sind Werkzeuge aus dem Bereich der **Informatik**. Im einfachsten Fall zielen Angriffe auf rechnergestützte Verbindungen, um die Kommunikation auf diesem Wege zu vereiteln. Komplexere Angriffe können auf die Kontrolle spezifischer Computersysteme abzielen. Umgekehrt gehört zum *Cyberwar* die Bereitstellung und Aufrechterhaltung der eigenen Kommunikations- und Kommandostrukturen sowie die Abwehr bzw. Vereitelung gegnerischer Angriffe auf diese. Ein Beispiel für einen erfolgreichen Cyberangriff findet sich 2007 in Estland, wo nach konzertierten *Denial of Service*-Angriffen Regierungs- und Verwaltungsstellen, ebenso wie die größte Bank Estlands nicht mehr erreichbar waren. Zudem wirkte sich der Angriff auf Krankenhäuser, Energieversorgungssysteme und Notrufnummern aus.“ (Quelle Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Cyberwar#Herkunft\\_des\\_Begriffs](http://de.wikipedia.org/wiki/Cyberwar#Herkunft_des_Begriffs), 24.02.2010)

Russland‘ der Presse zugespielt,<sup>857</sup> um die Klimadebatte mit Fälschungsvorwürfen gegen Wissenschaftler nach Kräften zu sabotieren – eine Aktion wie aus dem Lehrbuch für Information Warfare,<sup>858</sup>“ meldet Ingo Ruhmann im renommierten Internetmagazin „Telepolis“. Und kürzlich berichtete der Suchmaschinen-Gigant „Google“ von ähnlichen Hackerangriffen auf seine Server durch chinesische Regierungsbehörden und kündigte an, mit der US-Geheimdienstorganisation NSA gemeinsam diese Angriffe abzuwehren. Lange davor, im Oktober 2009, wurde bekannt, dass sie CIA einen „Web 2.0 Auswerter“ anschafft, mit dem der Geheimdienst alle sozialen Netzwerke durchsucht und „Erkenntnisse in Echtzeit“ liefern könne.<sup>858</sup> Durch den PATRIOT Act und ergänzende Gesetze ist dieses Vorgehen in den USA legal.

Vielen kooperierenden Exekutivkräften in Europa fehlt noch die letztliche Legitimation, die jedoch schrittweise auf nationaler Ebene, meistens auch erst im Nachhinein erfolgt.<sup>859</sup> Mit der EU-Richtlinie (2006/24/EG) sollen diese harmonisiert und spätestens auch flächendeckend legalisiert werden. Eine verbindliche Vereinheitlichung der multinationalen Gesetzgebung beschäftigt zurzeit die Staatsrechtswissenschaft.<sup>860</sup> Doch wie wir gelernt haben, reagiert der Gesetzgeber stets erst auf sozial bereits existierende Gegebenheiten, d. h. erst werden die Fakten geschaffen, dann folgen die Gesetze, die eine Regulierung der gegenseitigen Interessen herbeiführen sollen.<sup>861</sup> „McAfee, nach eigenem Bekunden ‚weltweit größtes IT-Sicherheitsunternehmen‘, gibt alljährlich den ‚Virtual Criminology Report‘ heraus. 2009 beschäftigte sich dieser Bericht erstmals nicht mit allgemeinen IT-Sicherheitsproblemen und deren kriminellen Verursachern, sondern mit staatlichen Stellen und den Bedrohungen durch die ‚so gut wie eingeläutete Cyber-Kriegsführung‘“, so Ruhmann.<sup>862</sup> Der sogenannte Cyberwar ist zwar bereits seit 1998, damals noch unter dem Allgemeinbegriff „Infowar“, in den Kreisen der Netizens ein Thema, doch nun scheint er offenbar tatsächlich begonnen zu haben, auch wenn es bisher keine offizielle „Kriegserklärung“ gibt, wenn man dem Unternehmen Glauben schenkt. „Gleich zu Beginn des ‚Virtual Criminology Report 2009‘ stellt Dave DeWalt, CEO von McAfee klar, dass es nicht darum gehe, einen neuen Hype oder weitere Ängste zu schüren. Es gehe stattdessen darum, die weitgehend hinter verschlossenen Türen stattfindende Diskussion über Cyber-Kriegsführung, die gravierende Folgen für die Allgemeinheit haben werde, auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren“, berichtet Ruhmann weiter. Er vermutet hinter DeWalts Versuch, das Thema im Lichte der Öffentlichkeit zu diskutieren, keine rein ideelle Motivation,

---

<sup>857</sup> Schmund, Hilmar, Traufetter, Georg: „Betreff: Streng vertraulich“; in: Der Spiegel Nr. 50, 2009, S. 164–165, zitiert nach Ruhmann (2010)

<sup>858</sup> N.N. (2009a)

<sup>859</sup> Vgl. Schulzki-Haddouti (2000)

<sup>860</sup> Vgl. Brugger et al. (2008) und Huster (2008)

<sup>861</sup> Vgl. Möllers (2008)

<sup>862</sup> Ruhmann (2010)

sondern eine Art „Flucht nach vorne“ des Marktführers McAfee, der nämlich an seine wirtschaftlichen Grenzen und dadurch die seiner Handlungsfähigkeit gestoßen ist: „Denn in der Liga der Cyberkrieger spielen staatliche Akteure mit, die für Manipulationen an Computern und Netzen bei Bedarf wichtige Einsatzmittel wie Zeit, Geld, IT-Ressourcen und kriminelle Energie fast ohne Begrenzung einsetzen können. Ihre einzige echte Grenze ist die Verfügbarkeit von gut qualifiziertem Personal und dessen Einfallsreichtum. McAfee hat offensichtlich begriffen, dass gegen diese Klasse von Akteuren kein Unternehmen dieser Welt mithalten kann, IT-Sicherheit für seine Kunden zu liefern,“<sup>863</sup> so Ruhmann, der zusammen mit seinem Redaktionskollegen Florian Rötzer und einigen anderen zu den Warfare-Experten der Branche gezählt wird.

Das Wirtschaftsunternehmen reagiert, wie der schwächere Teilnehmer eines Wettrennens immer reagiert: Er fordert Rüstungskontrolle. Das sahen die zuständigen Institutionen der USA und Russlands inzwischen ebenfalls, man traf sich zu Gesprächen. Und am 13. Dezember 2009 berichtete die New York Times,<sup>864</sup> dass die USA Verhandlungen mit Russland aufgenommen haben, um eine „Verbesserung der Internet Sicherheit und eine Begrenzung der militärischen Nutzung des Internet“ zu erreichen, die allerdings vorerst damit endeten, dass es keine Einigung über den richtigen Ansatz gebe: „While the Russians have continued to focus on treaties that may restrict weapons development, the United States is hoping to use the talks to increase international cooperation in opposing Internet crime. Strengthening defenses against Internet criminals would also strengthen defenses against any military-directed cyberattacks, the United States maintains. An administration official said the United States was seeking common ground with the Russians.“<sup>865</sup> Weitere Gespräche seien 2010 in New York und Garmisch-Partenkirchen<sup>866</sup> terminiert.

Wenn also nicht einmal gemeinsame Lösungsansätze des militärischen Abrüstens bei der Bekämpfung der Internetkriminalität im Allgemeinen und der Terrorbekämpfung im Besonderen bestehen und sich militärische und polizeiliche Kompetenzen überschneiden, dann wird sich eine international interdisziplinäre Lösung vermutlich parallel zur Aufrüstung angeblich tausender Hacker vermutlich noch eine Weile hinziehen.

Die Politik der Bundesrepublik mit der Leitlinie des Innenministers<sup>867</sup> (Sicherheit durch Kontrolle) kollidiert ebenfalls mit der Leitlinie der Justizministerin (Datenschutz). Auch hier ist keine rasche Einigung zu erwarten. Das Aus der

---

<sup>863</sup> Ruhmann (2010)

<sup>864</sup> [http://www.nytimes.com/2009/12/13/science/13cyber.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2009/12/13/science/13cyber.html?_r=1)

<sup>865</sup> [http://www.nytimes.com/2009/12/13/science/13cyber.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2009/12/13/science/13cyber.html?_r=1)

<sup>866</sup> Vermutlich im dortigen „internationalen Zentrum für Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ des George C. Marshall European Center for Security Studies

<sup>867</sup> 2010: Thomas deMaiziere, der auf den Arbeiten seines Vorgängers Wolfgang Schäuble aufbaut, dessen eigene Leitlinie sich jedoch aktuell noch nicht abgezeichnet hat.



bisherigen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung durch das Bundesverfassungsgericht bedeutet nicht das Ende, sondern nur, dass man einen Umweg finden wird. Im November 2009 sagte der Chef des Bundeskriminalamts Jörg Zielke: „Die Gefahr des Terrorismus ist nicht vorbei.“<sup>868</sup>

Es besteht die Möglichkeit, dass außerhalb des politischen Diskurses, innerhalb der polizeilichen, geheimdienstlichen und kriminellen Lager zunächst ohne Legitimation die normative Kraft des Faktischen Zustände schafft, die erst dann öffentlich werden, wenn es möglicherweise zu spät ist. Zu spät zum Schutz der freiheitlichen Rechte der Bürger oder zu spät zum Schutz ihrer Sicherheit gegen (Internet-)Angreifer. Ein Dilemma.

### **Web 3.0 – künstlich-ontologische Semantik im totalen Cyberspace?“**

Die Zukunft des Internets heißt „Web 3.0“ oder „semantisches Web“. Tim Berners-Lee, der als „Erfinder“ des World Wide Web gilt, formulierte 1999 seine Vision der nächsten Generation: „I have a dream for the Web [in which computers] become capable of analyzing all the data on the Web – the content, links, and transactions between people and computers. A ‘Semantic Web’, which should make this possible, has yet to emerge, but when it does, the day-to-day mechanisms of trade, bureaucracy and our daily lives will be handled by machines talking to machines. The ‘intelligent agents’ people have touted for ages will finally materialize.“<sup>869</sup>

Das Problem ist, dass Dateien und Dokumente des WWW bisher nur von Menschen verstanden werden können. Die neue Generation arbeitet an einem Weg, um die Informationen der Welt auf der Ebene ihrer Bedeutung miteinander zu verknüpfen, also maschinell *Verständnis* zu generieren.

Die überwältigende Datenflut ist schon längst nicht mehr von Menschen kontrollierbar. Da keine Regierung (außer augenscheinlich die der Chinesen) derartige Manpower aufbringt, um alle Datenströme zu überwachen, laufen längst Programme, die „verdächtige Formulierungen“ aufspüren. Dass deren Ergebnisse wiederum nicht immer rechtzeitig von anderen Programmen und letztendlich Menschen richtig interpretiert werden, zeigen Terroranschläge, die, obwohl genügend Informationen auf sie hinwiesen, nicht als solche *erkannt* worden sind und nicht verhindert werden konnten. Vermutlich gibt es darüber hinaus zahlreiche kriminelle Absprachen, die final zu Aktionen führen, von denen die Öffentlichkeit nichts erfährt. Wir wissen ja nicht, was wir alles nicht wissen.<sup>870</sup>

---

<sup>868</sup> Seythal (2009). Diese Aussage kann man u. U. auch als Drohung interpretieren.

<sup>869</sup> Quelle: [http://en.wikipedia.org/wiki/Semantic\\_Web](http://en.wikipedia.org/wiki/Semantic_Web), am 09.03.2010

<sup>870</sup> US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 12. Februar 2002 auf einer Pressekonferenz des US-Verteidigungsministeriums: “As we know, there are known knowns. There are things we know we know.

Demnach ist wahrscheinlich, dass internationale Geheimdienste und polizeiliche Dienste sich bereits semantischer Programme bedienen, wie aus den Vorgängen, die in den vorangegangenen Kapiteln geschildert werden, gemutmaßt werden kann. Da naturgemäß „Intelligence“ als Geheimdienst-Operationen nicht der Open Source Philosophie unterliegen, wird es wohl noch eine Weile dauern, bis daraus erschwingliche, benutzerfreundliche Anwendungen entstehen – doch das heißt nicht, dass es diese besondere Form künstlicher Intelligenz nicht bereits gibt, sondern nur, dass die Öffentlichkeit es bisher nicht erfahren hat. Wie die Internetredaktion Telepolis bereits 2007 herausgefunden haben will, arbeitet Google an einem derartigen Programm mit dem Namen „Google Brain“.<sup>871</sup>

Sollten die Ziele, also maschinell generierte Erkenntnisse,<sup>872</sup> Verstehen und Wissen auch für jeden Bürger zugänglich werden, wie es sich Tim Berners-Lee vorgestellt hat, wird es möglich sein, dass die Software *versteht*, was der Benutzer *wirklich meint*. Wenn er also „Hannover – München“ eingibt, wird das Programm *erkennen*, dass er verreisen möchte und alle anderen Computer fragen, welche Vorschläge ihnen passend erscheinen und die für diesen Benutzer besten auswählen. So weit weg von dem, was Amazon, Google und andere Dienste bereits heute bieten, ist das nicht mehr. Hinter dieser Art von künstlicher Intelligenz steckt in der Informatik eine computerisierte *Ontologie*, die auf den Prinzipien einer expliziten Formalisierung des Ontologiebegriffs von Edmund Husserl aufbaut.

---

We also know there are known unknowns. That is to say we know there are some things we do not know. But there are also unknown unknowns, the ones we don't know we don't know.”

<sup>871</sup> Klepffenberger (2007)

<sup>872</sup> Wie im vorigen Abschnitt beschrieben, wird die CIA angeblich einen „Web 2.0 Auswerter“ einsetzen, der „Erkenntnisse in Echtzeit“ erlaube.

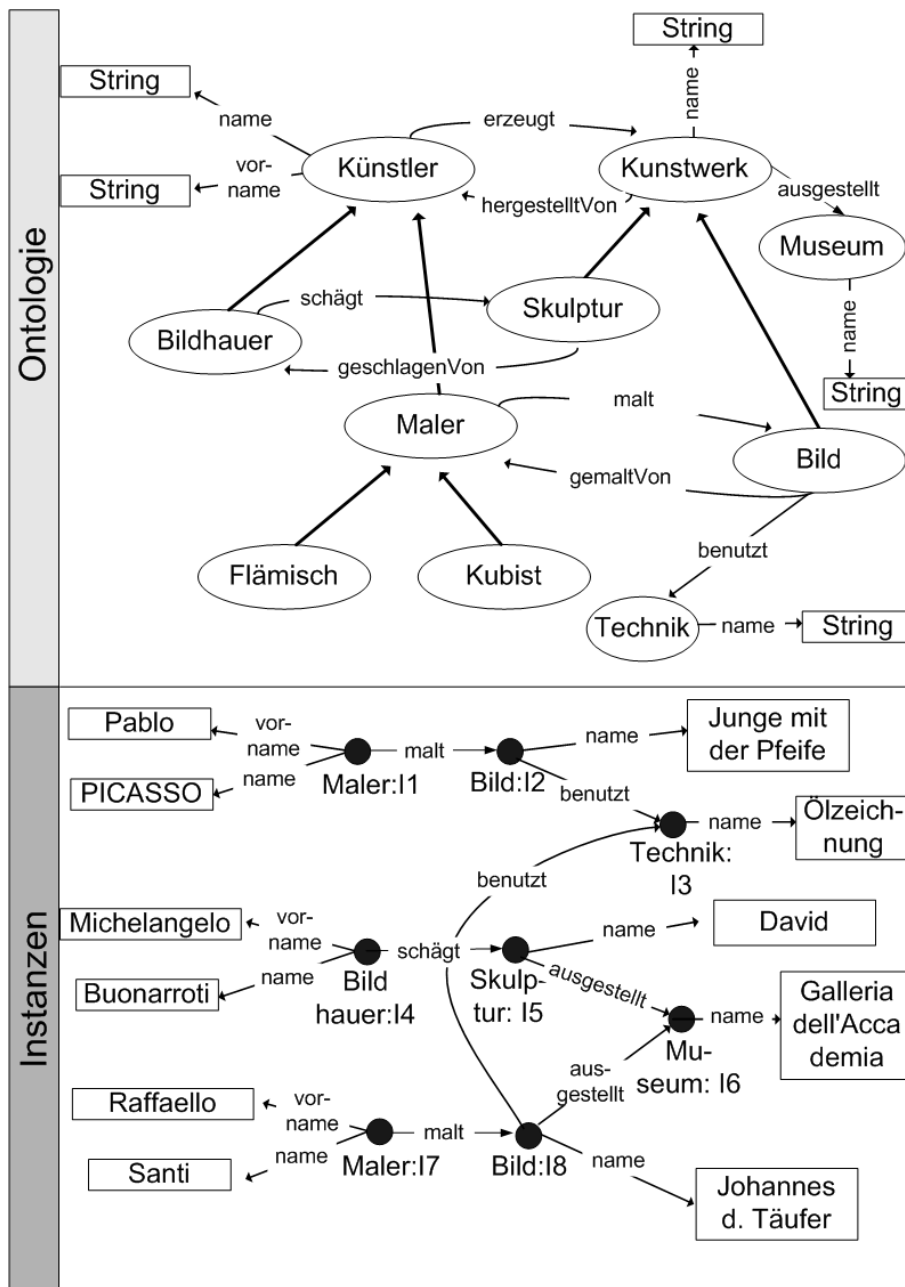


Abbildung: „Ontologie-Beispiel der Informatik“<sup>873</sup>

Mit der Weiterentwicklung des Web 3.0 stellt sich die Frage, wie weit künstliche Intelligenz dem Menschen nützt oder ihn möglicherweise existentiell bedroht. Diese Gedanken sind so alt wie die Erkenntnisphilosophie selbst und gewannen neue

<sup>873</sup> Quelle: Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Ontologie\\_%28Informatik%29#Ontologietypen](http://de.wikipedia.org/wiki/Ontologie_%28Informatik%29#Ontologietypen), 09.03.2010)

Dynamik mit der analytischen Philosophie und, wie anzunehmen ist, wird man sich demnächst auch in der politischen Philosophie verstärkt damit auseinandersetzen.

Vor dem Hintergrund der möglichen schönen neuen Welt mit intelligenten, verstehenden Programmen, ist die Gefahr, dass diese Technologie auch von jenen genutzt wird, die Sherry Turkle als Personen mit Absichten bezeichnet hat, die „nicht gutartig“ sind, nicht zu vernachlässigen. Und wie wir wissen, sind anhand der Einwahlknoten bzw. Funkmasten und GPS-Daten nahezu lückenlose Bewegungsprofile von Handynutzern keine Science Fiktion mehr. In dem oben erwähnten Interview erzählt sie u. a. von einem 16-Jährigen, der, wenn er sicher sein will, ein vertrauliches Telefonat zu führen, Münzfernsprecher benutze.<sup>874</sup>

Je weiter die Technik fortschreitet, umso unwichtiger scheint darin der Mensch als soziales Lebewesen an sich. Google arbeitet an einem Service, der es jedem ermöglicht, sein persönliches Genom zu veröffentlichen mit dem angeblichen Ziel der wissenschaftlichen Forschung u. U. zu helfen.<sup>875</sup> Der ursprünglich hinter Web 3.0 stehende Gedanke einer vollkommenen Menschen-Maschinen-Verschmelzung zum Wohle aller mag altruistisch gewesen sein, doch die Vorstellung, dass alle Menschen sozial als auch physisch/biologisch/psychologisch eines Tages „total“ digital analysierbar sind, hat etwas ganz und gar Unmenschliches an sich.

Jürgen Habermas liefert 1969 Bezüge zu Herbert Marcuse und Helmut Schelsky, die sich heute, 2010, auf die neue Freiheit und die neuen Gefahren, mit denen sich die Menschen im Internetzeitalter konfrontiert sehen, übertragen lassen: „Herbert Marcuse hat die Gefahren einer Reduktion der Vernunft auf technische Rationalität und einer Reduktion der Gesellschaft auf die Dimension technischer Verfügung in seinem Buch *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied, 1967, analysiert. In einem anderen Zusammenhang stellt Helmut Schelsky die gleiche Diagnose: „Mit der wissenschaftlichen Zivilisation, die der Mensch selbst planmäßig schafft, ist eine neue Gefährdung in die Welt getreten: die Gefahr, daß der Mensch sich nur in äußere, umweltverändernde Handlungen auslegt und alles, den anderen Menschen und sich selbst, in dieser Gegenstandsebene der konstruktiven Handlung festhält und behandelt. Diese neue Selbstentfremdung des Menschen, die ihm die Identität seiner selbst und des anderen rauben kann ..., ist die Gefahr, daß der Schöpfer sich in sein Werk, der Konstrukteur in seine Konstruktion verliert. Der Mensch schaudert zwar davor zurück, sich restlos in die selbstproduzierte Objektivität, in ein konstruiertes Sein zu transzendieren, und arbeitet doch unaufhörlich am Fortgang dieses Prozesses der

---

<sup>874</sup> Krotoski, Aleks (2010a) – Münztelefone gelten als abhörsicher.

<sup>875</sup> Vgl. Krotoski, Aleks (2010a)

wissenschaftlichen Selbstobjektivierung‘ (H.Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, Hamburg, 1963, S.299)“, wie Habermas schreibt.<sup>876</sup>

Dem gegenüber hatte Tom Sherman, wie im Kapitel „Psychopathologische Öffentlichkeit“ bereits angedeutet, eine spezielle Sichtweise auf die technischen Herausforderungen des Internetzeitalters und nahm die gravierenden Polarisierungen, die in dieser Arbeit an mehreren Stellen beschrieben werden, bereits 1998 vorweg. Die Philosophie seines Projektes „Nerve Theorie“ beschreibt er wie folgt: „*Nerve Theory* setzt sich mit dem wichtigsten Ort der modernen psychologischen Kriegführung auseinander: dem Geist der Menschen, die in unterschiedlichem Ausmaß an ein einheitliches globales Daten- und Informationssystem angeschlossen sind. Auf gesellschaftlicher Ebene ist offensichtlich, daß ein kleiner Prozentsatz an kritischen Denkern zwei radikale Pole mit positiven bzw. negativen Zukunftserwartungen bildet und sich auch entsprechend verhält. Mit einer Analogie aus der Elektrostatik könnte man diese kritischen Intellektuellen als positiv oder negativ geladen bezeichnen. Aber positive und negative Pole ziehen einander an – natürlich fliegen dann die Funken, das ist ein unvermeidbarer Bestandteil solcher Auseinandersetzungen. Gleichzeitig scheint die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in entwickelten Informationsgesellschaften mit einer weniger extremen bipolaren Ladung auszukommen. Diese Menschen sind allem Anschein nach im Umgang mit ihrer persönlichen Daten- und Informationsflut stabiler und Auseinandersetzungen weniger zugeneigt. Dennoch schwingen – oder schwanken – auch sie zwischen zwei inneren Polen hin und her und wirken deshalb meist verwirrt, wenn nicht vollkommen gelähmt: Häufig wissen sie nicht, was sie denken.“<sup>877</sup> Er trifft angesichts der folgenden Entwicklung eine geradezu visionäre Voraussage: „Je nach Standpunkt steuern wir entweder auf eine Epoche grenzenloser Freiheit, individueller Selbstbestimmung und demokratischer und sozialer Entwicklungen zu, oder es heißt Game Over für alle, die sich nirgendwo eingeklinkt haben, und für gemeinnützige Organisationen, die positive, umfassende, demokratische und soziale Ziele verfolgen.“<sup>878</sup>

---

<sup>876</sup> Habermas (1969), Seite 167 – Näheres zum Konstruktivismus an sich findet sich im gleichnamigen Abschnitt.

<sup>877</sup> Sherman, Tom „Nerve Theory: Shades of Catatonia“ 12/6/98, unter: [http://90.146.8.18/de/archives/festival\\_archive/festival\\_catalogs/festival\\_artikel.asp?iProjectID=8418](http://90.146.8.18/de/archives/festival_archive/festival_catalogs/festival_artikel.asp?iProjectID=8418)

<sup>878</sup> Sherman, Tom „Nerve Theory: Shades of Catatonia“ 12/6/98, unter: [http://90.146.8.18/de/archives/festival\\_archive/festival\\_catalogs/festival\\_artikel.asp?iProjectID=8418](http://90.146.8.18/de/archives/festival_archive/festival_catalogs/festival_artikel.asp?iProjectID=8418)

## Open Source als 5. Gewalt?

In der Geschichte des World Wide Web spielt der libertäre Gedanke, dass Information unter allen Umständen „frei“ zu sein habe, eine große Rolle. Im Gegensatz zu intransparenten, abgeschotteten Programmierungen, wie sie beispielsweise vom PC-Pionier Microsoft favorisiert wird, bildete sich eine Gemeinde von Programmierern, die weltweit verstreut gemeinsam Computerprogramme verbessert. So entstanden Software-Betriebssysteme<sup>879</sup> wie *Linux* oder Browsersysteme<sup>880</sup> wie *Mozilla Firefox*, die nicht nur transparent sind, sondern konzernunabhängig und da der Zugang frei ist, ist auch die Benutzung zunächst gratis (free software). Da bestimmte Lizenzen dennoch vermarktet werden, separierte sich die Vermarktungsfraktion, verabschiedete sich vom englischen Gratisbegriff „free“ und wählte „open“.

Die freiwillige Bereitschaft, ein Programm zu verbessern und es anderen wiederum zur Weiterentwicklung zu überlassen, ist die Gegenströmung zur marktwirtschaftlichen Ausrichtung der kommerziellen Konzerne. Beide kämpfen um Marktanteile und dieser Kampf lässt sich grundsätzlich auf die Formel „Freiheit gegen Profit“ reduzieren. Die Benutzer wählen das System, das sie für besser halten, und wenn ein kommerzielles System besser ist oder ein offenes, dessen Lizenz man dennoch erwerben muss, sind viele bereit, dafür Geld auch auszugeben. Da die Motivation der freien Programmierer eher politisch bzw. sozial-ethisch geprägt ist und die Zahl der freiwilligen Experten nicht schrumpft und ihre Resultate den kommerziellen Angeboten ernstzunehmende Konkurrenz machen, hat sich der Wettbewerb der Systeme bereits aus der Anmutung eines sportlichen Wettkampfs in die eines Kampfes gewandelt.

Da die freiwilligen Programmierer ihre Programmierprotokolle, genannt Quelltexte, für andere öffnen, entstand die Bezeichnung „open source“ für diese Praxis. Da auch die Zahl der Freiwilligen offenbar unerschöpflich ist, heißt das ganze System „Open Source“. Die vereinsmäßige Organisation der Freiwilligen Kämpfer für die Freiheit der Programme nennt sich „Open Source Initiative“.

Unabhängig von den innerlichen Grabenkämpfen der Freiwilligen, die ihre Produkte in „free“ gratis und „open“ lizenzgebunden aufteilen, wird diese Gruppe soziologisch der einheitlichen Ideologie des Open Source Gedankens zugeordnet, nach dem alle etwas für alle verbessern. In den USA fiel die Parallelität zu Republikanern und Demokraten

---

<sup>879</sup> „Ein Betriebssystem ist die Software, die die Verwendung (den Betrieb) eines Computers ermöglicht. Es verwaltet Betriebsmittel wie Speicher, Ein- und Ausgabegeräte und steuert die Ausführung von Programmen“ (Quelle: Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Betriebssystem>, 09.03.2010)

<sup>880</sup> Ein Browser (engl. *to browse*, also schmökern, umsehen) ist das Programm, das die Betrachtung von Internetseiten ermöglicht, den Vorgang seiner Benutzung nennt man aber nicht browsen, sondern surfen.

der beiden politischen Parteien auf und ebenfalls stach die Parallele zum bisherigen Kommunikationsgebaren der Politik gegenüber dem neuen heraus, das sich mit Obamas Wahlkampf den Weg bahnte und dessen Ausprägung nun denn auch die Bezeichnung „Open Source Politik“ trägt. „Die Open Source Politik steht damit dem traditionellen Politikstil diametral gegenüber. Entscheidungen würden nicht mehr von Einzelpersonen in einem hierarchischen und undurchsichtigen System getroffen, sondern durch Gemeinschaften von betroffenen und interessierten Menschen, die freie, kostenlose und demokratische Werkzeuge benutzen,“ fasst Tobias Moorstedt die Einstellung der Anhänger von Obamas Politikstil zusammen.<sup>881</sup> Er stellt Stiftungen vor, die ähnlich wie Wikipedia – das größte Open Source Lexikon im WWW – funktionieren: „Opencongress und Congresspedia funktionieren ganz ähnlich (...): Experten und Amateure erstellen freiwillig und ohne Bezahlung Dossiers zu den einzelnen Abgeordneten, die über deren Abstimmungsverhalten, Reden und Mitgliedschaften in Gremien informieren, sodass jeder aus den ersten Block sehen kann, ob sich ein Parlamentarier eher für Bildungs- oder Verteidigungspolitik interessiert, oder ob er seinen hehren Worten auch Taten im Parlament folgen lässt. Die von Wikipedia vertraute Optik, die Buttons, blauen Links und klickbaren Indizes sorgen dafür, dass man sich in dem fremden Universum US-Kongress intuitiv orientieren kann.“<sup>882</sup> In Deutschland gibt es ein ähnliches Tool, das sich [abgewordetenwatch.de](http://abgewordetenwatch.de) nennt und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, deutsche Abgeordnete verschiedener Parlamente öffentlich zu befragen.

Das bekannteste Open Source Beispiel, Wikipedia, bei dem Amateure und Experten Dossiers zu bestimmten Themen so lange verbessern, bis keiner mehr etwas an ihnen auszusetzen hat, basiert auf einem lizenzfreien Programm, mit dem sich jeder sein eigenes Wiki erstellen kann. Eines davon nennt sich „Wikileaks“ und ist darauf spezialisiert, Geheimdokumente zu veröffentlichen. „Gegründet von chinesischen Dissidenten, von Mathematikern und Technologen junger Unternehmen aus der ganzen Welt, hat sich die Seite zur zentralen Sammelstelle für Geheimnisse entwickelt. Über 1,2 Millionen Dokumente, eingestellt von Regimekritikern und anonymen Quellen hat Wikileaks bereits zusammengetragen. Fast täglich kommen neue. Über die Betreiber selbst ist wenig bekannt. Aus Deutschland engagiert sich unter anderem der Chaos Computer Club-Aktivist Frank Rosengart für das Projekt,“ beschreibt Tina Klopp das Projekt, das sich zur beliebten Fundgrube für investigative Journalisten entwickelt. „Kryptographische Verfahren sorgen dafür, dass sicher vor Verfolgung ist, wer geheime Inhalte hochlädt“, so Klopp.<sup>883</sup>

Das Internet wird, wie der Trend zeigt, zunehmend mobiler: Nicht nur tragbare Laptops vernetzen sich über das WWW, sondern auch Mobiltelefone. Wie im Kapitel „Plurale Zivilgesellschaft ohne Sprengkraft“ erläutert, unterliegen in der

---

<sup>881</sup> Moorstedt (2008), Seite 157

<sup>882</sup> Moorstedt (2008), Seite 157

<sup>883</sup> Klopp (2009)

Bundesrepublik die technischen Verbreitungswege der Aufsicht der staatlichen Bundesnetzagentur. Sollte diese oder eine andere monopolistische Instanz, die über die Hoheit über die Distributionswege verfügt, eines Tages von Googles Slogan „Dont't be evil“ umschwenken und beabsichtigen, den technischen Zugang zu blockieren, würden alle freiwilligen Open Source Anstrengungen als Gegenbewegung nicht greifen. In diesem Fall müsste man, um der Informationsfreiheit und der politischen Rolle der Öffentlichkeit zur Geltung zu verhelfen, auf parallel existierende (Funk-) Netze oder gar analoge Medien zurückgreifen, um alternative Informationen zu verbreiten.

### ***3.6 Grenzen der Demokratie in der globalen Grenzenlosigkeit***

---

Am Beispiel des amerikanischen Suchmaschinenbetreibers „Google“ kann man erkennen, wie beschränkt die grenzenlose Freiheit des Internets ist. Erstens unterliegt Google als Wirtschaftsunternehmen ökonomischen Sachzwängen, zweitens sieht man am Beispiel Chinas, dass der Konzern undemokratischen Restriktionen durch Ländergesetze, an die er gebunden ist, gehorchen muss. Drittens ist der Dienst darüber hinaus höchst anfällig für technische Manipulationen mit dem Ziel weltweiter Zensur. Viertens steht Google als Informationssammler erster Güte in dem Ruf, bei der Veränderung seiner Vorzeichen von „don't be evil“ (Firmenmotto) zu „be evil“ leicht der „Große Big Brother“ von einem Format werden kann, von dem Stasi und Gestapo nur träumen konnten. Google ist das perfekte Spionagewerkzeug, weil die Nutzer dem Dienst sämtliche Informationen über ihre Interessen, Neigungen, Verhaltensweisen und ihre politische Ausrichtung freiwillig anvertrauen. In ihrem Beitrag „Die Welt ist eine Google“ in der Reihe „Wissen aktuell“<sup>884</sup> auf 3sat bestätigen Google-Mitarbeiter den TV-Autoren freimütig vor laufender Kamera, dass sie an neuen technischen Werkzeugen arbeiten, die eine totale Ausdehnung der Transparenz ermöglichen. Die unbedarfte Einstellung der Mitarbeiter spiegelt die unbedarfte Einstellung der Nutzer, die es als praktisch empfinden, wenn ihre Suchergebnisse maßgeschneidert zu ihren Bedürfnissen erscheinen. Mittlerweile ist es auch beim elektronischen Warenhaus „Amazon“ üblich, anhand der bisher eingegebenen Suchbegriffe und des bisherigen Kaufverhaltens neue Angebote direkt dem augenscheinlichen Geschmack des Kunden anzupassen. Niemand muss sich mehr über Werbung ärgern, die nicht zu ihm passt: Alle direkt per Email abgeschickten Reklame-Angebote sind auf das individuelle Nutzerprofil des Kunden zugeschnitten, um ihm zu gefallen und zum Kauf neuer, passender Ware zu animieren. Auch schon beim Stöbern schlägt das Programm immer neue passende Angebote vor, die sich danach richten, was andere User mit ähnlichem Suchverhalten bisher interessiert hat. Wir kommen Berner-Lees Vision vom Web 3.0 mit jedem Tag näher. Dass Amazon und Google eines Tages genau wie

---

<sup>884</sup> N.N. 3sat Redaktionsteam „Neues“ (2010)



Telekommunikationsanbieter (gesetzlich) dazu verpflichtet werden können, im Verdachtsfall Kundennutzungsprofile den Ermittlungsbehörden zur Verfügung zu stellen, scheint die wenigsten zu beunruhigen, schließlich wünschen die Kunden den bestmöglichen Service und stellen ihre Daten dafür zur Verfügung. Datenschützer werden von jenen als paranoid eingestuft.

### **Globaler Umweltschutz fordert undemokratisches Durchgreifen**

Der Klimagipfel 2009 in Kopenhagen ist am Widerstand nicht nur konservativer Kräfte gescheitert.<sup>885</sup> Den einen gingen die zu beschließenden Maßnahmen zu weit und den anderen nicht weit genug. Niko Stehr zeigt in seinem im Magazin *Cicero* erschienenen Artikel<sup>886</sup> die durchaus tragischen Folgen auf, die Pluralität und Mehrheitsprinzip haben können: „Die Klimaforschung sagt uns, was getan werden muss, aber warum wird es nicht getan? Führende Klimaforscher, aber auch Medienvertreter wie der New-York-Times-Kolumnist und Bestsellerautor Thomas Friedman betonen, die Menschheit stehe an einem Scheideweg. Um eine global nachhaltige Lebensweise zu realisieren, brauchen wir eine ‚große Transformation‘“.<sup>887</sup> Um eine Selbstverpflichtung aller Staaten zur Reduzierung ihres CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu erwirken, so ist aus den bisherigen Erkenntnissen dieser Arbeit deutlich geworden, müssten demokratisch gewählte Politiker davon überzeugt werden, dass sie nur dann wiedergewählt werden, wenn sie dies tun, und die nicht-demokratischen Politiker müssen überzeugt werden, dass auch sie nur dann an der Macht bleiben (könnten), wenn sie sich dem anschließen.

Stehr schildert allerdings eine ganz andere Schlussfolgerung der Klimakämpfer: „Teil, wenn nicht sogar das Herzstück dieser großen Transformation ist in den Augen mancher Klimaforscher ein anderes Politikregime: ‚Wir benötigen eine autoritäre Regierungsform, um den Konsens der Wissenschaft zur Treibhausgasemission zu implementieren‘“, so die Australier David Shearman and Joseph Wayne Smith in ihrem Buch „The Climate Change Challenge and the Failure of Democracy“. Der amerikanische Klimaforscher James Hansen fügt resignierend und zugleich frustriert, aber auch ungenau hinzu, „der demokratische Prozess funktioniert nicht im Fall der Klimaveränderung.“<sup>888</sup>

Der Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und dem Scheitern der Demokratie beim Klimagipfel Ende 2009 in Kopenhagen könnte der Anfang vom Ende sein. Klimaschützer postulieren das Ende der Vernunft und fordern Despotismus. Da demokratische Mittel bisher versagt haben und ein globaler, menscheitsgefährdender „Ausnahmestand“ oder „Notstand“ droht, besteht die Möglichkeit, dass auch sie (angesichts der Zeitknappheit verzweifelt) nach dem Motto „Der Zweck heiligt die

---

<sup>885</sup> Vgl. N.N. (2009c)

<sup>886</sup> Stehr (2010)

<sup>887</sup> Stehr (2010)

<sup>888</sup> Stehr (2010)

Mittel“, ganz im Machiavellistischen Sinne nach der „starken Hand“ rufen, bzw. ganz im Hobbeschen Sinne nach dem Leviathan, der das Töten verhindert.<sup>889</sup>

Stehrs Artikel endet denn auch mit einer fatalen Aussicht: „Der Diskurs der Ungeduldigen privilegiert hegemonische Akteure wie zum Beispiel Weltmächte, Staaten, transnationale Organisationen, multinationale Konzerne. Partizipative Strategien kommen nur selten vor. Klimaforscher ziehen aus Überlegungen dieser Art den ebenso bedenklichen wie falschen Schluss, dass nur autoritär geführte politische Staaten wirksame und richtige Entscheidungen zum Problem Klima treffen können. Unsere Geschichte lehrt uns, dass das Gegenteil der Fall ist. Deshalb kann das heutige China in dieser Hinsicht kein Vorbild sein.“<sup>890</sup> Dass libertinäre Kräfte sich neuerdings durchaus logisch konsequent auch konservativ verhalten können, haben wir in dieser Betrachtung der politischen Rolle der Öffentlichkeit bereits an mehreren Stellen gesehen. Dass sie in der Konsequenz dazu neigen, demokratische Strukturen dazu zu benutzen, um sie zu zerstören, sieht in übertragenem Sinne aus wie eine so extrem radikale Linksbewegung, die, da die Welt eine Kugel ist, rechts ankommt. Die nun folgende Reaktion müsste nach dem Actio/Reactio-Prinzip wiederum eine starke Gegenbewegung haben. Die Öffentlichkeit kann ihre politische Rolle als „Hüterin des Gemeinwohls“ nur ausführen, wenn sie die Freiheit dazu behält. Wenn nun also systemerhaltende, radikal-konservative Kräfte die Freiheit der Öffentlichkeit gegen linksradikale Demokratiegefährdung schützen wollten, wird eine interessante neue Qualität der Globalisierung erreicht.

---

<sup>889</sup> Es ist von vielen Toten die Rede: „Das sogenannte Global Humanitarian Forum warnt in einem jüngsten Bericht vor jährlich 300000 Hitzetoten und Verlusten von 125 Milliarden Dollar“.

<sup>890</sup> Stehr (2010)

#### 4 SCHLUSSBETRACHTUNG: DIE POLITISCHE ROLLE DER ÖFFENTLICHKEIT ALS GARANTIN DES GEMEINWOHLS

Die Öffentlichkeit hat während ihrer vergangenen Strukturwandel stets in dem Maße als „Legitimierende von Herrschaft“ bzw. „Hüterin des Gemeinwohls“ funktioniert, in dem man ihr die Freiheit dazu ließ. Ebenfalls wurde deutlich, dass Macht darauf aus ist, sich zu vermehren, während die Demokratie als Staatsform ihr auch die Freiheit dazu gewährt. Dass gleichzeitig ein Ideal geschildert wird, wenn die optimalen Bedingungen für die politische Rolle der Öffentlichkeit dargestellt werden, ist ein interessanter Nebeneffekt.

Freiheit ist eine neutrale Größe, auch wenn Menschen unseres Kulturkreises Freiheit heute stets als etwas Gutes verstehen wollen: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist neutral und stellt die Möglichkeit dar, sich im Öffentlichen Raum zusammen- bzw. auseinanderzusetzen, um zu gemeinschaftlichen Beschlüssen zu gelangen, die dem Gemeinwohl dienen sollen. Da sie auch radikalen und destruktiven Kräften zur Entfaltung verhelfen kann, ist ihre Existenz intrinsisch bedroht. Ein unlösbares Dilemma, denn auch präventive Einschränkungen destruktiver Kräfte wirken sich ebenfalls destruktiv auf die sie selbst aus. Ganz egal, ob wir das als gut oder böse empfinden: Demokratie und Freiheit sind symbiotisch aufeinander angewiesen, um zu existieren.

Demokratie als Staatsform kann, will und muss dem Gemeinwohl dienen, hat jedoch nicht den Anspruch auf totalen Konsens. Konsens ist kein demokratisches Ideal. Demokratie ist kein Resultat, sondern ein Prozess<sup>891</sup> und ihre belebenden Elemente sind Kontroverse, Widerstreit oder Diskussion. Gerade die Existenzberechtigung von von der Norm abweichenden Meinungen und ihre INTEGRATION in das System ist ihr Credo.<sup>892</sup> Die Struktur der Demokratie erlaubt es, den Konflikt mit friedlichen, d. h. ausgleichenden Mitteln frühzeitig aufzuzeigen und zu einer Lösung zu gelangen.

---

<sup>891</sup> Gemäß der fernöstlichen Weisheit „Der Weg ist das Ziel“, vgl. dazu Kafka (1922): „Ich befahl mein Pferd aus dem Stall zu holen. Der Diener verstand mich nicht. Ich ging selbst in den Stall, sattelte mein Pferd und bestieg es. In der Ferne hörte ich eine Trompete blasen, ich fragte ihn, was das bedeutete. Er wusste nichts und hatte nichts gehört. Beim Tore hielt er mich auf und fragte: ‚Wohin reitet der Herr?‘ ‚Ich weiß es nicht‘, sagte ich, ‚nur weg von hier, nur weg von hier. Immerfort weg von hier, nur so kann ich mein Ziel erreichen.‘ ‚Du kennst also dein Ziel‘, fragte er. ‚Ja‘, antwortete ich, ‚ich sagte es doch: ‚Weg-von-hier‘ – das ist mein Ziel.‘ ‚Du hast keinen Eßvorrat mit‘, sagte er. ‚Ich brauche keinen‘, sagte ich, ‚die Reise ist so lang, daß ich verhungern muß, wenn ich auf dem Weg nichts bekomme. Kein Eßvorrat kann mich retten. Es ist ja zum Glück eine wahrhaft ungeheure Reise.‘“

<sup>892</sup> Beispielsweise ist „Credo, quia absurdum est“ (lat., „ich glaube, weil es unvernünftig ist“) ein geflügeltes Wort im Diskurs der christlichen Theologie, der genau dies verdeutlicht.

Das geschieht im Öffentlichen Raum. Hier finden Rede und Gegenrede statt und deren kognitive, intellektuelle Verarbeitung dient der Meinungs- und Willensbildung.

Presse ist insofern systemerhaltend<sup>893</sup>, als dass sie Standpunkte ins Licht der Öffentlichkeit führt, die dort auf ihren Wert hin begutachtet werden können, und Gegenargumente fördert, die wiederum im Licht der Öffentlichkeit diskutiert werden. Sie hält also die Dynamik durch Impulse in Gang und damit die Demokratie lebendig. So fungiert sie als „Herstellerin von Aufmerksamkeit.“ Sie stört dieses System allerdings auch gleichzeitig dadurch, dass sie keine neutrale Instanz darstellt, sondern selbst Stellung bezieht, und sie kann ihre Rolle als „Vierte Gewalt im Staate“ nicht ausüben, wenn ihr die Mittel dazu fehlen. Die derzeitigen Sparmaßnahmen schränken ihre Wächterfunktion erheblich ein. Die Ausrichtung auf Gewinnmaximierung verstärkt diese Tendenz.

Ruft ein Standpunkt Widerspruch hervor, kann dieser in der Öffentlichkeit geäußert, d. h. nach außen getragen werden, so dass auch der Widerspruch wieder eine Gegenrede erlaubt usw. Das Wechselspiel ist inhärenter Bestandteil der Demokratie und ihr „Spielfeld“ ist die Öffentlichkeit. Öffentlichkeit setzt Freiheit voraus, ohne Öffentlichkeit keine Demokratie, ohne Presse keine überörtliche Öffentlichkeit. Ohne Öffentlichkeit kein Gemeinwohl. Unterdrückung von Öffentlichkeit ist Unterdrückung der Allgemeinheit.

Im Geheimen wäre dieser sich selbst regulierende Mechanismus nicht möglich. Öffentlichkeit und Transparenz sind notwendig, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Entscheidungen dem Gemeinwohl dienen und welche nicht. Jede Form von Arkanpolitik ist daher undemokratisch. Die Abgeordneten und anderen Beamten sind ihrem Souverän verpflichtet – dem Volk und damit der Öffentlichkeit, auch wenn diese Kreise nicht identisch sind. Denn Öffentlichkeit spielt sich an der Oberfläche ab. Mitmenschen, die in der Verborgenheit ihres Privatlebens ohne Außenwirkung handeln, sind dementsprechend kein Teil der Öffentlichkeit.

Für Hannah Arendt ist jede Form öffentlichen Handelns immer auch gleichzeitig politisch. Sobald etwas im Lichte der Öffentlichkeit diskutiert wird, wird es der dunklen Privatsphäre entzogen: „Politik heißt auch, durch Kommunikation im öffentlichen Raum *eine* gemeinsame Welt der Bürger entstehen zu lassen, an der nicht alle teilnehmen müssen, an der aber alle teilnehmen können.“<sup>894</sup>

Das würde bedeuten, dass das kommunikative Handeln der Akteure im Cyberspace beziehungsweise im Web 2.0 ebenfalls politisch ist, weil es im „Öffentlichen Raum“ stattfindet: Informationen sind für jedermann zugänglich und frei diskutierbar. Das Web 2.0 dient dem gemeinsamen Austausch von Informationen und ermöglicht daher

---

<sup>893</sup> Hier ist als System die Demokratie gemeint.

<sup>894</sup> In: Schönherr-Mann (2006), Seite 22

die Meinungs- und Willensbildung. Doch derzeit scheint es in den sozialen Netzen eher, als sei das Private öffentlich und das Politische im Dunkeln. Dies scheint der bemerkenswerteste Strukturwandel der Öffentlichkeit im Internetzeitalter zu sein. Die vielen „kleinen Erzählungen“ atomisieren das Interesse der Bürger an Politik und erschweren die Identitätsfindung. Und daher ist es die Aufgabe zukünftiger Leitmedien, zu der sich die klassische Presse im Internetzeitalter entwickeln wird, einen Ausweg aus dem Dschungel der Informationen zu zeigen. Da die jeweiligen Kräfte innerhalb eines Kommunikationssystems immer neue Energie von außen erhalten, größtenteils durch die Presse, die oft willkürlich entscheidet, welche Themen für das Gemeinwohl relevant sind, um die von ihr Ausgewählten im Licht einer übergeordneten Öffentlichkeit wiederum zur Disposition zu stellen und es zu ihrer Rolle als „Herstellerin von Aufmerksamkeit“ zum Zwecke der Bereitstellung von Informationen zur Meinungs- und Willensbildung der Bürger keine Alternative gibt, behält sie diese voraussichtlich also auch im Internetzeitalter bei – auch wenn sich ihre Strukturen, zum Beispiel auf der Suche nach funktionierenden Erlösmodellen, noch stark verändern werden.

Bei eskalierenden Konflikten treten Judikative und Exekutive in ihrer schiedsrichterlichen Rolle auf den Plan, die in funktionierenden Rechtsstaaten, wie Sokrates/Platon es postulierten, uneigennützig zum Wohle der gemeinschaftlichen Verfassung von Fall zu Fall nach den Gesetzen entscheiden müssen. Gibt es weiteren Regelungsbedarf, weil die Vernunftkräfte nicht zum Wohle der Allgemeinheit selbstregulierend wirken, muss die Legislative neue Lösungen finden, die wiederum idealerweise uneigennützig nach dem kategorischen Imperativ („*HANDLE SO, DASS DIE MAXIME DEINES WILLENS JEDERZEIT ZUGLEICH ALS PRINZIP EINER ALLGEMEINEN GESETZGEBUNG GELTEN KÖNNE.*“<sup>895</sup>) gesucht werden.<sup>896</sup> Auch hier ist Stillstand kein Ideal. Legislative und Judikative reagieren auf gesellschaftliche Impulse, geben wiederum Impulse zurück, die im Licht der Öffentlichkeit diskutiert werden, und so fort. Um im Bild der politischen Rolle der Öffentlichkeit als „Spielfeld“ zu bleiben: Erst wenn die Diskussion aufzeigt, dass gesetzlicher Regelungsbedarf besteht, weil die Interessen gegnerischer Spieler Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben, treten die drei Gewalten handelnd auf den Plan und entscheiden nach Gesetzeslage oder schaffen ein neues Gesetz, das ein friedliches und gerechtes Miteinander ermöglichen soll. Die juristische Regelung folgt auf soziale und mediale „Unruhe“, also auf wahrnehmbare Konflikte in der Gesellschaft, und der Gesetzgeber wird erst aktiv, wenn Druck ihn in Bewegung versetzt. Sind die Spielregeln (Recht) derart reglementierend, dass die

---

<sup>895</sup> Kant (2008), § 7 Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft in der Kp V, Seite 731

<sup>896</sup> Dass auch Glaubensfragen unter Vernunftgesichtspunkten legislativ-juristisch geregelt werden, ist kein Widerspruch, denn das Maß ist das gesellschaftliche Gemeinwohl, wie an den Beispielen Kopftuchstreit, Zwangsheirat als Straftatbestand oder Genitalverstümmelungsverbot ersichtlich wird.

Spieler keinen Spielraum mehr haben, stirbt der Sinn des Spiels und mit ihm das Spiel selbst.<sup>897</sup>

Totale Geheimhaltung ist im Internetzeitalter nicht möglich, weder für Individuen und ihre Privatsphäre noch für den Staat, also Polizei und Geheimdienste in ihrem Kontrollstreben und ihrem Verständnis von Aufklärung. Immer gibt es irgendwo ein Leck. Beide Anonymitätsbestrebungen sind legitim und äußerst dynamisch und mal behält die eine die Oberhand, mal die andere. Bisher konnte man kategorisieren, dass konservative Kräfte eher dazu neigen, ihr traditionelles System zu bewahren und von den Individuen erwarteten, sich dem anzupassen, und progressive Kräfte eher dazu tendierten, das System den Anforderungen der Individuen anpassen zu wollen. Ulrich Saxers Schlagwort von „Legitimation durch Information“ kann man in diesem Zusammenhang gar nicht überbewerten.

Die tradierte Rechts/Links-Gegnerschaft löst sich im Internetzeitalter immer mehr auf. Welt- und Menschenbilder vermischen sich. Das erschwert Subjekten die Identitätsfindung: Die Dialektik des Internets ist wie die Dialektik der Demokratie ein dynamischer Mechanismus, der theoretisch systemerhaltend wirkt, solange die Öffentlichkeit Kommunikationsfreiheit behält. Doch das System ist nicht geschlossen, sondern offen und die bipolare Welt- und Streitordnung gibt es nicht mehr. Es wird im Internetzeitalter zunehmend schwieriger, etwas zu finden, für das man „kämpfen“ sollte.

Die zahlreichen Diskurse, die durch das Internet ein von den Urhebern völlig unabhängiges Eigenleben erlangen können, können sich sowohl zu einer großen, mobilisierenden Geschichte verdichten (Große Erzählung) als auch verzweigen und versanden. Die dadurch entstehende Verschleierung könnte sich zu einer Gefahr für das Gemeinwohl auswirken, wenn der Blick auf die relevanten Diskurse dauerhaft verstellt bleibt.

Wir befinden uns mit dem Übergang ins Internetzeitalter in der Postmoderne: Die Moderne leidet an Auflösungserscheinungen („-post“), trägt jedoch den Aufschwung in eine nächste Moderne schon in sich. Diese Betrachtungsweise passt zur Definition des englischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch. Zur Erinnerung: er betrachtet die Demokratie parabelförmig und den Abschwung der sie belebenden Elemente bezeichnet er als „Postdemokratie“.

Mit einem wohlwollenden „Globalismus“ als neuem Denken und dem Internet als neuem, dazu passendem Instrument zur Umsetzung dieses Denkens in Handeln, ist der Aufschwung in eine neue Welt-Demokratie unter einem neuen Welt-Ethos, wie ihn

---

<sup>897</sup> Vgl. oben im Abschnitt: „Der Übergang ins Internetzeitalter ist postmodern“, Stichwort „Spieltheorie“ und dort in den Fußnoten den Verweis zum „Steigerungsspiel“.

Hans Küng in die philosophische Diskussion gebracht hat, durchaus möglich. Die Anfänge für eine einheitliche Rechtsprechung sind in der EU bereits gemacht.

Es drängt sich also – und ganz besonders unter dem Eindruck des leidenschaftlich geführten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes 2008 – mehr denn je die Idee von Hannah Arendts „EINEN WELT“ ins Bewusstsein. „Freiheit heißt (...), mit anderen gemeinsam eine Welt aufzubauen, dazu politisch die entsprechenden Rechte wie Möglichkeiten zu haben, die öffentliche Kommunikation und gemeinsames Handeln erlauben.“ Dieses Bild eines demokratischen Ideals, das von ihr nach dem Zweiten Weltkrieg als zukünftige Leitlinie politischen Handelns schlechthin vorgeschlagen oder geradezu gefordert wurde, scheint für unsere Generation oder zumindest die der nach 1980 Geborenen mit den sozialen Diensten und Anwendungen des Internets in greifbare Nähe gerückt.

Demokratie ist das Handwerk, das Internet ist das Werkzeug und Kommunikation ist der Werkstoff. Sie sind per se neutral, es kommt darauf an, wie man sich ihrer bedient. Bewegt sich das Handeln in der Gegenwart auf eine Zukunft hin, die nicht dem Gemeinwohl dient, dann kommt die Öffentlichkeit auf den Plan, wie sie auch in der Geschichte in solchen Fällen auf den Plan trat: als Spielraum, in dem sich die Kräfte austarieren, destruktive und konstruktive, in einem immerwährenden Prozess. Das Postulat Hans-Martin Schönherr-Manns, „miteinander leben zu lernen“ ist die Aufgabe. Und der Weg ist das Ziel: „Man muss – so die philosophische Verbindung zwischen Pragmatismus und Verantwortungsethik – im Rückgriff auf die Tradition immer mehr Menschen in den Kreis der Verantwortlichen aufnehmen, sie dabei in ihrer Fremdheit und Unterschiedlichkeit achten. Dazu stellt die entscheidende Voraussetzung eine umfassende Kommunikation dar: des Gesprächs im Anschluss an Hans-Georg Gadamer (1900-2002), die Bemühung, fremde Anliegen zu verstehen, ohne dass dergleichen bedeutet, jede absurde Äußerung zu akzeptieren.“<sup>898</sup>

Am Haus des internationalen Gemeinwohls wird immer gebaut. Die politische Rolle der Öffentlichkeit als Garantin des Gemeinwohls ist durch ihre stetige Herausforderung immerwährend und universal.

---

<sup>898</sup> Schönherr-Mann, Hans-Martin „Miteinander leben lernen“, in: Göttermann (2008), Seite 151ff

## Literaturverzeichnis

- Albrecht, Clemens (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt [u.a.]: Campus-Verl.
- Anders, Günther (2002): Die Antiquiertheit des Menschen. (Becksche Reihe).
- Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt. München: Piper (Serie Piper).
- Arendt, Hannah (2009): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. Ungekürzte Taschenbuchausgabe. München: Piper (Serie Piper).
- Arendt, Hannah (2002): Vita activa oder vom tätigen Leben. München, Zürich: Piper.
- Annim, Hans Herbert von (2001): Das System. Die Machenschaften der Macht. München: Droemer.
- Arnold, Heinz Ludwig; Amery, Carl (1988): Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie. [über politische Kultur und Moral in der Bundesrepublik Deutschland]. Göttingen: Steidl.
- Assheuer, Thomas (2007): Der gute Amerikaner. Zum Tod des großen Philosophen Richard Rorty. In: Die Zeit, Jg. 25, 14. Juni 2007, S. 53.
- Aust, Stefan (2008): Der Baader-Meinhof-Komplex. Neuausg., 1. Aufl. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Bahr, Erhard (1974): Was ist Aufklärung? Kant, Erhard, Hamann, Herder, Lessing, Mendelssohn, Riem, Schiller, Wieland; Thesen und Definitionen. Stuttgart: Reclam.
- Ballestrem, Karl; Ottmann, Henning (1990): Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts. München: Oldenbourg.
- Baudrillard, Jean (1978): Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen. Berlin: Merve-Verl. (Merve, 79).
- Bendikowski, Tillmann; Mittmann, Thomas; Sandkühler, Gunnar; Hölscher, Lucian (2008): Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen. Göttingen: Wallstein.
- Benjamin, Walter (1936): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, 1936 (Paris). Herausgegeben von Max Horkheimer und Theodor Adorno. Institut für Sozialforschung. (Jh. 5). Online verfügbar unter <http://walterbenjamin.ominiverdi.org/wp-content/kunstwerkbenjamin.pdf>, zuletzt geprüft am 24.02.2010.
- Bergsträsser, Arnold; Oberndörfer, Dieter (1962): Klassiker der Staatsphilosophie. Stuttgart: Koehler.
- Bertelsmann-Stiftung (2009): Lernen von Obama? Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.



- Bilden, Helga; Keupp, Heiner (cop. 1989): Verunsicherungen. Das Subjekt im gesellschaftlichen Wandel; Münchener Beiträge zur Sozialpsychologie. Göttingen, Zürich etc.: Verlag für Psychologie Hogrefe (Münchener Universitätsschriften).
- Blask, Falko; Windhorst, Ariane (2009): Zeitreisen. Die Erfüllung eines Menschheitstraums. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (2005): Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton: Beck.
- Boekhoff, Hermann; Winzer, Fritz (1963): Kulturgeschichte der Welt. Unter Mitarbeit von Georg L. Paulsen. Braunschweig: Westermann.
- Brand, Willy (1969): Regierungserklärung. „Mehr Demokratie wagen“. Regierungserklärung vom 28.10.1969. Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Brecht, Bertolt (1971): Über Politik und Kunst. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Briegleb, Till (2009): „Wir Dilettanten“. Goethe beschimpfte ihn, das Internet ist sein Reich – und die Experten fürchten ihn zu Unrecht: Dem professionellen Amateur gehört die Zukunft. In: Süddeutsche Zeitung, Jg. Nr. 239, 17./18.Oktober 2009, S. Wochenende.
- Brugger, Winfried; Neumann, Ulfrid; Kirste, Stephan (2008): Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert: Suhrkamp.
- Büsching, Stephan (2009): Rechtsstaat und Terrorismus. Untersuchung der sicherheitspolitischen Reaktionen der USA, Deutschlands und Großbritanniens auf den internationalen Terrorismus: GRIN VERLAG.
- Crouch, Colin (2009): Postdemokratie. Frankfurt: Suhrkamp/KNO VA.
- Deichsel, Alexander; Fechner, Rolf; Wassner, Rainer (Hg.) (2002): Ferdinand-Tönnies-Gesamtausgabe (TG). Kritik der öffentlichen Meinung: De Gruyter.
- Diederich, Reiner; Löhlein, Gerhard (Hg.) (2009): Entfesselte Wirtschaft – Gefesselte Demokratie: Nomen Verlag Label der NEXUS Druck GmbH.
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Engelmann, Bernt (1992): Die Beamten. Unser Staat im Staate. Göttingen: Steidl.
- Engelmann, Peter (1990): Postmoderne und Dekonstruktion. Texte französischer Philosophen der Gegenwart. Stuttgart: Reclam.
- Enzensberger, Hans-Magnus (1970): Kursbuch. 20/1970.
- Eucken-Erdsiek, Edith (1970): Die Macht der Minderheit. Eine Auseinandersetzung mit dem neuen Anarchismus; [Rufer zur Gewalt; Lehrer der radikalen Jugend; Der gesellschaftliche Guerillakrieg]. Originalausg. Freiburg i.Br.: Herder.

Feldmer, Simon (2008): Ortsverein statt Bloggen. Von Politik 2.0 wenig Spur: Die politische Debattenkultur ist in Deutschland bisher nicht im Internet angekommen. In: Süddeutsche Zeitung, Jg. Nr 92, 19./20. April 2008, S. 21.

Flam, Helena (2002): Soziologie der Emotionen. Eine Einführung. Konstanz: UVK-Verl.-Ges. (UTB für Wissenschaft, 2359).

Fleischhauer, Jan (2009): Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.

Forst, Reiner (2003): Im Spiegel der Gerechtigkeit. Wie muss eine Gesellschaft organisiert sein, damit ihre Mitglieder fair miteinander umgehen? Über den amerikanischen Philosophen John Rawls. In: Die Zeit, 20.05.2003. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2003/20/ST-Rawls-ganzneu?page=all>.

Förster, Daniel (2009): Der Einfluss der Bürokratie auf politische Entscheidungsprozesse in der BRD. Die strukturelle Verflechtung zwischen Ministerialbürokratie, Beamtenschaft und politischem System der BRD: GRIN VERLAG.

Glaser, Peter (1996): 24 Stunden im 21. Jahrhundert. Onlinesein; zu Besuch in der Neuesten Welt. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.

Göttermann, Lilo (2008): Denkanstöße 2009. Ein Lesebuch aus Philosophie, Kultur und Wissenschaft: Piper.

Haase, Christian; Schildt, Axel (2008): DIE ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Göttingen: Wallstein (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte).

Habermas, Jürgen (1969): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1985): Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1995): Theorie des kommunikativen Handelns. Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (2001): Kommunikatives Handeln und detranszendentalisierte Vernunft: Reclam.

Habermas, Jürgen; Luhmann, Niklas (1971): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. III. Kommunikatives Handeln und Diskurs – die beiden Formen umgangssprachlicher Kommunikation. Regeln zum herrschaftsfreien Diskurs. Online verfügbar unter [http://jboy.chaosnet.org/misc/docs/habermas\\_1.txt](http://jboy.chaosnet.org/misc/docs/habermas_1.txt).

- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Online verfügbar unter <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Hegel,+Georg+Wilhelm+Friedrich/Grundlinien+der+Philosophie+des+Rechts>.
- Heisenberg, Werner (2002): Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik. 4. Aufl. München: Piper (Serie Piper, 2297).
- Holtz-Bacha, Christina (2008): Frauen, Politik und Medien: VS Verlag.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor (2003): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer-Taschenbücher).
- Horx, Matthias (2007): Zielgruppe LOHAS. Wie der grüne Lifestyle die Märkte erobert. Unter Mitarbeit von Elke Wenzel. Zukunftsinstitut Kelkheim. Online verfügbar unter [http://www.zukunftsinstitut.de/verlag/studien/lohas\\_inh\\_vorw\\_fax.pdf](http://www.zukunftsinstitut.de/verlag/studien/lohas_inh_vorw_fax.pdf), zuletzt geprüft am 01.03.2010.
- Hübner, Emil (1993): Das politische System der USA. Eine Einführung. München: Beck (Beck'sche Reihe).
- Huster, Stefan; Rudolph, Karsten (2008): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat: Suhrkamp.
- Jordan, Stefan; Nitz, Christian (Hg.) (2009): Lexikon Philosophie. Hundert Grundbegriffe: Reclam, Philipp.
- Jungk, Robert (1970): „Zimmerluft“ oder Äther für alle? Die Demokratisierung der Medien ist unaufhaltsam. In: Die Zeit, Jg. 70/34, 21.08.1970. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/1970/34/Zimmer-Luft-44-oder-Aether-fuer-alle?page=all>.
- Kafka, Franz (1922): Der Aufbruch. Online verfügbar unter <http://www.textlog.de/32080.html>.
- Kant, Immanuel (1990): Die Metaphysik der Sitten. Stuttgart: Reclam, Philipp.
- Kant, Immanuel (2008): Die Kritiken. Lizenzausg. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Kersting, Wolfgang (1993): John Rawls zur Einführung. Hamburg: Junius-Verlag (Zur Einführung, 92).
- Keupp, Heiner; Bilden, Helga (1989): Verunsicherungen. Das Subjekt im gesellschaftlichen Wandel; Münchener Beiträge zur Sozialpsychologie. Göttingen: Verl. für Psychologie Hogrefe.
- Klein, Ansgar et al. (Hg.): Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik. Regiert die Ministerialbürokratie das Land? (2004). Opladen: Westdt. Verl. (Neue soziale Bewegungen).
- Klemperer, Victor (2007): LTI. Notizbuch eines Philologen. Stuttgart: Reclam.

- Klepptenberger, Eric (2007): Google Brain. Neue Innenansichten der Verbraucher. Herausgegeben von Telepolis. Online verfügbar unter <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26461/1.html>, zuletzt geprüft am 09.03.2010.
- Klopp, Tina (2009): Den Mächtigen auf die Füße treten. Auf Wikileaks lassen sich Dokumente einsehen, die eigentlich nie für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/technologie/it-internet/den-maechtigen-auf-die-fuesse-treten;2459111>, zuletzt geprüft am 10.03.2010.
- Kohler, Georg (1999): Otfried Höffe: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. Entwurf einer komplementären Weltrepublik. Online verfügbar unter <http://www.weltfoederalisten.ch/Kohler-Demokratie-Globalisierung-MS170.pdf>.
- Kotler, Philip; Bliemel, Friedhelm W. (1995): Marketing-Management. Analyse, Planung, Umsetzung und Steuerung. 8., vollst. neu bearb. und erw. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Krallmann, Dieter; Ziemann, Andreas (2001): Grundkurs Kommunikationswissenschaft. Mit einem Hypertext-Vertiefungsprogramm im Internet. München: Fink (Studienbücher Literatur und Medien, 2249).
- Kramer, Sarah (ca. 1999): Demokratie und Internet. Online verfügbar unter [http://www.berlinerzimmer.de/eliteratur/kramer\\_demokratie.pdf](http://www.berlinerzimmer.de/eliteratur/kramer_demokratie.pdf).
- Krechting, Michael (2001): McCarthy lebt: US-Patrioten wollen „unamerikanische“ Professoren auf Linie trimmen. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,172613,00.html>.
- Krotoski, Aleks (2010): BBC –Sendereihe „The Virtual Revolution“. How 20 years of the web has reshaped our lives. The great levelling. Online verfügbar unter [http://www.bbc.co.uk/virtualrevolution/3dexplorer\\_start.shtml](http://www.bbc.co.uk/virtualrevolution/3dexplorer_start.shtml).
- Krotoski, Aleks (2010): Interview with Sherry Turkle on BBC worldwide. Sendereihe: „The Virtual Revolution“. Dr Aleks Krotoski continues her investigation into how the WWW is transforming our lives. Online verfügbar unter <http://www.bbc.co.uk/blogs/digitalrevolution/2009/11/rushes-sequences-sherry-turkle.shtml>.
- Liesegang, Thorsten (2004): Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Theorien von Kant bis Marx (1780-1850): Königshausen u. Neumann.
- Llanque, Marcus (2008): Politische Ideengeschichte – ein Gewebe politischer Diskurse. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).
- Lösche, Peter (2004): Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. 4., aktualis. u. neu bearb. Frankfurt: Campus.
- Lyotard, Jean-François (1989): Der Widerstreit. München: Fink (Supplemente).
- Machiavelli, Niccolò; Ziegler, Johannes; Münkler, Herfried (1991): Politische Schriften. Frankfurt am Main: Fischer.

Manow, Philip (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation: Suhrkamp.

Marx, Karl, Engels, Friedrich (2010): Die deutsche Ideologie. Berlin: Akademie-Verl. (Klassiker auslegen).

Mayer, Heike (2007): Freiheit herrscht nicht. Von einer Kultur der Transparenz ist Deutschland noch weit entfernt. Unter Mitarbeit von Sylvia Schenk. Herausgegeben von Dr. Anke Martiny. Transparency International Deutschland. (Rundbrief Schwerpunkt Informationsfreiheit, 37). Online verfügbar unter [http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Rundbriefe/Rundbrief\\_037\\_II\\_2007.pdf](http://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Rundbriefe/Rundbrief_037_II_2007.pdf), zuletzt geprüft am 23.02.2010.

Meier, Christian (1970): Entstehung des Begriffs „Demokratie“. Vier Prolegomena zu einer historischen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Meißelbach, Christoph (2009): Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden: Nomos.

Merten, Klaus; Schmidt, Siegfried J.; Weischenberg, Siegfried (Hg.) (1994): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Westdt.-Verl.

Metzler (1995): Metzler-Philosophen-Lexikon. Von den Vorsokratikern bis zu den Neuen Philosophen. Stuttgart, Weimar: Metzler.

Möller, Erik (2006): Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern: Heise Zeitschriften Verlag.

Möllers, Christoph (2008): Der vermisste Leviathan. Staatstheorie in der Bundesrepublik: Suhrkamp.

Monkenbusch, Helmut (1994): Fernsehen. Medien Macht und Märkte. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Moorstedt, Tobias (2008): Jeffersons Erben. Wie die digitalen Medien die Politik verändern. Frankfurt Main: Suhrkamp.

Mühlbauer, Peter (2008): Auch eine Art Schönheitswettbewerb. Physische Attraktivität und Wahlerfolg. Herausgegeben von Telepolis, zuletzt geprüft am 10.03.2010.

Myers, P. Z. (2008): SIWOTY Syndrome Open Threat. Unter Mitarbeit von et al. Online verfügbar unter [http://scienceblogs.com/pharyngula/2008/11/siwoti\\_syndrome\\_open\\_thread.php](http://scienceblogs.com/pharyngula/2008/11/siwoti_syndrome_open_thread.php).

N.N. (2003): Prominente Kriegskritiker in den USA verstummen. US-Demokraten wollen nicht im unpatriotischen Eck stehen. News.at. Online verfügbar unter <http://www.news.at/articles/0312/17/53276/prominente-kriegskritiker-usa>, zuletzt geprüft am 10.03.2010.

N.N. (2009): CIA investiert in Web 2.0 Auswerter. Twitter Beobachtung. Spiegel Online. Online verfügbar unter

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,656166,00.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2010.

N.N. (2009): Obama: Besonders beliebt bei Kleinspendern. ORF. Online verfügbar unter <http://sciencev1.orf.at/science/news/156113>, zuletzt geprüft am 08.03.2010.

N.N. (2009): US-Republikaner rebellieren gegen Obamas Klimapläne. Gipfel in Kopenhagen. Spiegel Online. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,666026,00.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2010.

N.N. (Haufe Online Redaktion) (2010): „Schweinegrippe“: Impfstoff-Debakel bleibt Staatsgeheimnis. Herausgegeben von Haufe Mediengruppe. Online verfügbar unter <http://www.haufe.de/sozialversicherung/newsDetails?id=1263393660.97>.

N.N. 3sat Redaktionsteam „Neues“: Leben im Netz. Wie die digitale Kultur unser Leben verändert (Wissen aktuell). Ausgestrahlt am 03.02.2010. 3sat. Online verfügbar unter <http://www.3sat.de/dynamic/sitegen/bin/sitegen.php?tab=2&source=/wissenaktuell/141550/index.html>, zuletzt geprüft am 25.02.2010.

N.N. Deutsche Presse Agentur (2010): „Die eigenen Werte mehr verteidigen“. Beauftragter der Bundesregierung Nooke warnt vor Aufweichung der Menschenrechte. In: Lausitzer Rundschau, 10.12.2010, S. 4.

Negt, Oskar (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. 1. Aufl., Erstaug. Frankfurt (am Main): Suhrkamp (Edition Suhrkamp).

Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung, unsere soziale Haut. München: Piper.

Noelle-Neumann, Elisabeth (1996): Das Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.

Ortega y Gasset, José (1984): Der Aufstand der Massen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Preyer, Gerhard (2006): Soziologische Theorie der Gegenwartsgesellschaft. Mitgliedschaftstheoretische Untersuchungen: VS Verlag.

Pürer, Heinz (1990): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Systematik Fragestellungen Theorieansätze Forschungstechniken. München: Ölschläger.

Rawls, John (1990): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rawls, John (1992): Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978–1989. Hrsg. v. Wilfried Hinsch: Suhrkamp.

Reese-Schäfer, Walter (2007): Klassiker der politischen Ideengeschichte. Von Platon bis Marx. München, Wien: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).

- Rose, Uta-D (2004): Die Komplexität politischen Handelns. Die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte im Lichte des Denkens von Hannah Arendt. Univ., Diss. Wuppertal. Waldkirch: Ed. Gorz.
- Rosengren, Karl Erik (1994): Media effects and beyond. Culture, socialization and lifestyles. London: Routledge (Communication and society).
- Rötzer, Florian (2001): Anti-Terrorpaket in den USA verabschiedet. Herausgegeben von Telepolis. Online verfügbar unter <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/9/9927/1.html>.
- Rudzio, Wolfgang (1996): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 4., völlig überarb. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (UTB für Wissenschaft Uni-Taschenbücher, 1280)
- Ruhmann, Ingo (2010): Rüstungskontrolle gegen den Cyberkrieg? Konzepte zur Eindämmung von Cyberkriegen gibt es – vorausgesetzt, der politische Wille ist vorhanden. Online verfügbar unter <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31797/1.html>.
- Sarcinelli, Ulrich (2003): Vom Ethos der Demokratie – auch in der Mediengesellschaft. Thesen zur institutionellen Verantwortung und zu medialen Pseudoplebisziten. In: Forum Medienethik „Kommunikationsmacht Marketing – Markenpolitik als Prinzip öffentlicher Medienkommunikation“, Jg. 1, S. 74–79. Online verfügbar unter [http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/sarcinelli\\_demokratieethos/sarcinelli\\_demokratieethos.pdf](http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/sarcinelli_demokratieethos/sarcinelli_demokratieethos.pdf), zuletzt geprüft am 11.02.2010.
- Saxer, Ulrich (2007): Politik als Unterhaltung. Zum Wandel politischer Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Konstanz: UVK Medien Verlagsgesellschaft.
- Schäfers, Bernhard (1990): Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte der Bundesrepublik: Deutscher Taschenbuch-Verlag (dtv).
- Schäfers, Bernhard (2005): Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Schatz, Heribert; Rössler, Patrick; Nieland, Jörg U. (Hg.) (2002): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien?: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schelske, Andreas (2007): Soziologie vernetzter Medien. Grundlagen computervermittelter Vergesellschaftung. München, Wien: Oldenbourg.
- Schnierer, Thomas (1999): Soziologie der Werbung. Ein Überblick zum Forschungsstand einschließlich zentraler Aspekte der Werbepsychologie: Leske + Budrich.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin (1994): Leviathans Labyrinth. Politische Philosophie der modernen Technik; eine Einführung. München: Fink.

- Schönherr-Mann, Hans-Martin (2002): Wieviel Vertrauen verdienen Politiker?, Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/26974/wieviel-vertrauen-verdienen-politiker?p=all>, zuletzt geprüft am 10.03.2010
- Schönherr-Mann, Hans-Martin (2003): Auf der Spur des verlorenen Gottes. Die großen Religionsphilosophen im 20. Jahrhundert: Herder, Freiburg.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin (2006): Hannah Arendt. Wahrheit, Macht, Moral. München: Beck (Beck'sche Reihe).
- Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulz Thun, Friedemann von (1998): Miteinander reden. Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation. Orig.-Ausg., 705. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch-Verl. (Rororo).
- Schulzki-Haddouti, Christiane (2000): Vom Ende der Anonymität. Die Globalisierung der Überwachung. Hannover: Heise (Telepolis).
- Schuster, Thomas (2004): Staat und Medien. Über die elektronische Konditionierung der Wirklichkeit. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Seythal, Thomas (2009): BKA setzt auf Internetdaten zur Terrorbekämpfung. Vorratsdatenspeicherung. Spiegel Online. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,663646,00.html>.
- Speth, Rudolf (2006): Die Ministerialbürokratie. Erste Adresse der Lobbyisten.
- Sprenger, Florian (2006): Technologien des Selbst. Projektarbeit für das Seminar Medientechnologien/ Selbsttechnologien, Prof. Dr. Eva Warth und Hanna Surma, an der Ruhr-Universität-Bochum, Wintersemester 2005/2006 – Sommersemester 2006. Dienstag, 11. April 2006. Online verfügbar unter <http://regierungspraktik.twoday.net/topics/2.+Technologien+des+Selbst/>, zuletzt geprüft am 09.03.2010.
- Stehr, Nico (2010): Eine unangenehme Demokratie. Warum die Demokratie ungeeignet ist, die Klimafrage zu lösen. In: Cicero, Jg. 2. Online verfügbar unter [http://www.cicero.de/97.php?ress\\_id=10&item=4336](http://www.cicero.de/97.php?ress_id=10&item=4336), zuletzt geprüft am 09.03.2010.
- Steingart, Gabor (2009): Die Machtfrage. Ansichten eines Nichtwählers. München: Piper.
- Sütfeld, Rainer (2006): Präsident gegen Pulitzer Preisträgerin. „New York Times“ soll weniger aufdecken. ARD. Online verfügbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung109708.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2010.
- Trojanow, Ilija; Zeh, Juli (2009): Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte. München: Hanser.



- Tucholsky, Kurt (1927): Maximilian Harden. Nachruf. Online verfügbar unter <http://www.zeno.org/Literatur/M/Tucholsky,+Kurt/Werke/1927/Maximilian+Harden>.
- Watzlawick, Paul (2006): Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? Beiträge zum Konstruktivismus: Piper.
- Weber, Max (1921/1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Soziologie, Erster Teil, Kapitel I. Soziologische Grundbegriffe. Unter Mitarbeit von Marianne Weber. Online verfügbar unter <http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max/Grundri%C3%9F+der+Soziologie/Wirtschaft+und+Gesellschaft/Erster+Teil.+Soziologische+Kategorienlehre/Kapitel+I.+Soziologische+Grundbegriffe>, zuletzt aktualisiert am 1972, zuletzt geprüft am 09.03.2010.
- Weber-Fas, Rudolf (2005): Staatsdenker der Vormoderne. Klassikertexte von Platon bis Luther. Tübingen: Mohr Siebeck (UTB).
- Weischenberg, Siegfried; Altmeppen, Klaus-Dieter; Löffelholz, Martin; Pater, Monika (1994): Die Zukunft des Journalismus. Technologische, ökonomische und redaktionelle Trends. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wesche, Eberhard (2010): Ethik Werkstatt. Online verfügbar unter <http://ethik-werkstatt.de>, zuletzt aktualisiert am 08.02.2010, zuletzt geprüft am 18.02.2010.
- Wiesenthal, Helmut (2004): Responsivität im Politikprozess. Zur Reagibilität der Politik auf Prioritätsänderungen in der Gesellschaft. Beitrag zum Workshop „Prognosemethoden“ im Rahmen des Projekts „Die Entwicklung der Energiemärkte bis zum Jahr 2030“. Online verfügbar unter <http://www.afs-ev.de/div-pap/responsivitaet.pdf>, zuletzt geprüft am 04.02.2010.
- Zentrum für E-Government (2009): Politics 2.0 – Obamas Wahlkampf. Unter Mitarbeit von Zentrum für Praxisorientierte Informatik. Online verfügbar unter <http://digitalgovernment.wordpress.com/2009/06/26/politics-2-0-obamas-wahlkampf/>, zuletzt geprüft am 10.03.2010.
- Zimbardo, Philip G.; Gerrig, Richard J.; Hoppe-Graff, Siegfried; Keller, Barbara (1999): Psychologie. 7., neu übers. und bearb. Aufl. Berlin: Springer.